

Die diesem dreiteiligen Wertpapierprospekt zugrundeliegende Bezugsrechtsemission richtet sich ausschließlich an die Anteilseigner der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf. Der Umfang der in diesem dreiteiligen Wertpapierprospekt veröffentlichten Angaben ist an dieser Emissionsart bemessen.



Dreiteiliger Wertpapierprospekt

Zusammenfassung vom 8. Oktober 2014

Wertpapierbeschreibung vom 8. Oktober 2014

Registrierungsformular vom 8. Oktober 2014

**HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Düsseldorf**

Die dieser Zusammenfassung zugrundeliegende Bezugsrechtsemission richtet sich ausschließlich an die Anteilseigner der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf. Der Umfang der in dieser Zusammenfassung veröffentlichten Angaben ist an dieser Emissionsart bemessen.



Zusammenfassung

**gemäß § 12 Absatz (1) Wertpapierprospektgesetz i.V.m.
Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004**

für das öffentliche Angebot

sowie

**für die Zulassung zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf und
Stuttgart**

von

**5.980.360 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag
(Stückaktien)**

aus der am 23. September 2014 vom Vorstand mit der Zustimmung des Aufsichtsrats vom 6.
Oktober 2014 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital
mit mittelbarem Bezugsrecht (mit Ausnahme eines Spitzenbetrags)

– jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Stückaktie
und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015 –

der

**HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Düsseldorf**

– International Securities Identification Number (ISIN): DE000A13SXP0 –
– Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): A13 SXP –

8. Oktober 2014

Diese Seite bleibt absichtlich frei.

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung

ABSCHNITT A - EINLEITUNG UND WARNHINWEISE	5
ABSCHNITT B – EMITTENT	6
ABSCHNITT C – WERTPAPIERE	10
ABSCHNITT D – RISIKEN	11
ABSCHNITT E – ANGEBOT	13
UNTERSCHRIFTEN.....	U-1

Diese Seite bleibt absichtlich frei.

Zusammenfassungen bestehen aus geforderten Angaben, die als "Punkte" bezeichnet sind. Diese Punkte sind in den Abschnitten A - E (A.1 - E.7) nummeriert. Diese Zusammenfassung enthält alle Punkte, die für die vorliegende Art von Wertpapieren und Emittenten in eine Zusammenfassung aufzunehmen sind. Da einige Punkte nicht adressiert werden müssen, können in der Nummerierungsreihenfolge Lücken auftreten. Selbst wenn ein Punkt wegen der Art der Wertpapiere und des Emittenten in die Zusammenfassung aufgenommen werden muss, ist es möglich, dass in Bezug auf diesen Punkt keine relevanten Informationen gegeben werden können. In diesem Fall enthält die Zusammenfassung eine kurze Beschreibung des Punkts mit dem Hinweis "Entfällt".

Abschnitt A - Einleitung und Warnhinweise

A.1	<p>Warnhinweise</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Zusammenfassung sollte als Einführung zu dem dreiteiligen Prospekt vom 8. Oktober, bestehend aus dieser Zusammenfassung (die "Zusammenfassung"), dem Aktien-Registrierungsformular vom 8. Oktober 2014 (das "Aktien-Registrierungsformular"), einschließlich etwaiger Nachträge, und der Wertpapierbeschreibung vom 8. Oktober 2014 (die "Wertpapierbeschreibung"), (zusammen der "Prospekt"), die jeweils auf der Internetseite des Emittenten www.hsbc.de elektronisch einsehbar sind, verstanden werden. • Der Anleger sollte jede Entscheidung zur Anlage in die betreffenden Wertpapiere (Neue Aktien) auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen. • Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der im Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts, einschließlich etwaiger Nachträge, vor Prozessbeginn zu tragen haben. • Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG mit Sitz in 40212 Düsseldorf, Königsallee 21/23 (der "Emittent" oder die "Gesellschaft" und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der "HSBC Trinkaus-Konzern" oder der "Konzern"), die die Verantwortung für die Zusammenfassung einschließlich der Übersetzung hiervon übernommen hat oder die Person, von der der Erlass ausgeht, können haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, oder sie, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, nicht alle erforderlichen Schlüsselinformationen vermittelt.
A.2	<p>Zustimmung des Emittenten oder der für die Erstellung des Prospekts verantwortlichen Person zur Verwendung des Prospekts für die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanzintermediäre.</p> <p>Angabe der Angebotsfrist, innerhalb derer die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanzintermediäre erfolgen kann und für die die Zustimmung zur Verwendung des Prospektes erteilt wird.</p> <p>Alle sonstigen klaren und objektiven Bedingungen, an die die Zustimmung gebunden ist und die für die Verwendung des Prospekts relevant sind.</p>

	<p>Deutlich hervorgehobener Hinweis für die Anleger, dass Informationen über die Bedingungen des Angebots eines Finanzintermediärs von diesem Zeitpunkt der Vorlage des Angebots zur Verfügung zu stellen sind.</p>
	<p>Entfällt. Es sind keine Finanzintermediäre im Sekundärhandel für die Wertpapiere tätig. Eine Zustimmung zur Verwendung des Prospekts für eine spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanzintermediäre ist nicht erteilt worden.</p>

Abschnitt B – Emittent

B.1	<p>Juristische und kommerzielle Bezeichnung</p> <p>Der juristische Name des Emittenten lautet HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, der kommerzielle Name ist HSBC Trinkaus.</p>
B.2	<p>Sitz, Rechtsform, geltendes Recht, Land der Gründung</p> <p>Der Emittent ist eine in Deutschland gegründete Aktiengesellschaft mit Sitz in 40212 Düsseldorf, Königsallee 21/23. Für den Emittenten gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.</p>
B.3	<p>Art der derzeitigen Geschäftstätigkeit und Haupttätigkeiten des Emittenten samt der hierfür wesentlichen Faktoren, Hauptprodukt- und/oder -dienstleistungskategorien sowie die Hauptmärkte, auf denen der Emittent vertreten ist</p> <p>Die nachfolgend aufgeführten Haupttätigkeitsbereiche des Emittenten sind vorwiegend auf den deutschen Markt fokussiert:</p> <p>Der Emittent bietet als Universalbank Finanzdienstleistungen für vermögende Privatkunden, Firmenkunden und institutionelle Kunden an.</p> <p>Der Schwerpunkt des Privatkundengeschäfts liegt auf der umfassenden Beratung und Betreuung von vermögenden Privatpersonen und Unternehmern sowie von Familien und Stiftungen auf Basis abgestufter Leistungspakete der Vermögensbetreuung und -verwaltung.</p> <p>Das Firmenkundengeschäft des Emittenten richtet sich an den gehobenen Mittelstand sowie an internationale Handelsunternehmen und Großkonzerne. Die Unternehmen erhalten eine strategische Beratung und Begleitung in allen Finanz- und Finanzierungsfragen (Eigen- und Fremdkapital), aber auch in Anlagethemen.</p> <p>Im Geschäft mit institutionellen Anlegern zählt der Emittent auch den öffentlichen Sektor in Deutschland und Österreich zu seinen Kunden. Auch bei dieser Zielgruppe stehen die strategische Beratung sowie die Begleitung von Markttransaktionen im Vordergrund.</p> <p>Der Emittent bietet seinen Kunden weitere zielgruppenübergreifende Finanzdienstleistungen an. Die Aktivitäten des Portfolio Managements (Depotverwaltung) sind in der Tochtergesellschaft HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH zusammengefasst; auch hier stützt sich die Beratung auf das Research (Analyse und Bewertung) aus eigenem Hause und aus dem HSBC-Konzern.</p>

	<p>Die Leistungen bei den Wertpaperservices werden von drei verschiedenen Einheiten erbracht: Der Bereich Custody Services des Emittenten dient institutionellen und Firmenkunden als Depotbank/Verwahrstelle (im investimentrechtlichen Sinne) sowie Wertpapierverwahrer. Als ergänzende Dienstleistung verantwortet der Bereich eine Fondsrouting-Plattform, die den Prozess des Fondsorterns automatisiert.</p> <p>Die Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH verantwortet als Master-KVG (Kapitalverwaltungsgesellschaft mit vollständigem Dienstleistungsangebot) die Fondsadministration und bündelt Dienstleistungen im Back- und Middle Office des Fondsgeschäfts. Neben dem Kerngeschäft, der Administration von insbesondere Master-, Hedge-, Spezial- und Publikumsfonds, strukturiert die Master-KVG Fonds, assistiert bei Fondsgründungen und -verwaltung.</p> <p>Auf dem Gebiet der Wertpapierabwicklung ist HSBC Transaction Services GmbH aktiv. Diese Tochtergesellschaft des Emittenten bietet Middle und Back Office-Services (Abwicklungsdienstleistungen) rund um die Abwicklung, Verwaltung und Verwahrung von Wertpapieren an.</p> <p>Die Aktivitäten des Emittenten im Bereich Primärmarktgeschäft umfassen die Beratung und Begleitung von Unternehmen, Finanzinstituten und der öffentlichen Hand bei Kapitalmarkttransaktionen zur Aufnahme von Eigen- und Fremdkapital.</p> <p>Der Bereich Debt Capital Markets (Fremdkapitalmarkt) bietet öffentliche Emissionen und Privatplatzierungen in allen wesentlichen Währungen an.</p> <p>Ferner bietet der Emittent Beratungsdienstleistungen auf dem Gebiet Mergers and Acquisitions (Emissionen und Übernahmen) an.</p> <p>Für bereits börsennotierte Unternehmen leistet der Emittent eine Sekundärmarktbetreuung im Rahmen von Corporate Broking und Designated Sponsoring (eine Art Marktmarkler) in den Bereichen Market Making und Corporate Access.</p> <p>Der Bereich Handel umfasst sämtliche Handelsaktivitäten des Emittenten mit Wertpapieren, Geld und Devisen. Auf börslichen und außerbörslichen Märkten werden Aktien und Aktienderivate, festverzinsliche Papiere und Zinsderivate sowie Devisen und Devisenoptionen für eigene Rechnung gehandelt.</p> <p>Als einzige retailfähige Produktklasse begibt der Emittent im Bereich strukturierter Wertpapiere Optionsscheine und Zertifikate.</p> <p>Außergewöhnliche Faktoren haben sich seit dem 31. Dezember 2013 nicht ergeben.</p>
B.4a	<p>Darstellung der wichtigsten jüngsten Trends, die sich auf den Emittenten und die Branchen, in denen er tätig ist, auswirken</p> <p>Entfällt. Bekannte Trends, Unsicherheiten, Nachfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle, die die Aussichten des Emittenten nach vernünftigem Ermessen zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinträchtigen werden, sind dem Emittenten nicht bekannt.</p>
B.5	<p>Beschreibung der Gruppe und der Stellung des Emittenten innerhalb dieser Gruppe</p> <p>Der Emittent gehört zum HSBC-Konzern (der "HSBC-Konzern"), dessen</p>

	<p>Obergesellschaft die HSBC Holdings plc, London, ist, die wiederum indirekt 80,62% am Aktienkapital des Emittenten hält. Innerhalb seines internationalen Netzwerkes ist der HSBC-Konzern insbesondere im allgemeinen Bankgeschäft, im Firmenkundengeschäft, im Investment Banking und in der Betreuung von Privatkunden tätig. Der Emittent hat mit verschiedenen Gesellschaften des HSBC-Konzerns Kooperations- und Geschäftsbesorgungsverträge abgeschlossen. Gleichzeitig bildet der Emittent zusammen mit seinen konsolidierten Tochtergesellschaften den HSBC Trinkaus-Konzern. Der HSBC Trinkaus-Konzern umfasst eine Gruppe von 13 aktiven Gesellschaften. Obergesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.</p>
<p>B.6</p>	<p>Name jeder Person, die eine direkte oder indirekte Beteiligung am Eigenkapital des Emittenten oder einen Teil der Stimmrechte hält, die/der nach den für den Emittenten geltenden nationalen Rechtsvorschriften meldepflichtig ist, samt der Höhe der Beteiligungen der einzelnen Personen / Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse am Emittenten</p> <p>Am Grundkapital des Emittenten sind die HSBC Germany Holdings GmbH als Aktionärin mit 80,62% und die LBBW Banken-Holding GmbH mit 18,66% jeweils direkt beteiligt. Alleinige Gesellschafterin der HSBC Germany Holdings GmbH ist die HSBC Bank plc, London, die in Großbritannien das operative Bankgeschäft betreibt. Die HSBC Bank plc ihrerseits ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der HSBC Holdings plc mit Sitz in London. Somit ist der Emittent ein von der HSBC Germany Holdings GmbH unmittelbar und von der HSBC Bank plc sowie der HSBC Holdings plc mittelbar abhängiges Unternehmen i.S.v. § 17AktG, wobei keine Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge bestehen. Solche Verträge und/oder Patronatserklärungen bestehen zwischen dem Emittenten und dessen wichtigsten Tochtergesellschaften.</p> <p>Die Vorstandsmitglieder des Emittenten halten zum Datum dieser Zusammenfassung keine Aktien und/oder Optionen auf Aktien des Emittenten. Der Emittent hat keine Kenntnis von Beständen der Aufsichtsratsmitglieder an Aktien und Optionen auf Aktien des Emittenten. Zirka 99,3% des Aktienkapitals werden indirekt durch die beiden Großaktionäre HSBC Holdings plc, London und Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart gehalten. Aufgrund des verbleibenden free floats von 0,7% sind dem Emittenten keine Personen bekannt, die nicht Mitglied des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans sind und direkt oder indirekt eine Beteiligung am Eigenkapital des Emittenten oder den entsprechenden Stimmrechten halten, die nach nationalem Recht zu melden wäre.</p> <p>Es gibt keine Vereinbarungen über eine Beteiligung von Beschäftigten am Kapital des Emittenten.</p> <p>Angabe, ob die Hauptanteilseigner des Emittenten unterschiedliche Stimmrechte haben</p> <p>Entfällt. Die Hauptaktionäre des Emittenten, die HSBC Germany Holdings GmbH und die LBBW Banken-Holding GmbH, haben keine unterschiedlichen Stimmrechte, d.h. jede Aktie des Emittenten verbrieft ein Stimmrecht.</p>

B.7	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen über den Emittenten⁽¹⁾			
	31.12.2012 (IFRS, HSBC Trinkaus- Konzern, geprüft, soweit nicht anders angegeben)	31.12.2013 (IFRS, HSBC Trinkaus- Konzern, geprüft, soweit nicht anders angegeben)	30.06.2013 (IFRS, HSBC Trinkaus- Konzern, ungeprüft)	30.06.2014 (IFRS, HSBC Trinkaus- Konzern, ungeprüft)
Gezeichnetes Kapital (in Millionen EUR)	75,4	75,4	75,4	75,4
Anzahl der Stammaktien (Stückaktien) (in Millionen)	28,1	28,1	28,1	28,1
Summe der Aktiva (in Millionen EUR)	20.047,8	19.809,7	22.956,3	21.646,1
Summe der Verbindlichkeiten (in Millionen EUR)	18.662,6 ⁽²⁾	18.356,0 ⁽³⁾	21.579,4	20.175,1
Eigenkapital (in Millionen EUR)	1.385,2	1.453,7	1.376,9	1.471,0
Tier-1-Kapitalquote (Kernkapitalquote)	12,9% ⁽⁵⁾	11,7% ⁽⁵⁾	12,2% ⁽⁴⁾	8,8% ⁽⁴⁾
Operative Erträge (in Millionen EUR)	705,4 ⁽⁵⁾	703,0 ⁽⁵⁾	366,5	347,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (in Millionen EUR)	0,9	10,9	5,2	3,5
Verwaltungsaufwand (in Millionen EUR)	495,0	486,2	242,7	252,1
Jahresüberschuss vor Steuern (in Millionen EUR)	217,9	219,1	131,9	108,1
<p>⁽¹⁾ Quelle: Konzernabschluss und –Lagebericht 2013 und Halbjahresfinanzbericht 2014 der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (enthalten im Aktien-Registrierungsformular), soweit nicht anders angegeben</p> <p>⁽²⁾ Summe ungeprüft – ergibt sich aus 20.047,8 (Summe der Passiva (in Millionen EUR) - geprüft) abzüglich 1.385,2 (Eigenkapital (in Millionen EUR) - geprüft)</p> <p>⁽³⁾ Summe ungeprüft – ergibt sich aus 19.809,7 (Summe der Passiva (in Millionen EUR) - geprüft) abzüglich 1.453,7 (Eigenkapital (in Millionen EUR) - geprüft)</p> <p>⁽⁴⁾ ungeprüft, Quelle Halbjahresbericht 2013 bzw. 2014 der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG</p> <p>⁽⁵⁾ ungeprüft, Quelle: Geschäftsbericht 2013 der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG</p>				
<p>Der HSBC Trinkaus-Konzern umfasst eine Gruppe von 13 aktiven Gesellschaften. Obergesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.</p>				
<p>Beschreibung erheblicher Veränderungen bei Finanzlage und Betriebsergebnis des Emittenten, die nach dem von den wesentlichen historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum eingetreten sind</p>				
<p>Entfällt. Es liegen seit dem Datum der letzten veröffentlichten und ungeprüften Zwischeninformationen des HSBC Trinkaus-Konzerns, dem 30. Juni 2014, keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder den Handelspositionen des HSBC Trinkaus-Konzerns, die nach den in dem Prospekt enthaltenen historischen Finanzinformationen eingetreten sind, vor.</p>				

B.8	Ausgewählte wesentliche Pro-forma-Finanzinformationen Entfällt. Es gab in den letzten 12 Monaten bzw. es gibt aktuell keine Transaktionen beim Emittenten, die bedeutende Brutto-Veränderungen auf der Aktiva- oder Passiva-Seite der Bilanz bzw. bei den Erträgen des Emittenten herbeigeführt haben.
B.9	Gewinnprognosen oder -schätzungen Entfällt. Die Gesellschaft legt in diesem Prospekt keine Gewinnprognose oder –schätzung vor.
B.10	Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen Entfällt. Es liegen keine Beschränkungen in den Bestätigungsvermerken zu den in dem Prospekt enthaltenen historischen Finanzinformationen vor.
B.11	Reicht das Geschäftskapital des Emittenten nicht aus, um die bestehenden Anforderungen zu erfüllen, ist eine Erläuterung aufzunehmen Entfällt. Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass der HSBC Trinkaus-Konzern über ausreichend Geschäftskapital verfügt, um seinen Zahlungsverpflichtungen mindestens in den nächsten zwölf Monaten nachkommen zu können.

Abschnitt C – Wertpapiere

C.1	Beschreibung von Art und Gattung der angebotenen und/oder zum Handel zuzulassenden Wertpapiere, einschließlich jeder Wertpapierkennung Gattung der Wertpapiere (Neue Aktien) Die Stück 5.980.360 neuen auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der Gesellschaft (die " Neuen Aktien ") haben einen rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Aktie und sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015 ausgestattet sind. Abgesehen von der unterschiedlichen Gewinnanteilberechtigung sind die Neuen Aktien mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Aktien der Gesellschaft und vermitteln keine darüber hinausgehenden Rechte und Vorteile. Wertpapierkennnummer (WKN) / International Security Identification Number (ISIN) Für die Neuen Aktien: ISIN: DE000A13SXP0 WKN: A13 SXP Für die Bezugsrechte: ISIN: DE000A13SXN5 WKN: A13 SXN
C.2	Währung der Wertpapieremission Euro.
C.3	Zahl der ausgegebenen und voll eingezahlten Aktien und der ausgegebenen, aber nicht voll eingezahlten Aktien Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum Datum dieses Prospekts EUR 75.384.617,25 und ist eingeteilt in 28.107.693 auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien), die vollständig eingezahlt sind. Nennwert pro Aktie bzw. Angabe, dass die Aktien keinen Nennwert haben Als Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Aktie lauten die Aktien der Gesellschaft auf keinen Nennbetrag.
C.4	Beschreibung der mit den Aktien verbundenen Rechte

	Jede Aktie der Gesellschaft gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen außer in bestimmten gesetzlich geregelten Fällen nicht. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte für bestimmte Aktionäre der Gesellschaft. Die Neuen Aktien (ISIN DE000A13SXP0 // WKN A13 SXP) sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015 ausgestattet.
C.5	Beschreibung aller etwaigen Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere Entfällt. Die Neuen Aktien sind frei übertragbar.
C.6	Angabe, ob für die angebotenen Wertpapiere die Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt beantragt wurde bzw. werden soll, und Nennung aller geregelten Märkte, an denen die Wertpapiere gehandelt werden oder werden sollen. Die Zulassung der Neuen Aktien der Gesellschaft zum regulierten Markt der Börse Düsseldorf sowie der Börse Stuttgart soll voraussichtlich am 10. Oktober 2014 beantragt werden. Die Zulassung der Neuen Aktien zum Handel am regulierten Markt der Börse Düsseldorf sowie der Börse Stuttgart soll voraussichtlich am 27. Oktober 2014 und die Notierungsaufnahme voraussichtlich am 28. Oktober 2014 erfolgen. Bis zur Dividendengleichheit am Tag nach der Hauptversammlung der Gesellschaft im Jahr 2015 erfolgt die Preisfeststellung für die Neuen Aktien getrennt von den anderen, börsenzugelassenen Aktien der Gesellschaft.
C.7	Beschreibung der Dividendenpolitik. Einen Teil des Bilanzgewinns stellt der Emittent regelmäßig in den Gewinnvortrag ein, während der verbleibende Teil des Bilanzgewinns ausgeschüttet wird, sofern die Hauptversammlung dies beschließt.

Abschnitt D – Risiken

Wenn sich eines oder mehrere der in dem Prospekt beschriebenen Risiken verwirklichen, könnte dies wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft oder auf den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft haben. Die beschriebenen Risiken sind nicht die einzigen Risiken, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Weitere Risiken, die der Gesellschaft gegenwärtig nicht bekannt sind, könnten ebenfalls den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder des HSBC Trinkaus-Konzerns beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft oder des HSBC Trinkaus-Konzerns haben. Die Reihenfolge, in der die Risiken aufgeführt werden, enthält keine Aussage über die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts oder über das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen oder die Bedeutung der genannten Risiken.

D.1	Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die dem Emittenten und seiner Branche eigen sind <u>Unternehmensspezifische und marktbezogene Risiken</u> <ul style="list-style-type: none"> • Der Käufer einer Aktie ist kein Gläubiger sondern Eigenkapitalgeber und damit Mitinhaber der Aktiengesellschaft. Mit dem Erwerb der Aktie beteiligt er sich an der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft. Er wird sozusagen Unternehmer und eröffnet sich die damit verbundenen Chancen, trägt aber zugleich auch das unternehmerische Risiko, dass der Kurs der Aktie fällt und sich damit anders entwickelt als ursprünglich erwartet. Im für den Wertpapierinhaber ungünstigen Fall, d.h. im Falle der Insolvenz des Emittenten, besteht für den Anleger das Risiko des Totalverlusts des Aktieninvestments, d.h. des für den Erwerb der Wertpapiere aufgewendeten Kapitals
------------	--

(Kaufpreis zuzüglich sonstiger mit dem Kauf verbundener Kosten.

- Es besteht das Risiko, dass der Emittent in künftigen Geschäftsjahren keine Dividendenzahlungen leistet, sei es, dass er keinen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn erzielt, oder sei es aus anderen Gründen.
- Der Emittent unterliegt im Rahmen seiner zum Teil komplexen Geschäftstätigkeiten verschiedenen Risiken, die seine Profitabilität nachteilig beeinträchtigen können. Diese sind insbesondere:
 - Es besteht das Risiko strategischer Fehleinschätzungen der Entwicklung des Marktumfeldes und als Folge dessen einer Fehlentwicklung der Leistungsfähigkeit des Emittenten, wodurch auf mittlere Sicht die Ertragskraft negativ beeinträchtigt werden kann. Dies gilt auch für die im Juli 2013 verabschiedete Wachstumsinitiative des Emittenten.
 - Der Emittent unterliegt Adressenausfallrisiken, die aus Kredit- und Kontrahentenrisiken sowie aus Länderrisiken bestehen.
 - Der Emittent unterliegt einer Vielzahl von operationellen Risiken, insbesondere der Gefahr von Verlusten, die insbesondere infolge einer Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Verfahren, von Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse oder in Form von Rechtsrisiken eintreten können.
 - Der Emittent unterliegt Marktrisiken, zu welchen insbesondere folgende Risikoarten zählen: Wechselkursrisiken, Zinsrisiken (inkl. Credit Spread-Risiken) sowie Aktienkurs- und sonstige Preisrisiken.
 - Der Emittent unterliegt dem Risiko der Zahlungsunfähigkeit, sofern längerfristige Aktiva kurzfristig finanziert werden oder unerwartet auftretende Geldabflüsse nicht ausgeglichen werden können.
 - Insbesondere der deutsche Markt, in dem der Emittent im Wesentlichen tätig ist, ist von starkem Konditionen- und Preiswettbewerb geprägt. Dies kann die erzielbaren Margen negativ beeinträchtigen.
 - Die regulatorischen Anforderungen, denen der Emittent als Kreditinstitut unterliegt, wurden in jüngerer Zeit und werden in nächster Zeit weiter verschärft, wodurch zusätzlicher Aufwand und Umsetzungsrisiken entstehen.
 - Zudem können sich für den Emittenten auch Risiken aus dem makroökonomischem Umfeld, aus der Finanzmarktkrise, aus der Staatsschuldenkrise sowie Risiken aus Beteiligungen, aus dem Niedrigzinsumfeld, aus der Abschwächung der konjunkturellen Marktgegebenheiten und aus einer beeinträchtigten Finanzmarktstabilität ergeben und zu negativen Auswirkungen auf die Profitabilität des Emittenten führen.

D.3	Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die den Wertpapieren eigen sind
	<p><u>Risiken im Zusammenhang mit dem Angebot und den Neuen Aktien</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ● Der Aktienkurs der Gesellschaft kann Schwankungen unterliegen oder sinken. ● Der Verkauf der Neuen Aktien kann erheblich erschwert sein und wird nur zu niedrigeren Kursen als bei einem Verkauf der anderen, börsenzugelassenen Aktien der Gesellschaft möglich sein. ● Der Aktienbesitz von Aktionären, die nicht an diesem Angebot teilnehmen, wird erheblich verwässert. ● Die Beteiligung der Aktionäre könnte bei zukünftigen Kapitalmaßnahmen verwässert werden. ● Wenn das Angebot nicht durchgeführt wird, oder wenn der Aktienkurs der Gesellschaft stark fällt, können die Bezugsrechte entfallen oder wertlos werden. ● Es ist kein Bezugsrechtshandel vorgesehen. Die Gesellschaft wird sich lediglich bemühen, Verkaufsaufträge von Bezugsrechten an die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, zu vermitteln. ● Das durch den Emissionserlös aus dem Angebot der Neuen Aktien erreichte Kernkapitalniveau reicht möglicherweise nicht dauerhaft für die laufende Wachstumsinitiative der Gesellschaft aus.

Abschnitt E – Angebot

E.1	<p>Gesamtnettoerlöse und geschätzte Gesamtkosten der Emission/des Angebots, einschließlich der geschätzten Kosten, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden.</p> <p>Der Bruttoemissionserlös beträgt vor Kosten und Provisionen bzw. Gebühren rund EUR 381,2 Mio. Der Gesellschaft fallen Bankenprovisionen sowie sonstige Kosten im Rahmen der Emission in Höhe von insgesamt ca. EUR 115.000 an, wobei ein Betrag von EUR 100.000 auf die Übernahme provision der NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft, Essen (die "NATIONAL-BANK"), entfällt. Der der Gesellschaft zufließende Nettoemissionserlös beträgt daher rund EUR 381,1 Mio. Kosten des Angebots werden den Anlegern von der Gesellschaft nicht in Rechnung gestellt.</p>
E.2a	<p>Gründe für das Angebot, Zweckbestimmung der Erlöse, geschätzte Nettoerlöse</p> <p>Grund für das Angebot ist die Erzielung des Emissionserlöses, den die Gesellschaft zur Stärkung ihrer Kapitalbasis für den geplanten beschleunigten Ausbau der Geschäfte der Gesellschaft im Rahmen ihrer Wachstumsstrategie verwenden will.</p>
E.3	<p>Beschreibung der Angebotskonditionen</p> <p>Gegenstand des Angebots sind Stück 5.980.360 neue, auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der Gesellschaft mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Aktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015.</p>

Bezugsangebot

Durch Beschluss der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 7. Juni 2011 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 37.692.308,62 bis zum 31. Mai 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Sach- oder Bareinlage zu erhöhen. Der Vorstand der Gesellschaft hat am 23. September 2014 auf der Grundlage der vorstehend wiedergegebenen Ermächtigung beschlossen, unter teilweiser Ausnutzung dieser Ermächtigung das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 75.384.617,25 um EUR 16.039.279,70 auf EUR 91.423.896,95 durch Ausgabe von Stück 5.980.360 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Aktie gegen Bareinlagen zu erhöhen und den Aktionären dabei ein mittelbares Bezugsrecht einzuräumen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat diesem Beschluss des Vorstandes am 6. Oktober 2014 zugestimmt.

Bezugspreis

Der Bezugspreis beträgt EUR 63,75 je Neuer Aktie.

Bezugsverhältnis

Die neuen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis 4,7:1 angeboten, das heisst 4,7 alte Aktien der Gesellschaft (die "Alten Aktien") berechtigen zum Bezug von einer Neuen Aktie.

Bezugsfrist

Die Bezugsfrist läuft vom 10. Oktober 2014 bis einschließlich 23. Oktober 2014 (23:59 MEZ).

Ausübung des Bezugsrechts

Die Bezugsrechte werden für Aktien der Gesellschaft nach dem Stand vom 9. Oktober 2014, abends, durch die Clearstream Banking AG den Depotbanken automatisch zugebucht. Die Aktionäre werden durch Veröffentlichung des Bezugsangebots – im Bundesanzeiger voraussichtlich am 9. Oktober 2014 – aufgefordert, ihr Bezugsrecht auf die Neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses von der Ausübung in der Zeit vom 10. Oktober 2014 bis einschließlich 23. Oktober 2014 (23:59 Uhr MEZ) über ihre Depotbank bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG als Bezugsstelle auszuüben. Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen wertlos; eine Barentschädigung erfolgt nicht. Für sich aus dem individuellen Aktienbestand aufgrund des Bezugsverhältnisses von 4,7:1 rechnerisch ergebende Bruchteile Neuer Aktien können die Aktionäre keine Neuen Aktien beziehen. Es ist nur der Bezug von einer Neuen Aktie oder einem ganzzahligen Vielfachen davon möglich.

Bezugsrechtsvermittlung

Die Gesellschaft wird sich bemühen, nach Maßgabe der nachfolgenden Bedingungen Verkaufsaufträge von Bezugsrechten an die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, zu vermitteln. Die Vermittlung über den Verkauf von Bezugsrechten durch die Gesellschaft beginnt nach Beginn der Bezugsfrist am 10. Oktober 2014 und endet am dritten Börsenhandelstag vor Ablauf der Bezugsfrist, nämlich dem 20. Oktober 2014, 16:00 Uhr MEZ. Die Vermittlungsaufträge über den Verkauf von Bezugsrechten sind über die jeweilige Depotbank per Telefax dementsprechend bis spätestens am 20. Oktober 2014

	<p>(16.00 Uhr MEZ) an die Gesellschaft zu richten. Ein börslicher oder quasi-börslicher Bezugsrechtshandel wird dadurch nicht ausgelöst bzw. eingerichtet.</p> <p>Kein Bezugsrechtshandel Ein Handel der Bezugsrechte wird weder von der NATIONAL-BANK noch von der Bezugsstelle HSBC Trinkaus & Burkhardt AG organisiert. Eine Preisfeststellung an einer Börse wird für die Bezugsrechte ebenfalls nicht beantragt. Ein Kauf oder Verkauf der Bezugsrechte über die Börse ist daher nicht möglich. Nicht ausgeübte bzw. sich aus dem individuellen Aktienbestand ergebende Bezugsrechte für Bruchteile Neuer Aktien werden aus dem Depot des jeweiligen Aktionärs wertlos ausgebucht (siehe aber vorstehender Abschnitt "Bezugsrechtsvermittlung").</p> <p>Verbriefung und Lieferung der Neuen Aktien Die Neuen Aktien werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG hinterlegt wird. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihres Anteils ist nach der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Lieferung der Neuen Aktien erfolgt voraussichtlich am 28. Oktober 2014 durch Girosammeldepotgutschrift.</p> <p>Verwertung nicht bezogener Neuer Aktien Die Verwertung der nicht bezogenen Neuen Aktien erfolgt nach Ablauf der Bezugsfrist im Rahmen einer Privatplatzierung ausschließlich an die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf. Der Platzierungspreis wird dabei dem festgesetzten Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 entsprechen. Die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, hat sich gegenüber der Gesellschaft unwiderruflich verpflichtet, ihr Bezugsrecht voll auszuüben und etwaige aufgrund des Bezugsrechts nicht bezogene Neue Aktien zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 zu erwerben.</p>
E.4	<p>Beschreibung aller für die Emission / das Angebot wesentlicher Interessen, einschließlich Interessenkonflikten</p> <p>Die NATIONAL-BANK steht im Zusammenhang mit dem Angebot in einem vertraglichen Verhältnis mit der Gesellschaft. Bei erfolgreicher Durchführung dieses Angebots erhält die NATIONAL-BANK eine Provision von der Gesellschaft.</p> <p>Die NATIONAL-BANK und ihre verbundenen Unternehmen, die in Geschäftsbeziehung mit der Gesellschaft stehen, haben in der Vergangenheit Beratungs- oder andere Dienstleistungen für die Gesellschaft gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und werden dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun. Außerdem hat auch die Gesellschaft für die NATIONAL-BANK und ihre verbundenen Unternehmen Beratungs- oder andere Dienstleistungen gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und wird dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die NATIONAL-BANK ein Interesse an einer erfolgreichen Durchführung dieses Angebots hat.</p>
E.5	<p>Name der Person/des Unternehmens, die/das das Wertpapier zum Verkauf anbietet</p> <p>Die Neuen Aktien werden von der Gesellschaft zum Bezug angeboten.</p> <p>Lock-up-Vereinbarungen; die beteiligten Parteien und die Lock-up-Frist</p> <p>Entfällt. Im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung sind keine Lock-up-Vereinbarungen abgeschlossen worden.</p>
E.6	<p>Betrag und Prozentsatz der aus dem Angebot resultierenden unmittelbaren Verwässerung/ Im Falle eines Zeichnungsangebots an die existierenden Anteilseigner Betrag und</p>

	<p>Prozentsatz der unmittelbaren Verwässerung, für den Fall, dass sie das neue Angebot nicht zeichnen</p> <p>Der Nettobuchwert (errechnet sich aus der Bilanzsumme abzüglich Rückstellungen, abzüglich kurz- und langfristiger Schulden, abzüglich Nachrangkapital und abzüglich sonstiger Passiva (inklusive Ertragssteuerverpflichtungen)) des HSBC Trinkaus-Konzerns nach IFRS belief sich per 30. Juni 2014 auf EUR 1.471,0 Mio. und damit auf rund EUR 52,33 pro Aktie berechnet auf Grundlage der Anzahl der vor Durchführung der Kapitalerhöhung ausgegebenen Stück 28.107.693 Aktien.</p> <p>Unter der Annahme der vollständigen Durchführung dieser Kapitalerhöhung zum 30. Juni 2014 belief sich der Nettobuchwert des HSBC Trinkaus-Konzerns per 30. Juni 2014 auf EUR 1.852,1 Mio. und damit auf rund EUR 54,33 pro Aktie berechnet auf Grundlage der Anzahl der nach Durchführung der Kapitalerhöhung insgesamt ausgegebenen Stück 34.088.053 Aktien.</p> <p>Dies entspricht einer Erhöhung des Nettobuchwerts des HSBC Trinkaus-Konzerns um rund EUR 2,00 bzw. 3,82% pro Aktie für die bisherigen Aktionäre und führt für die Erwerber der Neuen Aktien zu einem unmittelbaren Wertverlust von rund EUR 9,42 bzw. 14,78% pro Aktie, da der angepasste Nettobuchwert des HSBC Trinkaus-Konzerns pro Aktie den Bezugspreis von EUR 63,75 um diesen Betrag bzw. Prozentsatz unterschreitet.</p> <p>Bei Nichtausübung des Bezugsrechts verwässert sich der prozentuale Anteil eines Aktionärs am Grundkapital der Gesellschaft um 17,54% je Aktie.</p>
<p>E.7</p>	<p>Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden</p> <p>Entfällt. Anlegern werden keine Ausgaben von der Gesellschaft in Rechnung gestellt. Anleger müssen jedoch solche Gebühren oder Provisionen selbst tragen, die ihnen die eigene depotführende Bank für den Kauf und das Halten von Wertpapieren in Rechnung stellt.</p>

Unterschriften

Düsseldorf, 8. Oktober 2014

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

gez. Bernd Wiedemuth

gez. Marina Eibl

Die dieser Wertpapierbeschreibung zugrundeliegende Bezugsrechtsemission richtet sich ausschließlich an die Anteilseigner der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf. Der Umfang der in dieser Wertpapierbeschreibung veröffentlichten Angaben ist an dieser Emissionsart bemessen.



Wertpapierbeschreibung

**gemäß § 12 Absatz (1) Wertpapierprospektgesetz i.V.m.
Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004**

für das öffentliche Angebot

sowie

**für die Zulassung zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf und
Stuttgart**

von

5.980.360 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)

aus der am 23. September 2014 vom Vorstand mit der Zustimmung des Aufsichtsrats vom 6. Oktober 2014 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital mit mittelbarem Bezugsrecht (mit Ausnahme eines Spitzenbetrags)

– jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015 –

der

**HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Düsseldorf**

– International Securities Identification Number (ISIN): DE000A13SXP0 –
– Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): A13 SXP –

8. Oktober 2014

Gegenstand der Wertpapierbeschreibung und des Prospekts

Gegenstand der Wertpapierbeschreibung und des Prospekts ist ein öffentliches Angebot (das "**Angebot**") von Stück 5.980.360 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (die "**Neuen Aktien**"), jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015, sowie die Zulassung der Neuen Aktien zum regulierten Markt der Wertpapierbörsen zu Düsseldorf und Stuttgart.

Die Neuen Aktien werden auf Grund der am 23. September 2014 vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 6. Oktober 2014 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital ausgegeben.

Wichtige Hinweise

Diese Wertpapierbeschreibung enthält die Mindestangaben für die Wertpapierbeschreibung für Aktien bei Bezugsrechtsemissionen (verhältnismäßiges Schema) des Art. 26a EU-ProspektVO gemäß Anhang XXIV, die im Vergleich zu Prospekten gemäß Anhang III der EU-Prospektverordnung weniger Mindestangaben vorsehen. Aus diesem Grund richtet sich die Bezugsrechtsemission ausschließlich an die Anteilseigner des Emittenten, wobei der Umfang der in dieser Wertpapierbeschreibung veröffentlichten Angaben im Verhältnis zu dieser Emissionsart bemessen ist.

Diese Wertpapierbeschreibung, die Zusammenfassung vom 8. Oktober 2014 und das Aktien-Registrierungsformular der Gesellschaft vom 8. Oktober 2014 wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ("**BaFin**") nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung, einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen, gebilligt. Diese Wertpapierbeschreibung, die Zusammenfassung vom 8. Oktober 2014 und das Aktien-Registrierungsformular der Gesellschaft vom 8. Oktober 2014 werden gemäß § 14 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 a) Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Gesellschaft (www.hsbc.de) veröffentlicht. Gemäß § 14 Abs. 5 Wertpapierprospektgesetz muss dem Anleger von HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Königsallee 21-23, 40212 Düsseldorf, auf Verlangen eine Papierversion dieser Dokumente zur Verfügung gestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

I. RISIKOFAKTOREN	5
II. Sonstige Informationsbestandteile hinsichtlich der Wertpapiere.....	9
1. HAFTENDE PERSONEN	9
1.1. Haftung für die Angaben im Prospekt.....	9
1.2. Erklärung der für den Prospekt haftenden Personen	9
2. RISIKOFAKTOREN.....	9
3. GRUNDLEGENDE ANGABEN	9
3.1. Erklärung zum Geschäftskapital.....	9
3.2. Kapitalausstattung und Verschuldung	9
3.3. Interessen beteiligter Personen an dem Angebot	12
3.4. Gründe für das Angebot und Verwendung der Erträge	13
4. ANGABEN ÜBER DIE ANZUBIETENDEN BZW. ZUM HANDEL ZUZULASSENEN	
WERTPAPIERE	13
4.1. Beschreibung der Gattung der Neuen Aktien einschließlich ISIN und WKN	13
4.2. Rechtsvorschriften, auf deren Grundlage die Wertpapiere geschaffen wurden	14
4.3. Form, Verbriefung und Lieferung der Aktien	14
4.4. Währung der Wertpapieremission	14
4.5. Beschreibung der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte einschließlich etwaiger Beschränkungen und des Verfahrens zur Ausübung dieser Rechte.	14
4.6. Angabe der Beschlüsse, Ermächtigungen und Genehmigungen, aufgrund deren Wertpapiere geschaffen und/oder begeben wurden oder werden.	16
4.7. Voraussichtlicher Emissionstermin der Wertpapiere.	17
4.8. Beschreibung etwaiger Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere.	18
4.9. Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland	18
5. KONDITIONEN DES ANGEBOTS.....	33
5.1. Konditionen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen für die Antragstellung.....	39
5.2. Zuteilung	41
5.3. Preisfestsetzung – Angabe des Preises, zu dem die Wertpapiere angeboten werden.....	41
5.4. Platzierung und Übernahme (Underwriting)	41
6. BÖRSENZULASSUNG UND BÖRSENNOTIERUNG.....	42
6.1. Börsenzulassung und Börsennotierung der Neuen Aktien	42
6.2. Börsenzulassung und Börsennotierung der bisherigen Aktien	42
6.3. Keine gleichzeitige Ausgabe weiterer Aktien	42
6.4. Intermediäre im Sekundärhandel	42

7. LOCK-UP-VEREINBARUNGEN	43
7.1. Parteien, Inhalt und Ausnahmen der Vereinbarung, Zeitraum des Lock-up	43
8. KOSTEN DER EMISSION/DES ANGEBOTS	43
8.1 Angabe der Gesamtnettoerträge und Schätzung der Gesamtkosten der Emission/des Angebots	43
9. VERWÄSSERUNG	43
9.1. Betrag und Prozentsatz der unmittelbaren Verwässerung, die sich aus der Emission/dem Angebot ergibt, sowie.....	43
9.2. Betrag und Prozentsatz der unmittelbaren Verwässerung, wenn die existierenden Aktionäre das neue Angebot nicht zeichnen.	43
10. ZUSÄTZLICHE ANGABEN	44
10.1. Berater	44
10.2. Prüfung von Angaben in der Wertpapierbeschreibung	44
10.3. Erklärungen oder Berichte von Sachverständigen	44
10.4. Angaben von Seiten Dritter	44
Unterschriftenseite	U.1

I. RISIKOFAKTOREN

Anleger sollten sich sorgfältig mit den nachfolgenden spezifischen Risikofaktoren, die für die Neuen Aktien und deren Angebot von wesentlicher Bedeutung sind, sowie den anderen in dem Prospekt enthaltenen Informationen befassen, bevor sie ihre Entscheidung über den Erwerb von Neuen Aktien der Gesellschaft treffen. Eine Beschreibung der spezifischen Risiken im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft enthält der Abschnitt "Risikofaktoren" im Aktien-Registrierungsformular vom 8. Oktober 2014. Wenn sich eines oder mehrere der in dem Prospekt beschriebenen Risiken verwirklichen, könnte dies wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft oder auf den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft haben. Der Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft könnte auf Grund der Realisierung jedes einzelnen dieser Risiken erheblich fallen, und Anleger könnten ihr investiertes Kapital teilweise oder vollständig verlieren. Die beschriebenen Risiken sind nicht die einzigen Risiken, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Weitere Risiken, die der Gesellschaft gegenwärtig nicht bekannt sind, könnten ebenfalls den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder des HSBC Trinkaus-Konzerns (der Emittent bildet zusammen mit seinen konsolidierten Tochtergesellschaften den HSBC Trinkaus-Konzern – der "**HSBC Trinkaus-Konzern**") beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft oder des HSBC Trinkaus-Konzerns haben. Die Reihenfolge, in der die Risiken aufgeführt werden, enthält keine Aussage über die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts oder über das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen oder die Bedeutung der genannten Risiken.

Risiken im Zusammenhang mit dem Angebot und den Neuen Aktien

Der Aktienkurs der Gesellschaft kann Schwankungen unterliegen oder sinken.

Der Aktienkurs der Gesellschaft war in der Vergangenheit aufgrund der Aktionärsstruktur nicht sehr volatil. Schwankungen des Aktienkurses der Gesellschaft könnten sich künftig aber ergeben durch eine hohe Volatilität an den Wertpapiermärkten im Allgemeinen und bei den Aktien von Finanzinstituten im Besonderen, vor allem im Zusammenhang mit der vom U.S.-Immobilienmarkt ausgegangenen weltweiten Finanzmarktkrise. Außerdem können unter anderem folgende Faktoren den Aktienkurs der Gesellschaft beeinflussen: die Strategie der Gesellschaft; die Einschätzung der Investoren hinsichtlich des Erfolgs und der Auswirkungen der beabsichtigten Wachstumsinitiative und der damit zusammenhängenden Kapitalerhöhung; mögliche Rechtsstreitigkeiten, Änderungen von rechtlichen Rahmenbedingungen oder regulatorische Maßnahmen, welche die Gesellschaft oder die Branchen betreffen, in denen die Gesellschaft wesentliche Kreditengagements hat; Erwartungen des Marktes über die Wertentwicklung und angemessene Kapitalausstattung von Finanzinstituten im Allgemeinen; die Einschätzung von Anlegern sowie die tatsächliche Wertentwicklung anderer Finanzinstitute; öffentliche Bekanntmachungen über Insolvenzen oder ähnliche Restrukturierungsmaßnahmen sowie Untersuchungen über die Rechnungslegungspraxis von anderen Banken und die Volatilität des Marktes im Allgemeinen.

Da die Neuen Aktien erst nach der Hauptversammlung der Gesellschaft in 2015 zusammen mit den anderen, börsenzugelassenen Aktien der Gesellschaft gehandelt werden, kann ein Verkauf der Neuen Aktien erheblich erschwert sein und wird – auch aufgrund der fehlenden Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 2014 – nur zu niedrigeren Kursen als bei einem Verkauf der anderen, börsenzugelassenen Aktien der Gesellschaft möglich sein.

Der Aktienbesitz von Aktionären, die nicht an diesem Angebot teilnehmen, wird erheblich verwässert.

Bezugsrechte für Neue Aktien, die nicht bis zum Ende der Bezugsfrist ausgeübt wurden, verfallen. Soweit ein Aktionär die ihm aufgrund seiner Aktionärsstellung eingeräumten Bezugsrechte nicht ausübt, wird die Beteiligungsquote und das Stimmrecht dieses Aktionärs verwässert. Dementsprechend wird der Prozentsatz der von diesem Aktionär gehaltenen Aktien am erhöhten Grundkapital der Gesellschaft proportional zu dem Prozentsatz sinken, um den das Grundkapital der Gesellschaft erhöht wird und zu dem dieser Aktionär nicht an der Kapitalerhöhung teilnimmt.

Die Beteiligung der Aktionäre könnte bei zukünftigen Kapitalmaßnahmen verwässert werden.

Zur Deckung ihres Kapitalbedarfs könnte die Gesellschaft in der Zukunft Aktien sowie Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen emittieren, etwa zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit oder aufgrund einer Erhöhung aufsichtsrechtlicher Eigenmittelanforderungen. Die zukünftige Ausgabe von Aktien beziehungsweise die Ausübung von Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft, die durch zukünftig ausgegebene Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen gewährt werden, könnte den Anteil der bisherigen Aktien am Grundkapital der Gesellschaft und an den Stimmrechten verwässern, wenn die Ausgabe unter Ausschluss von Bezugsrechten oder sonstigen Zeichnungsrechten erfolgt oder wenn derartige Rechte nicht ausgeübt werden.

Wenn das Angebot nicht durchgeführt wird, oder wenn der Aktienkurs der Gesellschaft stark fällt, können die Bezugsrechte entfallen oder wertlos werden.

Die Neuen Aktien werden von der NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft, Essen ("NATIONAL-BANK"), mit der Verpflichtung übernommen, sie über die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG als Bezugsstelle den Aktionären der Gesellschaft mit Ausnahme eines Spitzenbetrages zum Bezug anzubieten. Die Übernahme der Neuen Aktien erfolgt auf der Basis eines Aktienübernahmevertrags, von dem die NATIONAL-BANK unter bestimmten Bedingungen zurücktreten kann. Wenn der Aktienübernahmevertrag vor Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister beendet wird, findet das Angebot nicht statt und die Bezugsrechte entfallen und werden wertlos. Ein Anspruch des Anlegers auf Lieferung von Aktien der Gesellschaft besteht in diesem Fall nicht. Sollte ein Anleger sogenannte Leerverkäufe vorgenommen haben, so trägt er das Risiko, diese Verpflichtung nicht durch Lieferung Neuer Aktien erfüllen zu können. Auf das Verbot ungedeckter Leerverkäufe wird hingewiesen. Sofern die NATIONAL-BANK nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das

Handelsregister vom Aktienübernahmevertrag zurücktritt, können die Aktionäre, die ihr Bezugsrecht ausgeübt haben, die Neuen Aktien zum Bezugspreis erwerben.

Des Weiteren hängt der Wert der Bezugsrechte maßgeblich vom Kurs der Aktien der Gesellschaft ab. Ein erheblicher Verfall des Kurses der Aktien kann daher auch den Wert der Bezugsrechte nachteilig beeinflussen.

Es ist kein Bezugsrechtshandel vorgesehen. Die Gesellschaft wird sich lediglich bemühen, Verkaufsaufträge von Bezugsrechten an die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, zu vermitteln.

Ein Handel der Bezugsrechte wird weder von der NATIONAL-BANK noch von dem Emittenten und der Bezugsstelle HSBC Trinkaus & Burkhardt AG organisiert. Eine Preisfeststellung an einer Börse wird für die Bezugsrechte ebenfalls nicht beantragt. Ein Kauf oder Verkauf der Bezugsrechte über die Börse ist daher nicht möglich. Nicht ausgeübte bzw. sich aus dem individuellen Aktienbestand ergebende Bezugsrechte für Bruchteile Neuer Aktien werden aus dem Depot des jeweiligen Aktionärs wertlos ausgebucht.

Die Gesellschaft wird sich lediglich bemühen, Verkaufsaufträge von Bezugsrechten an die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, zu vermitteln. Die Gesellschaft kann jedoch keine Gewähr dafür übernehmen, dass die Vermittlung gelingt und ein Gegenwert für die Bezugsrechte erzielt werden kann.

Es kann sein, dass die Gesellschaft in künftigen Geschäftsjahren keine Dividendenzahlungen leistet, sei es, dass sie keinen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn erzielt, oder sei es aus anderen Gründen.

Eine Dividende kann nur ausgeschüttet werden, wenn die Gesellschaft in ihrem HGB-Einzelabschluss einen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn ausweist. Sollte sich die gegenwärtige Marktsituation verschlechtern, kann es sein, dass sich die Ertragssituation der Gesellschaft verschlechtert. Dies könnte dazu führen, dass für zukünftige Geschäftsjahre keine Dividendenzahlungen erfolgen können oder dass ausschüttungsfähige Gewinne zur Stärkung der Eigenkapitalbasis den Rücklagen zugeführt und damit nicht ausgeschüttet werden.

Das durch den Emissionserlös aus dem Angebot der Neuen Aktien erreichte Kernkapitalniveau reicht möglicherweise nicht dauerhaft für die laufende Wachstumsinitiative der Gesellschaft aus.

Die Gesellschaft beabsichtigt, das zusätzliche Kernkapital, das ihr nach Durchführung des Angebots zur Verfügung stehen wird, in erster Linie zur Deckung der Kapitalanforderungen infolge der laufenden Wachstumsinitiative zu verwenden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass im weiteren Verlauf der Wachstumsinitiative weitere Kapitalmaßnahmen erforderlich werden

könnten, um ein aufsichtsrechtliches Kernkapital in dem Umfang aufrechtzuerhalten, wie es für ein Finanzinstitut mit der Größe, dem Risikoprofil und der Strategie der Gesellschaft erforderlich ist.

In den letzten Jahren wurden die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen mehrfach verschärft. Zuletzt erfolgte die Umsetzung von Basel III in europäisches bzw. deutsches Recht: Zum 1. Januar 2014 ist die Capital Requirement Regulation (CRR) unmittelbar geltendes Recht in Deutschland geworden. Ebenso sind die deutschen Gesetze für die Umsetzung der Capital Requirement Directive (CRD), insbesondere das Kreditwesengesetz, entsprechend geändert worden. Die CRR beinhaltet ein komplexes Regelwerk zu den Übergangsvorschriften einerseits für die Anrechnung von Risikopositionen und andererseits für die Definition und Anrechnung von Bestandteilen der Eigenmittel. Es ist zu erwarten, dass sich die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen über die nächsten Jahre weiter verschärfen werden. Bereits heute gibt es diverse Initiativen und Vorschläge zu weiteren Änderungen der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen, insbesondere seitens des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (BCBS).

Jede dieser Entwicklungen, sowie jede andere Entwicklung mit Auswirkungen auf die Kernkapitalquote der Gesellschaft, könnte dazu führen, dass die Kernkapitalquote der Gesellschaft unter das Niveau sinkt, das nach Verwendung des Emissionserlöses, Thesaurierung zukünftiger Gewinne und Nutzung anderer Finanzierungsquellen angestrebt wird. Dies wiederum könnte nachteilige Auswirkungen insbesondere auf die Bonität, den Zugang zu Finanzierungen und die Finanzierungskosten und folglich für die Profitabilität der Gesellschaft haben und zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft führen.

II. Sonstige Informationsbestandteile hinsichtlich der Wertpapiere

1. HAFTENDE PERSONEN

1.1. Haftung für die Angaben im Prospekt

Diese Wertpapierbeschreibung (die "**Wertpapierbeschreibung**") bildet zusammen mit dem Aktien-Registrierungsformular der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG vom 8. Oktober 2014 (das "**Aktien-Registrierungsformular**") und der Zusammenfassung vom 8. Oktober 2014 (die "**Zusammenfassung**") einen Prospekt (der "**Prospekt**") gemäß § 12 Absatz 1 Satz 2 des Wertpapierprospektgesetzes ("WpPG").

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG mit Sitz in 40212 Düsseldorf, Königsallee 21/23, (der "**Emittent**" oder die "**Gesellschaft**" und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der "**HSBC Trinkaus-Konzern**" oder der "**Konzern**") übernimmt gemäß § 5 Absatz 4 WpPG die Verantwortung für den Inhalt des Prospekts, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung.

1.2. Erklärung der für den Prospekt haftenden Personen

Die Gesellschaft erklärt, dass ihres Wissens die Angaben im Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind, sowie dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, wahrscheinlich verändern können. Unbeschadet einer eventuellen Nachtragspflicht nach § 16 WpPG ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen nicht verpflichtet, den Prospekt zu aktualisieren.

2. RISIKOFAKTOREN

Die Ausführungen zu den Risikofaktoren, finden sich unter Punkt I. dieser Wertpapierbeschreibung.

3. GRUNDLEGENDE ANGABEN

3.1. Erklärung zum Geschäftskapital

Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass der HSBC Trinkaus-Konzern über ausreichend Geschäftskapital verfügt, um seinen Zahlungsverpflichtungen mindestens in den nächsten zwölf Monaten nachkommen zu können.

3.2. Kapitalausstattung und Verschuldung

Die nachfolgenden Tabellen zeigen auf der Grundlage des Konzernrechnungswesens der Gesellschaft zum 31. Juli 2014 einen Überblick über die Kapitalausstattung, die Verschuldung, die Nettofinanzverbindlichkeiten sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten nach IFRS. Die Kapitalausstattung des HSBC Trinkaus-Konzerns wird sich nach Durchführung des Angebotes verändern. Die in der rechten Spalte enthaltenen Informationen beruhen auf der Annahme, dass eine vollständige Platzierung der angebotenen Neuen Aktien zum Bezugspreis EUR 63,75 je Aktie erfolgt und der Gesellschaft ein

Nettoemissionserlös in Höhe von rund EUR 381,1 Mio. zufließt. Näheres zu den Erlösen aus dem Angebot und ihre beabsichtigte Verwendung siehe 3.4. und 8.1. dieser Wertpapierbeschreibung.

Kapitalisierung und Verschuldung in Mio. EUR	31. Juli 2014 (vor Durchführung des Angebots) (ungeprüft)	31. Juli 2014 (nach Durchführung des Angebots) (ungeprüft)
Verbindlichkeiten	19.229,4	19.229,4
Kurzfristig ⁽¹⁾	18.160,0	18.160,0
davon besichert ⁽²⁾	211,4	211,4
davon garantiert	0,0	0,0
davon nicht garantiert / nicht besichert	17.948,6	17.948,6
Langfristig ⁽³⁾	1.069,4	1.069,4
davon besichert ⁽⁴⁾	125,6	125,6
davon garantiert	0,0	0,0
davon nicht garantiert / nicht besichert	943,8	943,8
Eigenkapital	1.482,1	1.863,2
Gezeichnetes Kapital	75,4	91,4
Kapitalrücklage	365,8	730,9
Gewinnrücklagen	868,2	868,2
Bewertungsreserve für Finanzinstrumente	159,1	159,1
Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung	-71,1	-71,1
Bewertungsreserve aus Währungsumrechnung	3,3	3,3
Gewinn inklusive Gewinnvortrag	81,4	81,4
Summe	20.711,5	21.092,6

- (1) Die kurzfristigen Verbindlichkeiten setzen sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, den verbrieften Verbindlichkeiten und den Zertifikaten und anderen Emissionen der Handelspassiva, jeweils mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, sowie übrigen Handelspassiva (außer Zertifikaten und eigenen Emissionen) zusammen.
- (2) Im Zusammenhang mit negativen Marktwerten im Derivategeschäft werden Barsicherheiten gestellt.
- (3) Die langfristigen Verbindlichkeiten setzen sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, den verbrieften Verbindlichkeiten und den Zertifikaten und anderen Emissionen der Handelspassiva, jeweils mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, zusammen.
- (4) Im Zusammenhang mit der Refinanzierung wurden Grundstücke und Gebäude teilweise als Sicherheiten gestellt.

Nettofinanzverbindlichkeiten in Mio. EUR	31. Juli 2014 (vor Durchführung des Angebots) (ungeprüft)	31. Juli 2014 (nach Durchführung des Angebots) (ungeprüft)
Liquide Mittel		
Barreserve.....	1,8	1,8
Zahlungsmitteläquivalente ⁽¹⁾	205,5	586,6
Wertpapiere des Handelsbestandes.....	3.525,8	3.525,8
Summe.....	3.733,1	4.114,2
Kurzfristige Finanzforderungen⁽²⁾.....	15.037,1	15.037,1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten⁽³⁾		
gegenüber Kreditinstituten.....	1.609,2	1.609,2
mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr.....	12.288,8	12.288,8
Sonstige.....	4.262,0	4.262,0
Summe.....	18.160,0	18.160,0
Kurzfristige Nettofinanzverbindlichkeiten⁽⁴⁾.....	-610,2	-991,3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten⁽⁵⁾		
gegenüber Kreditinstituten.....	0,6	0,6
aus Anleiheemissionen.....	10,0	10,0
Sonstige.....	1.058,8	1.058,8
Summe.....	1.069,4	1.069,4
Nettofinanzverschuldung⁽⁶⁾.....	459,2	78,1

(1) Die Zahlungsmitteläquivalente entsprechen dem Guthaben bei den Zentralnotenbanken.

(2) Die kurzfristigen Finanzforderungen setzen sich zusammen aus Forderungen gegenüber Kreditinstituten und den Forderungen gegenüber Kunden, jeweils vor Abzug der Risikovorsorge und mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, sowie den Handelsaktiva (ohne Schuldverschreibungen und Aktien) und den liquiden Finanzanlagen.

(3) Die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten setzen sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, den verbrieften Verbindlichkeiten und den Zertifikaten und anderen Emissionen der Handelspassiva, jeweils mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr, sowie den übrigen Handelspassiva (außer Zertifikaten und eigenen Emissionen) zusammen.

(4) Die kurzfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten setzen sich zusammen aus den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten, abzüglich der kurzfristigen Finanzforderungen und abzüglich der liquiden Mittel.

(5) Die langfristigen Verbindlichkeiten setzen sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, den verbrieften Verbindlichkeiten und den Zertifikaten und anderen Emissionen der Handelspassiva, jeweils mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr zusammen.

(6) Die Nettofinanzverschuldung ist die Summe aus den kurzfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten und den langfristigen Finanzverbindlichkeiten.

Zusagen und Eventualverbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt auf Grundlage des Konzernrechnungswesens der Gesellschaft zum 31. Juli 2014 den Nominalwert der unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

des HSBC Trinkaus-Konzerns. Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Finanzgarantien und Haftungsübernahmeerklärungen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

<u>in Mio. EUR</u>	<u>31. Juli 2014</u>
	(ungeprüft)
Unwiderrufliche Kreditzusagen.....	6.712,1
Eventualverbindlichkeiten.....	<u>1.710,0</u>
Insgesamt.....	8.422,1

Kerngrößen zur Kapitalausstattung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Auswirkungen des Angebots auf die dort genannten Kerngrößen zum 31. Juli 2014, die wesentliche aufsichtsrechtlich zu beachtende Größen darstellen.

<u>in Mio. EUR, außer Prozentangaben</u>	<u>31. Juli 2014</u> <u>(vor Durchführung</u> <u>des Angebots)</u>	<u>31. Juli 2014</u> <u>(nach Durchführung</u> <u>des Angebots)</u>
	(ungeprüft)	(ungeprüft)
Risikotragende Aktiva	13.084	13.084
Kernkapital (Tier 1).....	1.130	1.511
Kernkapitalquote (Tier 1 Quote) ⁽¹⁾	8,64%	11,55%
Eigenmittel.....	1.530	1.911
Gesamtkapitalquote ⁽²⁾	11,69%	14,61%

(1) Die Kernkapitalquote berechnet sich als Quotient aus dem Kernkapital und der risikotragenden Aktiva.

(2) Die Gesamtkapitalquote berechnet sich als Quotient aus den Eigenmitteln und der risikotragenden Aktiva.

3.3. Interessen beteiligter Personen an dem Angebot

Die NATIONAL-BANK steht im Zusammenhang mit dem Angebot in einem vertraglichen Verhältnis mit der Gesellschaft. Bei erfolgreicher Durchführung dieses Angebots erhält die NATIONAL-BANK eine Provision von der Gesellschaft.

Die NATIONAL-BANK und ihre verbundenen Unternehmen, die in Geschäftsbeziehung mit der Gesellschaft stehen, haben in der Vergangenheit Beratungs- oder andere Dienstleistungen für die

Gesellschaft gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und werden dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun. Außerdem hat auch die Gesellschaft für die NATIONAL-BANK und ihre verbundenen Unternehmen Beratungs- oder andere Dienstleistungen gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und wird dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die NATIONAL-BANK auch vor diesem Hintergrund ein Interesse an einer erfolgreichen Durchführung dieses Angebots hat.

Die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft halten zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung keine Aktien und/oder Optionen auf Aktien der Gesellschaft. Die Gesellschaft hat keine Kenntnis von Beständen der Aufsichtsratsmitglieder an Aktien und Optionen auf Aktien der Gesellschaft. Ein Anteilserwerb würde aufgrund der Beteiligung der Hauptaktionäre HSBC Germany Holdings GmbH und LBBW Banken-Holding GmbH von zusammen ca. 99,3%, mit einem sich daraus ergebenden Anteil von Aktien im Streubesitz in Höhe von ca. 0,7%, die relevanten Meldeschwellen nach nationalem Recht nicht erreichen. Zudem erfolgten in den letzten Jahren durch Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats keine Mitteilungen von Geschäften in Aktien der Gesellschaft nach § 15a WpHG ("directors dealings").

3.4. Gründe für das Angebot und Verwendung der Erträge

Grund für das Angebot ist die Erzielung des Emissionserlöses, den die Gesellschaft zur Stärkung ihrer Kapitalbasis für den geplanten beschleunigten Ausbau der Geschäfte der Gesellschaft im Rahmen ihrer Wachstumsstrategie verwenden will.

Die Geschäftsausweitung im Zuge der geplanten Wachstumsinitiative der Gesellschaft und die Umsetzung von CRD IV (Capital Requirements Directive IV) führten in den ersten sieben Monaten des laufenden Geschäftsjahres, d.h. zum 31.7.2014, zu einem im Vergleich zu Ende Dezember 2013 deutlichen Anstieg der Risikoaktiva um 17,6%. Gleichzeitig sank die Kernkapitalquote (Tier 1) auf 8,64% (von 11,7% per Ende Dezember 2013). Mit der Kapitalerhöhung soll die Kernkapitalquote (Tier 1) auf 11,55% (per 31.7.2014) erhöht und somit eine ausreichende Kapitalisierung für weiteres Wachstum sichergestellt werden.

4. ANGABEN ÜBER DIE ANZUBIETENDEN BZW. ZUM HANDEL ZUZULASSENDEN WERTPAPIERE

4.1. Beschreibung der Gattung der Neuen Aktien einschließlich ISIN und WKN

Gattung der Neuen Aktien

Die Neuen Aktien der Gesellschaft sind auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Aktie, die mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015 ausgestattet sind. Abgesehen von der unterschiedlichen Gewinnanteilberechtigung sind die Neuen Aktien mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Aktien der Gesellschaft und vermitteln keine darüber hinausgehenden Rechte und Vorteile.

ISIN, WKN

Für die Alten Aktien (börsennotiert):

ISIN: DE0008115106

WKN: 811 510

Für die Alten Aktien (nicht börsennotiert):

ISIN: DE0008115148

WKN: 811 514

Für die Neuen Aktien:

ISIN: DE000A13SXP0

WKN: A13 SXP

Für die Bezugsrechte:

ISIN: DE000A13SXN5

WKN: A13 SXN

4.2. Rechtsvorschriften, auf deren Grundlage die Wertpapiere geschaffen wurden

Die Neuen Aktien der Gesellschaft werden nach deutschem Recht geschaffen.

4.3. Form, Verbriefung und Lieferung der Aktien

Die Neuen Aktien sind auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Aktie. Die Neuen Aktien werden in einer Globalurkunde mit Globalgewinnanteilschein verbrieft und bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt. Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist in der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen.

Die Lieferung der Neuen Aktien erfolgt durch Girosammeldepotgutschrift. Die im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien werden voraussichtlich am 28. Oktober 2014 zur Verfügung gestellt.

4.4. Währung der Wertpapieremission

Der Bezugspreis für die Neuen Aktien ist in Euro (EUR) zu zahlen.

4.5. Beschreibung der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte einschließlich etwaiger Beschränkungen und des Verfahrens zur Ausübung dieser Rechte.

Dividendenrechte

Die Neuen Aktien sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015 ausgestattet.

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien der Gesellschaft für ein Geschäftsjahr obliegt der ordentlichen Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet. Nach der Satzung kann die Hauptversammlung bei Kapitalerhöhungen eine von § 60 AktG abweichende Gewinnbeteiligung neuer Aktien bestimmen.

Nach deutschem Recht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur auf Grund eines im Jahresabschluss der Gesellschaft ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist das Periodenergebnis um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahres sowie um Entnahmen bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden.

Nach deutschem Recht können Vorstand und Aufsichtsrat bei der Feststellung des Jahresabschlusses den Jahresüberschuss, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und gegebenenfalls eines Verlustvortrags verbleibt, bis zur Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Die Hauptversammlung kann im Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns weitere Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen.

Auf der Hauptversammlung beschlossene Dividenden sind am ersten Geschäftstag nach der Jahreshauptversammlung zahlbar, sofern der Dividendenbeschluss nichts anderes vorsieht. Der Dividendenanspruch unterliegt der regelmäßigen Verjährung von drei Jahren. Im Fall der Verjährung der Dividendenberechtigung ist die Gesellschaft die Begünstigte. Da sämtliche Aktien als globalverbriefte Inhaberaktien ausgegeben sind, werden Dividenden über die Zahlstelle der Gesellschaft auf die Konten der Aktionäre bei der jeweiligen Depotbank überwiesen. Einzelheiten zu den Dividenden werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Hinsichtlich der Ausübung von Dividendenansprüchen besteht nach deutschem Recht und der Satzung der Gesellschaft kein besonders Verfahren für nicht in Deutschland ansässige Aktionäre der Gesellschaft.

Stimmrechte

Jede Aktie der Gesellschaft gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen außer in bestimmten gesetzlich geregelten Fällen nicht. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte für bestimmte Aktionäre der Gesellschaft.

Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten der Aktionäre

Nach dem deutschen Aktienrecht stehen jedem Aktionär grundsätzlich Bezugsrechte entsprechend seiner Beteiligung am bisherigen Grundkapital der Gesellschaft auf die im Rahmen einer Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien zu. Das Gleiche gilt für Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Genussrechte und Gewinnschuldverschreibungen. Bezugsrechte sind grundsätzlich frei übertragbar. Die Hauptversammlung kann mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und gleichzeitiger Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre des Emittenten ausschließen. Für einen solchen Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus ein Bericht des Vorstands erforderlich, der zur Begründung des Bezugsrechtsausschlusses darlegen muss, warum das Interesse des Emittenten am Ausschluss des Bezugsrechts das Interesse der Aktionäre an der Einräumung des Bezugsrechts überwiegt. Nach dem deutschen Aktienrecht ist ein Ausschluss des Bezugsrechts bei Ausgabe neuer Aktien insbesondere dann zulässig, wenn der Emittent das Grundkapital gegen Bareinlagen erhöht, der Betrag der Kapitalerhöhung 10% des bestehenden Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der existierenden Aktien des Emittenten nicht wesentlich unterschreitet.

Beteiligung am Liquidationserlös

An einem etwaigen Liquidationserlös nehmen sämtliche Aktien der Gesellschaft entsprechend ihrem rechnerischen Anteil am Grundkapital teil.

Tilgungsklauseln, Wandelbedingungen

Tilgungsklauseln oder Wandelbedingungen bestehen nicht.

Bekanntmachungen; Zahl-, Anmelde- und Bezugsstelle

Die Aktien der Gesellschaft betreffende Mitteilungen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die börsenrechtlichen Veröffentlichungen erfolgen ebenfalls im Bundesanzeiger.

Zahl-, Anmelde- und Bezugsstelle ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf.

4.6. Angabe der Beschlüsse, Ermächtigungen und Genehmigungen, aufgrund deren Wertpapiere geschaffen und/oder begeben wurden oder werden.

Durch Beschluss der Hauptversammlung der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG vom 7. Juni 2011 ist der Vorstand gemäß § 4 Absatz (3) der Satzung, eingetragen in das unter HRB 54447 bei dem Amtsgericht Düsseldorf geführte Handelsregister der Gesellschaft am 29. Juni 2011, ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 37.692.308,62 bis zum 31. Mai 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Sach- oder Bareinlage zu erhöhen. Der Vorstand der Gesellschaft hat am 23. September 2014 auf der Grundlage der vorstehend wiedergegebenen Ermächtigung beschlossen, unter teilweiser Ausnutzung dieser Ermächtigung das Grundkapital der Gesellschaft

von EUR 75.384.617,25 um EUR 16.039.279,70 auf EUR 91.423.896,95 durch Ausgabe von Stück 5.980.360 neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Aktie (die „**Neuen Aktien**“) gegen Bareinlagen zu erhöhen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat diesem Beschluss des Vorstandes am 6. Oktober 2014 zugestimmt.

4.7. Voraussichtlicher Emissionstermin der Wertpapiere.

Für das Angebot und die Börsenzulassung der Neuen Aktien ist folgender voraussichtlicher Zeitplan vorgesehen:

8. Oktober 2014	Billigung des Prospekts
9. Oktober 2014	Veröffentlichung des Prospekts auf der Internetseite der Gesellschaft Veröffentlichung des Bezugsangebots im Bundesanzeiger
10. Oktober 2014	Einbuchung der Bezugsrechte der Aktionäre der Gesellschaft nach dem Stand vom 9. Oktober 2014 (abends) Beginn der Bezugsfrist Notierung der Aktien der Gesellschaft "ex Bezugsrecht" Antrag auf Zulassung der Neuen Aktien zu den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf und Stuttgart
23. Oktober 2014	Ende der Bezugsfrist
24. Oktober 2014, 10:00 Uhr MEZ	spätester Zeitpunkt für die Zahlung des Bezugspreises
24. Oktober 2014	Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf und Ausgabe der Neuen Aktien durch Verbriefung der Neuen Aktien in einer bei der Clearstream Banking AG, Eschborn, hinterlegten Globalurkunde
27. Oktober 2014	Zulassung der Neuen Aktien zu den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf und Stuttgart

Platzierung der Aktienspitzen und nicht bezogener Neuer Aktien
(Privatplatzierung)

28. Oktober 2014

Bekanntgabe der Ergebnisse des Bezugsangebots

Notierungsaufnahme der Neuen Aktien an den Wertpapierbörsen
zu Düsseldorf und Stuttgart

Buchmäßige Lieferung der im Rahmen des Bezugsangebots
bezogenen Neuen Aktien

Buchmäßige Lieferung der nicht während der Bezugsfrist
bezogenen, im Rahmen einer Privatplatzierung platzierten Neuen
Aktien

4.8. Beschreibung etwaiger Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere.

Die Neuen Aktien sind frei übertragbar.

4.9. Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Dieser Abschnitt enthält eine Darstellung wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten oder der Übertragung von Aktien und Bezugsrechten sowohl für einen Aktionär (eine natürliche Person oder Körperschaft), der in Deutschland steuerlich ansässig ist (d.h., dessen Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitzungssitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet), als auch für einen Aktionär, der außerhalb Deutschlands steuerlich ansässig ist, typischerweise von Bedeutung sind oder sein können. Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und enthält keine abschließende Erläuterung aller denkbaren steuerlichen Aspekte, die für Aktionäre relevant sein können. Grundlage der Darstellung sind die zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung geltenden Steuervorschriften (einschließlich Verwaltungsanweisungen) in Deutschland sowie Bestimmungen von Doppelbesteuerungsabkommen, wie sie Deutschland derzeit typischerweise mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Steuerrechtliche Vorschriften können sich – unter Umständen auch rückwirkend – ändern.

Dieser Abschnitt kann nicht die individuelle steuerliche Beratung des einzelnen Aktionärs ersetzen. Potenziellen Erwerbern der Aktien oder Bezugsrechte wird daher empfohlen, wegen der Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens sowie der Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten und wegen des bei einer möglichen Erstattung deutscher Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzuhaltenden Verfahrens ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur diese sind in der Lage, auch die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Aktionärs angemessen zu berücksichtigen. Der Emittent übernimmt keine Verantwortung für den Steuerabzug bzw. die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

Besteuerung der Gesellschaft

Deutsche Kapitalgesellschaften unterliegen mit ihrem Gewinn grundsätzlich der Körperschaftsteuer. Der Körperschaftsteuersatz beträgt einheitlich 15% für ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne zuzüglich eines Solidaritätszuschlages in Höhe von 5,5% auf die Körperschaftsteuerschuld (insgesamt also 15,825%).

Dividenden oder andere Gewinnanteile, die die Gesellschaft von inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaften bezieht, sind seit dem 1. März 2013 grundsätzlich körperschaftsteuerpflichtig, wenn die Gesellschaft zu Beginn eines Kalenderjahres zu weniger als 10% am Grund- oder Stammkapital der ausschüttenden Kapitalgesellschaft beteiligt ist (so genannte "Streubesitzdividenden").

Dividenden bleiben dagegen steuerfrei, wenn die Beteiligung zu Beginn des Kalenderjahres mindestens 10% beträgt. 5% der jeweiligen Einnahmen gelten dann allerdings pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag).

Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer in- oder ausländischen Kapitalgesellschaft sind unabhängig von der Höhe der Beteiligung steuerfrei. 5% der Gewinne werden jedoch pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben besteuert.

Zusätzlich unterliegen deutsche Kapitalgesellschaften mit ihrem in inländischen Betriebsstätten erzielten Gewerbeertrag grundsätzlich der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer beträgt je nach Hebesatz der Gemeinde in der Regel ca. 7 bis 17% des Gewerbeertrags. Die Gewerbesteuer darf bei der Ermittlung des körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens der Kapitalgesellschaft nicht als Betriebsausgabe abgezogen werden.

Für Zwecke der Gewerbesteuer werden von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile sowie Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen Kapitalgesellschaft grundsätzlich in gleicher Weise behandelt wie für Zwecke der Körperschaftsteuer.

Allerdings sind von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile grundsätzlich nur dann effektiv zu 95% von der Gewerbesteuer befreit, wenn die Gesellschaft zu Beginn bzw. – im Fall von ausländischen Kapitalgesellschaften – seit Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraumes zu mindestens 15% am Grund- oder Stammkapital der ausschüttenden Gesellschaft beteiligt war (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg).

Falls die Beteiligung an einer ausländischen Kapitalgesellschaft i. S. d. Art. 2 der Richtlinie 90/435/EWG vom 23. Juli 1990 (die "Mutter-Tochter-Richtlinie") mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union besteht, greift das gewerbesteuerliche Schachtelprivileg schon bei einer Beteiligung von 10% am Grund- oder Stammkapital der ausländischen Kapitalgesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums ein.

Anderenfalls unterliegen die Gewinnanteile vollständig der Gewerbesteuer. Für Gewinnanteile, die von ausländischen Kapitalgesellschaften stammen und für die nicht die Mutter-Tochter-Richtlinie anwendbar ist, gelten zusätzliche Einschränkungen.

Ausnahmeregelungen gelten hinsichtlich der Dividenden- und Veräußerungsgewinnbesteuerung für Anteile, die dem Handelsbuch einer Gesellschaft zuzurechnen sind (siehe unten unter "*Besteuerung der Aktionäre — Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds*")

Zinsaufwendungen eines Unternehmens sind nach den Regelungen der so genannten "Zinsschranke" gegebenenfalls nur beschränkt abziehbar. Danach ist der Nettozinsaufwand grundsätzlich in Höhe von 30% des steuerlichen EBITDA im jeweiligen Wirtschaftsjahr abzugsfähig, wobei Ausnahmen von dieser Regelung bestehen. Nicht abzugsfähiger Zinsaufwand und nicht ausgeschöpftes EBITDA-Volumen können unter bestimmten Voraussetzungen in die Folgejahre vorgetragen werden. Für Zwecke der Gewerbesteuer werden 25% der nach Anwendung der Zinsschranke an sich abzugsfähigen Zinsaufwendungen wieder hinzugerechnet, so dass insoweit nur eine Abzugsfähigkeit in Höhe von 75% gegeben ist.

Nicht ausgeglichene negative Einkünfte der Gesellschaft können unter bestimmten Voraussetzungen in andere Veranlagungszeiträume zurück- bzw. vorgetragen werden. Ein Verlustrücktrag ist nur bis zur Höhe von EUR 1,0 Mio. in den unmittelbar vorangegangenen Veranlagungszeitraum und allein bei der Körperschaftsteuer möglich.

Nach einem erfolgten Verlustrücktrag verbleibende steuerliche Verlustvorträge können in Folgejahren bis zur Höhe von EUR 1,0 Mio. zum vollen Ausgleich positiver körperschaftsteuerpflichtiger Einkünfte bzw. Gewerbeerträge herangezogen werden. Übersteigt der Gesamtbetrag der Einkünfte bzw. der Gewerbeertrag diesen Betrag, ist der Verlustausgleich auf 60% des übersteigenden Betrags begrenzt. Die verbleibenden 40% müssen versteuert werden (Mindestbesteuerung). Nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge können grundsätzlich ohne zeitliche Beschränkung vorgetragen und im Rahmen der dargestellten Regelung von zukünftigen steuerpflichtigen Einkünften bzw. Gewerbeerträgen abgezogen werden.

Werden allerdings innerhalb von fünf Jahren mittelbar oder unmittelbar mehr als 25% bzw. mehr als 50% des Grundkapitals oder der Stimmrechte an der Gesellschaft an einen Erwerber oder Erwerberkreis übertragen oder liegt ein vergleichbarer Sachverhalt vor (schädlicher Beteiligungserwerb), können bis zum schädlichen Beteiligungserwerb nicht genutzte Verlustvorträge der Gesellschaft sowie Zinsvorträge und nicht abziehbare Zinsaufwendungen sowie bis zur Übertragung aufgelaufene Verluste des laufenden Geschäftsjahres anteilig bzw. vollständig untergehen bzw. nicht mit späteren Gewinnen verrechenbar sein. Ausnahmen von dieser Regelung gelten bspw. bei Umstrukturierungen im Konzern oder in Sanierungsfällen.

Besteuerung der Aktionäre

Bei der Besteuerung der Aktionäre ist zu unterscheiden zwischen der Besteuerung im Zusammenhang mit dem Halten der Aktien ("—Besteuerung von Dividenden"), der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten ("—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen") und der unentgeltlichen Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten ("—Erbchaft- und Schenkungsteuer").

Besteuerung von Dividenden

Kapitalertragsteuer

Die die Dividendenerträge auszahlende oder gutschreibende Stelle (z.B. Bank, Depotbank, Finanzdienstleister, Wertpapierhandelsunternehmen, Wertpapierhandelsbank usw.) hat grundsätzlich für Rechnung der Aktionäre von den von der Gesellschaft ausgeschütteten Dividenden eine Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) in Höhe von 25% und einen auf die Kapitalertragsteuer erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% (insgesamt also 26,375%) einzubehalten und an den deutschen Fiskus abzuführen. Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer ist die von der Hauptversammlung der Gesellschaft beschlossene Dividende. Die Kapitalertragsteuer ist grundsätzlich unabhängig davon einzubehalten, ob und in welchem Umfang die Dividende auf Ebene des Aktionärs von der Steuer befreit ist und ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt.

Ist der Anleger kirchensteuerpflichtig, so wird bis 2014 auf dessen schriftlichen Antrag hin auch die Kirchensteuer einbehalten. Hat der Kirchensteuerpflichtige diesen Antrag gestellt, wird die Kapitalertragsteuer um 25% der auf die Kapitalerträge entfallenden Kirchensteuer gemindert. Hierdurch wird die Abziehbarkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe pauschal berücksichtigt.

Für nach dem 31. Dezember 2014 ausgezahlte bzw. gutgeschriebene Dividenden wird der Abzug der Kirchensteuer auf Kapitalerträge in einem neuen, automatisierten Verfahren vorgenommen. Ein Antrag durch den Anleger ist nicht mehr erforderlich. Hierzu wird die auszahlende Stelle eine automatische Datenabfrage beim Bundeszentralamt für Steuern durchführen und nach Erhalt der entsprechenden Informationen über die Zugehörigkeit ihrer Kunden zu einer Religionsgemeinschaft die Kirchensteuer zusammen mit der Quellensteuer einbehalten.

Der Steuerpflichtige kann die automatische Abfrage seiner Daten über das Bundeszentralamt für Steuern verweigern. Dieser "Sperrvermerk" verpflichtet den Kirchensteuerpflichtigen dann zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung. Die entsprechenden Formulare können beim Bundeszentralamt für Steuern, An der Kuppe 1, 53225 Bonn, Deutschland (www.bzst.de) bezogen werden.

Wird die Kirchensteuer zusammen mit der Kapitalertragsteuer einbehalten, so wird die Kapitalertragsteuer um 25% der auf die Kapitalerträge entfallenden Kirchensteuer gemindert. Hierdurch wird die Abziehbarkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe pauschal berücksichtigt.

Bei Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässige Gesellschaft im Sinne des Art. 2 der Mutter-Tochter-Richtlinie ausgeschüttet werden, wird auf Antrag und dem Erfüllen weiterer Voraussetzungen vom Einbehalt der Kapitalertragsteuer abgesehen (Freistellung im Steuerabzugsverfahren). Das gilt auch für Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gelegene Betriebsstätte einer solchen Muttergesellschaft oder einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Muttergesellschaft ausgeschüttet werden, sofern die Beteiligung an der Gesellschaft tatsächlich zum Betriebsvermögen dieser Betriebsstätte gehört. Wesentliche Voraussetzung für die Freistellung im Steuerabzugsverfahren nach der Mutter-Tochter-Richtlinie ist, dass der Aktionär zu mindestens 10% unmittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt ist und die Beteiligung ununterbrochen mindestens 12 Monate besteht.

Für Ausschüttungen an sonstige im Ausland steuerlich ansässige Aktionäre wird der Kapitalertragsteuersatz, wenn Deutschland mit dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat und wenn der Aktionär seine Aktien weder im Vermögen einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland, noch in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, hält, nach Maßgabe des jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommens ermäßigt.

Die Kapitalertragsteuerermäßigung wird grundsätzlich in der Weise gewährt, dass die Differenz zwischen dem einbehaltenen Gesamtbetrag einschließlich des Solidaritätszuschlages und der nach dem einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen tatsächlich geschuldeten Kapitalertragsteuer (in der Regel 15%) auf Antrag durch die deutsche Finanzverwaltung (Bundeszentralamt für Steuern, Hauptdienstszitz Bonn, An der Kuppe 1, D-53225 Bonn) erstattet wird. Formulare für das Erstattungsverfahren sind beim Bundeszentralamt für Steuern (<http://www.bzst.de>) sowie bei den deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich. Die Anträge sind innerhalb einer Frist von vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Dividenden bezogen wurden, beim Bundeszentralamt für Steuern zu stellen.

Fließen beschränkt steuerpflichtigen Körperschaften ohne Sitz und Geschäftsleitung in Deutschland Dividenden zu, können grundsätzlich zwei Fünftel der einbehaltenen und abgeführten Kapitalertragsteuer erstattet werden, ohne dass sämtliche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, unter denen eine Erstattung auf Grund der Mutter-Tochter-Richtlinie oder auf Grund von Doppelbesteuerungsabkommen verlangt werden kann. Entsprechende Antragsformulare sind beim Bundeszentralamt für Steuern (unter der oben genannten Adresse) erhältlich.

Die Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug nach der Mutter-Tochter-Richtlinie sowie die vorgenannten Möglichkeiten zur Erstattung der Kapitalertragsteuer hängen davon ab, dass bestimmte weitere Bedingungen (insbesondere sogenannte Substanzerfordernisse) erfüllt werden.

Besteuerung von Dividenden bei in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären

Besteuerung von Dividendeneinkünften von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Privatvermögen halten

Dividenden, die ein in Deutschland steuerlich ansässiger Aktionär, der die Aktien im Privatvermögen hält, bezieht, gehören bei ihm zu den steuerpflichtigen Einkünften aus Kapitalvermögen, die einem besonderen, einheitlichen Einkommensteuersatz von 25% zuzüglich eines Solidaritätszuschlages von 5,5% (insgesamt also 26,375%) und ggf. Kirchensteuer unterliegen. Die Einkommensteuerschuld für diese Einkünfte aus Dividenden ist grundsätzlich mit dem Kapitalertragsteuerabzug durch die auszahlende Stelle abgegolten (sogenannte Abgeltungsteuer).

Der Aktionär kann aber im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung beantragen, dass seine Einkünfte aus Kapitalvermögen (einschließlich der Dividenden) zusammen mit seinen sonstigen Einkünften statt dem einheitlichen Steuersatz für Kapitaleinkünfte dem Satz der tariflichen, progressiven Einkommensteuer unterworfen werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt (sogenannte Günstigerprüfung).

In diesem Fall wird die Kapitalertragsteuer auf die tarifliche Einkommensteuer angerechnet und ein sich etwa ergebender Überhang erstattet.

Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen des einzelnen Anlegers ist ein Sparer-Pauschbetrag von EUR 801 abzuziehen. Bei Ehegatten, die zusammen veranlagt werden, beträgt der Sparer-Pauschbetrag EUR 1.602. Der Abzug tatsächlicher Werbungskosten ist hingegen ausgeschlossen. Ausnahmen von der Abgeltungsteuer bestehen auf Antrag bei Aktionären, die an der Gesellschaft zu mindestens 25% beteiligt sind und bei Aktionären, die zu mindestens 1% an der Gesellschaft beteiligt und für sie beruflich tätig sind.

Auf Antrag eines kirchensteuerpflichtigen Aktionärs, der die Aktien im Privatvermögen hält, und im Rahmen der anwendbaren Landeskirchensteuergesetze wird die Kirchensteuer auf die Dividende durch eine inländische Zahlstelle (wie im Abschnitt "—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen — Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären — Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen halten" definiert), die die Auszahlung der Dividende für die Rechnung der Gesellschaft an den Aktionär vornimmt, einbehalten und abgeführt. In diesem Fall wird mit dem Steuerabzug durch die inländische Zahlstelle auch die Kirchensteuer für die Dividenden abgegolten. Ein Abzug der einbehaltenen Kirchensteuer als Sonderausgabe bei der Veranlagung ist nicht möglich. Wird die Kirchensteuer zusammen mit der Kapitalertragsteuer einbehalten, so wird die Kapitalertragsteuer allerdings um 25% der auf die Kapitalerträge entfallenden Kirchensteuer gemindert. Hierdurch wird die Abziehbarkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe pauschal berücksichtigt. Ab 2015 gilt im Hinblick auf die Erhebung der Kirchensteuer das oben beschriebene automatisierte Verfahren.

Wird keine Kirchensteuer durch eine inländische Zahlstelle einbehalten, ist ein kirchensteuerpflichtiger Aktionär verpflichtet, die Dividenden in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Kirchensteuer auf die Dividenden wird dann im Wege der Veranlagung erhoben.

Besteuerung von Dividendeneinkünften von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten

Für Dividenden aus Aktien, die im Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionärs gehalten werden, gilt die Abgeltungsteuer nicht. Die Besteuerung richtet sich danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist. Die durch die Gesellschaft einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird auf die jeweilige Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld des Aktionärs angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Körperschaften Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige Körperschaft, so sind Dividenden seit dem 1. März 2013 grundsätzlich körperschaftsteuerpflichtig, wenn die Gesellschaft zu Beginn eines Kalenderjahres zu weniger als 10% am Grund- oder Stammkapital der ausschüttenden Kapitalgesellschaft beteiligt ist (so genannte "Streubesitzdividenden").

Wenn die Beteiligung mindestens 10% beträgt, sind die Dividenden – vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors (vgl. den Abschnitt "— Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds") – grundsätzlich zu effektiv 95% von der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit. 5% der Dividenden gelten pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und unterliegen daher der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt 15,825%. Im Übrigen dürfen tatsächlich anfallende Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in unmittelbarem Zusammenhang stehen, abgezogen werden.

Die Dividenden unterliegen jedoch (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, die Körperschaft ist zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg). Dann gilt die effektive Befreiung von 95% analog auch für Zwecke der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer beträgt je nach Hebesatz der Gemeinde in der Regel ca. 7 bis 17% des Gewerbeertrags.

Einzelunternehmer Gehören die Aktien zum Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Einzelunternehmers, so unterliegen nur 60% der Dividenden der tariflichen, progressiven Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt bis zu rund 47,5% und ggf. der Kirchensteuer (Teileinkünfteverfahren). Der pauschale

Abgeltungssteuersatz kommt nicht zur Anwendung. Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sind lediglich zu 60% steuerlich abzugsfähig.

Gehören die Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs des Aktionärs, so unterliegen die Dividendeneinkünfte (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) zusätzlich zur Einkommensteuer in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbsteuerliches Schachtelprivileg). Im letzteren Fall ist der Nettobetrag der Dividenden, d.h. abzüglich damit in unmittelbarem Zusammenhang stehender Aufwendungen, von der Gewerbesteuer ausgenommen. Die Gewerbesteuer ist grundsätzlich im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Personengesellschaft Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige gewerblich tätige oder gewerblich geprägte Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft), so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf der Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung eines jeden Gesellschafters hängt davon ab, ob der Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist.

Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so werden die im Gewinnanteil des Gesellschafters enthaltenen Dividenden entsprechend den auf Körperschaften anwendbaren Grundsätzen besteuert, d.h. Streubesitzdividenden sind steuerpflichtig, Dividenden aus Beteiligungen von mindestens 10% sind effektiv zu 95% steuerfrei (vgl. oben unter "—Körperschaften").

Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, entspricht die Besteuerung den für den Einzelunternehmer dargestellten Grundsätzen, d.h. für die im Gewinnanteil des Gesellschafters enthaltenen Dividenden gilt das Teileinkünfteverfahren (vgl. oben unter "—Einzelunternehmer"). Auf Antrag und unter weiteren Voraussetzungen kann eine natürliche Person als Gesellschafterin für aus der Personengesellschaft nicht entnommene Gewinne eine Reduzierung des persönlichen Einkommensteuersatzes erzielen.

Zusätzlich unterliegen die Dividenden bei Zurechnung der Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft bei der Personengesellschaft der Gewerbesteuer, und zwar grundsätzlich in voller Höhe. War die Personengesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbsteuerliches Schachtelprivileg), unterliegen die Dividenden nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben nicht der Gewerbesteuer. Allerdings fällt in diesem Fall Gewerbesteuer auf 5% der Dividenden an, die zum Gewinnanteil einer Körperschaft aus der Personengesellschaft gehören und als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten.

Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Gewinnanteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Nicht in Deutschland steuerlich ansässige Aktionäre, die ihre Aktien über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder ein Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, halten, werden mit ihren Dividendeneinkünften in Deutschland steuerlich veranlagt. Insoweit gilt das oben in Bezug auf in Deutschland steuerlich ansässige Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten, Dargestellte entsprechend ("—Besteuerung von Dividenden von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären Besteuerung von Dividendeneinkünften von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten"). Die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird bei ihnen auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

In allen sonstigen Fällen ist eine etwaige deutsche Steuerschuld für die Dividenden mit Einbehalt der Kapitalertragsteuer durch die auszahlende Stelle abgegolten. Die Kapitalertragsteuer wird nur in den oben unter "—Kapitalertragsteuer" beschriebenen Fällen erstattet.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen halten

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die ein in Deutschland steuerlich ansässiger Aktionär nach dem 31. Dezember 2008 erworben hat und die der Aktionär im Privatvermögen hält, unterliegen in Deutschland – unabhängig von der Haltedauer – als Einkünfte aus Kapitalvermögen grundsätzlich der Einkommensteuer mit dem besonderen, einheitlichen Steuersatz für Einkünfte aus Kapitalvermögen (Abgeltungsteuer) von 25% (zuzüglich eines Solidaritätszuschlages von 5,5%, also insgesamt 26,375%) und. etwaiger Kirchensteuer. Das Gleiche gilt für Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten, die für solche Aktien gewährt werden.

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die der Aktionär vor dem 1. Januar 2009 angeschafft hat, und Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten, die für solche Aktien gewährt werden, sind hingegen nicht steuerbar, da die hierfür frühere zu beachtende Jahresfrist für private Veräußerungsgeschäfte bereits abgelaufen ist. Hat der Aktionär sowohl vor dem 1. Januar 2009 als auch nach dem bzw. am 1. Januar 2009 Aktien erworben und befinden sich diese Aktien in dem

gleichen Depot (Girosammelverwahrung), wird unterstellt, dass die zuerst angeschafften Aktien auch zuerst veräußert werden.

Der steuerbare Veräußerungsgewinn ergibt sich aus der Differenz zwischen (a) dem Veräußerungserlös und (b) den Anschaffungskosten der Aktien oder Bezugsrechte und den Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung stehen. Die Anschaffungskosten von durch die Gesellschaft gewährten Bezugsrechten werden bei der Berechnung mit EUR 0 angesetzt.

Von den gesamten Einkünften aus Kapitalvermögen ist lediglich der Abzug eines jährlichen Sparer-Pauschbetrags in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten) möglich. Ein Abzug von Werbungskosten im Zusammenhang mit Veräußerungsgewinnen ist nicht zulässig.

Veräußerungsverluste aus Aktien dürfen nur mit Gewinnen, die aus der Veräußerung von Aktien entstehen, ausgeglichen werden. Nicht ausgeglichene Verluste können ggf. vorgetragen werden und mindern die entsprechenden Einkünfte, die der Steuerpflichtige in den Folgejahren erzielt. Verluste aus der Veräußerung von Bezugsrechten sind nur mit anderen positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechenbar.

Nach Ansicht der Finanzverwaltung ist die Ausübung des Bezugsrechts nicht als Veräußerung anzusehen. Durch Ausübung der Bezugsrechte erlangte junge Aktien gelten als zum Bezugspreis im Zeitpunkt der Ausübung des Bezugsrechts angeschafft.

Falls die Aktien oder die Bezugsrechte durch ein inländisches Kreditinstitut, inländisches Finanzdienstleistungsinstitut, inländisches Wertpapierhandelsunternehmen oder durch eine inländische Wertpapierhandelsbank (einschließlich inländischer Zweigstellen ausländischer Institute) verwahrt oder verwaltet werden oder ein solches Institut die Veräußerung der Aktien oder Bezugsrechte durchführt und den Veräußerungserlös auszahlt oder gutschreibt (eine "Inländische Zahlstelle"), wird die Steuer auf den Veräußerungsgewinn grundsätzlich damit abgegolten, dass die inländische Zahlstelle eine Kapitalertragsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag in Höhe von insgesamt 26,375% auf den Veräußerungsgewinn von dem Veräußerungserlös einbehält und an das Finanzamt abführt (Abgeltungsteuer).

Auf Antrag eines kirchensteuerpflichtigen Aktionärs und im Rahmen der anwendbaren Landeskirchensteuergesetze wird auch die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn durch die inländische Zahlstelle einbehalten und gilt mit dem Steuerabzug als abgegolten. Ein Abzug der einbehaltenen Kirchensteuer als Sonderausgabe ist nicht zulässig, jedoch vermindert sich die einzubehaltende Kapitalertragsteuer um 25% die auf den Veräußerungsgewinn einzubehaltende Kirchensteuer. Ab 2015 gilt im Hinblick auf die Erhebung der Kirchensteuer das oben beschriebene automatisierte Verfahren.

Falls die Kapitalertragsteuer oder ggf. die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn nicht durch eine inländische Zahlstelle einbehalten wurde, ist der Aktionär verpflichtet, den Veräußerungsgewinn in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Einkommensteuer und ggf. die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn werden dann im Rahmen der Veranlagung festgesetzt.

Der Aktionär kann beantragen, dass seine gesamten Einkünfte aus Kapitalvermögen zusammen mit seinen sonstigen steuerpflichtigen Einkünften statt dem einheitlichen Steuersatz für Kapitaleinkünfte dem Satz der tariflichen, progressiven Einkommensteuer unterworfen werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt (Günstigerprüfung). In diesem Fall wird die Kapitalertragsteuer auf die tarifliche Einkommensteuer angerechnet und ein sich etwa ergebender Überhang erstattet. Das Verbot des Abzugs von Werbungskosten und die Verlustverrechnungsbeschränkungen gelten aber auch bei der Veranlagung mit dem tariflichen Einkommensteuersatz.

Unabhängig von der Haltedauer und dem Erwerbszeitpunkt unterliegt ein Gewinn aus der Veräußerung von Aktien und Bezugsrechten nicht der Abgeltungsteuer, sondern der tariflichen, progressiven Einkommensteuer, wenn ein in Deutschland ansässiger Aktionär oder - im Falle eines unentgeltlichen Erwerbes - sein Rechtsvorgänger oder, wenn die Aktien mehrmals nacheinander unentgeltlich übertragen worden sind, einer seiner Rechtsvorgänger zu irgendeinem Zeitpunkt während der der Veräußerung vorangegangenen fünf Jahre zu mindestens 1% unmittelbar oder mittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war (eine "Qualifizierte Beteiligung").

In diesem Fall gilt für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien das Teileinkünfteverfahren, d.h. nur 60% des Veräußerungsgewinns sind steuerpflichtig und nur 60% eines Veräußerungsverlusts und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind steuerlich abzugsfähig. Mit Urteil vom 27. Oktober 2005, Az.: IX R 15/05 hat der Bundesfinanzhof entschieden, dass für Veräußerungsgewinne oder -verluste aus Bezugsrechten das Teileinkünfteverfahren entsprechend gilt. Der Kapitalertragsteuerabzug durch eine inländische Zahlstelle wird auch im Fall einer Qualifizierten Beteiligung vorgenommener hat aber keine abgeltende Wirkung. Der Aktionär ist daher verpflichtet, den Veräußerungsgewinn in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird bei der Veranlagung des Aktionärs auf die Einkommensteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet. Nach Auffassung der Verwaltung ist die Ausübung von Bezugsrechten auch bei einer Qualifizierten Beteiligung nicht als Veräußerung zu beurteilen.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien oder Bezugsrechte im Betriebsvermögen halten

Für Veräußerungsgewinne aus Aktien oder Bezugsrechten, die zum Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionärs gehören, gilt die Abgeltungsteuer nicht. Die

Besteuerung der erzielten Veräußerungsgewinne richtet sich danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist. Für Veräußerungsgewinne, die von Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors oder von Pensionsfonds erzielt werden, gelten Sonderregelungen, die weiter unten beschrieben sind (vgl. den Abschnitt "—Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds").

Körperschaften Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige Körperschaft, sind Gewinne aus der Veräußerung von Aktien grundsätzlich unabhängig von der Beteiligungshöhe und der Haltedauer zu 95% von der Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer befreit. 5% der Gewinne gelten pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt 15,825% sowie der Gewerbesteuer (je nach Gewerbesteuersatz der Gemeinde im Allgemeinen zwischen 7 bis 17%). Der Veräußerungsgewinn ermittelt sich hierbei aus dem Veräußerungspreis abzüglich der Veräußerungskosten und abzüglich des steuerlichen Buchwertes der Anteile.

Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, dürfen grundsätzlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden.

Abweichend davon unterliegt gemäß dem Urteil des Bundesfinanzhof, Urteil vom 23. Januar 2008, Az.: I R 101/06, der gesamte Gewinn aus der Veräußerung von Bezugsrechten der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen im Zusammenhang mit den Bezugsrechten sind im Rahmen allgemeiner Beschränkungen als Betriebsausgaben abzugsfähig. Die Ausübung von Bezugsrechten ist nach Auffassung der Finanzverwaltung nicht als Veräußerung der Bezugsrechte zu behandeln.

Einzelunternehmer Gehören die Aktien zum Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Einzelunternehmers, so unterliegen nur 60% der Gewinne aus der Veräußerung der Aktien der tariflichen, progressiven Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt bis zu rund 47,5% und ggf. der Kirchensteuer (Teileinkünfteverfahren). Veräußerungsverluste und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind lediglich zu 60% steuerlich abzugsfähig. Gehören die Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes des Einzelunternehmers, so unterliegen 60% der Gewinne aus der Veräußerung der Aktien zusätzlich der Gewerbesteuer.

Gemäß dem Urteil des Bundesfinanzhofes vom 27. Oktober 2005, Az.: IX R 15/ findet möglicherweise das Teileinkünfteverfahren auch auf Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Bezugsrechten, die der Einzelunternehmer im Betriebsvermögen hält, Anwendung. Sollten die in dem Urteil genannten Grundsätze nicht analog anzuwenden sein, würde der gesamte Veräußerungsgewinn der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer) und der Gewerbesteuer unterliegen. Veräußerungsverluste und andere

Gewinnminderungen im Zusammenhang mit den Bezugsrechten wären in diesem Fall im Rahmen allgemeiner Beschränkungen abzugsfähig. Die Ausübung von Bezugsrechten ist nach Auffassung der Finanzverwaltung nicht als Veräußerung der Bezugsrechte zu behandeln. Die Gewerbesteuer ist im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Personengesellschaft Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige gewerblich tätige oder gewerblich geprägte Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft), so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung richtet sich dabei danach, ob der jeweilige Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so werden die im Gewinnanteil des Gesellschafters enthaltenen Veräußerungsgewinne aus Aktien und Bezugsrechten entsprechend den auf Körperschaften anwendbaren Grundsätzen besteuert (vgl. oben unter "—Körperschaften"). Für Veräußerungsgewinne im Gewinnanteil eines Gesellschafters, der eine natürliche Person ist, finden die für den Einzelunternehmer dargestellten Grundsätze entsprechende Anwendung (d.h., Teileinkünfteverfahren, siehe oben unter "—Einzelunternehmer"). Auf Antrag und unter weiteren Voraussetzungen kann eine natürliche Person als Gesellschafterin für aus der Personengesellschaft nicht entnommene Gewinne eine Reduzierung des persönlichen Einkommensteuersatzes erzielen.

Zusätzlich unterliegen die Gewinne aus der Veräußerung von Aktien bei Zurechnung zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft der Gewerbesteuer auf der Ebene der Personengesellschaft, und zwar grundsätzlich zu 60%, soweit sie auf den Gewinnanteil einer natürlichen Person als Gesellschafter der Personengesellschaft entfallen, und grundsätzlich zu 5%, soweit sie auf den Gewinnanteil einer Körperschaft als Gesellschafter der Personengesellschaft entfallen. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, bleiben für Zwecke der Gewerbesteuer unberücksichtigt, wenn sie auf den Gewinnanteil einer Körperschaft entfallen, und werden im Rahmen allgemeiner Beschränkungen zu 60% berücksichtigt, wenn sie auf den Gewinnanteil einer natürlichen Person entfallen.

Bei der Veräußerung von Bezugsrechten wird der Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung im Rahmen allgemeiner Beschränkungen für die Zwecke der Gewerbesteuer voll berücksichtigt, soweit er auf den Gewinnanteil einer Körperschaft entfällt. Soweit der Veräußerungsgewinn aus Bezugsrechten auf den Gewinnanteil einer natürlichen Person als Gesellschafter entfällt, unterliegt er möglicherweise nur zu 60% der Gewerbesteuer; Verluste und Gewinnminderungen im Zusammenhang mit der Veräußerung der Bezugsrechte sollten in diesem Fall entsprechend im Rahmen allgemeiner Beschränkungen nur zu 60% abzugsfähig sein. Die Ausübung von Bezugsrechten ist nach Auffassung der Finanzverwaltung nicht als Veräußerung der Bezugsrechte zu behandeln.

Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Gewinnanteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet.

Kapitalertragsteuer Im Fall einer inländischen Zahlstelle unterliegen Veräußerungsgewinne aus Aktien oder Bezugsrechten, die im Betriebsvermögen gehalten werden, grundsätzlich in gleicher Weise der Kapitalertragsteuer wie bei einem inländischem Aktionär, der die Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen hält (vgl. den Abschnitt "—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen halten"). Die inländische Zahlstelle kann jedoch vom Kapitalertragsteuerabzug Abstand nehmen, wenn (i) der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige Körperschaft ist, oder (ii) der Aktionär die Aktien in einem inländischen Betriebsvermögen hält und dies gegenüber der auszahlenden Stelle nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklärt und bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt werden. Wird dennoch Kapitalertragsteuer durch eine inländische Zahlstelle einbehalten, wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Veräußerungsgewinne, die nicht von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären erzielt werden, unterliegen der deutschen Steuer nur, wenn der veräußernde Aktionär eine Qualifizierte Beteiligung an der Gesellschaft hält oder die Aktien oder Bezugsrechte über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, hält.

Im Fall einer Qualifizierten Beteiligung (wie im Abschnitt "—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen halten" definiert) unterliegen grundsätzlich 5% des Gewinns aus der Veräußerung von Aktien und der gesamte Gewinn aus der Veräußerung von Bezugsrechten der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, wenn der Aktionär eine Körperschaft ist. Wenn der Aktionär eine natürliche Person ist, unterliegen nur 60% des Gewinns aus der Veräußerung von Aktien der tariflichen, progressiven Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag (Teileinkünfteverfahren). Das Teileinkünfteverfahren findet möglicherweise auch für Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten durch eine natürliche Person Anwendung. Die meisten Doppelbesteuerungsabkommen sehen hierbei allerdings eine Befreiung von der deutschen Besteuerung vor und weisen das Besteuerungsrecht dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs zu. Nach Auffassung der Finanzverwaltung besteht auch im Fall einer Qualifizierten Beteiligung keine Pflicht zum Einbehalt von Kapitalertragsteuer.

Für Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten, die über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, gehalten werden, gilt das oben für in Deutschland steuerlich ansässige Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten, Dargestellte entsprechend (vgl. den Abschnitt "—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten"). Eine Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug durch eine inländische Zahlstelle setzt voraus, dass der Aktionär auf amtlich vorgeschriebenen Vordruck gegenüber der inländischen Zahlstelle erklärt, dass die Aktien in einem inländischen Betriebsvermögen gehalten werden und bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt werden.

Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds

Soweit Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute Aktien halten oder veräußern, die nach § 1a des Gesetzes über das Kreditwesen dem Handelsbuch zuzurechnen sind, gelten weder für Dividenden noch für Veräußerungsgewinne das Teileinkünfteverfahren bzw. die effektiv 95%-ige Befreiung von der Körperschaftsteuer und gegebenenfalls von der Gewerbesteuer; d.h., Dividendeneinnahmen und Veräußerungsgewinne unterliegen grundsätzlich in vollem Umfang der Besteuerung. Gleiches gilt für Aktien, die von Finanzunternehmen im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben werden. Für Aktien, die von Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens gehalten werden, sowie für Aktien, die bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen den Kapitalanlagen zuzurechnen sind oder die von Pensionsfonds gehalten werden, gilt das Vorstehende entsprechend. Auch das Teileinkünfteverfahren für Veräußerungsgewinne aus Bezugsrechten kann in diesen Fällen keine Anwendung finden.

Eine Ausnahme von dem Vorstehenden und somit die effektiv 95%-ige Steuerbefreiung gilt jedoch für die von den vorgenannten Unternehmen bezogenen Dividenden, auf welche die Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990) anwendbar ist.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Der Übergang von Aktien oder Bezugsrechten auf eine andere Person von Todes wegen oder durch Schenkung unterliegt grundsätzlich der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer, wenn:

(i) der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder der sonstige Erwerber zur Zeit des Vermögensüberganges seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, seine Geschäftsleitung oder seinen Sitz in Deutschland hatte oder sich als deutscher Staatsangehöriger

nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten hat, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben (unbeschränkte Steuerpflicht), oder

(ii) die Aktien oder Bezugsrechte beim Erblasser oder Schenker zu einem Betriebsvermögen gehörten, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wurde oder ein ständiger Vertreter bestellt war (beschränkte Steuerpflicht), oder

(iii) der Erblasser oder der Schenker zum Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahestehenden Personen zu mindestens 10% am Grund- oder Stammkapital einer Gesellschaft mit Sitz oder Geschäftsleitung im Inland unmittelbar oder mittelbar beteiligt war (beschränkte Steuerpflicht).

Die wenigen gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer sehen üblicherweise vor, dass deutsche Erbschaft- oder Schenkungsteuer nur in der Fallgruppe (i) und mit gewissen Einschränkungen auch in der Fallgruppe (ii) erhoben werden kann. Sonderregelungen gelten für bestimmte außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige.

Sonstige Steuern

Bei dem Erwerb, der Veräußerung oder anderen Formen der Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten fallen keine deutsche Kapitalverkehrsteuer, Umsatzsteuer, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer an. Ein Unternehmer kann jedoch zur Umsatzsteuerpflicht der grundsätzlich umsatzsteuerbefreiten Umsätze mit Aktien oder Bezugsrechten optieren, wenn der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

5. KONDITIONEN DES ANGEBOTS

Die Konditionen des Angebots sind dem nachstehend im Wortlaut abgedruckten Bezugsangebot zu entnehmen, das voraussichtlich am 9. Oktober 2014 im Bundesanzeiger veröffentlicht wird:

"HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Düsseldorf, Deutschland

– Aktien ISIN DE0008115106 // WKN 811 510 –

– Aktien ISIN DE0008115148 // WKN 811 514 –

Bezugsangebot

Durch Beschluss der Hauptversammlung der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG vom 7. Juni 2011 ist der Vorstand gemäß § 4 Absatz (3) der Satzung, eingetragen in das unter HRB 54447 bei dem Amtsgericht Düsseldorf geführte Handelsregister der Gesellschaft am 29. Juni 2011, ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 37.692.308,62 bis zum 31. Mai 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Sach- oder Bareinlage zu erhöhen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats weitere Einzelheiten der Kapitalerhöhung, insbesondere die Festlegung eines Aufgeldes, und deren Durchführung festzusetzen.

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats etwaige Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist zudem ermächtigt, das Bezugsrecht mit Zustimmung des Aufsichtsrats insgesamt auszuschließen, um in geeigneten Einzelfällen Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Überlassung von Aktien der Gesellschaft erwerben zu können.

Das genehmigte Kapital wurde bislang nicht ausgenutzt, so dass die Ermächtigung in voller Höhe von EUR 37.692.308,62 besteht.

Der Vorstand der Gesellschaft hat am 23. September 2014 auf der Grundlage der vorstehend wiedergegebenen Ermächtigung beschlossen, unter teilweiser Ausnutzung dieser Ermächtigung das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 75.384.617,25 um EUR 16.039.279,70 auf EUR 91.423.896,95 durch Ausgabe von Stück 5.980.360 neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je Aktie (die "**Neuen Aktien**") gegen Bareinlagen zu erhöhen. Die Neuen Aktien (ISIN DE000A13SXP0 // WKN A13 SXP) sind ab dem 1. Januar 2015 gewinnberechtigigt. Ein Bezugsrechtshandel findet nicht statt. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat diesem Beschluss des Vorstandes am 6. Oktober 2014 zugestimmt.

Die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, die 80,62% des Grundkapitals der Gesellschaft hält, hat sich gegenüber der Gesellschaft unwiderruflich verpflichtet, ihr Bezugsrecht voll auszuüben und etwaige aufgrund des Bezugsrechts nicht bezogene Neue Aktien zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 zu erwerben.

Etwaige aufgrund des Bezugsrechts nicht bezogene Neue Aktien werden daher nach Ablauf der Bezugsfrist im Rahmen einer Privatplatzierung ausschließlich der HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, angeboten.

Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird in der Weise gewahrt, dass die NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft, Essen ("**NATIONAL-BANK**"), zur Zeichnung und Übernahme der Neuen Aktien zum Ausgabebetrag von rund EUR 2,68 je Neuer Aktie mit der Verpflichtung zugelassen wird, die Neuen Aktien den Aktionären der Gesellschaft im Verhältnis 4,7:1 zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 je Neuer Aktie im Wege des mittelbaren Bezugsrechts über HSBC Trinkaus & Burkhardt AG als Bezugsstelle zum Bezug anzubieten (§ 186 Abs. 5 Aktiengesetz).

Hinweis: Aktionäre sollten vor Abgabe der Bezugserklärung den Prospekt vom 8. Oktober 2014 - bestehend aus Aktien-Registrierungsformular, Wertpapierbeschreibung und Zusammenfassung - der Gesellschaft lesen, die jeweils auf der Internetseite der Gesellschaft www.hsbc.de elektronisch einsehbar sind.

Dies vorausgeschickt machen wir unseren Aktionären hiermit das folgende

Bezugsangebot

bekannt:

I.

Wir fordern unsere Aktionäre hiermit auf, ihr Bezugsrecht auf die Neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses von der Ausübung in der Zeit

vom 10. Oktober 2014 bis einschließlich 23. Oktober 2014 (23:59 Uhr MEZ)

über ihre Depotbank bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG als Bezugsstelle auszuüben. Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen wertlos; eine Barentschädigung erfolgt nicht (siehe aber Abschnitt "**Bezugsrechtsvermittlung**").

Zur Ausübung des Bezugsrechts bitten wir unsere Aktionäre, ihrer Depotbank, bei der sich die Aktien des jeweiligen Aktionärs in Girosammelverwahrung befinden, während der Bezugsfrist eine entsprechende Weisung unter Verwendung des über die Depotbanken zur Verfügung gestellten Bezugsmeldeformulars zu erteilen. Entsprechend des Bezugsverhältnisses von 4,7:1 bezogen auf das Grundkapital der Gesellschaft kann von den Aktionären auf jeweils 4,7 alte Aktien der Gesellschaft (die "**Alten Aktien**") eine Neue Aktie zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 bezogen werden.

Ein sogenannter "Überbezug" von Neuen Aktien ist nicht vorgesehen. Für sich aus dem individuellen Aktienbestand aufgrund des Bezugsverhältnisses von 4,7:1 rechnerisch ergebende Bruchteile Neuer Aktien können die Aktionäre keine Neuen Aktien beziehen. Es ist nur der Bezug von einer Neuen Aktie oder einem ganzzahligen Vielfachen davon möglich (siehe aber Abschnitt "**Bezugsrechtsvermittlung**"). Etwaige nicht bezogene Neue Aktien werden nach Ablauf der

Bezugsfrist ausschließlich der HSBC Germany Holdings GmbH zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 zum Erwerb angeboten (siehe Abschnitt **II.**).

Hiermit weisen wir die Aktionäre unserer Gesellschaft ausdrücklich darauf hin, dass wir keinen Bezugsrechtshandel für die Bezugsrechte beantragen werden (Details hierzu siehe Abschnitt "Kein Bezugsrechtshandel"). Ein Zukauf bzw. Verkauf von Bezugsrechten über die Börse ist nicht möglich.

Wir werden uns lediglich um die Vermittlung von Verkaufswünschen von Bezugsrechten an die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, bemühen (Details hierzu siehe Abschnitt "Bezugsrechtsvermittlung").

Der Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 ist spätestens am 24. Oktober 2014, 10:00 Uhr MEZ zu zahlen. Der rechtzeitige Eingang des Bezugspreises ist Voraussetzung für die wirksame Ausübung des Bezugsrechts.

Maßgeblich für die Berechnung der Anzahl der den Aktionären jeweils zustehenden Bezugsrechte ist deren jeweiliger Bestand an Alten Aktien per 9. Oktober 2014 (nach Börsenschluss). Zu diesem Zeitpunkt werden die Bezugsrechte (ISIN DE000A13SXN5 // WKN A13 SXN) von den Aktienbeständen im Umfang des bestehenden Bezugsrechts abgetrennt und den Aktionären über deren jeweilige Depotbank automatisch durch die Clearstream Banking AG, Eschborn, in ihr Depot eingebucht. Nicht ausgeübte bzw. sich aus dem individuellen Aktienbestand ergebende Bezugsrechte für Bruchteile Neuer Aktien werden nach Ablauf der Bezugsfrist wertlos ausgebucht (siehe aber Abschnitt "**Bezugsrechtsvermittlung**").

Ab dem 10. Oktober 2014 erfolgt die Preisfeststellung für die Alten Aktien im regulierten Markt der Börse Düsseldorf und der Börse Stuttgart "ex Bezugsrecht".

Bezugspreis

Der Bezugspreis einer Neuen Aktie beträgt EUR 63,75. Die Neuen Aktien werden ausschließlich gegen Bareinlage in Höhe des Bezugspreises angeboten. Alle Aktionäre, die im Rahmen des Bezugsangebotes an der Kapitalerhöhung teilnehmen, beziehen die Neuen Aktien zum gleichen Preis. Etwaige aufgrund des Bezugsrechts nicht bezogene Neue Aktien erwirbt die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, nach Ablauf der Bezugsfrist zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 je Neuer Aktie.

Bezugsrechtsvermittlung

Die Gesellschaft wird sich bemühen, nach Maßgabe der nachfolgenden Bedingungen Verkaufsaufträge von Bezugsrechten an die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, zu vermitteln.

Die Vermittlung über den Verkauf von Bezugsrechten durch die Gesellschaft beginnt nach Beginn der Bezugsfrist am 10. Oktober 2014 und endet am dritten Börsenhandelstag vor Ablauf der Bezugsfrist, nämlich den 20. Oktober 2014, 16:00 Uhr MEZ. Die Vermittlungsaufträge über den Verkauf von Bezugsrechten sind über die jeweilige Depotbank per Telefax dementsprechend bis spätestens 20. Oktober 2014 (16.00 Uhr MEZ) an die Gesellschaft zu richten. Ein börslicher oder quasi-börslicher Bezugsrechtshandel wird dadurch nicht ausgelöst bzw. eingerichtet.

Die vorgenannte Vermittlung des Verkaufes von Bezugsrechten wird wie folgt organisiert: Mit dem Bezugsmeldeformular erhält jeder Aktionär hinreichende Informationen über die Vermittlung von Verkaufswünschen von Bezugsrechten und über die Modalitäten der Abwicklung.

Kein Bezugsrechtshandel

Ein Handel der Bezugsrechte wird weder von der NATIONAL-BANK noch von der Bezugsstelle HSBC Trinkaus & Burkhardt AG organisiert. Eine Preisfeststellung an einer Börse wird für die Bezugsrechte ebenfalls nicht beantragt. Ein Kauf oder Verkauf der Bezugsrechte über die Börse ist daher nicht möglich. Nicht ausgeübte bzw. sich aus dem individuellen Aktienbestand ergebende Bezugsrechte für Bruchteile Neuer Aktien werden aus dem Depot des jeweiligen Aktionärs wertlos ausgebucht (siehe aber Abschnitt "**Bezugsrechtsvermittlung**").

Lieferung und Verbriefung der Neuen Aktien

Die Lieferung der Neuen Aktien erfolgt nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister der Gesellschaft. Die Verbriefung, Herstellung der Girosammelverwahrung und Zulassung der Neuen Aktien zum Handel, erfolgt voraussichtlich am 27. Oktober 2014. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bei der Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister zu Verzögerungen kommt. Sollten vor Einbuchung der Neuen Aktien in die Depots der jeweiligen Erwerber bereits Leerverkäufe erfolgt sein, trägt allein der Verkäufer das Risiko, seine durch einen Leerverkauf eingegangenen Verpflichtungen nicht durch rechtzeitige Lieferung von Neuen Aktien erfüllen zu können. Auf das Verbot ungedeckter Leerverkäufe wird hingewiesen.

Die Neuen Aktien werden nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister der Gesellschaft wie die Alten Aktien in einer bei der Clearstream Banking AG, Eschborn, hinterlegten Globalurkunde verbrieft. Die Ausgabe von effektiven Einzel- oder Sammelurkunden ist nicht vorgesehen. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihres Anteils ist nach der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen.

Provision

Für den Bezug der Neuen Aktien werden die bankenüblichen Provisionen berechnet.

Börsenzulassung und Börsennotierung der Neuen Aktien

Die Zulassung der Neuen Aktien der Gesellschaft zum Handel am regulierten Markt der Börse Düsseldorf sowie der Börse Stuttgart soll voraussichtlich am 27. Oktober 2014 und die Notierungsaufnahme voraussichtlich am 28. Oktober 2014 erfolgen. Bis zur Dividendengleichheit am Tag nach der Hauptversammlung der Gesellschaft im Jahr 2015 erfolgt die Preisfeststellung für die Neuen Aktien getrennt von den Alten Aktien.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bei der Zulassung und der Notierungsaufnahme der Neuen Aktien zu Verzögerungen kommt. Die Gesellschaft behält sich ausdrücklich vor, die angestrebte Börsenzulassung der Neuen Aktien unter bestimmten Umständen zeitlich zu verschieben.

II.

Verwertung nicht bezogener Neuer Aktien

Die Verwertung der nicht bezogenen Neuen Aktien erfolgt nach Ablauf der Bezugsfrist im Rahmen einer Privatplatzierung ausschließlich an die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf. Der Platzierungspreis wird dabei dem festgesetzten Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 entsprechen. Die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, die 80,62% des Grundkapitals der Gesellschaft hält, hat sich gegenüber der Gesellschaft unwiderruflich verpflichtet, ihr Bezugsrecht voll auszuüben und etwaige aufgrund des Bezugsrechts nicht bezogene Neue Aktien zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 zu erwerben.

III.

Verkaufsbeschränkungen

Die Neuen Aktien und die entsprechenden Bezugsrechte sind und werden insbesondere weder nach den Vorschriften des United States Securities Act of 1933 (in der jeweils gültigen Fassung der "Securities Act") noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika registriert. Sie werden und dürfen demzufolge in den Vereinigten Staaten von Amerika weder angeboten noch verkauft oder direkt oder indirekt dorthin geliefert werden, außer in Ausnahmefällen aufgrund einer Befreiung von den Registrierungserfordernissen des Securities Act.

Die Annahme des Bezugsangebotes außerhalb der Bundesrepublik Deutschland kann Beschränkungen unterliegen. Personen, die das Angebot außerhalb der Bundesrepublik Deutschland annehmen wollen, werden aufgefordert, sich über die in dem jeweiligen Land bestehenden Beschränkungen zu informieren und diese zu beachten.

Düsseldorf, im Oktober 2014

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Der Vorstand"

5.1. Konditionen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen für die Antragstellung.

5.1.1. Bezugspreis

Der Bezugspreis je bezogener Neuer Aktie beträgt EUR 63,75. Der Bezugspreis ist spätestens am 24. Oktober 2014, 10:00 Uhr MEZ, zu zahlen.

5.1.2. Gesamtsumme der Emission

Stück 5.980.360 neue, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) aus der am 23. September 2014 vom Vorstand mit der Zustimmung des Aufsichtsrats vom 6. Oktober 2014 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital mit mittelbarem Bezugsrecht (mit Ausnahme eines Spitzenbetrags).

5.1.3. Bezugsfrist

Die Bezugsfrist läuft vom 10. Oktober 2014 bis einschließlich 23. Oktober 2014 (23:59 Uhr MEZ).

5.1.4. Möglichkeit des Widerrufs oder der Aussetzung des Bezugsangebots

Nicht vorgesehen.

5.1.5. Möglichkeit der Reduzierung des Bezugsangebots

Nicht vorgesehen.

5.1.6. Mindest- und/oder Höchstbetrag des Bezugs

Es ist nur der Bezug von einer Neuen Aktie oder einem ganzzahligen Vielfachen davon möglich. Ein sogenannter "Überbezug" von Neuen Aktien ist nicht vorgesehen; für sich aus dem individuellen Aktienbestand aufgrund des Bezugsverhältnisses von 4,7:1 rechnerisch ergebende Bruchteile Neuer Aktien können die Aktionäre keine Neuen Aktien beziehen.

5.1.7. Möglichkeit zur Rücknahme der Bezugsausübung

Nicht vorgesehen.

5.1.8. Lieferung der Neuen Aktien

Die Lieferung der Neuen Aktien erfolgt voraussichtlich am 28. Oktober 2014 nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister der Gesellschaft. Die Verbriefung, Herstellung der Girosammelverwahrung und Zulassung der Neuen Aktien zum Handel, erfolgt voraussichtlich am 27. Oktober 2014, über die Depotbanken. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bei der Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister zu Verzögerungen kommt.

5.1.9. Bekanntgabe des Bezugsergebnisses

Das Ergebnis des Bezugsangebots wird voraussichtlich am 28. Oktober 2014 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

5.1.10. Verfahren für die Ausübung der Bezugsrechte, die Handelbarkeit der Bezugsrechte, und die Behandlung der nicht ausgeübten Bezugsrechte Zuteilung der Bezugsrechte

Auf jede Alte Aktie der Gesellschaft, mit Ausnahme des Spitzenbetrags an Aktien, für den das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde, entfällt ein Bezugsrecht. Die Bezugsrechte werden für Aktien der Gesellschaft nach dem Stand vom 9. Oktober 2014, abends, durch die Clearstream Banking AG den Depotbanken automatisch zugebucht. Vom 10. Oktober 2014 an werden die Alten Aktien im regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Düsseldorf und Stuttgart "ex Bezugsrecht" notiert.

Ausübung der Bezugsrechte

Die Aktionäre können ihr Bezugsrecht auf die Neuen Aktien in der Zeit vom 10. Oktober 2014 bis einschließlich 23. Oktober 2014 (23:59 Uhr MEZ) über ihre Depotbank bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG als Bezugsstelle auszuüben. Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen wertlos; eine Barentschädigung erfolgt nicht (siehe aber Abschnitt "Bezugsrechtsvermittlung").

Zur Ausübung des Bezugsrechts müssen die Aktionäre ihrer Depotbank, bei der sich die Aktien des jeweiligen Aktionärs in Girosammelverwahrung befinden, während der Bezugsfrist eine entsprechende Weisung unter Verwendung des über die Depotbanken zur Verfügung gestellten Bezugsmeldeformulars zu erteilen. Entsprechend des Bezugsverhältnisses von 4,7:1 bezogen auf das Grundkapital der Gesellschaft kann von den Aktionären auf jeweils 4,7 Alte Aktien der Gesellschaft eine Neue Aktie zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 bezogen werden.

Ein sogenannter "Überbezug" von Neuen Aktien ist nicht vorgesehen. Für sich aus dem individuellen Aktienbestand aufgrund des Bezugsverhältnisses von 4,7:1 rechnerisch ergebende Bruchteile Neuer Aktien können die Aktionäre keine Neuen Aktien beziehen. Es ist nur der Bezug von einer Neuen Aktie oder einem ganzzahligen Vielfachen davon möglich.

Kein Bezugsrechtshandel

Ein Handel der Bezugsrechte wird weder von der NATIONAL-BANK noch von der Bezugsstelle HSBC Trinkaus & Burkhardt AG organisiert. Eine Preisfeststellung an einer Börse wird für die Bezugsrechte ebenfalls nicht beantragt. Ein Kauf oder Verkauf der Bezugsrechte über die Börse ist daher nicht möglich. Nicht ausgeübte bzw. sich aus dem individuellen Aktienbestand ergebende Bezugsrechte für Bruchteile Neuer Aktien werden aus dem Depot des jeweiligen Aktionärs wertlos ausgebucht (siehe aber Abschnitt "Bezugsrechtsvermittlung").

Bezugsrechtsvermittlung

Die Gesellschaft wird sich bemühen, nach Maßgabe der nachfolgenden Bedingungen Verkaufsaufträge von Bezugsrechten an die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, zu vermitteln. Die Vermittlung über den Verkauf von Bezugsrechten durch die Gesellschaft beginnt nach Beginn der Bezugsfrist am 10. Oktober 2014 und endet am dritten Börsenhandelstag vor Ablauf der Bezugsfrist, nämlich dem 20. Oktober 2014, 16:00 Uhr MEZ. Die Vermittlungsaufträge über den Verkauf von Bezugsrechten sind über die jeweilige Depotbank per Telefax dementsprechend bis spätestens am 20. Oktober 2014 (16.00 Uhr MEZ) an die Gesellschaft zu richten. Ein börslicher oder quasi-börslicher Bezugsrechtshandel wird dadurch nicht ausgelöst bzw. eingerichtet. Mit dem Bezugsmeldeformular erhält jeder Aktionär hinreichende Informationen über die Vermittlung von Verkaufswünschen von Bezugsrechten und über die Modalitäten der Abwicklung.

5.2. Zuteilung

5.2.1. Bezug und Zuteilung an den Hauptaktionär

Die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, die 80,62% des Grundkapitals der Gesellschaft hält, hat sich gegenüber der Gesellschaft unwiderruflich verpflichtet, ihr Bezugsrecht voll auszuüben und etwaige aufgrund des Bezugsrechts nicht bezogene Neue Aktien zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 zu erwerben.

Etwaige aufgrund des Bezugsrechts nicht bezogene Neue Aktien werden nach Ablauf der Bezugsfrist im Rahmen einer Privatplatzierung ausschließlich der HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 angeboten und zugeteilt.

5.2.2. Meldung der Zuteilung

Nicht einschlägig.

5.3. Preisfestsetzung – Angabe des Preises, zu dem die Wertpapiere angeboten werden

Da der Bezugs- und Platzierungspreis bereits feststeht, erfolgt kein Preisfestsetzungsverfahren (siehe 5.1.1. dieser Wertpapierbeschreibung).

5.4. Platzierung und Übernahme (Underwriting)

5.4.1. Koordinator des gesamten Angebots

Koordinator des gesamten Angebots und Bezugsstelle ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Königsallee 21-23, 40212 Düsseldorf.

5.4.2. Zahlstelle

Zahlstelle für die Aktien der Gesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Königsallee 21-23, 40212 Düsseldorf.

5.4.3. Zeichnung und Übernahme der Neuen Aktien

Die NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft, Theaterplatz 8, 45127 Essen, hat sich in einem Aktienübernahmevertrag mit der Gesellschaft zur Zeichnung und Übernahme sämtlicher Neuen

Aktien (100%) zum Ausgabebetrag von rund EUR 2,68 je Neuer Aktie mit der Maßgabe verpflichtet, die Neuen Aktien den Aktionären der Gesellschaft im Verhältnis 4,7:1 zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 je Neuer Aktie im Wege des mittelbaren Bezugsrechts über HSBC Trinkaus & Burkhardt AG als Bezugsstelle zum Bezug anzubieten.

Etwaige aufgrund des Bezugsrechts nicht bezogene Neue Aktien werden nach Ablauf der Bezugsfrist im Rahmen einer Privatplatzierung ausschließlich der HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, angeboten. Diese hat sich gegenüber der Gesellschaft unwiderruflich verpflichtet, ihr Bezugsrecht voll auszuüben und etwaige aufgrund des Bezugsrechts nicht bezogene Neue Aktien zum Bezugspreis in Höhe von EUR 63,75 zu erwerben.

Die Übernahme provision für die NATIONAL-BANK beträgt EUR 100.000.

5.4.4. Datum des Abschlusses des Übernahmevertrages

Der Aktienübernahmevertrag mit der NATIONAL-BANK wurde am 22. September 2014 abgeschlossen.

6. BÖRSE NZULASSUNG UND BÖRSE NOTIERUNG

6.1. Börsenzulassung und Börsennotierung der Neuen Aktien

Die Zulassung der Neuen Aktien zum regulierten Markt der Börse Düsseldorf sowie der Börse Stuttgart soll voraussichtlich am 10. Oktober 2014 beantragt werden. Die Zulassung der Neuen Aktien zum Handel am regulierten Markt der Börse Düsseldorf sowie der Börse Stuttgart soll voraussichtlich am 27. Oktober 2014 und die Notierungsaufnahme voraussichtlich am 28. Oktober 2014 erfolgen. Bis zur Dividendengleichheit am Tag nach der Hauptversammlung der Gesellschaft im Jahr 2015 erfolgt die Preisfeststellung für die Neuen Aktien getrennt von den Alten Aktien.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bei der Zulassung der Neuen Aktien sowie der Einführung in die bestehende Preisfeststellung der Alten Aktien zu Verzögerungen kommt. Die Gesellschaft behält sich ausdrücklich vor, die angestrebte Börsenzulassung der Neuen Aktien unter bestimmten Umständen zeitlich zu verschieben.

6.2. Börsenzulassung und Börsennotierung der bisherigen Aktien

Von dem bisherigen Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 75.384.617,25, eingeteilt in 28.107.693 auf den Inhaber lautende Stückaktien, sind 15.507.693 Stückaktien an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf und Stuttgart zum Börsenhandel im regulierten Markt zugelassen. 12.600.000 Stückaktien aus dem Besitz der HSBC-Gruppe sind nicht an einer Börse zugelassen.

6.3. Keine gleichzeitige Ausgabe weiterer Aktien

Es werden gleichzeitig mit den Neuen Aktien keine weiteren Aktien ausgegeben, angeboten oder platziert.

6.4. Intermediäre im Sekundärhandel

Es sind keine Intermediäre im Sekundärhandel für die Aktien tätig.

7. LOCK-UP-VEREINBARUNGEN

7.1. Parteien, Inhalt und Ausnahmen der Vereinbarung, Zeitraum des Lock-up

Im Zusammenhang mit Kapitalerhöhung sind keine Lock-up-Vereinbarungen mit der HSBC Germany Holdings GmbH, der LBBW Banken-Holding GmbH oder anderen Aktionären abgeschlossen worden.

8. KOSTEN DER EMISSION/DES ANGEBOTS

8.1 Angabe der Gesamtnettoerträge und Schätzung der Gesamtkosten der Emission/des Angebots

Der Bruttoemissionserlös beträgt vor Kosten und Provisionen bzw. Gebühren EUR 381.247.950,00. Der Gesellschaft fallen Bankenprovisionen sowie sonstige Kosten im Rahmen der Emission in Höhe von voraussichtlich maximal insgesamt ca. EUR 115.000,00 an, wobei ein Betrag von EUR 100.000,00 auf die Provision der NATIONAL-BANK entfällt. Der der Gesellschaft zufließende Nettoemissionserlös beträgt daher voraussichtlich rund EUR 381,1 Mio.

9. VERWÄSSERUNG

9.1. Betrag und Prozentsatz der unmittelbaren Verwässerung, die sich aus der Emission/dem Angebot ergibt, sowie

9.2. Betrag und Prozentsatz der unmittelbaren Verwässerung, wenn die existierenden Aktionäre das neue Angebot nicht zeichnen.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung gewährleistet, dass jeder Aktionär, sofern er sein Bezugsrecht ausübt, mit seinem ursprünglichen prozentualen Anteil am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt bleibt. Bei Nichtausübung des Bezugsrechts verwässert sich der prozentuale Anteil eines Aktionärs am Gesamtkapital der Gesellschaft um 17,54%.

Der Nettobuchwert (errechnet sich aus der Bilanzsumme abzüglich Rückstellungen, abzüglich kurz- und langfristiger Schulden, abzüglich Nachrangkapital und abzüglich sonstiger Passiva (inklusive Ertragssteuerverpflichtungen)) des HSBC Trinkaus-Konzerns nach IFRS belief sich per 30. Juni 2014 auf EUR 1.471,0 Mio. und damit auf EUR 52,33 pro Aktie berechnet auf Grundlage der Anzahl der vor Durchführung der Kapitalerhöhung ausgegebenen Stück 28.107.693 Aktien.

Unter der Annahme der vollständigen Durchführung dieser Kapitalerhöhung zum 30. Juni 2014 belief sich der Nettobuchwert des HSBC Trinkaus-Konzerns per 30. Juni 2014 auf EUR 1.852,1 Mio. und damit auf rund EUR 54,33 pro Aktie berechnet auf Grundlage der Anzahl der nach Durchführung der Kapitalerhöhung insgesamt ausgegebenen Stück 34.088.053 Aktien.

Dies entspricht einer Erhöhung des Nettobuchwerts des HSBC Trinkaus-Konzerns um rund EUR 2,00 bzw. rund 3,82% pro Aktie für die bisherigen Aktionäre und führt für die Erwerber der Neuen Aktien zu einem unmittelbaren Wertverlust von rund EUR 9,42 bzw. 14,78% pro Aktie, da der angepasste Nettobuchwert des HSBC Trinkaus-Konzerns pro Aktie den Bezugspreis von EUR 63,75 um diesen Betrag bzw. Prozentsatz unterschreitet.

10. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

10.1. Berater

An der Emission sind keine externen Berater beteiligt.

10.2. Prüfung von Angaben in der Wertpapierbeschreibung

Die in dieser Wertpapierbeschreibung enthaltenen Angaben wurden nicht von Abschlussprüfern geprüft oder durchgesehen.

10.3. Erklärungen oder Berichte von Sachverständigen

In diese Wertpapierbeschreibung wurden keine Erklärungen oder Berichte von Sachverständigen aufgenommen.

10.4. Angaben von Seiten Dritter

In diese Wertpapierbeschreibung wurden keine Angaben von Seiten Dritter übernommen.

Unterschriften

Düsseldorf, 8. Oktober 2014

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

gez. Bernd Wiedemuth

gez. Marina Eibl

Die diesem Aktien-Registrierungsformular zugrundeliegende Bezugsrechtsemission richtet sich ausschließlich an die Anteilseigner der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf. Der Umfang der in diesem Aktien-Registrierungsformular veröffentlichten Angaben ist an dieser Emissionsart bemessen.



Aktien-Registrierungsformular

**gemäß § 12 Absatz (1) Wertpapierprospektgesetz i.V.m.
Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004**

für das öffentliche Angebot

sowie

**für die Zulassung zum regulierten Markt an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf
und Stuttgart**

von

**5.980.360 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag
(Stückaktien)**

aus der am 23. September 2014 vom Vorstand mit der Zustimmung des Aufsichtsrats vom
6. Oktober 2014 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem
Kapital mit mittelbarem Bezugsrecht (mit Ausnahme eines Spitzenbetrags)

– jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 je
Stückaktie

und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015 –

der

**HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Düsseldorf**

– International Securities Identification Number (ISIN): DE000A13SXP0 –
– Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): A13 SXP –

8. Oktober 2014

Gegenstand des Aktien-Registrierungsformulars und des Prospekts

Gegenstand des Aktien-Registrierungsformulars und des Prospekts ist ein öffentliches Angebot (das "**Angebot**") von Stück 5.980.360 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (die "**Neuen Aktien**"), jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von rund EUR 2,68 und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2015, sowie die Zulassung der Neuen Aktien zum regulierten Markt der Wertpapierbörsen zu Düsseldorf und Stuttgart.

Die Neuen Aktien werden auf Grund der am 23. September 2014 vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 6. Oktober 2014 beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital ausgegeben.

Wichtige Hinweise

Dieses Aktien-Registrierungsformular enthält die Mindestangaben für den Emittenten von Aktien bei Bezugsrechtsemissionen (verhältnismäßiges Schema) des Art. 26a EU-ProspektVO gemäß Anhang XXIII, die im Vergleich zu Prospekten gemäß Anhang I der EU-Prospektverordnung weniger Mindestangaben vorsehen. Aus diesem Grund richtet sich die Bezugsrechtsemission ausschließlich an die Anteilseigner des Emittenten, wobei der Umfang der in dieser Wertpapierbeschreibung veröffentlichten Angaben im Verhältnis zu dieser Emissionsart bemessen ist.

Dieses Aktien-Registrierungsformular, die Zusammenfassung vom 8. Oktober 2014 und die Wertpapierbeschreibung vom 8. Oktober 2014 wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ("**BaFin**") nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung, einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen, gebilligt. Dieses Aktien-Registrierungsformular, die Zusammenfassung vom 8. Oktober 2014 und die Wertpapierbeschreibung vom 8. Oktober 2014 werden gemäß § 14 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 a) Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Gesellschaft (www.hsbc.de) veröffentlicht. Gemäß § 14 Abs. 5 Wertpapierprospektgesetz muss dem Anleger von der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Königsallee 21-23, 40212 Düsseldorf, auf Verlangen eine Papierversion dieser Dokumente kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

I. Risikofaktoren	7
II. Allgemeine Informationen	9
1. Verantwortliche Personen	9
1.1. Haftung für die Angaben im Aktien-Registrierungsformular	9
1.2. Erklärung der für das Aktien-Registrierungsformular haftenden Personen	10
2. Abschlussprüfer	10
2.1. Name und Anschrift	10
2.2. Wechsel der Abschlussprüfer	10
3. Risikofaktoren	10
4. Angaben über den Emittenten	10
4.1. Gesetzliche und kommerzielle Bezeichnung des Emittenten	10
4.2. Investitionen	12
5. Überblick über die Geschäftstätigkeit	13
5.1. Haupttätigkeitsbereiche	13
5.2. Wichtigste Märkte	15
5.3. Außergewöhnliche Faktoren.....	15
5.4. Abhängigkeit des Emittenten von Patenten oder Lizenzen, Industrie-, Handels- oder Finanzierungsverträgen oder neuen Herstellungsverfahren	15
5.5. Angaben des Emittenten zu seiner Wettbewerbsposition	15
6. Organisationsstruktur	16
6.1. Zugehörigkeit des Emittenten zu einer Gruppe.....	16
7. Trendinformationen	16
7.1. Angabe der wichtigsten aktuellen Trends	16
7.2. Angaben über bekannte Trends, Unsicherheiten, Anfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle	17
8. Gewinnprognosen oder –schätzungen	17
9. Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgan und oberes Management	17
9.1. Aufsichtsrat, oberes Management (Vorstand)	17
9.2. Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgan sowie oberes Management - Interessenkonflikte	25
10. Vergütung und sonstige Leistungen der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands	25
11. Praktiken des Leistungsorgans der Mitglieder des Aufsichtsrats	25
12. Beschäftigte	25
12.1. Aktienbesitz und etwaige Optionen auf Aktien des Emittenten der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands	25
12.2. Beschreibung etwaiger Vereinbarungen über eine Beteiligung der Beschäftigten am Kapital des Emittenten.	26
13. Hauptaktionäre	26
13.1. Personen, die nicht Mitglied des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans sind	26

**Registrierungsformular
der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG**

13.2. Angabe, ob die Hauptaktionäre des Emittenten unterschiedliche Stimmrechte haben	26
13.3. Angabe, ob an dem Emittenten unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse bestehen	26
13.4. Vereinbarungen hinsichtlich möglicher Beherrschungen	27
14. Geschäfte mit verbundenen Parteien (nahestehenden Dritten)	27
15. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Emittenten	28
15.1. Historische Finanzinformationen	28
15.2. Pro-Forma-Finanzinformationen	29
15.3. Abschlüsse	29
15.4. Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen	29
15.5. Alter der jüngsten Finanzinformationen	29
15.6. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen	29
15.7. Dividendenpolitik	30
15.8. Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren	31
15.9. Bedeutende Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition des Emittenten	31
16. Zusätzliche Angaben	31
16.1. Aktienkapital	31
17. Wesentliche Verträge	36
18. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen ..	36
18.1. Erklärungen oder Berichte von Sachverständigen	36
18.2. Angaben von Seiten Dritter	36
19. Einsehbare Dokumente	37
ANHANG I: JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2013.....	FI. 2
LAGEBERICHT	FI. 3
GRUNDLAGEN DES KONZERNS	FI. 4
WIRTSCHAFTSBERICHT	FI. 11
DIE STRATEGISCHE AUSRICHTUNG	FI. 10
NACHTRAGSBERICHT	FI. 19
PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT	FI. 20
RISIKOBERICHT	FI. 22
INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS	FI. 48
ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN	FI. 53
NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG	FI. 55
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	FI. 57
VERGÜTUNGSBERICHT	FI. 58
ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG	FI. 61
ABSCHLUSS NACH HGB	FI. 62
JAHRESBILANZ DER HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG ZUM 31. DEZEMBER 2013.....	FI. 63

**Registrierungsformular
der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG**

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG

FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2013	FI. 67
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013 DER HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG	FI. 69
1. GRUNDLAGEN.....	FI. 70
2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.....	FI. 71
3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ.....	FI. 76
4. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN HAFTUNGSVERHÄLTNISSSEN	FI. 92
5. SONSTIGE HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN	FI. 93
6. MARKTRISIKOBEHAFTETE GESCHÄFTE.....	FI. 94
7. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	FI. 97
8. SONSTIGE ANGABEN.....	FI. 99
ORGANE	FI. 102
MANDATE DER VORSTÄNDE, MITARBEITER UND AUFSICHTSRATSMITGLIEDER	FI. 103
ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS	FI. 108
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS.....	FI. 110

ANHANG II: GESCHÄFTSBERICHT 2013 (KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS) F II. 1

KENNZAHLEN DES HSBC TRINKAUS-KONZERNS.....	F II. 2
--	---------

KONZERNLAGEBERICHT:

GESCHÄFTSBERICHT 2013	F II. 3
GRUNDLAGEN DES KONZERNS	F II. 4
WIRTSCHAFTSBERICHT	F II. 11
NACHTRAGSBERICHT	F II. 19
PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT.....	F II. 20
RISIKOBERICHT	F II. 22
INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS.....	F II. 48
ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN.....	F II. 53
NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG	F II. 55
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	F II. 57
VERGÜTUNGSBERICHT	F II. 58
ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG	F II. 61

KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS:

KONZERNBILANZ HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 62
KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 63

**Registrierungsformular
der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG**

KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 65
KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 66
ERLÄUTERUNGEN (NOTES) ZUM KONZERNABSCHLUSS	F II. 67
GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG.....	F II. 68
BILANZIERUNGS-, BEWERTUNGS- UND KONSOLIDIERUNGSMETHODEN	F II. 69
ANGABEN ZUR KONZERNBILANZ.....	F II. 80
ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES KONZERNS	F II. 101
SONSTIGE ANGABEN	F II. 110
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS.....	F II. 141
ZAHLEN DES KONZERNS IM MEHRJAHRESVERGLEICH IN MIO. EURO	F II. 142

**ANHANG III: UNGEPRÜFTER UND NICHT PRÜFERISCH DURCHGESEHENER ZWISCHENBERICHT DES
HSBC TRINKAUS & BURKHARDT-KONZERNS ZUM
30. JUNI 2014**

KENNZAHLEN DES HSBC TRINKAUS & BURKHARDT-KONZERNS	F III. 2
BRIEF DES VORSTANDS	F III. 3
KONZERNBILANZ.....	F III. 9
KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F III. 11
ERLÄUTERUNGEN (NOTES) ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG UND ZUR BILANZ DES KONZERNS.....	F III. 13
SONSTIGE ANGABEN	F III. 25
UNTERSCHRIFTENSEITE (LETZTE SEITE).....	U-1

I. Risikofaktoren

Hinsichtlich der Risikofaktoren, die für den Emittenten oder seine Branche charakteristisch sind, sind die folgenden Ausführungen zu beachten:

Emittentenausfallrisiko

Der Käufer einer Aktie ist kein Gläubiger sondern Eigenkapitalgeber und damit Mitinhaber der Aktiengesellschaft. Mit dem Erwerb der Aktie beteiligt er sich an der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft. Er wird sozusagen Unternehmer und eröffnet sich die damit verbundenen Chancen, trägt aber zugleich auch das unternehmerische Risiko. Das unternehmerische Risiko enthält die Gefahr, dass der Kurs der Aktie fällt und sich damit anders entwickelt als ursprünglich erwartet. Im für den Wertpapierinhaber ungünstigen Fall, d.h. im Falle der Insolvenz, einer Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit, des Emittenten besteht für den Anleger das Risiko des Totalverlusts des Aktieninvestments, d.h. des für den Erwerb der Wertpapiere aufgewendeten Kapitals (Kaufpreis zuzüglich sonstiger mit dem Kauf verbundener Kosten – im Folgenden zusammen das "**Aufgewendete Kapital**"). Der Eintritt dieses Risikos hätte zur Folge, dass die Wertpapierinhaber ihre Ansprüche aus den Wertpapieren (Aktien) gegenüber dem Emittenten nur noch nach Maßgabe der Insolvenzordnung zur Insolvenztabelle anmelden könnten und damit im Insolvenzfall erst nach Befriedigung aller Gläubigeransprüche am Liquidationserlös beteiligt werden. Eine Absicherung gegen diese Risiken durch den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken, die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH oder vergleichbare Einrichtungen besteht für die Wertpapiere nicht.

Eine verbreitete Methode der Bewertung des Emittentenausfallrisikos (Insolvenz) ist das durch eine Ratingagentur veröffentlichte Rating des Emittenten. Dabei ist zu beachten, dass die Ratingagenturen ihre Ratings und damit auch das Rating den Emittenten betreffend jederzeit und kurzfristig durch eine entsprechende Veröffentlichung ändern oder widerrufen können. Der Emittent ist dem Risiko ausgesetzt, dass das durch die Ratingagentur veröffentlichte Rating des Emittenten herabgesetzt werden kann. Eine Herabsetzung des Ratings kann negative Effekte auf die Refinanzierungskosten und Refinanzierungsmöglichkeiten des Emittenten haben. Ebenso kann eine Herabsetzung des Ratings einen negativen Einfluss auf den Wert der Wertpapiere haben. Das Rating allein ist nicht immer aussagekräftig. Die Bonitätseinstufungen dienen lediglich der Entscheidungshilfe und sollen keine Grundlage für eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung der Wertpapiere bilden. Aus diesem Grund sollten Anleger ihre Anlageentscheidung nicht allein auf Grundlage eines bestehenden Ratings treffen, sondern sich neben dem Rating ein eigenes Bild des Emittentenausfallrisikos, auch Bonitäts- oder Schuldnerisiko genannt, machen.

Risiko des Ausfalls von Dividendenzahlungen

Es besteht das Risiko, dass der Emittent in künftigen Geschäftsjahren keine Dividendenzahlungen leistet, sei es, dass er keinen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn erzielt, oder sei es aus anderen Gründen.

Eine Dividende kann nur ausgeschüttet werden, wenn der Emittent in seinem HGB-Einzelabschluss einen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn ausweist. Sollte sich etwa die

gegenwärtige Marktsituation verschlechtern, kann es sein, dass sich die Ertragssituation des Emittenten verschlechtert. Dies könnte dazu führen, dass für zukünftige Geschäftsjahre keine Dividendenzahlungen erfolgen können oder dass ausschüttungsfähige Gewinne zur Stärkung der Eigenkapitalbasis den Rücklagen zugeführt und damit nicht ausgeschüttet werden.

Risiko der Profitabilität

Der Emittent unterliegt im Rahmen seiner zum Teil komplexen Geschäftstätigkeiten verschiedenen Risiken, die seine Profitabilität nachteilig beeinträchtigen können. Diese sind insbesondere:

- Strategische Risiken: Es besteht das Risiko strategischer Fehleinschätzungen der Entwicklung des Marktumfeldes und als Folge dessen einer Fehlentwicklung der Leistungsfähigkeit des Emittenten, wodurch auf mittlere Sicht die Ertragskraft negativ beeinträchtigt werden kann.
Dies gilt auch für die im Juli 2013 verabschiedete Wachstumsinitiative des Emittenten, die im Kern eine stärkere Ausschöpfung der Geschäftsbeziehungen mit den bereits adressierten Kundengruppen sowie eine Ausweitung der Kundenbeziehungen auf einen bislang nicht oder nur eingeschränkt bedienten Kreis an Firmenkunden (Adressen mit einem Umsatz ab 35 Mio. EUR, Private Equity Gesellschaften sowie Unternehmen im Non-Investment-Grade Bereich) beinhaltet. In diesem Zusammenhang wird die Mitarbeiterzahl erhöht sowie die Infrastruktur ausgebaut und das Niederlassungsnetz ausgeweitet, um die geplante Steigerung der Erlöse und Erträge des Emittenten in den nächsten fünf Jahren zu erreichen. Sollte sich herausstellen, dass der Emittent nicht in der Lage ist, den Wachstumsplan und den damit einhergehenden Geschäftsausbau umzusetzen oder sollte sich herausstellen, dass das mit der Wachstumsinitiative verbundene Ziel der Steigerung der Erlöse und Erträge nicht wie geplant erreicht werden kann, so kann dies die dem Wachstumsplan zugrundeliegende Finanz- und Ertragsplanung negativ beeinflussen und zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Emittenten führen.
- Adressenausfallrisiken: Der Emittent unterliegt Adressenausfallrisiken, die aus Kredit- und Kontrahentenrisiken sowie aus Länderrisiken bestehen. Von einem teilweisen oder vollständigen Ausfallrisiko können insbesondere Kredite, Forderungen, Handelsaktiva, Finanzanlagen sowie Eventualverbindlichkeiten (Finanzgarantien) und Kreditzusagen betroffen sein. Außerdem können in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, des Devisenhandels sowie des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts Anschaffungsrisiken entstehen.
- Operationelle Risiken: Der Emittent unterliegt einer Vielzahl von operationellen Risiken, insbesondere der Gefahr von Verlusten, die insbesondere infolge einer Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Verfahren, von Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse oder in Form von Rechtsrisiken eintreten können.
- Marktrisiken: Der Emittent unterliegt Marktrisiken, zu welchen insbesondere folgende Risikoarten zählen: Wechselkursrisiken, Zinsrisiken (inkl. Credit Spread-Risiken) sowie Aktienkurs- und sonstige Preisrisiken. Marktrisiken ergeben sich für den Emittenten insbesondere aus dem Handel mit Zins-, Aktien- und Devisenprodukten sowie, in geringem Maße, mit Rohwarenprodukten ohne physische Lieferung.

- Liquiditätsrisiko: Der Emittent unterliegt dem Risiko der Zahlungsunfähigkeit, sofern längerfristige Aktiva kurzfristig finanziert werden oder unerwartet auftretende Geldabflüsse nicht ausgeglichen werden können.
- Wettbewerbsumfeld: Insbesondere der deutsche Markt, in dem der Emittent im Wesentlichen tätig ist, ist von starkem Konditionen- und Preiswettbewerb geprägt. Dies kann die erzielbaren Margen negativ beeinträchtigen.
- Risiken aus bankenspezifischer Regulierung: Die regulatorischen Anforderungen, denen der Emittent als Kreditinstitut unterliegt, wurden in jüngerer Zeit und werden in nächster Zeit weiter verschärft, wodurch zusätzlicher Aufwand und Umsetzungsrisiken entstehen. Dies betrifft insbesondere höhere aufsichtsrechtliche Eigenkapital- und Liquiditätsstandards. Diese Entwicklungen können die Aktivitäten des Emittenten und die Wettbewerbsposition negativ beeinträchtigen.
- Sonstiges: Zudem können sich für den Emittenten auch Risiken aus dem makroökonomischen Umfeld, aus der Finanzmarktkrise, aus der Staatsschuldenkrise sowie Risiken aus Beteiligungen, aus dem Niedrigzinsumfeld, aus der Abschwächung der konjunkturellen Marktgegebenheiten und aus einer beeinträchtigten Finanzmarktstabilität ergeben und zu negativen Auswirkungen auf die Profitabilität des Emittenten führen.

Jedes dieser Risiken kann Auswirkungen auf die Profitabilität und/oder Kernkapitalquote des Emittenten haben und könnte dazu führen, dass die Profitabilität und/oder Kernkapitalquote des Emittenten sinkt. Dies könnte nachteilige Auswirkungen insbesondere auf die Bonität, den Zugang zu Finanzierungen und die Finanzierungskosten und folglich wiederum für die Profitabilität des Emittenten haben und zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Emittenten führen.

Der Emittent gehört zum HSBC-Konzern (der "**HSBC-Konzern**"), dessen Obergesellschaft die HSBC Holdings plc, London, ist, die wiederum indirekt 80,62% am Aktienkapital des Emittenten hält.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich vorgenannte oder ähnliche Risiken im HSBC-Konzern nachteilig auf die Profitabilität des HSBC-Konzerns und sich indirekt auch auf die Profitabilität des Emittenten auswirken können.

II. Allgemeine Informationen

Die Ausführungen zu den Risikofaktoren, finden sich unter Punkt I. dieses Aktien-Registrierungsformulars.

1. Verantwortliche Personen

1.1. Haftung für die Angaben im Aktien-Registrierungsformular

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG mit Sitz in 40212 Düsseldorf, Königsallee 21/23, (der "**Emittent**" oder die "**Gesellschaft**" und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der "**HSBC Trinkaus-Konzern**" oder der "**Konzern**") übernimmt die Verantwortung für den Inhalt des Aktien-Registrierungsformulars.

1.2. Erklärung der für das Aktien-Registrierungsformular haftenden Personen

Der Emittent erklärt, dass seines Wissens die Angaben im Aktien-Registrierungsformular richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

2. Abschlussprüfer

2.1. Name und Anschrift

Abschlussprüfer des Emittenten für den von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum ist die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Tersteegenstraße 19-31, 40474 Düsseldorf, Tel. 0211/4757000 (der "**Abschlussprüfer**"). Der Abschlussprüfer ist Mitglied in der Deutschen Wirtschaftsprüferkammer sowie Mitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW).

2.2. Wechsel der Abschlussprüfer

Ein Wechsel oder eine Abberufung der Abschlussprüfer hat während des von den geprüften historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums nicht stattgefunden.

3. Risikofaktoren

Die Ausführungen zu den Risikofaktoren, finden sich unter Punkt I. dieses Aktien-Registrierungsformulars.

4. Angaben über den Emittenten

4.1. Gesetzliche und kommerzielle Bezeichnung des Emittenten

Der juristische Name des Emittenten lautet HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, der kommerzielle Name ist HSBC Trinkaus.

4.1.1. Rating

Ratingagenturen, wie beispielsweise die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd., bewerten mit Hilfe einer Bonitätsbeurteilung, ob ein potenzieller Kreditnehmer zukünftig in der Lage sein wird, seinen Kreditverpflichtungen vereinbarungsgemäß nachzukommen. Ein wesentlicher Baustein für die Bonitätseinstufung (=Rating) ist die Bewertung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

<u>KATEGORIEN DER LANGFRISTIGEN FITCH RATINGS (LONG-TERM (LT) ISSUER DEFAULT RATING (IDR)):</u>	<u>KATEGORIEN DER KURZFRISTIGEN FITCH RATINGS (SHORT-TERM RATING):</u>
AAA	F1
AA	F2
A	F3
BBB	B
BB	C
B	RD
CCC	D
CC	
C	
RD	
D	

"+" oder "-" Zeichen werden einem Rating zugeordnet, um seine Position innerhalb der Hauptratingkategorie zu beschreiben.

Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. (die "**Ratingagentur**") hat das im Auftrag des Emittenten erteilte langfristige Rating (Quelle: www.fitchratings.com) des Emittenten mit "AA-", das kurzfristige Rating mit "F1+" festgelegt (Stand zum Datum dieses Aktien-Registrierungsformulars). Der Ausblick ist stabil (stable). Die Ratingagentur hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß Artikel 14 Absatz (1) in Verbindung mit Artikel 2 Absatz (1) der "VERORDNUNG (EG) Nr. 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

Die Einstufung der langfristigen Kreditverbindlichkeiten mit "AA-" bedeutet, dass diese ein sehr geringes Kreditrisiko bergen. Die Einstufung der kurzfristigen Kreditverbindlichkeiten mit "F1+" bedeutet, dass der Emittent in herausragender Weise in der Lage ist, seine kurzfristigen Kreditverbindlichkeiten zurückzuzahlen. Der Ausblick gibt einen Anhaltspunkt, in welche Richtung sich das Rating in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren voraussichtlich entwickeln wird.

Eine verbreitete Methode der Bewertung des Emittentenausfallrisikos (Insolvenz) ist das durch eine Ratingagentur veröffentlichte Rating des Emittenten. Dabei ist zu beachten, dass die Ratingagenturen ihre Ratings und damit auch das Rating den Emittenten betreffend jederzeit und kurzfristig durch eine entsprechende Veröffentlichung ändern oder widerrufen können. Der Emittent ist dem Risiko ausgesetzt, dass das durch die Ratingagentur veröffentlichte Rating des Emittenten herabgesetzt werden kann. Eine Herabsetzung des Ratings kann negative Effekte auf die Refinanzierungskosten und Refinanzierungsmöglichkeiten des Emittenten haben. Ebenso kann eine Herabsetzung des Ratings einen negativen Einfluss auf den Wert der Wertpapiere haben. Das Rating allein ist nicht immer aussagekräftig. Die Bonitätseinstufungen dienen lediglich der Entscheidungshilfe und sollen keine Grundlage für eine Kauf- oder Verkaufsentscheidung der Wertpapiere bilden. Aus diesem Grund sollten Anleger ihre Anlageentscheidung nicht allein auf Grundlage eines bestehenden Ratings treffen, sondern sich neben dem Rating ein eigenes Bild des Emittentenausfallrisikos, auch Bonitäts- oder Schuldnerisiko genannt, machen.

4.2. Investitionen

Die folgende Tabelle zeigt die wichtigsten Investitionen des Emittenten in Sachanlagen, in Immaterielle Vermögenswerte und nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen für die Geschäftsjahre 2013, 2012, 2011, ermittelt unter Verwendung von Angaben aus dem Konzernabschluss des Emittenten für die Geschäftsjahre 2013 und 2012:

<u>in Mio EUR</u>	<u>Geschäftsjahr</u>		
	<u>zum 31. Dezember</u>		
	<u>2013</u>	<u>2012</u>	<u>2011</u>
Sachanlagen.....	21,9	(geprüft) 21,0	15,1
Immaterielle Vermögenswerte	1,4	1,5	3,4
Nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen..	-	-	26,9

Die Investitionen in Sachanlagen betrafen überwiegend die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie in geringem Umfang nachträgliche Anschaffungskosten für Gebäude.

Die Investition in Immaterielle Vermögenswerte betreffen ausschließlich Softwareanschaffungen.

4.2.1. Wichtigste Investitionen des Emittenten

Im Geschäftsjahre 2014 wurden bis zum 31. Juli 2014 in Grundstücke und Gebäude im Rahmen der Modernisierung der Konzernzentrale, Königsallee 21-23, Düsseldorf, EUR 6 Mio. und in Betriebs- und Geschäftsausstattung EUR 9 Mio. investiert. Im gleichen Zeitraum wurde EUR 1 Mio. in immaterielle Vermögenswerte (Software) investiert.

4.2.2. Wichtigste laufende Investitionen des Emittenten

Die wichtigsten laufenden Investitionen des Emittenten in Höhe von ca. EUR 4 Mio. betreffen die Investitionen in den derzeitigen Umbau und die Modernisierung der Konzernzentrale in Düsseldorf.

Die weiteren wichtigsten laufenden Investitionen in Höhe von ca. EUR 1 Mio. entfallen auf Projekt- und IT-Kosten im Zusammenhang mit der Ausweitung der Produktangebote des Emittenten.

Die Finanzierungen dieser Investitionen erfolgen aus dem frei verfügbaren Mittelzufluss des Emittenten.

4.2.3. Wichtigste künftige Investitionen des Emittenten

Darüber hinaus bestehen derzeit keine wesentlichen künftigen Investitionsvorhaben des Emittenten, die von den Organen des Emittenten bereits verbindlich beschlossen sind.

5. Überblick über die Geschäftstätigkeit

5.1. Haupttätigkeitsbereiche

Der Emittent bietet als Universalbank Finanzdienstleistungen für vermögende Privatkunden, Firmenkunden und institutionelle Kunden an.

Der Schwerpunkt des Privatkundengeschäfts liegt auf der umfassenden Beratung und Betreuung von vermögenden Privatpersonen und Unternehmern sowie von Familien und Stiftungen auf Basis abgestufter Leistungspakete der Vermögensbetreuung und -verwaltung. Das Spektrum umfasst Leistungen zur Steuerung des Gesamtvermögens, der Vermögensanlage und verschiedene Services. Im Rahmen der Gesamtvermögenssteuerung werden u. a. strategische Vermögensplanung, Vermögensnachfolgeberatung und Vermögenscontrolling angeboten. Die Vermögensanlage bietet z.B. die Vermögensverwaltung und -beratung in allen Asset-Klassen (Vermögensklassen). Allgemeine Services wie Kontoführung, Wertpapierverwahrung und Zahlungsverkehr runden das Angebot ab.

Das Firmenkundengeschäft des Emittenten richtet sich an den gehobenen Mittelstand sowie an internationale Handelsunternehmen und Großkonzerne. Die Unternehmen erhalten eine strategische Beratung und Begleitung in allen Finanz- und Finanzierungsfragen (Eigen- und Fremdkapital), aber auch in Anlagethemen. Im Auslandsgeschäft unterstützt der Emittent seine Kunden bei der Exportfinanzierung, im Dokumentengeschäft mit Dokumentenabwicklung und Supply Chain Business (Versorgungs- und Lieferkettengeschäft). Neben dem Zahlungsverkehr (Payments und Cash Management) werden die Absicherung – auch im Zins- und Devisengeschäft – sowie die Finanzierung von Handelsforderungen (Receivable Finance) angeboten.

Im Geschäft mit institutionellen Anlegern zählt der Emittent auch den öffentlichen Sektor in Deutschland und Österreich zu seinen Kunden. Auch bei dieser Zielgruppe stehen die strategische Beratung sowie die Begleitung von Markttransaktionen im Vordergrund. Der Schwerpunkt liegt auf kapitalmarktorientierten Anlage- und Finanzierungslösungen. Zu den Leistungen gehört der Vertrieb von klassischen Fixed Income-Produkten wie Anleihen, Pfandbriefe und Schuldscheindarlehen. Der Bereich strukturiert Produkte und Derivate in den Asset-Klassen (Vermögensklassen) Zinsen, Währungen, Kredite und Aktien. Zusätzlich betreut der Emittent seine Kunden bei Investments in Aktien und Alternative Investments. Die Beratung stützt sich auf fundamentales, technisches und quantitatives Research (Analyse und Bewertung) aus eigenem Hause und aus dem HSBC-Konzern.

Der Emittent bietet seinen Kunden weitere zielgruppenübergreifende Finanzdienstleistungen an. Die Aktivitäten des Portfolio Managements (Depotverwaltung) sind in der Tochtergesellschaft HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH zusammengefasst; auch hier stützt sich die Beratung auf das Research (Analyse und Bewertung) aus eigenem Hause und aus dem HSBC-Konzern. Für Kunden werden Lösungen in den Bereichen kurzfristige Vermögensanlage (z. B. täglich verfügbare Geldmarktfonds in unterschiedlichen Währungen) und langfristige Vermögensanlage (z. B. über Spezial- und Publikumsfonds) entwickelt, sowie Beratungsdienstleistungen für verschiedene Asset Management-Aspekte (Vermögensverwaltung) angeboten.

Die Leistungen bei den Wertpapierservices werden von drei verschiedenen Einheiten erbracht: Der Bereich Custody Services des Emittenten dient institutionellen und Firmenkunden als Depotbank/Verwahrstelle (im investmentrechtlichen Sinne) sowie Wertpapierverwahrer. Als Wertpapierverwahrer unterstützt er die Kunden nicht nur bei der Wertpapierverwaltung und -verwahrung in Deutschland, sondern stellt den Kunden auch das weltweite Lagerstellennetzwerk mit einer der größten konzerneigenen Unterverwahrstellen zur Verfügung. Als ergänzende Dienstleistung verantwortet der Bereich eine Fondsrouting-Plattform, die den Prozess des Fondsorterns automatisiert.

Die Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH ("HSBC INKA") verantwortet als Master-KVG (Kapitalverwaltungsgesellschaft mit vollständigem Dienstleistungsangebot) die Fondsadministration und bündelt Dienstleistungen im Back- und Middle Office des Fondsgeschäfts. Neben dem Kerngeschäft, der Administration von insbesondere Master-, Hedge-, Spezial- und Publikumsfonds, strukturiert die Master-KVG Fonds, assistiert bei Fondsgründungen und -verwaltung. In die Reporting-Dienstleistungen werden auch Direktbestände eingebunden. Zu den Kunden der HSBC INKA gehören sowohl institutionelle als auch Firmenkunden.

Auf dem Gebiet der Wertpapierabwicklung ist HSBC Transaction Services GmbH aktiv. Diese Tochtergesellschaft des Emittenten bietet Middle und Back Office-Services (Abwicklungsdienstleistungen) rund um die Abwicklung, Verwaltung und Verwahrung von Wertpapieren an. Dazu gehören Migrationen, Ordermanagement mit Orderverwaltung, -disposition und -routing, Geschäftsabwicklung sowie Depotservices wie Terminereignisse, Depotüberträge und Abstimmungsservice.

Die Aktivitäten des Emittenten im Bereich Primärmarktgeschäft umfassen die Beratung und Begleitung von Unternehmen, Finanzinstituten und der öffentlichen Hand bei Kapitalmarkttransaktionen zur Aufnahme von Eigen- und Fremdkapital.

Als eigenkapitalrelevante Kapitalmarkttransaktionen werden insbesondere die Umplatzierung von Aktienpaketen, Gestaltung von Aktienoptionsplänen, Wandelanleihen, Aktienrückkäufe, Kapitalerhöhungen und Börseneinführungen angeboten.

Der Bereich Debt Capital Markets (Fremdkapitalmarkt) bietet öffentliche Emissionen und Privatplatzierungen in allen wesentlichen Währungen an. Das Spektrum schließt u. a. Unternehmensanleihen, Medium-Term Note-Ziehungen (Schuldverschreibungen aus Emissionsprogrammen), Schuldscheindarlehen und hybride Finanzinstrumente ein.

Ferner bietet der Emittent Beratungsdienstleistungen auf dem Gebiet Mergers and Acquisitions (Emissionen und Übernahmen) an. Darunter fallen der Kauf und Verkauf von Unternehmen, Unternehmensfusionen, Privatisierungen und die Unterstützung bei öffentlichen Übernahmen. Der Emittent begleitet Kunden auch bei länderübergreifenden Projekten.

Für bereits börsennotierte Unternehmen leistet der Emittent eine Sekundärmarktbetreuung im Rahmen von Corporate Broking und Designated Sponsoring in den Bereichen Market Making und Corporate Access.

Der Bereich Handel umfasst sämtliche Handelsaktivitäten des Emittenten mit Wertpapieren, Geld und Devisen. Auf börslichen und außerbörslichen Märkten werden Aktien und Aktienderivate, festverzinsliche Papiere und Zinsderivate sowie Devisen und Devisenoptionen für eigene Rechnung gehandelt. Eine zentrale Stellung bei der Steuerung der Liquiditäts- und Devisenposition des Emittenten nimmt der Geld- und Devisenhandel ein. Das Wertpapierleihe- und Repo-Geschäft (Wertpapierpensionsgeschäft) unterstützt zum einen die Bedienung von Lieferverpflichtungen des Handelsbereichs, zum anderen in starkem Maße die Liquiditätssteuerung des Emittenten.

Als einzige retailfähige Produktklasse begibt der Emittent im Bereich strukturierter Wertpapiere Optionsscheine und Zertifikate.

Neu eingeführte wesentliche Produkte und Dienstleistungen

Es gibt seit dem Datum des letzten veröffentlichten und geprüften Jahresabschlusses des Emittenten keine neu eingeführten wesentlichen Produkte und Dienstleistungen des Emittenten.

Der Kern der im Juli 2013 verabschiedeten Wachstumsinitiative des Emittenten beinhaltet eine stärkere Ausschöpfung der Geschäftsbeziehungen mit den bereits adressierten Kundengruppen sowie eine Ausweitung der Kundenbeziehungen auf einen Kreis an Firmenkunden, der bislang nicht oder nur eingeschränkt bedient wurde. Adressen mit einem Umsatz ab 35 Mio. EUR, Private Equity Gesellschaften sowie Unternehmen im Non-Investment-Grade Bereich rücken stärker in den Fokus der Geschäftstätigkeit.

5.2. Wichtigste Märkte

Die oben unter Punkt 5.1. aufgeführten Haupttätigkeitsbereiche des Emittenten sind vorwiegend auf den deutschen Markt fokussiert. Das Marktumfeld im deutschen Bankenmarkt ist seit der Veröffentlichung des letzten geprüften Abschlusses des Emittenten im Wesentlichen unverändert.

5.3. Außergewöhnliche Faktoren

Außergewöhnliche Faktoren haben sich seit dem 31. Dezember 2013 nicht ergeben.

5.4. Abhängigkeit des Emittenten von Patenten oder Lizenzen, Industrie-, Handels- oder Finanzierungsverträgen oder neuen Herstellungsverfahren

Es besteht keine Abhängigkeit des Emittenten von Patenten oder Lizenzen, Industrie-, Handels- oder Finanzierungsverträgen oder neuen Herstellungsverfahren.

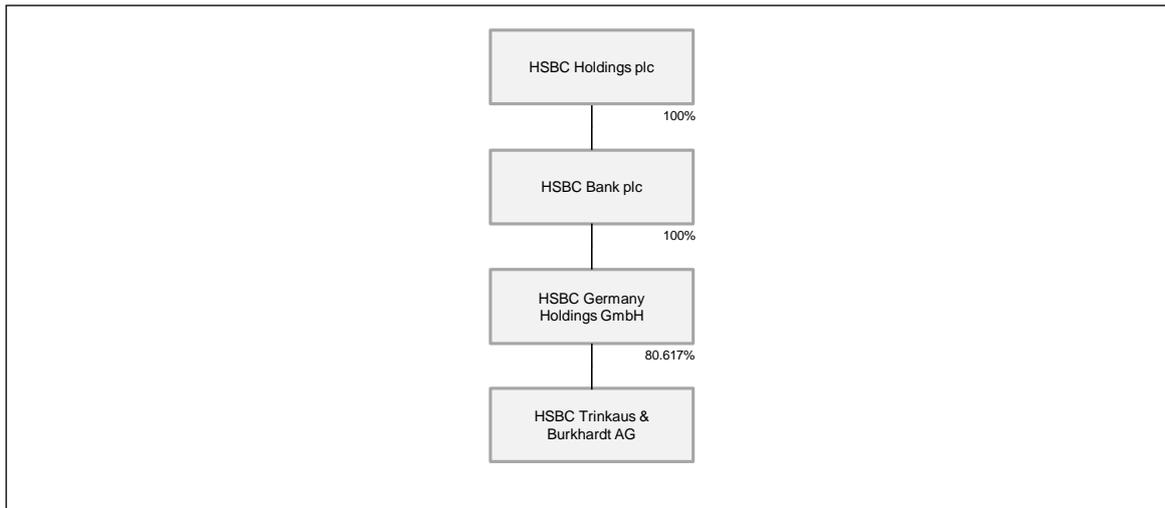
5.5. Angaben des Emittenten zu seiner Wettbewerbsposition

Der Emittent macht keine dezidierten Angaben im Rahmen der Beschreibung seiner Wettbewerbsposition, so dass entsprechende Grundlagen nicht zu nennen sind.

6. Organisationsstruktur

6.1. Zugehörigkeit des Emittenten zu einer Gruppe

Der Emittent gehört zum HSBC-Konzern (wie unter Punkt I. definiert). Gleichzeitig bildet der Emittent zusammen mit seinen konsolidierten Tochtergesellschaften den HSBC Trinkaus-Konzern (wie unter Punkt II. 1.1. definiert). Der HSBC Trinkaus-Konzern umfasst eine Gruppe von 13 aktiven Gesellschaften, darunter insbesondere HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH ("HSBC INKA") und HSBC Transaction Services GmbH. Obergesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.



Der HSBC-Konzern ist nach eigener Einschätzung eine der weltweit größten Bank- und Finanzdienstleistungsgruppen und hat Tochtergesellschaften beziehungsweise Niederlassungen in Europa, in den Regionen Asien-Pazifik, Nord-, Mittel- und Südamerika, Mittlerer Osten und Afrika.

Die Aktien der HSBC Holdings plc, London, sind an den Börsen in London, Hongkong, New York, Paris und den Bermudas gelistet.

Innerhalb seines internationalen Netzwerkes ist der HSBC-Konzern insbesondere im allgemeinen Bankgeschäft, im Firmenkundengeschäft, im Investment Banking und in der Betreuung von Privatkunden tätig.

Der Emittent hat mit verschiedenen Gesellschaften des HSBC-Konzerns Kooperations- und Geschäftsbesorgungsverträge abgeschlossen. Der konsolidierte Abschluss des Emittenten wird einbezogen in den Konzernabschluss der HSBC Holdings plc, London.

7. Trendinformationen

7.1. Angabe der wichtigsten aktuellen Trends

Es hat seit dem Datum des letzten veröffentlichten und geprüften Jahresabschlusses des Emittenten nach Ansicht des Emittenten keine aktuellen wichtigen Trends gegeben, die die Geschäftstätigkeit des Emittenten in diesem Zeitraum beeinflusst haben.

7.2. Angaben über bekannte Trends, Unsicherheiten, Anfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle

Bekannte Trends, Unsicherheiten, Anfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle, die die Aussichten des Emittenten nach vernünftigem Ermessen zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinträchtigen werden, sind dem Emittenten nicht bekannt.

8. Gewinnprognosen oder –schätzungen

Die Gesellschaft legt in diesem Prospekt keine Gewinnprognosen oder –schätzungen vor.

9. Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgan und oberes Management

9.1. Aufsichtsrat, oberes Management (Vorstand)

(a) Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgans

Der Aufsichtsrat

Der **Aufsichtsrat** setzt sich gemäß der Satzung des Emittenten und nach §§ 1 Abs. 1, 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) in Verbindung mit §§ 95 Satz 5, 96 Abs. 1 Fall 1, 101 Abs. 1 Aktiengesetz (AktG) zusammen und besteht demgemäß je zur Hälfte aus Mitgliedern der Anteilseigner und aus Mitgliedern der Arbeitnehmer. Gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 MitbestG in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 MitbestG hat der Aufsichtsrat sechzehn Mitglieder und setzt sich damit aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind unter der Geschäftsadresse des Emittenten, Königsallee 21/23, 40212 Düsseldorf, zu erreichen.

Dem Aufsichtsrat gehören an:

Dr. Sieghardt **Rometsch**, Düsseldorf

Vorsitzender

ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA
(jetzige HSBC Trinkaus & Burkhardt AG)

Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:

Management Partner GmbH, Stuttgart (Vorsitzender des Verwaltungsrats)

Friedrich-Karl **Goßmann**, Essen (Arbeitnehmersvertreter)

Stellvertretender Vorsitzender

Bankangestellter

Samir **Assaf**, London

Group Managing Director

Chief Executive Global Banking and Markets, HSBC Holdings plc, London

Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:

HSBC France, Paris/Frankreich (Chairman)

Sigrid **Betzen**, Meerbusch (Arbeitnehmersvertreter)

Deutscher Bankangestellten-Verband, (Hauptgeschäftsführerin)

Gewerkschaftsvertreterin

**Registrierungsformular
der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG**

Deniz **Erkman**, Krefeld (Arbeitnehmervertreter)
Bankangestellte

Stefan **Fuchs**, Düsseldorf (Arbeitnehmervertreter)
Angestellter der HSBC Transaction Services GmbH

Dr. Hans Michael **Gaul**, Düsseldorf
Mandate in Aufsichtsräten:
Siemens AG, München
BDO AG, Hamburg (stellv. Vorsitzender)

Birgit **Hasenbeck**, Düsseldorf (Arbeitnehmervertreter)
Bankangestellte

Wolfgang **Haupt**, Düsseldorf
ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA
(jetzige HSBC Trinkaus & Burkhardt AG)
Mandate in Aufsichtsräten:
Trinkaus Private Equity M 3 GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf (Vorsitzender)
Trinkaus Private Equity Pool I GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf (Vorsitzender)
Trinkaus Secondary GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf (Vorsitzender)
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Alan McAlpine **Keir**, London
Group Managing Director
Chief Executive Officer, HSBC Bank plc, London

Simon **Leathes**, London
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
HSBC Bank plc, London (non-executive director)
Assured Guaranty Limited, Hamilton/Bermuda
Assured Guaranty (Europe) Limited, London/Großbritannien
Assured Guaranty (UK) Limited, London/Großbritannien
HSB-Engineering Insurance Limited, London/Großbritannien

Friedrich **Merz**, Arnsberg
Senior Counsel
Mayer Brown LLP
Mandate in Aufsichtsräten:
Deutsche Börse AG, Frankfurt
WEPA Industrieholding SE, Arnsberg
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz

Oliver **Popp**, Frankfurt am Main (Arbeitnehmervertreter)

Deutscher Bankangestellten-Verband, (Pressesprecher)
Gewerkschaftsvertreter

Ralf **Rochus**, Essen (Arbeitnehmersvertreter)
Bankangestellter
Vertreter der leitenden Angestellten

Carsten **Thiem**, Düsseldorf (Arbeitnehmersvertreter)
Bankangestellter

Hans-Jörg **Vetter**, Stuttgart
Vorsitzender des Vorstands Landesbank Baden-Württemberg
Mandate in Aufsichtsräten:
Herrenknecht AG, Schwanau (Vorsitzender)
LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart (Vorsitzender)
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart (Vorsitzender)
Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:
LHI Leasing GmbH, Pullach (Vorsitzender)
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart (Vorsitzender)
Süd Beteiligungen GmbH, Stuttgart (Vorsitzender)

Dr. Sieghardt Rometsch (geboren 1938) studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten von Innsbruck, Kiel und München und promovierte zum Dr. rer. oec. In den Jahren 1965 und 1966 war er Mitarbeiter im Kabinett des Präsidenten der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel (Herrn Prof. Dr. Walter Hallstein). Von 1967 bis 1977 arbeitete er für die Chase Manhattan Bank, zuletzt als General Manager Deutschland und Area Director für Zentral-Europa. Von 1977 bis 1983 war er Mitglied des Vorstandes der Landesgirokasse, Stuttgart. Von 1983 bis 2004 war er persönlich haftender Gesellschafter der Trinkaus & Burkhardt KGaA mit Zuständigkeit für das Firmenkundengeschäft, das Auslandsgeschäft und seit 1997 auch für das Privatkundengeschäft. Als Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter fungierte er von 1998 bis 2004. Seit Juni 2004 ist er Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft.

Friedrich-Karl Goßmann (geboren 1956) ist gelernter Bankkaufmann und seit 1991 Bankangestellter der Gesellschaft. Er ist derzeit als freigestellter Mitarbeiter stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats der Gesellschaft, Mitglied des Europa-Betriebsrats der HSBC und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehört er seit Juni 2002 an.

Samir Assaf (geboren 1960) studierte Wirtschaftswissenschaften in Paris am L'Institut d'Études Politiques und an der Université Paris-Sorbonne. 1994 wechselte er als Head of Treasury von der Groupe Total zur Crédit Commercial de France, wo er 1998 zum Head of Markets ernannt wurde. Nach der Übernahme durch HSBC in 2000 wurde er Head of Fixed Income Trading, Europe und Head of Global Markets bei der HSBC France. In den folgenden Jahren übernahm er weitere Funktionen im HSBC-Konzern. Seit Januar 2011

ist er Group Managing Director und Chief Executive Global Banking and Markets der HSBC Holdings plc. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehört er seit Juni 2007 an.

Sigrid Betzen (geboren 1963) studierte Rechtswissenschaften an der Universität Trier. Von 1993 bis 1996 arbeitete sie freiberuflich als Rechtsanwältin nacheinander in zwei Rechtsanwaltskanzleien. Seit 1996 ist sie Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Bankangestellten-Verbandes und gründete 1997 ihre eigene Rechtsanwaltskanzlei in Düsseldorf. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehört sie seit Juni 2011 an.

Deniz Erkman (geboren 1974) hat eine Ausbildung zur Rechtsanwaltsfachangestellten absolviert. Seit 1999 ist sie Bankangestellte der Gesellschaft. Sie gehört dem Aufsichtsrat der Gesellschaft seit Juni 2004 an.

Stefan Fuchs (geboren 1968) ist ausgebildeter Bankkaufmann und Bankfachwirt (Bankakademie). Nach seiner Tätigkeit bei der einer Volksbank von 1991 bis 1998 war er von 1998 bis 2003 u.a. als Unternehmensberater selbständig. 2003 wurde er Mitarbeiter der Gesellschaft und ist derzeit bei der HSBC Transaction Services GmbH angestellt. Er gehört dem Aufsichtsrat der Gesellschaft seit Juni 2011 an.

Dr. Hans Michael Gaul (geboren 1942) studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Bonn und Heidelberg und promovierte später in Münster zum Dr. jur. Er begann seine Karriere 1969 als Trainee bei der Stinnes AG. 1970 wechselte zur VEBA AG als Leiter des Vorstandsbüros und der Presseabteilung. 1976 ging er als Justitiar zur Nordwestdeutsche Kraftwerke AG. Von 1978 bis 1996 war er Mitglied des Vorstandes der PreussenElektra AG. Von 1990 bis 2000 war er Mitglied des Vorstandes der VEBA AG. Von 2000 bis 2007 war er Mitglied des Vorstandes der E.ON AG. Er gehört dem Aufsichtsrat der Gesellschaft seit November 2007 an.

Birgit Hasenbeck (geboren 1953) ist gelernte Bürokauffrau und seit 1972 Bankangestellte der Gesellschaft. Sie ist als Betriebsratsmitglied freigestellt und Vorsitzende des Betriebsrats. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehört sie seit Juni 1992 an.

Wolfgang Haupt (geboren 1942) studierte nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln und absolvierte ein Sonderstudium an der Columbia University, New York - Graduate School of Business. Seine berufliche Laufbahn startete er 1968 in der Internationalen Steuerabteilung bei Peat Marwick Mitchell & Co. in New York. 1970 wechselte er nach Frankfurt und wurde 1974 Partner der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. 1982 bis 1987 war er Mitglied des europäischen Partnership Board der Peat Marwick Mitchell & Co. Von 1987 bis 1991 war er Mitglied des Geschäftsführungsausschusses der KPMG Peat Marwick Treuhand GmbH und Mitglied des Vorstandes der Deutschen Treuhand Gesellschaft AG. Von 1992 bis 2002 war er persönlich haftender Gesellschafter der Trinkaus & Burkhardt KGaA und ist seit Juni 2002 Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschaft.

Alan McAlpine Keir (geboren 1958) studierte Wirtschaftswissenschaften und Politik an der University of Bradford. Seine Karriere begann er 1981 in der International Division

der Midland Bank. 1986 wechselte er in die Corporate Banking Division, deren Leitung er 1990 übernahm. Nach der Übernahme durch die HSBC übernahm er in den folgenden Jahren verschiedene leitende Positionen im HSBC-Konzern. 2011 wurde er zum Group Managing Director ernannt und 2013 zudem auch Chief Executive Officer der HSBC Bank plc. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehört er seit September 2013 an.

Simon Leathes (geboren 1948) studierte Geschichte an der Cambridge University. 1970 begann Simon Leathes seine Karriere als Wirtschaftsprüfer bei Ernst & Young und später bei Price Waterhouse Coopers. Von Juni 1980 bis September 1995 war er bei der SG Warburg Group plc, zuletzt als Group Finance Director und Mitglied des Group Executive Committee. Von September 1995 bis Dezember 1996 war er Chief Financial Officer der Investmentbank Caspian Securities. Von Januar 1997 bis August 1998 war er zunächst Finance Director und dann Chief Executive Officer der Hambros PLC. Von Juni 1999 bis Dezember 2000 war er General Manager der Lend Lease Corporation. Von Januar 2001 bis Dezember 2006 war er Vice Chairman von Barclays Capital. Er gehört dem Aufsichtsrat der Gesellschaft seit September 2013 an.

Friedrich Merz (geboren 1955) studierte Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Bonn. Nach dem 2. Juristischen Staatsexamen begann er seine berufliche Laufbahn 1985 als Richter beim Amtsgericht Saarbrücken. Seit 1986 bis heute ist er als Rechtsanwalt zugelassen. Von 1986 bis 1989 war er Referent beim Verband der Chemischen Industrie, Frankfurt am Main/Bonn. Von 1990 bis 2001 war er für Leinen & Derichs Rechtsanwälte, Köln, und von 2002 bis 2004 für CBH Cornelius Bartenbach Haesemann Rechtsanwälte, Köln, tätig. Von 2005 bis 2014 war er Partner der internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP, für die er weiter als Senior Counsel tätig ist. Zudem war er von 1989 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments und von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1998 bis 2000 sowie von 2002 bis 2004 war er Stellvertretender Vorsitzender, und von 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er gehört dem Aufsichtsrat der Gesellschaft seit Juni 2011 an.

Oliver Popp (geboren 1977) studierte Geoökologie an der Universität Bayreuth und später Politikwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg. Seine berufliche Laufbahn begann er 2004 bei der Zeitung Thüringer Allgemeine (Erfurt) in der Lokalredaktion und wechselte dort 2007 in die Onlineredaktion. 2009 ging er als Pressesprecher zum Deutschen Bankangestellten-Verband. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehört er seit Juni 2011 an.

Ralf Rochus (geboren 1971) absolvierte seine Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Gesellschaft und kehrte nach Ableistung seines Wehrdienstes 1992 als Bankangestellter zur Trinkaus & Burkhardt KGaA zurück. Er ist Mitglied des Betriebsrats und gehört dem Aufsichtsrat der Gesellschaft seit Juni 2011 an.

Carsten Thiem (geboren 1972) studierte Bauingenieurwesen an der Bergischen Universität in Wuppertal. Seit 2000 ist er Bankangestellter bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Er gehört dem Aufsichtsrat der Gesellschaft seit Juni 2011 an.

Hans-Jörg Vetter (geboren 1952) absolvierte seine Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Deutschen Bank in Göppingen, für die er von 1969 bis 1976 tätig war. Von 1976 bis 1984 war er bei der Frankfurter Hypothekenbank und von 1985 bis 1987 bei der Westdeutschen Landesbank, Düsseldorf, bevor er von 1987 bis 1990 zur Deutschen Bank, Frankfurt am Main, zurückkehrte. Von 1990 bis 1995 war er Mitglied des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt am Main. Persönlich haftender Gesellschafter der M.M. Warburg & Co. KGaA war er von 1995 bis 1997. Von 1997 bis 2000 war er stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main. Ab Dezember 2001 war er Vorsitzender des Vorstands der Bankgesellschaft Berlin AG (später Landesbank Berlin Holding AG) sowie ab Februar 2002 Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin. Seit Juni 2009 ist er Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg. Dem Aufsichtsrat der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG gehört er seit September 2009 an.

Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden und deren Aufgaben und Befugnisse festsetzen. Den Ausschüssen können, soweit gesetzlich zulässig, auch Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrats übertragen werden.

Mitglieder des Leitungsorgans (Vorstand)

Der **Vorstand** besteht gemäß der Satzung des Emittenten aus mindestens zwei Mitgliedern; im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands. Zurzeit sind **Mitglieder des Vorstands**:

Andreas **Schmitz**, Düsseldorf

Sprecher

Mandate in Aufsichtsräten:

Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf (Vorsitzender)

Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:

HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf

Liquiditäts-Konsortialbank, Frankfurt am Main (Likobank)

KfW-Bankengruppe, Frankfurt am Main

Paul **Hagen**, Düsseldorf

Mandate in Aufsichtsräten:

HFI Hansische Vermögensverwaltungs Aktiengesellschaft, Hamburg
(stellv. Vorsitzender)

RWE Supply & Trading GmbH, Essen

Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:

HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) SA, Luxemburg (stellv. Vorsitzender)

HSBC Trinkaus Investment Managers SA, Luxemburg

HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf (stellv. Vorsitzender)

SdB-Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH, Berlin

Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

Norbert **Reis**, Düsseldorf

Carola Gräfin **von Schmettow**, Düsseldorf

Mandate in Aufsichtsräten:

ThyssenKrupp AG, Essen

Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf (Vorsitzende)

Mandate in mit dem Aufsichtsrat vergleichbaren Kontrollgremien:

HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf (Vorsitzende)

HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) SA, Luxemburg

HSBC Trinkaus Investment Managers SA, Luxemburg (Vorsitzende)

Andreas Schmitz (geboren 1960) studierte nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann Rechtswissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Nach dem 2. Juristischen Staatsexamen begann er 1989 seine Karriere bei der Trinkaus & Burkhardt KGaA. Im Jahr 2000 wurde er Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung mit Zuständigkeit für den Bereich Corporate Finance. Im Juni 2002 wurde er persönlich haftender Gesellschafter der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA für die Bereiche Firmenkundengeschäft, Debt Capital Markets, Corporate Finance und Öffentlichkeitsarbeit und im Juni 2004 Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter. Mit dem Rechtsformwechsel im Juli 2006 wurde er Mitglied des Vorstandes der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Er ist seitdem Sprecher des Vorstandes und verantwortet derzeit den Bereich Global Private Banking und verschiedene Stabsbereiche. Von 2009 bis 2013 war er Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, dessen Präsidium er weiterhin angehört.

Paul Hagen (geboren 1957) studierte Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Nach seinem Studium begann er 1982 seine berufliche Laufbahn bei einer größeren Genossenschaftsbank in Westfalen, wo er zuletzt Leiter des Vorstandssekretariats war. 1987 trat er dann in das Bankhaus Trinkaus & Burkhardt KGaA ein, wo er zunächst für den Aufbau des Rechnungswesens für das Derivategeschäft verantwortlich war. Anschließend übernahm er die Leitung der Bereiche Risikomanagement sowie Asset & Liability Management. 1997 wurde er in die erweiterte Geschäftsleitung der Bank berufen und mit der Verantwortung für die Bereiche Finanzen und IT betraut. 2001 wurde Paul Hagen zum persönlich haftenden Gesellschafter der Trinkaus & Burkhardt KGaA ernannt. Mit dem Rechtsformwechsel im Juli 2006 wurde er Mitglied des Vorstandes der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG und verantwortet derzeit u.a. die Bereiche Risk und Finance.

Norbert Reis (geboren 1957) studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes. 1981 begann er seine berufliche Laufbahn als Consultant bei der Boston Consulting Group, München. 1984 war er Mitgründer der Procede/The ph Group, London. 1988 wechselte er zu Morgan Stanley und durchlief bis 1997 mehrere Abteilungen und Positionen in New York, Frankfurt am Main und London, bis er 1997 als Leiter des globalen M&A-Geschäfts zur Deutschen Bank, London, wechselte. Von 1999 bis 2008 war er für die Credit Suisse in London und Frankfurt am Main tätig, seit 2004 als Vice

Chairman Investment Banking der Credit Suisse Securities Ltd., London. 2008 wechselte er zur The Carlyle Group, London, wo er bis 2011 Partner im European Buy Out Fund war. 2011 kehrte er dann zurück zur Credit Suisse und wurde wieder Vice Chairman Investment Banking der Credit Suisse Securities, Ltd. Im Januar 2014 wurde Norbert Reis zum Mitglied des Vorstandes der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG berufen und ist zuständig für den Bereich Global Banking.

Carola Gräfin von Schmettow (geboren 1964) trat nach ihrem Studium der Musik an der Robert-Schumann-Hochschule und ihrem Studium der Mathematik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 1992 in das Bankhaus Trinkaus & Burkhardt KGaA ein. Sie startete im Bereich Koordination Handel und wurde 1995 Leiterin des Geschäftsbereichs Short-term Treasury Desk, 1997 Leiterin des Geschäftsbereichs Koordination Handel und 1999 Vorsitzende der HSBC Trinkaus Capital Management GmbH. 2001 wurde sie Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung und war verantwortlich für Private Banking und Asset Management. Seit 2004 ist sie verantwortlich für Institutional Clients und Asset Management. 2006 wurde sie persönlich haftende Gesellschafterin der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und bekam zusätzlich die Verantwortung für Global Markets zugesprochen. Mit dem Rechtsformwechsel im Juli 2006 wurde sie Mitglied des Vorstandes der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, mit unveränderter Ressortzuständigkeit.

Der Emittent wird gesetzlich vertreten durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Verschiedene Vorstandsmitglieder üben Aufsichtsrats- und Beiratsfunktionen bei Tochtergesellschaften aus und nehmen im Rahmen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen Aufsichtsrats- und Beiratsmandate bei konzernfremden Gesellschaften wahr. Sämtliche Mitglieder des Vorstands sind unter der Geschäftsadresse des Emittenten, Königsallee 21/23, 40212 Düsseldorf, zu erreichen.

In den letzten fünf Jahren ist kein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrates des Emittenten wegen Betrugsdelikten verurteilt worden. Es kam zu keinen öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen gegen die Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates des Emittenten durch die gesetzlich befugten Stellen oder die Regulierungsbehörden (einschließlich bestimmter Berufsverbände).

In den letzten fünf Jahren war kein Mitglied des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Emittenten im Rahmen der Tätigkeit als Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder im oberen Management von Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen betroffen.

Kein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrates des Emittenten ist jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgan einer Gesellschaft oder für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Emittenten als untauglich angesehen worden.

Es bestehen zwischen den Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates untereinander keine verwandtschaftlichen Beziehungen.

Kein Mitglied des Vorstands oder Aufsichtsrates des Emittenten ist in sein jeweiliges Amt aufgrund einer Vereinbarung oder Abmachung mit den wesentlichen Aktionären, Kunden, Lieferanten oder sonstigen Personen bestellt worden.

9.2. Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgan sowie oberes Management - Interessenkonflikte

Nach den Bestimmungen des Corporate Governance Kodex des Emittenten sind die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats jeweils persönlich zur Offenlegung von potentiellen Interessenkonflikten verpflichtet.

Die Einhaltung des Corporate Governance Kodex einschließlich eventueller potentieller Interessenkonflikte wird jährlich durch den Aufsichtsrat und den Vorstand überprüft. Mit der Überwachung von Situationen, in denen unter dem Corporate Governance Kodex potentielle Interessenkonflikte mit dem Emittenten auftreten können, ist der Company Secretary des Emittenten betraut. Es bestehen aktuell keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands des Emittenten gegenüber dem Emittenten und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

10. Vergütung und sonstige Leistungen der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands

Der Emittent ist an einem geregelten Markt notiert. Da sich diese Bezugsrechtsemission ausschließlich an die Anteilseigner der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, richtet, ist aufgrund dieser Emissionsart die Angabe zu Vergütung und sonstige Leistungen der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands entbehrlich.

11. Praktiken des Leistungsorgans der Mitglieder des Aufsichtsrats

Der Emittent ist an einem geregelten Markt notiert. Da sich diese Bezugsrechtsemission ausschließlich an die Anteilseigner der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, richtet, ist aufgrund dieser Emissionsart die Angabe zu Praktiken des Leistungsorgans der Mitglieder des Aufsichtsrats entbehrlich.

12. Beschäftigte

12.1. Aktienbesitz und etwaige Optionen auf Aktien des Emittenten der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands

Die Vorstandsmitglieder des Emittenten halten zum Datum dieses Aktien-Registrierungsformulars keine Aktien und/oder Optionen auf Aktien des Emittenten. Der Emittent hat keine Kenntnis von Beständen der Aufsichtsratsmitglieder an Aktien und Optionen auf Aktien des Emittenten. Zirka 99,3% des Aktienkapitals werden indirekt durch die beiden Großaktionäre HSBC Holdings plc, London und Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart gehalten. Der free float beträgt lediglich zirka 0,7% des Aktienkapitals des Emittenten. In den letzten Jahren erfolgten durch Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats keine Mitteilungen von Geschäften in Aktien des Emittenten nach § 15a WpHG ("directors dealings"). In den Hauptversammlungen des Emittenten der letzten Jahre waren die Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats nicht mit Aktien des

Emittenten angemeldet. Ein etwaiger Aktienbesitz oder Aktienoptionsbesitz der Mitglieder des Aufsichtsrats wäre von untergeordneter Bedeutung.

12.2. Beschreibung etwaiger Vereinbarungen über eine Beteiligung der Beschäftigten am Kapital des Emittenten.

Es gibt keine Vereinbarungen über eine Beteiligung von Beschäftigten am Kapital des Emittenten.

13. Hauptaktionäre

13.1. Personen, die nicht Mitglied des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans sind

Am Grundkapital des Emittenten sind die HSBC Holdings plc, London indirekt über die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, mit 80,62% und die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, ebenfalls indirekt über ihre 100%ige Zwischenholding, die LBBW Banken-Holding GmbH, mit 18,66% beteiligt.

Aufgrund des verbleibenden free floats von zirka 0,7% sind dem Emittenten keine weiteren Personen bekannt, die nicht Mitglied des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans sind und direkt oder indirekt eine Beteiligung am Eigenkapital des Emittenten oder den entsprechenden Stimmrechten halten, die nach nationalem Recht zu melden wäre.

13.2. Angabe, ob die Hauptaktionäre des Emittenten unterschiedliche Stimmrechte haben

Die Hauptaktionäre des Emittenten, die HSBC Germany Holdings GmbH und die LBBW Banken-Holding GmbH, haben keine unterschiedlichen Stimmrechte, d.h. jede Aktie des Emittenten verbrieft ein Stimmrecht.

13.3. Angabe, ob an dem Emittenten unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse bestehen

Das Grundkapital des Emittenten beläuft sich gegenwärtig auf € 75.384.617,25; es ist eingeteilt in 28.107.693 Stückaktien, die voll eingezahlt sind und auf den Inhaber lauten.

Am Grundkapital des Emittenten sind die HSBC Germany Holdings GmbH als Aktionärin mit 80,62% und die LBBW Banken-Holding GmbH mit 18,66% jeweils direkt beteiligt. Alleinige Gesellschafterin der HSBC Germany Holdings GmbH ist die HSBC Bank plc, London, die in Großbritannien das operative Bankgeschäft betreibt. Die HSBC Bank plc ihrerseits ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der HSBC Holdings plc mit Sitz in London. Somit ist der Emittent ein von der HSBC Germany Holdings GmbH unmittelbar und von der HSBC Bank plc sowie der HSBC Holdings plc mittelbar abhängiges Unternehmen i.S.v. § 17AktG.

Zwischen dem Emittenten besteht weder mit der HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, noch mit der HSBC Bank plc, London, oder der HSBC Holdings plc, London, ein Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrag. Solche Verträge und/oder Patronatserklärungen bestehen zwischen dem Emittenten und dessen Tochtergesellschaften HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, HSBC Global Asset

Management (Deutschland) GmbH, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, HSBC Transaction Services GmbH, HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg, Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf. Durch die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge wird die Leitung der jeweiligen Tochtergesellschaft dem Emittenten unterstellt und die Tochtergesellschaft verpflichtet, ihren ganzen Gewinn an den Emittenten abzuführen. Dieser hat einen etwaigen Jahresfehlbetrag der entsprechenden Tochtergesellschaften auszugleichen. Die Patronatserklärungen verpflichten den Emittenten, seine entsprechenden Tochtergesellschaften derart zu leiten und finanziell auszustatten, dass sie in der Lage sind, ihre gegenwärtigen und künftigen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Zwecks Verhinderung eines Missbrauchs der vorstehend beschriebenen Beherrschungsverhältnisse erstellt der Vorstand des Emittenten gemäß § 312 Aktiengesetz einen jährlichen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht), der von dem Abschlussprüfer der Gesellschaft geprüft wird.

13.4. Vereinbarungen hinsichtlich möglicher Beherrschungen

Es sind dem Emittenten keine Vereinbarungen bekannt, deren Ausübung zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Änderung in der Beherrschung des Emittenten führen könnte.

14. Geschäfte mit verbundenen Parteien (nahestehenden Dritten)

Dritte Parteien gelten nach IFRS als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Emittenten gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- HSBC Holdings plc und deren verbundene Unternehmen, insbesondere Tochtergesellschaften.

Der Emittent unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Darunter fallen insbesondere bankübliche Geschäfte sowie Geschäftsbesorgungs- und Kooperationsverträge mit anderen Gesellschaften des HSBC-Konzerns bzw. HSBC Trinkaus-Konzerns, die im Rahmen des banküblichen Geschäftsbetriebs durchgeführt werden. Für diese Geschäfte gelten die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätze und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit nicht nahestehenden Dritten.

Quantitative Angaben zu den Geschäften und Rechtsbeziehungen des HBC Trinkaus-Konzerns mit nahestehenden Unternehmen und Personen per 31. Dezember 2013 sind in der Note 68 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss des Emittenten für das Geschäftsjahr 2013 enthalten, der im Anhang II dieses Aktien-Registrierungsformulars abgedruckt ist.

15. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Emittenten

15.1. Historische Finanzinformationen

In Anhang I finden sich Jahresabschluss und Lagebericht 2013 (Einzelabschluss nach HGB) und in Anhang II ist der Konzernabschluss nach IFRS und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2013 enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt alle Veränderungen im Eigenkapital des HSBC-Konzerns für die Geschäftsjahre 2012 und 2013.

	Ge- zeich- netes Kapital	Kapital- rück- lage	Ge- winn- rück- lagen	Bewer- tungsre- serve für Finanz- instru- mente	Bewer- tungsre- serve für die Neube- wertung der Netto- pens- ions- ver- pflich- tung	Bewer- tungs- re- serve aus Wäh- rungs- um- rech- nung	Kon- zern- bilanz- gewinn	Eigen- kapital	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt inkl. Fremd- anteilen
in Mio. EUR										
Stand										
31.12.2011	75,4	363,2	673,0	88,5	-38,5	-2,8	137,3	1.296,1	0,1	1.296,2
Rückwirkende Anpassung*	0,0	0,0	-6,4	0,0	8,1	0,0	-1,4	0,3	0,0	0,3
Stand 01.01.2012*	75,4	363,2	666,6	88,5	-30,4	-2,8	135,9	1.296,4	0,1	1.296,5
Ausschüttung Bilanzgewinn							-70,3	-70,3		-70,3
Thesaurierung aus dem Bilanzgewinn 2011			65,6				-65,6	0,0		0,0
Zugang aus Jahresüber- schuss							132,0	132,0		132,0
Anteilsbasierte Vergütung		-8,9	-6,2						-15,1	-15,1
Sonstige Veränderung				72,1	-29,9			42,2		42,2
Stand 31.12.2012*	75,4	354,3	726,0	160,6	-60,3	-2,8	132,0	1.385,2	0,1	1.385,3
Ausschüttung Bilanzgewinn							-70,3	-70,3		-70,3
Thesaurierung aus dem Bilanzgewinn 2012			61,7				-61,7	0,0		0,0
Zugang aus Jahresüber- schuss							155,3	155,3		155,3
Anteilsbasierte Vergütung		11,5	-5,8					5,7		5,7
Sonstige Veränderung				-28,0	1,7	4,1		-22,2	-0,1	-22,3
Stand 31.12.2013	75,4	365,8	781,9	132,6	-58,6	1,3	155,3	1.453,7	0,0	1.453,7

* Diese Vorjahreswerte wurden im nachfolgenden Jahr gemäß den IFRS-Vorschriften retrospektiv angepasst.

15.2. Pro-Forma-Finanzinformationen

Es gab in den letzten 12 Monaten bzw. es gibt aktuell keine Transaktionen beim Emittenten, die bedeutende Brutto-Veränderungen auf der Aktiva- oder Passiva-Seite der Bilanz bzw. bei den Erträgen des Emittenten herbeigeführt haben.

15.3. Abschlüsse

In Anhang I sind der Jahresabschluss und Lagebericht 2013 (Einzelabschluss nach HGB) und in Anhang II der Konzernabschluss nach IFRS und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2013 abgedruckt, der die Konzernbilanz, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-Eigenkapital-Veränderungsrechnung, die Konzern-Kapitalabflussrechnung und die Erläuterungen beinhaltet.

15.4. Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

15.4.1. Erklärung über die Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

Der Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2013 (Einzelabschluss nach HGB) sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht des Jahres 2013 wurden durch den Abschlussprüfer geprüft. Dem Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2013 (Einzelabschluss nach HGB) wurde wie dem Konzernabschluss und Konzernlagebericht des Jahres 2013 durch den Abschlussprüfer ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

15.4.2. Angabe sonstiger Informationen im Aktien-Registrierungsformular, die vom Abschlussprüfer geprüft wurden

Sonstige Informationen in diesem Aktien-Registrierungsformular wurden nicht von dem Abschlussprüfer geprüft.

15.4.3. Sonstige Finanzdaten

Sonstige Finanzdaten, die nicht dem geprüften Jahresabschluss entnommen sind, wurden nicht von dem Abschlussprüfer geprüft.

15.5. Alter der jüngsten Finanzinformationen

15.5.1. Erklärung über das Alter der jüngsten Finanzinformationen

Die letzten geprüften Finanzinformationen sind nicht älter als 15 Monate ab dem Datum dieses Aktien-Registrierungsformulars.

15.6. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen

15.6.1. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen sowie Erklärung über eine etwaige Prüfung der Zwischenfinanzinformationen

In Anhang III findet sich der Zwischenbericht des HSBC Trinkaus-Konzerns zum 30. Juni 2014. Der Zwischenbericht des Emittenten wurde weder einer Prüfung noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

15.6.2. Zwischenfinanzinformationen, für den Fall, dass das Aktien-Registrierungsformular mehr als neun Monate nach Ablauf des letzten geprüften Finanzjahres erstellt wurde

In Anhang III findet sich der Zwischenbericht des HSBC Trinkaus-Konzerns zum 30. Juni 2014. Der Zwischenbericht des Emittenten wurde weder einer Prüfung noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

15.7. Dividendenpolitik

Nach deutschem Recht basieren Dividenden auf dem nicht konsolidierten Ergebnis des Emittenten, das in Übereinstimmung mit deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelt wird. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahres sowie um Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden. Der verbleibende Betrag wird anschließend auf die anderen Gewinnrücklagen (oder einbehaltene Gewinne) und den Bilanzgewinn (oder ausschüttbaren Gewinn) verteilt. Maximal die Hälfte dieses verbleibenden Betrags kann den Gewinnrücklagen, zumindest die Hälfte muss dem Bilanzgewinn zugewiesen werden. Einen Teil des Bilanzgewinns stellt der Emittent regelmäßig in den Gewinnvortrag ein, während der verbleibende Teil des Bilanzgewinns ausgeschüttet wird, sofern die Hauptversammlung dies beschließt. Diese kann statt oder zusätzlich zu einer Bardividende eine Sachdividende beschließen. Der Emittent hat Genussscheine ausgegeben. Aus den jeweiligen Genussrechtsbedingungen ergibt sich für die Inhaber der Genussscheine, dass die Ausschüttungen auf die Genussscheine dadurch begrenzt sind, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Würde der Emittent die in der Eigenmittel-Verordnung (Capital Requirement Regulation - CRR) festgelegten Kapitaladäquanzvorschriften oder Liquiditätsanforderungen nicht erfüllen, kann die BaFin die Dividendenzahlungen aussetzen oder einschränken. Der Jahresabschluss des Emittenten zum 31. Dezember 2013 ist im Anhang I dieses Aktien-Registrierungsformulars enthalten. Dieser Einzelabschluss wird im Gegensatz zu dem nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss nach HGB aufgestellt; die Rechnungslegungsregeln von HGB und IFRS weisen Unterschiede auf.

Die Dividende wird von der Hauptversammlung beschlossen und einmal im Jahr gezahlt. Sofern nicht anders beschlossen, ist die Dividende, die die Hauptversammlung beschlossen hat, am ersten Börsenhandelstag nach dem Tag der Hauptversammlung zu zahlen. Gemäß deutschem Recht unterliegt der Dividendenanspruch der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren. Im Fall der Verjährung der Dividendenberechtigung ist die Gesellschaft die Begünstigte. In Übereinstimmung mit dem deutschen Aktiengesetz gilt als Stichtag für die Festlegung, welche Inhaber der Aktien gegebenenfalls Anspruch auf Dividendenzahlungen oder sonstige Ausschüttungen, wie Bargeld, Aktien oder Sachwerte haben, das Datum der Hauptversammlung, auf der solche Dividendenzahlungen und/oder sonstige Gewinnausschüttungen beschlossen werden.

15.7.1. Angabe des Betrags der Dividende pro Aktie

Die nachfolgende Übersicht stellt das Ergebnis je Aktie auf Konzernbasis (IFRS) (geprüft) sowie die Dividende je Aktie (geprüft für 2012 und 2011, ungeprüft für 2013 (Quelle:

Geschäftsbericht 2013 HSBC Trinkaus & Burkhardt AG)), die für die Geschäftsjahre 2011, 2012 und 2013 ausgeschüttet wurden, dar.

	<u>2013</u>	<u>2012</u>	<u>2011</u>
Dividende je Aktie in EUR ⁽¹⁾	2,50	2,50	2,50
Ergebnis je Aktie in EUR ⁽²⁾	5,53	4,70 ⁽³⁾	4,88 ⁽³⁾

- (1) Während der Geschäftsjahre 2011, 2012 und 2013 hat keine Veränderung des Grundkapitals oder der Anzahl Aktien stattgefunden.
- (2) Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den HSBC Trinkaus & Burkhardt-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl an Aktien der im jeweiligen Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt.
- (3) Diese Angaben wurden im nachfolgenden Jahr gemäß den IFRS-Vorschriften retrospektiv auf diese Werte angepasst und sind ebenfalls geprüft.

Die in der Vergangenheit ausgeschütteten Dividenden sind kein geeigneter Maßstab, um auf künftige Dividendenzahlungen zu schließen.

15.8. Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Es haben keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis des Emittenten noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) im Zeitraum der mindestens letzten zwölf Monate stattgefunden, die sich in jüngster Zeit erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität des Emittenten und/oder des HSBC Trinkaus-Konzerns ausgewirkt haben oder sich in Zukunft auswirken könnten.

15.9. Bedeutende Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition des Emittenten

Seit dem 30. Juni 2014, zu dem Zwischeninformationen veröffentlicht wurden, gibt es keine bedeutenden Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition des HSBC Trinkaus-Konzerns.

16. Zusätzliche Angaben

16.1. Aktienkapital

Die nachfolgende Übersicht enthält Informationen über bestimmte Vorschriften der Satzung des Emittenten und des deutschen Rechts.

Genehmigtes Kapital

Das Grundkapital des Emittenten kann durch Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlage und in bestimmten Fällen gegen Sacheinlage erhöht werden. Zum Datum dieses Aktien-Registrierungsformulars verfügt der Emittent über ein genehmigtes aber nicht ausgegebenes Grundkapital in Höhe von insgesamt EUR 37.692.308,62, das auf folgendem Hauptversammlungsbeschluss beruht:

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 7. Juni 2011 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital des Emittenten um bis zu EUR 37.692.308,62 bis zum 31. Mai 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Sach- oder Bareinlage zu erhöhen. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats etwaige Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist zudem ermächtigt, das Bezugsrecht mit Zustimmung des

Aufsichtsrates insgesamt auszuschließen, um in geeigneten Einzelfällen Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Überlassung von Aktien der Gesellschaft erwerben zu können.

Bedingtes Kapital

Zum Datum dieses Aktien-Registrierungsformulars verfügt der Emittent über ein bedingtes aber nicht ausgegebenes Grundkapital in Höhe von insgesamt EUR 37.692,308,62, das auf folgendem Beschluss beruht:

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 7. Juni 2011 ist das Grundkapital des Emittenten um bis zu EUR 37.692.308,62 durch Ausgabe auf den Inhaber lautender Stückaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Wandel- oder Optionsrechten aus den aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 7. Juni 2011 bis zum 31. Mai 2016 von dem Emittenten zu begebenden Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder Genussrechten mit Wandel- oder Optionsrechten von ihrem Wandel- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil.

Eigene Aktien

Zum Datum dieses Aktien-Registrierungsformulars hält der Emittent keine eigenen Aktien. Handelspositionen sind dabei nicht berücksichtigt.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 8. Juni 2010 ist die Gesellschaft ermächtigt, gemäß § 71 AktG zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an der Börse Düsseldorf (oder, falls dieser nicht festgestellt werden kann, an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart) an den jeweils zehn vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende eines jeden Tages 5% des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Diese Ermächtigung gilt bis zum 7. Juni 2015.

Allgemeine Bestimmungen zu Kapitalmaßnahmen

Zur Erhöhung des Grundkapitals des Emittenten durch die Ausgabe neuer Stammaktien bedarf es eines Beschlusses der Hauptversammlung mit einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst. Darüber hinaus kann durch Beschluss der Hauptversammlung der Vorstand ermächtigt werden, innerhalb von höchstens fünf Jahren mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe von Aktien bis zu einem bestimmten Gesamtbetrag das Grundkapital des Emittenten zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Außerdem können die Aktionäre nach dem Aktiengesetz die Schaffung von bedingtem Kapital beschließen, allerdings nur, um damit Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen Umtausch- oder Bezugsrechte zu gewähren, um den Zusammenschluss mit anderen Unternehmen vorzubereiten oder um Arbeitnehmern und Mitgliedern der Geschäftsführung des Emittenten oder eines verbundenen Unternehmens

Bezugsrechte zu gewähren (bedingte Kapitalerhöhung). Ferner kann die Hauptversammlung eine Erhöhung des Grundkapitals durch Umwandlung der Kapitalrücklage und von Gewinnrücklagen in Grundkapital beschließen (Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln). Die Hauptversammlungsbeschlüsse des Emittenten zur Schaffung von genehmigtem bzw. bedingtem Kapital sowie eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln müssen jeweils mit einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst, gefasst werden.

Der Gesamtbetrag des von der Hauptversammlung geschaffenen genehmigten Kapitals darf die Hälfte des Grundkapitals, das zum Zeitpunkt der Eintragung des genehmigten Kapitals in das Handelsregister besteht, nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag des von der Hauptversammlung geschaffenen bedingten Kapitals darf die Hälfte des Grundkapitals, das zum Zeitpunkt der Eintragung des genehmigten Kapitals in das Handelsregister besteht, nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag des bedingten Kapitals zur Gewährung von Bezugsrechten an Arbeitnehmer und Mitglieder der Geschäftsführung des Emittenten oder eines verbundenen Unternehmens darf 10% des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung über die bedingte Kapitalerhöhung vorhanden ist, nicht übersteigen.

Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten der Aktionäre

Nach dem deutschen Aktienrecht stehen jedem Aktionär grundsätzlich Bezugsrechte entsprechend seiner Beteiligung am bisherigen Grundkapital der Gesellschaft auf die im Rahmen einer Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien zu. Das Gleiche gilt für Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Genussrechte und Gewinnschuldverschreibungen. Bezugsrechte sind grundsätzlich frei übertragbar. Die Hauptversammlung kann mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und gleichzeitiger Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre des Emittenten ausschließen. Für einen solchen Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus ein Bericht des Vorstands erforderlich, der zur Begründung des Bezugsrechtsausschlusses darlegen muss, warum das Interesse des Emittenten am Ausschluss des Bezugsrechts das Interesse der Aktionäre an der Einräumung des Bezugsrechts überwiegt. Nach dem deutschen Aktienrecht ist ein Ausschluss des Bezugsrechts bei Ausgabe neuer Aktien insbesondere dann zulässig, wenn der Emittent das Grundkapital gegen Bareinlagen erhöht, der Betrag der Kapitalerhöhung 10% des bestehenden Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der existierenden Aktien des Emittenten nicht wesentlich unterschreitet.

Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien des Emittenten für ein Geschäftsjahr obliegt der Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet.

Nach dem deutschen Aktienrecht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur aufgrund eines in dem Einzelabschluss des Emittenten ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresabschluss bzw. Jahresfehlbetrag um Gewinn- bzw. Verlustvorträge der Vorjahre sowie um Enznahmen aus bzw. Einstellungen

in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und entsprechende Zuweisungen müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden.

Nach der Satzung des Emittenten wird der Bilanzgewinn an die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung keine andere Verwendung bestimmt. Die Hauptversammlung kann anstelle oder neben einer Bar- auch eine Sachausschüttung beschließen. Die Gewinnanteile der Aktionäre sind im Verhältnis der zu ihrem Anteil am Grundkapital geleisteten Einzahlung und im Verhältnis der Zeit, die seit dem für die Leistung bestimmten Zeitpunkt verstrichen ist, zu verteilen. Bei Ausgabe neuer Aktien kann für diese eine andere Gewinnanteilberechtigung festgesetzt werden.

Ausschluss von Minderheitsaktionären

Nach den Vorschriften der §§ 327a ff. AktG zum sogenannten "Squeeze-out" kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft auf Verlangen eines Aktionärs, dem 95% des Grundkapitals gehören (Hauptaktionär), die Übertragung der Aktien der übrigen Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung beschließen. Die Höhe der den Minderheitsaktionären zu gewährenden Barabfindung muss dabei die Verhältnisse der Gesellschaft im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung berücksichtigen. Maßgeblich für die Berechnung der Abfindungshöhe ist der volle Wert des Unternehmens, der in der Regel im Wege der Ertragswertmethode festgestellt wird.

Darüber hinaus kann nach den in §39a und § 39b des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) enthaltenen Bestimmungen zum sogenannten übernahmerechtlichen Squeeze-out ein Bieter, dem nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot Aktien der Zielgesellschaft in Höhe von mindestens 95% des stimmberechtigten Grundkapitals gehören, innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist beim Landgericht Frankfurt am Main einen Gerichtsbeschluss zur Übertragung der übrigen stimmberechtigten Aktien gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung an den Bieter beantragen. Ein Hauptversammlungsbeschluss ist in diesen Fällen nicht erforderlich. Die im Rahmen des Übernahme- oder Pflichtangebotes gewährte Gegenleistung ist als angemessene Barabfindung anzusehen, wenn der Bieter aufgrund des Angebotes Aktien in Höhe von mindestens 90% des vom Angebot betroffenen Grundkapitals erworben hat. Ferner können nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot die Aktionäre einer Zielgesellschaft, die das Angebot nicht angenommen haben, dieses Angebot innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist annehmen (sogenannter "Sell-out"), sofern der Bieter berechtigt ist, einen Antrag auf Übertragung der ausstehenden stimmberechtigten Aktien nach § 39a WpÜG zu stellen (§ 39c WpÜG).

Nach den Vorschriften der §§319 ff. AktG über die Eingliederung kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft die Eingliederung in eine andere Gesellschaft beschließen, wenn die künftige Hauptgesellschaft mindestens 95% der Aktien der einzugliedernden Gesellschaft hält. Die Aktionäre der eingegliederten Gesellschaft haben Anspruch auf eine angemessene Abfindung, die grundsätzlich in eigenen Aktien der Hauptgesellschaft zu gewähren ist. Die Höhe der Abfindung ist dabei durch die so genannte Verschmelzungswertrelation zwischen beiden Gesellschaften zu ermitteln, d.h.

durch das Umtauschverhältnis, das im Falle der Verschmelzung beider Gesellschaften als angemessen anzusehen wäre.

16.1.1. Betrag des ausgegebenen Kapitals und für jede Gattung des Aktienkapitals

Grundkapital und Aktien

Das im Handelsregister eingetragene Grundkapital des Emittenten beträgt zum Datum dieses Aktien-Registrierungsformulars EUR 75.384.617,25 und ist in 28.107.693 auf den Inhaber lautende Stückaktien (Aktien ohne Nennbetrag) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals des Emittenten je Stückaktie von rund EUR 2,68 und voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2014 eingeteilt.

Sämtliche auf den Inhaber lautende Stückaktien sind vollständig eingezahlt. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung des Emittenten eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Sämtliche Aktien des Emittenten werden nach der Satzung als auf den Inhaber lautende Stückaktien ausgegeben.

Börsenzulassung

15.507.693 der auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit der ISIN DE0008105106 sind an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf und Stuttgart zum Börsenhandel im regulierten Markt zugelassen. 12.600.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit der ISIN DE0008115148 sind nicht zum Handel an einem regulierten Markt zugelassen und befinden sich über die HSBC Germany Holdings GmbH, Düsseldorf, vollständig im Anteilsbesitz des HSBC-Konzerns.

Übertragbarkeit der Aktien

Die Übertragbarkeit der Aktien des Emittenten ist weder gesetzlich noch durch die Satzung des Emittenten eingeschränkt.

Entwicklung des Grundkapitals seit 2010

Zum 1. Januar 2010 betrug das im Handelsregister eingetragene Grundkapital des Emittenten EUR 70.000.000,00 und war in 26.100.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt. Seit dem 2. Juli 2010 beträgt das Grundkapital des Emittenten EUR 75.384.617,25, eingeteilt in 28.107.693 auf den Inhaber lautende Stückaktien und beruht auf folgendem Beschluss:

Mit Beschluss des Vorstandes am 25. Mai 2010 und der Zustimmung des Aufsichtsrates vom 7. Juni 2010 wurde das Grundkapital des Emittenten um EUR 5.384.617,25 unter Verwendung des auf der Hauptversammlung vom 17. Juni 2008 geschaffenen genehmigten Kapitals durch die Ausgabe von Stück 2.007.693 auf den Inhaber lautender Stückaktien aus dem genehmigten Kapital des Emittenten erhöht. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 2. Juli 2010 in das Handelsregister des Emittenten eingetragen. Nach dieser Kapitalerhöhung betrug das eingetragene Grundkapital des Emittenten EUR 75.384.617,25, eingeteilt in 28.107.693 auf den Inhaber lautende Stückaktien.

16.1.2. Anzahl der Aktien, die nicht Bestandteil des Eigenkapitals sind, und deren wesentlichen Merkmale

Es bestehen keine Aktien des Emittenten, die nicht Bestandteil des Eigenkapitals des Emittenten sind.

16.1.3. Wandelbare Wertpapiere, umtauschbare Wertpapiere oder Wertpapiere mit Optionsscheinen

Zum Zeitpunkt dieses Aktien-Registrierungsformulars haben der Emittent und seine Tochtergesellschaften keine Wandel- oder Optionsanleihen begeben.

16.1.4. Akquisitionsrechte und deren Bedingungen

Akquisitionsrechte und/oder Verpflichtungen in Bezug auf genehmigtes, aber noch nicht ausgegebenes Kapital oder in Bezug auf eine Kapitalerhöhung bestehen nicht.

16.1.5. Angaben, ob auf den Anteil eines Mitglieds der Gruppe ein Optionsrecht besteht

Es besteht auf keinen Anteil eines Mitglieds der Gruppe ein Optionsrecht, noch wurde bedingt oder bedingungslos vereinbart, einen Anteil an ein Optionsrecht zu knüpfen.

17. Wesentliche Verträge

Im letzten Jahr vor dem Datum dieses Aktien-Registrierungsformulars wurden keine wesentlichen Verträge abgeschlossen (mit Ausnahme von Verträgen die im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit abgeschlossen wurden), bei dem der Emittent oder ein sonstiges Mitglied des HSBC Trinkaus-Konzerns eine Vertragspartei ist.

Zum Datum dieses Aktien-Registrierungsformulars gibt es keine Verträge (mit Ausnahme von Verträgen die im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit abgeschlossen wurden), die von Mitgliedern des HSBC Trinkaus-Konzerns abgeschlossen wurden und eine Bestimmung enthalten, der zufolge ein Mitglied des HSBC Trinkaus-Konzerns eine Verpflichtung eingeht oder ein Recht erlangt, die bzw. das für den HSBC Trinkaus-Konzern von wesentlicher Bedeutung ist.

18. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen

18.1. Erklärungen oder Berichte von Sachverständigen

Erklärungen oder Berichte Sachverständiger sind in diesem Aktien-Registrierungsformular nicht enthalten.

18.2. Angaben von Seiten Dritter

In diesem Aktien-Registrierungsformular wurden Angaben von Seiten Dritter übernommen. Der Emittent bestätigt, dass diese Angaben korrekt wieder gegeben wurden und nach Wissen des Emittenten und soweit für ihn aus den von diesem Dritten veröffentlichten Angaben ersichtlich, die Angaben nicht durch Auslassungen unkorrekt oder irreführend gestaltet wurden. Der Emittent hat die Informationen direkt von der Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. (Quelle der Informationen) erhalten.

19. Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Aktien-Registrierungsformulars können die nachfolgend aufgeführten Dokumente bzw. Kopien dieser Dokumente an jedem Wochentag (außer an Samstagen, Sonntagen und öffentlichen Feiertagen) während der regulären Geschäftszeiten am Sitz des Emittenten, Königsallee 21/23, 40212 Düsseldorf, in Papierform eingesehen werden. Darüber hinaus sind der geprüfte Konzernabschluss des Emittenten und seiner Tochtergesellschaften für das Geschäftsjahr 2013 sowie der Halbjahresfinanzbericht des Emittenten und seiner Tochtergesellschaften zum 30. Juni 2014 auf der Internetseite des Emittenten www.hsbc.de elektronisch einsehbar.

Einsehbare Dokumente:

- (a) die Satzung des Emittenten,
- (b) der geprüfte Konzernabschluss des Emittenten und seiner Tochtergesellschaften für das Geschäftsjahr 2013, der geprüfte Einzelabschluss und Lagebericht des Emittenten für das Jahr 2013 sowie der Halbjahresfinanzbericht des Emittenten und seiner Tochtergesellschaften zum 30. Juni 2014, wobei der Halbjahresfinanzbericht keiner Audit-Prüfung und keiner prüferischen Durchsicht unterzogen wurde.

INHALTSVERZEICHNIS DER ANHÄNGE

ANHANG I: JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2013.....	F I. 2
LAGEBERICHT.....	F I. 3
GRUNDLAGEN DES KONZERNS	F I. 4
WIRTSCHAFTSBERICHT.....	F I. 11
DIE STRATEGISCHE AUSRICHTUNG.....	F I. 10
NACHTRAGSBERICHT	F I. 19
PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT	F I. 20
RISIKOBERICHT	F I. 22
INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN	
RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS	F I. 48
ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN.....	F I. 53
NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG	F I. 55
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER.....	F I. 57
VERGÜTUNGSBERICHT	F I. 58
ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG	F I. 61
ABSCHLUSS NACH HGB	F I. 62
JAHRESBILANZ DER HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG ZUM 31. DEZEMBER 2013.....	F I. 63
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG	
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2013	F I. 67
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013 DER HSBC TRINKAUS & BURKHARDT AG.....	F I. 69
1. GRUNDLAGEN.....	F I. 70
2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.....	F I. 71
3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ.....	F I. 76
4. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN HAFTUNGSVERHÄLTNISSEN.....	F I. 92
5. SONSTIGE HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN	F I. 93
6. MARKTRISIKOBEHAFTETE GESCHÄFTE	F I. 94
7. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	F I. 97
8. SONSTIGE ANGABEN	F I. 99
ORGANE	F I. 102
MANDATE DER VORSTÄNDE, MITARBEITER UND AUFSICHTSRATSMITGLIEDER.....	F I. 103
ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS.....	F I. 108
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS.....	F I. 110

ANHANG II: GESCHÄFTSBERICHT 2013 (KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS)	F II. 1
KENNZAHLEN DES HSBC TRINKAUS-KONZERNS	F II. 2

KONZERNLAGEBERICHT:

GESCHÄFTSBERICHT 2013	F II. 3
GRUNDLAGEN DES KONZERNS	F II. 4
WIRTSCHAFTSBERICHT	F II. 11
NACHTRAGSBERICHT	F II. 19
PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT	F II. 20
RISIKOBERICHT	F II. 22
INTERNES KONTROLLSYSTEM UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN	
RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS	F II. 48
ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN	F II. 53
NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG	F II. 55
MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	F II. 57
VERGÜTUNGSBERICHT	F II. 58
ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG	F II. 61

KONZERNABSCHLUSS NACH IFRS:

KONZERNBILANZ HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 62
KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 63
KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 65
KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F II. 66
ERLÄUTERUNGEN (NOTES) ZUM KONZERNABSCHLUSS	F II. 67
GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG	F II. 68
BILANZIERUNGS-, BEWERTUNGS- UND KONSOLIDIERUNGSMETHODEN	F II. 69
ANGABEN ZUR KONZERNBILANZ	F II. 80
ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES KONZERNS	F II. 101
SONSTIGE ANGABEN	F II. 110
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	F II. 141
ZAHLEN DES KONZERNS IM MEHRJAHRESVERGLEICH IN MIO. EURO	F II. 142

**ANHANG III: UNGEPRÜFTER UND NICHT PRÜFERISCH DURCHGESEHENER ZWISCHENBERICHT DES
HSBC TRINKAUS & BURKHARDT-KONZERNS ZUM
30. JUNI 2014**

KENNZAHLEN DES HSBC TRINKAUS & BURKHARDT-KONZERNS	F III. 2
BRIEF DES VORSTANDS	F III. 3
KONZERNBILANZ	F III. 9

**Registrierungsformular
der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG**

KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG HSBC TRINKAUS & BURKHARDT	F III. 11
ERLÄUTERUNGEN (NOTES) ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG UND ZUR BILANZ DES KONZERNS.....	F III. 13
SONSTIGE ANGABEN	F III. 25

Jahresabschluss und Lagebericht 2013

Jahresabschluss und Lagebericht 2013

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Datum der Herausgabe: April 2014

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG Königsallee 21/23 40212 Düsseldorf Tel. +49 211 910-0 Fax +49 211 910-616
info@hsbctrinkaus.de www.hsbctrinkaus.de



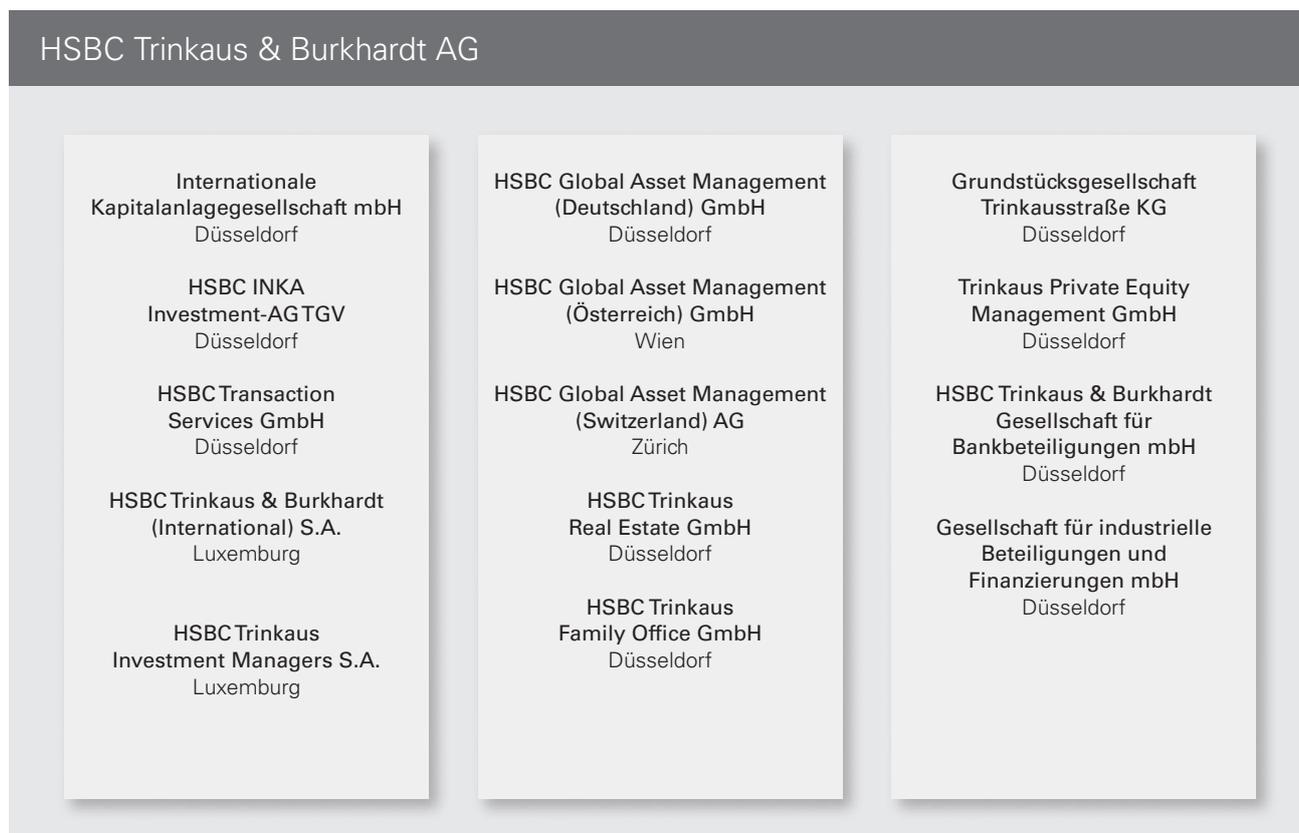
Lagebericht

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns

Aufbau und Leitung

Der HSBC Trinkaus-Konzern umfasst derzeit eine Gruppe von 15 aktiven Gesellschaften. Obergesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.



Zum Konzern gehören darüber hinaus noch weitere Gesellschaften, die jedoch zurzeit keine bedeutenden aktiven Tätigkeiten ausüben. Schließlich werden dem Konzern Gesellschaften zugerechnet, die als persönlich haftende Gesellschafter von geschlossenen Immobilienfonds und von Private Equity-Fonds fungieren. HSBC Trinkaus hat sich entschlossen, sich vom Markt Luxemburg zurückzuziehen. Deswegen werden die Geschäftsaktivitäten an diesem Standort beendet.

Der Konzern steht unter einheitlicher Leitung des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Die Geschäftsführer der Einzelgesellschaften werden in der Regel durch Aufsichtsräte, Verwaltungsräte oder Beiräte beaufsichtigt.

Unbeschadet ihrer rechtlichen Selbstständigkeit werden alle Gesellschaften im Rahmen einer Gesamtstrategie geführt.

Der Vorstand hat gem. § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2013 einen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) erstellt.

Dieser Bericht endet mit der Schlusserklärung: „Die Bank erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren. Auf Veranlas-

sung oder im Interesse der HSBC Holdings oder eines mit der HSBC Holdings plc verbundenen Unternehmens wurden zum Nachteil der Bank Maßnahmen weder getroffen noch unterlassen.“

Die Geschäftsbereiche

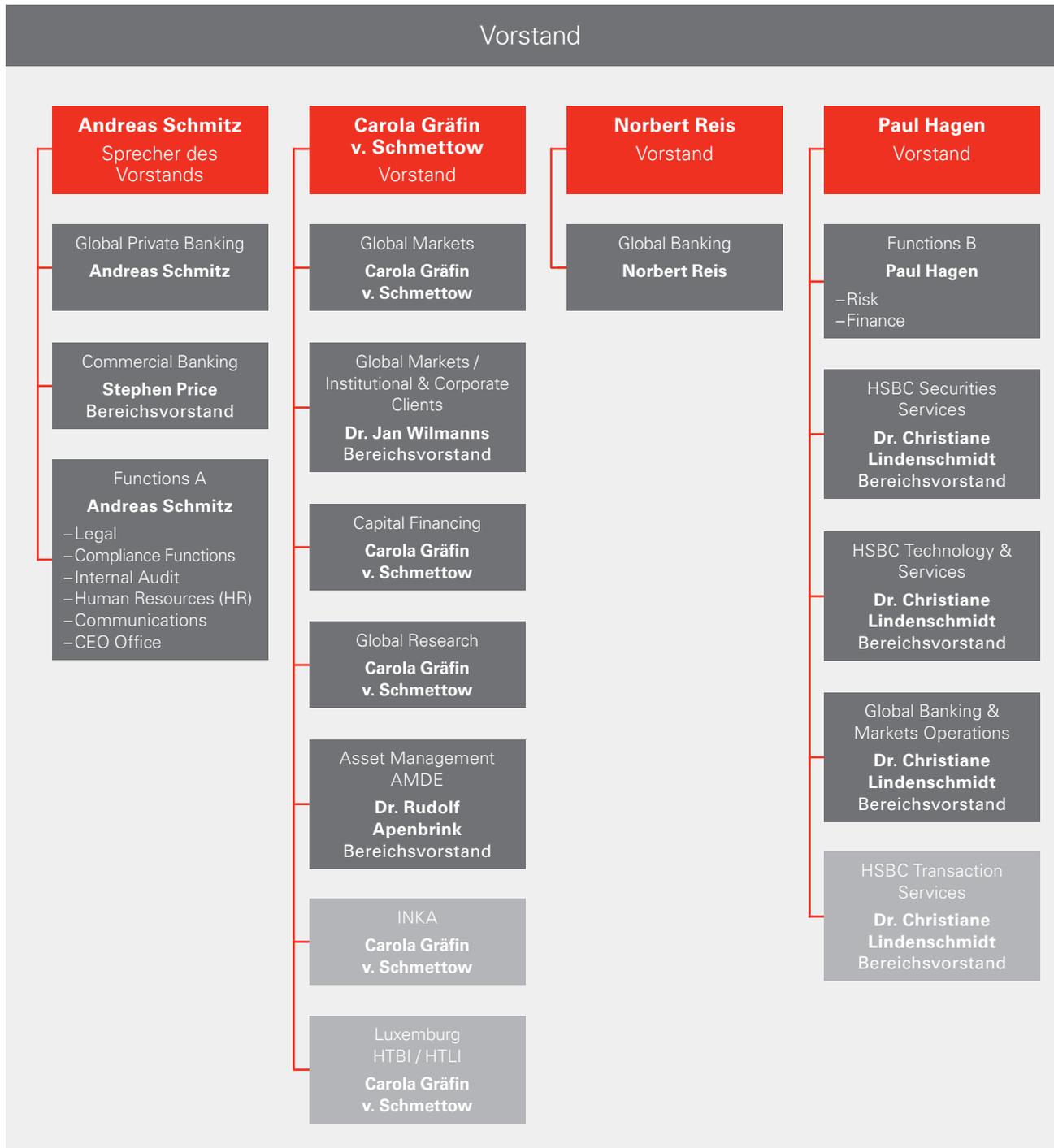
Alle Vorstandsmitglieder sind ungeachtet ihrer Gesamtverantwortung für bestimmte Bereiche individuell zuständig. Frau Dr. Christiane Lindenschmidt sowie die Herren Dr. Rudolf Apenbrink, Stephen Price und Dr. Jan Wilmanns stehen den Vorstandsmitgliedern im Rahmen der erweiterten Geschäftsführung als Bereichsvorstände zur Seite. Herr Florian Fautz ist mit seiner Entsendung zu unserem Mehrheitsgesellschafter, der HSBC Bank plc, mit dem 31. Dezember 2013 aus der erweiterten Geschäftsführung ausgeschieden. Die Zuordnungen im nachfolgenden Organigramm gelten nicht nur für die AG und ihre Niederlassungen, sondern auch für die Tochtergesellschaften.

Im Geschäftsjahr 2013 hat es einige Veränderungen in den Ressortverantwortungen gegeben. Mit Wirkung zur Hauptversammlung am 4. Juni 2013 ist Herr Dr. Olaf Huth aus dem Vorstandskreis der Bank ausgeschieden. Herr Dr. Huth war für das Geschäft mit vermögenden Privatkunden zuständig und wird HSBC Trinkaus als Mitglied des Verwaltungsrats verbunden bleiben. Die Ressortzuständigkeit für das Global Private Banking hat Herr Andreas Schmitz übernommen.

Ferner hat sich Herr Manfred Krause dazu entschieden, sein Mandat als verantwortliches Vorstandsmitglied für das Commercial Banking am 2. Juli 2013 niederzulegen. Das Ressort wird seitdem von Herrn Andreas Schmitz verantwortet, seit 27. August 2013 führt Herr Stephen Price als Bereichsvorstand das Geschäft mit dem gehobenen Mittelstand (CMB).

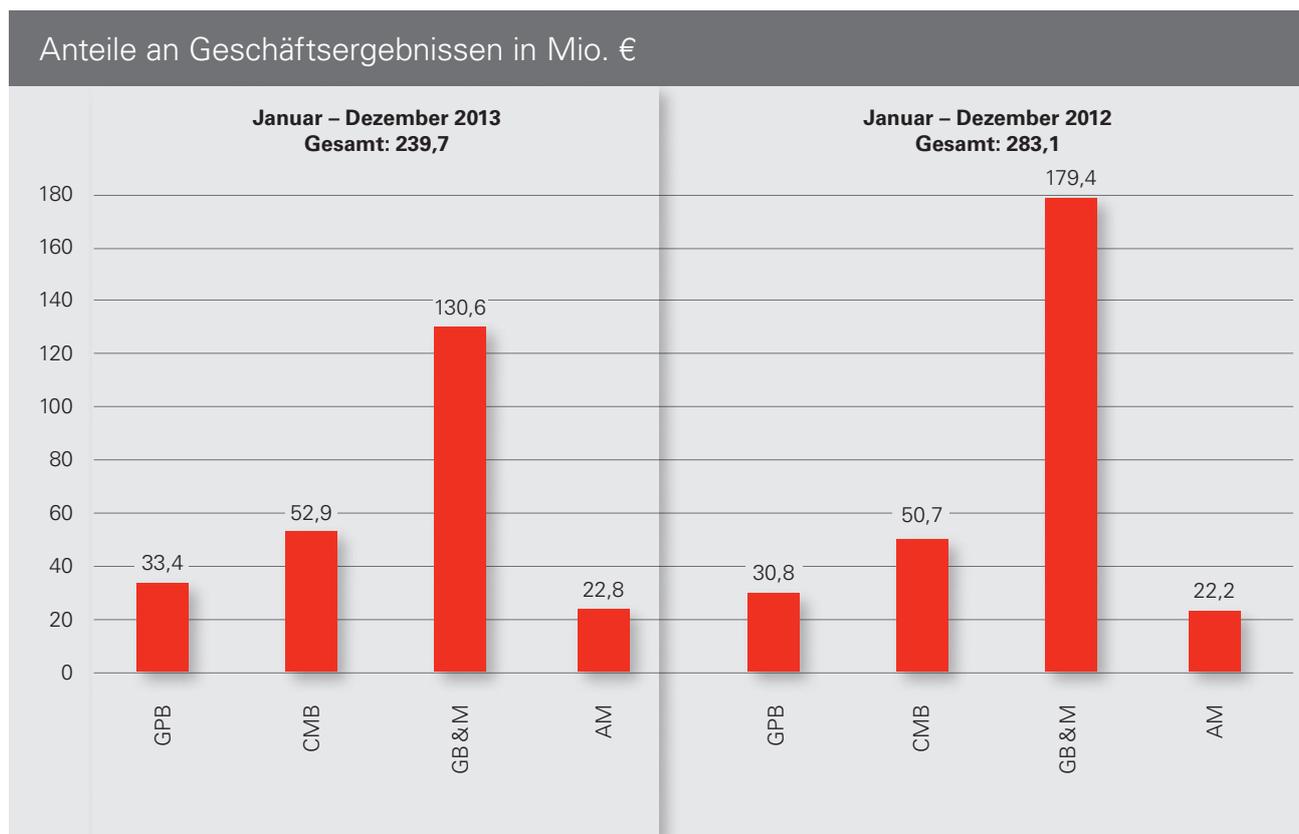
Mit Wirkung zum 1. Januar 2014 wurde Herr Norbert Reis zum weiteren Mitglied des Vorstands bestellt, gleichzeitig hat Herr Reis die Verantwortung für das Ressort Global Banking von Herrn Schmitz übernommen. Des Weiteren wurde Herr Dr. Jan Wilmanns am 1. Januar 2014 zum Bereichsvorstand mit Zuständigkeit für die Bereiche Global Markets / Institutional & Corporate Clients im Ressort von Frau Carola Gräfin v. Schmettow ernannt.

Das Organigramm gibt den Stand der Ressortverteilung ab dem 1. Januar 2014 wieder.



Die Geschäftsbereiche entsprechen seit diesem Geschäftsjahr der weltweiten Organisationsstruktur der HSBC-Gruppe. Die Kosten für Technologie und Servicebereiche werden zum überwiegenden Teil mittels Leistungs-

artenpreisen (Stückkosten) den Kunden- und Handelsbereichen belastet. Die Cost Center werden auf die operativen Geschäftsbereiche verrechnet, sodass deren Geschäftsergebnisse auf Vollkosten basieren.



Unsere Strategie im Überblick

HSBC Trinkaus hat im vergangenen Geschäftsjahr erneut gezeigt, dass das auf Kontinuität basierende diversifizierte Geschäftsmodell mit klarer Kundenorientierung weiterhin überzeugt. Ein Garant für den Erfolg ist die in der deutschen Bankenlandschaft einzigartige Verbindung von persönlicher Nähe, professioneller Betreuung und Dienstleistungsorientierung einer Privatbank mit der internationalen Leistungsfähigkeit und Kapitalkraft der HSBC-Gruppe. Als Teil dieser Banken-Gruppe verfügt HSBC Trinkaus mit „AA- (Stable)“ weiterhin über das beste Fitch-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland; auch dies erachten wir als Bestätigung unserer erfolgreichen Geschäftsstrategie.

Aus dieser Position der Stärke heraus wollen wir den sich ändernden Rahmenbedingungen im Bankenmarkt begegnen: Zum einen werden wir uns mit einem lediglich moderaten Wirtschaftswachstum in Deutschland auseinandersetzen müssen. Für die Jahre 2014 bis 2017 wird von einem Wachstum von 1,0 bis 1,7 % p. a. ausgegangen, sofern keine exogenen Schocks einwirken wie ein Einbruch der Emerging Markets oder eine Verschärfung der Krise in der Eurozone. Dieser fehlende Schub aus dem makroökonomischen Umfeld hat auch Konsequenzen für die Bankenlandschaft; vor allem für das traditionell starke Geschäft von HSBC Trinkaus mit Financial Institutions und im Bereich Global Markets ist dies von Bedeutung.

Die weiter zunehmende Regulierung des Sektors führt zu zahlreichen neuen Vorschriften mit erheblichen Auswirkungen auf Geschäftsmodelle in der Bankbranche, hierzu zählen unter anderem die geplante Finanztransaktionssteuer, Vorschläge für Trennbankensysteme sowie EMIR, also die Regulierung von Derivategeschäften. Ein stark auf das Wertpapier- und Derivategeschäft ausgerichtete Geschäftsmodell wie das von HSBC Trinkaus wird sich hier anpassen müssen. Auch die strukturellen Veränderungen des Wettbewerbsumfelds bleiben nicht ohne Folgen für das operative Geschäft von HSBC Trinkaus: Der Vertrauensverlust in der Privatkundschaft gegenüber der Bankbranche hinterlässt im Global Private Banking Spuren, die steigenden technologischen und regulatorischen Anforderungen belasten die Kostenbasis, und das wieder erwachende Interesse ausländischer Anbieter am deutschen Markt verschärft den Wettbewerb.

Aufgrund der vielfältigen Änderungen im Umfeld der Banken hat der Vorstand von HSBC Trinkaus schon seit einiger

Zeit strategische Maßnahmen zur Optimierung unserer operativen Tätigkeiten ergriffen. Hierzu gehört der Abbau von Nichtkerngeschäft, unter anderem das Auslaufen des Immobilienfondsgeschäfts, der Rückzug vom Standort Luxemburg und eine Bereinigung unserer Kundenportfolios um Nichtzielkunden. Wir wollen uns auf unsere Kerngeschäftsfelder konzentrieren und diese selektiv ausbauen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die im Juli 2013 verabschiedete Wachstumsinitiative, deren Herzstück a) die Ausweitung unserer Kundenbasis im Firmenkundengeschäft (international orientierter Mittelstand und Großkunden/Multinationals), b) ein umfangreicheres Produktangebot, c) eine stärkere internationale Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe und d) ein angepasster Risikoappetit sind. Wir erweitern dabei gezielt unser bisheriges Profil als wertpapierorientierte Bank um eine klar bilanzorientierte Geschäftsbankkomponente. Ziel der Wachstumsinitiative ist es, durch Investition und Diversifikation in weiteren Geschäftsfeldern, die mit unserer Kernkompetenz eng in Zusammenhang stehen, eine langfristig stabile Geschäftsentwicklung zu erzielen und mögliche Wachstumsschwächen in anderen Geschäftsfeldern auszugleichen.

Bestandteil der Initiative ist die Erweiterung der aktuellen Zielklientel um international tätige Firmenkunden ab einem Jahresumsatz von über 35 Mio. Euro und um Private Equity-Häuser. Ein breiteres Produktangebot soll den Bedarf unserer Kunden erfüllen: Payments and Cash Management, Trade und Receivable Finance, syndizierte Kredite, öffentliche Förderkredite und langfristige Kredite zur Finanzierung von Anlagen stehen künftig neu oder verstärkt zur Verfügung. Ausgehend von solchen Ankerprodukten wollen wir auch bei Anleiheemissionen, Börsengängen, Kapitalerhöhungen, bei der Begebung von Schuldscheindarlehen oder bei Umfinanzierungen eine größere Rolle spielen und bauen dabei auf die bereits hohe Kompetenz in diesem Bereich auf. Das Ziel ist es, für mehr Kunden Kernbank zu werden. Mit vier neuen Niederlassungen in Dortmund, Hannover, Mannheim und Nürnberg und der Erweiterung der Niederlassung in Köln um das Firmenkundengeschäft wird HSBC Trinkaus künftig auch näher an seinen Kunden sein. Wir unterscheiden uns in unserer Wachstumsinitiative klar von den zahlreichen mittelstandorientierten Offensiven anderer Häuser durch einen gezielten Fokus auf international aktive Kunden. Für diese Klientel bedeutet das globale Netzwerk der HSBC-Gruppe ein in dieser Form in Deutschland einmaliges

ges Angebot: Kompetenz in globalen Finanzprodukten und Präsenz vor Ort – vor allem in den wesentlichen Wachstumsmärkten der Welt.

Im Zuge der Wachstumsinitiative werden wir die Zusammenarbeit der Geschäftsbereiche noch verstärken: Unser Global Markets-Bereich wird das Wachstum im Firmenkundengeschäft besonders durch seine Kompetenz im Devisen- und Derivategeschäft unterstützen. Wir sehen überdies Geschäftspotenzial in einer engeren Kooperation von Global Private Banking und Firmenkundengeschäft. Über die Wachstumsinitiative hinaus rechnen wir damit, dass unsere Global Private Banking- und Asset Management-Aktivitäten weiterhin mit einem hohen Return on Equity zur stabilen Ertragsentwicklung beitragen. Zudem werden wir weiterhin eine aktive Rolle als Konsolidierer im Wertpapierservicemarkt einnehmen.

Eine Optimierung der IT-Infrastruktur ist wesentliche Voraussetzung für unser künftiges Tun. Hier werden wir unser Set-up weiter grundsätzlich überarbeiten und notwendige Anpassungen vornehmen. Zudem unterziehen wir unsere Kostenbasis regelmäßig einer Optimierung. Des Weiteren werden durch Standardisierung von Prozessen und Offshoring in das HSBC-Servicecenter in Krakau weitere Schritte zur Industrialisierung und Effizienzgewinnung durchgeführt.

Die langen erfolgreichen Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden sowie deren positive Rückmeldungen haben uns in unserer Überzeugung bestärkt, auf dem richtigen Weg zu sein, und uns das Vertrauen gegeben, den eingeschlagenen Wachstumspfad zu beschreiten. Und so bilden die Basis unseres Erfolgs auch weiterhin:

- unser stabiles Fundament von Werten wie Vertrauen, Ehrlichkeit, Pflichtbewusstsein und Verantwortung
- unsere Kapitalbasis, die auch im Hinblick auf zukünftige Regulierungen stark ist
- unsere Ertragskraft, die im Verhältnis zum Wettbewerb seit Jahren überdurchschnittlich ist
- unsere seit vielen Jahren zusammenarbeitende und motivierte Mitarbeiterschaft
- unsere Produkte und Dienstleistungen, die unsere Kunden überzeugen
- unsere enge Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe

Im Sinne unserer langen Tradition bleiben wir dabei auch weiterhin unseren Werten verpflichtet. Denn Zukunft braucht Herkunft.

Das Steuerungssystem

1. Erläuterung des Steuerungssystems

HSBC Trinkaus verfügt über ein integriertes Steuerungssystem, das die Bank sowie alle Tochtergesellschaften umfasst. Dieses System dient zum einen der Formulierung klarer operativer und strategischer Finanzziele. Zum anderen dient es dazu, Planabweichungen und mögliche Fehlentwicklungen rechtzeitig zu identifizieren, um geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Neben den unten dargestellten hochaggregierten Kennzahlen verfügt die Bank zusätzlich über granularere Kennziffern und Instrumente, die für die Detailplanung und -steuerung verwendet werden. Hierzu zählen beispielhaft Kennziffern zur Steuerung der Liquidität und auch die Kundenkalkulation, in der alle Bankgeschäfte mit jedem einzelnen Kunden erfasst und bewertet sind.

Nach der Festlegung des Risk Appetites als Fundament der jährlichen operativen Planung durch den Vorstand werden diese und weitere Kennziffern im Risk Committee des Aufsichtsrats ausführlich besprochen und dem Gesamtaufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

2. Angabe der Kennzahlen

Angelehnt an das Konzept der HSBC-Gruppe orientiert sich das Steuerungssystem von HSBC Trinkaus bei der Analyse der strategischen Erfolgsfaktoren und der aus diesen ableitbaren strategischen Entscheidungen über Effizienz, Profitabilität, Liquidität und Risiko an den folgenden Kennzahlen:

- Aufwand-Ertrag-Relation
- Eigenkapitalrendite
- Advances to Core Funding Ratio
- Kernkapitalquote
- Eigenkapitalquote

3. Erläuterung der Berechnung der Kennzahlen

Aufwand-Ertrag-Relation

Zur Berechnung der Aufwand-Ertrag-Relation wird der Verwaltungsaufwand in Relation zu den Erträgen der Bank (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, at equity-Ergebnis, Handelsergebnis, Finanzanlageergebnis und Sonstiges Ergebnis) gesetzt.

Eigenkapitalrendite

Die Eigenkapitalrendite ermittelt sich aus der Gegenüberstellung von Jahresüberschuss vor Steuern und dem über die letzten fünf Quartale ermittelten durchschnittlichen Eigenkapital (inklusive des durchschnittlichen Konzernbilanzgewinns und exklusive der durchschnittlichen Bewertungsreserven).

Advances to Core Funding Ratio

Die Advances to Core Funding Ratio setzt das Volumen an gewährten Kundenkrediten ins Verhältnis zum Volumen langfristig aufgenommenener Kapitalmarktfinanzierung und zu den als Bodensatz qualifizierten Kundeneinlagen.

Kernkapitalquote

Die Kernkapitalquote setzt das konsolidierte aufsichtsrechtliche Kernkapital ins Verhältnis zur Risikoposition (Risikoaktiva, Marktrisikooäquivalent und operationelle Risiken).

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote setzt das aufsichtsrechtliche Kapital (Kernkapital und Ergänzungskapital) ins Verhältnis zur Risikoposition (Risikoaktiva, Marktrisikooäquivalent und operationelle Risiken).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Im Jahr 2013 machten sich rund um den Globus Stabilisierungstendenzen breit. Trotz leichter Ermüdungserscheinungen blieben die Emerging Markets die globalen Taktgeber der Erholung. Doch auch aus zahlreichen Industrieländern kamen positive Impulse: Die japanische Konjunktur hat dank massiver Liquiditätsspritzen der Notenbank den Vorwärtsgang gefunden, und auch die US-Wirtschaft konnte Fuß fassen. Die Etatstreitigkeiten in der zweiten Jahreshälfte haben keine nachhaltigen Bremsspuren hinterlassen. Besonders konnte man im vergangenen Jahr aber in der Eurozone aufatmen – im zweiten Quartal wurde ein Schlussstrich unter die längste Rezession in der Geschichte des gemeinsamen Währungsraums gezogen. Deutschland blieb dabei die tragende Säule der Erholung, das Wachstumsgefälle zwischen der Peripherie und den Kernländern hat sich aber reduziert. Überbordender Optimismus ist dennoch fehl am Platz. Denn wengleich das Wachstum im vergangenen Jahr wieder einen positiven Pfad eingeschlagen hat, blieb die Aufwärtsdynamik insgesamt enttäuschend. Da macht auch die deutsche Konjunktur keine Ausnahme, die 2013 wohl nur um überschaubare 0,5 % (arbeitsmäßig bereinigt) gewachsen ist, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr noch um 0,9 % zulegen konnte.

Vor allem bei der Investitionsneigung war der Start ins Jahr 2013 für die deutsche Wirtschaft holprig. Mittlerweile sind die Weichen für eine nachhaltige Belebung aber gestellt. Dank schwindender Befürchtungen eines Auseinanderbrechens des Währungsraums, der Konjunkturstabilisierung in der Peripherie, einer besseren Kapazitätsauslastung und überaus günstiger Finanzierungsbedingungen steht einem Investitionsaufschwung im Jahr 2014 nichts mehr im Wege. Davon dürfte auch der deutsche Arbeitsmarkt weiter profitieren. Mit mehr als 42 Millionen hat die Zahl der Beschäftigten bereits auf ein neues Rekordhoch angezogen. Das Ende der Fahnenstange ist mit Blick auf die optimistische Stimmung unter den deutschen Unternehmen und trotz der möglichen, mittelfristig negativen Implikationen aus der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns aber noch nicht in Sicht. Die guten Beschäftigungsaussichten, steigende Löhne, eine moderate Inflation und ein aufgrund der Nullzinspolitik der EZB nur geringer Sparanreiz schaffen dabei ein konsumfreundliches Umfeld. 2014 sollte sich deshalb vor allem die solide

Binnenkonjunktur als zentrale Stütze für die deutsche Konjunktur erweisen und ein Wachstum von 1,7 % ermöglichen. Nehmen die Unternehmen wieder mehr Geld für Anlagen und Ausstattungen in die Hand und greifen die Verbraucher wieder tiefer in die Tasche, steigt auch der Importbedarf an.

Im Vergleich zum deutschen Aufschwung hinkt die Erholung im übrigen Währungsraum hinterher. So ist die Wirtschaft 2013 im Jahresvergleich sogar erneut leicht um 0,4 % geschrumpft, immerhin hat die Abwärtsdynamik aber abgenommen. 2014 sollte die Konjunktur der Eurozone zurück auf Expansionskurs sein, der allerdings zu schwach ausfällt, um die Inflation anzutreiben. Schuld daran bleiben die massive Unterauslastung am Arbeitsmarkt und der daraus resultierende niedrige Lohndruck. Nach einer überschaubaren Teuerung von nur 1,4 % im letzten Jahr droht sich die Inflation in diesem Umfeld 2014 noch weiter herunterzuschrauben. Das hat die Europäische Zentralbank im November dazu veranlasst, den Leitzins zum zweiten Mal in einem Jahr um 25 Basispunkte auf 0,25 % zu senken. Mit Blick auf die anhaltend disinflationären Tendenzen stehen die Türen für weitere Lockerungsmaßnahmen weiterhin weit offen. Die Währungshüter dürften zudem deutlich kommunizieren, dass das geldpolitische Gaspedal bis auf Weiteres voll durchgedrückt wird. Für die zehnjährigen Renditen im gemeinsamen Währungsraum sollte das Aufwärtspotenzial 2014 damit insgesamt begrenzt sein. Keine der bislang diskutierten geldpolitischen Maßnahmen hat aber wohl das Potenzial, die Kreditvergabe in der Eurozone deutlich anzukurbeln. Größere Hoffnungen macht diesbezüglich die anstehende Übernahme der Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank: Gelingt es der Notenbank, das Vertrauen in die Stabilität des Bankensystems zu stärken, sollte sich die Situation am Interbankenmarkt entspannen und die Kreditvergabe wieder anspringen.

Auch in anderen Währungsräumen dürften die Notenbanken auf eine zukunftsorientierte Kommunikation setzen und eine noch langfristig lockere Geldpolitik zusichern. So sind auch die USA trotz zunehmend rosiger Wachstumsaussichten von rund 2,0 bis 2,5 % in diesem Jahr von einer Erhöhung der Leitzinsen noch weit entfernt. Mit Blick auf die Reduzierung der Anleihenkäufe wird lediglich der Grad der Expansivmaßnahmen durch die Fed zurückgenommen, die US-Renditen dürften auch 2014 deutlich unter 3 % ver-

harren, die Stimmung an den Aktienmärkten sollte dank der hohen globalen Liquiditätsausstattung freundlich bleiben. Eine grundlegende Neuausrichtung der US-Geldpolitik ist derweil auch 2014 nicht zu erwarten. Janet Yellen, die das Amt des Fed-Präsidenten von Ben Bernanke übernimmt, hat sich in der Vergangenheit im Zweifel stets für einen expansiveren Kurs der Fed ausgesprochen.

Entwicklungen in der Bankenbranche

Auch im vergangenen Geschäftsjahr hatte die Finanz- und Staatsschuldenkrise erhebliche Auswirkungen auf das Geschehen in der globalen Wirtschaft und an den internationalen Finanzmärkten. In Deutschland führten das sich allmählich erholende Bruttoinlandsprodukt und die weiterhin niedrige Arbeitslosenquote zu einer Stabilisierung der allgemeinen Wirtschaftslage. Getragen wurde die Erholung fast ausschließlich von binnenwirtschaftlichen Faktoren; vor allem der private und der öffentliche Konsum stützten das Wirtschaftswachstum. Nach einem Wirtschaftswachstum von 0,5 % im Jahr 2013 wird für 2014 ein Wachstum von 1,7 % erwartet. Voraussetzung hierfür ist, dass die europäische Staatsschuldenkrise weiter abflaut und die Weltwirtschaft wieder an Dynamik gewinnt.

In diesem etwas positiveren Umfeld bleiben das niedrige Zinsniveau, die schwache Kreditnachfrage, der wachsende Wettbewerb und die Zunahme an Regulierung wichtige Herausforderungen für die deutschen Banken:

- Im Juli ließ die Europäische Zentralbank den Leitzins in den 17 Staaten der Eurozone auf das Rekordtief von 0,5 % sinken, gefolgt von einer weiteren Senkung auf 0,25 % im November, was unmittelbare Folgen für die Profitabilität deutscher Banken hatte. Das absehbar weiterhin niedrige Zinsniveau begrenzt auch 2014 das Ertragspotenzial der Finanzbranche.
- In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres lag das Volumen der Kredite an Unternehmen und Selbstständige mit rund 862 Mrd. Euro um rund 2 % unter dem Vorjahr. Darin spiegelt sich zum einen eine schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen, zum anderen aber auch eine ausgeprägte Innenfinanzierung und damit eine niedrigere Kreditnachfrage wider. Börsennotierte Unternehmen nutzten ihren Zugang zum Kapitalmarkt, das Volumen umlaufender Anleihen stieg im September 2013 um rund 16 % auf über 108 Mrd. Euro. Insgesamt sind die Finanzierungsbedingungen für

Unternehmen unverändert günstig. Dies hat ebenfalls Folgen für die Banken, unter anderem zeigt sich dies auch in gelockerten Kreditvergabestandards.

- Immer mehr Auslandsbanken haben in Deutschland einen wichtigen Wirtschaftsstandort mit starker Exportkraft und einer gesunden Firmenkundenlandschaft erkannt und wollen hier expandieren. Auch aus dem gestiegenen Wettbewerb heraus – vor allem um den Mittelstand – ergibt sich Druck auf die Profitabilität, da eine Weitergabe der Kosten an die Kunden kaum möglich ist.
- Von erheblicher Bedeutung bleibt weiterhin die verstärkte Regulierung der Finanzbranche, die jedes Institut fordert, das Geschäftsmodell zu überprüfen und die steigenden Kosten an das regulierungsbedingt niedrigere Ertragsniveau anzupassen.

Das Marktumfeld wird für die deutschen Banken auch im nächsten Jahr anspruchsvoll und herausfordernd bleiben. Insgesamt erwarten wir aufgrund der Zinssituation weiter rückläufige Erlöse bei angesichts der branchenweiten Einsparmaßnahmen stabilen, aber im internationalen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlichen Kosten-/Ertragskennzahlen. Zudem erwarten wir weitere Bilanzmaßnahmen. Eine Mischung aus Abbau von Risikoaktiva und Kapitalaufbau dürfte dazu führen, dass die deutschen Banken auch im Rahmen von Basel III zu den besser kapitalisierten Instituten gehören werden. Jeder einzelne Marktteilnehmer muss auf dieses Marktumfeld mit einer soliden strategischen Ausrichtung, einem klar definierten Geschäftsmodell, einer Bereinigung der Bilanz, wirksamen Restrukturierungen und Kostenreduktionen sowie Investitionen in effiziente IT-Prozesse reagieren.

HSBC Trinkaus im aktuellen Umfeld

Wir sind überzeugt, dass HSBC Trinkaus im aktuellen Marktumfeld gut aufgestellt ist. Aus unserer Position der Stärke heraus können wir in diesem Umfeld unseren Expansionskurs weiter fortsetzen. Während wir einerseits durch Abbau von Randaktivitäten unser Portfolio bereinigen, konzentrieren wir uns andererseits auf unsere Kerngeschäftsfelder und bauen diese selektiv aus. Auf die im Juli 2013 verabschiedete Wachstumsinitiative sind wir bereits im Kapitel „Unsere Strategie im Überblick“ im Detail eingegangen.

Über die konkreten strategischen Maßnahmen hinaus gelten auch weiterhin die sechs grundlegenden Grundsätze unseres Geschäftsgebarens:

- Wir konzentrieren uns auf die Zielgruppen mittelständische und globale Firmenkunden, Institutionelle Kunden und Vermögende Privatkunden und möchten unsere Aktivitäten in diesen Segmenten mit bestehenden und neuen Kunden ausbauen, soweit ein ausgewogenes Risiko-/Ertragsprofil gegeben ist.
- Wir fragen immer wieder neu, ob unsere Aktivitäten optimal auf die nationalen und internationalen Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichtet sind. Der Kunde steht im Mittelpunkt unserer Entscheidungen. Wir messen der personellen Kontinuität in der Betreuung unserer Kunden einen sehr hohen Stellenwert bei.
- Unsere Handelsaktivitäten dienen primär der Unterstützung der Kundensegmente und einem umfassenden Produktangebot. Bei der Festlegung der Risikolimits und Handelsstrategien steht die Risikotragfähigkeit der Bank stets an erster Stelle.
- Umfassendes Know-how für innovative und kundenbezogene Lösungen ist unsere Stärke, dank derer wir für den Kunden und für die Bank einen Mehrwert realisieren. Die Basis jeder guten Kundenbeziehung ist gleichwohl die sorgfältige, flexible und dienstleistungsorientierte Abwicklung von Standardgeschäften einschließlich der Kreditvergabe; dies hat daher für uns einen hohen Stellenwert.
- Wir bauen unser Dienstleistungsangebot im Wertpapiergeschäft für Kunden und für andere Finanzinstitute kontinuierlich aus. Unsere Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH (HSBC INKA) hat ihre Marktstellung in der Fondsadministration als Master-KAG deutlich gestärkt. Darüber hinaus hat sich die Bank in den vergangenen Jahren als starker Anbieter für Depotbankdienstleistungen und Global Custody Services sowie im Asset Management mit HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH erfolgreich positioniert.
- Wir greifen auf die Ressourcen einer der größten und stärksten Banken der Welt zurück, der HSBC-Gruppe, und zwar sowohl auf die Palette leistungsfähiger Pro-

dukte als auch auf die Netzwerke in rund 80 Ländern weltweit.

Der Erfolg dieser Strategie hängt davon ab, ob es uns auch in Zukunft gelingen wird, die folgenden Bedingungen zu erfüllen:

- Wir müssen unseren Kunden uneingeschränkten Zugang zum globalen HSBC-Netzwerk ermöglichen, ohne Abstriche am Anspruch unserer Kunden auf die individuelle Betreuung und professionelle Beratung auf dem bisher geleisteten Niveau einer Privatbank.
- Wir müssen weiterhin in Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden auf Vertrauen und Nachhaltigkeit bauen. Denn nur auf dieser Basis können Kunde und Berater angesichts der zunehmenden Produktvielfalt gemeinsam optimale Lösungen finden.
- Wir müssen eine technologisch leistungsfähige Infrastruktur bereithalten. Sie muss den anspruchsvollen Anforderungen in der gesamten Wertschöpfungskette gerecht werden, damit wir unsere Dienstleistungen ebenso kostengünstig wie kundenfreundlich anbieten können.
- Wir müssen durch zielgerichtete Aus- und Weiterbildung auf höchstem Niveau in die Qualifikation unserer Mitarbeiter investieren, um der zunehmenden Komplexität und Internationalisierung unseres Geschäfts gerecht zu werden. Bei der Auswahl neuer Mitarbeiter, die uns bei unseren Wachstumsbemühungen unterstützen, legen wir gleichbleibend hohe Maßstäbe an.
- Wir müssen die Einzel- und die Teamleistungen unserer Mitarbeiter mithilfe eines präzisen Management-Informationssystems zuverlässig erfassen, um sie möglichst fair und marktkonform honorieren zu können.

Unsere lange erfolgreiche Positionierung am Markt sowie die ersten sehr positiven Rückmeldungen auf unsere Wachstumsinitiative bestärken uns in dem Eindruck, auf dem richtigen Weg zu sein.

Geschäftsverlauf und Lage

Ertragslage

Vor dem Hintergrund der sich stabilisierenden konjunkturellen Lage in der Eurozone hat HSBC Trinkaus 2013 ein Vorsteuerergebnis von 237,8 Mio. Euro erzielen können. Dies bedeutet gegenüber dem Jahresüberschuss vor Steuern des Vorjahres (198,9 Mio. Euro) einen Anstieg um 38,9 Mio. Euro und liegt damit über der Prognose aus dem Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 175,3 Mio. Euro und liegt damit um 40,1 % beziehungsweise 50,2 Mio. Euro über dem Vorjahreswert von 125,1 Mio. Euro.

Unser stabiles und unverändert erfolgreiches Geschäftsmodell hat sich damit erneut bewährt. Durch die Fokussierung auf unsere klar definierten Zielkundengruppen und deren Bedürfnisse konnten wir in den Segmenten Global Private Banking, Commercial Banking sowie Asset Management weiter zulegen. Im Segment Global Banking and Markets ist das Ergebnis erwartungsgemäß wegen Einmaleffekten im Vorjahr deutlich zurückgegangen.

Die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutern wir in den nächsten Abschnitten.

Der Zinsüberschuss ist wie in der Prognose des Vorjahres erwartet um 18,2 Mio. Euro auf 144,9 Mio. Euro zurückgegangen.

Das Zinsergebnis aus dem Einlagengeschäft ist weiterhin deutlich unter Druck. Bei durchschnittlich leicht erhöhten Volumina verschlechterten sich die Margen durch die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken erheblich. Die weiterhin hohen Einlagen unserer Kunden sehen wir als großen Vertrauensbeweis an.

Das Zinsergebnis aus dem Kreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens deutlich verbessert, während die Margen leicht rückläufig waren. Insbesondere die Erträge aus dem Receivable Finance-Geschäft haben sich sehr gut entwickelt. Mit unserer Bereitschaft, im Zuge unserer Wachstumsstrategie das Kreditbuch signifikant auszuweiten, können wir das Geschäft mit größeren mittelständischen Firmenkunden ausbauen, denn die Bereitstellung von Krediten ist für diese Kundengruppe unverändert der Anker für die gesamte Geschäftsbeziehung.

Das Zinsergebnis aus unseren Finanzanlagen ist deutlich gesunken. Endfällige Anleihen konnten bei vergleichbarem Risikoprofil im Marktumfeld 2013 nur durch solche mit deutlich niedrigeren Kupons ersetzt werden. Wir haben unsere strikten Regeln für die Qualität der Anlagen unverändert beibehalten.

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren haben sich im Wesentlichen durch höhere Ausschüttungen der Spezialfonds um 5,6 Mio. Euro auf 13,4 Mio. Euro deutlich erhöht.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen sind um 47,3 Mio. Euro auf 58,6 Mio. Euro gestiegen. Nach einem jeweiligen Verlust aus Sondereffekten im Vorjahr tragen die HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH und die Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH zusammen den größten Teil zum diesjährigen Ergebnis bei. Auch die HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH konnte ihren Ergebnisbeitrag im Berichtsjahr signifikant steigern.

Der Provisionsüberschuss in Höhe von 238,7 Mio. Euro hat sich gegenüber dem Vorjahreswert von 224,9 Mio. Euro verbessert und übertrifft damit leicht die Erwartungen aus dem Vorjahr.

Im klassischen Wertpapiergeschäft als Schwerpunkt unseres Provisionsgeschäfts haben wir die Zurückhaltung unserer Kunden an den Kapitalmärkten im Jahresdurchschnitt weiterhin gespürt. Entgegen dem Rückgang der Transaktionszahlen im Wertpapiergeschäft der Bank konnten wir in unserer Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH (HSBC INKA) erneut Volumen- und Erlöszuwächse im Fondsgeschäft verzeichnen.

Im Provisionsgeschäft mit Devisen und Derivaten erwirtschafteten wir mit 91,6 Mio. Euro (Vorjahr: 101,9 Mio. Euro) ein um 10,3 Mio. Euro deutlich schwächeres Ergebnis. Dennoch profitieren wir in diesem Geschäft weiterhin von der engen Zusammenarbeit mit Gesellschaften der HSBC-Gruppe, die größtenteils die Risiken aus diesen Geschäften übernehmen und so zu einer sehr wettbewerbsfähigen Preisgestaltung beitragen.

Im Kreditgeschäft konnten wir unsere Ergebnisse erneut deutlich verbessern und damit unser Wachstum im Firmen-

kundengeschäft auch im Provisionsgeschäft ertragreich fortsetzen. Das Provisionsergebnis erhöhte sich um 10,2 Mio. Euro auf 25,9 Mio. Euro. Dieser Anstieg ist nicht zuletzt auf Provisionen aus einer zunehmenden Anzahl von Lead Arrangements größerer Konsortialkredite zurückzuführen.

Des Weiteren steigerten wir den Provisionsüberschuss aus dem Investment Banking von 7,4 Mio. Euro im Vorjahr auf 13,2 Mio. Euro. Dies ist überwiegend auf die Begleitung von Kunden bei Kapitalerhöhungen zurückzuführen. Dagegen ist der Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Strukturierungsgeschäft um 3,3 Mio. Euro zurückgegangen.

Alternative Investments haben sich für unsere anspruchsvolle Kundschaft als eigene Asset-Klasse etabliert. Vor allem institutionelle Anleger, aber auch Firmenkunden und vermögende Privatkunden schätzen den Diversifikationseffekt dieser Produkte. Das Provisionsergebnis beträgt 11,9 Mio. Euro und erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 8,5 Mio. Euro.

Der Provisionsüberschuss aus dem Auslandsgeschäft ist geringfügig rückläufig, während wir aus dem Zahlungsverkehr ein leicht verbessertes Provisionsergebnis erzielen.

Der Nettoertrag des Handelsbestands ist entsprechend der Vorjahresprognose deutlich um 44,1 Mio. Euro auf 90,2 Mio. Euro gesunken. Dies ist vor allem auf Sondereffekte im Vorjahr zurückzuführen. Einerseits profitierte die Bank 2012 von dem Sondereffekt aus einer nachträglichen Abfindungserhöhung im Ergebnis aus Aktien und Aktien-/Indexderivaten. Andererseits waren in der Vergleichsperiode im Ergebnis aus Renten und Zinsderivaten Erträge aus der Treasury enthalten, die sich aufgrund der veränderten Zinslandschaft im Jahr 2013 nicht wiederholen ließen. Weiterhin belastet die geringe Kundennachfrage nach tradingorientierten Retail-Produkten und Zertifikaten das Handelsergebnis.

Der Verwaltungsaufwand einschließlich der Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen ist im Geschäftsjahr verglichen mit dem Vorjahr um 9,5 Mio. Euro auf 347,8 Mio. Euro gesunken.

Der Personalaufwand ist um 10,1 Mio. Euro auf 225,7 Mio. Euro zurückgegangen. Der Rückgang resultiert überwiegend aus im Vorjahr enthaltenen einmaligen Restrukturierungs-

aufwendungen sowie aus reduzierten Rückstellungen für variable Gehaltsbestandteile. Dagegen sind die Gehälter für Mitarbeiter moderat gestiegen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich der Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind mit 122,1 Mio. Euro im Geschäftsjahr gegenüber 121,5 Mio. Euro im Vorjahr nahezu unverändert. Nur durch unsere konsequente Kostendisziplin konnten die allgemeinen Preissteigerungen sowie die Kostensteigerungen aus den wachsenden internen und externen Anforderungen weitestgehend aufgefangen werden. Damit trägt die Aufwand-Ertrag-Relation im Geschäftsjahr im Konzern 67,9 % (angepasste Vergleichsperiode: 69,4 %) und liegt, entsprechend der Prognose des Vorjahres, weiter unter der 70-Prozent-Marke.

Der Saldo aus den Positionen Sonstige betriebliche Erträge und Sonstige betriebliche Aufwendungen ist um 1,7 Mio. Euro auf 48,2 Mio. Euro leicht angestiegen. Darin enthalten sind vor allem Weiterbelastungen von Kosten der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG an die Tochtergesellschaften für bezogene Dienstleistungen, insbesondere im IT-Umfeld, sowie aus allgemeinen Verwaltungstätigkeiten. Des Weiteren ergaben sich signifikante Erträge aus der Nettoauflösung von Rückstellungen für belastende Verträge und schwebende Rechtsstreitigkeiten.

Alles in allem beträgt der Nettoertrag aus der Überkreuzkompensation 1,9 Mio. Euro im Berichtsjahr nach einem Nettoaufwand von 11,5 Mio. Euro im Vorjahr. Während die Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft deutlich rückläufig waren, wurde die Zuführung zur Pauschalwertberichtigung erhöht. Die Erhöhung der Pauschalwertberichtigung ist auf das gestiegene Kreditvolumen im Zuge unserer Wachstumsstrategie sowie die leicht veränderte Struktur des Kreditportfolios zurückzuführen. Demgegenüber ist das Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve aufgrund niedrigerer Veräußerungsgewinne im Berichtsjahr signifikant zurückgegangen.

Der Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr ist verglichen mit dem Vorjahreswert um 11,2 Mio. Euro auf 62,5 Mio. Euro gesunken. Daraus ergibt sich eine Steuerquote von 26,3 % nach 37,1 % im Vorjahr. Der deutliche Rückgang ist vor allem auf im Vorjahr nicht steuerwirksame Aufwendungen im steuerlichen Organkreis zurückzuführen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist um 5,4 % leicht gestiegen und beträgt zum Bilanzstichtag 19,3 Mrd. Euro nach 18,3 Mrd. Euro im Vorjahr. Die kaum veränderte Struktur unserer Bilanz belegt die Kontinuität unseres Geschäftsmodells.

Die Kundeneinlagen sind nach wie vor unsere wichtigste Refinanzierungsquelle. Zum Stichtag machten sie mit 12,0 Mrd. Euro 62,2 % der Bilanzsumme aus. Damit ist es uns gelungen, den mit dem Rückzug aus Luxemburg verbundenen Rückgang der Kundeneinlagen vollständig durch Zuflüsse in Deutschland zu kompensieren. Wir werten dies weiterhin als Wertschätzung der Kunden für unsere solide Geschäftspolitik und unsere hohe Bonität. HSBC Trinkaus verfügt als Teil der HSBC-Gruppe mit „AA- (Stable)“ weiterhin über das beste Fitch^{*}-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Banken in Höhe von 0,9 Mrd. Euro sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig.

Ergänzend dazu refinanzieren wir unser Geschäft, vor allem unsere Handelsaktiva, auch aus Schuldscheindarlehen, Optionsscheinen, Zertifikaten und Aktienanleihen, die wir unter dem passivischen Handelsbestand ausweisen. Sie betragen zum Stichtag 2,1 Mrd. Euro gegenüber 2,2 Mrd. Euro im Vorjahr. Der passivische Handelsbestand beinhaltet darüber hinaus im Wesentlichen die negativen Marktwerte der Derivate, die im Einklang mit den positiven Marktwerten in den Handelsaktiva zurückgegangen sind.

Zum Anstieg des bilanziellen Eigenkapitals verweisen wir auf unsere Erläuterungen zur Finanzlage.

Die Barreserve beträgt 1,1 Mrd. Euro gegenüber 0,3 Mrd. Euro im Vorjahr.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 1,2 Mrd. Euro sind im Vergleich zum Vorjahr um 34,0% oder 0,3 Mrd. Euro stichtagsbedingt stark angestiegen.

Der Anstieg der Forderungen an Kunden um 0,7 Mrd. Euro auf nunmehr 4,8 Mrd. Euro entspricht unserer eingeschlagenen Wachstumsstrategie im Firmenkundenkreditgeschäft. Wir sehen weiterhin Wachstumspotenzial, da zum einen unsere Kunden die eingeräumten Kreditlinien nur unterdurchschnittlich ausnutzen und wir zum anderen im Rahmen unserer Wachstumsstrategie für das Jahr 2014 einen signifikanten Kreditanstieg planen.

Der aktivische Handelsbestand ist mit einem Anteil von 36,3 % beziehungsweise 42,9 % im Vorjahr nach wie vor der größte Posten auf der Aktivseite unserer Bilanz. Ein rückläufiger, aber immer noch hoher Anteil entfällt weiterhin auf Anleihen, die ganz überwiegend börsennotiert und notenbankfähig sind. Sie werden unter anderem zur Stellung von Sicherheiten für Derivate gegenüber den entsprechenden Börsen genutzt. Der Rückgang des aktivischen Handelsbestands von 7,9 Mrd. Euro im Vorjahr auf 7,0 Mrd. Euro ist im Wesentlichen auf Rückgänge der Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und der positiven Marktwerte unserer Derivate sowie einen gegenläufigen Anstieg bei den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zurückzuführen. Der Rückgang bei den Derivaten steht im Zusammenhang mit dem Rückgang der unter dem passivischen Handelsbestand ausgewiesenen negativen Marktwerte der Derivate.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 4,1 Mrd. Euro haben sich im Vergleich zum Vorjahr nur leicht erhöht. Der überwiegende Teil besteht ebenfalls aus börsennotierten und notenbankfähigen Schuldverschreibungen. Diese dienen als Liquiditätspuffer, den wir in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut haben. Sowohl im Handelsbestand als auch in den Finanzanlagen haben wir ein sehr begrenztes Engagement in den Euro-Peripheriestaaten. Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 0,4 Mrd. Euro haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mrd. Euro erhöht. Der Anstieg resultiert primär aus der Aufstockung von Spezialfonds.

* Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß der "VERORDNUNG (EG) 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTES UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

Finanzlage

(a) Eigenmittel

Bankgeschäft bedeutet im Kern, bewusst Risiken einzugehen, diese aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Die Risikoübernahme wird seitens der Aufsichtsbehörden limitiert, um die Stabilität des Banksystems zu gewährleisten. Maßgeblich für die Höhe der zulässigen Risiken sind die Eigenmittel des Instituts bzw. des Konzerns. Die Definition und die Berechnung der Eigenmittel sind ein zentraler Bestandteil des Aufsichtsrechts. Die aufsichtsrechtliche Risiko-Limitierung betrifft zum einen die Risikopositionen als Summe der risikogewichteten Aktiva (RWA), der Marktrisiken sowie der operationellen Risiken, die zu vorgegebenen Mindestsätzen durch Eigenmittel unterlegt sein müssen. Zum anderen bestimmt sich aus der Höhe der Eigenmittel die Höchstkreditgrenze, bis zu der einem Kreditnehmer bzw. einer Kreditnehmereinheit maximal Kredit gewährt werden darf.

Die aufsichtsrechtliche Sichtweise und die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden um eine ökonomische Analyse des Kapitalbedarfs ergänzt. Dazu verweisen wir auf die Ausführungen zum ICAAP im Kapitel „Das Risikomanagement bei HSBC Trinkaus“.

Im Jahr 2013 haben im HSBC Trinkaus-Konzern keine Kapitalmaßnahmen stattgefunden, auch nicht für das Ergänzungskapital. Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 4. Juni 2013 hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres rund 55 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zugeführt. Der diesjährigen Hauptversammlung am 3. Juni 2014 schlagen wir die Zahlung einer unveränderten Dividende von 2,50 Euro je Aktie vor, sodass eine weitere Dotierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 105 Mio. Euro aus dem Bilanzgewinn nach HGB möglich ist.

(aa) Geltendes Recht bis 31. Dezember 2013 („Basel II“)

Die Eigenmittel bestehen aus Kernkapital (Tier 1), Ergänzungskapital (Tier 2) und Drittrangmittel (Tier 3). Nach Bilanzfeststellung beträgt das Kernkapital für die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG zum 31. Dezember 2013 1,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,1 Mrd. Euro) und das Ergänzungskapital 0,4 Mrd. Euro (Vorjahr: 0,4 Mrd. Euro), sodass sich ein gesamtes haftendes Eigenkapital von 1,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,5 Mrd. Euro) ergibt.

Die Risikopositionen der Bank zum 31. Dezember 2013 betragen 10.622,6 Mio. Euro. Dabei entfallen 8.063,7 Mio. Euro auf Risikoaktiva, 1.554,1 Mio. Euro auf das Marktrisiköäquivalent und 1.004,8 Mio. Euro auf operationelle Risiken.

Danach ergibt sich zum 31. Dezember 2013 nach Bilanzfeststellung eine Kernkapitalquote für die Bank in Höhe von 11,9 % (Vorjahr: 13,1 %) sowie eine Eigenkapitalquote für die Bank in Höhe von 15,3 % (Vorjahr: 17,3 %).

(ab) Neues Recht ab 1. Januar 2014 („Basel III“)

Zum 1. Januar 2014 ist die Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) als europäisches Recht auch unmittelbar in Deutschland in Kraft getreten. Die CRR beinhaltet weite Teile der als Basel III bekannten Änderungen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Ein Schwerpunkt dieser Verordnung sind die Definition der Eigenmittel sowie die daran anknüpfenden Eigenmittelanforderungen.

Da HSBC Trinkaus kein Hybridkapital emittiert hat, sind die Auswirkungen der strengeren Definition der Eigenmittel für unser Haus begrenzt. Die CRR bringt in der Definition der Eigenmittel im Wesentlichen folgende Veränderungen für HSBC Trinkaus:

Hartes Kernkapital

- Der Sonderposten nach § 340g HGB, der in Abhängigkeit vom Durchschnitt der Nettoerträge des Handelsbestands zu bilden ist, kann nicht mehr als haftendes Eigenkapital qualifiziert werden.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte (Aktivüberhang) aus der Finanzierung der Pensionsverpflichtungen sind vom harten Kernkapital abzuziehen.

Hartes Kernkapital und Ergänzungskapital

- Für stille Reserven in Wertpapieren des Anlagebestands ändern sich die Ansatz- und Ermittlungsvorschriften deutlich.

Ergänzungskapital

- Instrumente im Ergänzungskapital werden bereits ab fünf Jahre vor Endfälligkeit ratierlich zunehmend nicht mehr dem haftenden Eigenkapital zugerechnet, während bisher erst ab zwei Jahre vor Endfälligkeit eine stufenweise Nichtberücksichtigung erfolgte.

Alle anderen Änderungen gegenüber der bisherigen Definition der Eigenmittel nach Kreditwesengesetz (KWG) sind für HSBC Trinkaus entweder nicht einschlägig oder ohne signifikante Auswirkungen. So ist beispielsweise der Wegfall der Drittrangmittel in der neuen Definition der Eigenmittel für uns ohne Bedeutung, da wir auch bisher keine genutzt haben.

HSBC Trinkaus hat keine Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals emittiert, sodass das gesamte Kernkapital ausschließlich aus hartem Kernkapital besteht.

(ac) Ausblick

Die CRR beinhaltet gerade für die Ermittlung der Eigenmittel umfangreiche und sehr komplexe Übergangsregelungen. Bestimmte Posten werden erst sukzessive als Bestandteile der Eigenmittel anerkannt (phase-in), andere Positionen werden sukzessive nicht mehr als Bestandteile der Eigenmittel anerkannt (phase-out). In Summe ergeben sich aber daraus für HSBC Trinkaus weder auf Instituts- noch auf Konzernebene wesentliche Veränderungen in den nächsten Jahren.

(b) Liquidität

Unabhängig von der Höhe der Eigenmittel ist die Liquidität für Kreditinstitute die entscheidende Größe, um auch in Krisenzeiten alle Verpflichtungen vertragsgerecht bedienen zu können. Die Regelungen zur Liquidität bilden einen weiteren Schwerpunkt der CRR und gehen weit über die bisherigen aufsichtsrechtlichen Vorgaben hinaus. Aufgrund der sehr hohen Kundeneinlagen verbunden mit erheblichen Liquiditätspuffern auf der Aktivseite verfügt HSBC Trinkaus weiterhin über eine sehr komfortable Liquiditätsausstattung, die auch die neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben signifikant übersteigt. Zu den Einzelheiten unseres Managements von Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen zu den Liquiditätsrisiken im Risikobericht.

Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zwischen dem Bilanzstichtag und dem Datum der Aufstellung nicht eingetreten.

Prognose- und Chancenbericht

Die makroökonomische Ausgangssituation für 2014 ist für Deutschland günstig. Dank schwindender Befürchtungen eines Auseinanderbrechens des Währungsraums, der Konjunkturstabilisierung in der Peripherie, einer besseren Kapazitätsauslastung und überaus günstiger Finanzierungsbedingungen für die deutsche Industrie steht einem Investitionsaufschwung im Jahr 2014 nichts mehr im Wege. Davon dürfte auch der deutsche Arbeitsmarkt mit einem neuen Rekordhoch bei der Zahl der Beschäftigten weiter profitieren. Mit Blick auf die optimistische Stimmung unter den deutschen Unternehmen und trotz der möglichen, mittelfristig negativen Implikationen aus der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist die Perspektive somit positiv. Die guten Beschäftigungsaussichten, steigende Löhne, eine moderate Inflation und ein aufgrund der Nullzinspolitik der EZB nur geringer Sparanreiz schaffen dabei ein konsumfreundliches Umfeld. 2014 sollte sich deshalb vor allem die solide Binnenkonjunktur als zentrale Stütze für die deutsche Konjunktur erweisen und ein Wachstum von 1,7 % ermöglichen.

Dieses Jahr sollte die Konjunktur auch in der Eurozone zurück auf Expansionskurs sein, der allerdings zu schwach ausfällt, um die Inflation anzutreiben, da der Arbeitsmarkt weiterhin unausgelastet ist und somit kein Lohndruck entsteht. Nach einer überschaubaren Teuerung von nur 1,4 % im letzten Jahr droht die Inflation in diesem Umfeld 2014 noch weiter zu sinken. Das hat die EZB im November dazu veranlasst, den Leitzins zum zweiten Mal in einem Jahr zu senken, diesmal um 25 Basispunkte auf 0,25 %. Mit Blick auf die anhaltend disinflationären Tendenzen stehen die Türen für Lockerungsmaßnahmen weiterhin weit offen.

Getrübt wird der Blick durch die anhaltenden Verspannungen, die einige Länder aus den Emerging Markets verspüren. Sie verfügen über hohe Leistungsbilanzdefizite und ihre Währungen stehen seit der ersten Ankündigung des „Taperings“ durch die US-amerikanische Zentralbank massiv unter Druck. Hierdurch sind deutsche Exporte in diese Länder betroffen. Es besteht die Gefahr, dass sich diese Verspannungen zu Krisen ausweiten und das globale Wachstum und damit auch die für Deutschland resultierenden Impulse verringern.

Während das gesamtwirtschaftliche Umfeld für HSBC Trinkaus wegen des Geschäftsschwerpunkts auf Deutschland solide und unterstützend sein sollte, werden andere Rahmenbedingungen die Ertragslage 2014 belasten. Hierzu zählt das extrem niedrige Zinsniveau am Geldmarkt.

Die solide Einlagenbasis der Bank hat durch die Überschussliquidität, die die EZB bereitgestellt hat, sehr stark an Wert verloren, eine positive Zinsmarge auf der Passivseite der Bank ist nicht mehr erzielbar, wodurch der Zinsüberschuss sinkt. Eine besonders negative Entwicklung dürfte entstehen, wenn die EZB den Zinssatz für die Einlagenfazilität von derzeit 0 % in den negativen Bereich absenken sollte.

Unsere Advances to Core Funding Ratio wird sich voraussichtlich durch das im Vergleich zum geplanten Einlagenwachstum überproportionale erwartete Wachstum im Kreditgeschäft leicht verschlechtern.

Änderungen externer Rahmenbedingungen durch Gesetzgeber und Regulatoren und deren nicht langfristig planbare Umsetzung belasten potenziell die Erlössituation der Bank und führen zu signifikant steigenden Verwaltungsaufwendungen. Hierzu könnte die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gehören, die je nach Ausgestaltung ein erhebliches Risiko für die Geschäftstätigkeit der Bank darstellen könnte.

Wir konzentrieren uns auf das Geschäft mit klar umrissenen Zielkundengruppen, ergänzt um Handelsaktivitäten, die vorrangig auf Kundenbedürfnisse abzielen. Dieses Geschäftsmodell kommt der Zielvorstellung der weltweiten Regulatoren deutlich näher als dasjenige von Häusern mit starkem Investment Banking, einer Abhängigkeit von Eigenhandelsaktivitäten und Refinanzierung über die Kapitalmärkte. Die Kapitalbasis wurde in den vergangenen Jahren aufgrund der soliden Ertragslage durch signifikante Zuführungen aus den Jahresergebnissen weiter gestärkt und übertrifft die regulatorischen Anforderungen. Durch das erfolgreiche Jahr 2013, in dem wir die Erlös-, Kosten- und Ergebnisprognosen erfüllt haben, haben wir ein gutes Fundament für die kommenden Jahre geschaffen.

Für HSBC Trinkaus steht 2014 die weitere Umsetzung der Mitte 2013 beschlossenen Wachstumsinitiative an, die den Schwerpunkt auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden legt, aber auch einen Ausbau des Global Banking & Markets-Geschäfts vorsieht.

Die ambitionierten Ziele der Wachstumsinitiative dürften bei planmäßiger Umsetzung zu erhöhtem Eigenkapitalbedarf führen, der nicht mehr durch Thesaurierung von Gewinnen befriedigt werden kann. Die HSBC-Gruppe hat sich bereit erklärt, die dann erforderlichen Kapitalmaßnahmen

men von HSBC Trinkaus zu unterstützen. Ein konkreter Zeitpunkt für eine Kapitalmaßnahme steht jedoch noch nicht fest.

Für 2014 erwarten wir einen Anstieg der Erlöse im mittleren einstelligen Prozentbereich. Wachstumstreiber soll das Commercial Banking mit einem deutlich zweistelligen Zuwachs an Erlösen sein, während die Aktivitäten in Global Banking & Markets und im Asset Management moderat wachsen dürften. Damit sieht unsere Planung ein deutlich schnelleres Wachstum als der Markt und klare Marktanteilsgewinne im deutschen Bankenmarkt vor.

Die Vorlaufkosten der Erweiterung der Geschäftsaktivitäten, die unter anderem die Eröffnung von vier zusätzlichen Standorten für die Firmenkundenbetreuung vorsehen, resultieren aus einem deutlichen Aufbau der Mitarbeiterzahlen für das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und einer entsprechenden Ausweitung der Produktangebote wie Zahlungsverkehr (Global Payments and Cash Management), Trade Finance und Receivable Finance. Aber auch die Servicebereiche der Bank und die zentralen Funktionen wie Personal, Risiko und Finanzen werden entsprechend ausgebaut. Dazu kommt eine Vielzahl an Projekten, um die IT-Unterstützung des Geschäfts auszubauen und die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen. Gemäß Planung wird dies zu einem zweistelligen Anstieg der Verwaltungsaufwendungen führen. Deswegen wird die Aufwand-Ertrag-Relation der Bank sich nach der Verbesserung im letzten Jahr wieder erhöhen und könnte die Marke von 70 % leicht übersteigen.

Eine Expansionsstrategie bedeutet höhere Risiken, aber auch größere Chancen. Dies gilt vor allem für den Ausbau des Kreditportfolios mit mittelständischen Firmenkunden. Die im europäischen Kontext positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft lässt diese Risiken jedoch als akzeptabel erscheinen. Derzeit fallen die Kreditmargen wieder unter das Maß adäquater Risikoprämien als Folge der überreichlichen Liquiditätsversorgung. Gleichwohl sind wir bereit, die Kreditvergabe auszubauen, wenn kundenseitig entsprechender Bedarf besteht. Wir erwarten, dass der Risikovorsorgebedarf deutlich höher ausfallen wird als 2013, zumal das Kreditwachstum mit höheren Portfoliowertberichtigungen einhergeht. Die Ausweitung der Zielratings im Firmenkundenbereich wird neben höherem Risikovorsorgebedarf auch eine erhöhte Kapitalunterlegung mit sich bringen. Damit einhergehend erwarten wir deutliche Belastungen in der Kernkapital- und

Eigenkapitalquote. Da unser Portfolio von unterschiedlichen Konzentrationsmerkmalen geprägt ist, kann bereits eine geringe Anzahl von Problemfällen zu signifikanten Einzelwertberichtigungen führen, die das Ergebnis entgegen der Planung belasten könnten.

Wir erwarten daher insgesamt einen Rückgang des Vorsteuerergebnisses um einen einstelligen Prozentsatz. Hiermit geht auch ein temporärer Rückgang der Eigenkapitalrendite einher, die aber weiterhin mit einem zweistelligen Prozentsatz einen in Deutschland vergleichsweise hohen Wert ausweisen wird. Der signifikante Ausbau des Geschäfts mit den dazu erforderlichen Investitionen kann somit ohne Ergebniseinbruch realisiert werden, wenn keine überraschenden Kreditausfälle erfolgen, die Entwicklung der Zins-, Währungs- und Aktienmärkte keinen Schocks ausgesetzt ist und die externen Einflüsse auf das kundenorientierte Geschäftsmodell der Bank beherrschbar bleiben.

Möglichkeiten zu Akquisitionen werden wir sorgfältig prüfen, wenn sich Synergien mit unseren bestehenden Geschäftsfeldern bieten. Auch die Akquisition interessanter Kundenportfolios schließen wir nicht aus, wenn sie dazu dient, die Kundenbasis der Bank zu erweitern.

Wir gehen mit Optimismus in das Jahr 2014 und stellen uns gerne den Herausforderungen des deutschen Markts und den selbst gesetzten Zielen für das Geschäftswachstum. Die Umsetzung unserer Planungen sollte es ermöglichen, unseren Aktionären auch in den kommenden Jahren eine angemessene Dividende zahlen und das Eigenkapital der Bank durch Thesaurierung weiter stärken zu können.

Risikobericht

Risikomanagement bei HSBC Trinkaus

Definition

Unter dem Risikomanagementsystem verstehen wir in Übereinstimmung mit DRS 20 die Gesamtheit aller Regelungen, die einen strukturierten Umgang mit Risiken beziehungsweise mit Chancen und Risiken im Konzern sicherstellen.

Risikopolitische Grundsätze

Es ist eine Kernfunktion von Banken, Risiken bewusst zu übernehmen, aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Als wesentliche Risiken unseres Bankgeschäfts sehen wir Adressenausfall-, Markt- und Liquiditätsrisiken, ferner operationelle sowie strategische Risiken. Aktive Risiko-steuerung bedeutet, die Risiken nach Art, Höhe und Umfang zu identifizieren und so zu gestalten, dass sie zum einen im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des Konzerns stehen und dass sich zum anderen angemessene Risiko-entgelte und Erträge erwirtschaften lassen.

Wir sind bereit, im Rahmen unserer risikopolitischen Grundsätze aktiv Markt- und Adressenausfallrisiken einzugehen. Operationelle Risiken wollen wir minimieren, soweit die Kosten dafür in einem angemessenen Verhältnis zur Risikovermeidung stehen. Zusätzlich sind adäquate Versicherungen abgeschlossen. Zur geschäftspolitischen Grundeinstellung unseres Hauses gehört es, Reputationsrisiken zu vermeiden. Liquiditätsrisiken schließen wir so weit wie möglich aus und nehmen dabei auch signifikante Mindererträge in Kauf.

Die Höhe der Gesamtrisiken wird von der Geschäftsleitung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat begrenzt. Die Angemessenheit von Risikoübernahmen wird insbesondere vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit des Konzerns und der besonderen Kompetenzen im Risikomanagement für die Kerngeschäftsfelder beurteilt. Diese Grundsätze gelten unverändert.

Seit dem Beginn der Bankenkrise und dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers hat sich der alte Grundsatz „Liquidität vor Rentabilität“ in einem drastisch veränderten Marktumfeld als überaus berechtigt erwiesen. Fragen der Liquiditätsausstattung der Bank haben für uns weiterhin die höchste Priorität. Wir haben

unsere hohe Liquiditätsreserve weiter ausgebaut und bei der Anlage der zufließenden Mittel im Geld- und Kapitalmarkt strikt darauf geachtet, die Liquidität bestmöglich zu erhalten, auch wenn andere Anlageformen teils deutlich höhere Erträge gebracht hätten. Wir sind uns bewusst, dass wir bei HSBC Trinkaus mit dem Geld unserer Einleger arbeiten, die uns ihre Mittel anvertrauen. Die neuen bankenaufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften bestätigen uns in unserer vorsichtigen Haltung, und entsprechend den neuen Anforderungen treffen wir ausreichend Vorsorge.

Die zweite zentrale Herausforderung an unser Risikomanagement war und ist das Management der Adressenausfallrisiken. Die Erfahrungen während der Euro-Schuldenkrise einschließlich der Entwicklungen in Griechenland und Zypern haben deutlich gemacht, dass auch Kreditausfälle bei Ländern der Eurozone nicht auszuschließen sind. Durch die expansive Geldpolitik der EZB hat sich die Risikosituation im Berichtszeitraum entspannt. Ob diese Entspannung nachhaltig ist und sich die schwache Bonität einzelner Euroländer grundlegend verbessern wird, werden erst die kommenden Jahre zeigen.

Deutschland hat im Jahr 2013 das erwartete Wirtschaftswachstum nicht erreichen können. Aufgrund der dennoch relativ günstigen konjunkturellen Situation insbesondere im Vergleich zur Eurozone ergab sich nur eine begrenzte Risikovorsorge für Einzelengagements in der Erfolgsrechnung der Bank. Aufgrund des Kreditwachstums hat sich aber die Portfoliowertberichtigung weiter erhöht. Die Wachstumsperspektiven für 2014 sind positiv, sodass wir mit Zuversicht die Umsetzung unserer Wachstumsstrategie im Firmenkundengeschäft angehen. Basis hierfür ist eine Neudefinition des Risikoappetits der Bank, die die gewachsene Eigenkapitalbasis und die erreichte Ertragsstärke berücksichtigt.

Wie im Vorjahr waren die Marktschwankungen an den Aktien-, Devisen- und Zinsmärkten begrenzt. Die Marktrisikolimits waren nur verhalten ausgenutzt. Es gab keinen Back Testing-Ausreißer beim Marktrisiko auf Gesamtbankebene.

Risikomanagement-Organisation

Die Risikomanagement-Organisation ist konzerneinheitlich und umfasst auch alle Tochtergesellschaften. Die Ausfüh-

rungen zum Risikomanagement beziehen sich daher immer auf den Konzern; die Zahlen entsprechen den Konzernwerten nach IFRS.

In der Risikomanagement-Organisation des Konzerns haben die folgenden drei Ausschüsse zentrale Funktionen:

- der Kreditausschuss für das Adressenausfallrisiko
- das Asset and Liability Management Committee für Markt- und Liquiditätsrisiken
- der Ausschuss für operationelle Risiken und interne Kontrollen für operationelle einschließlich rechtlicher und Reputationsrisiken

Eine wichtige Aufgabe für die Früherkennung von Risiken nimmt die Interne Revision wahr, die materiell bedeutende Risiken in ihren Berichten durch die Klassifizierung von Prüfungsfeststellungen besonders kennzeichnet. Zudem berichtet sie dem Vorstand und dem Prüfungs- sowie dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats anhand von Nachschauprüfungen über den Fortschritt bei der Beseitigung festgestellter Mängel.

Entsprechend dem Konzept der HSBC-Gruppe erstellt jeder Bereich der Bank Risk and Control Assessments, in denen die wesentlichen Risiken und die Kernkontrollen dargestellt werden. Weiterhin verfügt jeder Bereich über einen Business Risk and Control Manager, der die Einhaltung der in den täglichen Arbeitsabläufen vorgesehenen Kontrollen überprüft. Der Stabsbereich Operational Risk and Information Security ist unter anderem damit beauftragt, die Qualität der Risk and Control Assessments und die Durchführung der Kontrollen sicherzustellen. Durch diesen Organisationsaufbau ist angemessen gewährleistet, dass Risiken zeitnah erkannt und geeignete Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden – auch in Anbetracht der Spezialisierung und Größe der Bank. Gleichwohl halten wir fest, dass unvorhergesehene Risiken auftreten und niemals vollständig ausgeschlossen werden können.

Deswegen sind kurze Wege zur Geschäftsleitung, ein klares Bewusstsein auf allen hierarchischen Ebenen für eingegangene Risiken und die stetige Weiterentwicklung des Risikomanagements entscheidend.

Internal Capital Adequacy Assessment Process

Darüber hinaus wird unser aufsichtsrechtlich orientiertes Kapitalmanagement durch eine Analyse des ökonomischen Kapitalbedarfs ergänzt (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP). Der ICAAP basiert auf der zweiten Säule des Baseler Eigenkapitalrahmenwerks und erfüllt die von der deutschen Aufsicht vorgegebenen Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk). Den MaRisk zufolge haben Kreditinstitute Strategien und Prozesse einzurichten, die gewährleisten, dass genügend internes Kapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden, die Risikotragfähigkeit also permanent gewährleistet ist. Der ICAAP stellt bei HSBC Trinkaus einen integralen Bestandteil der Steuerung dar, der in die Prozesslandschaft des Risikomanagements eingebettet ist und einer fortlaufenden Weiterentwicklung unterliegt.

Die Analyse der Risikotragfähigkeit umfasst auch Risikoarten, die in den regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Banken nicht enthalten sind. Die Gegenüberstellung des ökonomischen Kapitalbedarfs erfolgt für verschiedene Szenarien, die durch zugehörige Stressbetrachtungen vervollständigt werden. Eine besondere Form der Stresstests stellen die sogenannten inversen Stresstests dar. Die MaRisk verlangen die Analyse von Szenarien, die den Bestand der Bank nachhaltig gefährden könnten. Ziel dieser Betrachtung ist die Identifikation von Extremszenarien, um dadurch einen besseren Blick auf bankspezifische Gefährdungspotenziale zu ermöglichen.

Die theoretischen Methoden und Modelle zur Quantifizierung des ökonomischen Kapitalbedarfs sind in den verschiedenen Risikoarten unterschiedlich weit entwickelt. Im Rahmen einer konservativen Vorgehensweise wird bei HSBC Trinkaus auf die Berücksichtigung von Diversifikationseffekten verzichtet.

Die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs passen wir kontinuierlich den wachsenden Anforderungen an. Die Risikotragfähigkeit wird quartalsweise analysiert, und die zugrunde liegenden Methoden werden im Capital Steering Committee ausführlich diskutiert. Die Protokolle des Capital Steering Committees werden dem Gesamtvorstand zugeleitet. Außerdem wird der ICAAP einmal im Jahr im Risk Committee des Aufsichtsrats besprochen. Die Risikotragfähigkeit der Bank ist unverändert gegeben, und die Eigenkapitalausstattung ist angemessen.

Sanierungsplan

Aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur global vertretenen HSBC-Gruppe, die mit einer Bilanzsumme von mehr als 2.700 Mrd. US-Dollar und einem Kapital von über 170 Mrd. US-Dollar zu den bedeutendsten und am besten gerateten Banken der Welt zählt, hat HSBC Trinkaus entsprechend den regulatorischen Anforderungen einen Sanierungsplan erarbeitet. Dieser Sanierungsplan umfasst eine ausführliche Beschreibung der rechtlichen Verhältnisse und der Geschäftsaktivitäten des HSBC Trinkaus-Konzerns. Er definiert mögliche, die Ertragslage, die Kapital-

ausstattung oder die Liquiditätsposition belastende Situationen, die eine Gefährdung der Bank darstellen könnten. Für diese Situationen sind mögliche Handlungsalternativen aufgezeigt, die eine Rückkehr in einen normalen operativen Modus ermöglichen. Durch Indikatoren sind eine frühzeitige Information der Geschäftsführung und das Einleiten von möglichen Gegenmaßnahmen sichergestellt. Durch diesen Sanierungsplan soll vermieden werden, dass die Bank in einem Krisenfall auf öffentliche Hilfen angewiesen ist. Der Plan wird jährlich aktualisiert und in die Jahresabschlussprüfung einbezogen.

Risikokategorien

Strategische Risiken

Unter strategischen Risiken verstehen wir mögliche Änderungen im Marktumfeld, in den regulatorischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen und in der Leistungsfähigkeit des Konzerns, die auf mittlere Sicht die Ertragskraft beeinträchtigen könnten. Sie ergeben sich zunächst aus dem geänderten Umfeld, in dem Banken nunmehr agieren müssen. Die neuen Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung und Refinanzierung des Bankgeschäfts werden ungeachtet der Anpassungsmaßnahmen, die wir vornehmen werden, die Rentabilität des von uns betriebenen kundenorientierten Geschäfts verringern. Diese Entwicklung, die durch erhöhte Kosten aus anderen regulatorischen Vorschriften verstärkt wird, wird aber nicht nur für unser Haus gelten. Des Weiteren können gesetzgeberische Schritte wie die Einführung einer Transaktionssteuer oder Einschränkungen beim Verkauf von Finanzprodukten die Ertragsbasis der Bank dauerhaft beeinträchtigen. Ferner resultieren strategische Risiken aus unserer geschäftspolitischen Ausrichtung mit einem sehr selektiven Kundenfokus, weil unsere Kunden aufgrund ihrer Bedeutung im Markt stark umworben werden.

Zur strategischen Position von HSBC Trinkaus gehört das Risiko, dass große Teile der Erträge von der Umsatztätigkeit der Kunden an den Aktien-, Renten-, Devisen- und Derivatmärkten sowie von der Aufnahmefähigkeit der Kapitalmärkte für neue Emissionen im Zins- und im Aktiengeschäft abhängig sind. Die Diversifizierung unserer Geschäftstätigkeit kann diesem Risiko nur bedingt entgegenwirken. So werden wir zum Beispiel unser Firmenkun-

dengeschäft verstärken und hierbei das Auslandsgeschäft, den Zahlungsverkehr und Receivable Finance ausbauen. In begrenztem Umfang können wir diesem Risiko auch dank der starken Integration in die HSBC-Gruppe gezielt entgegensteuern, weil wir dadurch für unsere Kunden auf vielfältige Produkte sowie ein globales Dienstleistungsangebot zugreifen können.

Wir sind zuversichtlich, dass sich die strategische Position von HSBC Trinkaus in Deutschland nicht verschlechtern wird, da wir in den vergangenen Jahren in allen Kundensegmenten unsere Marktposition verbessern konnten. Die Risikoprämien für Adressenausfallrisiken sinken derzeit wieder auf ein Niveau vor der Finanzkrise. Einzelne Banken mit niedrigen Ansprüchen an ihre Eigenkapitalverzinsung üben einen gewissen Preisdruck aus, und die Margen entsprechen nicht mehr dem Risiko durch einen vollen Kreditzyklus, sondern reflektieren nur noch das derzeitige gute konjunkturelle Umfeld. Diese Entwicklung wird vor allem durch die nachhaltige Überversorgung des Euro-Geldmarkts durch die EZB deutlich verstärkt. Insbesondere in Deutschland ist eine deutliche Überversorgung mit Krediten festzustellen, sodass die Inanspruchnahme relativ zu den eingeräumten Linien weiter sinkt. Das Niedrigzinsumfeld, das zu einer Entwertung einer überwiegend aus Kundengeldern bestehenden Passivseite führt, stellt eine zunehmende Herausforderung dar.

Bei der weiteren Modernisierung unserer IT-Architektur haben wir begonnen, den Nachholbedarf systematisch abzuarbeiten und primär – neben den regulatorischen Anforderungen – die Dienstleistungen für unsere Kunden weiter

zu unterstützen. Die Anpassung an neue Technologien und an das geänderte Umfeld erfordern auch in Zukunft den Einsatz bedeutender personeller und finanzieller Ressourcen. Diese Investitionen werden mit erhöhten Aufwendungen für Lizenz- und Wartungsgebühren von Fremdsoftware sowie für Abschreibungen auf Software und Hardware einhergehen; die Kosten für die Bank erhöhen sich dadurch weiter. Deswegen wirken wir in den Projekten der HSBC-Gruppe aktiv mit, durch welche die Effizienz der bankbetrieblichen Prozesse gesteigert und die Organisation insgesamt verschlankt werden soll. Hierzu zählt auch die Nutzung von Offshore-Möglichkeiten der HSBC-Gruppe, die wir zunehmend für die Erbringung von Dienstleistungen nutzen.

Die Bank richtet sich auf umfassende neue Regulierungen als Folge der Finanzmarktkrise ein. Die vorliegenden Regelungen übertreffen in Umfang und Komplexität die bisherigen Regelungen bei Weitem. Die Umsetzung stellt sowohl fachlich als auch bezüglich IT-Ressourcen eine große Herausforderung dar. Dabei ist nicht nur der Aufwand zur Einführung der neuen Regelungen gemeint, sondern auch die Einhaltung der Regelungen und Meldepflichten im laufenden Betrieb. Auch die Verlagerung staatlicher Aufgaben auf die Banken, wie die Erhebung der Abgeltungsteuer, führt zum permanenten Anstieg regulatorischer Kosten. Der Block der Fixkosten für die Bank wird unabhängig von ihren Ertragsmöglichkeiten erheblich größer und die kosteneffiziente Mindestbetriebsgröße der Bank maßgeblich beeinflusst. Gleichwohl gestehen wir zu, dass die ansteigende Regulierungsdichte auch durch das unverantwortliche Handeln einiger weniger Banken verursacht wurde, das es zukünftig zu verhindern gilt. Der mit dem Transformationsprozess der Bankbranche einhergehende strukturelle und dauerhafte Rückgang der Eigenkapitalrendite wird alle Banken grundsätzlich berühren. HSBC Trinkaus bereitet sich auf die kommenden Veränderungen aktiv vor.

Generell gilt, dass die fortlaufende Steigerung der Effizienz unabdingbar ist, damit die Wettbewerbssituation der Bank nicht beeinträchtigt wird.

Positiv vermerken wir, dass sich die strategische Ausrichtung der Bank in der Krise bewährt hat und wir zuversichtlich sind, aufgrund unserer konsequenten Kundenausrichtung und der guten Ausstattung mit Eigenkapital die Wachstumsinitiative erfolgreich umsetzen zu können.

Adressenausfallrisiken

(a) Definition

Unter Adressenausfallrisiko wird der teilweise oder vollständige Ausfall von Forderungen oder anderen schuldrechtlichen Instrumenten verstanden. Es bezeichnet die Gefahr, dass vertraglich zugesagte Leistungen des Geschäftspartners teilweise oder vollständig ausfallen. Wenn diese Gefahr auf Umständen beruht, die ihrerseits aus staatlichem Handeln hervorgehen, spricht man von Länderrisiko. Das Adressenausfallrisiko kann in Kredit-, Emittenten- und Kontrahentenrisiko unterteilt werden. Dabei bezeichnet Kreditrisiko das Risiko, bei dem ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen aus der Gewährung von Krediten nicht nachkommen kann. Emittentenrisiko ist das Risiko des Ausfalls des Emittenten eines Wertpapiers. Unter Kontrahentenrisiko versteht man das Risiko, durch den Ausfall eines Vertragspartners vertraglich vereinbarte Gegenleistungen nicht zu erhalten, obwohl die eigene Leistung erbracht wurde.

Von einem Ausfallrisiko können vor allem Kredite und Forderungen, Handelsaktiva, Finanzanlagen sowie Eventualverbindlichkeiten (Finanzgarantien) und Kreditzusagen betroffen sein. Außerdem können bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, des Devisenhandels sowie des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts Anschaffungsrisiken entstehen. Diesen widmen wir trotz der sehr kurzen Erfüllungsfristen erhöhte Aufmerksamkeit.

Die Quantifizierung der Risiken erfolgt durch die Ermittlung der folgenden Größen:

- Kredit(äquivalenz)betrag (Exposure)
- Verlustquote (Loss given default, LGD)
- Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of default, PD)

Ausfallwahrscheinlichkeiten werden durch die Risikoklassifizierungssysteme geschätzt. Sicherheiten finden in einer reduzierten Verlustquote Eingang. Der Kreditäquivalenzbetrag selbst entspricht bei Barkrediten dem ausstehenden Kreditbetrag. Bei der Gewährung von Finanzgarantien entspricht der Kreditäquivalenzbetrag dem Höchstbetrag, den die Bank zu begleichen hätte, wenn die Garantie in Anspruch genommen würde. Der Kreditäquivalenzbetrag von Kreditzusagen, die während ihrer Laufzeit nicht oder nur bei einer bedeutenden negativen Veränderung des Markts

widerrufen werden können, besteht in Höhe des vollen zugesagten Betrags. Bei Derivaten bestimmt sich der Kreditäquivalenzbetrag als Erwartungswert des positiven Marktwerts zum Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls des Kontrahenten.

Das sogenannte Exposure at Default (EAD) ergibt sich aus dem Kreditäquivalenzbetrag durch Anwendung eines Kreditkonversionsfaktors. Dieser repräsentiert den Unterschied zwischen heutigem Kreditäquivalenzbetrag und dem erwarteten Exposure im Falle eines Kreditereignisses. Exposure at Default, Verlustquote und Ausfallwahrscheinlichkeit werden zur Bestimmung des erwarteten wie des unerwarteten Verlusts eines Kreditengagements herangezogen.

(b) Kreditrisikostategie

Die Kreditrisikostategie, die mit dem Prüfungs- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats abgestimmt ist, gibt den Entscheidungsrahmen für das Eingehen von Ausfallrisiken vor. Sie wird regelmäßig überprüft und an die aktuellen Erfordernisse angepasst.

Uns leitet der Grundsatz der Risikodiversifizierung. Wir streben daher an, unsere Kreditrisiken möglichst breit auf Branchen und Kreditnehmer beziehungsweise Kontrahenten zu verteilen. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, dass der Kreditnehmer über einen ausreichenden Finanzierungsspielraum verfügt.

Die Bank hält sich im direkten Auslandskreditgeschäft bewusst zurück, es sei denn, dass sie eigene Kunden bei ihren Geschäften in der Welt begleitet. Hier sind wir dann mithilfe der lokalen HSBC-Einheiten in der Lage, umfassende Lösungen anzubieten.

(c) Risikoklassifizierungssysteme

Die Bank verwendet zur Risikoklassifizierung eine 23-stufige interne Rating-Skala, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Wir verwenden jeweils unterschiedliche Rating-Systeme für die vier Kundengruppen Internationale Großunternehmen, Deutscher Mittelstand, Banken und Finanzdienstleister. Die Rating-Systeme werden um Risikoklassifizierungssysteme für vermögende Privatkunden und deutsche Bundesländer ergänzt.

Das Rating-System für Kunden des deutschen Mittelstands ist eine Eigenentwicklung unseres Hauses. Es beruht auf einer statistischen Komponente zur Beurteilung

der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers anhand seiner Finanzdaten. Diese Komponente haben wir mithilfe interner Kundendaten entwickelt. Ergänzend kommt ein Expertensystem zur qualitativen Bewertung des Kunden und seines wirtschaftlichen Umfelds durch den zuständigen Kundenbetreuer hinzu. Ein Regelwerk zur Anerkennung von Haftungsverhältnissen innerhalb von Konzernverbänden vervollständigt das Rating-System.

Die Rating-Systeme für internationale Großunternehmen, Banken und Finanzdienstleister hat unser Haus von der HSBC-Gruppe übernommen, nachdem deren Eignung intern geprüft worden war. Wir nutzen damit für die international ausgerichteten Portfolios indirekt die umfangreiche Datenhistorie und die zusätzliche Expertise der Spezialisten innerhalb der HSBC-Gruppe. Die Rating-Systeme von HSBC werden ergänzt um eine qualitative Bewertung der Unternehmen und deren wirtschaftlichem Umfeld durch die zuständigen Kundenbetreuer und die lokalen Kreditexperten. Diese Bewertung ergänzt die statistische Analyse der Finanzdaten und die Analyse des Branchen- und Länderrisikos.

Im Bereich der Vermögenden Privatkunden setzt die Bank ein zehnstufiges internes Risikoklassifizierungsverfahren ein, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Das Verfahren ist jedoch von untergeordneter Bedeutung, da das Kreditgeschäft mit vermögenden Privatkunden in der Regel auf besicherter Basis stattfindet.

Für deutsche Bundesländer gibt es ebenfalls ein im Wesentlichen qualitatives Risikoklassifizierungsverfahren, das auf die Parameter Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Verschuldung pro Kopf, Bevölkerungsgröße sowie Zahlungen an den oder aus dem Länderfinanzausgleich abstellt.

Alle Risikoklassifizierungssysteme werden jährlich validiert. Dazu werden auch externe Portfoliodaten wie eine große externe Datenbank deutscher Unternehmen herangezogen.

Die Bank nutzt die oben beschriebenen Rating-Systeme als interne Modelle für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung von Ausfallrisiken. Es handelt sich dabei um den Foundation-Ansatz des Internal Rating Based Approachs (IRBA). Es werden also lediglich PD-Schätzungen ermittelt. Bei Loss Given Default und Exposure at Default wird auf die aufsichtsrechtlichen Standardparameter abgestellt. Die Bank plant allerdings mittelfristig den IRB Advan-

ced-Ansatz einzuführen. Als Vorbereitung hierzu verwendet die Bank seit Dezember 2012 zur Schätzung des Loss Given Default von Unternehmen ein selbst entwickeltes Modell im Rahmen der Ermittlung des ökonomischen Kapitals. Ab Januar 2014 wird darüber hinaus ein Modell zur Schätzung des Exposure at Default zur Ermittlung des ökonomischen Kapitals herangezogen.

Pflege, Überwachung und Weiterentwicklung der bei HSBC Trinkaus verwendeten Kreditrisikomesssysteme, vor allem des hauseigenen Mittelstands-Rating-Systems, fallen in die Zuständigkeit des Bereichs Risk Control.

(d) Limite

Der Vorstand hat Kreditkompetenzen (differenziert nach Größenordnung, Seniorität der Kompetenzträger und Bonität des Kreditnehmers) unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen für Groß- und Organkredite delegiert (Kompetenzordnung). Maßstab für die gewährte Kreditkompetenz sind die Qualifikation und die Krediterfahrung der Mitarbeiter.

Kreditrisiken, die ein Länderrisiko einschließen, dürfen nur im Rahmen genehmigter Länderlimite eingegangen werden. Kredite an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland tragen stets ein Länderrisiko, es sei denn, es liegt eine vollwertige inländische Besicherung vor. Kredite an Kreditnehmer mit Sitz im Inland tragen dann ein Länderrisiko, wenn sie auf der Grundlage ausländischer Sicherheiten gewährt werden oder wenn der Kreditnehmer wirtschaftlich überwiegend von einem ausländischen Gesellschafter abhängt.

Länderrisiken werden gesondert limitiert und überwacht. Die Geschäftsleitung und der Prüfungs- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats genehmigen Länderlimite auf der Grundlage von Analysen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern und überprüfen diese mindestens einmal jährlich. Dazu nutzen wir die umfassende Expertise im weltweiten HSBC-Verbund.

Die Einhaltung von Länderlimiten wird täglich mithilfe von EDV-Programmen überwacht. Sie berücksichtigen auch Risikotransfers in andere Länder oder aus anderen Ländern.

Die Überwachung der Kreditinanspruchnahmen erfolgt auf täglicher Basis mithilfe eines Risikolimitsystems.

(e) Organisation des Kreditprozesses

Die Organisation des Kreditprozesses ist auf Größe und Zielgruppen des Kreditgeschäfts zugeschnitten und gewährleistet bei der Zusammenarbeit der Kundenbetreuer, Kreditanalysten und Credit Approver, dass Adressenausfallrisiken rechtzeitig erkannt und qualifiziert bearbeitet werden.

Das interne Rating, das Expertenwissen der am Kreditprozess Beteiligten sowie gegebenenfalls die gestellten Sicherheiten stellen die Basis für die Kreditentscheidung dar.

Vor einer Kreditgewährung sucht die Bank nach Möglichkeiten, das Kreditengagement anhand der Kundenbedürfnisse zu strukturieren. Infrage kommen zum Beispiel Syndizierungen und Kreditverbriefung durch Schuld-scheindarlehen oder die Begebung von Anleihen.

Jedes Kreditrisiko muss einmal jährlich überprüft, klassifiziert und dem Genehmigungsprozedere unterworfen werden, je nach Bonitätsklasse auch häufiger. Hierbei wird auch geprüft, inwieweit die Kundenverbindung im Verhältnis zur Risikoübernahme angemessen ertragreich ist. Bei Kunden mit Verbindungen zu anderen HSBC-Einheiten prüfen wir dies auch anhand globaler Ertragskennzahlen.

Bei nicht vertragsgerecht bedienten, zweifelhaften oder problembehafteten Forderungen werden unter Federführung der Marktfolge Strategien und Lösungen von Teams erarbeitet, die aus Mitarbeitern der Kundenbetreuung sowie der Kredit- und der Rechtsabteilung bestehen.

Wir bilden für Kreditengagements mit stark erhöhtem Ausfallrisiko, das heißt bei Vorliegen objektiver substanzieller Hinweise, eine Risikovorsorge. Dafür werden die zukünftigen Zahlungen aus dem Kredit und gegebenenfalls aus der Verwertung von Sicherheiten über die Kreditlaufzeit hinweg geschätzt. Auf diese Weise können wir den Barwert dieser Zahlungen mit dem Buchwert des Kreditengagements vergleichen. Die Risikovorsorge deckt den so ermittelten Fehlbetrag in voller Höhe ab.

In regelmäßigen Abständen prüft die Interne Revision das Kreditgeschäft, sowohl die adressenbezogenen Kreditrisiken als auch die Arbeitsabläufe und -methoden.

(f) Maximales Ausfallrisiko

Das maximale Ausfallrisiko gemäß IFRS 7 entspricht dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte einschließlich der OTC-Derivate. Börsengehandelte Derivate unterliegen aufgrund des Margin-Systems keinem Ausfallrisiko. Bei der Gewährung von Finanzgarantien sowie bei Kreditzusa-

gen entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Kreditäquivalenzbetrag.

Erhaltene Sicherheiten und andere Risikoreduzierungs-techniken sind dabei nicht eingerechnet. Das theoretisch maximale Ausfallrisiko zum Bilanzstichtag wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	31.12.2013		31.12.2012*	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Kredite und Forderungen	6.501,4	25,2	6.105,5	23,3
an Kreditinstitute	1.643,8	6,4	1.551,2	5,9
an Kunden	4.857,6	18,8	4.554,3	17,4
Handelsaktiva	6.440,3	25,0	8.027,1	30,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.484,0	9,6	3.853,2	14,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.393,4	5,4	807,9	3,1
Handelbare Forderungen	1.420,3	5,5	1.770,9	6,7
OTC-Derivate	1.136,6	4,4	1.595,1	6,1
Derivate in Sicherheitsbeziehungen	6,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	5.124,8	19,9	5.068,3	19,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.693,7	18,2	4.612,9	17,6
Aktien	29,9	0,1	38,9	0,1
Investmentanteile	95,5	0,4	80,2	0,3
Schuldscheindarlehen	209,1	0,8	235,6	0,9
Beteiligungen	96,6	0,4	100,7	0,4
Eventualverbindlichkeiten	1.621,4	6,3	1.805,6	6,9
Kreditzusagen	6.109,4	23,6	5.253,7	20,0
Insgesamt	25.797,3	100,0	26.260,2	100,0

* Vorjahreswerte angepasst

Speziell im Derivategeschäft werden Netting-Vereinbarungen und Vereinbarungen über die Unterlegung von Marktwerten mit bestimmten Sicherheiten abgeschlossen. Bei Netting-Vereinbarungen können gegenläufige Kontrakte mit einem einzelnen Kunden unter bestimmten Voraussetzungen gegeneinander aufgerechnet werden. Diese Vereinbarungen verringern das zuvor dargestellte maximale Ausfallrisiko deutlich (vgl. Darstellung unter (h) Angaben zur Kreditqualität – OTC-Derivate).

(g) Sicherheiten und andere Risikominderungs-techniken

Eine Besicherung wird grundsätzlich dort vereinbart, wo es geboten ist, beispielsweise bei langfristigen Finanzierungen, Kreditnehmern mit schwächeren Bonitäten oder reinen Wertpapierkrediten.

Die folgenden Tabellen geben den Zusammenhang zwischen dem maximalen Ausfallrisiko im Kreditbuch und den finanziellen Sicherheiten (ohne Garantien) wieder:

in Mio. €		31.12.2013			
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.643,8	4.857,6	1.621,4	6.109,4	14.232,2
davon unbesichert	1.593,0	3.736,1	1.331,7	6.065,3	12.726,1
davon vollbesichert	1,4	475,5	113,4	30,5	620,8
davon teilbesichert	49,4	646,0	176,3	13,6	885,3
Betrag der Teilbesicherung	2,0	412,2	73,5	10,9	498,6

in Mio. €		31.12.2012*			
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.551,2	4.554,3	1.805,6	5.253,7	13.164,8
davon unbesichert	1.473,0	3.651,9	1.619,1	5.120,2	11.864,2
davon vollbesichert	73,2	353,1	104,2	128,2	658,7
davon teilbesichert	5,0	549,3	82,3	5,3	641,9
Betrag der Teilbesicherung	4,5	397,9	50,3	4,3	457,0

* Vorjahreswerte angepasst

Die Kreditsicherheiten werden in EDV-Systemen erfasst und überwacht, die HSBC Trinkaus selbst entwickelt hat. Eine Zuordnung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird im Liniensystem vorgenommen.

Werden Finanzsicherheiten angenommen, werden die verpfändeten Konten und Depots im EDV-System erfasst. Sie werden täglich bewertet. Dazu dient ein EDV-Programm, das die Stammdaten der Sicherheiten mit den Konto- beziehungsweise Depotdaten verknüpft. Für die Bewertung werden Standardbeleihungssätze für verschiedene Finanzsicherheiten vorgegeben, von denen bei Bedarf durch Einzelfallentscheidungen der Kompetenzträger abgewichen werden kann (zum Beispiel zur Vermeidung von Klumpenrisiken). Sind für bestimmte Wertpapiere keine Standardbeleihungssätze definiert, wird individuell unter Einbeziehung der Kreditkompetenzträger darüber entschieden, ob eine Anerkennung als Sicherheit möglich ist und bis zu welcher Höhe ein Beleihungswert berücksichtigt werden darf.

Finanzsicherheiten in Form von Verpfändungen von Konten und Depots bei Drittbanken werden nur in Ausnahmefällen akzeptiert. Eine Bewertung erfolgt nur, wenn wir regelmäßig und zeitnah Bestandsbestätigungen von der Drittbank erhalten und die Qualität der Drittbank für uns ausreichend ist. Unser Ziel ist es immer, dass die Finanzsicherheiten zu uns transferiert werden.

Die Bewertung von Gewährleistungen und Garantien ergibt sich aus der Garantiesumme, die im Vertrag festgelegt ist, und der Bonität des Garanten. Demgegenüber werden Sachsicherheiten (Abtretungen von Forderungen und Rechten sowie Sicherungsübereignungen von Gegenständen) aufgrund der individuellen Besonderheiten jedes Einzelfalls nicht nach festen Regeln bewertet. Vielmehr berücksichtigen wir hier alle relevanten Risikoparameter. So werden bei der Bewertung beispielsweise der juristische Status der Sicherheitenvereinbarung, die Kreditqualität der abgetretenen Forderung, bei Sicherungsübereignungen auch der Standort, die Liquidierbarkeit der Sachwerte so-

wie die Volatilität der Marktwerte in Betracht gezogen. Abhängig vom Ergebnis dieser Analyse wird für jede gestellte Sicherheit ein Bewertungsabschlag festgelegt.

Grundsschulden sollen innerhalb eines Beleihungsrahmens bis zu 60 % liegen. Die Basis bildet der mit anerkannten gutachterlichen Methoden festgestellte und nachhaltig erzielbare Verkehrswert. Bei Immobilien basiert der Verkehrswert in der Regel auf dem Ertragswert. Liegt bei wohnwirtschaftlichen Immobilien eine überwiegende Eigennutzung vor, kann auch der Sachwert angesetzt werden.

Als Sicherheiten im Auslandsgeschäft kommen insbesondere staatliche und privatwirtschaftliche Kreditversicherungen und Bankgarantien in Betracht. Garantien von privaten Kreditversicherern bilden auch die Basis für das Receivable Finance-Geschäft. Diese werden mit ihrer Garantiesumme bewertet.

Die gestellten Sicherheiten werden in regelmäßigen Abständen geprüft. Bei Grundpfandrechten bewerten wir das Beleihungsobjekt spätestens nach fünf Jahren neu. Wenn der grundpfandrechtlich besicherte Kredit den normalen Beleihungsrahmen von 50 % beziehungsweise 60 % des Werts des Beleihungsobjekts übersteigt, ist aber eine jährliche Überprüfung notwendig. Bei Zessionen und Sicherungsübereignungen ist von den Kompetenzträgern festzulegen, in welchen zeitlichen Abständen und welchem Detail- und Aussagegrad der Kunde entsprechende Nachweise für die Sicherheiten vorlegen soll.

Bei bewerteten Sicherheiten wird ihr jeweiliger Sicherungswert, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Obergrenzen (zur Vermeidung von Klumpenrisiken), für den Risikoausweis automatisch berücksichtigt.

Die ordnungsgemäße Bestellung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird mithilfe des Liniensystems überwacht.

(h) Angaben zur Kreditqualität Kredite und Forderungen sowie Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen

in Mio. €	31.12.2013				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.643,8	4.816,3	1.621,4	6.108,0	14.189,5
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	20,1	0,0	0,0	20,1
Einzelwertberichtigt **	0,0	21,2	0,0	1,4	22,6
Insgesamt	1.643,8	4.857,6	1.621,4	6.109,4	14.232,2

in Mio. €	31.12.2012*				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.551,2	4.521,2	1.804,6	5.251,5	13.128,5
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	0,8	0,0	0,0	0,8
Einzelwertberichtigt **	0,0	32,3	1,0	2,2	35,5
Insgesamt	1.551,2	4.554,3	1.805,6	5.253,7	13.164,8

* Vorjahreswerte angepasst

** einschließlich der Bildung von Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft

**Handelsaktiva und Finanzanlagen
(ausschließlich Rentenpapiere)**

Der folgenden Übersicht liegen die Ergebnisse externer Rating-Agenturen (in der Regel Standard and Poor's) zugrunde. Dabei ist berücksichtigt, dass externe Emissions-

Ratings lediglich für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere regelmäßig verfügbar sind. Falls verschiedene Rating-Agenturen zu unterschiedlichen Bewertungen desselben finanziellen Vermögenswerts kommen, ist der schlechtere Wert ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2013			31.12.2012		
	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt
AAA	1.133,2	1.985,8	3.119,0	2.027,6	2.077,0	4.104,6
AA+ bis AA-	1.188,0	1.578,0	2.766,0	1.590,7	1.388,9	2.979,6
A+ bis A-	50,0	550,2	600,2	115,2	623,6	738,8
BBB+ bis BBB-	90,4	459,1	549,5	94,7	304,7	399,4
Schlechter als BBB-	2,7	111,2	113,9	7,0	87,5	94,5
Ohne Rating	19,7	9,4	29,1	18,0	131,2	149,2
Insgesamt	2.484,0	4.693,7	7.177,7	3.853,2	4.612,9	8.466,1

OTC-Derivate

Zur Beurteilung der Kreditqualität von OTC-Derivaten werden deren Marktwerte im Folgenden nach Kreditnehmerherkunft und -art aufgeschlüsselt:

		31.12.2013		31.12.2012	
		in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
OECD	Banken	932,1	81,6	1.318,5	82,7
	Finanzinstitute	53,6	4,7	67,8	4,3
	Sonstige	156,6	13,7	206,8	13,0
Nicht OECD	Banken	0,3	0,0	1,1	0,1
	Finanzinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0
	Sonstige	0,0	0,0	0,7	0,0
Insgesamt		1.142,6	100,0	1.594,9	100,0

Darüber hinaus werden in der folgenden Tabelle die ökonomischen Exposures der OTC-Derivate (inklusive Besicherungen) dargestellt:

in Mio. €	31.12.2013					
	Positive Marktwerte vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Add-on vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	EAD vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Netting-Vereinbarungen	Anrechnungsfähige Sicherheiten	EAD nach Netting und Sicherheitenvereinbarungen
Kein Netting	245	218	463			463
Netting & Cash Collateral	898	287	1.185	790	198	197
Insgesamt	1.143	505	1.648	790	198	660

Als Add-on wird der Risikozuschlag in Abhängigkeit des Basiswerts und der Laufzeit des Derivats bezeichnet. Unter Netting & Cash Collateral sind ausschließlich solche Verträge verrechnet, die für aufsichtsrechtliche Zwecke als verrechenbar anerkannt sind.

(i) Angaben zu Engagements, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir ermitteln die Qualität der Kredite und Forderungen einschließlich der von Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen, die weder überfällig noch wertgemindert sind, mittels eines internen Rating-Verfahrens. Unter Berücksichtigung risikoreduzierender Elemente, wie Sicherheiten, können die Kreditengagements auf sieben Kreditklassen aufgeteilt werden. Die Kreditklassen 1 bis 5 umfassen in der Regel Engagements, die weder überfällig noch wertgemindert sind. Die Kreditqualität zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

sichtigung risikoreduzierender Elemente, wie Sicherheiten, können die Kreditengagements auf sieben Kreditklassen aufgeteilt werden. Die Kreditklassen 1 bis 5 umfassen in der Regel Engagements, die weder überfällig noch wertgemindert sind. Die Kreditqualität zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

in Mio. €	31.12.2013				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Kreditklassen 1–2	1.562,4	1.442,0	851,3	3.005,5	6.861,2
Kreditklassen 3–4	81,4	3.219,4	756,0	3.005,2	7.062,0
Kreditklasse 5	0,0	154,9	14,1	97,3	266,3
Insgesamt	1.643,8	4.816,3	1.621,4	6.108,0	14.189,5

in Mio. €	31.12.2012*				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Kreditklassen 1–2	1.435,4	1.837,4	1.000,8	2.608,2	6.881,8
Kreditklassen 3–4	115,8	2.645,5	770,9	2.569,3	6.101,5
Kreditklasse 5	0,0	38,3	32,9	74,0	145,2
Insgesamt	1.551,2	4.521,2	1.804,6	5.251,5	13.128,5

* Vorjahreswerte angepasst

Wir haben wie schon im Vorjahr keine Neustrukturierungen einzelner Darlehensverträge zur Vermeidung von Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

(j) Angaben zu Krediten und Forderungen, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind

Kredite und Forderungen, die trotz einer Überfälligkeit nicht wertgemindert wurden, belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 20,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro) und bestehen ausschließlich gegenüber Kunden. Davon resultieren 19,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) aus dem Ankauf kreditversicherter Forderungen. Der Fair Value der Sicherheiten beläuft sich auf 19,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro). Von einer entsprechenden Wertminderung sehen wir ab, weil wir davon ausgehen, dass die Forderungen voll einbringlich sind. Aus den überfälligen, aber nicht wertgeminderten Forderungen sind 0,2 Mio. Euro seit weniger als 30 Tagen, 18,2 Mio. Euro zwischen 30 Tagen und 90 Tagen, 1,7 Mio. Euro seit über 90 Tagen und wiederum 0,0 Mio. Euro seit über einem Jahr überfällig.

(k) Angaben zu Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde

HSBC Trinkaus nimmt eine Risikovorsorge vor, sobald objektive substantielle Hinweise vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Wert eines finanziellen Vermögenswerts gemindert ist. Als derartige Hinweise gelten erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners sowie

hiermit verbundene Zugeständnisse unsererseits an den Kreditnehmer. Dazu zählen auch Vertragsverletzungen wie Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Hinzu kommen die Gefahr eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsbedarfs, das Verschwinden eines aktiven Markts für diesen finanziellen Vermögenswert oder sonstige Hinweise, die darauf schließen lassen, dass der erzielbare Betrag unter dem Buchwert für diese Art von Krediten liegt. Ein weiterer möglicher Hinweis ist die substantielle Wertminderung der Kreditsicherheit, wenn der Kredit im Wesentlichen auf diese Sicherheit abzustellen ist. Liegt einer dieser Hinweise vor, wird die Höhe der Wertminderung aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Wenn statistisch verlässliche Vergleichsdaten fehlen, schätzen sachkundige, erfahrene Mitarbeiter der Marktfolge die voraussichtlich erzielbaren Werte. Problematische Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde, werden von ihrer Bonität her als Ausfall eingestuft und damit automatisch der Kreditklasse 6 oder 7 zugeordnet. Zur Berücksichtigung von Länderrisiken kann indes unabhängig von der Bonitätsstufe des Kreditnehmers eine Risikovorsorge gebildet werden. Die Risikovorsorge für Länderrisiken beläuft sich auf 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro).

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Darstellung der einzelwertberechtigten finanziellen Vermögenswerte zum Bilanzstichtag wieder:

in Mio. €	31.12.2013			31.12.2012		
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt
Buchwert vor EWB *						
Kreditklasse 6	0,0	16,0	16,0	0,0	29,9	29,9
Kreditklasse 7	0,0	5,2	5,2	0,0	2,4	2,4
Summe	0,0	21,2	21,2	0,0	32,3	32,3
EWB *						
Kreditklasse 6	0,0	10,7	10,7	0,0	11,1	11,1
Kreditklasse 7	0,0	5,0	5,0	0,0	1,8	1,8
Summe	0,0	15,7	15,7	0,0	12,9	12,9
Buchwert nach EWB *	0,0	5,5	5,5	0,0	19,4	19,4

* EWB: Wertberichtigung auf Einzelbasis

Neben Wertberichtigungen auf Einzelbasis nimmt die Bank Wertberichtigungen auf Portfoliobasis vor. Diese betragen für Kredite und Forderungen 17,7 Mio. Euro (Vorjahr: 12,3 Mio. Euro) und für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,1 Mio. Euro).

Die Wertberichtigungen auf Finanzanlagen betragen zum Bilanzstichtag 29,7 Mio. Euro (Vorjahr: 33,6 Mio. Euro).

(l) Angaben zu erhaltenen Sicherheiten

Für Kredite und Forderungen, die einzelwertberichtigt sind, hält die Bank zum Stichtag keine Sicherheiten (Vorjahr: 13,0 Mio. Euro).

(m) Verwertung erhaltener Sicherheiten und Abruf anderer Kreditverbesserungen

Im Jahr 2013 wurden Sicherheiten und andere Kreditverbesserungen in Höhe von 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,5 Mio. Euro) verwertet beziehungsweise abgerufen.

(n) Angaben zur Ausfallrisikokonzentration

Eine Konzentration des Kreditrisikos kann vorliegen, wenn viele Schuldner ähnlichen Aktivitäten nachgehen oder in derselben geografischen Region tätig sind. Dann wird die Fähigkeit all dieser Schuldner, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber HSBC Trinkaus nachzukommen, stark von einzelnen Änderungen in den wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Rahmenbedingungen beeinflusst. Daher überwacht die Bank ihre Kreditrisikokonzentrationen nach Branchen und Regionen. Darüber hinaus kann eine Konzentration des Kreditrisikos auch vorliegen, wenn ein unverhältnismäßig hoher Anteil des Kreditrisikos sich auf einzelne Kreditnehmer konzentriert. Deshalb überwacht die Bank zusätzlich die Konzentration in Einzeladressen, um eine möglichst breite Verteilung des Ausfallrisikos zu erreichen. Weitere Aussagen zu potenziell existierenden Konzentrationsrisiken können anhand eines Portfoliomodells gemacht werden, das explizit Ausfallkorrelationen im Zeitverlauf berücksichtigt.

Zum Bilanzstichtag gliedert sich das maximale Ausfallrisiko der Bank wie folgt auf Branchen und Regionen:

	31.12.2013		31.12.2012	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Branchen				
Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige	12.372,4	48,0	10.523,8	40,1
Kreditinstitute und Finanzierungsinstitutionen	8.543,0	33,1	9.975,7	38,0
Öffentliche Haushalte	4.670,8	18,1	5.468,1	20,8
Wirtschaftlich unselbstständige Personen	211,1	0,8	292,6	1,1
Insgesamt	25.797,3	100,0	26.260,2	100,0

	31.12.2013		31.12.2012	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Regionen				
Inland	16.717,5	64,8	16.811,0	64,0
Sonstige EU (zuzüglich Norwegen und der Schweiz)	7.102,2	27,5	7.750,9	29,5
Asien	792,8	3,1	707,6	2,7
Resteuropa	545,9	2,1	461,4	1,8
Nordamerika	366,5	1,4	325,5	1,2
Südamerika	210,6	0,8	145,7	0,6
Afrika	34,1	0,1	45,5	0,2
Ozeanien	27,7	0,1	12,6	0,0
Insgesamt	25.797,3	100,0	26.260,2	100,0

Die Aufteilung nach Branchen zeigt, dass das maximale Ausfallrisiko im Wesentlichen zum einen gegenüber Kreditinstituten und zum anderen gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen besteht. Von dem Ausfallrisiko gegenüber Kreditinstituten entfallen 2.474,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2.963,9 Mio. Euro) auf andere Einheiten der HSBC-Gruppe.

Der Gliederung nach Regionen ist zu entnehmen, dass sich ein wesentlicher Teil der Kredite und Forderungen auf das Inland sowie auf EU-Länder zuzüglich Norwegen und der Schweiz konzentriert.

Gegenüber den Staaten Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Ungarn bestanden zum 31. Dezember 2013 keinerlei Exposures. Gegenüber Banken in Spanien und Italien bestanden ausschließlich Exposures aus Covered Bonds in Höhe von 69 Mio. Euro und 10 Mio. Euro, während gegenüber Banken in den anderen ge-

nannten Staaten keinerlei Exposures bestanden. Gegenüber Nichtbanken in Spanien, Italien, Irland und Ungarn bestanden Exposures in Höhe von 72 Mio. Euro, 60 Mio. Euro, 57 Mio. Euro beziehungsweise 2 Mio. Euro, während gegenüber Nichtbanken in Griechenland und Portugal keinerlei Exposures bestanden. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich unsere Kreditrisiken gegenüber beziehungsweise in den genannten Ländern in sehr engen Grenzen halten.

(o) Kreditportfoliosteuerung

Für die Bereitstellung der internen risikogewichteten Aktiva der Kreditpositionen sowie die Analyse der Kreditrisiken auf Portfolioebene ist der Bereich Risk Control verantwortlich. Hierzu verwendet die Bank ein vereinfachtes Portfoliomodell auf Basis der im Rahmen der IRBA-Meldung etablierten Kreditrisikomesssysteme. Das zur Eigenkapitalunterlegung genutzte aufsichtsrechtliche Modell geht von einer hohen Granularität des Portfolios und einer

starken Korrelation über einen zentralen Faktor (allgemeine Wirtschaftslage) aus. Bestimmte Korrelationsrisiken zum Beispiel innerhalb von Ländern, Branchen oder auch Konzernen werden nicht explizit abgebildet. Daher wird zur Validierung parallel das auf HSBC-Ebene verwendete Portfoliomodell RiskFrontier genutzt, um stichtagsbezogen Konzentrations- und Migrationsrisiken zu plausibilisieren. Adressenkonzentrationen existieren in natürlicher Weise gegenüber dem HSBC-Konzern, sind darüber hinaus aber nicht wesentlich. Die Ergebnisse der Risikoanalyse des Kreditportfolios fließen als Kreditrisikoanteil in die institutsweite interne Risikotragfähigkeitsanalyse (ICAAP) ein.

(p) Stress-Test

Vierteljährlich werden sowohl die regulatorische als auch die ökonomische Risikoberechnung des Kreditportfolios verschiedenen Stress-Test-Szenarien unterzogen. Die Konzeptionierung der Stress-Tests sowie die Berechnung und Analyse der Ergebnisse werden vom Bereich Risk Control unter Einbeziehung der Kreditabteilung und der Geschäftsbereiche vorgenommen. Dabei findet ebenfalls eine sehr enge Abstimmung sowohl hinsichtlich Methode als auch Szenarien mit der HSBC-Gruppe statt.

Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko bezeichnen wir die Gefahr von Verlusten, die infolge einer Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Operationelle Risiken sind in jedem Unternehmensbereich vorhanden und umfassen ein weites Spektrum. Rechtsrisiken werden ebenfalls als operationelle Risiken betrachtet.

Um die Effektivität des Risikomanagements und des Kontrollumfelds sicherzustellen, hat die Bank drei Sicherungsebenen installiert: Die erste Ebene bilden die Risiko- und Kontrollverantwortlichen in den Bereichen und Tochtergesellschaften, die sicherstellen, dass die Kernkontrollen entsprechend den jeweils gültigen Arbeitsablaufbeschreibungen ausgeführt und die Risiken auf das aus Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten gewünschte Maß reduziert werden. Hierzu werden alle wichtigen Kontrollen eingehend geprüft und die Ergebnisse dieser Prüfungen formal dokumentiert, um auf dieser Basis gegebenenfalls notwendige Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten. In der zweiten Ebene überwachen vor allem die Bereiche Operational Risk and Information Security sowie Compliance die Be-

wertung der Risiken und die Durchführung der Kontrollen. Die dritte Ebene wird von der Internen Revision im Rahmen der Durchführung von Revisionsprüfungen abgedeckt.

Der Ausschuss für operationelle Risiken und interne Kontrollen ist das zentrale Gremium für die übergreifende Steuerung von operationellen Risiken sowie Reputationsrisiken. Der Ausschuss tagt alle zwei Monate unter dem Vorsitz des für die Risikokontrolle zuständigen Mitglieds des Vorstands. Der Ausschuss ist ein wichtiger Bestandteil der Risikomanagement-Organisation und ermöglicht eine integrative und ressortübergreifende Kontrolle der operationellen Risiken in der Bank und dem gesamten HSBC Trinkaus-Konzern.

Der Ausschuss legt die Richtlinien und Standards zur Überwachung des internen Kontrollumfelds fest und ist für die Weiterentwicklung der Methoden, Verfahren und Prozesse des Managements operationeller Risiken verantwortlich. Zu den Kernaufgaben gehören vor allem auch die Überwachung des Risikoprofils der Gesamtbank und die Einleitung von geeigneten Maßnahmen, wenn sich das Risikoprofil außerhalb des gesetzten Rahmens bewegt.

Das Risk Management Committee der Bank nimmt die Protokolle des Ausschusses zur Kenntnis und diskutiert besonders wichtige Punkte. Gegebenenfalls wird der Vorstand der Bank involviert, um bedeutende Schadensfälle oder Entscheidungen des Ausschusses für operationelle Risiken oder des Risk Management Committees zu autorisieren. Dadurch ist sichergestellt, dass alle Mitglieder des Vorstands fortlaufend über aktuelle Entwicklungen und das Risikoprofil der Bank informiert sind.

Einmal jährlich berichtet der Leiter des Bereichs Operational Risk and Information Security dem Risiko- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats über alle Aktivitäten des Bereichs und des Ausschusses für operationelle Risiken und interne Kontrollen. Hierzu gehört auch die Darstellung der Gesamtverluste einschließlich der Erläuterung von besonderen Ereignissen.

Dem Vorstand liegt besonders daran, eine Risikokultur im HSBC Trinkaus-Konzern zu leben, in der Risiken frühzeitig erkannt und ebenso direkt wie offen kommuniziert werden. Die Arbeit des Ausschusses hat in den zurückliegenden Jahren das Bewusstsein für operationelle Risiken bei allen Mitarbeitern deutlich erhöht. Informationen, die ope-

rationelle Risiken betreffen, werden in die täglichen Entscheidungsprozesse einbezogen. Jede neue Mitarbeiterin und jeder neue Mitarbeiter muss an einer Pflichtschulung zum Thema operationelle Risiken teilnehmen.

Im Rahmen des Managements operationeller Risiken setzt die Bank verschiedene Instrumente ein: Die Analyse von internen Ereignissen hilft, aus vergangenen Fehlern zu lernen und existierende Prozess- und Kontrollschwächen abzustellen. Die Betrachtung externer Ereignisse unterstützt dabei, bisher unerkannte Prozess- und Kontrollschwächen sowie Risiken, die bei anderen Banken schlagend geworden sind, vorausschauend zu identifizieren und zu vermeiden, dass ähnliche Ereignisse HSBC Trinkaus treffen.

Eine zentrale Methode zur proaktiven Bestimmung von materiellen Risiken ist das sogenannte Risk and Control Assessment. Im Rahmen eines strukturierten Brainstorming-Prozesses werden die Kernrisiken einschließlich der Kernkontrollen für jeden Bereich oder Prozess identifiziert und dokumentiert. Das Verfahren umfasst eine Einschätzung der erwarteten typischen Verluste aus operationellen Risiken und bewertet auch das extreme Gefahrenpotential. In diesem Zusammenhang werden direkte finanzielle Kosten und indirekte Folgen für Kundenservice, Reputation sowie aufsichtsrechtliche Konsequenzen berücksichtigt. Des Weiteren setzen wir Methoden der Szenarioanalyse zur Bestimmung der größten operationellen Risiken ein und verwenden Schlüsselindikatoren, um möglichst frühzeitig eine Veränderung der Höhe von Risiken beziehungsweise eine Verschlechterung der Kontrolleffektivität zu bemerken.

Operationelle Risiken werden einschließlich ihrer Bewertung, der implementierten Kontrollen, der eingeleiteten Maßnahmen sowie der aufgetretenen Schadensfälle formal dokumentiert. Dazu dient ein von der HSBC-Gruppe entwickeltes EDV-System. Die Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften sind dafür verantwortlich, dass die gespeicherten Informationen jederzeit das aktuelle Risikoprofil widerspiegeln.

HSBC Trinkaus mindert operationelle Risiken durch ständige Kontrollen der Arbeitsabläufe, durch Sicherheitsvorkehrungen und nicht zuletzt durch den Einsatz qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Teil sind operationelle Risiken durch Versicherungen gedeckt. Die Prozesse in der Bank werden regelmäßig analysiert und fortlaufend

verbessert. Insbesondere ist der Bereich Operational Risk and Information Security auch bei der Konzeption und Genehmigung von neuen Produkten und Services eingebunden, um sicherzustellen, dass operationelle Risiken frühzeitig identifiziert und durch geeignete Maßnahmen minimiert werden. Flache Hierarchien und direkte Kommunikation ermöglichen es, Probleme schnell zu beheben und damit Risiken zu reduzieren.

Arbeitsablaufbeschreibungen legen für die einzelnen Prozesse detailliert die dazu gehörenden Kontrollen fest. Auf das Vier-Augen-Prinzip wird dabei besonderer Wert gelegt. Die Arbeitsablaufbeschreibungen werden regelmäßig überarbeitet und zentral verwaltet.

Das Management von Informationsrisiken erfolgt im Rahmen des Business Information Risk Officer (BIRO)-Programms, das durch einen zentralen Ausschuss, das Information Security Risk Committee des Konzerns, gesteuert wird. Der Ausschuss tagt quartalsweise, um relevante Fragestellungen zu diskutieren, Schwerpunkte festzulegen und entsprechende Maßnahmen zu beschließen.

Für jeden Bereich und jede Tochtergesellschaft sind Business Information Risk Officers benannt. Hierdurch ist sichergestellt, dass Informationsrisiken aus einer ganzheitlichen Perspektive betrachtet und neben technologischen auch fachliche, rechtliche und konzeptionelle Fragen umfassend berücksichtigt werden.

Die Einhaltung der Richtlinien der HSBC-Gruppe ist durch die Einbindung des Leiters des BIRO-Programms in die entsprechenden Aktivitäten der HSBC-Gruppe sichergestellt.

Marktrisiken

Unter Marktrisiko wird das Ausmaß verstanden, in dem sich der Marktwert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreisparameter zuungunsten der Bank entwickeln kann. Zum Marktrisiko zählen die Risikoarten Zinsrisiko (inklusive Credit Spread-Risiken), Wechselkursrisiken sowie Aktien- und sonstige Preisrisiken. Marktrisiken resultieren für HSBC Trinkaus vorwiegend aus dem Handel mit Zins-, Aktien- und Devisenprodukten sowie, in geringem Maße, aus Rohwarenprodukten ohne physische Lieferung.

Um Marktrisiken unter normalen Marktbedingungen zu messen, verwenden wir seit Jahren Value at Risk-Ansätze. Als Value at Risk bezeichnen wir den potenziellen Verlustbetrag, der über einen bestimmten Zeitraum (bis zum Risikohorizont) bei unveränderter Position mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. In der operationellen Steuerung der Marktrisiken der Bank werden dabei ein Risikohorizont von einem Handelstag und ein Konfidenzniveau von 99 % betrachtet. Für die Berechnung ökonomischer und aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen kommen andere Risikohorizonte und Konfidenzniveaus zum Einsatz. Auch diese Zahlen beruhen jedoch grundsätzlich auf dem gleichen Modell und werden zum Teil direkt abgelesen, zum Teil gemäß Risikohorizont und Konfidenzniveau skaliert. Die in diesem Abschnitt gelieferten Zahlen sind grundsätzlich der operativen Steuerung (ein Tag Haltedauer und 99 % Konfidenz) entnommen.

Unser Value at Risk-Modell beruht auf einer historischen Simulation der Risikofaktoren über eine Periode von 500 gleich gewichteten Handelstagen und deckt Zins-, Aktien-, Devisen- und Volatilitätsrisiken ab. Dabei werden alle Positionen unter Berücksichtigung veränderter Marktparameter komplett neu bewertet. Bei Zinsrisiken berücksichtigen wir sowohl allgemeine Zinsrisiken, die aus einer Veränderung des Marktzinsniveaus resultieren, als auch Spread-Risiken verschiedener Emittenten beziehungsweise Emittentenklassen.

Als Risikofaktoren sind vor allem berücksichtigt:

- Aktienkassakurse und Aktienindizes
- Devisenkassakurse inklusive Goldkurse
- Rohwarenkurse (verschiedene Ölsorten, Silber)
- Zero-Zinssätze für idealtypische Laufzeiten aus Swap-Zinskurven
- Credit Spreads für verschiedene Kategorien wie Pfandbriefe, Bundesländeranleihen und Bankanleihen mit weiteren Differenzierungen nach Bonität und/oder Laufzeit
- Aktien- und Aktienindexoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Devisenoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Volatilitäten von Optionen auf Bundesanleihen für idealtypische Laufzeiten
- Cap-/Floor-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Swaption-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten

Emittentenspezifische idiosynkratische Zinsrisiken werden weiterhin außerhalb des Risikomodells im Kreditrisikoprozess erfasst und durch Emittentenrisikolimits begrenzt. Im Handelsbuch der AG werden sie darüber hinaus über den aufsichtsrechtlichen Standardansatz abgedeckt.

Die Qualität der Risikomessung sichern wir durch das tägliche Back Testing des Modells. Dabei vergleichen wir das Bewertungsergebnis für die am Vortag vorhandene Handelsposition mit dem dafür berechneten Value at Risk-Wert. Zusätzlich wird seit 2012 beim Back Testing auch das Bewertungsergebnis unter Berücksichtigung von Neugeschäften herangezogen. Im Jahr 2013 trat auf der Handelsbuch-Ebene der Bank kein Back Testing-Ausreißer auf. Dies spricht auch weiterhin für die eher konservative Modellierung der Risiken.

Das Modell kommt grundsätzlich für alle Einheiten des Konzerns und für alle Handels- und Anlagebuchbestände zum Einsatz. Darunter fallen die Handels- und Anlagebücher der AG und der Luxemburger Tochtergesellschaften sowie die dem Anlagebuch zugehörigen konsolidierungspflichtigen Sondervermögen.

Im Folgenden sind die Marktrisiken des Konzerns nach Risikokategorien aufgelistet:

ANHANG I

in Mio. €		2013			
		31.12.	Maximum	Minimum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	2,9	2,9	1,0	1,8
	Währungsrisiko	0,1	0,7	0,0	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	0,7	4,0	0,6	1,5
	Credit Spread-Risiko	3,1	3,9	2,8	3,4
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
	Gesamtes Risiko	3,6	4,7	3,2	3,9
Gesamtbank	Zinsrisiko	4,9	4,9	0,8	2,7
	Währungsrisiko	0,1	0,7	0,0	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	1,8	6,2	1,6	3,1
	Credit Spread-Risiko	4,7	5,7	4,7	5,3
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
	Gesamtes Risiko	6,5	8,3	5,0	6,6

in Mio. €		2012			
		31.12.	Maximum	Minimum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	1,0	1,6	0,4	0,8
	Währungsrisiko	0,5	0,5	0,0	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	0,5	3,6	0,4	1,1
	Credit Spread-Risiko	3,3	4,0	2,1	3,0
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
	Gesamtes Risiko	3,8	4,4	2,4	3,2
Gesamtbank	Zinsrisiko	1,1	2,4	0,6	1,5
	Währungsrisiko	0,5	0,5	0,0	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	1,4	3,2	1,0	1,5
	Credit Spread-Risiko	4,9	5,3	4,2	4,7
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
	Gesamtes Risiko	4,5	5,3	3,9	4,6

Nach wie vor stellen auf Zinsen (inklusive allgemeiner Credit Spread-Risiken) und Aktien bezogene Risiken die größten Marktrisiken der Bank dar. Die Schwankungsin-tensität des Jahresverlaufs für den Value at Risk ist im Ver-gleich zu den Vorjahren deutlich zurückgegangen. Ursäch-lich hierfür ist vor allem, dass die Aktienrisiken an relativer Bedeutung für HSBC Trinkaus verloren haben.

Unser internes Value at Risk-Modell wenden wir auch an, um Marktrisiken in den von unseren Tochtergesellschaften verwalteten Sondervermögen zu quantifizieren.

Seit 31. Dezember 2011 wird auch der sogenannte Krisen-Risikobetrag (Stressed Value at Risk) berichtet. Die zugrun-de liegende Periode besonderen Stresses an den Märkten wurde auch im Jahr 2013 mit März 2008 bis Februar 2009 identifiziert. Das zur Berechnung des Krisen-Risikobetrags herangezogene Modell stimmt weitestgehend mit dem zur Bestimmung des normalen Value at Risk überein. Zur Vermeidung von Skalierungsannahmen wurde jedoch direkt auf einer Historie von überlappenden Zehn-Tage-Perioden gerechnet. Analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorgaben wurde die Länge der Historie auf ein Jahr statt bisher 500 Handelstage fixiert. Der Krisen-Risikobetrag schwankte im Verlauf des Jahres 2013 deutlich stärker als der normale Value at Risk. Ausschlaggebend dafür sind so- genannte Gap-Risiken, die im Zusammenhang mit börsen-gehandelten Knockout-Produkten entstehen. Betragsmä- ßig lag der Krisen-Risikobetrag 2013 in der Regel messbar über dem normalen Value at Risk. Im Sommer 2013 fiel er jedoch wegen der geringen Produktnachfrage zum Teil auf das Niveau des normalen Value at Risk zurück.

Zusätzlich zur Limitierung des Value at Risks kommen Sensitivitäts-, Volumen- und Laufzeitlimite zum Einsatz. Sie dienen einerseits dazu, Konzentrationsrisiken zu ver- meiden, andererseits helfen sie, solche Risiken zu berück- sichtigen, die nur unvollständig im Modell erfasst sind. Value at Risk-Ansätze sind nicht dazu geeignet, Verluste abzuschätzen, die in extremen Marktsituationen und bei zuvor nie beobachteten Ereignissen eintreten können. Da- her führen wir zur vollständigen Risikoerkennung ergän- zend ein tägliches Stress Testing durch. Dabei untersuchen wir die Auswirkung von extremen Marktbewegungen auf den Wert der Positionen. Die Ergebnisse des Stress Tes- tings gehören zum täglichen Risiko-Reporting und vermit- teln wertvolle zusätzliche Informationen. Für die unter Stress-Ereignissen auftretenden Verluste sind separate

Limite definiert. Die verwendeten Szenarien werden regel- mäßig überprüft und bei Bedarf angepasst.

Das Asset and Liability Management Committee teilt die Marktrisikolimite unter Berücksichtigung der Risikotragfä- higkeit der Bank und den Vorgaben des HSBC-Konzerns den Handelsbereichen zu und passt sie, falls erforderlich, im Laufe des Jahres an. Die Einhaltung aller Marktrisikoli- mite wird vom Bereich Risk Control täglich auf der Basis der Übernachtpositionen überwacht. Risk Control meldet diverse Risikozahlen zur konzernweiten Zusammenfas- sung von Marktrisiken an den HSBC-Konzern. Bei einer Akkumulation von Handelsverlusten eines Handelsbe- reichs wird sein Value at Risk-Limit automatisch gekürzt.

Als Marktliquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, auf- grund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Ge- schäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen bzw. glatt- stellen zu können. Das Management dieses Risikos erfolgt u. a. durch die Vergabe von Volumens- und Laufzeitlimiten, sodass dieses Risiko für uns nur von untergeordneter Bedeutung ist. Bei Bedarf wird diesem Risiko im Rahmen einer vorsichtigen Bewertung entsprechend Rechnung getragen. Ökonomische Sicherungsbeziehungen werden lediglich in dem Rahmen bilanziell abgebildet (Hedge Ac- counting), in dem diese die strikten Voraussetzungen des HGB und der IFRS erfüllen.

Liquiditätsrisiken

(a) Steuerung des Liquiditätsrisikos

Unter Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr der Zah- lungsunfähigkeit, die entsteht, wenn längerfristige Aktiva kürzerfristig finanziert werden oder unerwartet auftreten- de Geldabflüsse nicht ausgeglichen werden können. Das Liquiditätsrisiko kann auch in möglichen Verlusten, die sich als Folge von aktiven Maßnahmen gegen eine drohende Zahlungsunfähigkeit ergeben, bestehen.

Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit verringern wir durch unseren hohen Liquiditätspuffer und die verantwortungs- volle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Unsere Risiko- toleranz bei Liquiditätsrisiken haben wir anhand von quan- titativen und qualitativen Kriterien in unserem internen Rahmenwerk festgelegt. Darin sind strenge Maßstäbe für Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen vorgegeben, um auch bei extremen Ereignissen jederzeit zahlungsfähig zu bleiben. Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken sind

Schwellenwerte für verschiedene Beobachtungsgrößen definiert, die bei Verletzung in Eskalationsverfahren münden, die im dreistufigen, kurzfristig aktivierbaren Liquiditätsnotfallplan konkretisiert sind.

Während die operative Liquiditätssteuerung durch den Geschäftsbereich Treasury erfolgt, wird das strukturelle Liquiditätsrisiko der Bank durch das Asset and Liability Management Committee (ALCO) im Rahmen der mit HSBC abgestimmten Limite verantwortet. Zu den Aufgaben von ALCO gehören die Überwachung der Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen, die regelmäßige Anpassung der Liquiditätsrisikostategie und die Festlegung von innerbetrieblichen Verrechnungspreisen für Liquidität. Der Bereich Asset Liability and Capital Management (ALCM) ist für die Erstellung aller Richtlinien im Zusammenhang mit dem Liquiditätsrisikomanagement sowie für die Übernahme von Methoden der HSBC-Gruppe und deren Qualitätssicherung zuständig. Die regelmäßige Aktualisierung des Liquiditätsnotfallplans obliegt dem Treasury.

Unsere Liquiditätsrisikostategie sieht vor, dass die Bank ohne Rückgriff auf HSBC jederzeit selbstfinanziert ist und auch im Notfall ohne Beistand von HSBC ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen kann. Notenbankliquidität soll dabei nicht als dauerhafte Finanzierungsquelle genutzt werden. Die laufende Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt bei institutionellen Investoren (Wholesale Funding) hat für unsere Liquiditätssteuerung keine nennenswerte Bedeutung. Wir verfügen daher weder über ein Medium Term Note- noch über ein Commercial Paper-Programm und begeben auch keine Certificates of Deposits. Unsere primäre Finanzierungsquelle stellen Kundeneinlagen dar.

Unsere Liquiditätssteuerung beruht auf zwei zentralen Beobachtungs- und Steuerungskennzahlen: Zum einen bestimmen wir das Verhältnis von Kundenkrediten und langfristigen Finanzierungsmitteln (Advances/Core Funding Ratio) und bewerten dadurch die strukturelle Finanzierungslage der Bank, zum anderen erstellen wir Liquiditätsprognosen, um die Widerstandsfähigkeit der Bank im Hinblick auf verschiedene Stress-Szenarien zu bewerten.

Unsere Luxemburger Tochtergesellschaft HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A. ist in die Liquiditätsrisikosteuerung auf Konzernebene nach den konzerneinheitlichen Verfahren und Kennzahlen einbezogen. Darüber hinaus steuert sie ihre Liquidität auf Einzelinstitutsebene selbstständig und erfüllt dabei alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Luxemburg.

(b) Verhältnis von Kundenkrediten zu langfristigen Finanzierungsmitteln

Die Advances/Core Funding Ratio stellt eine zentrale Finanzierungskennzahl dar. Sie bezieht sich auf einen Zeithorizont von einem Jahr und setzt das Volumen an gewährten Kundenkrediten ins Verhältnis zum Volumen langfristig aufgenommenener Kapitalmarktfinanzierung und zu den als Bodensatz qualifizierten Kundeneinlagen. Aufgrund der Unterscheidung zwischen Bodensatz- (Core Funding) und Nichtbodensatzeinlagen (Non-Core Funding) lässt sich die Advances/Core Funding Ratio nicht unmittelbar aus der Bilanz ableiten. Diese Ratio betrug zum Jahresende 74,3 % (Vorjahr: 73,0 %).

in %	Advances / Core Funding Ratio	
	2013	2012
31.12.	74,3	73,0
Minimum	72,5	59,3
Maximum	82,2	76,3
Durchschnitt	77,0	64,8

(c) Liquiditätsprognosen und Liquiditätspuffer

Die Liquiditätsprognosen leiten sich aus sechs verschiedenen Stress-Szenarien ab, von denen fünf einheitlich in der HSBC-Gruppe verwendet werden. Die Szenarien unterscheiden sich durch unterschiedliche Annahmen für Liquiditätsabflüsse und Wertveränderungen von Wertpapieren,

die mit institutsspezifischen oder marktweiten Ereignissen in Verbindung gebracht werden können. In jedem Szenario prognostizieren wir über mehrere Laufzeitbänder die kumulierte Veränderung der Zahlungsein- und -ausgänge, wobei in den institutsspezifischen Szenarien ein vollständiger Abzug der nicht als Bodensatz qualifizierten Kunden-

einlagen innerhalb von drei Monaten und eine erhöhte Ziehung von offenen Kreditzusagen von bis zu 35 % im gleichen Zeitraum unterstellt werden. Dadurch entstehende Zahlungsmitteldefizite müssen durch die Verwertung des Liquiditätspuffers aus marktgängigen Aktiva ausgeglichen werden können. Dabei werden je nach Szenario unterschiedliche Bewertungsabschläge vorgenommen.

Die Mindesthöhe des dazu erforderlichen Puffers in einem institutskritischen Szenario stellt damit auch bei unerwarteten Zahlungsmittelabflüssen die Zahlungsfähigkeit der Bank jederzeit sicher. Das institutskritische Szenario ergibt sich aus einer jährlichen Risikobewertung in Zusammenarbeit mit HSBC auf der Basis von in- und externen Faktoren und wird durch ein bankeigenes Szenario ergänzt, das die Auswirkung einer Rating-Herabstufung von bis zu drei Rating-Stufen simuliert.

Der kumulierte Nettosaldo der liquiden Mittel nach drei Monaten und nach Verwertung des Liquiditätspuffers im institutskritischen Szenario ist die wichtigste interne Liquiditätskennzahl. Sie muss deutlich positiv sein.

Der Liquiditätspuffer besteht zu großen Teilen aus öffentlichen Anleihen, Pfandbriefen und anderen notenbankfähigen Aktiva, die nicht als Sicherheiten anderweitig eingesetzt sind. Wertpapier- oder Barsicherheiten, die für Besicherungs- oder Margin-Verpflichtungen an Dritte übertragen wurden, sind im Liquiditätspuffer nicht enthalten. Zum 31. Dezember 2013 hatten wir den Großteil dieser Aktiva mit einem Beleihungswert von 3,97 Mrd. Euro bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr: 5,28 Mrd. Euro) und damit in dieser Höhe potenziellen Zugriff auf Notenbankkredite. Wir haben 2013 mit Ausnahme eines Testgeschäfts zur Validierung unseres Liquiditätsnotfallplans an keinen neuen Hauptrefinanzierungsgeschäften der EZB teilgenommen.

Zum Jahresende beliefen sich im relevanten Szenario die prognostizierten Mittelzuflüsse zusammen mit den Erlösen aus der Verwertung des Liquiditätspuffers nach drei Monaten auf 105 % der prognostizierten Mittelabflüsse (Vorjahr: 109 %).

Mittelzuflüsse und Erlöse aus der Verwertung des Liquiditätspuffers im Verhältnis zu den Mittelabflüssen				
in %	Nach einem Monat		Nach drei Monaten	
	2013	2012	2013	2012
31.12.	108	119	105	109
Minimum	106	106	102	101
Maximum	130	129	116	112
Durchschnitt	116	119	108	106

Um die Höhe der Verluste zu bestimmen, die sich aus Notfallmaßnahmen zur Verhinderung einer Zahlungsunfähigkeit sowie aus gestiegenen Refinanzierungskosten ergeben könnten, legen wir auf dem institutskritischen Stress-Szenario aufbauend mögliche Zahlungsabflüsse zugrunde und betrachten verschiedene Handlungsalternativen und Marktsituationen. Das Ergebnis geht als Liquiditätsrisikanteil in die interne Risikotragfähigkeitsanalyse (ICAAP) ein.

Dieser beläuft sich im Going Concern-Szenario per 31. Dezember 2013 auf 26,6 Mio. Euro (Vorjahr: 75,8 Mio. Euro).

(d) Eventualverbindlichkeiten aus zugesagten Kreditlinien

Die folgende Tabelle zeigt die Höhe der fünf größten ungezogenen Barkreditlinien sowie derer, die dem größten Marktsektor zugesagt sind. Diese Größen sind im Rahmen der Liquiditätssteuerung limitiert.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Ungezogene zugesagte Barkreditlinien		
Die fünf größten	822,2	680,8
An den größten Marktsektor	1.161,6	923,8

(e) Finanzierungsstruktur und Liquiditätsablaufbilanzen

Die fristenkongruente Finanzierungsstruktur überwachen wir anhand regelmäßig erstellter Liquiditätsablaufbilanzen, bei denen die Liquiditätsbindung getrennt nach vertraglichen und erwarteten Laufzeiten betrachtet wird. Zudem wird die Abhängigkeit von einzelnen Gläubigern durch Konzentrationsquoten für die 20 größten Gläubiger gemessen. Es bestehen keine materiellen Konzentrationen bei den Vermögenswerten und Finanzierungsquellen oder in Bezug auf Fremdwährungen.

Wir begeben keine Finanzierungsinstrumente, die eine beschleunigte Rückzahlung in Abhängigkeit von einer Verschlechterung der eigenen Bonität vorsehen oder statt in bar durch Lieferung eigener Aktien beglichen werden können. Besicherungsverpflichtungen in bar oder Wertpapieren können im Zusammenhang mit börsengehandelten

Geschäften, die über zentrale Gegenparteien abgewickelt werden, einseitig entstehen oder beidseitig bei OTC-Geschäften, die unter Rahmenverträgen mit Besicherungshängen abgeschlossen werden. Die Einzelgeschäfte unterliegen dabei üblicherweise Netting-Vereinbarungen.

Zur Darstellung des Liquiditätsrisikos der Bank geben wir im Folgenden einen Überblick über die Restlaufzeiten der finanziellen Verbindlichkeiten. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Mittelflüsse einschließlich zukünftiger Zinszahlungen undiskontiert ausgewiesen. Derartige nichtdiskontierte Mittelflüsse können von dem Buchwert abweichen, der in der Bilanz ausgewiesen ist.

in Mio. €	31.12.2013						
	Buchwert	Σ	Bruttoabflüsse (undiskontiert)				
			< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.–4 J.	> 4 J.
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.269,4	1.269,4	1.263,7	0,6	0,1	5,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.219,1	12.222,4	11.177,8	595,0	170,5	254,3	24,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	11,5	0,4	0,0	0,0	11,1	0,0
Handelsspassiva (ohne Derivate*)	2.167,5	2.492,5	331,2	127,1	454,6	408,4	1.171,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen	46,9	56,2	0,0	0,0	5,1	21,4	29,7
Rückstellungen**	142,7	155,9	117,4	0,0	0,0	0,0	38,5
Sonstige Passiva	229,3	230,3	57,3	7,3	44,6	107,6	13,5
Nachrangkapital	345,7	537,0	0,0	20,3	28,5	73,4	414,8
Zwischensumme	16.430,6	16.975,2	12.947,8	750,3	703,4	881,2	1.692,5
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	1.084,8	1.084,8	1.084,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	6.109,4	6.109,4	6.109,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	23.624,8	24.169,4	20.142,0	750,3	703,4	881,2	1.692,5

* Entsprechend den Änderungen des IFRS 7 vom März 2009 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate der Handelsspassiva berücksichtigt, die nicht der Absicherung von langfristigen Positionen der Bank dienen.

** Der Verpflichtungsüberhang gemäß IAS 19 ist mit seiner durchschnittlichen Laufzeit berücksichtigt.

in Mio. €	31.12.2012***						
	Buchwert	Σ	Bruttoabflüsse (undiskontiert)				
< 1 Mon.			1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.–4 J.	> 4 J.	
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.219,5	1.219,6	1.205,0	0,7	8,7	5,2	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.880,4	11.888,2	10.480,9	764,6	347,6	253,0	42,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	12,0	0,4	0,0	0,0	1,2	10,4
Handelsspassiva (ohne Derivate*)	2.236,7	2.535,2	362,1	141,7	568,7	427,5	1.035,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen	70,4	85,0	0,0	0,0	0,0	41,1	43,9
Rückstellungen**	136,6	151,3	108,5	0,0	0,0	0,0	42,8
Sonstige Passiva	275,0	276,8	57,3	13,6	146,1	52,6	7,2
Nachrangkapital	353,4	569,6	0,0	0,0	7,9	94,4	467,3
Zwischensumme	16.182,0	16.737,7	12.214,2	920,6	1.079,0	875,0	1.648,9
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	1.805,6	1.805,6	1.805,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	5.253,6	5.253,6	5.253,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	23.241,2	23.796,9	19.273,4	920,6	1.079,0	875,0	1.648,9

* Entsprechend den Änderungen des IFRS 7 vom März 2009 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate der Handelsspassiva berücksichtigt, die nicht der Absicherung von langfristigen Positionen der Bank dienen.

** Der Verpflichtungsüberhang gemäß IAS 19 ist mit seiner durchschnittlichen Laufzeit berücksichtigt.

*** Vorjahreswerte angepasst

Die Analyse der Restlaufzeiten zeigt, dass der Großteil der Finanzinstrumente innerhalb der ersten drei Monate nach dem Bilanzstichtag vertraglich fällig ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die tatsächlichen Zahlungen aus bilanziellen und außerbilanziellen Verpflichtungen regelmäßig später als zum vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

IFRS 7 verlangt die Darstellung der Bruttoabflüsse nach vertraglichen Restlaufzeiten. Der Aussagegehalt einer solchen Tabelle zur Liquidität der Bank ist begrenzt, weil vor allem die erwarteten Zahlungsströme für die wirksame Steuerung verwendet werden. Die interne Liquiditätssteuerung sowie die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen geben einen wesentlich besseren Einblick in die Liquiditätsposition.

ANHANG I

Wir stellen im Folgenden die Buchwerte der wesentlichen Aktiva und Passiva, die zu künftigen Zahlungsabflüssen oder -zuflüssen führen, einander nach Restlaufzeiten gegenüber:

in Mio. €		< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.– 4 J.	> 4 J.	ohne feste Laufzeit	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2013	1.236,2	274,9	130,2	2,5	0,0	0,0	1.643,8
	31.12.2012	1.297,2	139,2	112,4	2,4	0,0	0,0	1.551,2
Forderungen an Kunden	31.12.2013	2.569,5	1.291,9	648,7	274,2	73,4	0,0	4.857,6
	31.12.2012	2.745,0	1.132,0	405,7	260,9	10,7	0,0	4.554,3
Handelsaktiva* / **	31.12.2013	6.747,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.747,6
	31.12.2012	8.261,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	8.261,5
Finanzanlagen	31.12.2013	255,1	51,3	393,0	2.779,6	1.423,8	222,0	5.124,8
	31.12.2012	81,8	31,3	402,9	2.821,9	1.510,6	219,8	5.068,3
Sonstige Aktiva	31.12.2013	3,1	0,0	9,2	0,0	0,0	152,2	164,5
	31.12.2012	1,1	0,0	10,9	0,0	0,0	200,1	212,1
Insgesamt****	31.12.2013	10.937,7	1.618,1	1.181,1	3.056,3	1.497,2	248,0	18.538,3
	31.12.2012	12.386,6	1.302,5	931,9	3.085,2	1.521,3	419,9	19.647,4

in Mio. €		< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.– 4 J.	> 4 J.	ohne feste Laufzeit	Gesamt
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	31.12.2013	1.263,7	0,6	0,1	5,0	0,0	0,0	1.269,4
	31.12.2012	1.205,0	0,7	8,7	5,1	0,0	0,0	1.219,5
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	31.12.2013	11.177,6	594,7	170,2	252,3	24,3	0,0	12.219,1
	31.12.2012	10.480,5	763,8	346,6	249,0	40,5	0,0	11.880,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	31.12.2013	0,0	0,0	0,0	10,0	0,0	0,0	10,0
	31.12.2012	0,0	0,0	0,0	0,0	10,0	0,0	10,0
Handelspassiva* / **	31.12.2013	4.053,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.053,0
	31.12.2012	4.651,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.651,5
Rückstellungen***	31.12.2013	117,4	0,0	0,0	0,0	25,3	0,0	142,7
	31.12.2012	108,6	0,0	0,0	0,0	28,0	0,0	136,6
Sonstige Passiva	31.12.2013	57,3	7,3	44,5	106,8	13,4	0,0	229,3
	31.12.2012	57,3	13,6	145,6	51,7	6,7	0,1	275,0
Nachrangkapital	31.12.2013	0,0	20,0	27,5	61,2	237,0	0,0	345,7
	31.12.2012	0,0	0,0	7,7	78,7	267,0	0,0	353,4
Insgesamt****	31.12.2013	16.669,0	622,6	242,3	435,3	300,0	0,0	18.269,2
	31.12.2012	16.502,9	778,1	508,6	384,5	352,2	0,1	18.526,4

* Handelsaktiva und -passiva sind entsprechend der Halteabsicht im kürzesten Laufzeitband ausgewiesen, unabhängig von der tatsächlichen Fälligkeit. Eine Restlaufzeitgliederung für Derivate gemäß deren vertraglichen Fälligkeiten findet sich im Anhang.

** ohne Derivate, die Bestandteil einer Sicherungsbeziehung sind

*** Der Verpflichtungsüberhang gemäß IAS 19 ist mit seiner durchschnittlichen Laufzeit berücksichtigt.

**** Vorjahreswerte angepasst

Die folgende Übersicht gibt die Liquiditätskennzahl der Bank nach der Liquiditätsverordnung (LiqV) wieder, die weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht:

in %	Liquiditätskennzahl nach LiqV	
	2013	2012
31.12.	2,39	2,18
Minimum	1,91	1,69
Maximum	2,51	2,23
Durchschnitt	2,17	1,96
Soll nach § 2 LiqV	1,00	1,00

(f) Zukünftige aufsichtsrechtliche Anforderungen

Zum 1. Januar 2014 ist die Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) als europäisches Recht auch unmittelbar in Deutschland in Kraft getreten. Die CRR beinhaltet weite Teile der als Basel III bekannten Änderungen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Ein Schwerpunkt dieser Verordnung sind die Regelungen zur Liquidität. Dabei werden zwei neue Kennzahlen zur Überwachung der Liquiditätssituation definiert:

- Liquidity Coverage Ratio (LCR)
- Net Stable Funding Ratio (NSFR)

Die LCR ist erstmalig per Ende 31. März 2014 zu ermitteln. Während 2014 für die LCR noch keine aufsichtsrechtliche Mindestgröße gilt, steigt die vorgegebene Mindestgröße (Limit) ab Januar 2015 von 60 % bis Januar 2019 auf 100 % sukzessive an. Nach unseren letzten Proberechnungen wird die LCR für unser Haus von Anfang an signifikant über 100 % liegen.

Die NSFR ist erstmalig per 31. März 2014 zu ermitteln. Die Mindestgröße der NSFR ist von den Aufsichtsbehörden noch nicht festgelegt.

Gesamtbild der Risikolage

Das Gesamtbild der Risikolage der Bank stellt sich ausgewogen dar. Basierend auf den Einschätzungen im Februar 2014 ergeben sich folgende Aussagen, die sich jedoch aufgrund von Veränderungen im Umfeld der Bank oder der Geschäftsaktivitäten im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres deutlich verändern können.

Wir bewerten die Risikolage im Folgenden grundsätzlich anhand der Dimensionen Wahrscheinlichkeit des Risikoeintritts und Auswirkungen auf die Bank, falls die Risiken eintreten.

Wir gehen von einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit aus, dass das Liquiditätsrisiko schlagend wird. Falls sich unsere derzeitige Liquiditätslage wider Erwarten verschlechtern sollte, ist eine ausreichende Liquiditätsversorgung im Euro-Geldmarkt durch die EZB sichergestellt. Sollten sich Span-

nungen im Euro-Geldmarkt ergeben, werden die Folgen abgemildert durch die hohe Liquiditätsreserve der Bank.

Wegen der niedrigen Limitallokation und -auslastung, etablierter Verfahren und eines erfahrenen Managements auf der Markt- und der Marktfolgesseite gehen wir von einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit beim Marktrisiko aus. Aufgrund unseres Marktpreisrisiko-Managementsystems erwarten wir, dass wir rechtzeitig auf Marktverwerfungen reagieren können und größere Verluste somit unwahrscheinlich sind.

Angesichts des stabilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds in den für unser Geschäft maßgeblichen Volkswirtschaften gehen wir von einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit für Adressenausfallrisiken aus. Allerdings erwarten wir infolge unserer Wachstumsstrategie steigende Ausfallrisi-

ken, sodass wir insgesamt von erhöhten Adressenausfallrisiken im Vergleich zum Vorjahr ausgehen. Wegen der Risikokonzentrationen im Portfolio kann bereits ein einzelner Ausfall zu einer spürbaren Risikovorsorge führen.

Sowohl die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen als auch die bereits begonnenen und noch ausstehenden Projekte im Zusammenhang mit unserer Wachstumsinitiative sowie die Integration neuer Mitarbeiter sind Gründe dafür, dass wir die Eintrittswahrscheinlichkeit operationeller Risiken im Vergleich zu den Vorjahren höher einschätzen. Darüber hinaus ist der Rückzug vom Standort Luxemburg mit erhöhten operationellen Risiken verbunden. Diesen Risiken begegnen wir mit erhöhter Aufmerksamkeit im Rahmen des Projektmanagements, um Schadensfälle soweit wie möglich zu vermeiden.

Trotz unserer konsequent kundenorientierten Strategie verbunden mit unserer soliden Eigenkapitalausstattung sehen wir leicht erhöhte strategische Risiken aufgrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik am Euro-Geldmarkt sowie von uns nicht beeinflussbaren externen Einflüssen regulatorischer oder politischer Art.

In der Gesamtbewertung erachten wir derzeit die Risikoausprägung der Bank als mittel. Es ist nicht möglich, alle Umfeldparameter und Auswirkungen der Geschäftstätigkeit mit ihren konkreten Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis 2014 und die mittel- bis langfristige Ertragsentwicklung umfassend einzuschätzen. Deswegen ist ein permanenter Risikomanagement-Prozess von höchster Bedeutung für die Bank. Er erfordert eine schnelle Reaktion auf sich ändernde Rahmenbedingungen oder einen unplanmäßigen Geschäftsverlauf. Wir sehen uns dank eines funktionsfähigen Steuerungssystems und einer offenen Kommunikations- und Verantwortungskultur gut vorbereitet für Chancen und Risiken des neuen Geschäftsjahres.

Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Allgemeines

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist integraler Bestandteil unseres Risikomanagementsystems. An dieser Stelle sollen die Anforderungen aus § 289 Abs. 5 HGB beziehungsweise § 315 Abs. 2 HGB zur Berichterstattung über die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erfüllt werden.

Das IKS im Hinblick auf die Rechnungslegung umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Einhaltung aller diesbezüglichen Vorschriften, die sich aus Gesetz oder Satzung ergeben. Es stellt sicher, dass unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt wird. Durch die implementierten Kontrollen soll mit hinreichender Sicherheit gewährleistet werden, dass ein regelungskonformer Einzel- und Konzernabschluss erstellt wird.

Durch die Einrichtung und permanente Weiterentwicklung unseres IKS kann zwar eine hinreichende, aber keine absolute Sicherheit bei der Erfüllung der Kontrollziele erreicht werden. Das bedeutet zum einen, dass die Einrichtung interner Kontrollen von deren Kosten-Nutzen-Verhältnis bestimmt ist. Zum anderen besteht bei der Umsetzung des IKS durch unsere Mitarbeiter das Risiko menschlicher Fehler bei der Ausführung von Tätigkeiten. Zudem können Irrtümer bei Schätzungen oder der Ausübung von Ermessensspielräumen auftreten. Daher können Fehlaussagen im Jahresabschluss nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden.

Organisatorischer Aufbau

Im Kapitel „Die Geschäftsbereiche“ sind der organisatorische Aufbau der Bank sowie die Zuständigkeiten innerhalb des Vorstands dargestellt. Das Rechnungswesen der Bank obliegt primär den Stabsbereichen Accounting und Controlling als Bestandteil der Finance-Funktion.

Im Bereich Accounting liegen die Zuständigkeiten für die Bilanzierung nach HGB (Einzelabschluss der AG) und nach IFRS (Konzernabschluss der AG und Teilkonzernabschluss für die HSBC Bank plc, London). Darüber hinaus sind die

Als wesentlich definieren wir einen Sachverhalt, wenn die Beurteilung des Jahresabschlusses durch den Bilanzleser und die Qualität der Rechnungslegungsinformationen beim Wegfallen dieser Informationen beeinträchtigt beziehungsweise wenn die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft unzutreffend dargestellt würde.

Das IKS im Rechnungslegungsprozess ist im Rahmen der Anforderungen aus dem US-amerikanischen Sarbanes-Oxley Act (SOX), der durch das Listing der HSBC-Aktie in New York indirekt auch für uns Geltung hat, umfassend dokumentiert und wird jährlich überprüft und aktualisiert. HSBC Trinkaus folgt den Prinzipien einer verantwortungsvollen Unternehmensführung und Unternehmensüberwachung, wie sie im Deutschen Corporate Governance Kodex festgelegt sind. Vorstand und Aufsichtsrat erklären gemäß § 161 AktG jährlich, dass den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird beziehungsweise welche Empfehlungen mit welcher Begründung nicht angewendet wurden oder werden. Diese Erklärung ist Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB, die auf unserer Homepage (www.hsbctrinkaus.de) veröffentlicht wird.

Darüber hinaus haben wir einen Verhaltenskodex schriftlich formuliert, der unser Werteverständnis und unsere Verhaltensstandards ausdrückt. Der Vorstand und alle Mitarbeiter haben sich schriftlich zur Einhaltung des Kodex verpflichtet. Ferner gibt es ein detailliertes, schriftlich fixiertes Compliance-Konzept.

Buchhaltung der wesentlichen deutschen Tochtergesellschaften sowie das aufsichtsrechtliche Meldewesen im Bereich Accounting angesiedelt.

Der Bereich Controlling ist für das interne Management-Informationssystem (MIS) verantwortlich, das im Wesentlichen aus der Ergebnisbeitragsrechnung, der Kostenstellenrechnung, der Kundenkalkulation sowie der Planung und Budgetierung besteht.

Für die Ermittlung der Markt- und Zeitwerte von Finanzinstrumenten ist der Bereich Risk Control zuständig. Dabei werden – sofern sie vorhanden sind – öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt; ansonsten erfolgt die Ermittlung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Die so ermittelten Preise fließen in die Back-Office- und Rechnungslegungssysteme über automatisierte Schnittstellen taggleich ein. Die Auswahl der verwendeten Datenquellen sowie die Zuordnung der verwendeten Bewertungsparameter und der anzuwendenden Bewertungsverfahren erfolgen durch Risk Control unabhängig vom Handel. Wesentliche Fragen zur Bewertung werden im monatlich tagenden Valuation Committee besprochen. Den Vorsitz hält das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied. Weitere Mitglieder sind die Leiter von Risk Control und Accounting sowie der Chief Operating Officer Markets als Vertreter der Handelsbereiche.

Der Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden vom Accounting vorbereitet und vom Vorstand aufgestellt. In der Februar-Sitzung des Aufsichtsrats wird über wesentliche Eckdaten des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses beraten. In einer zweiten Sitzung werden der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht satzungsgemäß durch den Aufsichtsrat gebilligt und damit festgestellt. Die Hauptversammlung fasst auf der Grundlage des festgestellten Jahresabschlusses den Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht sowie des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht und der Zwischenabschlüsse erfolgt im Bundesanzeiger.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungs- und Risikoausschuss gebildet. Dessen Aufgaben umfassen gemäß Geschäftsordnung unter anderem die Prüfung der Unabhängigkeit des vorgesehenen Abschlussprüfers, die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und die Honorarvereinbarung mit dem Abschlussprüfer, Maßnahmen zur Überwachung der Unabhängigkeit des Abschluss-

prüfers, die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses durch den Aufsichtsrat sowie wesentliche Fragen der Rechnungslegung und Grundfragen des Risikomanagements. Weitere Aufgaben sind in den Terms of Reference fixiert und umfassen insbesondere die Diskussion von Feststellungen der internen Revision, von Compliance-relevanten Sachverhalten und von sonstigen Themen mit Relevanz für das IKS. Dem Prüfungs- und Risikoausschuss stand Wolfgang Haupt, Düsseldorf, zum 31. Dezember 2013 vor. Weitere Mitglieder zu diesem Zeitpunkt waren Deniz Erkman, Krefeld, Dr. Hans Michael Gaul, Düsseldorf, und Simon Leathes, London.

Der Abschlussprüfer wird auf der Hauptversammlung für das laufende Geschäftsjahr gewählt, nachdem er seine Unabhängigkeit dem Vorsitzenden des Prüfungs- und Risikoausschusses des Aufsichtsrats angezeigt hat. Die Beauftragung des Abschlussprüfers erfolgt durch den Prüfungs- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats unter Beachtung der Vorgaben gemäß §§ 318 ff. HGB. Der Abschlussprüfer erläutert dazu in einer Sitzung des Prüfungs- und Risikoausschusses seinen Prüfungsplan mit den jeweiligen Prüfungsschwerpunkten. In einer weiteren Sitzung des Prüfungs- und Risikoausschusses erläutert der Abschlussprüfer seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse. In der Sitzung des Aufsichtsrats, in welcher der Jahresabschluss festgestellt wird, erläutert der Abschlussprüfer dem Gesamt-Aufsichtsrat seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse.

Die Interne Revision prüft entsprechend den Regelungen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des IKS. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über alle Aktivitäten, Prozesse und eingesetzten EDV-Systeme.

EDV-Systeme

Der Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG nach HGB sowie das MIS beruhen maßgeblich auf der integrierten Buchhaltung. Hierbei handelt es sich um ein selbst entwickeltes Großrechner-Programmpaket, das im Wesentlichen Daten und Zwischenergebnisse für den Tages-, Monats- und Jahresabschluss einschließlich Gewinn- und Verlustrechnung sowie für die Kostenstellenrechnung und die Kundenkalkulation bereitstellt. Durch die integrierte Buchhaltung ist eine enge Verzahnung von Bilanzierung und MIS gewährleistet. In der integrierten Buchhaltung wird auch eine Bilanzierung nach IFRS für die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG durch separate Buchungskreise dargestellt.

Diverse Vorsysteme zur Abwicklung der verschiedenen Geschäftsvorfälle übergeben den zugehörigen Buchungssstoff (maschinelle Grundbücher) automatisiert an die integrierte Buchhaltung. Die Abwicklung der Geschäftsvorfälle und damit die Bedienung der Vorsysteme erfolgt dezentral in den verschiedenen spezialisierten Back-Office-Bereichen (zum Beispiel Wertpapiergeschäfte in GEOS durch die HSBC Transaction Services GmbH, börsengehandelte Derivate in ION Trading durch Treasury and Derivatives Operations). Manuelle Grundbücher sind nur noch in Ausnahmefällen erforderlich.

In Ergänzung zur integrierten Buchhaltung werden sowohl externe Standard-Software als auch selbst entwickelte Buchungserfassungsprogramme sowie individuelle Daten-

verarbeitungsprogramme (Microsoft Excel und Access) verwendet. Sie dienen der Ermittlung von Buchungsdaten, die anschließend an die integrierte Buchhaltung übergeben werden. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Systeme zur Erfassung und Buchung von Rückstellungen, Erfassung und Bezahlung von Eingangrechnungen, zum Erstellen von Ausgangsrechnungen und zum Erfassen von einfachen Buchungssätzen sowie um Anwendungen zur Kontenabstimmung, zur Anlagenbuchhaltung und zur Darstellung des Anlage- und Rückstellungsspiegels.

Die Buchhaltung der Tochtergesellschaften erfolgt jeweils in einer Standard-Software-Lösung eines externen Software-Anbieters und dient primär der Erstellung des handelsrechtlichen Einzelabschlusses der jeweiligen Tochtergesellschaft.

Die Konsolidierung basiert maßgeblich auf TuBKons, einem selbst entwickelten Access-Programmpaket mit einer Datenhaltung in DB2. Basierend auf dem Import aus der integrierten Buchhaltung, den diversen Vorsystemen mit den benötigten Geschäftsdetails sowie der Buchhaltung aller wesentlichen Tochtergesellschaften (einschließlich der konsolidierungspflichtigen Spezialfonds), erfolgen die Schulden-, Aufwands- und Ertrags- sowie die Kapitalkonsolidierung und die Zwischengewinneliminierung in TuBKons. Darin werden auch für die Tochtergesellschaften die HGB-Zahlen auf IFRS-Werte übergeleitet und alle Konzernbewertungsmaßnahmen abgebildet.

Allgemeine Ausgestaltung des IKS

Maßgebliche Grundsätze für die Ausgestaltung des IKS im Rechnungslegungsprozess sind:

(a) Funktionstrennung

Der Kundenkontakt und der Geschäftsabschluss sind funktionsmäßig bis hin zur Vorstandsebene von allen nachgelagerten Prozessen klar getrennt. Neben der Internen Revision kommt der HSBC Transaction Services GmbH eine besondere Bedeutung für den Rechnungslegungsprozess zu. Sie ist unter anderem für die Abstimmung aller Loro- und Nostro-Konten, für die Abstimmung der Front-Office mit den Back-Office-Systemen sowie für die Abstimmung aller erhaltenen Geschäftsbestätigungen mit denen der

verschiedenen Back-Office-Bereiche zuständig. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(b) Vier-Augen-Prinzip und Kompetenzregelungen

Jede Buchung muss zwingend von einer zweiten Person verifiziert werden. Die Berechtigungen dafür richten sich nach Erfahrung und Fachwissen der einzelnen Mitarbeiter und sind regelmäßig in den EDV-Systemen hinterlegt. Sie werden turnusmäßig von den jeweiligen Bereichsleitern überprüft.

(c) Fachliche Kompetenz der Mitarbeiter

Die quantitative und qualitative Personalausstattung in Accounting und Controlling ist angemessen. Die Mitarbeiter verfügen in Abhängigkeit von ihrem Aufgabengebiet über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen. Dies wird im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses überprüft und sowohl im Stellenplan als auch im Ausbildungsbudget entsprechend berücksichtigt.

(d) Zugriffsberechtigungen

Für die integrierte Buchhaltung sowie alle anderen maßgeblichen Systeme in der Rechnungslegung sind differenzierte Zugriffsberechtigungen als Schutz vor unbefugten Eingriffen systemseitig etabliert.

Spezifische Komponenten des IKS

Als Anforderungen des Rechnungslegungsprozesses wurden neben den allgemeinen Grundsätzen auch spezifische Maßnahmen und Kontrollen etabliert:

(a) Bilanzierungsrichtlinien

Die gesetzlichen Anforderungen und relevanten Rechnungslegungsstandards werden in Bilanzierungsrichtlinien und Arbeitsablaufbeschreibungen konkretisiert, die regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert werden. Dazu zählen auch detaillierte Richtlinien der HSBC-Gruppe, die in mehreren Handbüchern (Manuals) schriftlich fixiert sind und regelmäßig aktualisiert werden. Die Einhaltung der Arbeitsablaufbeschreibungen ist standardmäßig Gegenstand der Prüfung des jeweils zuständigen Fachbereichs durch die Interne Revision.

(b) Plausibilitätsprüfung für alle Grundbücher

Während der Verarbeitung eines Grundbuchs werden diverse Plausibilitätsprüfungen systemseitig vorgenommen. Die Plausibilitätsprüfungen führen entweder zu einem Abweisen der Buchung oder zu einer Buchung mit Default-Einstellungen oder zu einem Fehlerprotokoll, das am nächsten Tag bearbeitet wird.

(c) Abstimmung der Back-Office-Systeme

Es werden täglich alle Transaktionen in Derivaten und Wertpapieren sowie alle Geldhandelsgeschäfte zwischen den Front-Office- und den Back-Office-Systemen von einer gesonderten Abteilung der HSBC Transaction Services GmbH abgestimmt. Eventuelle Differenzen werden am nächsten Tag geklärt.

(d) Lagerstellenabstimmung

Für alle Wertpapierbestände erfolgt monatlich eine Abstimmung mit allen Lagerstellen. Für die Eigenbestände

erfolgt darüber hinaus ein täglicher Abgleich zwischen dem Effekten-Nostro-System und den entsprechenden Hauptbüchern. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(e) Interne Konten und Depots

Alle Salden beziehungsweise Bestände auf internen Konten und Depots werden monatlich von den verantwortlichen Bereichen detailliert aufgeschlüsselt und bestätigt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Ausgleichs- und Verrechnungskonten, die zusätzlich nicht angekündigten Überprüfungen unterliegen. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(f) Abstimmung mit verbundenen Unternehmen

Alle Geschäfte innerhalb der HSBC Trinkaus-Gruppe werden monatlich konsolidiert. Dabei auftretende Differenzen werden protokolliert und geklärt. Geschäfte mit anderen Unternehmen aus der HSBC-Gruppe werden im Monatsbericht an HSBC separat dargestellt und von dieser automatisch konsolidiert. Dabei auftretende wesentliche Differenzen werden quartalsweise an die betroffenen Gesellschaften gemeldet und sind dort zeitnah zu klären.

(g) Saldenmitteilungen und Bestätigungen schwebender Geschäfte

Für alle Kundenkonten versendet die HSBC Transaction Services GmbH zweimal jährlich Saldenmitteilungen. Für schwebende Geschäfte, vor allem OTC-Derivate (einschließlich Devisengeschäfte), erfolgt jährlich eine gesonderte Abstimmung aller ausstehenden Geschäfte mit einer Stichprobe von Kontrahenten durch die Interne Revision.

(h) Abstimmung zwischen Accounting und Controlling

Da die Bilanzerstellung und das MIS gemeinsam auf der integrierten Buchhaltung basieren, ist die monatliche Abstimmung zwischen Controlling und Accounting ein zentraler Bestandteil des rechnungslegungsbezogenen IKS. Damit ist sichergestellt, dass alle wesentlichen Fehler zügig erkannt und korrigiert werden.

Die Verwaltungsaufwendungen laut Gewinn- und Verlustrechnung werden im MIS im Rahmen der Kostenstellenrechnung auf die kostenverursachenden Bereiche aufgeteilt und mit den Budgetwerten verglichen. Größere Abweichungen sind von den verantwortlichen Bereichsleitern mindestens quartalsweise zu erläutern.

Ebenso erfolgt eine Abstimmung der Zins- und Provisionsergebnisse laut Gewinn- und Verlustrechnung mit der Kundenkalkulation. Diese wird den Kundenbetreuern und den Leitern der kundenbetreuenden Bereiche monatlich zur Verfügung gestellt. Sie ist das maßgebliche Steuerungsinstrument für alle kundenbetreuenden Bereiche. Unplausibilitäten und Auffälligkeiten werden zeitnah zwischen Controlling und Kundenbereich geklärt.

(i) Abstimmung zwischen Risk Control und Accounting

Risk Control ermittelt täglich die Handelsergebnisse je Handeltisch. Diese Ergebnisse werden monatlich im Accounting mit den Erlösen der Handelsbereiche gemäß Ergebnisbeitragsrechnung abgestimmt. Dabei werden alle Unterschiede bis auf Instrumentenebene analysiert. Wesentliche Unterschiede werden dadurch zeitnah entdeckt und korrigiert.

(j) Einzelanalyse besonderer Geschäftsvorfälle

Die kundenbetreuenden Bereiche melden monatlich besondere Geschäftsvorfälle an Accounting und Controlling, um deren korrekte und zeitnahe Erfassung im Rechnungswesen sicherzustellen. Darüber hinaus analysiert Accounting monatlich alle wesentlichen Posten des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses und des Ergebnisses aus Finanzanlagen.

(k) Plausibilitätsprüfungen

Durch den Vergleich mit Vorperioden sowie mit Budgetwerten werden alle Hauptbücher der Gewinn- und Verlust-

rechnung in einem ersten Schritt monatlich plausibilisiert. Eventuelle Auffälligkeiten und Unstimmigkeiten werden in Zusammenarbeit von Accounting und Controlling umgehend geklärt.

(l) Abstimmung der Gewinn- und Verlustrechnung insgesamt

Das vorläufige Monatsergebnis wird vor dem Abschluss der Bücher zwischen dem zuständigen Vorstandsmitglied sowie den Leitern von Accounting und Controlling besprochen. Der direkte Kontakt aller wesentlichen Entscheidungsträger ist in einem Haus unserer Größe ein wichtiges Element im IKS. Eventuelle Unplausibilitäten werden diskutiert und zeitnah geklärt. Ebenso werden alle noch offenen Punkte angesprochen und die Zuständigkeit und der Zeitrahmen für die Klärung beziehungsweise Erledigung vereinbart.

(m) Besprechung der monatlichen Ergebnisse im Vorstand

Unmittelbar nach der Fertigstellung der monatlichen Gewinn- und Verlustrechnung werden die Ergebnisse an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gesendet. Zur Besprechung in der nächsten Vorstandssitzung leitet es die Eckdaten des Monatsabschlusses zusammen mit seinem Kommentar an die übrigen Mitglieder des Vorstands weiter. Mit der Besprechung im Vorstand ist eine erste monatliche Plausibilisierung der Konzernzahlen durch den Gesamtvorstand gewährleistet. Zusätzlich erhalten alle Vorstandsmitglieder einen von Controlling erstellten und kommentierten ausführlichen Monatsbericht, der die Erlös- und Kostenentwicklung sowohl für den Konzern insgesamt als auch für die wesentlichen Tochtergesellschaften enthält. Die Erlöse und Kosten werden auch aufgeteilt nach Produkten und Bereichen dargestellt. Im Quartalsabschluss wird von Controlling ergänzend ein Quartalsbericht für alle Vorstandsmitglieder angefertigt, der die Erlöse und Kosten aller Niederlassungen, getrennt nach Privat- und Firmenkundengeschäft, sowie die Erlöse und Kosten aller Produktspezialisten in den einzelnen Kundengruppen transparent macht.

Übernahmerelevante Angaben

Aktionäre und Aktie

Kapital

Am 31. Dezember 2013 verfügte die Bank wie schon im Vorjahr über ein Grundkapital von 75,4 Mio. Euro, eingeteilt in 28,1 Millionen Stückaktien. 55,2 % des Aktienkapitals sind in den amtlichen Handel an den Börsen Düsseldorf und Stuttgart eingeführt.

Alle Aktien sind mit einheitlichen Rechten ausgestattet und lauten auf den Inhaber. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt. Sofern Arbeitnehmer Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG halten, üben sie ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Die HSBC Holdings plc, London, war am Bilanzstichtag indirekt mit 80,6 % am Aktienkapital beteiligt. Die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, hielt wie schon im Vorjahr direkt einen Anteil von 18,7 %.

Kurse und Kurswerte

Der Kurs unserer Aktie ist 2013 um 2,7 % auf 84,80 Euro gesunken. Der niedrigste Kurs lag im Jahresverlauf bei 76,00 Euro, der höchste bei 88,00 Euro. Bei einem Emissionspreis von 190 DM (97,20 Euro) je 50-DM-Aktie am 25. Oktober 1985 entwickelten sich Börsenkurs und Börsenwert wie folgt:

Datum	Anzahl der Aktien *	Kurs der Aktie * in €	Börsenwert in Mio. €
31.12.1985	18.000.000	17,64	317,52
31.12.1990	22.000.000	19,79	435,38
31.12.1995	23.500.000	30,58	718,63
31.12.2000	26.100.000	110,00	2.871,00
31.12.2005	26.100.000	87,50	2.283,75
31.12.2010	28.107.693	89,00	2.501,58
31.12.2011	28.107.693	90,20	2.535,31
31.12.2012	28.107.693	87,19	2.450,71
31.12.2013	28.107.693	84,80	2.383,53

* bereinigt um den Aktiensplit 10 : 1 am 27. Juli 1998

Dividenden

Für das Geschäftsjahr 2013 soll eine Dividende von 2,50 Euro je Aktie (Vorjahr: 2,50 Euro je Aktie) gezahlt werden. Mit einer Dividendensumme von 70,3 Mio. Euro (Vorjahr:

70,3 Mio. Euro) möchten wir unsere Aktionäre am Ergebnis des Jahres 2013 angemessen beteiligen.

Verfassung der Gesellschaft

Satzungsgemäß besteht der Vorstand der Bank aus mindestens zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat jedoch die Möglichkeit, eine darüber hinausgehende Anzahl von Vorstandsmitgliedern zu bestellen. Mit Ablauf der Hauptversammlung am 4. Juni 2013 schied Dr. Olaf Huth und mit Ablauf des 2. Juli 2013 Manfred Krause aus dem Vorstand aus. Am 31. Dezember 2013 bestand der Vorstand somit aus drei Personen.

Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des § 84 Aktiengesetz (AktG).

Beschlüsse über Änderungen der Satzung werden von der Hauptversammlung mit zwei Dritteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst, soweit nicht gesetzlich eine höhere Mehrheit zwingend erforderlich ist. Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen.

Maßnahmen der Kapitalbeschaffung können nur entsprechend der gesetzlichen Regelung in § 119 AktG durch die Hauptversammlung beschlossen werden. Zur aktuellen

Ermächtigung des Vorstands durch die Hauptversammlung zur Ausgabe von Aktien verweisen wir auf den Anhang.

Nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Juni 2010 ist die Gesellschaft ermächtigt, zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen zu kaufen und zu verkaufen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an der Börse Düsseldorf (oder, falls dieser nicht festgestellt werden kann, an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart) an den jeweils zehn vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über beziehungsweise unterschreiten. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende eines jeden Tages nicht mehr als 5 % des Grundkapitals der Gesellschaft betragen. Diese Ermächtigung gilt bis zum 7. Juni 2015.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Ebenso wenig existieren Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots.

Nachhaltige Unternehmensführung

HSBC Trinkaus bekennt sich zu einer nachhaltigen Unternehmensführung. Sie stellt das Fundament unserer Geschäftstätigkeit dar und ist seit jeher ein wesentlicher Teil unseres Selbstverständnisses. Diesem Anspruch kommen wir nicht nur in unserem Kerngeschäft nach: Für uns gilt der Grundsatz der Verantwortung auch gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt.

Unsere Verantwortung

Wir verfolgen eine integrierte Nachhaltigkeitsstrategie, nach der wir unternehmerisches Handeln mit ökonomischer, ökologischer und sozialer Verantwortung gleichsetzen. Wir sind überzeugt, dass langfristiger wirtschaftlicher Erfolg verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln voraussetzt. Seit 2008 werden unsere gesamten Nachhaltigkeits-Aktivitäten zentral vom Bereich Corporate Sustainability (CS) koordiniert, der direkt dem Sprecher des Vorstands, Andreas Schmitz, unterstellt ist.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die hohe Bedeutung von Corporate Sustainability im Kerngeschäft erneut unterstrichen. Unser auf Nachhaltigkeit angelegtes Geschäftsmodell hat sich in dieser Zeit bewährt. Es zeichnet sich durch die klare Ausrichtung auf die Zielgruppen Vermögende Privatkunden, Firmenkunden und Institutionelle Kunden aus, ergänzt durch einen risikobewussten Handel. Unser

Erfolg versetzt uns in die Lage, die Anforderungen unserer Stakeholder zu erfüllen: als zuverlässiger Geschäftspartner für unsere Kunden, als attraktiver Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb für unsere Mitarbeiter, als solide und ertragreiche Investition für unsere Aktionäre und als bedeutender und verlässlicher Steuerzahler der Stadt Düsseldorf, mit der wir seit unserer Gründung im Jahr 1785 verbunden sind.

Sustainable Finance

Unser Haus betreibt ein umfassendes Research zu Aktien börsennotierter Unternehmen aus der Solar, Wind-, Abfall- und Wasserwirtschaft (SRI/Renewables). Seit 2006 veranstalten wir jährlich die Konferenz „Responsible Growth – Investments for the Future“ in Frankfurt am Main. Ergänzend organisieren wir Nachhaltigkeits-Roadshows, auf denen SRI-Unternehmen mit internationalen Investoren ins Gespräch kommen.

Darüber hinaus bringt unser Unternehmen nachhaltig ausgerichtete Anlagezertifikate auf den Markt, die sich an private und institutionelle Investoren richten.

Die HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH kooperiert seit 2003 mit der RobecoSAM AG in Zürich, die zu den weltweit führenden Anbietern nachhaltiger Anlagen zählt. Sie ermöglicht unseren Kunden einen einfachen und

Der Corporate Sustainability-Ansatz unseres Hauses umfasst nachhaltige Verantwortung in folgenden Bereichen:

Corporate Sustainability bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG



Ökonomische Verantwortung CS im Kerngeschäft

Kreditvergabe

- Sustainability Risk Rating als zwingender Bestandteil im HSBC-Kreditvergabeprozess

Sustainable Finance

- Nachhaltige Investmentprodukte für private und institutionelle Anleger
- Umfassendes Aktien-Research im Bereich SRI/Renewables



Ökologische Verantwortung Umgang mit Ressourcen

Environment Footprint Management

- Umweltvorgaben in Einkaufsrichtlinien
- Sensibilisierung der Mitarbeiter

Beteiligung am Projekt HSBC Water Programme

Beteiligung am Projekt Climate Partnership (bis 2011)



Soziale Verantwortung Gesellschaftliches Engagement

Gesellschaftliches Engagement

- Kunst und Kultur
- Jugend und Bildung

Zusatzleistungen für Mitarbeiter

- Betriebliche Altersvorsorge
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Förderung des Mitarbeiter-Engagements

gleichzeitig professionellen Zugang zu einer nachhaltigen Vermögensanlage. Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) fließen auf Wunsch bei der Investmententscheidung systematisch mit ein.

Nachhaltigkeit bei der Kreditvergabe

Grundsätzlich überprüfen wir alle Kreditengagements und -anfragen auf Nachhaltigkeitsrisiken. Seit 2008 wird ein weltweit einheitliches Sustainability Risk Rating eingesetzt, das für bestimmte Branchen wie Bergbau, Chemie, Energiewirtschaft, Rüstung sowie Wald- und Wasserwirtschaft Regelungen vorsieht.

Ferner haben wir uns zur Beachtung der Equator Principles verpflichtet, die als internationale Standards für das Management sozialer und ökologischer Risiken in der Projektfinanzierung dienen. Die von der Weltbank-Tochter International Finance Corporation (IFC) entworfenen 15 Kriterien zur Projektfinanzierung ab 10 Mio. US-Dollar entsprechen im Wesentlichen den Öko- und Sozialstandards der Weltbank. Unsere Mitarbeiter werden intensiv und systematisch in der Risikobeurteilung aus- und weitergebildet. Spezielle Risk Manager überwachen die Einhaltung der Prozesse.

Soziale Verantwortung

Neben Wirtschaft und Umwelt ist soziale Verantwortung die dritte Säule unserer integrierten Corporate Sustainability-Strategie. So bietet HSBC Trinkaus ihren Mitarbeitern zahlreiche freiwillige Sozialleistungen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, bieten wir flexible Arbeitszeitmodelle und den Familienservice an, der zum Beispiel bei der Suche nach Betreuung für Kinder oder ältere Angehörige hilft. Unser Betriebskindergarten „TuB-Zwerge“ wird so gut angenommen, dass wir 2009 zusätzlich die „Kleine Elefanten“ eröffnet haben.

Ein Schwerpunkt unserer sozialen Verantwortung liegt in der Bildung junger Menschen. Das HSBC Trinkaus-Schulprojekt hilft, ökonomische Kenntnisse zu vermitteln, die in unserer heutigen Gesellschaft unverzichtbar sind: Mitarbeiter von HSBC Trinkaus stehen regelmäßig allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf und an den Niederlassungsstandorten als „Experten im Unterricht“ zur Verfügung.

HSBC Trinkaus engagiert sich zudem als einer der Hauptförderer für das christliche Kinder- und Jugendwerk „Die Arche e.V.“ im Düsseldorfer Stadtteil Wersten. Die Arche Düsseldorf hat Anfang 2010 ihre Tätigkeit aufgenommen und wird von unseren Mitarbeitern unter anderem bei der Organisation von Festen oder bei Ausflügen unterstützt.

Ökologische Verantwortung

Um die Umweltauswirkungen des Geschäftsbetriebs so gering wie möglich zu halten, setzt HSBC Trinkaus auf Prozesse, die Umweltbelastungen reduzieren. Eingebunden in das Umweltmanagement der HSBC-Gruppe verringern wir stetig nach Zielvorgaben unsere Emissionen. Unsere Umweltschutzmaßnahmen verstehen wir auch als Vorbild für unsere Mitarbeiter, Kunden und andere Stakeholder. Reduktionsziele verfolgen wir bei der Abfallwirtschaft, dem Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß und Gebäudemanagement. Zudem existieren im Sinne einer umweltfreundlichen Mobilität spezielle Vorgaben: Für Geschäftsreisen ist vorzugsweise die Bahn zu nutzen, um CO₂-Emissionen und Feinstaub zu verringern. Firmentickets für die Mitarbeiter unterstützen ebenfalls eine umweltschonende Mobilität.

Der Sustainability Report von HSBC, der jährlich erscheint, bietet einen umfassenden Überblick zum Nachhaltigkeitsmanagement der Gruppe und ist an das Rahmenwerk der Global Reporting Initiative (GRI) angelehnt. Darüber hinaus hat sich HSBC Trinkaus zur Einhaltung der folgenden Initiativen freiwillig verpflichtet:

- Carbon Disclosure Project
- Charta der Vielfalt
- Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft und Grundsatzpapier zur ethischen Fundierung von Management-Vergütungen in der Kreditwirtschaft
- UN Environmental Programme Finance Initiative
- UN Global Compact
- UN Principles of Sustainable Insurance
- UN Principles of Responsible Investment

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zahl der Mitarbeiter und Pensionäre

Zum Jahresende 2013 beschäftigten wir 1.613 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; damit blieb die Anzahl unserer Beschäftigten gegenüber 1.587 am Ende des vorherigen

Jahres fast unverändert. Zudem betreute unser Personalbereich 534 Pensionäre, Witwen und Waisen gegenüber 584 am Vorjahresende.

Ausbildungsaktivitäten

Insgesamt 30 hoch motivierte Auszubildende qualifizieren sich derzeit innerhalb unseres Hauses zu Bankkaufleuten, Fachinformatikern sowie Kaufleuten für Bürokommunikation. Vier der angehenden Bankkaufleute absolvieren parallel ein ausbildungsintegriertes Studium an der Hochschule für Oekonomie & Management zum Bachelor of Arts „Business Administration“. Darüber hinaus werden bei der Internationalen Kapitalanlagegesellschaft mbH fünf Auszubildende zu Investmentfondskaufleuten ausgebildet, und weitere fünf Auszubildende finden bei der HSBC Transaction Services GmbH als angehende Kaufleute für Bürokommunikation ihren Einsatz.

Wir sind stolz darauf, dass auch in diesem Jahr insgesamt 25 Auszubildende im HSBC Trinkaus-Konzern ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, davon vier Auszubildende mit der Note „sehr gut“. Für besondere Leistungen in der Berufsausbildung erhielten wir als Arbeitgeber nunmehr zum siebten Mal in Folge eine Auszeichnung seitens der IHK Düsseldorf.

Fortbildung

Die fachliche und soziale Kompetenz sowie das besondere Engagement unserer Mitarbeiter sehen wir als entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Durch eine zielgerichtete Personalentwicklung sind wir bei der Beratung unserer Kunden in der Lage, stets eine hohe Expertise und einen qualitativ hochwertigen Service anzubieten. Die einzelnen Weiterbildungsmaßnahmen für unsere Mitarbeiter werden auf den jeweiligen konkreten Bedarf abgestimmt und im Vorfeld durch eine genaue Analyse entwickelt. Wir arbeiten mit ausgewählten Trainern zusammen, die den besonderen Anspruch unseres Hauses kennen und mit ihrer exzellenten Qualifikation eine erfolgreiche Durchführung sowie bedarfsgerechte Vor- und Nachbereitung der Maßnahmen garantieren. Eine Förderung unserer Mitarbeiter erfolgt durch individuelle Fortbildungen zu fach- und produktspezifischen Themen sowie durch unterschiedliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung überfachlicher Kompe-

tenzen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf unsere Führungskräfte, die durch individuelle Entwicklungsprogramme und Coachings in ihrer speziellen Führungsaufgabe ausgebildet, gefördert und weiterentwickelt werden.

Nach wie vor hohe Priorität haben im Rahmen der Personalentwicklung zudem die Förderung berufsbegleitender Bachelor- und Master-Studiengänge sowie ausgewählte Spezialausbildungen. Kompetente Partner für diese Maßnahmen sind seit Jahren unter anderem die Frankfurt School of Finance & Management, die Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA), das CFA Institute sowie spezialisierte Anbieter, freie Trainer und Hochschulen. Ein breit gefächertes Angebot an PC- und IT-Schulungen sowie Fremdsprachentrainings (unter anderem auch zur Vorbereitung auf Auslandseinsätze) rundet unsere Weiterbildungsaktivitäten ab.

Vergütungsbericht

Grundzüge des Vergütungssystems der Gremien

Als Kreditinstitut gelten für HSBC Trinkaus neben den aktienrechtlichen Bestimmungen und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vor allem die Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung des Bundesministeriums der Finanzen. Nach einer ausführlichen Risikoanalyse ist der Vorstand zu der Überzeugung gelangt, dass die Bank 2013 kein bedeutendes Institut im Sinne von § 1 Abs. 2 der Verordnung in der für das Geschäftsjahr 2013 maßgebenden Fassung vom 6. Oktober 2010 ist.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist in individuellen Tätigkeitsverträgen geregelt, die die Bank, vertreten durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, mit den einzelnen Vorständen abschließt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands besteht aus einer Festvergütung und einer variablen Vergütung. Daneben ist jedem Mitglied des Vorstands eine individuelle Pensionszusage erteilt worden. Die Höhe der jährlichen variablen Vergütung wird diskretionär vom Aufsichtsrat festgesetzt und kann in bar, in einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc oder in einer Kombination aus beidem erfolgen.

Der Anteil der Barkomponente, die Mindestwartefrist bis zur Zuteilung des langfristigen Vergütungsanteils sowie dessen Verteilung über die Wartefrist richten sich nach konzern einheitlichen Regelungen der HSBC-Gruppe und können von Jahr zu Jahr variieren. Die Einzelheiten hierzu werden im Geschäftsbericht des jeweiligen Jahres veröffentlicht. Für das Geschäftsjahr 2013 besteht bei allen Vorstandsmitgliedern die gesamte variable Vergütung je zur Hälfte aus einer Barauszahlung und einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Sie wird in Höhe von 40 % im Geschäftsjahr 2014 und in Höhe von 60 % zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2015 bis 2017, übertragen, wobei für die Aktien der HSBC Holdings plc jeweils eine weitere Halteperiode von sechs Monaten ab der Übertragung vorgeschrieben ist.

Kursrisiken und Kurschancen aus den gewährten Aktien im Zeitraum bis zur Übertragung liegen ausschließlich bei den jeweiligen Vorstandsmitgliedern.

Die Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält danach eine Festvergütung von 25.000 Euro sowie als varia-

ble Vergütung für je 1 Cent der für eine Aktie gezahlten Dividende eine Zusatzvergütung von 100 Euro. Der Vorsitzende erhält das Zweieinhalbfache, der Stellvertreter das Zweifache dieser Beträge. Der Vorsitzende eines Ausschusses des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, Mitglieder eines Ausschusses erhalten je das Eineinhalbfache der vorgenannten Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds, sofern der jeweilige Ausschuss mindestens einmal im Geschäftsjahr tätig geworden ist. Übt ein Mitglied des Aufsichtsrats mehrere Ämter aus, erhält es nur eine Vergütung für das am höchsten vergütete Amt. Bei einer nicht das gesamte Geschäftsjahr umfassenden Mitgliedschaft im Aufsichtsrat oder in einem Ausschuss erfolgt eine zeitanteilige Reduzierung der Vergütung.

Angaben zur Höhe und Zusammensetzung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder:

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 5. Juni 2012 mit der erforderlichen Dreiviertelmehrheit erneut beschlossen, dass eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsvergütung (§ 314 Absatz 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 5 bis 8 HGB) nicht erfolgt.

Die Festbezüge aller Vorstandsmitglieder im Jahr 2013 lagen aufgrund der Verkleinerung des Gremiums mit 2.244,7 Tsd. Euro unter dem Vorjahr (2.772,8 Tsd. Euro). Der variable Anteil der Vergütung betrug 7.616,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 10.032,8 Tsd. Euro). In den variablen Vergütungen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 ist ein langfristiger Vergütungsanteil in Höhe von 4.390,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 6.019,7 Tsd. Euro) enthalten.

Die sonstigen Bezüge in Höhe von 112,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 138,2 Tsd. Euro) bestehen im Wesentlichen aus Vergütungen für Dienstwagennutzung, Versicherungsbeiträgen sowie sonstigen geldwerten Vorteilen, die individuell zu versteuern sind. Sie sind erfolgsunabhängig.

Für die Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbleibende bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach HGB in Höhe von 10,2 Mio. Euro (Vorjahr: 9,1 Mio. Euro).

Unter dem Vorbehalt der Annahme des Gewinnverwendungsvorschlags durch die Hauptversammlung am 3. Juni 2014 betragen 2013 die Bezüge des Aufsichtsrats

1.312.830,87 Euro (Vorjahr: 1.309.000,00 Euro). Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr an zwei (Vorjahr: zwei) Mitglieder des Aufsichtsrats Entgelte für erbrachte Beratungsleistungen bezahlt worden; diese beliefen sich insgesamt auf 177.012,50 Euro (Vorjahr: 197.837,50 Euro). Für Aufsichtsratsmitglieder bestehen keine gesonderten Pensionsverpflichtungen. Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern sowie für die ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter der Bank gelten die allgemeinen Regeln für Mitarbeiter beziehungsweise ehemalige persönlich haftende Gesellschafter.

An ehemalige persönlich haftende Gesellschafter und deren Hinterbleibende der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und der Trinkaus & Burkhardt KG als Rechtsvorgängerinnen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sowie an ehemalige Vorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden Bezüge in Höhe von 7,2 Mio Euro (Vorjahr: 4,1 Mio. Euro) gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Rückstellun-

gen für Pensionsverpflichtungen nach HGB in Höhe von 35,5 Mio. Euro (Vorjahr: 36,0 Mio. Euro).

Im Verlauf des Geschäftsjahres hat kein Vorstandsmitglied Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG erworben. Bezugsrechte oder sonstige aktienbasierte Vergütungen in eigenen Aktien wurden nicht gewährt. Die Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats und die Vorstandsmitglieder haben grundsätzlich das Recht, an dem Aktienoptionsprogramm für Mitarbeiter teilzunehmen.

Den Mitgliedern des Vorstands wurden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gewährt. Zum Bilanzstichtag nahm ein Mitglied des Aufsichtsrats Kontokorrentkredite in einer Gesamthöhe von 3 Tsd. Euro in Anspruch (Vorjahr: 3 Tsd. Euro). Die Kredite werden mit 5,3 % verzinst. Haftungsverhältnisse gegenüber Dritten zugunsten von Organmitgliedern bestanden nur im Rahmen der im Anhang dargestellten Form.

Vergütung der Mitarbeiter

Die marktgerechte, leistungsorientierte Vergütung sowohl im tariflichen als auch im außertariflichen Bereich ist für die Mitarbeitermotivation von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielen langfristig orientierte Vergütungsbestandteile, die im Einklang mit den Zielen und der Strategie der Bank stehen, vor allem im Führungskräftebereich eine wichtige Rolle.

Das Vergütungssystem für die Mitarbeiter ist für jene im Tarifbereich durch die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken geregelt und wird für die außertariflichen Mitarbeiter vom Vorstand festgelegt. Die entsprechenden Regelungen gelten einheitlich für alle Geschäftsbereiche. Neben einem Festgehalt, das jährlich überprüft wird, erhalten die außertariflichen Mitarbeiter eine variable Vergütung, die diskretionär vom Vorstand für jeden einzelnen Mitarbeiter auf der Basis von Vorschlägen der Bereichsleiter festgelegt wird. Bei der Entscheidung werden finanzielle und nicht finanzielle Parameter, wie die Nachhaltigkeit der individuellen Leistungen, die Konformität mit Compliance-Vorschriften sowie die Berücksichtigung der Werte von HSBC Trinkaus zugrunde gelegt. Unter Beachtung der Vorgaben der Instituts-Vergütungsverordnung und in Anlehnung an die Grundsätze der HSBC-

Gruppe zur Gewährung von variablen Vergütungen kommt sie vollständig in bar oder zum Teil in bar und zum Teil in der Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc zur Auszahlung. Nach den Grundsätzen der HSBC-Gruppe ist es, bezogen auf die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2013, vorgesehen, dass diese bis zu einer Höhe von 56,7 Tsd. Euro (75 Tsd. US-Dollar) im März 2014 vollständig in bar ausbezahlt wird. Die diesen Betrag übersteigenden variablen Vergütungen werden in Abhängigkeit von ihrer Höhe zwischen 10 % und 50 % in HSBC-Aktien gewährt. Die Auszahlung der Barkomponente findet im März 2014 statt, und die Übertragung der HSBC-Aktien erfolgt zu jeweils einem Drittel in den drei nachfolgenden Jahren, mithin 2015, 2016 und 2017. Bei einzelnen Mitarbeitern besteht die gesamte variable Vergütung je zur Hälfte aus einer Barauszahlung und einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Sie wird in Höhe von 40 % im Geschäftsjahr 2014 und in Höhe von 60 % zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2015 bis 2017, übertragen, wobei für die Aktien der HSBC Holdings plc eine weitere Halteperiode von sechs Monaten ab der Übertragung vorgeschrieben ist. Der Gesamtbetrag aller in der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Jahr 2013 gezahlten Festvergütungen einschließlich der Festvergütung

für den Vorstand betrug 117,8 Mio. Euro. Im Jahr 2014 haben 987 Personen variable Vergütungen für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von insgesamt 56,5 Mio. Euro zugesagt

bekommen. In diesem Betrag sind die variablen Vergütungen für den Vorstand enthalten. Der Gesamtbetrag verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

	Summe der Festvergütungen	Summe der variablen Vergütungen	Anzahl der Mitarbeiter
Global Banking & Markets und Commercial Banking	60,3	43,8	523
Private Banking und Asset Management	13,9	4,4	96
Functions und HTS	43,6	8,3	368

Dank

Der Erfolg der Bank basiert nach wie vor auf dem besonderen Engagement und der bemerkenswerten Leistungsstärke unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür sprechen wir ihnen unseren herzlichen Dank aus. Außer-

dem danken wir dem Betriebsrat und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat für ihre wiederum konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Geschäftsjahr.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internetlink:

<http://www.hsbc-trinkaus.de/global/display/wirueberuns/berichteundinvestorrelations/corporategovernance>) zugänglich gemacht.

Abschluss nach HGB

Jahresbilanz der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

zum 31. Dezember 2013

Aktiva				31.12.2013	31.12.2012
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			1.293.523,78		1.678
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.132.330.871,66		262.940
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	1.132.330.871,66				(262.940)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00		
				1.133.624.395,44	264.618
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00		0
				0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			513.616.950,60		454.523
b) andere Forderungen			681.390.563,72		437.386
				1.195.007.514,32	891.909
4. Forderungen an Kunden				4.817.383.659,89	4.106.715
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	13.517.090,88				(4.728)
Kommunalkredite	71.384.617,74				(66.468)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
ab) von anderen Emittenten		0,00			0
			0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten	2.018.956.851,88				1.908.047
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.009.818.016,26				(1.898.908)
bb) von anderen Emittenten	2.128.461.593,47				2.036.669
			4.147.418.445,35		3.944.716
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.903.916.487,38				(1.841.575)

ANHANG I

Aktiva				31.12.2013	31.12.2012
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00		0
Nennbetrag	0,00				(0)
				4.147.418.445,35	3.944.716
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				407.258.199,23	336.951
6a. Handelsbestand				7.017.935.495,92	7.858.526
7. Beteiligungen				39.484.049,54	37.357
darunter: an Kreditinstituten	474.411,12				(474)
an Finanzdienstleistungsinstituten	27.850.747,65				(26.081)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				168.256.262,05	174.056
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	5.002.428,63				(5.002)
9. Treuhandvermögen				142.145.185,69	152.798
darunter: Treuhandkredite	1.223.764,98				(2.866)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.425.290,00		1.679
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00		0
				1.425.290,00	1.679
12. Sachanlagen				31.979.114,77	25.818
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital				0,00	0
darunter: eingefordert	0,00				(0)
14. Sonstige Vermögensgegenstände				116.549.912,43	438.449
15. Rechnungsabgrenzungsposten				8.443.226,95	9.106
16. Aktive latente Steuern				50.092.858,48	45.046
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				49.434.972,25	50.865
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				0,00	0
Summe der Aktiva				19.326.438.582,31	18.338.609

ANHANG I

Passiva				31.12.2013	31.12.2012
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		566.950.341,93			581.924
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		364.372.148,85			933.936
				931.322.490,78	1.515.860
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	56.053.935,40				52.418
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.139.313,03				1.210
		57.193.248,43			53.628
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	9.355.313.378,99				7.517.041
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.605.158.800,66				2.374.711
		11.960.472.179,65			9.891.752
				12.017.665.428,08	9.945.380
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00		0
darunter: eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
				0,00	0
3a. Handelsbestand				4.295.262.900,28	4.857.965
4. Treuhandverbindlichkeiten				142.145.185,69	152.798
darunter: Treuhandkredite	1.223.764,98				(2.866)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				61.770.977,40	68.111
6. Rechnungsabgrenzungsposten				18.858.989,59	20.493
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		4.287.754,60			2.838
b) Steuerrückstellungen		44.511.508,08			53.967
c) andere Rückstellungen		120.216.849,68			138.631
				169.016.112,36	195.436
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				245.700.000,00	253.369

ANHANG I

Passiva				31.12.2013	31.12.2012
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
10. Genussrechtskapital				100.000.000,00	100.000
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				51.500.000,00	41.000
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital	75.384.617,25		75.384.617,25		75.385
– bedingtes Kapital –	37.692.308,62				(37.692)
b) Kapitalrücklage			355.712.648,38		355.713
c) Gewinnrücklagen					
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen	684.330.000,00				629.478
			684.330.000,00		629.478
d) Bilanzgewinn			177.769.232,50		127.621
				1.293.196.498,13	1.188.197
Summe der Passiva				19.326.438.582,31	18.338.609

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürg- schaften und aus Gewährleis- tungsverträgen			1.622.103.332,33		1.741.155
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00			0
			1.622.103.332,33		1.741.155
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- und Übernahme- verpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			6.109.417.988,29		5.255.464
			6.109.417.988,29		5.255.464

Gewinn- und Verlustrechnung der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013

				2013	2012
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		121.752.551,54			140.717
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen		93.636.173,51			102.372
			215.388.725,05		243.089
2. Zinsaufwendungen			70.520.322,31		80.066
				144.868.402,74	163.023
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			11.796.151,20		6.466
b) Beteiligungen			1.442.699,97		1.299
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			129.358,00		2
				13.368.209,17	7.767
4. Erträge aus Gewinngemeinschaf- ten, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				58.582.398,65	11.314
5. Provisionserträge			426.214.875,79		389.902
6. Provisionsaufwendungen			187.489.211,19		164.986
				238.725.664,60	224.916
7. Nettoertrag des Handelsbestands				90.200.719,34	134.340
davon: Zuführung Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB:	10.500.000,00				(15.000)
8. Sonstige betriebliche Erträge				59.113.342,11	61.768
10. Allgemeine Verwaltungsaufwen- dungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		196.439.779,80			207.945
ab) Soziale Abgaben und Aufwen- dungen für Altersversorgung und für Unterstützung		29.264.661,37			27.905
darunter:			225.704.441,17		235.850
für Altersversorgung	10.679.476,97				(9.492)
b) andere Verwaltungsaufwen- dungen			111.388.321,66		109.938
				337.092.762,83	345.788
11. Abschreibungen und Wertberich- tigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				10.752.959,20	11.599
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				10.931.811,14	15.244

				2013	2012
	in €	in €	in €	in €	in Tsd. €
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		11.467
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.853.016,54		1.853.016,54	0
					11.467
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		2.028.500,00		2.028.500,00	1.419
					1.419
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				13.025.560,70	20.642
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				236.937.159,28	199.807
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		1.000.000,00			0
22. Außerordentliches Ergebnis				1.000.000,00	1.000
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		62.522.252,26			73.743
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		-1.854.325,48			-57
				60.667.926,78	73.686
25. Erträge aus Verlustübernahme				0,00	0
26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				0,00	0
27. Jahresüberschuss				175.269.232,50	125.121
28. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				2.500.000,00	2.500
				177.769.232,50	127.621
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				0,00	0
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				0,00	0
31. Entnahmen aus Genussrechtskapital				0,00	0
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen				0,00	0
33. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals				0,00	0
34. Bilanzgewinn				177.769.232,50	127.621



Anhang für das Geschäftsjahr 2013 der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

1. Grundlagen

Der Jahresabschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG zum 31. Dezember 2013 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches – unter Beachtung der rechtsformspezifischen Anforderungen des Aktiengesetzes – in Verbindung mit der für Kreditinstitute erlassenen Rechnungslegungsverordnung aufgestellt.

Die Zahlen in Klammern betreffen das Geschäftsjahr 2012.

Der Jahresabschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wird in den Konzernabschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekanntgemacht.

Der konsolidierte Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wird in den Konzernabschluss der HSBC Holdings plc, 8 Canada Square, London, E145HQ, Großbritannien, Register - Nr. 617987, einbezogen. Der Konzernabschluss der HSBC Holdings plc wird beim Handelsregister Großbritannien offengelegt. Am Grundkapital der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hielt die HSBC Holdings plc Ende 2013 eine mittelbare Beteiligung von 80,6 % (80,6 %).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Es wurden die Bewertungsvorschriften gemäß § 252 ff HGB angewendet.

2.1 Fremdwährungsumrechnung

Alle auf ausländische Währung lautenden Posten werden unabhängig vom Zeitpunkt ihres Entstehens oder ihrer Fälligkeit mit dem Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet. Termingeschäfte werden mit dem Terminkurs umgerechnet.

Bei der Bewertung der fremdwährungsbezogenen Instrumente werden die Vorschriften der besonderen Deckung gemäß § 340 h HGB beachtet. Alle Fremdwährungsrisiken werden im Rahmen der jeweiligen Handelsaktivitäten aktiv gesteuert. Positionen aus Fremdwährungsrisiken werden zentral im Handel verantwortet (Positionsverantwortung), zentral im Bereich Market Risk Control überwacht und in einer Gesamtposition je Währung handelsunabhängig täglich abgestimmt (zentrale Risikoüberwachung und Positionsabstimmung). Außerhalb des Handels bestehen keine Währungsrisiken.

2.2 Forderungen

Die Forderungen aus dem Bankgeschäft werden grundsätzlich zum Nominalbetrag bilanziert. Agio- und Disagio-beträge werden zeitanteilig im Zinsergebnis erfasst.

Die Forderungen werden nach unveränderten Maßstäben bewertet. Entsprechend werden für akute Kreditrisiken Einzelwertberichtigungen und für latente Kreditrisiken Pauschalwertberichtigungen gebildet. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung entspricht dem Verfahren gemäß IAS 39.

Der Buchwert der Forderungen wird um die gebildeten Wertberichtigungen vermindert.

Akute Adressrisiken aus Eventualforderungen (Bürgschafts- und Akkreditivübernahmen, Wechseldiskontierungen, Kreditzusagen) werden durch angemessene Rückstellungen abgesichert.

2.3 Wertpapiere

2.3.1 Handelsbestände

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, werden mit dem risikoadjustierten Marktwertansatz bewertet (siehe auch: Abschnitt 2.4 Handelsaktivitäten).

2.3.2 Liquiditätsvorsorgebestand

Die Bewertung der nicht dem Handelsbestand zugeordneten Wertpapiere erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip gemäß § 253 Abs. 3 HGB.

2.3.3 Anlagevermögen

Ein wie Anlagevermögen behandelter Wertpapierbestand wird nicht gehalten.

2.3.4 Bewertungseinheiten

Anleihen des Liquiditätsvorsorgebestands mit einem Marktwert in Höhe von 1.216,4 Mio. Euro werden durch Zinsswaps innerhalb einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB in Form von Mikro-Hedges abgesichert. Die Anleihen und die Swaps haben Laufzeiten bis längstens 2028.

Im Geschäftsjahr wurden marktzensinduzierte Schwankungen in Höhe von 28,7 Mio. Euro durch die Swaps kompensiert. Marktwertschwankungen aufgrund von Risiko- oder Liquiditätsspreads sind nicht abgesichert. Die Bank verwendet die Durchbuchungsmethode. Das auf den ineffektiven Teil der Bewertungseinheit entfallende Ergebnis ergibt sich durch Saldierung der Zeitwertänderungen aufgrund des abgesicherten Risikos beim Grund- und Sicherungsinstrument. Sie werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und belaufen sich zusammen mit den Wertänderungen durch nicht abgedeckte Risiken auf 0,5 Mio. Euro. Gewinne über die Anschaffungskosten hinaus bleiben unberücksichtigt.

Die Bilanzierung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs und die Effektivität der Sicherungsmaßnahme. Zum Zeitpunkt der Bildung der

Bewertungseinheit sind die Identifikation des Sicherungs- und Grundgeschäfts, die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und die Vorgehensweise zur Überprüfung der Effektivität des Sicherungsgeschäfts zu dokumentieren.

Zur Beurteilung der prospektiven Effektivität des Sicherungsgeschäfts greift die Bank auf ein lineares Regressionsmodell zurück. Das Modell untersucht den linearen Zusammenhang zwischen den kumulierten Wertveränderungen aufgrund des abgesicherten Risikos des Grundgeschäfts und den kumulierten Wertveränderungen des Sicherungsgeschäfts. Dabei geben das sogenannte Bestimmtheitsmaß (R-Quadrat) Auskunft über die Güte der Regression und die Steigung der Regressionsgeraden (Slope) die Richtung des Zusammenhangs an.

Der Effektivitätsnachweis verlangt, dass für die Sicherungsbeziehung künftig eine hohe Effektivität erwartet werden kann (prospektive Effektivität). Für eine ausreichende Effektivität im Rahmen des prospektiven Tests ist ein R-Quadrat von größer 0,9 und eine Steigung zwischen $-0,9$ und $-1,1$ notwendig.

Im Berichtsjahr erfüllten die Sicherungsgeschäfte zu jedem Monatsende die Erfordernisse des prospektiven Effektivitätstests.

2.3.5 Wertpapierleihe- und Repogeschäfte

Verliehene Wertpapiere werden analog zu verpensionierten Wertpapieren in der Bilanz als Wertpapiere ausgewiesen. Entliehene Wertpapiere werden analog zu den in Pension genommenen Wertpapieren nicht als Wertpapiere ausgewiesen. Wiedereindeckungsverpflichtungen (Short Sales) werden unter dem passivischen Handelsbestand ausgewiesen, auch wenn diese Geschäfte durch entliehene oder in Pension genommene Wertpapiere beliefert worden sind.

2.4 Handelsaktivitäten

2.4.1 Ausweis

Die Handelsbestände umfassen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie Edelmetalle, Termingeschäfte und Derivate, einschließlich Optionsscheine und Zertifikate.

Die positiven und negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs werden in den aktiven und passivischen Handelsbeständen ausgewiesen.

Im Berichtsjahr wurden keine Finanzinstrumente des Handelsbestands umgegliedert.

2.4.2 Bewertung

Alle Bestände in den Handelsportfolios werden nach dem risikoadjustierten Marktwertansatz bilanziert.

Alle Finanzinstrumente werden bei Zugang zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Zugangszeitpunkt entspricht dieser in der Regel dem Transaktionspreis, das heißt dem beizulegenden Zeitwert der Gegenleistung.

Im Rahmen der Folgebewertung werden öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt. Falls diese nicht verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Es werden überwiegend Standard-Bewertungsmodelle verwendet. Dies sind im Wesentlichen Barwertverfahren und Optionspreismodelle. Für bestimmte komplexe Produkte wurden eigene Bewertungsroutinen entwickelt. Aufgrund des breiten Produktspektrums werden die Bewertungsparameter möglichst differenziert erhoben, zum Beispiel nach Laufzeiten und Basispreisen.

Die sich aus der Marktbewertung ergebenden Werte werden um Wertanpassungen insbesondere für Modellrisiken sowie Liquiditäts- und Kontrahentenrisiken und einen Value at Risk-Abschlag reduziert. Der Value at Risk-Abschlag trägt dem Risiko einer kurzfristigen Marktpreisveränderung angemessen Rechnung. Der Berechnung liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde. Das Value at Risk-Modell beruht auf einer historischen Simulation der Risikofaktoren über eine

Periode von 500 gleich gewichteten Handelstagen. Die Abschläge werden je Portfolio ermittelt und unter dem aktivischen beziehungsweise passivischen Handelsbestand ausgewiesen.

2.5 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten oder zu dauerhaft niedrigeren Tageswerten bewertet.

2.6 Sachanlagen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten aktiviert und – soweit abnutzbar – planmäßig linear abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu einer Höhe von 150,00 Euro werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten in Höhe von 150,01 Euro bis 1.000,00 Euro werden als Sammelposten erfasst und analog zu der steuerlichen Regelung über fünf Jahre abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen vorgenommen.

Die Abnutzung von Bauten wird durch lineare Abschreibung über einen Zeitraum von 50 Jahren oder über eine voraussichtlich kürzere Restnutzungsdauer berücksichtigt. Mietereinbauten werden linear über die Laufzeit der Mietverträge abgeschrieben.

Parameter

in %	31.12.2013
Langfristiger Rechnungszinsfuß	4,9
Erwartete Gehaltsentwicklung	3,0
Voraussichtliche Rentenanpassung	2,0
Erwartete Inflationsrate	2,0
Erwarteter Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherung	2,5
Durchschnittliche Fluktuationsrate	4,0

Bei der Berechnung der Abschreibung für die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird eine steuerlich akzeptierte Nutzungsdauer zugrunde gelegt.

2.7 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Sofern ein Disagio beziehungsweise ein Agio vereinbart ist, wird dieses als aktiver beziehungsweise passiver Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig im Zinsergebnis erfasst. Unverzinsliche Verbindlichkeiten, z. B. Null-Kupon-Schuldscheindarlehen, werden mit der Emissionsrendite auf den Bilanzstichtag aufgezinnt.

2.8 Rückstellungen

2.8.1 Rückstellungen für Pensionen

2.8.1.1 Pensionsverpflichtungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten in Höhe der DBO (Defined Benefit Obligation) gebildet. Die Berechnung erfolgt nach der Projected Unit Credit Method.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank Ende September 2013 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB).

Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen im Berichtsjahr wurden die in 2005 geänderten Heubeck-Richttafeln und folgende Parameter zugrunde gelegt:

2.8.1.2 Deckungsvermögen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Bank unterhält Deckungsvermögen getrennt für Pensionen, Vorruhestands- und Jubiläumsverpflichtungen einerseits und für Altersteilzeitverpflichtungen andererseits. Die Vermögensgegenstände entsprechen den Anforderungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 HGB. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert.

Entsprechend § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB wurde der Wert des Deckungsvermögens mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen saldiert. Die Bank hat das Wahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB in Anspruch genommen.

Der ursprüngliche Unterschiedsbetrag aus der Verrechnung der laufenden Pensionen mit dem Deckungsvermögen in Höhe von 14,0 Mio. Euro wird bis längstens 31. Dezember 2024 verteilt.

Die Überdeckung wird in der Bilanz in der Position „Aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Die Verrechnung der Altersteilzeitrückstellung mit dem entsprechenden Deckungsvermögen führt zu einer Unterdeckung und wird weiterhin unter den Rückstellungen ausgewiesen.

2.8.2 Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten

Für die Mitarbeiter der Bank besteht die Möglichkeit, an einem Lebensarbeitszeitkonten-Modell teilzunehmen. Gemäß den Prinzipien der Bruttoumwandlung können Arbeitsentgeltguthaben in Form von Gehaltsbezügen oder Zeitguthaben zur Finanzierung von vergüteten Freistellungszeiten von der Arbeitsleistung verwendet werden. Die umgewandelten Beträge sind im Rahmen eines CTA (Contractual Trust Agreement) gegen Insolvenz gesichert. Zusätzlich zu den umgewandelten Beträgen wird zur Absicherung des späteren Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag ein Pauschalbetrag in Höhe von 20 % des jeweiligen Beitrags auf den Vermögenstreuhänder übertragen.

Als zugesagte Leistung garantiert die Bank eine Mindestverzinsung. Sofern bei Anlage des Wertguthabens die Erträge aus der Kapitalanlage die Summe der Zinsgutschriften überschreiten, werden 50 % des Differenzbetrages dem Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben. Es werden die Regelungen für wertpapiergebundene Versorgungszusagen gemäß IDW RS HFA 30 angewendet.

Die durch den Arbeitgeber zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge werden zum Barwert der zu erwartenden Zahlungen angesetzt.

2.8.2.1 Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten

Die wertpapiergebundenen Versorgungszusagen werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB bewertet. Die Höhe der Rückstellung bestimmt sich nach dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere, mit denen die Lebensarbeitszeitkonten unterlegt sind, soweit dieser den garantierten Mindestbetrag erreicht oder übersteigt. Der garantierte Mindestbetrag ist als Erfüllungsbetrag der Garantieleistungen anzusehen. Er unterliegt der Abzinsung gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

2.8.2.2 Deckungsvermögen für Lebensarbeitszeitkonten

Die Kapitalanlage in Fonds qualifiziert als Deckungsvermögen. Es erfolgt eine Bewertung der Fondsanteile zum beizulegenden Zeitwert. Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfolgt eine Saldierung der Rückstellungsverpflichtung mit dem Deckungsvermögen. Ein etwaiger Unterschiedsbetrag wird gemäß § 246 Abs. 2 Satz 3 HGB i.V.m. § 266 Abs. 2 HGB als Rückstellung passiviert beziehungsweise als aktiver Unterschiedsbetrag ausgewiesen.

2.8.3 Rückstellung für Altersteilzeit

Der IDW RS HFA 3 wurde im Berichtsjahr überarbeitet. Die Aufstockungsbeiträge werden nun entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gehalt als Abfindung oder Entlohnung abgebildet. Aufstockungsbeiträge mit Entlohnungscharakter werden rätierlich bis zur Ruhephase zu Lasten des Personalaufwands aufgebaut. Besitzen die Aufstockungsbeiträge Abfindungscharakter, wird für sie im Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung sofort und in voller Höhe zu Lasten des sonstigen betrieblichen Aufwands eine Rückstellung gebildet. Die Bank hat die Ermittlung der Aufstockungsbeträge gemäß IDW RS HFA 3 angepasst.

2.8.4 Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Künftige Preis- und Kostensteigerungen sind berücksichtigt.

Die Rückstellungen, deren Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt, werden mit den Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Die Berechnung der Abzinsung für die entsprechende Laufzeit erfolgt gemäß der Zinssätze der Bundesbankzinskurve zum Stichtag 30. September 2013. Diese Zinskurve ist eine Null-Kupon-Zinsswapkurve, die auf Basis von Festzins-Swaps auf Euro-Basis ermittelt wird.

Die Bank hat das Wahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB genutzt.

Die Bank wendet die Vorgaben der IDW-Stellungnahme zu Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (IDW RS BFA 3) an. Aus der barwertigen Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs unter Berücksichtigung von Verwaltungsaufwendungen, Risikokosten und fiktiven Refinanzierungskosten ergab sich kein Bedarf zur Bildung einer Drohverlustrückstellung gemäß § 340a HGB i.V.m. § 249 Abs. 1 HGB.

Die Bilanzierung von Steuerrückstellungen wurde an den IDW RS HFA 34 angepasst. Rückstellungen für Steuerschulden werden als Verbindlichkeitsrückstellungen i. S. des § 249 Abs. 1 HGB eingestuft. Steuerrückstellungen und die Rückstellung für steuerliche Nachzahlungszinsen werden in 2013 erstmalig abgezinst.

Die Bank bildet Rückstellungen für Kundenbeschwerden gemäß § 249 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 2 HGB.

Im Berichtsjahr hat die Bank das Verfahren zur Schätzung der Rückstellungshöhe geändert. Die allgemeine Rückstellung für Kundenbeschwerden basiert auf dem Beschwerdebuch der Bank. Zusätzlich werden Rückstellungen für konkrete Einzelfälle gebildet. Die Höhe der Rückstellungen richtet sich nach den aus der Vergangenheit abgeleiteten Beschwerde- und Vergleichsquoten. Aufgrund der Änderung des Schätzverfahrens löste die Bank 2013 Rückstellungen für Kundenbeschwerden in Höhe von 5,0 Mio. Euro auf.

2.9 Kompensationen in der Gewinn- und Verlustrechnung

Im Bereich der Risikovorsorge werden Aufwendungen und Erträge für den Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung kompensiert.

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Fristengliederung nach Restlaufzeiten

Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
a) Täglich fällig	513,6	454,5
b) Andere Forderungen	681,4	437,4
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	199,0	219,9
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	229,9	15,1
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	252,5	202,4
mehr als fünf Jahren	0,0	0,0
Insgesamt	1.195,0	891,9

Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	2.403,0	1.902,8
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	439,1	529,8
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	1.519,4	1.231,0
mehr als fünf Jahren	455,9	443,1
Insgesamt	4.817,4	4.106,7

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
a) Täglich fällig	566,9	581,9
b) Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	364,4	934,0
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	358,8	492,5
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	5,0	35,8
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0,0	405,0
mehr als fünf Jahren	0,6	0,7
Insgesamt	931,3	1.515,9

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
a) Spareinlagen	57,2	53,6
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	56,1	52,4
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	0,0	0,0
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	1,1	1,2
mehr als fünf Jahren	0,0	0,0
b) Andere Verbindlichkeiten	11.960,5	9.891,8
ba) täglich fällig	9.355,3	7.517,1
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.605,2	2.374,7
Mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	2.232,2	1.881,1
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	189,0	256,6
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	180,7	233,7
mehr als fünf Jahren	3,3	3,3
Insgesamt	12.017,7	9.945,4

3.2 Verbundene Unternehmen – Forderungen und Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	738,6	561,7
Forderungen an Kunden	114,3	121,7
Aktien	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	701,1	600,0
Handelsbestand aktiv	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	526,6	1.122,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	151,3	105,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0
Handelsbestand passiv	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0

3.3 Beteiligungsunternehmen – Forderungen und Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0
Schuldverschreibungen	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3,5	2,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0

3.4 Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Bilanzposten:

Treuhandvermögen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	1,1
Treuhandbeteiligungen	142,1	151,7
Insgesamt	142,1	152,8

Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	142,1	152,8
Insgesamt	142,1	152,8

3.5 Fremdwährung

Zum 31. Dezember 2013 beliefen sich die auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände auf 1.836,7 Mio. Euro (1.575,3 Mio. Euro). Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden belief sich auf 2.627,5 Mio. Euro (2.385,9 Mio. Euro).

3.6 Forderungen an Kunden

Diese Position enthält Forderungen mit einer unbestimmten Laufzeit in Höhe von 60,1 Mio. Euro (58,2 Mio. Euro).

3.7 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Liquiditätsvorsorgebestand betrug zum 31. Dezember 2013 4.147,4 Mio. Euro (3.944,7 Mio. Euro).

Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 40,9 Mio. Euro (38,6 Mio. Euro) sind zwar börsenfähig, aber nicht börsennotiert.

Zur Besicherung von Spitzenrefinanzierungsfazilitäten standen zum Bilanzstichtag Schuldverschreibungen im Nennwert von 2.639,3 Mio. Euro (2.753,3 Mio. Euro) zur Verfügung.

Für Geschäfte an der Eurex und für Wertpapierleihegeschäfte wurden festverzinsliche Wertpapiere im Nennwert von 327,5 Mio. Euro (118,3 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt.

Anleihen und Schuldverschreibungen mit einem Buchwert in Höhe von 472,1 Mio. Euro (371,4 Mio. Euro) werden im Geschäftsjahr 2014 fällig.

3.8 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Liquiditätsvorsorgebestand betrug zum 31. Dezember 2013 407,3 Mio. Euro (337,0 Mio. Euro).

Der Bilanzposten enthält börsenfähige Wertpapiere im Betrag von 59,6 Mio. Euro (58,8 Mio. Euro). Börsenfähige Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 26,1 Mio. Euro (26,1 Mio. Euro) sind nicht börsennotiert. Die nicht börsenfähigen Wertpapiere belaufen sich auf insgesamt 347,6 Mio. Euro (278,1 Mio. Euro).

3.9 Investmentvermögen

in Mio. €						
Fondstyp	Marktwert	Buchwert	Differenz	Ausschüttung 2013	Tägliche Rückgabe möglich	
Aktienfonds						
HSBC Trinkaus Discountzertifikate	11,9	10,0	1,9	0,0		Ja
HSBC Trinkaus Aktienstruktur Europa	7,0	5,9	1,1	0,0		Ja
HSBC Trinkaus Laplace Euroland Equity	4,9	4,9	0,0	0,0		Ja
Antecedo Euro Yield A	10,1	10,0	0,1	0,1		Ja
Lingohr – Global Equity	10,8	5,0	5,8	0,0		Ja
HSBC Global Emerging Markets Protect 80 Dynamic C	2,6	2,6	0,0	0,0		Ja
Rentenfonds						
HSBC Trinkaus Euro Value Bond	16,1	16,1	0,0	0,7		Ja
Spezialfonds						
Fonds PRT (Deckungsvermögen)	223,9	223,9	0,0	6,5		Nein
HSBC Trinkaus LAZK (Deckungsvermögen)	15,4	15,4	0,0	0,0		Ja
Select INKA	134,3	134,3	0,0	2,0		Nein
IGC INKA	216,5	198,9	17,6	8,2		Nein

Im Berichtsjahr wurden keine Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 S. 4 HGB unterlassen. Bei allen Fonds, bei denen der aktuelle Marktwert unter dem Buchwert liegt, wurden Abschreibungen auf den Marktwert vorgenommen.

Bei den Investmentfonds wurden ausschließlich Ertragsausschüttungen vorgenommen. Das komplette Investmentvermögen wird im Liquiditätsvorsorgebestand gehalten.

3.10 Handelsbestand aktiv

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Positiver Marktwert derivative Finanzinstrumente	1.441,3	1.838,3
Handelbare Forderungen	1.420,3	1.769,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.513,0	2.881,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.393,3	807,8
Sicherheiten im Derivategeschäft	231,2	470,7
Reverse Repos	43,7	113,6
Edelmetalle	2,0	4,9
Abschläge	-26,9	-28,1
Insgesamt	7.017,9	7.858,5

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 29,1 Mio. Euro (30,1 Mio. Euro) sind zwar börsenfähig, aber nicht börsennotiert.

Zur Besicherung von Spitzenrefinanzierungsfazilitäten standen zum Bilanzstichtag Schuldverschreibungen im Nennwert von 1.360,7 Mio. Euro (2.047,8 Mio. Euro) zur Verfügung. Wie im Vorjahr bestand zum Stichtag kein Offenmarktgeschäft mit der Deutschen Bundesbank.

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine Wertpapiere in Pension gegeben. Für Geschäfte an der Eurex und für Wertpapierleihengeschäfte wurden festverzinsliche Wertpapiere im Nennwert von 283,8 Mio. Euro (115,2 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt.

Für Wertpapier-Darlehensgeschäfte waren am Bilanzstichtag Guthaben mit einem Nominalbetrag von 7,8 Mio. Euro (2,1 Mio. Euro) als Sicherheit verpfändet.

Anleihen und Schuldverschreibungen mit einem Buchwert in Höhe von 712,4 Mio. Euro (890,1 Mio. Euro) werden im Geschäftsjahr 2014 fällig.

Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthalten börsenfähige Wertpapiere mit einem Betrag von 1.337,3 Mio. Euro (738,6 Mio. Euro). Alle börsenfähigen Wertpapiere sind wie im Vorjahr auch börsennotiert. Die nicht börsenfähigen Wertpapiere belaufen sich auf insgesamt 56,0 Mio. Euro (69,1 Mio. Euro).

Für Wertpapierleihegeschäfte wurden keine Aktien (0,1 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag waren Aktien mit einem Buchwert in Höhe von 20,4 Mio. Euro (48,4 Mio. Euro) verliehen.

Wie im Vorjahr bestanden keine Geschäfte mit in Pension gegebenen Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren.

3.11 Nachrangige Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	22,0	12,4
Schuldverschreibungen		
Andere Emittenten	109,4	87,1
Eigene Schuldverschreibungen	0,0	0,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0
Handelsbestand aktiv		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,3	7,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1,2	0,3

3.12 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen enthalten börsennotierte Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 9,0 Mio. Euro (6,9 Mio. Euro). Die Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen“ enthält wie im Vorjahr keine börsenfähigen Anteile.

3.13 Anteilsbesitz

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG ist an folgenden Gesellschaften, die überwiegend voll konsolidiert werden, mit mindestens 20 % direkt oder indirekt beteiligt:

		Anteil am Gesellschafts- Sitz kapital in %	Eigenkapital der Gesellschaft in Tsd. €	Jahresergebnis 2013 in Tsd. €
Banken und banknahe Gesellschaften				
HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH	Düsseldorf	100,0	117.485	0 ¹⁾
HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A.	Luxemburg	100,0	108.178	-22.196
HSBC Trinkaus Investment Management Ltd.	Hongkong	100,0	587	-15
Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	24.000	0 ¹⁾
HSBC INKA Investment-AG TGV ³⁾	Düsseldorf	100,0	1.939	-5
HSBC Trinkaus Investment Managers S.A.	Luxemburg	100,0	1.945	-4.716
HSBC Transaction Services GmbH	Düsseldorf	100,0	15.000	0 ¹⁾
HSBC Trinkaus Family Office GmbH	Düsseldorf	100,0	25	0 ¹⁾
HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Düsseldorf	100,0	5.001	0 ¹⁾
HSBC Global Asset Management (Österreich) GmbH	Wien	100,0	418 ²⁾	58 ²⁾
HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG ⁴⁾	Zürich	50,0	1.464	8
Gesellschaften mit Sonderauftrag				
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH	Düsseldorf	100,0	167	0 ¹⁾
HSBC Trinkaus Immobilien Beteiligungs-KG	Düsseldorf	100,0	3.010	157
Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 3 GmbH	Düsseldorf	100,0	56	4
HSBC Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 5 GmbH	Düsseldorf	100,0	31	5
Trinkaus Canada 1 GP Ltd.	Toronto	100,0	-32 ²⁾	-33 ²⁾
Trinkaus Immobilien-Fonds Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf	100,0	46	17
Trinkaus Australien Immobilien-Fonds Nr. 1 Treuhand-GmbH	Düsseldorf	100,0	23	2
Trinkaus Immobilien-Fonds Geschäftsführungs-GmbH	Düsseldorf	100,0	24	0
Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH	Düsseldorf	100,0	500	0 ¹⁾
Trinkaus Private Equity Management GmbH	Düsseldorf	100,0	1.398	1.275
HSBC Trinkaus Private Wealth GmbH	Düsseldorf	100,0	261	0 ¹⁾

		Anteil am Gesellschafts- Sitz kapital in %	Eigenkapital der Gesellschaft in Tsd. €	Jahresergebnis 2013 in Tsd. €
Grundstücksgesellschaften				
Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG	Düsseldorf	100,0	2.762	-4.135
Sonstige Gesellschaften				
HSBC Trinkaus Consult GmbH	Düsseldorf	100,0	6.218 ²⁾	-284 ²⁾
Trinkaus Private Equity Verwaltungs GmbH	Düsseldorf	100,0	37	7
sino AG	Düsseldorf	26,6	4.710 ⁵⁾	-35 ⁵⁾

¹⁾ Ergebnisabführungsvertrag

²⁾ Werte per 31. Dezember 2012

³⁾ Unternehmensaktien

⁴⁾ at equity konsolidiert

⁵⁾ Werte per 30. September 2013

3.14 Anlagevermögen

Die Sachanlagen enthalten Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Buchwert von 31,8 Mio. Euro (25,6 Mio. Euro). Die Bank ist Eigentümerin von 20 Stellplätzen des Garagenkomplexes im Kö-Center, Düsseldorf, die sie im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit nutzt. Im Geschäftsjahr 2013 wurden 0,3 Mio. Euro (0,3 Mio. Euro) geringwertige Wirtschaftsgüter sofort abgeschrieben.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist auf den Seiten 114 und 115 dargestellt.

3.15 Eigene Aktien

Am Ende des Geschäftsjahres 2013 hatte die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG – wie schon im Vorjahr – keine eigenen Aktien oder Anteile im Bestand. Am Bilanzstichtag waren 236 (236) Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG an die Bank als Sicherheit im Rahmen des Kreditgeschäftes verpfändet. Diese Anzahl entspricht 0,001 % (0,001 %) des Grundkapitals.

Zur Marktpflege im Rahmen der durch die Hauptversammlung gegebenen Ermächtigung hat die AG im Laufe des Jahres 2013 keine (43) eigene Aktien erworben und wieder veräußert.

3.16 Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position Sonstige Vermögensgegenstände beinhaltet im Wesentlichen Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 61,7 Mio. Euro (17,8 Mio. Euro), Barsicherheiten gegenüber der Eurex in Höhe von 50,0 Mio. Euro (410,0 Mio. Euro) und Steuererstattungsansprüche in Höhe von 2,3 Mio. Euro (0,8 Mio. Euro).

3.17 Latente Steuererstattungsansprüche

Diese Position enthält latente Steuererstattungsansprüche in Höhe von 50,1 Mio. Euro (45,0 Mio. Euro), die aus unterschiedlichen Wertansätzen nach Handels- und Steuerrecht resultieren.

Passive latente Steuern in Höhe von 4,4 Mio. Euro ergeben sich aus unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen des CTA-Deckungsvermögens. Sie wurden mit aktiven latenten Steuern verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen wurden aktiviert. Aktive Steuerlatenzen resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen steuerrechtlichen Wertansätzen bei Kundenforderungen, Aktien und Schuldverschreibungen in Höhe von 18,3 Mio. Euro sowie bei Pensions- und Jubiläumsverpflichtungen in Höhe von 19,3 Mio. Euro.

3.18 Fonds für allgemeine Bankrisiken

Gemäß § 340 e Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 340 g HGB wurde dem Fonds für allgemeine Bankrisiken im Geschäftsjahr 2013 ein Betrag in Höhe von 10,5 Mio. Euro (15,0 Mio. Euro) zugewiesen. Die Zuführung wurde mit dem Nettoertrag des Handelsbestands verrechnet.

3.19 Handelsbestand passiv

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Negativer Marktwert derivative Finanzinstrumente	1.885,9	2.405,0
Discountzertifikate, Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen und Optionsscheine	2.115,1	2.196,4
Sicherheiten im Derivategeschäft	244,2	215,1
Eindeckungsverpflichtungen aus Short Sales	53,1	41,5
Abschläge	-3,0	0,0
Insgesamt	4.295,3	4.858,0

3.20 Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktive Rechnungsabgrenzung enthält:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Disagio aus Verbindlichkeiten	1,8	2,0
Agio aus Forderungen	0,0	0,0

Die passive Rechnungsabgrenzung enthält:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Disagio aus Forderungen	0,1	0,1
Agio aus Verbindlichkeiten	0,1	0,6

3.21 Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 12,5 Mio. Euro (13,2 Mio. Euro), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 12,1 Mio. Euro (12,2 Mio. Euro) sowie Zinsabgrenzungen auf Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 11,6 Mio. Euro (11,8 Mio. Euro).

3.22 Rückstellungen

3.22.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Rechtliche Rahmenbedingungen

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter existieren verschiedene Ruhegeld- beziehungsweise Versorgungsordnungen in Abhängigkeit vom Eintrittsdatum des Mitarbeiters in die Bank. Dabei werden die Zusagen auf betriebliche Altersversorgung den Mitarbeitern als kollektive Regelungen in Form von Betriebsvereinbarungen erteilt, die als Direktzusagen ausgestaltet sind.

Für Neuzugänge offene Regelungen

Im Rahmen der derzeit für Neuzugänge offenen arbeitgeberfinanzierten Regelung (VO 2013) sagt die Bank ihren Mitarbeitern Kapitalleistungen im Fall der Pensionierung, der Invalidität und des Todes als Anwärter zu. Die Zusage ist beitragsorientiert ausgestaltet, die Leistungen ergeben sich als Kapitalbausteine aus den zugesagten Beiträgen über eine garantierte Verzinsung. Die Höhe der garantierten Verzinsung kann für zukünftige Bausteine an ein verändertes Zinsumfeld angepasst werden. Die Beitragszeit beträgt jeweils zehn Jahre nach Ende des Berichtsjahres. Die Bank kann jederzeit festlegen, ob und wie sich die Beitragszeit verlängert. Hat die Bank bis zum Ende eines Geschäftsjahres keine Erklärung abgegeben, gilt die Beitragszeit als um ein weiteres Jahr verlängert.

Geschlossene Regelungen

Mitarbeiter mit Eintritt zwischen 01.01.2001 und 01.07.2013 erhielten eine zu der Versorgungsordnung 2013 analoge Regelung (VO 2001), die sich von der aktuellen Regelung im Wesentlichen in der Höhe der zugesagten Garantie-

verzinsung unterscheidet. Aus diesem Versorgungswerk bestehen unverfallbare Anwartschaften ausgeschiedener Mitarbeiter, jedoch keine laufenden Rentenleistungen. Für bis zum 31.12.2000 eingetretene Mitarbeiter sowie für die ehemaligen Mitarbeiter der Niederlassung Hamburg existieren zwei weitere Versorgungswerke, die für Neuzugänge geschlossen wurden. Begünstigte dieser Regelungen erhalten Leistungen in Form lebenslanger Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten. Es handelt sich um dienstzeitabhängige Endgehaltspläne mit gespaltener Leistungsformel. Neben den heute noch aktiven Mitarbeitern gibt es aus diesen Regelungen ausgeschiedene Anwärter mit unverfallbaren Anwartschaften auf lebenslang laufende Renten und Versorgungsempfänger. Diese beziehen lebenslange Renten, für die nach § 16 Absatz 1 BetrAVG eine Anpassungsprüfung vorzunehmen ist. Für einen geschlossenen Personenkreis von Anwärtern besteht eine beitragsorientierte Kapitalzusage. Für diese hat die Bank Rückdeckungsversicherungen bei führenden deutschen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen, sodass der Mitarbeiter genau die Leistung erhält, die sich aus der Rückdeckungsversicherung ergibt.

Einzelzusagen

Für ehemalige und aktive Vorstände und Bereichsvorstände sowie ehemals persönlich haftende Gesellschafter existieren endgehaltsbezogene Einzelzusagen auf lebenslang laufende Leistungen. Zuletzt berufenen Vorstandsmitgliedern wurden einzelvertraglich beitragsorientierte Kapitalplanzusagen erteilt. Zusätzlich wurde einigen ehemaligen Vorständen und Bereichsvorständen sowie ehemals persönlich haftenden Gesellschaftern eine Kapitalzusage aus Entgeltumwandlung erteilt. Die garantierte Verzinsung des eingebrachten Umwandlungsbetrags ist festgeschrieben, die Auszahlung des Kapitals erfolgt in Raten.

Die Betriebsvereinbarung vom Juni 2013 zur Festlegung der Altersgrenzen in den geschlossenen Versorgungsordnungen sieht die Zahlung eines Übergangsgelds für die Mitarbeiter vor, die unmittelbar nach Ausscheiden aus den Diensten der Bank Rente beziehen. Das Übergangsgeld wird maximal sechs Monate gewährt.

Bei der Bewertung wurden die auf Seite 79 genannten Parameter verwendet.

Entwicklung der Altersteilzeitverpflichtungen

in Mio. €	2013
Altersteilzeitverpflichtungen zum 01.01.	2,8
Auflösung (Dienstzeitertrag)	-0,5
Zinsaufwand	0,1
Altersteilzeitverpflichtungen zum 31.12.	2,4

Entwicklung des Deckungsvermögens Altersteilzeitverpflichtung

in Mio. €	2013
Deckungsvermögen zum 01.01.	1,8
Abschreibungen	0,0
Zuführungen/Entnahmen	0,1
Deckungsvermögen zum 31.12.	1,9
Erträge des Deckungsvermögens	0,0

Die Unterdeckung wird unter den Rückstellungen ausgewiesen.

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2013
Pensionsverpflichtungen zum 01.01.	166,7
Auflösungen (Dienstzeitertrag)	-1,9
Zinsaufwand	12,6
Mitarbeiterwechsel	-0,2
Zuführung aus dem Unterschiedsbetrag	1,0
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	178,2

Entwicklung des Deckungsvermögens Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2013
Deckungsvermögen zum 01.01.	215,9
Zuschreibungen	3,7
Zuführungen/Entnahmen	6,3
Deckungsvermögen zum 31.12.	225,9
Erträge des Deckungsvermögens	6,4

Die Überdeckung in Höhe von 47,7 Mio. Euro wird in der Position „Aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde 1,0 Mio. Euro des Unterschiedsbetrags aus BilMoG aufwandswirksam aufgelöst und den Pensionsrückstellungen zugeführt.

Weiterhin werden die Rückdeckungsansprüche in Höhe von 18,5 Mio. Euro aus einer Gruppenlebensversicherung

mit der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen im Rahmen des Modells „Versorgungslohn statt Barvergütung“ in Höhe von 20,6 Mio. Euro verrechnet.

Die Verrechnung der Erträge und Aufwendungen ergibt einen Saldo in Höhe von 2,1 Mio. Euro.

Für das Übergangsgeld wurde erstmalig im Geschäftsjahr 2013 eine Rückstellung in Höhe von 1,8 Mio. Euro gebildet.

3.22.2 Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten

Entwicklung der LAZK-Verpflichtungen

in Mio. €	2013 LAZK	2013 SV-Beitrag
LAZK-Verpflichtung zum 01.01.	7,2	0,5
Zinsaufwand	0,3	0,1
Auswirkungen aufgrund Änderungen des Rechnungszinses	0,0	0,0
Einzahlungen	5,3	1,0
Sonstiger Aufwand	0,0	0,7
Zahlungen/Wechsler	0,0	0,0
LAZK-Verpflichtung zum 31.12.	12,8	0,9

Entwicklung des Deckungsvermögens (LAZK)

in Mio. €	2013 LAZK	2013 SV-Beitrag
Deckungsvermögen zum 01.01.	7,2	2,1
Ertrag/Aufwand aus dem Deckungsvermögen	0,0	0,0
Zuwendungen zum Deckungsvermögen	5,6	0,5
Abgänge des Deckungsvermögens	0,0	0,0
Deckungsvermögen zum 31.12.	12,8	2,6

Die Überdeckung in Höhe von 1,7 Mio. Euro wird in der Position „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Die Verrechnung der Erträge und Aufwendungen ergibt einen Saldo in Höhe von 0,3 Mio. Euro.

3.22.3 Ausschüttungsgesperrter Betrag

Gemäß § 268 Abs. 8 HGB in Verbindung mit § 246 Abs. 2 Satz 2 und § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB ergibt sich folgender ausschüttungsgesperrter Betrag:

Ausschüttungsgesperrter Betrag

in Mio. €	Zeitwert 31.12.2013	Historische Anschaffungskosten	Latente Steuern	Ausschüttungsgesperrter Betrag
Deckungsvermögen Pensionen	225,9	188,6	4,2	33,1
Deckungsvermögen Altersteilzeit	1,9	1,5	0,1	0,3
Deckungsvermögen LAZK	15,4	15,1	0,1	0,2
Gesamt	243,2	205,2	4,4	33,6

3.22.4 Steuerrückstellungen

Passive latente Steuern in Höhe von 4,4 Mio. Euro ergeben sich aus unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen des Deckungsvermögens. Sie wurden mit aktiven latenten Steuern verrechnet.

Entsprechend der IDW Stellungnahme zum IDW RS HFA 34 zur Bilanzierung von Steuerrückstellungen hat die Bank die Rückstellungen für Steuerschulden wie auch die Rückstellungen für steuerliche Nachzahlungszinsen abgezinst. Der Effekt aus der Änderung betrug 4,0 Mio. Euro.

3.22.5 Andere Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,0	0,0
Rückstellungen im Personalbereich	83,5	92,2
Andere Rückstellungen	36,7	46,5
Insgesamt	120,2	138,7

Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Rückstellungen beträgt 0,4 Mio. Euro.

3.23 Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten enthalten nachrangige Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen, die sich auf insgesamt 245,7 Mio. Euro (253,4 Mio. Euro) belaufen. Im Geschäftsjahr 2013 entfiel auf sämtliche nachrangigen Verbindlichkeiten ein Zinsaufwand von 12,5 Mio. Euro (12,7 Mio. Euro).

Keine emittierte Schuldverschreibung übersteigt 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten. Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen bestehen nicht.

Verzinsung der nachrangigen Verbindlichkeiten

Verzinsung	Nominalbetrag (in Mio. €)
4 % bis unter 5 %	100,2
5 % bis unter 6 %	145,5
Festsätze	245,7
Insgesamt	245,7

Rückzahlung der nachrangigen Verbindlichkeiten

Fälligkeit	Nominalbetrag (in Mio. €)
Bis ein Jahr	47,5
Über ein Jahr bis fünf Jahre	65,2
Über fünf Jahre	133,0
Insgesamt	245,7

Nachrangabrede

Alle nachrangigen Verbindlichkeiten gehen den nicht nachrangigen Forderungen anderer Gläubiger auf Zahlung von Kapital im Range nach. Dieser Nachrang gilt für die Fälle der Liquidation, der Insolvenz oder eines Verfahrens zur Vermeidung der Insolvenz.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten werden mit einem Betrag von 217,2 Mio. Euro (218,2 Mio. Euro) in die Berechnung des haftenden Eigenkapitals nach § 10 Abs. 5a KWG einbezogen.

Genussrechtskapital

Gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 30. Mai 2006 emittierte die AG im September 2006 Namensgenussscheine in Höhe von 100,0 Mio. Euro in vier Tranchen. Die Laufzeit der Namensgenussscheine über 6,0 Mio. Euro beziehungsweise 5,0 Mio. Euro ist

bis zum 31. Dezember 2016 befristet, die jährliche Ausschüttung beträgt 4,77 % beziehungsweise 4,78 %. Die Laufzeit der Namensgenussscheine über 52,0 Mio. Euro beziehungsweise 37,0 Mio. Euro endet am 31. Dezember 2020, die jährliche Ausschüttung beträgt 4,89 % beziehungsweise 4,91 %. Die Rückzahlung erfolgt jeweils ein halbes Jahr nach Ende der Laufzeit zum Nennwert, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme an einem Bilanzverlust.

Genussrechtskapital in Höhe von 100,0 Mio. Euro erfüllt die Bedingungen des § 10 Abs. 5 KWG und ist daher aufsichtsrechtlich als Ergänzungskapital anerkannt.

In den Bedingungen aller Emissionen ist festgelegt, dass die Forderungen aus den Wertpapieren den nicht nachrangigen Forderungen aller anderen Gläubiger der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Range nachgehen. Sie sind

gleichrangig im Verhältnis zu allen anderen nachrangigen Forderungen, die gegenüber HSBC Trinkaus & Burkhardt AG bestehen. Die Namensgenussscheine nehmen an einem Bilanzverlust gemäß den Emissionsbedingungen teil.

Für die Namensgenussscheine ist eine Kündigung durch die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG bei einer Änderung der steuerlichen Vorschriften möglich. Die Genussscheininhaber sind nicht berechtigt zu kündigen und die vorzeitige Rückzahlung des Kapitals zu verlangen.

3.24 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 75,4 Mio. Euro und setzt sich aus 28.107.693 nennwertlosen Stückaktien zusammen. Die Kapitalrücklagen belaufen sich am Bilanzstichtag auf 355,7 Mio. Euro.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Juni 2012 ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, in der Zeit bis zum 4. Juni 2017 einmalig oder mehrfach auf den Namen und/oder auf den Inhaber lautende Genussrechte ohne Wandlungs- oder Optionsrechte im Gesamtnennbetrag von bis zu 300 Mio. Euro auszugeben.

Dem Beschluss der Hauptversammlung vom 4. Juni 2013 folgend, wurde aus dem Bilanzgewinn 2012 (127,6 Mio. Euro) ein Betrag in Höhe von 70,3 Mio. Euro ausgeschüttet. In die Gewinnrücklagen wurden 54,8 Mio. Euro eingestellt.

Als Gewinnvortrag wurden 2,5 Mio. Euro auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gewinnrücklagen belaufen sich auf 684,3 Mio. Euro.

Das Grundkapital ist um bis zu 37,7 Mio. Euro durch die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Wandel- und Optionsrechten aus den bis zum 31. Mai 2016 zu begebenden Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder Genussrechten mit Wandel- oder Optionsrechten von ihren Wandel- beziehungsweise Optionsrechten Gebrauch machen (bedingtes Kapital).

Zum Bilanzstichtag betragen die gemäß § 340 c Abs. 3 HGB anzugebenden, dem haftenden Eigenkapital nach § 10 KWG zurechenbaren nicht realisierten Reserven in festverzinslichen Wertpapieren des Anlagebuchs 30,1 Mio. Euro (46,9 Mio. Euro) und in nicht festverzinslichen Wertpapieren des Anlagebuchs 11,9 Mio. Euro (10,0 Mio. Euro).

Auf die Möglichkeit, nicht realisierte Reserven in Grundstücken und Gebäuden gemäß § 10 Abs. 4b KWG als Ergänzungskapital dem haftenden Eigenkapital zuzurechnen, hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG – wie bereits in den Vorjahren – verzichtet.

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge im Sinne von § 268 Abs. 8 HGB beträgt 83,7 Mio. Euro. Er enthält einen ausschüttungsgesperrten Betrag aus der Zeitbewertung des CTA-Deckungsvermögens in Höhe von 33,6 Mio. Euro sowie aus der Aktivierung latenter Steuern in Höhe von 50,1 Mio. Euro.

Maximal ausschüttbarer Betrag (in Mio. €)	31.12.2013
Zur Deckung der Beträge i. S. d. § 268 Abs. 8 HGB zur Verfügung stehende Eigenkapitalanteile	862,1
Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge	83,7
Maximal ausschüttbarer Betrag	778,4

4. Erläuterungen zu den Haftungsverhältnissen

4.1 Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	0,0	0,0
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungen	1.622,1	1.741,2
Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,0	0,0
Insgesamt	1.622,1	1.741,2

4.2 Andere Verpflichtungen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,0	0,0
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.109,4	5.255,5
Insgesamt	6.109,4	5.255,5

Die Qualität der Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen unterliegt einer permanenten Überwachung durch interne Rating-Verfahren. In den unwiderruflichen Kreditzusagen sind neun Einzelzusagen von wesentlicher

Bedeutung in einer Gesamthöhe von 1.139,5 Mio. Euro in Bezug auf die Gesamttätigkeit enthalten. Die Einzelbeträge liegen jeweils zwischen 100,0 Mio. Euro und 238,0 Mio. Euro.

5. Sonstige Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen folgende nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen:

Die Haftsummen aus Anteilen an Genossenschaften belaufen sich zum Jahresende unverändert auf 0,2 Mio. Euro.

Die Nachschusspflicht aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main, beläuft sich auf 3,7 Mio. Euro und ist verbunden mit einer selbstschuldnerischen Bürgschaft für die Erfüllung der Nachschusspflicht durch die übrigen Gesellschafter, die dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehören.

Die Bank tritt im Leasinggeschäft ausschließlich als Leasingnehmer auf. Alle abgeschlossenen Leasingverträge sind Operating Lease-Verträge. Bei diesen Verträgen verbleiben die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken beim Leasinggeber, der die Leasinggegenstände auch bilanziert. Die Leasingraten werden als Mietzahlungen im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Bis ein Jahr	14,6	19,3
Über ein Jahr bis fünf Jahre	23,4	22,6
Über fünf Jahre	10,7	13,5
Insgesamt	48,7	55,4
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	5,3	5,3

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hat sich in 2007 an der HSBC NF China Real Estate GmbH & Co. KG mit 3,4 Mio. Euro beteiligt. Von der Einlage wurde 0,6 Mio. Euro noch nicht gezahlt.

Die Bank hat die Evidenzzentrale für Kartenzahlungen, Electronic Banking Dienstleistungen, Systemadministration und IT-Betrieb für das System Invoice Finance Application International sowie den Aufbau und den Betrieb einer

Kontenevidenzzentrale nach § 24 c KWG an externe Dritte ausgelagert. Weiterhin sind Dienstleistungen im Bereich der Wertpapierabwicklung und -verwaltung an die Tochtergesellschaft HSBC Transaction Services GmbH ausgelagert.

Die ausgelagerten Bereiche nehmen keinen wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der Bank.

6. Marktrisikobehaftete Geschäfte

6.1 Marktrisiken

Als Marktrisiko wird das Ausmaß verstanden, in welchem sich der Marktwert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreisparameter zuungunsten der Bank entwickeln kann. Zum Marktrisiko gehören Wechselkursrisiken, Zinsrisiken (inklusive Credit Spread-Risiken) sowie Aktien- und sonstige Preisrisiken. Marktrisiken resultieren vorwiegend aus dem Handel mit Zins-, Aktien- und Devisenprodukten sowie, in geringem Maße, mit Rohwarenprodukten ohne physische Lieferung.

Zur Messung von Marktrisiken des Handelsbuchs werden Value at Risk-Ansätze verwendet. Als Value at Risk wird der potenzielle Verlustbetrag verstanden, der bei einer Haltedauer von einem Handelstag und unveränderter Position mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Das Value at Risk-Modell beruht auf einer

historischen Simulation der Risikofaktoren über eine Periode von 500 gleich gewichteten Handelstagen und deckt Zins-, Aktien-, Devisen- und Volatilitätsrisiken ab. Dabei werden alle Positionen unter Berücksichtigung veränderter Marktparameter komplett neu bewertet. Bei Zinsrisiken werden sowohl allgemeine Zinsrisiken, die aus einer Veränderung des Marktzinsniveaus resultieren, als auch Spread-Risiken verschiedener Emittenten beziehungsweise Emittentenklassen berücksichtigt.

Als Risikofaktoren sind insbesondere berücksichtigt:

1. Aktienkassakurse und Aktienindizes
2. Devisenkassakurse inklusive Goldkurse
3. Rohwarenkurse (verschiedene Ölsorten, Silber)

6.2 Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten

		Nominalbeträge mit einer Restlaufzeit		
in Mio. €		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre
Zinsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte	FRA, CAPs, FLOORs	153	572	817
	Zins-Swaps	4.088	7.985	6.644
	Zinsoptionen	144	451	286
	Termingeschäfte	749	795	70
Börsengehandelte Produkte	Zins-Futures	2.012	1.291	0
	Zinsoptionen	0	0	0
	Summe	7.146	11.094	7.817
Währungsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte	Devisentermingeschäfte*	22.591	2.065	0
	Cross-Currency Swaps	62	71	175
	Devisenoptionen*	2.225	89	0
Börsengehandelte Produkte	Währungs-Futures	0	0	0
	Summe	24.878	2.225	175
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte	Aktien-/Index-Optionen	11	30	0
	Termingeschäfte	0	4	0
	Equity Swaps	6	29	0
Börsengehandelte Produkte	Aktien-/Index-Futures	879	8	0
	Aktien-/Index-Optionen	2.646	2.406	296
	Summe	3.542	2.477	296
Finanzderivate insgesamt		35.566	15.796	8.288

* inkl. Gold-Optionen und -Termingeschäfte

- | | |
|---|---|
| <p>4. Zero-Zinssätze für idealtypische Laufzeiten aus Swapzinskurven</p> <p>5. Credit Spreads für verschiedene Kategorien wie zum Beispiel Pfandbriefe, Bundesländeranleihen mit weiteren Differenzierungen nach Bonität und/oder Laufzeit</p> <p>6. Aktien- und Aktienindexoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten</p> | <p>7. Devisenoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten</p> <p>8. Volatilitäten von Optionen auf Bundesanleihen für idealtypische Laufzeiten</p> <p>9. Cap/Floor-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten</p> <p>10. Swaption-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten</p> |
|---|---|

Es ergeben sich folgende Value at Risk-Werte:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Zinsrisiken	2,8	1,0
Währungsrisiken	0,1	0,5
Aktien-/Indexrisiken	0,7	0,5
Credit Spread-Risiken	3,1	3,3
Rohwarenrisiken	0,0	0,0
Gesamtes Marktrisikopotenzial	3,6	3,6

	Nominalbeträge		Marktwert			
			Positiv		Negativ	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
	1.542	1.636	16	5	15	6
	18.717	21.377	694	1.144	764	1.414
	881	1.121	17	28	27	35
	1.614	1.354	31	39	55	112
	3.303	243	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0
	26.057	25.731	758	1.216	861	1.567
	24.656	31.565	305	332	305	328
	308	403	13	17	13	17
	2.314	1.721	38	17	37	17
	0	0	0	0	0	0
	27.278	33.689	355	366	355	362
	41	83	10	16	22	14
	4	91	0	0	3	19
	35	49	3	4	1	1
	887	474	0	0	0	0
	5.348	4.575	288	208	641	463
	6.315	5.275	301	228	667	497
	59.650	64.692	1.414	1.810	1.883	2.426

Aufteilung der Marktwerte nach Kontrahenten

in Mio. €		31.12.2013	
		Positiv	Negativ
OECD	Banken	932	884
	Finanzinstitute	34	168
	Sonstige	153	184
Nicht-OECD	Banken	7	3
	Sonstige	288	644
Insgesamt		1.414	1.883

Die Bank verwendet bestimmte Derivate (in der Regel Zins-Swaps) auch zur Absicherung von Marktzinsrisiken bei Finanzanlagen. Aus diesen Sicherungsbeziehungen resultieren zum 31. Dezember 2013 negative Marktwerte in Höhe von 35,1 Mio. Euro (70,4 Mio. Euro) und positive Marktwerte in Höhe von 7,6 Mio. Euro (0,0 Mio. Euro).

Die Darstellung des Geschäfts mit Derivaten gemäß § 36 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute folgt den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbandes deutscher Banken. Gemäß internationalem Standard stellen die angegebenen Marktwerte die Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag bei einem Ausfall der Kontrahenten ungeachtet ihrer Bonität und etwaiger Nettingvereinbarungen dar.

7. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

7.1 Aufteilung der Ertragspositionen nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag aus den Komponenten Zinserträge, Laufende Erträge, Erträge aus Gewinngemeinschaften und -abführungen, Provisionserträge und Sonstige betriebliche Erträge beläuft sich auf 772,7 Mio. Euro (713,8 Mio. Euro). Sämtliche Erträge wurden in Deutschland erwirtschaftet. Dabei wurde von der Prämisse ausgegangen, dass der Sitz der Niederlassung, bei der ein Ertrag erwirtschaftet wurde, maßgeblich ist für die Einordnung von Erträgen in einen geografischen Markt. Die Position Erträge aus Gewinnabführungsgemeinschaften und -abführungen enthält Erträge in Höhe von 15,1 Mio. Euro (9,1 Mio. Euro), die von verbundenen Unternehmen in Luxemburg erwirtschaftet wurden.

7.2 Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Das Angebot an Verwaltungs- und Vermittlungsleistungen, die für Dritte erbracht werden, beschränkt sich bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Wesentlichen auf die Vermögens- und Depotverwaltung und Advisory-Dienstleistungen.

7.3 Honorare der Abschlussprüfer

Bezüglich der Honorare der Abschlussprüfer wird auf den IFRS-Konzernabschluss der Bank als Konzernobergesellschaft verwiesen.

7.4 Nettoertrag des Handelsbestands

Der Nettoertrag des Handelsbestands beträgt 90,2 Mio. Euro (134,3 Mio. Euro).

Bezug nehmend auf die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung BFA 2 vom 3. März 2010 wurden die Zinserträge und Zinsaufwendungen des Handelsbestands, die

Dividendenerträge und die Provisionen entsprechend der internen Steuerung der Bank unter der Position Nettoertrag des Handelsbestands erfasst.

7.5 Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 59,1 Mio. Euro (61,8 Mio. Euro) beinhalten im Wesentlichen 31,2 Mio. Euro Kostenweiterbelastungen an Konzernunternehmen sowie 1,3 Mio. Euro Erträge aus der Untervermietung von Büroräumen.

Weiterhin sind 26,0 Mio. Euro periodenfremde Erträge aus der Auflösung frei gewordener Rückstellungen enthalten.

7.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 10,9 Mio. Euro (15,2 Mio. Euro) beinhalten 5,3 Mio. Euro Konzerndienstleistungsaufwand (Wertpapierdienstleistung), 3,8 Mio. Euro aus Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus potenziellen operativen Schadensfällen und Rechtsrisiken sowie 1,5 Mio. Euro aus operativen Schadensfällen.

7.7 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1,0 Mio. Euro enthalten gemäß Art. 67 Abs. 7 EGHGB alle Aufwendungen, die durch den Übergang auf die Rechtslage nach Inkrafttreten durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz per 1. Januar 2010 entstanden sind.

7.8 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Als Ertragssteueraufwand sind Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von 62,5 Mio. Euro entstanden. Im Steueraufwand sind latente Steuern enthalten.

Steuerliche Überleitungsrechnung

in Mio. €	Betrag	Steuersatz
Ergebnis vor Ertragssteuern	237,8	
Erwarteter Steueraufwand (tariflicher Steuersatz)	74,7	31,40 %
Überleitung:		
Abweichungen in der steuerlichen Bemessungsgrundlage	-9,2	
Periodenfremde Steuern	-3,0	
Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	0,0	
Tatsächlicher Steueraufwand	62,5	
Effektiver Steuersatz		26,28 %

8. Sonstige Angaben

8.1 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	31.12.2013	31.12.2012
Tarifliche Mitarbeiter/-innen	604	625
Außertarifliche Mitarbeiter/-innen	952	937
Auszubildende	32	37
Insgesamt	1.588	1.599
davon:		
Mitarbeiterinnen	621	634
Mitarbeiter	967	965

8.2 Haftung aus Patronatserklärungen

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG trägt dafür Sorge, dass die Gesellschaften HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) SA, Luxemburg, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf, HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, sowie Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf, ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können.

Darüber hinaus stellt die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG regelmäßig die derzeitigen persönlich haftenden oder geschäftsführenden Gesellschafter der vollkonsolidierten Gesellschaften in der Rechtsform der KG sowie der Trinkaus-Immobilienfondsgesellschaften und der Trinkaus Private-Equity Gesellschaften von allen Ansprüchen Dritter frei, die an diese aufgrund ihrer Rechtsstellung oder ihrer Tätigkeit in der jeweiligen Gesellschaft geltend gemacht werden, soweit es sich um natürliche Personen handelt.

8.3 Angaben zu nahestehenden Personen

Im Berichtsjahr wurden mit nahestehenden Personen keine Geschäfte mit marktüblichen Bedingungen getätigt.

8.4 Gesellschaftsorgane der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Die Vorstandsmitglieder sowie die Mitglieder des Aufsichtsrats sind auf der Seite 108 aufgeführt. Die Aufsichtsratsmandate dieser Personen sind auf den Seiten 109 bis 113 dargestellt.

8.5 Vorschüsse und Kredite an Organmitglieder

Zum Bilanzstichtag nahm ein Mitglied des Aufsichtsrats Kontokorrentkredite in einer Gesamthöhe von 3 Tsd. Euro (3 Tsd. Euro) in Anspruch. Die Kredite werden mit 5,30 % p. a. verzinst. Den Mitgliedern der Geschäftsführung wurden keine Vorschüsse und Kredite gewährt. Haftungsverhältnisse gegenüber Dritten zugunsten von Organmitgliedern bestanden nur im Rahmen der unter 8.2 dargestellten Freistellung für natürliche Personen.

8.6 Bezüge der Organe und Gremien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Die Grundzüge des Vergütungssystems sind im Lagebericht dargestellt. Die nachstehenden Ausführungen erläutern die Vergütungskomponenten der Vorstandsmitglieder und entsprechen dem DRS 17. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juni 2012 unterbleiben die Angaben nach § 285 Nr. 9 Buchstabe a Sätze 5 bis 8 HGB.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands besteht aus einer Festvergütung und einer variablen Vergütung. Die Festbezüge aller Vorstandsmitglieder für das Jahr 2013 lagen mit 2.244,7 Tsd. Euro unter dem Vorjahr (2.772,8 Tsd. Euro). Der variable Anteil der Vergütung beträgt 7.616,8 Tsd. Euro (10.032,8 Tsd. Euro). Darin enthalten ist ein langfristiger Vergütungsanteil in Höhe von 4.390,1 Tsd. Euro (6.019,7 Tsd. Euro).

Die Sonstigen Bezüge in Höhe von 112,7 Tsd. Euro (138,2 Tsd. Euro) bestehen im Wesentlichen aus Vergütungen für die Dienstwagennutzung, Versicherungsbeiträgen sowie sonstigen geldwerten Vorteilen, die individuell zu versteuern sind.

Im Geschäftsjahr sind an zwei Mitglieder des Aufsichtsrats Entgelte für erbrachte Beratungsleistungen gezahlt worden; diese beliefen sich insgesamt auf 177,0 Tsd. Euro (197,8 Tsd. Euro).

Unter dem Vorbehalt der Annahme des Gewinnverwendungsvorschlages durch die Hauptversammlung am 4. Juni 2014 betragen für 2013 die Bezüge des Aufsichtsrats 1.312,8 Tsd. Euro (1.309,0 Tsd. Euro).

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern sowie für die ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter der Bank gelten die allgemeinen Regeln für Mitarbeiter beziehungsweise ehemalige persönlich haftende Gesellschafter.

An ehemalige persönlich haftende Gesellschafter und deren Hinterbleibende der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und der Trinkaus & Burkhardt KG, die Rechtsvorgängerinnen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sowie an ehemalige Vorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden Bezüge in Höhe von 7,2 Mio. Euro (4,1 Mio. Euro) gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach HGB in Höhe von 35,5 Mio. Euro (36,0 Mio. Euro).

8.7 Corporate Governance Kodex

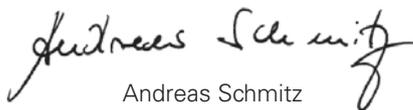
Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internetlink: <http://www.hsbc-trinkaus.de/global/display/wirueberuns/berichteundinvestorrelations/corporategovernance>) zugänglich gemacht.

8.8 Gewinnverwendungsvorschlag

in €	2013	Vorjahr
Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Bilanzgewinn von	177.769.232,50	127.620.568,81
Der Vorstand schlägt die folgende Verwendung vor:		
Zahlung einer Dividende von 2,50 € je Aktie auf das voll dividendenberechtigte Grundkapital in Höhe von 75.384.617,25 €		
Das entspricht einer Dividendensumme von	70.269.232,50	70.269.232,50
Einstellung in die Gewinnrücklagen von	105.000.000,00	54.851.336,31
Einstellung in den Gewinnvortrag von	2.500.000,00	2.500.000,00
	177.769.232,50	127.620.568,81

Düsseldorf, den 12. Februar 2014

Der Vorstand


Andreas Schmitz


Paul Hagen


Norbert Reis


Carola Gräfin v. Schmettow

Organe

Vorstand

Andreas Schmitz (Vorstandssprecher), Bankier
 Paul Hagen, Bankier
 Dr. Olaf Huth, Bankier (bis 4. Juni 2013)
 Manfred Krause, Bankier (bis 2. Juli 2013)
 Norbert Reis, Bankier (seit 1. Januar 2014)
 Carola Gräfin v. Schmettow, Bankier

Mitglieder der erweiterten Geschäftsleitung

Dr. Rudolf Apenbrink
 Florian Fautz (bis 31. Dezember 2013)
 Dr. Christiane Lindenschmidt
 Stephen Price (seit 27. August 2013)
 Dr. Jan Wilmanns (seit 1. Januar 2014)

Aufsichtsrat

Herbert H. Jacobi, Düsseldorf, Ehrenvorsitzender,
 ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter,
 HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA

Dr. Sieghardt Rometsch, Düsseldorf, Vorsitzender,
 ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter,
 HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA

Friedrich-Karl Goßmann*, Essen,
 stellvertretender Vorsitzender, Bankangestellter

Samir Assaf, London,
 Group Managing Director, Chief Executive Officer
 Global Banking and Markets, HSBC Holdings plc

Sigrid Betzen*, Meerbusch,
 Hauptgeschäftsführerin,
 Deutscher Bankangestellten-Verband

Peter Boyles, Genf,
 Chief Executive Officer, HSBC Global Private Banking,
 HSBC Private Bank (Suisse) SA
 (bis 31. August 2013)

Deniz Erkman*, Krefeld,
 Bankangestellte

Stefan Fuchs*, Düsseldorf,
 Angestellter der HSBC Transaction Services GmbH

Dr. Hans Michael Gaul, Düsseldorf,
 ehemaliges Mitglied des Vorstands der E.ON AG

Birgit Hasenbeck*, Düsseldorf,
 Bankangestellte

Wolfgang Haupt, Düsseldorf,
 ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter,
 HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA

Harold Hörauf, Eggstätt,
 ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter,
 HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA
 (bis 31. August 2013)

Alan Keir, London,
 Group Managing Director, Chief Executive Officer
 HSBC Bank plc
 (seit 1. September 2013)

Simon Leathes, London,
 Non-Executive Director, HSBC Bank plc
 (seit 1. September 2013)

Friedrich Merz, Arnsberg,
 Partner, Mayer Brown LLP

Oliver Popp*, Frankfurt,
 Pressesprecher, Deutscher Bankangestellten-Verband

Ralf Rochus*, Essen,
 Bankangestellter

Carsten Thiem*, Düsseldorf,
 Bankangestellter

Hans-Jörg Vetter, Stuttgart,
 Vorsitzender des Vorstands der
 Landesbank Baden-Württemberg

* Arbeitnehmervertreter

Mandate der Vorstände, Mitarbeiter und Aufsichtsratsmitglieder

Vorstände

Die Vorstandsmitglieder der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind in folgenden

- a) gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bzw.
b) vergleichbaren Kontrollgremien vertreten:

Andreas Schmitz	a) Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf (Vorsitzender)
	b) HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹⁾
	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf (stellv. Vorsitzender) ¹⁾
	KfW – Bankengruppe, Frankfurt am Main
	Liquiditäts-Konsortialbank, Frankfurt am Main
Paul Hagen	a) HFI Hansische Vermögensverwaltungs AG, Hamburg (stellv. Vorsitzender)
	RWE Supply & Trading GmbH, Essen
	b) HSBC Trinkaus Investment Managers S.A., Luxemburg ¹⁾
	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg (stellv. Vorsitzender) ¹⁾
	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf (stellv. Vorsitzender) ¹⁾
	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf ¹⁾
	SdB-Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH, Berlin (Vorsitzender)
Dr. Olaf Huth (bis 4. Juni 2013)	a) Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf ¹⁾
	b) HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf (stellv. Vorsitzender) ¹⁾
	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg (Vorsitzender) ¹⁾
	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹⁾
	HSBC Trinkaus Investment Managers S.A., Luxemburg (stellv. Vorsitzender) ¹⁾
Manfred Krause (bis 2. Juli 2013)	a) keine
	b) keine
Norbert Reis (seit 1. Januar 2014)	a) keine
	b) keine
Carola Gräfin v. Schmettow	a) Thyssen Krupp AG, Essen
	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf (Vorsitzende) ¹⁾
	b) HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg ¹⁾
	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf (Vorsitzende) ¹⁾
	HSBC Trinkaus Investment Managers S.A., Luxemburg (Vorsitzende) ¹⁾

¹⁾ HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

²⁾ HSBC Holdings plc Konzern

Mitarbeiter

Folgende Mitarbeiter der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind in folgenden

- a) gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bzw.
- b) vergleichbaren Kontrollgremien vertreten:

Dr. Rudolf Apenbrink	a) Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf ¹⁾
	b) HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG, Zürich ²⁾ (Chairman)
	HSBC Global Asset Management (France), Paris ²⁾
	HSBC Global Asset Management (Türkei), Istanbul ²⁾
Mark Cringle	a) keine
	b) HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf ¹⁾
Thomas Fahlenbock	a) HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf ¹⁾
	b) keine
Gerd Goetz	a) sino AG, Düsseldorf
	tick-TS AG, Düsseldorf
	b) keine
Dr. Detlef Irmen	a) keine
	b) HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf ¹⁾
Dr. Christiane Lindenschmidt	a) Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf ¹⁾
	b) HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf (Vorsitzende) ¹⁾
	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹⁾
	HSBC Trinkaus Investment Managers S.A., Luxemburg ¹⁾
	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg ¹⁾
	HSBC Securities Services S.A., Luxemburg ²⁾
Dr. Manfred von Oettingen	a) keine
	b) HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹⁾

Martin Reichel	
a)	keine
b)	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf ¹⁾

Heiko Schröder	
a)	HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹⁾
b)	keine

Ulrich W. Schwittay	
a)	keine
b)	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf ¹⁾

¹⁾ HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

²⁾ HSBC Holdings plc-Konzern

Aufsichtsratsmitglieder

Die Mitglieder unseres Aufsichtsrats besitzen weitere Mandate in folgenden

- a) gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bzw.
- b) vergleichbaren Kontrollgremien:

Dr. Sieghardt Rometsch	a) keine
	b) Management Partner GmbH, Stuttgart (Vorsitzender)
Samir Assaf	a) keine
	b) HSBC France, Paris (stellv. Vorsitzender) ²⁾
Peter W. Boyles (bis 31. August 2013)	a) keine
	b) S.A. Galeries Lafayette, Paris
	HSBC France S.A., Paris (stellv. Vorsitzender) ²⁾
	HSBC Bank A.S., Istanbul (Vorsitzender) ²⁾
	HSBC Bank Malta plc, Valetta ²⁾
	HSBC Bank plc, London ²⁾
Dr. Hans Michael Gaul	a) Siemens AG, München
	BDO AG, Hamburg (stellv. Vorsitzender)
	b) keine
Wolfgang Haupt	a) Trinkaus Private Equity Pool I GmbH & Co KGaA, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹⁾
	Trinkaus Private Equity M 3 GmbH & Co KGaA, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹⁾
	Trinkaus Secondary GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹⁾
	b) HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹⁾
Harald Hörauf (bis 31. August 2013)	a) HSBC US Buy-Out GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹⁾
	Trinkaus Secondary Zweitausendsechs GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf (Vorsitzender) ¹⁾
	BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin
	b) BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin
	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin

Alan McAlpine Keir

a) keine

b) keine

Simon Leathes

a) keine

b) HSBC Bank plc, London²⁾

Assured Guaranty Ltd., Hamilton

Assured Guaranty (Europe) Ltd., London

Assured Guaranty (UK) Ltd., London

HSB-Engineering Insurance Ltd., London

Friedrich Merz

a) WEPA Industrieholding SE, Arnsherg (Vorsitzender)

AXA Konzern AG, Köln

Deutsche Börse AG, Frankfurt

Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA, Dortmund

b) BASF Antwerpen N.V., Antwerpen

Stadler Rail AG, Bussnang

Hans-Jörg Vetter

a) Herrenknecht AG, Schwanau (Vorsitzender)

LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart (Vorsitzender)

Wieland-Werke AG

b) Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart

LHI Leasing GmbH, Pullach (Vorsitzender)

Allgaier Werke GmbH, Uhingen

BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart (Vorsitzender)

Süd Beteiligungen GmbH, Stuttgart (Vorsitzender)

¹⁾ HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzern

²⁾ HSBC Holdings plc-Konzern

Entwicklung des Anlagevermögens

Sachanlagevermögen

	Anschaffungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs- kosten
in Tsd. €	01.01.2013				31.12.2013
Grundstücksgleiche Rechte	300,4	0,0	0,0	0,0	300,4
Sachanlagen	67.025,0	16.947,6	4.665,4	0,0	79.307,2
Standardsoftware	9.188,4	0,0	0,0	0,0	9.188,4
Immaterielle Anlagewerte	15.615,8	669,6	0,0	0,0	16.285,4
Insgesamt	92.129,6	17.617,2	4.665,4	0,0	105.081,4

Finanzanlagevermögen

	Anschaffungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs- kosten
in Tsd. €	01.01.2013				31.12.2013
Beteiligungen	50.539,1	109,1	10,6	0,0	50.637,6
Anteile an verbundenen Unternehmen	174.329,8	0,0	5.800,0	0,0	168.529,8
Insgesamt	224.868,9	109,1	5.810,6	0,0	219.167,4

ANHANG I

Kumulierte Abschreibung	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Kumulierte Abschreibung	Restbuchwert	Restbuchwert
01.01.2013				31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012
102,4	3,7	0,0	0,0	106,1	194,3	198,0
41.405,2	9.825,8	3.708,6	0,0	47522,4	31.784,8	25.619,8
9.188,4	0,0	0,0	0,0	9.188,4	0,0	0,0
13.936,7	923,4	0,0	0,0	14.860,1	1.425,3	1.679,1
64.632,7	10.752,9	3.708,6	0,0	71.677,0	33.404,4	27.496,9

Kumulierte Abschreibung	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Kumulierte Abschreibung	Restbuchwert	Restbuchwert
01.01.2013				31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012
13.182,1	328,8	0,0	2.357,3	11.153,6	39.484,0	37.357,0
273,6	0,0	0,0	0,0	273,6	168.256,2	174.056,2
13.455,7	328,8	0,0	2.357,3	11.427,2	207.740,2	211.413,2

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesell-

schaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 19. Februar 2014

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hübner
Wirtschaftsprüfer

Bormann
Wirtschaftsprüfer



Geschäftsbericht 2013

HSBC  Trinkaus

Kennzahlen des HSBC Trinkaus-Konzerns

	2013	2012*	Veränderung in %
Erfolgszahlen in Mio. €			
Operative Erträge	703,0	705,4	-0,3
Risikovorsorge	10,9	0,9	> 100
Verwaltungsaufwand	486,2	495,0	-1,8
Jahresüberschuss vor Steuern	219,1	217,9	0,6
Ertragsteuern	63,8	85,9	-25,7
Jahresüberschuss nach Steuern	155,3	132,0	17,7
Bilanzzahlen in Mio. €			
Bilanzsumme	19.809,7	20.047,8	-1,2
Bilanzielles Eigenkapital	1.453,7	1.385,2	4,9
Kennzahlen			
Aufwand-Ertrag-Relation der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in %	67,9	69,4	-
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	16,5	17,1	-
Anteil Provisionsüberschuss an den operativen Erträgen in %	57,0	54,4	-
Funds under Management and Administration in Mrd. €	149,2	150,3	-0,7
Mitarbeiter	2.527	2.528	0,0
Angaben zur Aktie			
Zahl der ausgegebenen Aktien in Mio. Stück	28,1	28,1	0,0
Dividende je Aktie in €	2,50	2,50	0,0
Ergebnis je Aktie in €	5,53	4,70	17,7
Börsenkurs der Aktie per 31.12. in €	84,80	87,19	-2,8
Marktkapitalisierung in Mio. €	2.383,5	2.450,7	-2,8
Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen**			
Kernkapital in Mio. €	1.303,9	1.192,6	9,3
Aufsichtsrechtliches Kapital in Mio. €	1.638,5	1.534,6	6,8
Risikoposition in Mio. €	11.125,0	9.238,1	20,4
Kernkapitalquote in %	11,7	12,9	-
Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Risikoposition in %	14,7	16,6	-

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

** nach Bilanzfeststellung



Geschäftsbericht 2013

HSBC Trinkaus & Burkhardt

Datum der Herausgabe: April 2014

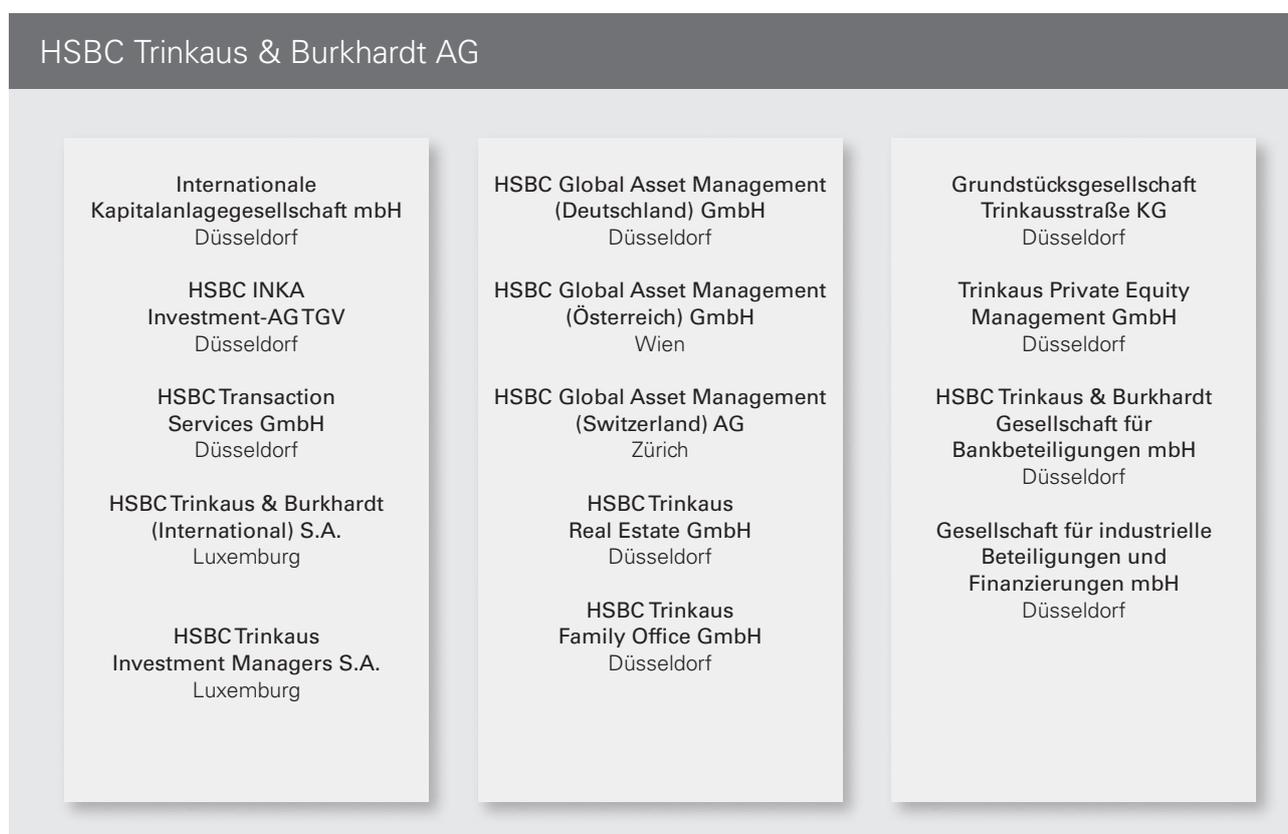
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG Königsallee 21/23 40212 Düsseldorf Tel. +49 211 910-0 Fax +49 211 910-616
info@hsbctrinkaus.de www.hsbctrinkaus.de

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns

Aufbau und Leitung

Der HSBC Trinkaus-Konzern umfasst derzeit eine Gruppe von 15 aktiven Gesellschaften. Obergesellschaft ist die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG.



Zum Konzern gehören darüber hinaus noch weitere Gesellschaften, die jedoch zurzeit keine bedeutenden aktiven Tätigkeiten ausüben. Schließlich werden dem Konzern Gesellschaften zugerechnet, die als persönlich haftende Gesellschafter von geschlossenen Immobilienfonds und von Private Equity-Fonds fungieren. HSBC Trinkaus hat sich entschlossen, sich vom Markt Luxemburg zurückzuziehen. Deswegen werden die Geschäftsaktivitäten an diesem Standort beendet.

Der Konzern steht unter einheitlicher Leitung des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Die Geschäftsführer der Einzelgesellschaften werden in der Regel durch Aufsichtsräte, Verwaltungsräte oder Beiräte beaufsichtigt. Unbeschadet ihrer rechtlichen Selbstständigkeit werden alle Gesellschaften im Rahmen einer Gesamtstrategie geführt.

Die Geschäftsbereiche

Alle Vorstandsmitglieder sind ungeachtet ihrer Gesamtverantwortung für bestimmte Bereiche individuell zuständig. Frau Dr. Christiane Lindenschmidt sowie die Herren Dr. Rudolf Apenbrink, Stephen Price und Dr. Jan Wilmanns stehen den Vorstandsmitgliedern im Rahmen der erweiterten Geschäftsführung als Bereichsvorstände zur Seite. Herr Florian Fautz ist mit seiner Entsendung zu unserem Mehrheitsgesellschafter, der HSBC Bank plc, mit dem 31. Dezember 2013 aus der erweiterten Geschäftsführung ausgeschieden. Die Zuordnungen im nachfolgenden Organigramm gelten nicht nur für die AG und ihre Niederlassungen, sondern auch für die Tochtergesellschaften.

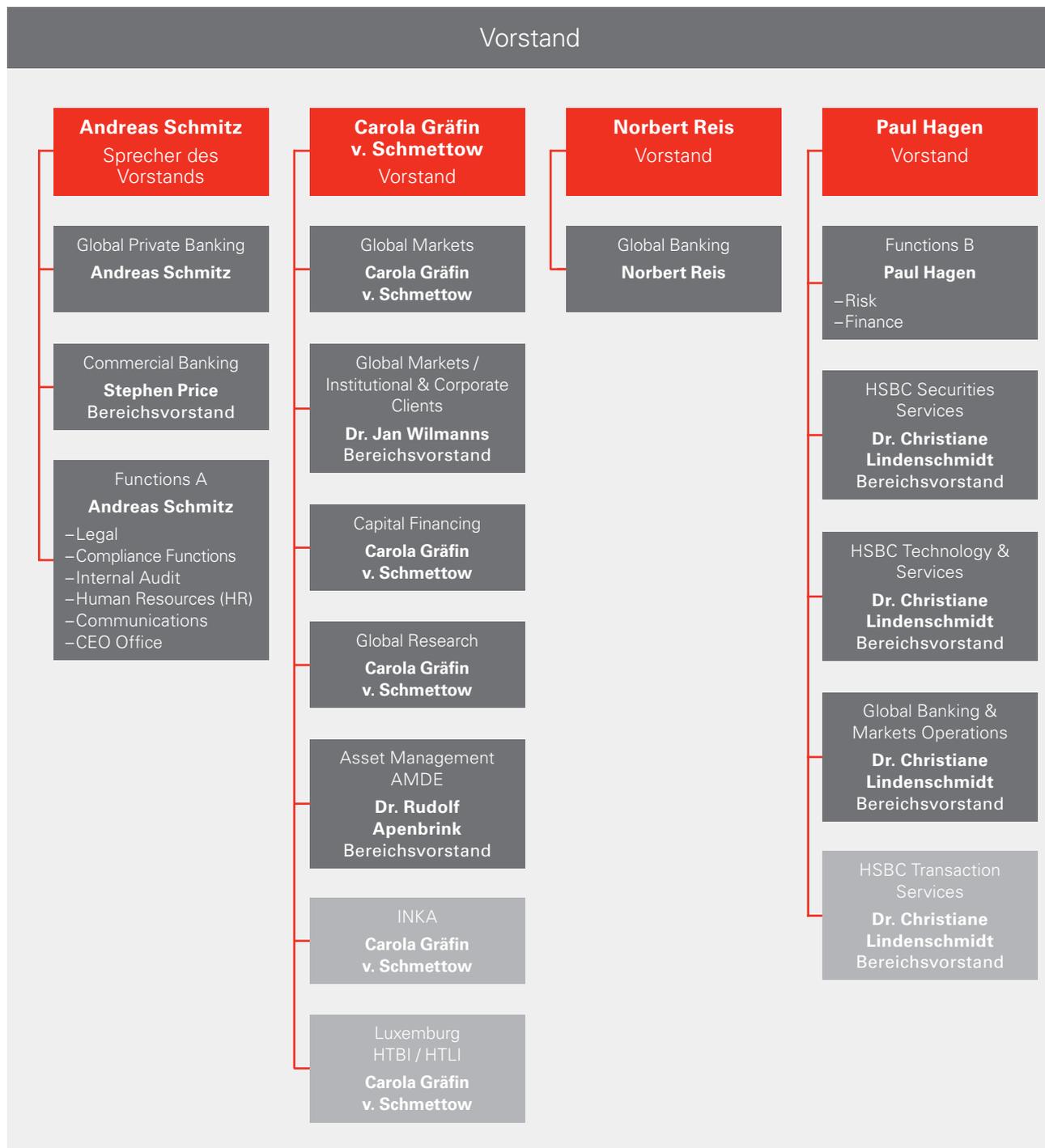
Im Geschäftsjahr 2013 hat es einige Veränderungen in den Ressortverantwortungen gegeben. Mit Wirkung zur Hauptversammlung am 4. Juni 2013 ist Herr Dr. Olaf Huth aus dem Vorstandskreis der Bank ausgeschieden. Herr Dr. Huth war für das Geschäft mit vermögenden Privatkunden zuständig und wird HSBC Trinkaus als Mitglied des Verwaltungsrats verbunden bleiben. Die Ressortzustän-

digkeit für das Global Private Banking hat Herr Andreas Schmitz übernommen.

Ferner hat sich Herr Manfred Krause dazu entschieden, sein Mandat als verantwortliches Vorstandsmitglied für das Commercial Banking am 2. Juli 2013 niederzulegen. Das Ressort wird seitdem von Herrn Andreas Schmitz verantwortet, seit 27. August 2013 führt Herr Stephen Price als Bereichsvorstand das Geschäft mit dem gehobenen Mittelstand (CMB).

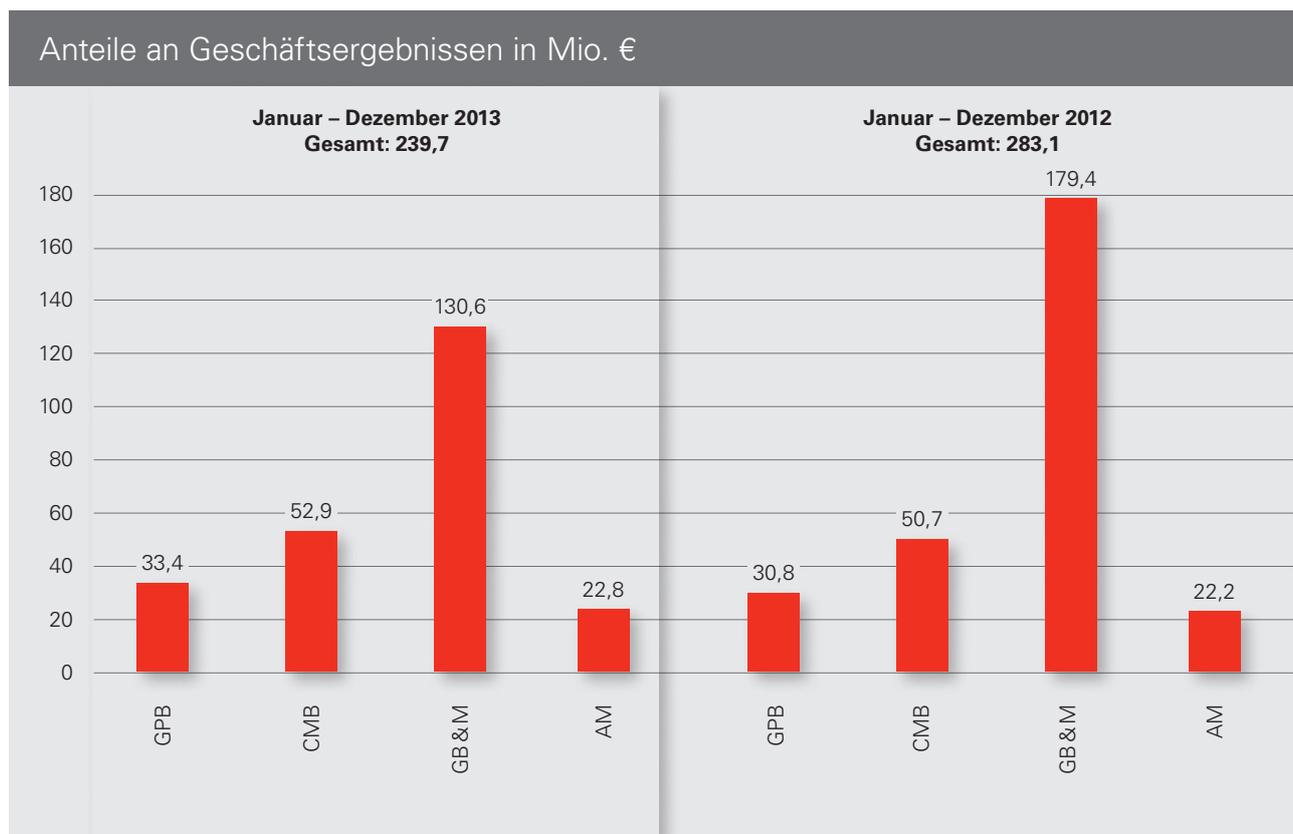
Mit Wirkung zum 1. Januar 2014 wurde Herr Norbert Reis zum weiteren Mitglied des Vorstands bestellt, gleichzeitig hat Herr Reis die Verantwortung für das Ressort Global Banking von Herrn Schmitz übernommen. Des Weiteren wurde Herr Dr. Jan Wilmanns am 1. Januar 2014 zum Bereichsvorstand mit Zuständigkeit für die Bereiche Global Markets / Institutional & Corporate Clients im Ressort von Frau v. Schmettow ernannt.

Das Organigramm gibt den Stand der Ressortverteilung ab dem 1. Januar 2014 wieder.



Die Geschäftsbereiche entsprechen seit diesem Geschäftsjahr der weltweiten Organisationsstruktur der HSBC-Gruppe. Die Kosten für Technologie und Servicebereiche werden zum überwiegenden Teil mittels Leistungs-

artenpreisen (Stückkosten) den Kunden- und Handelsbereichen belastet. Die Cost Center werden auf die operativen Geschäftsbereiche verrechnet, sodass deren Geschäftsergebnisse auf Vollkosten basieren.



Unsere Strategie im Überblick

HSBC Trinkaus hat im vergangenen Geschäftsjahr erneut gezeigt, dass das auf Kontinuität basierende diversifizierte Geschäftsmodell mit klarer Kundenorientierung weiterhin überzeugt. Ein Garant für den Erfolg ist die in der deutschen Bankenlandschaft einzigartige Verbindung von persönlicher Nähe, professioneller Betreuung und Dienstleistungsorientierung einer Privatbank mit der internationalen Leistungsfähigkeit und Kapitalkraft der HSBC-Gruppe. Als Teil dieser Banken-Gruppe verfügt HSBC Trinkaus mit „AA- (Stable)“ weiterhin über das beste Fitch²-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland; auch dies erachten wir als Bestätigung unserer erfolgreichen Geschäftsstrategie.

Aus dieser Position der Stärke heraus wollen wir den sich ändernden Rahmenbedingungen im Bankenmarkt begegnen: Zum einen werden wir uns mit einem lediglich moderaten Wirtschaftswachstum in Deutschland auseinandersetzen müssen. Für die Jahre 2014 bis 2017 wird von einem Wachstum von 1,0 bis 1,7 % p. a. ausgegangen, sofern keine exogenen Schocks einwirken wie ein Einbruch der Emerging Markets oder eine Verschärfung der Krise in der Eurozone. Dieser fehlende Schub aus dem makroökonomischen Umfeld hat auch Konsequenzen für die Bankenlandschaft; vor allem für das traditionell starke Geschäft von HSBC Trinkaus mit Financial Institutions und im Bereich Global Markets ist dies von Bedeutung.

Die weiter zunehmende Regulierung des Sektors führt zu zahlreichen neuen Vorschriften mit erheblichen Auswirkungen auf Geschäftsmodelle in der Bankenbranche, hierzu zählen unter anderem die geplante Finanztransaktionssteuer, Vorschläge für Trennbankensysteme sowie EMIR, also die Regulierung von Derivategeschäften. Ein stark auf das Wertpapier- und Derivategeschäft ausgerichtete Geschäftsmodell wie das von HSBC Trinkaus wird sich hier anpassen müssen. Auch die strukturellen Veränderungen des Wettbewerbsumfelds bleiben nicht ohne Folgen für das operative Geschäft von HSBC Trinkaus: Der Vertrauensverlust in der Privatkundschaft gegenüber der Bankenbranche hinterlässt im Global Private Banking Spuren, die steigenden technologischen und regulatorischen Anforderungen belasten die Kostenbasis, und das wieder erwachende Interesse ausländischer Anbieter am deutschen Markt verschärft den Wettbewerb.

Aufgrund der vielfältigen Änderungen im Umfeld der Banken hat der Vorstand von HSBC Trinkaus schon seit einiger

Zeit strategische Maßnahmen zur Optimierung unserer operativen Tätigkeiten ergriffen. Hierzu gehört der Abbau von Nicht-Kerngeschäft, unter anderem das Auslaufen des Immobilienfondsgeschäfts, der Rückzug vom Standort Luxemburg und eine Bereinigung unserer Kundenportfolios um Nicht-Zielkunden. Wir wollen uns auf unsere Kerngeschäftsfelder konzentrieren und diese selektiv ausbauen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die im Juli 2013 verabschiedete Wachstumsinitiative, deren Herzstück a) die Ausweitung unserer Kundenbasis im Firmenkundengeschäft (international orientierter Mittelstand und Großkunden/Multinationals), b) ein umfangreicheres Produktangebot, c) eine stärkere internationale Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe und d) ein angepasster Risikoappetit sind. Wir erweitern dabei gezielt unser bisheriges Profil als wertpapierorientierte Bank um eine klar bilanzorientierte Geschäftsbankkomponente. Ziel der Wachstumsinitiative ist es, durch Investition und Diversifikation in weiteren Geschäftsfeldern, die mit unserer Kernkompetenz eng in Zusammenhang stehen, eine langfristig stabile Geschäftsentwicklung zu erzielen und mögliche Wachstumsschwächen in anderen Geschäftsfeldern auszugleichen.

Bestandteil der Initiative ist die Erweiterung der aktuellen Zielklientel um international tätige Firmenkunden ab einem Jahresumsatz von über 35 Mio. Euro und um Private Equity-Häuser. Ein breiteres Produktangebot soll den Bedarf unserer Kunden erfüllen: Payments and Cash Management, Trade und Receivable Finance, syndizierte Kredite, öffentliche Förderkredite und langfristige Kredite zur Finanzierung von Anlagen stehen künftig neu oder verstärkt zur Verfügung. Ausgehend von solchen Ankerprodukten wollen wir auch bei Anleiheemissionen, Börsengängen, Kapitalerhöhungen, bei der Begebung von Schuldscheindarlehen oder bei Umfinanzierungen eine größere Rolle spielen und bauen dabei auf die bereits hohe Kompetenz in diesem Bereich auf. Das Ziel ist es, für mehr Kunden Kernbank zu werden. Mit vier neuen Niederlassungen in Dortmund, Hannover, Mannheim und Nürnberg und einer Erweiterung der Niederlassung in Köln um das Firmenkundengeschäft wird HSBC Trinkaus künftig auch näher an seinen Kunden sein. Wir unterscheiden uns in unserer Wachstumsinitiative klar von den zahlreichen mittelstandsorientierten Offensiven anderer Häuser durch einen gezielten Fokus auf international aktive Kunden. Für diese Klientel bedeutet das globale Netzwerk der HSBC-Gruppe ein in dieser Form in Deutschland einmaliges Angebot:

* Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß der "VERORDNUNG (EG) 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

Kompetenz in globalen Finanzprodukten und Präsenz vor Ort – vor allem in den wesentlichen Wachstumsmärkten der Welt.

Im Zuge der Wachstumsinitiative werden wir die Zusammenarbeit der Geschäftsbereiche noch verstärken: Unser Global Markets-Bereich wird das Wachstum im Firmenkundengeschäft besonders durch seine Kompetenz im Devisen- und Derivategeschäft unterstützen. Wir sehen überdies Geschäftspotenzial in einer engeren Kooperation von Global Private Banking und Firmenkundengeschäft. Über die Wachstumsinitiative hinaus rechnen wir damit, dass unsere Global Private Banking- und Asset Management-Aktivitäten weiterhin mit einem hohen Return on Equity zur stabilen Ertragsentwicklung beitragen. Zudem werden wir weiterhin eine aktive Rolle als Konsolidierer im Wertpapierservicemarkt einnehmen.

Eine Optimierung der IT-Infrastruktur ist wesentliche Voraussetzung für unser künftiges Tun. Hier werden wir unser Set-up weiter grundsätzlich überarbeiten und notwendige Anpassungen vornehmen. Zudem unterziehen wir unsere Kostenbasis regelmäßig einer Optimierung. Des Weiteren werden durch Standardisierung von Prozessen und Offshoring in das HSBC-Servicecenter in Krakau weitere Schritte zur Industrialisierung und Effizienzgewinnung durchgeführt.

Die langen erfolgreichen Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden sowie deren positive Rückmeldungen haben uns in unserer Überzeugung bestärkt, auf dem richtigen Weg zu sein, und uns das Vertrauen gegeben, den eingeschlagenen Wachstumspfad zu beschreiten. Und so bilden die Basis unseres Erfolgs auch weiterhin:

- unser stabiles Fundament von Werten wie Vertrauen, Ehrlichkeit, Pflichtbewusstsein und Verantwortung
- unsere Kapitalbasis, die auch im Hinblick auf zukünftige Regulierungen stark ist
- unsere Ertragskraft, die im Verhältnis zum Wettbewerb seit Jahren überdurchschnittlich ist
- unsere seit vielen Jahren zusammenarbeitende und motivierte Mitarbeiterschaft
- unsere Produkte und Dienstleistungen, die unsere Kunden überzeugen
- unsere enge Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe

Im Sinne unserer langen Tradition bleiben wir dabei auch weiterhin unseren Werten verpflichtet, denn Zukunft braucht Herkunft.

Das Steuerungssystem

1. Erläuterung des Steuerungssystems

HSBC Trinkaus verfügt über ein integriertes Steuerungssystem, das die Bank sowie alle Tochtergesellschaften umfasst. Dieses System dient zum einen der Formulierung klarer operationaler und strategischer Finanzziele. Zum anderen dient es dazu, Planabweichungen und mögliche Fehlentwicklungen rechtzeitig zu identifizieren, um geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Neben den unten dargestellten hochaggregierten Kennzahlen verfügt die Bank zusätzlich über granularere Kennziffern und Instrumente, die für die Detailplanung und -steuerung verwendet werden. Hierzu zählen beispielhaft Kennziffern zur Steuerung der Liquidität und auch die Kundenkalkulation, in der alle Bankgeschäfte mit jedem einzelnen Kunden erfasst und bewertet sind.

Nach der Festlegung des Risk Appetites als Fundament der jährlichen operativen Planung durch den Vorstand werden diese und weitere Kennziffern im Risk Committee des Aufsichtsrats ausführlich besprochen und dem Gesamtaufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

2. Angabe der Kennzahlen

Angelehnt an das Konzept der HSBC-Gruppe orientiert sich das Steuerungssystem von HSBC Trinkaus bei der Analyse der strategischen Erfolgsfaktoren und der aus diesen ableitbaren strategischen Entscheidungen über Effizienz, Profitabilität, Liquidität und Risiko an den folgenden Kennzahlen:

- Aufwand-Ertrag-Relation
- Eigenkapitalrendite
- Advances to Core Funding Ratio
- Kernkapitalquote
- Eigenkapitalquote

3. Erläuterung der Berechnung der Kennzahlen

Aufwand-Ertrag-Relation

Zur Berechnung der Aufwand-Ertrag-Relation wird der Verwaltungsaufwand in Relation zu den Erträgen der Bank (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, at equity-Ergebnis, Handelsergebnis, Finanzanlageergebnis und Sonstiges Ergebnis) gesetzt.

Eigenkapitalrendite

Die Eigenkapitalrendite ermittelt sich aus der Gegenüberstellung von Jahresüberschuss vor Steuern und dem über die letzten fünf Quartale ermittelten durchschnittlichen Eigenkapital (inklusive des durchschnittlichen Konzernbilanzgewinns und exklusive der durchschnittlichen Bewertungsreserven).

Advances to Core Funding Ratio

Die Advances to Core Funding Ratio setzt das Volumen an gewährten Kundenkrediten ins Verhältnis zum Volumen langfristig aufgenommenener Kapitalmarktfinanzierung und zu den als Bodensatz qualifizierten Kundeneinlagen.

Kernkapitalquote

Die Kernkapitalquote setzt das konsolidierte aufsichtsrechtliche Kernkapital ins Verhältnis zur Risikoposition (Risikoaktiva, Marktrisikooäquivalent und operationelle Risiken).

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote setzt das aufsichtsrechtliche Kapital (Kernkapital und Ergänzungskapital) ins Verhältnis zur Risikoposition (Risikoaktiva, Marktrisikooäquivalent und operationelle Risiken).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Im Jahr 2013 machten sich rund um den Globus Stabilisierungstendenzen breit. Trotz leichter Ermüdungserscheinungen blieben die Emerging Markets die globalen Taktgeber der Erholung. Doch auch aus zahlreichen Industrieländern kamen positive Impulse: Die japanische Konjunktur hat dank massiver Liquiditätsspritzen der Notenbank den Vorwärtsgang gefunden, und auch die US-Wirtschaft konnte Fuß fassen. Die Etatstreitigkeiten in der zweiten Jahreshälfte haben keine nachhaltigen Bremsspuren hinterlassen. Besonders konnte man im vergangenen Jahr aber in der Eurozone aufatmen – im zweiten Quartal wurde ein Schlussstrich unter die längste Rezession in der Geschichte des gemeinsamen Währungsraums gezogen. Deutschland blieb dabei die tragende Säule der Erholung, das Wachstumsgefälle zwischen der Peripherie und den Kernländern hat sich aber reduziert. Überbordender Optimismus ist dennoch fehl am Platz. Denn wengleich das Wachstum im vergangenen Jahr wieder einen positiven Pfad eingeschlagen hat, blieb die Aufwärtsdynamik insgesamt enttäuschend. Da macht auch die deutsche Konjunktur keine Ausnahme, die 2013 wohl nur um überschaubare 0,5 % (arbeitstäglich bereinigt) gewachsen ist, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr noch um 0,9 % zulegen konnte.

Vor allem bei der Investitionsneigung war der Start ins Jahr 2013 für die deutsche Wirtschaft holprig. Mittlerweile sind die Weichen für eine nachhaltige Belebung aber gestellt. Dank schwindender Befürchtungen eines Auseinanderbrechens des Währungsraums, der Konjunkturstabilisierung in der Peripherie, einer besseren Kapazitätsauslastung und überaus günstiger Finanzierungsbedingungen steht einem Investitionsaufschwung im Jahr 2014 nichts mehr im Wege. Davon dürfte auch der deutsche Arbeitsmarkt weiter profitieren. Mit mehr als 42 Millionen hat die Zahl der Beschäftigten bereits auf ein neues Rekordhoch angezogen. Das Ende der Fahnenstange ist mit Blick auf die optimistische Stimmung unter den deutschen Unternehmen und trotz der möglichen, mittelfristig negativen Implikationen aus der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns aber noch nicht in Sicht. Die guten Beschäftigungsaussichten, steigende Löhne, eine moderate Inflation und ein aufgrund der Nullzinspolitik der EZB nur geringer Sparanreiz schaffen dabei ein konsumfreundliches Umfeld. 2014 sollte sich deshalb vor allem die solide Binnenkonjunktur

als zentrale Stütze für die deutsche Konjunktur erweisen und ein Wachstum von 1,7 % ermöglichen. Nehmen die Unternehmen wieder mehr Geld für Anlagen und Ausstattung in die Hand und greifen die Verbraucher wieder tiefer in die Tasche, steigt auch der Importbedarf an.

Im Vergleich zum deutschen Aufschwung hinkt die Erholung im übrigen Währungsraum hinterher. So ist die Wirtschaft 2013 im Jahresvergleich sogar erneut leicht um 0,4 % geschrumpft, immerhin hat die Abwärtsdynamik aber abgenommen. 2014 sollte die Konjunktur der Eurozone zurück auf Expansionskurs sein, der allerdings zu schwach ausfällt, um die Inflation anzutreiben. Schuld daran bleiben die massive Unterauslastung am Arbeitsmarkt und der daraus resultierende niedrige Lohndruck. Nach einer überschaubaren Teuerung von nur 1,4 % im letzten Jahr droht sich die Inflation in diesem Umfeld 2014 noch weiter herunterzuschrauben. Das hat die Europäische Zentralbank im November dazu veranlasst, den Leitzins zum zweiten Mal in einem Jahr um 25 Basispunkte auf 0,25 % zu senken. Mit Blick auf die anhaltend disinflationären Tendenzen stehen die Türen für weitere Lockerungsmaßnahmen weiter weit offen. Die Währungshüter dürften zudem deutlich kommunizieren, dass das geldpolitische Gaspedal bis auf Weiteres voll durchgedrückt wird. Für die zehnjährigen Renditen im gemeinsamen Währungsraum sollte das Aufwärtspotenzial 2014 damit insgesamt begrenzt sein. Keine der bislang diskutierten geldpolitischen Maßnahmen hat aber wohl das Potenzial, die Kreditvergabe in der Eurozone deutlich anzukurbeln. Größere Hoffnungen macht diesbezüglich die anstehende Übernahme der Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank: Gelingt es der Notenbank, das Vertrauen in die Stabilität des Bankensystems zu stärken, sollte sich die Situation am Interbankenmarkt entspannen und die Kreditvergabe wieder anspringen.

Auch in anderen Währungsräumen dürften die Notenbanken auf eine zukunftsorientierte Kommunikation setzen und eine noch langfristig lockere Geldpolitik zusichern. So sind auch die USA trotz zunehmend rosiger Wachstumsaussichten von rund 2,0 bis 2,5 % in diesem Jahr von einer Erhöhung der Leitzinsen noch weit entfernt. Mit Blick auf die Reduzierung der Anleihenkäufe wird lediglich der Grad der Expansivmaßnahmen durch die Fed zurückgenommen, die US-Renditen dürften auch 2014 deutlich unter 3 % verharren, die Stimmung an den Aktienmärkten sollte dank

der hohen globalen Liquiditätsausstattung freundlich bleiben. Eine grundlegende Neuausrichtung der US-Geldpolitik ist derweil auch 2014 nicht zu erwarten. Janet Yellen, die das Amt des Fed-Präsidenten von Ben Bernanke übernimmt, hat sich in der Vergangenheit im Zweifel stets für einen expansiveren Kurs der Fed ausgesprochen.

Entwicklungen in der Bankenbranche

Auch im vergangenen Geschäftsjahr hatte die Finanz- und Staatsschuldenkrise erhebliche Auswirkungen auf das Geschehen in der globalen Wirtschaft und an den internationalen Finanzmärkten. In Deutschland führten das sich allmählich erholende Bruttoinlandsprodukt und die weiterhin niedrige Arbeitslosenquote zu einer Stabilisierung der allgemeinen Wirtschaftslage. Getragen wurde die Erholung fast ausschließlich von binnenwirtschaftlichen Faktoren; vor allem der private und der öffentliche Konsum stützten das Wirtschaftswachstum. Nach einem Wirtschaftswachstum von 0,5 % im Jahr 2013 wird für 2014 ein Wachstum von 1,7 % erwartet. Voraussetzung hierfür ist, dass die europäische Staatsschuldenkrise weiter abflaut und die Weltwirtschaft wieder an Dynamik gewinnt.

In diesem etwas positiveren Umfeld bleiben das niedrige Zinsniveau, die schwache Kreditnachfrage, der wachsende Wettbewerb und die Zunahme an Regulierung wichtige Herausforderungen für die deutschen Banken:

- Im Juli ließ die Europäische Zentralbank den Leitzins in den 17 Staaten der Eurozone auf das Rekordtief von 0,5 % sinken, gefolgt von einer weiteren Senkung auf 0,25 % im November, was unmittelbare Folgen für die Profitabilität deutscher Banken hatte. Das absehbar weiterhin niedrige Zinsniveau begrenzt auch 2014 das Ertragspotenzial der Finanzbranche.
- In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres lag das Volumen der Kredite an Unternehmen und Selbstständige mit rund 862 Mrd. Euro um rund 2 % unter dem Vorjahr. Darin spiegelt sich zum einen eine schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen, zum anderen aber auch eine ausgeprägte Innenfinanzierung und damit eine niedrigere Kreditnachfrage wider. Börsennotierte Unternehmen nutzten ihren Zugang zum Kapitalmarkt, das Volumen umlaufender Anleihen stieg im September 2013 um rund 16 % auf über 108 Mrd. Euro. Insgesamt sind die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen unverändert günstig. Dies hat ebenfalls

Folgen für die Banken, unter anderem zeigt sich dies auch in gelockerten Kreditvergabestandards.

- Immer mehr Auslandsbanken haben in Deutschland einen wichtigen Wirtschaftsstandort mit starker Exportkraft und einer gesunden Firmenkundenlandschaft erkannt und wollen hier expandieren. Auch aus dem gestiegenen Wettbewerb heraus – vor allem um den Mittelstand – ergibt sich Druck auf die Profitabilität, da eine Weitergabe der Kosten an die Kunden kaum möglich ist.
- Von erheblicher Bedeutung bleibt weiterhin die verstärkte Regulierung der Finanzbranche, die jedes Institut fordert, das Geschäftsmodell zu überprüfen und die steigenden Kosten an das regulierungsbedingt niedrigere Ertragsniveau anzupassen.

Das Marktumfeld wird für die deutschen Banken auch im nächsten Jahr anspruchsvoll und herausfordernd bleiben. Insgesamt erwarten wir aufgrund der Zinssituation weiter rückläufige Erlöse bei angesichts der branchenweiten Einsparmaßnahmen stabilen, aber im internationalen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlichen Kosten-/Ertragskennzahlen. Zudem erwarten wir weitere Bilanzmaßnahmen. Eine Mischung aus Abbau von Risikoaktiva und Kapitalaufbau dürfte dazu führen, dass die deutschen Banken auch im Rahmen von Basel III zu den besser kapitalisierten Instituten gehören werden. Jeder einzelne Marktteilnehmer muss auf dieses Marktumfeld mit einer soliden strategischen Ausrichtung, einem klar definierten Geschäftsmodell, einer Bereinigung der Bilanz, wirksamen Restrukturierungen und Kostenreduktionen sowie Investitionen in effiziente IT-Prozesse reagieren.

HSBC Trinkaus im aktuellen Umfeld

Wir sind überzeugt, dass HSBC Trinkaus im aktuellen Marktumfeld gut aufgestellt ist. Aus unserer Position der Stärke heraus können wir in diesem Umfeld unseren Expansionskurs weiter fortsetzen. Während wir einerseits durch Abbau von Randaktivitäten unser Portfolio bereinigen, konzentrieren wir uns andererseits auf unsere Kerngeschäftsfelder und bauen diese selektiv aus. Auf die im Juli 2013 verabschiedete Wachstumsinitiative sind wir bereits im Kapitel „Unsere Strategie im Überblick“ im Detail eingegangen.

Über die konkreten strategischen Maßnahmen hinaus gelten auch weiterhin unsere sechs grundlegenden Grundsätze unseres Geschäftsgebarens:

- Wir konzentrieren uns auf die Zielgruppen mittelständische und globale Firmenkunden, Institutionelle Kunden und Vermögende Privatkunden und möchten unsere Aktivitäten in diesen Segmenten mit bestehenden und neuen Kunden ausbauen, soweit ein ausgewogenes Risiko-/Ertragsprofil gegeben ist.
- Wir fragen immer wieder neu, ob unsere Aktivitäten optimal auf die nationalen und internationalen Bedürfnisse unserer Kunden ausgerichtet sind. Der Kunde steht im Mittelpunkt unserer Entscheidungen. Wir messen der personellen Kontinuität in der Betreuung unserer Kunden einen sehr hohen Stellenwert bei.
- Unsere Handelsaktivitäten dienen primär der Unterstützung der Kundensegmente und einem umfassenden Produktangebot. Bei der Festlegung der Risikolimits und Handelsstrategien steht die Risikotragfähigkeit der Bank stets an erster Stelle.
- Umfassendes Know-how für innovative und kundenbezogene Lösungen ist unsere Stärke, dank derer wir für den Kunden und für die Bank einen Mehrwert realisieren. Die Basis jeder guten Kundenbeziehung ist gleichwohl die sorgfältige, flexible und dienstleistungsorientierte Abwicklung von Standardgeschäften einschließlich der Kreditvergabe; dies hat daher für uns einen hohen Stellenwert.
- Wir bauen unser Dienstleistungsangebot im Wertpapiergeschäft für Kunden und für andere Finanzinstitute kontinuierlich aus. Unsere Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH (HSBC INKA) hat ihre Marktstellung in der Fondsadministration als Master-KAG deutlich gestärkt. Darüber hinaus hat sich die Bank in den vergangenen Jahren als starker Anbieter für Depotbankdienstleistungen und Global Custody Services sowie im Asset Management mit HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH erfolgreich positioniert.
- Wir greifen auf die Ressourcen einer der größten und stärksten Banken der Welt zurück, der HSBC-Gruppe, und zwar sowohl auf die Palette leistungsfähiger Pro-

dukte als auch auf die Netzwerke in rund 80 Ländern weltweit.

Der Erfolg dieser Strategie hängt davon ab, ob es uns auch in Zukunft gelingen wird, die folgenden Bedingungen zu erfüllen:

- Wir müssen unseren Kunden uneingeschränkten Zugang zum globalen HSBC-Netzwerk ermöglichen, ohne Abstriche am Anspruch unserer Kunden auf die individuelle Betreuung und professionelle Beratung auf dem bisher geleisteten Niveau einer Privatbank.
- Wir müssen weiterhin in Geschäftsbeziehungen zu unseren Kunden auf Vertrauen und Nachhaltigkeit bauen. Denn nur auf dieser Basis können Kunde und Berater angesichts der zunehmenden Produktvielfalt gemeinsam optimale Lösungen finden.
- Wir müssen eine technologisch leistungsfähige Infrastruktur bereithalten. Sie muss den anspruchsvollen Anforderungen in der gesamten Wertschöpfungskette gerecht werden, damit wir unsere Dienstleistungen ebenso kostengünstig wie kundenfreundlich anbieten können.
- Wir müssen durch zielgerichtete Aus- und Weiterbildung auf höchstem Niveau in die Qualifikation unserer Mitarbeiter investieren, um der zunehmenden Komplexität und Internationalisierung unseres Geschäfts gerecht zu werden. Bei der Auswahl neuer Mitarbeiter, die uns bei unseren Wachstumsbemühungen unterstützen, legen wir gleichbleibend hohe Maßstäbe an.
- Wir müssen die Einzel- und die Teamleistungen unserer Mitarbeiter mithilfe eines präzisen Management-Informationssystems zuverlässig erfassen, um sie möglichst fair und marktkonform honorieren zu können.

Unsere lange erfolgreiche Positionierung am Markt sowie die ersten sehr positiven Rückmeldungen auf unsere Wachstumsinitiative bestärken uns in dem Eindruck, auf dem richtigen Weg zu sein.

Geschäftsverlauf und Lage

Ertragslage

Vor dem Hintergrund der sich stabilisierenden konjunkturellen Lage in der Eurozone hat HSBC Trinkaus 2013 ein Vorsteuerergebnis von 219,1 Mio. Euro erzielen können. Dies bedeutet gegenüber dem angepassten Jahresüberschuss vor Steuern des Vorjahres (217,9 Mio. Euro) einen leichten Anstieg um 1,2 Mio. Euro und entspricht der Prognose aus dem Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 155,3 Mio. Euro und liegt damit um 17,7 % beziehungsweise 23,3 Mio. Euro über dem angepassten Vorjahreswert von 132,0 Mio. Euro. Die Anpassungen der Vorjahresangaben waren gemäß IFRS erforderlich und resultieren aus der Umstellung der Vorschriften zur Bilanzierung von Pensionen (IAS 19). Wir gehen darauf im Abschnitt „Anpassung der Rechnungslegungsmethoden“ in den Notes detailliert ein.

Unser stabiles und unverändert erfolgreiches Geschäftsmodell hat sich damit erneut bewährt. Durch die Fokussierung auf unsere klar definierten Zielkundengruppen und deren Bedürfnisse konnten wir in den Segmenten Global Private Banking, Commercial Banking sowie Asset Management weiter zulegen. Im Segment Global Banking and Markets ist das Ergebnis erwartungsgemäß wegen Einmaleffekten im Vorjahr deutlich zurückgegangen.

Die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutern wir in den nächsten Abschnitten.

Der Zinsüberschuss ist wie in der Prognose des Vorjahres erwartet um 9,9 Mio. Euro auf 165,8 Mio. Euro leicht zurückgegangen. Dazu hat unter anderem auch der in der zweiten Jahreshälfte begonnene Rückzug aus Luxemburg beigetragen.

Das Zinsergebnis aus dem Einlagengeschäft ist weiterhin deutlich unter Druck. Bei leicht erhöhten Volumina verschlechterten sich die Margen durch die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken erheblich. Die weiterhin hohen Einlagen unserer Kunden sehen wir als großen Vertrauensbeweis an.

Das Zinsergebnis aus dem Kreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens deutlich verbessert, während die Margen leicht rückläufig waren. Insbesondere die Erträge aus dem Receivable Finance-Geschäft haben sich sehr gut entwi-

ckelt. Mit unserer Bereitschaft, im Zuge unserer Wachstumsstrategie das Kreditbuch signifikant auszuweiten, können wir das Geschäft mit größeren mittelständischen Firmenkunden ausbauen, denn die Bereitstellung von Krediten ist für diese Kundengruppe unverändert der Anker für die gesamte Geschäftsbeziehung.

Das Zinsergebnis aus unseren Finanzanlagen ist deutlich gesunken. Endfällige Anleihen konnten bei vergleichbarem Risikoprofil im Marktumfeld 2013 nur durch solche mit deutlich niedrigeren Kupons ersetzt werden. Wir haben unsere strikten Regeln für die Qualität der Anlagen unverändert beibehalten.

Nach einer Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Vorjahr in Höhe von 0,9 Mio. Euro beträgt die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 10,9 Mio. Euro. Bei den Einzelwertberichtigungen ergaben sich Neubildungen von 4,6 Mio. Euro sowie Auflösungen von 0,8 Mio. Euro. Bei den Portfoliowertberichtigungen war eine Nettozuführung von 7,2 Mio. Euro erforderlich. Die Erhöhung der Portfoliowertberichtigungen ist auf das gestiegene Kreditvolumen im Zuge unserer Wachstumsstrategie sowie die leicht veränderte Portfoliostruktur zurückzuführen. Aus Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen resultierten Erträge von 0,1 Mio. Euro. Wir halten weiterhin an unserer konservativen Ausrichtung bei der Beurteilung von Ausfallrisiken fest.

Der Provisionsüberschuss in Höhe von 401,1 Mio. Euro hat sich gegenüber dem Vorjahreswert von 383,7 Mio. Euro verbessert und übertrifft damit leicht die Erwartungen aus dem Vorjahr, obwohl auch hier der begonnene Rückzug aus Luxemburg erste Spuren hinterlassen hat.

Im klassischen Wertpapiergeschäft als Schwerpunkt unseres Provisionsgeschäfts haben wir die Zurückhaltung unserer Kunden an den Kapitalmärkten im Jahresdurchschnitt weiterhin gespürt. Entgegen dem Rückgang der Transaktionszahlen im Wertpapiergeschäft der Bank konnten wir in unserer Tochtergesellschaft Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH (HSBC INKA) erneut Volumen- und Erlöszuwächse im Fondsgeschäft verzeichnen.

Im Provisionsgeschäft mit Devisen und Derivaten erwirtschafteten wir mit 92,6 Mio. Euro (Vorjahr: 102,6 Mio. Euro) ein um 10,0 Mio. Euro deutlich schwächeres Ergebnis. Dennoch profitieren wir in diesem Geschäft weiterhin von

der engen Zusammenarbeit mit Gesellschaften der HSBC-Gruppe, die größtenteils die Risiken aus diesen Geschäften übernehmen und so zu einer sehr wettbewerbsfähigen Preisgestaltung beitragen.

Im Kreditgeschäft konnten wir unsere Ergebnisse erneut deutlich verbessern und damit unser Wachstum im Firmenkundengeschäft auch im Provisionsgeschäft ertragreich fortsetzen. Das Provisionsergebnis erhöhte sich um 8,7 Mio. Euro auf 23,0 Mio. Euro. Dieser Anstieg ist nicht zuletzt auf Provisionen aus einer zunehmenden Anzahl von Lead Arrangements größerer Konsortialkredite zurückzuführen.

Des Weiteren steigerten wir den Provisionsüberschuss aus dem Investment Banking von 7,4 Mio. Euro im Vorjahr auf 13,2 Mio. Euro. Dies ist überwiegend auf die Begleitung von Kunden bei Kapitalerhöhungen zurückzuführen. Dagegen ist der Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Strukturierungsgeschäft um 4,3 Mio. Euro zurückgegangen.

Alternative Investments haben sich für unsere anspruchsvolle Kundschaft als eigene Asset-Klasse etabliert. Vor allem institutionelle Anleger, aber auch Firmenkunden und vermögende Privatkunden schätzen den Diversifikationseffekt dieser Produkte. Das Provisionsergebnis beträgt 11,9 Mio. Euro und erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 8,5 Mio. Euro.

Den Provisionsüberschuss aus dem Auslandsgeschäft und dem Zahlungsverkehr haben wir leicht verbessert.

Das Handelsergebnis ist entsprechend der Vorjahresprognose deutlich um 66,1 Mio. Euro auf 95,7 Mio. Euro gesunken. Dies ist vor allem auf Sondereffekte im Vorjahr zurückzuführen. Einerseits profitierte die Bank 2012 von dem Sondereffekt aus einer nachträglichen Abfindungserhöhung im Ergebnis aus Aktien und Aktien-/Indexderivaten. Andererseits waren in der Vergleichsperiode im Ergebnis aus Renten und Zinsderivaten Erträge aus der Treasury enthalten, die sich aufgrund der veränderten Zinslandschaft im Jahr 2013 nicht wiederholen ließen. Weiterhin belastet die geringe Kundennachfrage nach tradingorientierten Retail-Produkten und Zertifikaten das Handelsergebnis.

Der Verwaltungsaufwand des Vorjahres wurde aufgrund der Änderungen des IAS 19 angepasst. Wir gehen darauf

im Abschnitt „Anpassung der Rechnungslegungsmethoden“ in den Notes detailliert ein. In der Folge war der im Vorjahr berichtete Verwaltungsaufwand von 493,2 Mio. Euro um 1,8 Mio. Euro auf 495,0 Mio. Euro zu erhöhen. Der Verwaltungsaufwand im Geschäftsjahr ist verglichen mit dem angepassten Verwaltungsaufwand des Vorjahres um 8,8 Mio. Euro auf 486,2 Mio. Euro gesunken.

Der Personalaufwand ist um 33,5 Mio. Euro auf 286,2 Mio. Euro (angepasster Vorjahreswert: 319,7 Mio. Euro) zurückgegangen. Der Rückgang resultiert überwiegend aus im Vorjahr enthaltenen einmaligen Restrukturierungsaufwendungen sowie aus reduzierten Rückstellungen für variable Gehaltsbestandteile. Für erwartete Personalkosten im Zusammenhang mit dem Rückzug vom Standort Luxemburg wurden bereits im Vorjahr Rückstellungen gebildet, sodass dafür im Geschäftsjahr nur ein geringer weiterer Aufwand entstanden ist.

Die Entwicklung der sonstigen Verwaltungsaufwendungen ist von den Auswirkungen des Rückzugs aus Luxemburg geprägt. Nach 153,0 Mio. Euro bei den anderen Verwaltungsaufwendungen in der Vergleichsperiode sind im Geschäftsjahr 173,7 Mio. Euro angefallen. Die Abschreibungen haben sich aufgrund von Sonderabschreibungen von 22,3 Mio. Euro auf 26,3 Mio. Euro ebenfalls signifikant erhöht. Der jeweilige Anstieg resultiert maßgeblich aus dem begonnenen Abbau der Aktivitäten in Luxemburg. Damit beträgt die Aufwand-Ertrag-Relation im Geschäftsjahr 67,9 % (angepasste Vergleichsperiode: 69,4 %) und liegt, entsprechend der Prognose des Vorjahres, weiter unter der 70-Prozent-Marke.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen verbesserten wir um 7,2 Mio. Euro auf 16,3 Mio. Euro. Gewinnen aus Abgängen von Wertpapieren standen niedrige Abschreibungen auf Beteiligungen im Immobilienbereich sowie geringfügige Veräußerungsverluste aus dem Verkauf von Wertpapieren gegenüber.

Das Sonstige betriebliche Ergebnis beträgt 36,9 Mio. Euro (Vorjahr: –8,7 Mio. Euro). Darin enthalten sind Mieterträge, die wir vor allem mit unserem Immobilienprojekt in Australien erzielen. Des Weiteren ergaben sich Erträge aus der Nettoauflösung von Rückstellungen für belastende Verträge und schwebende Rechtsstreitigkeiten sowie aus dem Verkauf der Global Private Banking-Aktivitäten und des auf Private Banking bezogenen Fondsgeschäfts in

Luxemburg an die liechtensteinische VP Bank-Gruppe. Das Übrige Ergebnis beträgt 0,1 Mio. Euro nach 0,3 Mio. Euro im Vorjahr.

Der Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr ist verglichen mit dem bereinigten Vorjahreswert um 22,1 Mio. Euro auf 63,8 Mio. Euro gesunken. Daraus ergibt sich eine Steuerquote von 29,1 % nach 39,4 % (bereinigt) im Vorjahr. Der deutliche Rückgang ist auf im Vorjahr nicht steuerwirksame Aufwendungen im Konzern zurückzuführen. Der weit überwiegende Teil der Steuern wird in Deutschland gezahlt.

Zur Entwicklung der Ergebnisse der einzelnen Segmente verweisen wir auf die Note „Geschäftssegmente“ innerhalb der Erläuterungen zum Konzernabschluss.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist um 1,2 % leicht gesunken und beträgt zum Bilanzstichtag 19,8 Mrd. Euro nach 20,0 Mrd. Euro im Vorjahr. Die kaum veränderte Struktur unserer Bilanz belegt die Kontinuität unseres Geschäftsmodells.

Wir haben den Ausweis unserer Sicherheiten im Derivategeschäft geändert, da die Sicherheiten selbst keine Handelsbestände darstellen. Bislang unter Handelsaktiva beziehungsweise -passiva ausgewiesene Sicherheiten werden jetzt unter den Forderungen an Kunden/Kreditinstitute beziehungsweise den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden/Kreditinstituten ausgewiesen. Darüber hinaus weisen wir die Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte nicht mehr unter den Handelsaktiva beziehungsweise -passiva, sondern unter den Sonstigen Forderungen in den Forderungen an Kunden/Kreditinstitute beziehungsweise den Sonstigen Verbindlichkeiten in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden/Kreditinstituten aus. Wir haben die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst. In der folgenden Darstellung der Veränderungen zum Vorjahr beziehen wir uns auf die angepassten Vorjahreswerte.

Die Kundeneinlagen sind nach wie vor unsere wichtigste Refinanzierungsquelle. Zum Stichtag machten sie mit 12,2 Mrd. Euro 61,6 % der Bilanzsumme aus. Damit ist es uns gelungen, den mit dem Rückzug aus Luxemburg verbundenen Rückgang der Kundeneinlagen vollständig durch Zuflüsse in Deutschland zu kompensieren. Wir werten dies weiterhin als Wertschätzung der Kunden für unsere solide Geschäftspolitik und unsere hohe Bonität. HSBC Trinkaus verfügt als Teil der HSBC-Gruppe mit „AA- (Stable)“

weiterhin über das beste Fitch*-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Banken in Höhe von 1,3 Mrd. Euro sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Ergänzend dazu refinanzieren wir unser Geschäft, vor allem unsere Handelsaktiva, auch aus Schuldscheindarlehen, Optionsscheinen, Zertifikaten und Aktienanleihen, die wir unter den Handelspassiva ausweisen. Sie betragen zum Stichtag 2,1 Mrd. Euro gegenüber 2,2 Mrd. Euro im Vorjahr. Die Handelspassiva beinhalten darüber hinaus auch die negativen Marktwerte der Derivate, die im Einklang mit den positiven Marktwerten in den Handelsaktiva zurückgegangen sind.

Zum Anstieg des bilanziellen Eigenkapitals verweisen wir auf unsere Erläuterungen zur Finanzlage.

Die Barreserve beträgt 1,1 Mrd. Euro gegenüber 0,3 Mrd. Euro im Vorjahr.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 1,6 Mrd. Euro sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Der Anstieg der Forderungen an Kunden um 0,3 Mrd. Euro auf nunmehr 4,9 Mrd. Euro entspricht unserer eingeschlagenen Wachstumsstrategie im Firmenkundenkreditgeschäft. Der Zuwachs bei den Kreditkonten betrug dabei 0,5 Mrd. Euro. Wir sehen weiterhin Wachstumspotenzial, da zum einen unsere Kunden die eingeräumten Kreditlinien nur unterdurchschnittlich ausnutzen und wir zum anderen im Rahmen unserer Wachstumsstrategie schon für das Jahr 2014 einen signifikanten Kreditanstieg planen.

Die Handelsaktiva sind mit einem Anteil von 34,1 % beziehungsweise 41,2 % im Vorjahr nach wie vor der größte Posten auf der Aktivseite unserer Bilanz. Ein rückläufiger, aber immer noch hoher Anteil entfällt weiterhin auf Anleihen, die ganz überwiegend börsennotiert und notenbankfähig sind. Sie werden unter anderem zur Stellung von Sicherheiten für Derivate gegenüber den entsprechenden Börsen genutzt. Der Rückgang der Handelsaktiva von 8,3 Mrd. Euro im Vorjahr auf 6,8 Mrd. Euro ist im Wesentlichen auf Rückgänge der Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und der positiven Marktwerte unserer Derivate sowie einen gegenläufigen Anstieg bei den Aktien und anderen nicht festverzinslichen

* Die Ratingagentur Fitch Ratings Ltd. hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß der "VERORDNUNG (EG) 1060/2009 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. September 2009 über Ratingagenturen" registriert.

Wertpapieren zurückzuführen. Der Rückgang bei den Derivaten steht im Zusammenhang mit dem Rückgang der unter den Handelspassiva ausgewiesenen negativen Marktwerte der Derivate.

Die Finanzanlagen in Höhe von 5,1 Mrd. Euro haben sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Der überwiegende Teil der Finanzanlagen besteht ebenfalls aus börsennotierten und notenbankfähigen Schuldverschreibungen. Diese dienen als Liquiditätspuffer, den wir in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut haben. Sowohl im Handelsbestand als auch in den Finanzanlagen haben wir ein sehr begrenztes Engagement in den Euro-Peripheriestaaten.

Finanzlage

(a) Eigenmittel

Bankgeschäft bedeutet im Kern, bewusst Risiken einzugehen, diese aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Die Risikoübernahme wird seitens der Aufsichtsbehörden limitiert, um die Stabilität des Banksystems zu gewährleisten. Maßgeblich für die Höhe der zulässigen Risiken sind die Eigenmittel des Instituts bzw. des Konzerns. Die Definition und die Berechnung der Eigenmittel sind ein zentraler Bestandteil des Aufsichtsrechts. Die aufsichtsrechtliche Risiko-Limitierung betrifft zum einen die Risikopositionen als Summe der risikogewichteten Aktiva (RWA), der Marktrisiken sowie der operationellen Risiken, die zu vorgegebenen Mindestsätzen durch Eigenmittel unterlegt sein müssen. Zum anderen bestimmt sich aus der Höhe der Eigenmittel die Höchstkreditgrenze, bis zu der einem Kreditnehmer bzw. einer Kreditnehmereinheit maximal Kredit gewährt werden darf.

Die aufsichtsrechtliche Sichtweise und die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden um eine ökonomische Analyse des Kapitalbedarfs ergänzt. Dazu verweisen wir auf die Ausführungen zum ICAAP im Kapitel „Das Risikomanagement bei HSBC Trinkaus“.

Im Jahr 2013 haben im HSBC Trinkaus-Konzern keine Kapitalmaßnahmen stattgefunden, auch nicht für Ergänzungskapital. Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 4. Juni 2013 hat die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres rund 55 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zugeführt. Der diesjährigen Hauptversammlung am 3. Juni 2014 schlagen wir die Zahlung einer unveränderten Dividende von 2,50 Euro je Aktie vor,

sodass eine weitere Dotierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 105 Mio. Euro aus dem Bilanzgewinn nach HGB möglich ist.

aa) Geltendes Recht bis 31. Dezember 2013 („Basel II“)

Die Eigenmittel bestehen aus Kernkapital (Tier 1), Ergänzungskapital (Tier 2) und Drittrangmittel (Tier 3). Nach Bilanzfeststellung beträgt das Kernkapital für den HSBC Trinkaus-Konzern zum 31. Dezember 2013 1,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,2 Mrd. Euro) und das Ergänzungskapital 0,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 0,3 Mrd. Euro), sodass sich ein gesamtes haftendes Eigenkapital von 1,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,5 Mrd. Euro) ergibt.

Die Risikopositionen der Bank zum 31. Dezember 2013 betragen 11.125,0 Mio. Euro. Dabei entfallen 8.262,0 Mio. Euro auf Risikoaktiva, 1.538,0 Mio. Euro auf das Marktrisikokäquivalent und 1.325,0 Mio. Euro auf operationelle Risiken.

Danach ergibt sich zum 31. Dezember 2013 nach Bilanzfeststellung eine Kernkapitalquote für den Konzern in Höhe von 11,7 % (Vorjahr: 12,9 %) sowie eine Eigenkapitalquote für den Konzern in Höhe von 14,7 % (Vorjahr: 16,6 %).

(ab) Neues Recht ab 1. Januar 2014 („Basel III“)

Zum 1. Januar 2014 ist die Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) als europäisches Recht auch unmittelbar in Deutschland in Kraft getreten. Die CRR beinhaltet weite Teile der als Basel III bekannten Änderungen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Ein Schwerpunkt dieser Verordnung sind die Definition der Eigenmittel sowie die daran anknüpfenden Eigenmittelanforderungen.

Da HSBC Trinkaus kein Hybridkapital emittiert hat, sind die Auswirkungen der strengeren Definition der Eigenmittel für unser Haus begrenzt. Die CRR bringt in der Definition der Eigenmittel im Wesentlichen folgende Veränderungen für HSBC Trinkaus:

Hartes Kernkapital

- Der Sonderposten nach § 340g HGB, der in Abhängigkeit vom Durchschnitt der Nettoerträge des Handelsbestands zu bilden ist, kann nicht mehr als haftendes Eigenkapital qualifiziert werden.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte (Aktivüberhang) aus der Finanzierung der Pensionsverpflichtungen sind vom harten Kernkapital abzuziehen.

Hartes Kernkapital und Ergänzungskapital

- Für die Ermittlung des haftenden Eigenkapitals auf Konzernebene ist zwingend der handelsrechtlich verbindliche Rechnungslegungskreis, für HSBC Trinkaus also IFRS, anzusetzen, während bisher auch eine Ermittlung auf HGB-Basis gestattet war.
- Für stille Reserven in Wertpapieren des Anlagebestands ändern sich die Ansatz- und Ermittlungsvorschriften deutlich.

Ergänzungskapital

- Instrumente im Ergänzungskapital werden bereits ab fünf Jahre vor Endfälligkeit ratierlich zunehmend nicht mehr dem haftenden Eigenkapital zugerechnet, während bisher erst ab zwei Jahre vor Endfälligkeit eine stufenweise Nichtberücksichtigung erfolgte.

Alle anderen Änderungen gegenüber der bisherigen Definition der Eigenmittel nach Kreditwesengesetz (KWG) sind für HSBC Trinkaus entweder nicht einschlägig oder ohne signifikante Auswirkungen. So ist beispielsweise der Wegfall der Drittrangmittel in der neuen Definition der Eigenmittel für uns ohne Bedeutung, da wir auch bisher keine genutzt haben.

HSBC Trinkaus hat keine Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals emittiert, sodass das gesamte Kernkapital ausschließlich aus hartem Kernkapital besteht.

(ac) Ausblick

Die CRR beinhaltet gerade für die Ermittlung der Eigenmittel umfangreiche und sehr komplexe Übergangsregelungen. Bestimmte Posten werden erst sukzessive als Bestandteile der Eigenmittel anerkannt (phase-in), andere Positionen werden sukzessive nicht mehr als Bestandteile der Eigenmittel anerkannt (phase-out). In Summe ergeben sich aber daraus für HSBC Trinkaus weder auf Instituts- noch auf Konzernebene wesentliche Veränderungen in den nächsten Jahren.

(b) Liquidität

Unabhängig von der Höhe der Eigenmittel ist die Liquidität für Kreditinstitute die entscheidende Größe, um auch in Krisenzeiten alle Verpflichtungen vertragsgerecht bedienen zu können. Die Regelungen zur Liquidität bilden einen weiteren Schwerpunkt der CRR und gehen weit über die bisherigen aufsichtsrechtlichen Vorgaben hinaus. Aufgrund der sehr hohen Kundeneinlagen verbunden mit erheblichen Liquiditätspuffern auf der Aktivseite verfügt HSBC Trinkaus weiterhin über eine sehr komfortable Liquiditätsausstattung, die auch die neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben signifikant übersteigt. Zu den Einzelheiten unseres Managements von Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen zu den Liquiditätsrisiken im Risikobericht.

Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zwischen dem Bilanzstichtag und dem Datum der Aufstellung nicht eingetreten.

Prognose- und Chancenbericht

Die makroökonomische Ausgangssituation für 2014 ist für Deutschland günstig. Dank schwindender Befürchtungen eines Auseinanderbrechens des Währungsraums, der Konjunkturstabilisierung in der Peripherie, einer besseren Kapazitätsauslastung und überaus günstiger Finanzierungsbedingungen für die deutsche Industrie steht einem Investitionsaufschwung im Jahr 2014 nichts mehr im Wege. Davon dürfte auch der deutsche Arbeitsmarkt mit einem neuen Rekordhoch bei der Zahl der Beschäftigten weiter profitieren. Mit Blick auf die optimistische Stimmung unter den deutschen Unternehmen und trotz der möglichen, mittelfristig negativen Implikationen aus der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist die Perspektive somit positiv. Die guten Beschäftigungsaussichten, steigende Löhne, eine moderate Inflation und ein aufgrund der Nullzinspolitik der EZB nur geringer Sparanreiz schaffen dabei ein konsumfreundliches Umfeld. 2014 sollte sich deshalb vor allem die solide Binnenkonjunktur als zentrale Stütze für die deutsche Konjunktur erweisen und ein Wachstum von 1,7 % ermöglichen.

Dieses Jahr sollte die Konjunktur auch in der Eurozone zurück auf Expansionskurs sein, der allerdings zu schwach ausfällt, um die Inflation anzutreiben, da der Arbeitsmarkt weiterhin unausgelastet ist und somit kein Lohndruck entsteht. Nach einer überschaubaren Teuerung von nur 1,4 % im letzten Jahr droht die Inflation in diesem Umfeld 2014 noch weiter zu sinken. Das hat die EZB im November dazu veranlasst, den Leitzins zum zweiten Mal in einem Jahr zu senken, diesmal um 25 Basispunkte auf 0,25 %. Mit Blick auf die anhaltend disinflationären Tendenzen stehen die Türen für Lockerungsmaßnahmen weiterhin weit offen.

Getrübt wird der Blick durch die anhaltenden Verspannungen, die einige Länder aus den Emerging Markets verspüren. Sie verfügen über hohe Leistungsbilanzdefizite und ihre Währungen stehen seit der ersten Ankündigung des „Taperings“ durch die US-amerikanische Zentralbank massiv unter Druck. Hierdurch sind deutsche Exporte in diese Länder betroffen. Es besteht eine Gefahr, dass sich diese Verspannungen zu Krisen ausweiten und das globale Wachstum und damit auch die für Deutschland resultierenden Impulse verringern.

Während das gesamtwirtschaftliche Umfeld für HSBC Trinkaus wegen des Geschäftsschwerpunkts auf Deutschland solide und unterstützend sein sollte, werden andere Rahmenbedingungen die Ertragslage 2014 belasten. Hierzu zählt das extrem niedrige Zinsniveau am Geldmarkt.

Die solide Einlagenbasis der Bank hat durch die Überschussliquidität, die die EZB bereitgestellt hat, sehr stark an Wert verloren, eine positive Zinsmarge auf der Passivseite der Bank ist nicht mehr erzielbar, wodurch der Zinsüberschuss sinkt. Eine besonders negative Entwicklung dürfte entstehen, wenn die EZB den Zinssatz für die Einlagenfazilität von derzeit 0 % in den negativen Bereich absenken sollte.

Unsere Advances to Core Funding Ratio wird sich voraussichtlich durch das im Vergleich zum geplanten Einlagenwachstum überproportionale erwartete Wachstum im Kreditgeschäft leicht verschlechtern.

Änderungen externer Rahmenbedingungen durch Gesetzgeber und Regulatoren und deren nicht langfristig planbare Umsetzung belasten potenziell die Erlössituation der Bank und führen zu signifikant steigenden Verwaltungsaufwendungen. Hierzu könnte die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gehören, die je nach Ausgestaltung ein erhebliches Risiko für die Geschäftstätigkeit der Bank darstellen könnte.

Wir konzentrieren uns auf das Geschäft mit klar umrissenen Zielkundengruppen, ergänzt um Handelsaktivitäten, die vorrangig auf Kundenbedürfnisse abzielen. Dieses Geschäftsmodell kommt der Zielvorstellung der weltweiten Regulatoren deutlich näher als dasjenige von Häusern mit starkem Investment Banking, einer Abhängigkeit von Eigenhandelsaktivitäten und Refinanzierung über die Kapitalmärkte. Die Kapitalbasis wurde in den vergangenen Jahren aufgrund der soliden Ertragslage durch signifikante Zuführungen aus den Jahresergebnissen weiter gestärkt und übertrifft die regulatorischen Anforderungen. Durch das erfolgreiche Jahr 2013, in dem wir die Erlös-, Kosten- und Ergebnisprognosen erfüllt haben, haben wir ein gutes Fundament für die kommenden Jahre geschaffen.

Für HSBC Trinkaus steht 2014 die weitere Umsetzung der Mitte 2013 beschlossenen Wachstumsinitiative an, die den Schwerpunkt auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden legt, aber auch einen Ausbau des Global Banking & Markets-Geschäfts vorsieht.

Die ambitionierten Ziele der Wachstumsinitiative dürften bei planmäßiger Umsetzung zu erhöhtem Eigenkapitalbedarf führen, der nicht mehr durch Thesaurierung von Gewinnen befriedigt werden kann. Die HSBC-Gruppe hat sich bereit erklärt, die dann erforderlichen Kapitalmaßnahmen

men von HSBC Trinkaus zu unterstützen. Ein konkreter Zeitpunkt für eine Kapitalmaßnahme steht jedoch noch nicht fest.

Für 2014 erwarten wir einen Anstieg der Erlöse im mittleren einstelligen Prozentbereich, obwohl wir zunächst einmal den Erlösrückgang wegen des Rückzugs vom Standort Luxemburg ausgleichen müssen, der vor allem das Global Private Banking betreffen wird und in dieser Geschäftssparte nicht ausgeglichen werden kann. Wachstumstreiber soll das Commercial Banking mit einem deutlich zweistelligen Zuwachs an Erlösen sein, während die Aktivitäten in Global Banking & Markets und im Asset Management moderat wachsen dürften. Damit sieht unsere Planung ein deutlich schnelleres Wachstum als der Markt und klare Marktanteilsgewinne im deutschen Bankenmarkt vor.

Die Vorlaufkosten der Erweiterung der Geschäftsaktivitäten, die unter anderem die Eröffnung von vier zusätzlichen Standorten für die Firmenkundenbetreuung vorsehen, resultieren aus einem deutlichen Aufbau der Mitarbeiterzahlen für das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und einer entsprechenden Ausweitung der Produktangebote wie Zahlungsverkehr (Global Payments and Cash Management), Trade Finance und Receivable Finance. Aber auch die Servicebereiche der Bank und die zentralen Funktionen wie Personal, Risiko und Finanzen werden entsprechend ausgebaut. Dazu kommt eine Vielzahl an Projekten, um die IT-Unterstützung des Geschäfts auszubauen und die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen. Gemäß Planung wird dies zusätzlich zu den noch im Jahr 2014 entstehenden Kosten für den Rückzug vom Standort Luxemburg zu einem zweistelligen Anstieg der Verwaltungsaufwendungen führen. Deswegen wird die Aufwand-Ertrag-Relation der Bank sich nach der Verbesserung im letzten Jahr wieder erhöhen und könnte die Marke von 70 % leicht übersteigen.

Eine Expansionsstrategie bedeutet höhere Risiken, aber auch größere Chancen. Dies gilt vor allem für den Ausbau des Kreditportfolios mit mittelständischen Firmenkunden. Die im europäischen Kontext positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft lässt diese Risiken jedoch als akzeptabel erscheinen. Derzeit fallen die Kreditmargen wieder unter das Maß adäquater Risikoprämien als Folge der überreichlichen Liquiditätsversorgung. Gleichwohl sind wir bereit, die Kreditvergabe auszubauen, wenn kundenseitig entsprechender Bedarf besteht. Wir erwarten, dass der Risikovorsorgebedarf deutlich höher ausfallen wird als

2013, zumal das Kreditwachstum mit höheren Portfoliowertberichtigungen einhergeht. Die Ausweitung der Zielratings im Firmenkundenbereich wird neben höherem Risikovorsorgebedarf auch eine erhöhte Kapitalunterlegung mit sich bringen. Damit einhergehend erwarten wir deutliche Belastungen in der Kernkapital- und Eigenkapitalquote. Da unser Portfolio von unterschiedlichen Konzentrationsmerkmalen geprägt ist, kann bereits eine geringe Anzahl von Problemfällen zu signifikanten Einzelwertberichtigungen führen, die das Ergebnis entgegen der Planung belasten könnten.

Wir erwarten daher insgesamt einen Rückgang des Vorsteuerergebnisses um einen einstelligen Prozentsatz. Hiermit geht auch ein temporärer Rückgang der Eigenkapitalrendite einher, die aber weiterhin mit einem zweistelligen Prozentsatz einen in Deutschland vergleichsweise hohen Wert ausweisen wird. Der signifikante Ausbau des Geschäfts mit den dazu erforderlichen Investitionen kann somit ohne Ergebniseinbruch realisiert werden, wenn keine überraschenden Kreditausfälle erfolgen, die Entwicklung der Zins-, Währungs- und Aktienmärkte keinen Schocks ausgesetzt ist und die externen Einflüsse auf das kundenorientierte Geschäftsmodell der Bank beherrschbar bleiben.

Möglichkeiten zu Akquisitionen werden wir sorgfältig prüfen, wenn sich Synergien mit unseren bestehenden Geschäftsfeldern bieten. Auch die Akquisition interessanter Kundenportfolios schließen wir nicht aus, wenn sie dazu dient, die Kundenbasis der Bank zu erweitern.

Wir gehen mit Optimismus in das Jahr 2014 und stellen uns gerne den Herausforderungen des deutschen Markts und den selbst gesetzten Zielen für das Geschäftswachstum. Die Umsetzung unserer Planungen sollte es ermöglichen, unseren Aktionären auch in den kommenden Jahren eine angemessene Dividende zahlen und das Eigenkapital der Bank durch Thesaurierung weiter stärken zu können.

Risikobericht

Risikomanagement bei HSBC Trinkaus

Definition

Unter dem Risikomanagementsystem verstehen wir in Übereinstimmung mit DRS 20 die Gesamtheit aller Regelungen, die einen strukturierten Umgang mit Risiken beziehungsweise mit Chancen und Risiken im Konzern sicherstellen.

Risikopolitische Grundsätze

Es ist eine Kernfunktion von Banken, Risiken bewusst zu übernehmen, aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Als wesentliche Risiken unseres Bankgeschäfts sehen wir Adressenausfall-, Markt- und Liquiditätsrisiken, ferner operationelle sowie strategische Risiken. Aktive Risiko-steuerung bedeutet, die Risiken nach Art, Höhe und Umfang zu identifizieren und so zu gestalten, dass sie zum einen im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des Konzerns stehen und dass sich zum anderen angemessene Risiko-entgelte und Erträge erwirtschaften lassen.

Wir sind bereit, im Rahmen unserer risikopolitischen Grundsätze aktiv Markt- und Adressenausfallrisiken einzugehen. Operationelle Risiken wollen wir minimieren, soweit die Kosten dafür in einem angemessenen Verhältnis zur Risikovermeidung stehen. Zusätzlich sind adäquate Versicherungen abgeschlossen. Zur geschäftspolitischen Grundeinstellung unseres Hauses gehört es, Reputationsrisiken zu vermeiden. Liquiditätsrisiken schließen wir so weit wie möglich aus und nehmen dabei auch signifikante Mindererträge in Kauf.

Die Höhe der Gesamtrisiken wird von der Geschäftsleitung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat begrenzt. Die Angemessenheit von Risikoübernahmen wird insbesondere vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit des Konzerns und der besonderen Kompetenzen im Risikomanagement für die Kerngeschäftsfelder beurteilt. Diese Grundsätze gelten unverändert.

Seit dem Beginn der Bankenkrise und dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers hat sich der alte Grundsatz „Liquidität vor Rentabilität“ in einem drastisch veränderten Marktumfeld als überaus berechtigt erwiesen. Fragen der Liquiditätsausstattung der Bank haben für uns weiterhin die höchste Priorität. Wir haben unsere hohe Liquiditätsreserve weiter ausgebaut und bei

der Anlage der zufließenden Mittel im Geld- und Kapitalmarkt strikt darauf geachtet, die Liquidität bestmöglich zu erhalten, auch wenn andere Anlageformen teils deutlich höhere Erträge gebracht hätten. Wir sind uns bewusst, dass wir bei HSBC Trinkaus mit dem Geld unserer Einleger arbeiten, die uns ihre Mittel anvertrauen. Die neuen bankenaufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften bestätigen uns in unserer vorsichtigen Haltung, und entsprechend den neuen Anforderungen treffen wir ausreichend Vorsorge.

Die zweite zentrale Herausforderung an unser Risikomanagement war und ist das Management der Adressenausfallrisiken. Die Erfahrungen während der Euro-Schuldenkrise einschließlich der Entwicklungen in Griechenland und Zypern haben deutlich gemacht, dass auch Kreditausfälle bei Ländern der Eurozone nicht auszuschließen sind. Durch die expansive Geldpolitik der EZB hat sich die Risikosituation im Berichtszeitraum entspannt. Ob diese Entspannung nachhaltig ist und sich die schwache Bonität einzelner Euroländer grundlegend verbessern wird, werden erst die kommenden Jahre zeigen.

Deutschland hat im Jahr 2013 das erwartete Wirtschaftswachstum nicht erreichen können. Aufgrund der dennoch relativ günstigen konjunkturellen Situation insbesondere im Vergleich zur Eurozone ergab sich nur eine begrenzte Risikovorsorge für Einzelengagements in der Erfolgsrechnung der Bank. Aufgrund des Kreditwachstums hat sich aber die Portfoliowertberichtigung weiter erhöht. Die Wachstumsperspektiven für 2014 sind positiv, sodass wir mit Zuversicht die Umsetzung unserer Wachstumsstrategie im Firmenkundengeschäft angehen. Basis hierfür ist eine Neudefinition des Risikoappetits der Bank, die die gewachsene Eigenkapitalbasis und die erreichte Ertragsstärke berücksichtigt.

Wie im Vorjahr waren die Marktschwankungen an den Aktien-, Devisen- und Zinsmärkten begrenzt. Die Marktrisikolimits waren nur verhalten ausgenutzt. Es gab keinen Back Testing-Ausreißer beim Marktrisiko auf Gesamtbankenbene.

Risikomanagement-Organisation

In der Risikomanagement-Organisation des Konzerns haben die folgenden drei Ausschüsse zentrale Funktionen:

- der Kreditausschuss für das Adressenausfallrisiko
- das Asset and Liability Management Committee für Markt- und Liquiditätsrisiken
- der Ausschuss für operationelle Risiken und interne Kontrollen für operationelle einschließlich rechtlicher und Reputationsrisiken

Eine wichtige Aufgabe für die Früherkennung von Risiken nimmt die Interne Revision wahr, die materiell bedeutende Risiken in ihren Berichten durch die Klassifizierung von Prüfungsfeststellungen besonders kennzeichnet. Zudem berichtet sie dem Vorstand und dem Prüfungs- sowie dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats anhand von Nachschau- prüfungen über den Fortschritt bei der Beseitigung fest- gestellter Mängel.

Entsprechend dem Konzept der HSBC-Gruppe, erstellt jeder Bereich der Bank Risk and Control Assessments, in denen die wesentlichen Risiken und die Kernkontrollen dargestellt werden. Weiterhin verfügt jeder Bereich über einen Business Risk and Control Manager, der die Einhaltung der in den täglichen Arbeitsabläufen vorgesehenen Kontrollen überprüft. Der Stabsbereich Operational Risk and Information Security ist unter anderem damit beauf- tragt, die Qualität der Risk and Control Assessments und die Durchführung der Kontrollen sicherzustellen. Durch diesen Organisationsaufbau ist angemessen gewährleis- tet, dass Risiken zeitnah erkannt und geeignete Maßnah- men rechtzeitig ergriffen werden – auch in Anbetracht der Spezialisierung und Größe der Bank. Gleichwohl halten wir fest, dass unvorhergesehene Risiken auftreten und nie- mals vollständig ausgeschlossen werden können.

Deswegen sind kurze Wege zur Geschäftsleitung, ein kla- res Bewusstsein auf allen hierarchischen Ebenen für ein- gegangene Risiken und die stetige Weiterentwicklung des Risikomanagements entscheidend.

Internal Capital Adequacy Assessment Process

Darüber hinaus wird unser aufsichtsrechtlich orientiertes Kapitalmanagement durch eine Analyse des ökonomi- schen Kapitalbedarfs ergänzt (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP). Der ICAAP basiert auf der zweiten Säule des Baseler Eigenkapitalrahmenwerks und erfüllt die von der deutschen Aufsicht vorgegebenen Min- destanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk).

Den MaRisk zufolge haben Kreditinstitute Strategien und Prozesse einzurichten, die gewährleisten, dass genügend internes Kapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden, die Risikotragfähigkeit also permanent gewähr- leistet ist. Der ICAAP stellt bei HSBC Trinkaus einen integ- ralen Bestandteil der Steuerung dar, der in die Prozess- landschaft des Risikomanagements eingebettet ist und einer fortlaufenden Weiterentwicklung unterliegt.

Die Analyse der Risikotragfähigkeit umfasst auch Risiko- arten, die in den regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Banken nicht enthalten sind. Die Gegenüberstellung des ökonomischen Kapitalbedarfs erfolgt für verschiedene Szenarien, die durch zugehörige Stressbetrachtungen vervollständigt werden. Eine beson- dere Form der Stresstests stellen die sogenannten inver- sen Stresstests dar. Die MaRisk verlangen die Analyse von Szenarien, die den Bestand der Bank nachhaltig ge- fährden könnten. Ziel dieser Betrachtung ist die Identifika- tion von Extremszenarien, um dadurch einen besseren Blick auf bankspezifische Gefährdungspotenziale zu er- möglichen.

Die theoretischen Methoden und Modelle zur Quantifizie- rung des ökonomischen Kapitalbedarfs sind in den ver- schiedenen Risikoarten unterschiedlich weit entwickelt. Im Rahmen einer konservativen Vorgehensweise wird bei HSBC Trinkaus auf die Berücksichtigung von Diversifikati- onseffekten verzichtet.

Die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs passen wir kontinuierlich den wachsenden Anforderungen an. Die Risikotragfähigkeit wird quartalsweise analysiert, und die zugrunde liegenden Methoden werden im Capital Steering Committee ausführlich diskutiert. Die Protokolle des Capital Steering Committees werden dem Gesamtvor- stand zugeleitet. Außerdem wird der ICAAP einmal im Jahr im Risk Committee des Aufsichtsrats besprochen. Die Risikotragfähigkeit der Bank ist unverändert gegeben, und die Eigenkapitalausstattung ist angemessen.

Sanierungsplan

Aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur global vertretenen HSBC-Gruppe, die mit einer Bilanzsumme von mehr als 2.700 Mrd. US-Dollar und einem Kapital von über 170 Mrd. US-Dollar zu den bedeutendsten und am besten gerateten Banken der Welt zählt, hat HSBC Trinkaus entsprechend den regulatorischen Anforderungen einen

Sanierungsplan erarbeitet. Dieser Sanierungsplan umfasst eine ausführliche Beschreibung der rechtlichen Verhältnisse und der Geschäftsaktivitäten des HSBC Trinkaus-Konzerns. Er definiert mögliche, die Ertragslage, die Kapitalausstattung oder die Liquiditätsposition belastende Situationen, die eine Gefährdung der Bank darstellen könnten. Für diese Situationen sind mögliche Handlungsalternativen aufgezeigt, die eine Rückkehr in einen nor-

malen operativen Modus ermöglichen. Durch Indikatoren sind eine frühzeitige Information der Geschäftsführung und das Einleiten von möglichen Gegenmaßnahmen sichergestellt. Durch diesen Sanierungsplan soll vermieden werden, dass die Bank in einem Krisenfall auf öffentliche Hilfen angewiesen ist. Der Plan wird jährlich aktualisiert und in die Jahresabschlussprüfung einbezogen.

Risikokategorien

Strategische Risiken

Unter strategischen Risiken verstehen wir mögliche Änderungen im Marktumfeld, in den regulatorischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen und in der Leistungsfähigkeit des Konzerns, die auf mittlere Sicht die Ertragskraft beeinträchtigen könnten. Sie ergeben sich zunächst aus dem geänderten Umfeld, in dem Banken nunmehr agieren müssen. Die neuen Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung und Refinanzierung des Bankgeschäfts werden ungeachtet der Anpassungsmaßnahmen, die wir vornehmen werden, die Rentabilität des von uns betriebenen kundenorientierten Geschäfts verringern. Diese Entwicklung, die durch erhöhte Kosten aus anderen regulatorischen Vorschriften verstärkt wird, wird aber nicht nur für unser Haus gelten. Des Weiteren können gesetzgeberische Schritte wie die Einführung einer Transaktionssteuer oder Einschränkungen beim Verkauf von Finanzprodukten die Ertragsbasis der Bank dauerhaft beeinträchtigen. Ferner resultieren strategische Risiken aus unserer geschäftspolitischen Ausrichtung mit einem sehr selektiven Kundenfokus, weil unsere Kunden aufgrund ihrer Bedeutung im Markt stark umworben werden.

Zur strategischen Position von HSBC Trinkaus gehört das Risiko, dass große Teile der Erträge von der Umsatztätigkeit der Kunden an den Aktien-, Renten-, Devisen- und Derivatmärkten sowie von der Aufnahmefähigkeit der Kapitalmärkte für neue Emissionen im Zins- und im Aktiengeschäft abhängig sind. Die Diversifizierung unserer Geschäftstätigkeit kann diesem Risiko nur bedingt entgegenwirken. So werden wir zum Beispiel unser Firmenkundengeschäft verstärken und hierbei das Auslandsgeschäft, den Zahlungsverkehr und Receivable Finance ausbauen. In begrenztem Umfang können wir diesem Risiko auch dank der starken Integration in die HSBC-Gruppe gezielt entgegensteuern, weil wir dadurch für unsere Kunden auf viel-

fältige Produkte sowie ein globales Dienstleistungsangebot zugreifen können.

Wir sind zuversichtlich, dass sich die strategische Position von HSBC Trinkaus in Deutschland nicht verschlechtern wird, da wir in den vergangenen Jahren in allen Kundensegmenten unsere Marktposition verbessern konnten. Die Risikoprämien für Adressenausfallrisiken sinken derzeit wieder auf ein Niveau vor der Finanzkrise. Einzelne Banken mit niedrigen Ansprüchen an ihre Eigenkapitalverzinsung üben einen gewissen Preisdruck aus, und die Margen entsprechen nicht mehr dem Risiko durch einen vollen Kreditzyklus, sondern reflektieren nur noch das derzeitige gute konjunkturelle Umfeld. Diese Entwicklung wird vor allem durch die nachhaltige Überversorgung des Euro-Geldmarkts durch die EZB deutlich verstärkt. Insbesondere in Deutschland ist eine deutliche Überversorgung mit Krediten festzustellen, sodass die Inanspruchnahme relativ zu den eingeräumten Linien weiter sinkt. Das Niedrigzinsumfeld, das zu einer Entwertung einer überwiegend aus Kundengeldern bestehenden Passivseite führt, stellt eine zunehmende Herausforderung dar.

Bei der weiteren Modernisierung unserer IT-Architektur haben wir begonnen, den Nachholbedarf systematisch abzuarbeiten und primär – neben den regulatorischen Anforderungen – die Dienstleistungen für unsere Kunden weiter zu unterstützen. Die Anpassung an neue Technologien und an das geänderte Umfeld erfordert auch in Zukunft den Einsatz bedeutender personeller und finanzieller Ressourcen. Diese Investitionen werden mit erhöhten Aufwendungen für Lizenz- und Wartungsgebühren von Fremdsoftware sowie für Abschreibungen auf Software und Hardware einhergehen; die Kosten für die Bank erhöhen sich dadurch weiter. Deswegen wirken wir in den Projekten der HSBC-Gruppe aktiv mit, durch welche die Effizienz der bankbetrieblichen Prozesse gesteigert und die Organisa-

tion insgesamt verschlankt werden soll. Hierzu zählt auch die Nutzung von Offshore-Möglichkeiten der HSBC-Gruppe, die wir zunehmend für die Erbringung von Dienstleistungen nutzen.

Die Bank richtet sich auf umfassende neue Regulierungen als Folge der Finanzmarktkrise ein. Die vorliegenden Regelungen übertreffen in Umfang und Komplexität die bisherigen Regelungen bei Weitem. Die Umsetzung stellt sowohl fachlich als auch bezüglich IT-Ressourcen eine große Herausforderung dar. Dabei ist nicht nur der Aufwand zur Einführung der neuen Regelungen gemeint, sondern auch die Einhaltung der Regelungen und Meldepflichten im laufenden Betrieb. Auch die Verlagerung staatlicher Aufgaben auf die Banken, wie die Erhebung der Abgeltungsteuer, führt zum permanenten Anstieg regulatorischer Kosten. Der Block der Fixkosten für die Bank wird unabhängig von ihren Ertragsmöglichkeiten erheblich größer und die kosteneffiziente Mindestbetriebsgröße der Bank maßgeblich beeinflusst. Gleichwohl gestehen wir zu, dass die ansteigende Regulierungsdichte auch durch das unverantwortliche Handeln einiger weniger Banken verursacht wurde, das es zukünftig zu verhindern gilt. Der mit dem Transformationsprozess der Bankbranche einhergehende strukturelle und dauerhafte Rückgang der Eigenkapitalrendite wird alle Banken grundsätzlich berühren. HSBC Trinkaus bereitet sich auf die kommenden Veränderungen aktiv vor.

Generell gilt, dass die fortlaufende Steigerung der Effizienz unabdingbar ist, damit die Wettbewerbssituation der Bank nicht beeinträchtigt wird.

Positiv vermerken wir, dass sich die strategische Ausrichtung der Bank in der Krise bewährt hat und wir zuversichtlich sind, aufgrund unserer konsequenten Kundenausrichtung und der guten Ausstattung mit Eigenkapital die Wachstumsinitiative erfolgreich umsetzen zu können.

Adressenausfallrisiken

(a) Definition

Unter Adressenausfallrisiko wird der teilweise oder vollständige Ausfall von Forderungen oder anderen schuldrechtlichen Instrumenten verstanden. Es bezeichnet die Gefahr, dass vertraglich zugesagte Leistungen des Geschäftspartners teilweise oder vollständig ausfallen. Wenn diese Gefahr auf Umständen beruht, die ihrerseits aus

staatlichem Handeln hervorgehen, spricht man von Länderrisiko. Das Adressenausfallrisiko kann in Kredit-, Emittenten- und Kontrahentenrisiko unterteilt werden. Dabei bezeichnet Kreditrisiko das Risiko, bei dem ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen aus der Gewährung von Krediten nicht nachkommen kann. Emittentenrisiko ist das Risiko des Ausfalls des Emittenten eines Wertpapiers. Unter Kontrahentenrisiko versteht man das Risiko, durch den Ausfall eines Vertragspartners vertraglich vereinbarte Gegenleistungen nicht zu erhalten, obwohl die eigene Leistung erbracht wurde.

Von einem Ausfallrisiko können vor allem Kredite und Forderungen, Handelsaktiva, Finanzanlagen sowie Eventualverbindlichkeiten (Finanzgarantien) und Kreditzusagen betroffen sein. Außerdem können bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, des Devisenhandels sowie des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts Anschaffungsrisiken entstehen. Diesen widmen wir trotz der sehr kurzen Erfüllungsfristen erhöhte Aufmerksamkeit.

Die Quantifizierung der Risiken erfolgt durch die Ermittlung der folgenden Größen:

- Kredit(äquivalenz)betrag (Exposure)
- Verlustquote (Loss given default, LGD)
- Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of default, PD)

Ausfallwahrscheinlichkeiten werden durch die Risikoklassifizierungssysteme geschätzt. Sicherheiten finden in einer reduzierten Verlustquote Eingang. Der Kreditäquivalenzbetrag selbst entspricht bei Barkrediten dem ausstehenden Kreditbetrag. Bei der Gewährung von Finanzgarantien entspricht der Kreditäquivalenzbetrag dem Höchstbetrag, den die Bank zu begleichen hätte, wenn die Garantie in Anspruch genommen würde. Der Kreditäquivalenzbetrag von Kreditzusagen, die während ihrer Laufzeit nicht oder nur bei einer bedeutenden negativen Veränderung des Markts widerrufen werden können, besteht in Höhe des vollen zugesagten Betrags. Bei Derivaten bestimmt sich der Kreditäquivalenzbetrag als Erwartungswert des positiven Marktwerts zum Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls des Kontrahenten.

Das sogenannte Exposure at Default (EAD) ergibt sich aus dem Kreditäquivalenzbetrag durch Anwendung eines Kreditkonversionsfaktors. Dieser repräsentiert den Unter-

schied zwischen heutigem Kreditäquivalenzbetrag und dem erwarteten Exposure im Falle eines Kreditereignisses. Exposure at Default, Verlustquote und Ausfallwahrscheinlichkeit werden zur Bestimmung des erwarteten wie des unerwarteten Verlusts eines Kreditengagements herangezogen.

(b) Kreditrisikostategie

Die Kreditrisikostategie, die mit dem Prüfungs- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats abgestimmt ist, gibt den Entscheidungsrahmen für das Eingehen von Ausfallrisiken vor. Sie wird regelmäßig überprüft und an die aktuellen Erfordernisse angepasst.

Uns leitet der Grundsatz der Risikodiversifizierung. Wir streben daher an, unsere Kreditrisiken möglichst breit auf Branchen und Kreditnehmer beziehungsweise Kontrahenten zu verteilen. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, dass der Kreditnehmer über einen ausreichenden Finanzierungsspielraum verfügt.

Die Bank hält sich im direkten Auslandskreditgeschäft bewusst zurück, es sei denn, dass sie eigene Kunden bei ihren Geschäften in der Welt begleitet. Hier sind wir dann mithilfe der lokalen HSBC-Einheiten in der Lage, umfassende Lösungen anzubieten.

(c) Risikoklassifizierungssysteme

Die Bank verwendet zur Risikoklassifizierung eine 23-stufige interne Rating-Skala, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Wir verwenden jeweils unterschiedliche Rating-Systeme für die vier Kundengruppen Internationale Großunternehmen, Deutscher Mittelstand, Banken und Finanzdienstleister. Die Rating-Systeme werden um Risikoklassifizierungssysteme für vermögende Privatkunden und deutsche Bundesländer ergänzt.

Das Rating-System für Kunden des deutschen Mittelstands ist eine Eigenentwicklung unseres Hauses. Es beruht auf einer statistischen Komponente zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers anhand seiner Finanzdaten. Diese Komponente haben wir mithilfe interner Kundendaten entwickelt. Ergänzend kommt ein Expertensystem zur qualitativen Bewertung des Kunden und seines wirtschaftlichen Umfelds durch den zuständigen Kundenbetreuer hinzu. Ein Regelwerk zur Anerken-

nung von Haftungsverhältnissen innerhalb von Konzernverbänden vervollständigt das Rating-System.

Die Rating-Systeme für internationale Großunternehmen, Banken und Finanzdienstleister hat unser Haus von der HSBC-Gruppe übernommen, nachdem deren Eignung intern geprüft worden war. Wir nutzen damit für die international ausgerichteten Portfolios indirekt die umfangreiche Datenhistorie und die zusätzliche Expertise der Spezialisten innerhalb der HSBC-Gruppe. Die Rating-Systeme von HSBC werden ergänzt um eine qualitative Bewertung der Unternehmen und deren wirtschaftlichem Umfeld durch die zuständigen Kundenbetreuer und die lokalen Kreditexperten. Diese Bewertung ergänzt die statistische Analyse der Finanzdaten und die Analyse des Branchen- und Länderrisikos.

Im Bereich der Vermögenden Privatkunden setzt die Bank ein zehnstufiges internes Risikoklassifizierungsverfahren ein, um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen. Das Verfahren ist jedoch von untergeordneter Bedeutung, da das Kreditgeschäft mit vermögenden Privatkunden in der Regel auf besicherter Basis stattfindet.

Für deutsche Bundesländer gibt es ebenfalls ein im Wesentlichen qualitatives Risikoklassifizierungsverfahren, das auf die Parameter Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Verschuldung pro Kopf, Bevölkerungsgröße sowie Zahlungen an den oder aus dem Länderfinanzausgleich abstellt.

Alle Risikoklassifizierungssysteme werden jährlich validiert. Dazu werden auch externe Portfoliodaten wie eine große externe Datenbank deutscher Unternehmen herangezogen.

Die Bank nutzt die oben beschriebenen Rating-Systeme als interne Modelle für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung von Ausfallrisiken. Es handelt sich dabei um den Foundation-Ansatz des Internal Rating Based Approachs (IRBA). Es werden also lediglich PD-Schätzungen ermittelt. Bei Loss Given Default und Exposure at Default wird auf die aufsichtsrechtlichen Standardparameter abgestellt. Die Bank plant allerdings mittelfristig den IRB Advanced-Ansatz einzuführen. Als Vorbereitung hierzu verwendet die Bank seit Dezember 2012 zur Schätzung des Loss Given Default von Unternehmen ein selbst entwickeltes Modell im Rahmen der Ermittlung des ökonomischen Kapitals. Ab Januar 2014 wird darüber hinaus ein Modell

zur Schätzung des Exposure at Default zur Ermittlung des ökonomischen Kapitals herangezogen.

Pflege, Überwachung und Weiterentwicklung der bei HSBC Trinkaus verwendeten Kreditrisikomesssysteme, vor allem des hauseigenen Mittelstands-Rating-Systems, fallen in die Zuständigkeit des Bereichs Risk Control.

(d) Limite

Der Vorstand hat Kreditkompetenzen (differenziert nach Größenordnung, Seniorität der Kompetenzträger und Bonität des Kreditnehmers) unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen für Groß- und Organkredite delegiert (Kompetenzordnung). Maßstab für die gewährte Kreditkompetenz sind die Qualifikation und die Krediterfahrung der Mitarbeiter.

Kreditrisiken, die ein Länderrisiko einschließen, dürfen nur im Rahmen genehmigter Länderlimite eingegangen werden. Kredite an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland tragen stets ein Länderrisiko, es sei denn, es liegt eine vollwertige inländische Besicherung vor. Kredite an Kreditnehmer mit Sitz im Inland tragen dann ein Länderrisiko, wenn sie auf der Grundlage ausländischer Sicherheiten gewährt werden oder wenn der Kreditnehmer wirtschaftlich überwiegend von einem ausländischen Gesellschafter abhängt.

Länderrisiken werden gesondert limitiert und überwacht. Die Geschäftsleitung und der Prüfungs- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats genehmigen Länderlimite auf der Grundlage von Analysen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern und überprüfen diese mindestens einmal jährlich. Dazu nutzen wir die umfassende Expertise im weltweiten HSBC-Verbund.

Die Einhaltung von Länderlimiten wird täglich mithilfe von EDV-Programmen überwacht. Sie berücksichtigen auch Risikotransfers in andere Länder oder aus anderen Ländern.

Die Überwachung der Kreditinanspruchnahmen erfolgt auf täglicher Basis mithilfe eines Risikolimitsystems.

(e) Organisation des Kreditprozesses

Die Organisation des Kreditprozesses ist auf Größe und Zielgruppen des Kreditgeschäfts zugeschnitten und gewährleistet bei der Zusammenarbeit der Kundenbetreuer, Kreditanalysten und Credit Approver, dass Adressenaus-

fallrisiken rechtzeitig erkannt und qualifiziert bearbeitet werden.

Das interne Rating, das Expertenwissen der am Kreditprozess Beteiligten sowie gegebenenfalls die gestellten Sicherheiten stellen die Basis für die Kreditentscheidung dar.

Vor einer Kreditgewährung sucht die Bank nach Möglichkeiten, das Kreditengagement anhand der Kundenbedürfnisse zu strukturieren. Infrage kommen zum Beispiel Syndizierungen und Kreditverbriefung durch Schuldscheindarlehen oder die Begebung von Anleihen.

Jedes Kreditrisiko muss einmal jährlich überprüft, klassifiziert und dem Genehmigungsprozedere unterworfen werden, je nach Bonitätsklasse auch häufiger. Hierbei wird auch geprüft, inwieweit die Kundenverbindung im Verhältnis zur Risikoübernahme angemessen ertragreich ist. Bei Kunden mit Verbindungen zu anderen HSBC-Einheiten prüfen wir dies auch anhand globaler Ertragskennzahlen.

Bei nicht vertragsgerecht bedienten, zweifelhaften oder problembehafteten Forderungen werden unter Federführung der Marktfolge Strategien und Lösungen von Teams erarbeitet, die aus Mitarbeitern der Kundenbetreuung sowie der Kredit- und der Rechtsabteilung bestehen.

Wir bilden für Kreditengagements mit stark erhöhtem Ausfallrisiko, das heißt bei Vorliegen objektiver substanzieller Hinweise, eine Risikovorsorge. Dafür werden die zukünftigen Zahlungen aus dem Kredit und gegebenenfalls aus der Verwertung von Sicherheiten über die Kreditlaufzeit hinweg geschätzt. Auf diese Weise können wir den Barwert dieser Zahlungen mit dem Buchwert des Kreditengagements vergleichen. Die Risikovorsorge deckt den so ermittelten Fehlbetrag in voller Höhe ab.

In regelmäßigen Abständen prüft die Interne Revision das Kreditgeschäft, sowohl die adressenbezogenen Kreditrisiken als auch die Arbeitsabläufe und -methoden.

(f) Maximales Ausfallrisiko

Das maximale Ausfallrisiko gemäß IFRS 7 entspricht dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte einschließlich der OTC-Derivate. Börsengehandelte Derivate unterliegen aufgrund des Margin-Systems keinem Ausfallrisiko. Bei

der Gewährung von Finanzgarantien sowie bei Kreditzusagen entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Kreditäquivalenzbetrag.

Erhaltene Sicherheiten und andere Risikoreduzierungs-techniken sind dabei nicht eingerechnet. Das theoretisch maximale Ausfallrisiko zum Bilanzstichtag wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	31.12.2013		31.12.2012*	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Kredite und Forderungen	6.501,4	25,2	6.105,5	23,3
an Kreditinstitute	1.643,8	6,4	1.551,2	5,9
an Kunden	4.857,6	18,8	4.554,3	17,4
Handelsaktiva	6.440,3	25,0	8.027,1	30,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.484,0	9,6	3.853,2	14,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.393,4	5,4	807,9	3,1
Handelbare Forderungen	1.420,3	5,5	1.770,9	6,7
OTC-Derivate	1.136,6	4,4	1.595,1	6,1
Derivate in Sicherungsbeziehungen	6,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	5.124,8	19,9	5.068,3	19,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.693,7	18,2	4.612,9	17,6
Aktien	29,9	0,1	38,9	0,1
Investmentanteile	95,5	0,4	80,2	0,3
Schuldscheindarlehen	209,1	0,8	235,6	0,9
Beteiligungen	96,6	0,4	100,7	0,4
Eventualverbindlichkeiten	1.621,4	6,3	1.805,6	6,9
Kreditzusagen	6.109,4	23,6	5.253,7	20,0
Insgesamt	25.797,3	100,0	26.260,2	100,0

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in der Note 18 erläutert.

Speziell im Derivategeschäft werden Netting-Vereinbarungen und Vereinbarungen über die Unterlegung von Marktwerten mit bestimmten Sicherheiten abgeschlossen. Bei Netting-Vereinbarungen können gegenläufige Kontrakte mit einem einzelnen Kunden unter bestimmten Voraussetzungen gegeneinander aufgerechnet werden. Diese Vereinbarungen verringern das zuvor dargestellte maximale Ausfallrisiko deutlich (vgl. Darstellung unter (h) Angaben zur Kreditqualität – OTC-Derivate).

(g) Sicherheiten und andere Risikominderungs-techniken

Eine Besicherung wird grundsätzlich dort vereinbart, wo es geboten ist, beispielsweise bei langfristigen Finanzierungen, Kreditnehmern mit schwächeren Bonitäten oder reinen Wertpapierkrediten.

Die folgenden Tabellen geben den Zusammenhang zwischen dem maximalen Ausfallrisiko im Kreditbuch und den finanziellen Sicherheiten (ohne Garantien) wieder:

in Mio. €		31.12.2013			
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.643,8	4.857,6	1.621,4	6.109,4	14.232,2
davon unbesichert	1.593,0	3.736,1	1.331,7	6.065,3	12.726,1
davon vollbesichert	1,4	475,5	113,4	30,5	620,8
davon teilbesichert	49,4	646,0	176,3	13,6	885,3
Betrag der Teilbesicherung	2,0	412,2	73,5	10,9	498,6

in Mio. €		31.12.2012*			
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Gesamtsumme	1.551,2	4.554,3	1.805,6	5.253,7	13.164,8
davon unbesichert	1.473,0	3.651,9	1.619,1	5.120,2	11.864,2
davon vollbesichert	73,2	353,1	104,2	128,2	658,7
davon teilbesichert	5,0	549,3	82,3	5,3	641,9
Betrag der Teilbesicherung	4,5	397,9	50,3	4,3	457,0

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Die Kreditsicherheiten werden in EDV-Systemen erfasst und überwacht, die HSBC Trinkaus selbst entwickelt hat. Eine Zuordnung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird im Liniensystem vorgenommen.

Werden Finanzsicherheiten angenommen, werden die verpfändeten Konten und Depots im EDV-System erfasst. Sie werden täglich bewertet. Dazu dient ein EDV-Programm, das die Stammdaten der Sicherheiten mit den Konto- beziehungsweise Depotdaten verknüpft. Für die Bewertung werden Standardbeleihungssätze für verschiedene Finanzsicherheiten vorgegeben, von denen bei Bedarf durch Einzelfallentscheidungen der Kompetenzträger abgewichen werden kann (zum Beispiel zur Vermeidung von Klumpenrisiken). Sind für bestimmte Wertpapiere keine Standardbeleihungssätze definiert, wird individuell unter Einbeziehung der Kreditkompetenzträger darüber entschieden, ob eine Anerkennung als Sicherheit möglich ist und bis zu welcher Höhe ein Beleihungswert berücksichtigt werden darf.

Finanzsicherheiten in Form von Verpfändungen von Konten und Depots bei Drittbanken werden nur in Ausnahmefällen akzeptiert. Eine Bewertung erfolgt nur, wenn wir regelmäßig und zeitnah Bestandsbestätigungen von der Drittbank erhalten und die Qualität der Drittbank für uns ausreichend ist. Unser Ziel ist es immer, dass die Finanzsicherheiten zu uns transferiert werden.

Die Bewertung von Gewährleistungen und Garantien ergibt sich aus der Garantiesumme, die im Vertrag festgelegt ist, und der Bonität des Garanten. Demgegenüber werden Sachsicherheiten (Abtretungen von Forderungen und Rechten sowie Sicherungsübereignungen von Gegenständen) aufgrund der individuellen Besonderheiten jedes Einzelfalls nicht nach festen Regeln bewertet. Vielmehr berücksichtigen wir hier alle relevanten Risikoparameter. So werden bei der Bewertung beispielsweise der juristische Status der Sicherheitenvereinbarung, die Kreditqualität der abgetretenen Forderung, bei Sicherungsübereignungen auch der Standort, die Liquidierbarkeit der Sachwerte

sowie die Volatilität der Marktwerte in Betracht gezogen. Abhängig vom Ergebnis dieser Analyse wird für jede gestellte Sicherheit ein Bewertungsabschlag festgelegt.

Grundsschulden sollen innerhalb eines Beleihungsrahmens bis zu 60 % liegen. Die Basis bildet der mit anerkannten gutachterlichen Methoden festgestellte und nachhaltig erzielbare Verkehrswert. Bei Immobilien basiert der Verkehrswert in der Regel auf dem Ertragswert. Liegt bei wohnwirtschaftlichen Immobilien eine überwiegende Eigennutzung vor, kann auch der Sachwert angesetzt werden.

Als Sicherheiten im Auslandsgeschäft kommen insbesondere staatliche und privatwirtschaftliche Kreditversicherungen und Bankgarantien in Betracht. Garantien von privaten Kreditversicherern bilden auch die Basis für das Receivable Finance-Geschäft. Diese werden mit ihrer Garantiesumme bewertet.

Die gestellten Sicherheiten werden in regelmäßigen Abständen geprüft. Bei Grundpfandrechten bewerten wir das Beleihungsobjekt spätestens nach fünf Jahren neu. Wenn der grundpfandrechtl. besicherte Kredit den normalen Beleihungsrahmen von 50 % beziehungsweise 60 % des Werts des Beleihungsobjekts übersteigt, ist aber eine jährliche Überprüfung notwendig. Bei Zessionen und Sicherungsübereignungen ist von den Kompetenzträgern festzulegen, in welchen zeitlichen Abständen und welchem Detail- und Aussagegrad der Kunde entsprechende Nachweise für die Sicherheiten vorlegen soll.

Bei bewerteten Sicherheiten wird ihr jeweiliger Sicherungswert, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Obergrenzen (zur Vermeidung von Klumpenrisiken), für den Risikoausweis automatisch berücksichtigt.

Die ordnungsgemäße Bestellung der Sicherheiten zu einer Kreditlinie wird mithilfe des Liniensystems überwacht.

(h) Angaben zur Kreditqualität

Kredite und Forderungen sowie Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen

in Mio. €	31.12.2013				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.643,8	4.816,3	1.621,4	6.108,0	14.189,5
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	20,1	0,0	0,0	20,1
Einzelwertberichtigt **	0,0	21,2	0,0	1,4	22,6
Insgesamt	1.643,8	4.857,6	1.621,4	6.109,4	14.232,2

in Mio. €	31.12.2012*				
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Weder überfällig noch wertgemindert	1.551,2	4.521,2	1.804,6	5.251,5	13.128,5
Überfällig, aber nicht wertgemindert	0,0	0,8	0,0	0,0	0,8
Einzelwertberichtigt **	0,0	32,3	1,0	2,2	35,5
Insgesamt	1.551,2	4.554,3	1.805,6	5.253,7	13.164,8

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

** einschließlich der Bildung von Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft

**Handelsaktiva und Finanzanlagen
(ausschließlich Rentenpapiere)**

Der folgenden Übersicht liegen die Ergebnisse externer Rating-Agenturen (in der Regel Standard and Poor's) zugrunde. Dabei ist berücksichtigt, dass externe Emissions-

Ratings lediglich für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere regelmäßig verfügbar sind. Falls verschiedene Rating-Agenturen zu unterschiedlichen Bewertungen desselben finanziellen Vermögenswerts kommen, ist der schlechtere Wert ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2013			31.12.2012		
	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Insgesamt
AAA	1.133,2	1.985,8	3.119,0	2.027,6	2.077,0	4.104,6
AA+ bis AA-	1.188,0	1.578,0	2.766,0	1.590,7	1.388,9	2.979,6
A+ bis A-	50,0	550,2	600,2	115,2	623,6	738,8
BBB+ bis BBB-	90,4	459,1	549,5	94,7	304,7	399,4
Schlechter als BBB-	2,7	111,2	113,9	7,0	87,5	94,5
Ohne Rating	19,7	9,4	29,1	18,0	131,2	149,2
Insgesamt	2.484,0	4.693,7	7.177,7	3.853,2	4.612,9	8.466,1

OTC-Derivate

Zur Beurteilung der Kreditqualität von OTC-Derivaten werden deren Marktwerte im Folgenden nach Kreditnehmerherkunft und -art aufgeschlüsselt:

		31.12.2013		31.12.2012	
		in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
OECD	Banken	932,1	81,6	1.318,5	82,7
	Finanzinstitute	53,6	4,7	67,8	4,3
	Sonstige	156,6	13,7	206,8	13,0
Nicht OECD	Banken	0,3	0,0	1,1	0,1
	Finanzinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0
	Sonstige	0,0	0,0	0,7	0,0
Insgesamt		1.142,6	100,0	1.595,1	100,0

Darüber hinaus werden in der folgenden Tabelle die ökonomischen Exposures der OTC-Derivate (inklusive Besicherungen) dargestellt:

in Mio. €		31.12.2013				
	Positive Marktwerte vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Add-on vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	EAD vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Netting-Vereinbarungen	Anrechnungsfähige Sicherheiten	EAD nach Netting und Sicherheitenvereinbarungen
Kein Netting	245	218	463			463
Netting & Cash Collateral	898	287	1.185	790	198	197
Insgesamt	1.143	505	1.648	790	198	660

Als Add-on wird der Risikozuschlag in Abhängigkeit des Basiswerts und der Laufzeit des Derivats bezeichnet. Unter Netting & Cash Collateral sind ausschließlich solche

Verträge verrechnet, die für aufsichtsrechtliche Zwecke als verrechenbar anerkannt sind.

(i) Angaben zu Engagements, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir ermitteln die Qualität der Kredite und Forderungen einschließlich der von Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen, die weder überfällig noch wertgemindert sind, mittels eines internen Rating-Verfahrens. Unter Berücksichtigung risikoreduzierender Elemente, wie Sicherheiten, können die Kreditengagements auf sieben Kreditklassen aufgeteilt werden. Die Kreditklassen 1 bis 5 umfassen in der Regel Engagements, die weder überfällig noch wertgemindert sind. Die Kreditqualität zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

sichtigung risikoreduzierender Elemente, wie Sicherheiten, können die Kreditengagements auf sieben Kreditklassen aufgeteilt werden. Die Kreditklassen 1 bis 5 umfassen in der Regel Engagements, die weder überfällig noch wertgemindert sind. Die Kreditqualität zeigt sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

in Mio. €		31.12.2013			
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Kreditklassen 1–2	1.562,4	1.442,0	851,3	3.005,5	6.861,2
Kreditklassen 3–4	81,4	3.219,4	756,0	3.005,2	7.062,0
Kreditklasse 5	0,0	154,9	14,1	97,3	266,3
Insgesamt	1.643,8	4.816,3	1.621,4	6.108,0	14.189,5

in Mio. €		31.12.2012*			
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Kreditzusagen	Insgesamt
Kreditklassen 1–2	1.435,4	1.837,4	1.000,8	2.608,2	6.881,8
Kreditklassen 3–4	115,8	2.645,5	770,9	2.569,3	6.101,5
Kreditklasse 5	0,0	38,3	32,9	74,0	145,2
Insgesamt	1.551,2	4.521,2	1.804,6	5.251,5	13.128,5

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Wir haben wie schon im Vorjahr keine Neustrukturierungen einzelner Darlehensverträge zur Vermeidung von Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

(j) Angaben zu Krediten und Forderungen, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind

Kredite und Forderungen, die trotz einer Überfälligkeit nicht wertgemindert wurden, belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 20,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro) und bestehen ausschließlich gegenüber Kunden. Davon resultieren 19,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro) aus dem Ankauf kreditversicherter Forderungen. Der Fair Value der Sicherheiten beläuft sich auf 19,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro). Von einer entsprechenden Wertminderung sehen wir ab, weil wir davon ausgehen, dass die Forderungen voll einbringlich sind. Aus den überfälligen, aber nicht wertgeminderten Forderungen sind 0,2 Mio. Euro seit weniger als 30 Tagen, 18,2 Mio. Euro zwischen 30 Tagen und 90 Tagen, 1,7 Mio. Euro seit über 90 Tagen und wiederum 0,0 Mio. Euro seit über einem Jahr überfällig.

(k) Angaben zu Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde

HSBC Trinkaus nimmt eine Risikovorsorge vor, sobald objektive substantielle Hinweise vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Wert eines finanziellen Vermögenswerts gemindert ist. Als derartige Hinweise gelten erheb-

liche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners sowie hiermit verbundene Zugeständnisse unsererseits an den Kreditnehmer. Dazu zählen auch Vertragsverletzungen wie Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Hinzu kommen die Gefahr eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsbedarfs, das Verschwinden eines aktiven Markts für diesen finanziellen Vermögenswert oder sonstige Hinweise, die darauf schließen lassen, dass der erzielbare Betrag unter dem Buchwert für diese Art von Krediten liegt. Ein weiterer möglicher Hinweis ist die substantielle Wertminderung der Kreditsicherheit, wenn der Kredit im Wesentlichen auf diese Sicherheit abzustellen ist. Liegt einer dieser Hinweise vor, wird die Höhe der Wertminderung aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Wenn statistisch verlässliche Vergleichsdaten fehlen, schätzen sachkundige, erfahrene Mitarbeiter der Marktfolge die voraussichtlich erzielbaren Werte. Problematische Engagements, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde, werden von ihrer Bonität her als Ausfall eingestuft und damit automatisch der Kreditklasse 6 oder 7 zugeordnet. Zur Berücksichtigung von Länderrisiken kann indes unabhängig von der Bonitätsstufe des Kreditnehmers eine Risikovorsorge gebildet werden. Die Risikovorsorge für Länderrisiken beläuft sich auf 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro).

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Darstellung der einzelwertberichtigten finanziellen Vermögenswerte zum Bilanzstichtag wieder:

in Mio. €	31.12.2013			31.12.2012		
	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt	Kredite und Forderungen an Kreditinstitute	Kredite und Forderungen an Kunden	Gesamt
Buchwert vor EWB *						
Kreditklasse 6	0,0	16,0	16,0	0,0	29,9	29,9
Kreditklasse 7	0,0	5,2	5,2	0,0	2,4	2,4
Summe	0,0	21,2	21,2	0,0	32,3	32,3
EWB *						
Kreditklasse 6	0,0	10,7	10,7	0,0	11,1	11,1
Kreditklasse 7	0,0	5,0	5,0	0,0	1,8	1,8
Summe	0,0	15,7	15,7	0,0	12,9	12,9
Buchwert nach EWB *	0,0	5,5	5,5	0,0	19,4	19,4

* EWB: Wertberichtigung auf Einzelbasis

Neben Wertberichtigungen auf Einzelbasis nimmt die Bank Wertberichtigungen auf Portfoliobasis vor. Diese betragen für Kredite und Forderungen 17,7 Mio. Euro (Vorjahr: 12,3 Mio. Euro) und für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,1 Mio. Euro).

Die Wertberichtigungen auf Finanzanlagen betragen zum Bilanzstichtag 29,7 Mio. Euro (Vorjahr: 33,6 Mio. Euro).

(l) Angaben zu erhaltenen Sicherheiten

Für Kredite und Forderungen, die einzelwertberichtigt sind, hält die Bank zum Stichtag keine Sicherheiten (Vorjahr: 13,0 Mio. Euro).

(m) Verwertung erhaltener Sicherheiten und Abruf anderer Kreditverbesserungen

Im Jahr 2013 wurden Sicherheiten und andere Kreditverbesserungen in Höhe von 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,5 Mio. Euro) verwertet beziehungsweise abgerufen.

(n) Angaben zur Ausfallrisikokonzentration

Eine Konzentration des Kreditrisikos kann vorliegen, wenn viele Schuldner ähnlichen Aktivitäten nachgehen oder in derselben geografischen Region tätig sind. Dann wird die Fähigkeit all dieser Schuldner, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber HSBC Trinkaus nachzukommen, stark von einzelnen Änderungen in den wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Rahmenbedingungen beeinflusst. Daher überwacht die Bank ihre Kreditrisikokonzentrationen nach Branchen und Regionen. Darüber hinaus kann eine Konzentration des Kreditrisikos auch vorliegen, wenn ein unverhältnismäßig hoher Anteil des Kreditrisikos sich auf einzelne Kreditnehmer konzentriert. Deshalb überwacht die Bank zusätzlich die Konzentration in Einzeladressen, um eine möglichst breite Verteilung des Ausfallrisikos zu erreichen. Weitere Aussagen zu potenziell existierenden Konzentrationsrisiken können anhand eines Portfoliomodells gemacht werden, das explizit Ausfallkorrelationen im Zeitverlauf berücksichtigt.

Zum Bilanzstichtag gliedert sich das maximale Ausfallrisiko der Bank wie folgt nach Branchen und Regionen:

	31.12.2013		31.12.2012	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Branchen				
Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige	12.372,4	48,0	10.523,8	40,1
Kreditinstitute und Finanzierungsinstitutionen	8.543,0	33,1	9.975,7	38,0
Öffentliche Haushalte	4.670,8	18,1	5.468,1	20,8
Wirtschaftlich unselbstständige Personen	211,1	0,8	292,6	1,1
Insgesamt	25.797,3	100,0	26.260,2	100,0

	31.12.2013		31.12.2012	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Risikokonzentration nach Regionen				
Inland	16.717,5	64,8	16.811,0	64,0
Sonstige EU (zuzüglich Norwegen und der Schweiz)	7.102,2	27,5	7.750,9	29,5
Asien	792,8	3,1	707,6	2,7
Resteuropa	545,9	2,1	461,4	1,8
Nordamerika	366,5	1,4	325,5	1,2
Südamerika	210,6	0,8	145,7	0,6
Afrika	34,1	0,1	45,5	0,2
Ozeanien	27,7	0,1	12,6	0,0
Insgesamt	25.797,3	100,0	26.260,2	100,0

Die Aufteilung nach Branchen zeigt, dass das maximale Ausfallrisiko im Wesentlichen zum einen gegenüber Kreditinstituten und zum anderen gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen besteht. Von dem Ausfallrisiko gegenüber Kreditinstituten entfallen 2.474,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2.963,9 Mio. Euro) auf andere Einheiten der HSBC-Gruppe.

Der Gliederung nach Regionen ist zu entnehmen, dass sich ein wesentlicher Teil der Kredite und Forderungen auf das Inland sowie auf EU-Länder zuzüglich Norwegen und der Schweiz konzentriert.

Gegenüber den Staaten Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Ungarn bestanden zum 31. Dezember 2013 keinerlei Exposures. Gegenüber Banken in Spanien und Italien bestanden ausschließlich Exposures aus Covered Bonds in Höhe von 69 Mio. Euro und 10 Mio. Euro, während gegenüber Banken in den anderen genannten Staaten keinerlei Exposures bestanden. Gegenüber

Nichtbanken in Spanien, Italien, Irland und Ungarn bestanden Exposures in Höhe von 72 Mio. Euro, 60 Mio. Euro, 57 Mio. Euro beziehungsweise 2 Mio. Euro, während gegenüber Nichtbanken in Griechenland und Portugal keinerlei Exposures bestanden. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich unsere Kreditrisiken gegenüber beziehungsweise in den genannten Ländern in sehr engen Grenzen halten.

(o) Kreditportfoliosteuerung

Für die Bereitstellung der internen risikogewichteten Aktiva der Kreditpositionen sowie die Analyse der Kreditrisiken auf Portfolioebene ist der Bereich Risk Control verantwortlich. Hierzu verwendet die Bank ein vereinfachtes Portfoliomodell auf Basis der im Rahmen der IRBA-Meldung etablierten Kreditrisikomesssysteme. Das zur Eigenkapitalunterlegung genutzte aufsichtsrechtliche Modell geht von einer hohen Granularität des Portfolios und einer starken Korrelation über einen zentralen Faktor (allgemeine

Wirtschaftslage) aus. Bestimmte Korrelationsrisiken zum Beispiel innerhalb von Ländern, Branchen oder auch Konzernen werden nicht explizit abgebildet. Daher wird zur Validierung parallel das auf HSBC-Ebene verwendete Portfoliomodell RiskFrontier genutzt, um stichtagsbezogen Konzentrations- und Migrationsrisiken zu plausibilisieren. Adressenkonzentrationen existieren in natürlicher Weise gegenüber dem HSBC-Konzern, sind darüber hinaus aber nicht wesentlich. Die Ergebnisse der Risikoanalyse des Kreditportfolios fließen als Kreditrisikoanteil in die institutsweite interne Risikotragfähigkeitsanalyse (ICAAP) ein.

(p) Stress-Test

Vierteljährlich werden sowohl die regulatorische als auch die ökonomische Risikoberechnung des Kreditportfolios verschiedenen Stress-Test-Szenarien unterzogen. Die Konzeptionierung der Stress-Tests sowie die Berechnung und Analyse der Ergebnisse werden vom Bereich Risk Control unter Einbeziehung der Kreditabteilung und der Geschäftsbereiche vorgenommen. Dabei findet ebenfalls eine sehr enge Abstimmung sowohl hinsichtlich Methode als auch Szenarien mit der HSBC-Gruppe statt.

Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko bezeichnen wir die Gefahr von Verlusten, die infolge einer Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Operationelle Risiken sind in jedem Unternehmensbereich vorhanden und umfassen ein weites Spektrum. Rechtsrisiken werden ebenfalls als operationelle Risiken betrachtet.

Um die Effektivität des Risikomanagements und des Kontrollumfelds sicherzustellen, hat die Bank drei Sicherungsebenen installiert: Die erste Ebene bilden die Risiko- und Kontrollverantwortlichen in den Bereichen und Tochtergesellschaften, die sicherstellen, dass die Kernkontrollen entsprechend den jeweils gültigen Arbeitsablaufbeschreibungen ausgeführt und die Risiken auf das aus Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten gewünschte Maß reduziert werden. Hierzu werden alle wichtigen Kontrollen eingehend geprüft und die Ergebnisse dieser Prüfungen formal dokumentiert, um auf dieser Basis gegebenenfalls notwendige Verbesserungsmaßnahmen einzuleiten. In der zweiten Ebene überwachen vor allem die Bereiche Operational Risk and Information Security sowie Compliance die Be-

wertung der Risiken und die Durchführung der Kontrollen. Die dritte Ebene wird von der Internen Revision im Rahmen der Durchführung von Revisionsprüfungen abgedeckt.

Der Ausschuss für operationelle Risiken und interne Kontrollen ist das zentrale Gremium für die übergreifende Steuerung von operationellen Risiken sowie Reputationsrisiken. Der Ausschuss tagt alle zwei Monate unter dem Vorsitz des für die Risikokontrolle zuständigen Mitglieds des Vorstands. Der Ausschuss ist ein wichtiger Bestandteil der Risikomanagement-Organisation und ermöglicht eine integrative und ressortübergreifende Kontrolle der operationellen Risiken in der Bank und dem gesamten HSBC Trinkaus-Konzern.

Der Ausschuss legt die Richtlinien und Standards zur Überwachung des internen Kontrollumfelds fest und ist für die Weiterentwicklung der Methoden, Verfahren und Prozesse des Managements operationeller Risiken verantwortlich. Zu den Kernaufgaben gehören vor allem auch die Überwachung des Risikoprofils der Gesamtbank und die Einleitung von geeigneten Maßnahmen, wenn sich das Risikoprofil außerhalb des gesetzten Rahmens bewegt.

Das Risk Management Committee der Bank nimmt die Protokolle des Ausschusses zur Kenntnis und diskutiert besonders wichtige Punkte. Gegebenenfalls wird der Vorstand der Bank involviert, um bedeutende Schadensfälle oder Entscheidungen des Ausschusses für operationelle Risiken oder des Risk Management Committees zu autorisieren. Dadurch ist sichergestellt, dass alle Mitglieder des Vorstands fortlaufend über aktuelle Entwicklungen und das Risikoprofil der Bank informiert sind.

Einmal jährlich berichtet der Leiter des Bereichs Operational Risk and Information Security dem Risiko- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats über alle Aktivitäten des Bereichs und des Ausschusses für operationelle Risiken und interne Kontrollen. Hierzu gehört auch die Darstellung der Gesamtverluste einschließlich der Erläuterung von besonderen Ereignissen.

Dem Vorstand liegt besonders daran, eine Risikokultur im HSBC Trinkaus-Konzern zu leben, in der Risiken frühzeitig erkannt und ebenso direkt wie offen kommuniziert werden. Die Arbeit des Ausschusses hat in den zurückliegenden Jahren das Bewusstsein für operationelle Risiken bei allen Mitarbeitern deutlich erhöht. Informationen, die

operationelle Risiken betreffen, werden in die täglichen Entscheidungsprozesse einbezogen. Jede neue Mitarbeiterin und jeder neue Mitarbeiter muss an einer Pflichtschulung zum Thema operationelle Risiken teilnehmen.

Im Rahmen des Managements operationeller Risiken setzt die Bank verschiedene Instrumente ein: Die Analyse von internen Ereignissen hilft, aus vergangenen Fehlern zu lernen und existierende Prozess- und Kontrollschwächen abzustellen. Die Betrachtung externer Ereignisse unterstützt dabei, bisher unerkannte Prozess- und Kontrollschwächen sowie Risiken, die bei anderen Banken schlagend geworden sind, vorausschauend zu identifizieren und zu vermeiden, dass ähnliche Ereignisse HSBC Trinkaus treffen.

Eine zentrale Methode zur proaktiven Bestimmung von materiellen Risiken ist das sogenannte Risk and Control Assessment. Im Rahmen eines strukturierten Brainstorming-Prozesses werden die Kernrisiken einschließlich der Kernkontrollen für jeden Bereich oder Prozess identifiziert und dokumentiert. Das Verfahren umfasst eine Einschätzung der erwarteten typischen Verluste aus operationellen Risiken und bewertet auch das extreme Gefahrenpotential. In diesem Zusammenhang werden direkte finanzielle Kosten und indirekte Folgen für Kundenservice, Reputation sowie aufsichtsrechtliche Konsequenzen berücksichtigt. Des Weiteren setzen wir Methoden der Szenarioanalyse zur Bestimmung der größten operationellen Risiken ein und verwenden Schlüsselindikatoren, um möglichst frühzeitig eine Veränderung der Höhe von Risiken beziehungsweise eine Verschlechterung der Kontrolleffektivität zu bemerken.

Operationelle Risiken werden einschließlich ihrer Bewertung, der implementierten Kontrollen, der eingeleiteten Maßnahmen sowie der aufgetretenen Schadensfälle formal dokumentiert. Dazu dient ein von der HSBC-Gruppe entwickeltes EDV-System. Die Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften sind dafür verantwortlich, dass die gespeicherten Informationen jederzeit das aktuelle Risikoprofil widerspiegeln.

HSBC Trinkaus mindert operationelle Risiken durch ständige Kontrollen der Arbeitsabläufe, durch Sicherheitsvorkehrungen und nicht zuletzt durch den Einsatz qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Teil sind operationelle Risiken durch Versicherungen gedeckt. Die Prozesse in der Bank werden regelmäßig analysiert und fortlaufend

verbessert. Insbesondere ist der Bereich Operational Risk and Information Security auch bei der Konzeption und Genehmigung von neuen Produkten und Services eingebunden, um sicherzustellen, dass operationelle Risiken frühzeitig identifiziert und durch geeignete Maßnahmen minimiert werden. Flache Hierarchien und direkte Kommunikation ermöglichen es, Probleme schnell zu beheben und damit Risiken zu reduzieren.

Arbeitsablaufbeschreibungen legen für die einzelnen Prozesse detailliert die dazu gehörenden Kontrollen fest. Auf das Vier-Augen-Prinzip wird dabei besonderer Wert gelegt. Die Arbeitsablaufbeschreibungen werden regelmäßig überarbeitet und zentral verwaltet.

Das Management von Informationsrisiken erfolgt im Rahmen des Business Information Risk Officer (BIRO)-Programms, das durch einen zentralen Ausschuss, das Information Security Risk Committee des Konzerns, gesteuert wird. Der Ausschuss tagt quartalsweise, um relevante Fragestellungen zu diskutieren, Schwerpunkte festzulegen und entsprechende Maßnahmen zu beschließen.

Für jeden Bereich und jede Tochtergesellschaft sind Business Information Risk Officers benannt. Hierdurch ist sichergestellt, dass Informationsrisiken aus einer ganzheitlichen Perspektive betrachtet und neben technologischen auch fachliche, rechtliche und konzeptionelle Fragen umfassend berücksichtigt werden.

Die Einhaltung der Richtlinien der HSBC-Gruppe ist durch die Einbindung des Leiters des BIRO-Programms in die entsprechenden Aktivitäten der HSBC-Gruppe sichergestellt.

Marktrisiken

Unter Marktrisiko wird das Ausmaß verstanden, in dem sich der Marktwert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreisparameter zuungunsten der Bank entwickeln kann. Zum Marktrisiko zählen die Risikoarten Zinsrisiko (inklusive Credit Spread-Risiken), Wechselkursrisiken sowie Aktien- und sonstige Preisrisiken. Marktrisiken resultieren für HSBC Trinkaus vorwiegend aus dem Handel mit Zins-, Aktien- und Devisenprodukten sowie, in geringem Maße, aus Rohwarenprodukten ohne physische Lieferung.

Um Marktrisiken unter normalen Marktbedingungen zu messen, verwenden wir seit Jahren Value at Risk-Ansätze. Als Value at Risk bezeichnen wir den potenziellen Verlustbetrag, der über einen bestimmten Zeitraum (bis zum Risikohorizont) bei unveränderter Position mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. In der operationellen Steuerung der Marktrisiken der Bank werden dabei ein Risikohorizont von einem Handelstag und ein Konfidenzniveau von 99 % betrachtet. Für die Berechnung ökonomischer und aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen kommen andere Risikohorizonte und Konfidenzniveaus zum Einsatz. Auch diese Zahlen beruhen jedoch grundsätzlich auf dem gleichen Modell und werden zum Teil direkt abgelesen, zum Teil gemäß Risikohorizont und Konfidenzniveau skaliert. Die in diesem Abschnitt gelieferten Zahlen sind grundsätzlich der operativen Steuerung (ein Tag Haltedauer und 99 % Konfidenz) entnommen.

Unser Value at Risk-Modell beruht auf einer historischen Simulation der Risikofaktoren über eine Periode von 500 gleich gewichteten Handelstagen und deckt Zins-, Aktien-, Devisen- und Volatilitätsrisiken ab (zur Bewertung der Finanzinstrumente siehe auch Note „Fair Value der Finanzinstrumente“ in den Erläuterungen zum Konzernabschluss). Dabei werden alle Positionen unter Berücksichtigung veränderter Marktparameter komplett neu bewertet. Bei Zinsrisiken berücksichtigen wir sowohl allgemeine Zinsrisiken, die aus einer Veränderung des Marktzinsniveaus resultieren, als auch Spread-Risiken verschiedener Emittenten beziehungsweise Emittentenklassen.

Als Risikofaktoren sind vor allem berücksichtigt:

- Aktienkassakurse und Aktienindizes
- Devisenkassakurse inklusive Goldkurse
- Rohwarenkurse (verschiedene Ölsorten, Silber)
- Zero-Zinssätze für idealtypische Laufzeiten aus Swap-Zinskurven
- Credit Spreads für verschiedene Kategorien wie Pfandbriefe, Bundesländeranleihen und Bankanleihen mit weiteren Differenzierungen nach Bonität und/oder Laufzeit
- Aktien- und Aktienindexoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Devisenoptionsvolatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Volatilitäten von Optionen auf Bundesanleihen für idealtypische Laufzeiten
- Cap-/Floor-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten
- Swaption-Volatilitäten für idealtypische Laufzeiten

Emittentenspezifische idiosynkratische Zinsrisiken werden weiterhin außerhalb des Risikomodells im Kreditrisikoprozess erfasst und durch Emittentenrisikolimits begrenzt. Im Handelsbuch der AG werden sie darüber hinaus über den aufsichtsrechtlichen Standardansatz abgedeckt.

Die Qualität der Risikomessung sichern wir durch das tägliche Back Testing des Modells. Dabei vergleichen wir das Bewertungsergebnis für die am Vortag vorhandene Handelsposition mit dem dafür berechneten Value at Risk-Wert. Zusätzlich wird seit 2012 beim Back Testing auch das Bewertungsergebnis unter Berücksichtigung von Neugeschäften herangezogen. Im Jahr 2013 trat auf der Handelsbuch-Ebene der Bank kein Back Testing-Ausreißer auf. Dies spricht auch weiterhin für die eher konservative Modellierung der Risiken.

Das Modell kommt grundsätzlich für alle Einheiten des Konzerns und für alle Handels- und Anlagebuchbestände zum Einsatz. Darunter fallen die Handels- und Anlagebücher der AG und der Luxemburger Tochtergesellschaften sowie die dem Anlagebuch zugehörigen konsolidierungspflichtigen Sondervermögen. Im Folgenden sind die Marktrisiken des Konzerns nach Risikokategorie aufgelistet:

ANHANG II

in Mio. €		2013			
		31.12.	Maximum	Minimum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	2,9	2,9	1,0	1,8
	Währungsrisiko	0,1	0,7	0,0	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	0,7	4,0	0,6	1,5
	Credit Spread-Risiko	3,1	3,9	2,8	3,4
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
	Gesamtes Risiko	3,6	4,7	3,2	3,9
Gesamtbank	Zinsrisiko	4,9	4,9	0,8	2,7
	Währungsrisiko	0,1	0,7	0,0	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	1,8	6,2	1,6	3,1
	Credit Spread-Risiko	4,7	5,7	4,7	5,3
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
	Gesamtes Risiko	6,5	8,3	5,0	6,6

in Mio. €		2012			
		31.12.	Maximum	Minimum	Durchschnitt
Handelsbuch	Zinsrisiko	1,0	1,6	0,4	0,8
	Währungsrisiko	0,5	0,5	0,0	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	0,5	3,6	0,4	1,1
	Credit Spread-Risiko	3,3	4,0	2,1	3,0
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
	Gesamtes Risiko	3,8	4,4	2,4	3,2
Gesamtbank	Zinsrisiko	1,1	2,4	0,6	1,5
	Währungsrisiko	0,5	0,5	0,0	0,1
	Aktien-/Indexrisiko	1,4	3,2	1,0	1,5
	Credit Spread-Risiko	4,9	5,3	4,2	4,7
	Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
	Gesamtes Risiko	4,5	5,3	3,9	4,6

Nach wie vor stellen auf Zinsen (inklusive allgemeiner Credit Spread-Risiken) und Aktien bezogene Risiken die größten Marktrisiken der Bank dar. Die Schwankungsin-tensität des Jahresverlaufs für den Value at Risk ist im Ver-gleich zu den Vorjahren deutlich zurückgegangen. Ursäch-lich hierfür ist vor allem, dass die Aktienrisiken an relativer Bedeutung für HSBC Trinkaus verloren haben.

Unser internes Value at Risk-Modell wenden wir auch an, um Marktrisiken in den von unseren Tochtergesellschaften verwalteten Sondervermögen zu quantifizieren.

Seit 31. Dezember 2011 wird auch der sogenannte Krisen-Risikobetrag (Stressed Value at Risk) berichtet. Die zugrun-de liegende Periode besonderen Stresses an den Märkten wurde auch im Jahr 2013 mit März 2008 bis Februar 2009 identifiziert. Das zur Berechnung des Krisen-Risikobetrags herangezogene Modell stimmt weitestgehend mit dem zur Bestimmung des normalen Value at Risk überein. Zur Vermeidung von Skalierungsannahmen wurde jedoch direkt auf einer Historie von überlappenden Zehn-Tage-Perioden gerechnet. Analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorgaben wurde die Länge der Historie auf ein Jahr statt bisher 500 Handelstage fixiert. Der Krisen-Risikobetrag schwankte im Verlauf des Jahres 2013 deutlich stärker als der normale Value at Risk. Ausschlaggebend dafür sind so- genannte Gap-Risiken, die im Zusammenhang mit börsen-gehandelten Knockout-Produkten entstehen. Betragsmä- ßig lag der Krisen-Risikobetrag 2013 in der Regel messbar über dem normalen Value at Risk. Im Sommer 2013 fiel er jedoch wegen der geringen Produktnachfrage zum Teil auf das Niveau des normalen Value at Risk zurück.

Zusätzlich zur Limitierung des Value at Risks kommen Sensitivitäts-, Volumen- und Laufzeitlimite zum Einsatz. Sie dienen einerseits dazu, Konzentrationsrisiken zu ver- meiden, andererseits helfen sie, solche Risiken zu berück- sichtigen, die nur unvollständig im Modell erfasst sind. Value at Risk-Ansätze sind nicht dazu geeignet, Verluste abzuschätzen, die in extremen Marktsituationen und bei zuvor nie beobachteten Ereignissen eintreten können. Da- her führen wir zur vollständigen Risikoerkennung ergän- zend ein tägliches Stress Testing durch. Dabei untersuchen wir die Auswirkung von extremen Marktbewegungen auf den Wert der Positionen. Die Ergebnisse des Stress Tes- tings gehören zum täglichen Risiko-Reporting und vermit- teln wertvolle zusätzliche Informationen. Für die unter Stress-Ereignissen auftretenden Verluste sind separate

Limite definiert. Die verwendeten Szenarien werden regel- mäßig überprüft und bei Bedarf angepasst.

Das Asset and Liability Management Committee teilt die Marktrisikolimite unter Berücksichtigung der Risikotragfä- higkeit der Bank und den Vorgaben des HSBC-Konzerns den Handelsbereichen zu und passt sie, falls erforderlich, im Laufe des Jahres an. Die Einhaltung aller Marktrisiko- limite wird vom Bereich Risk Control täglich auf der Basis der Übernachtpositionen überwacht. Risk Control meldet diverse Risikozahlen zur konzernweiten Zusammenfas- sung von Marktrisiken an den HSBC-Konzern. Bei einer Akkumulation von Handelsverlusten eines Handelsbe- reichs wird sein Value at Risk-Limit automatisch gekürzt.

Als Marktliquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, auf- grund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen bzw. glatt- stellen zu können. Das Management dieses Risikos erfolgt u.a. durch die Vergabe von Volumens- und Laufzeitlimiten, so daß dieses Risiko für uns nur von untergeordneter Be- deutung ist. Bei Bedarf wird diesem Risiko im Rahmen einer vorsichtigen Bewertung entsprechend Rechnung getragen. Ökonomische Sicherungsbeziehungen werden lediglich in dem Rahmen bilanziell abgebildet (Hedge Accounting), in dem diese die strikten Voraussetzungen der IFRS erfüllen.

Liquiditätsrisiken

(a) Steuerung des Liquiditätsrisikos

Unter Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr der Zah- lungsunfähigkeit, die entsteht, wenn längerfristige Aktiva kürzerfristig finanziert werden oder unerwartet auftretende Geldabflüsse nicht ausgeglichen werden können. Das Liquiditätsrisiko kann auch in möglichen Verlusten, die sich als Folge von aktiven Maßnahmen gegen eine drohende Zahlungsunfähigkeit ergeben, bestehen.

Das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit verringern wir durch unseren hohen Liquiditätspuffer und die verantwortungs- volle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Unsere Risiko- toleranz bei Liquiditätsrisiken haben wir anhand von quan- titativen und qualitativen Kriterien in unserem internen Rahmenwerk festgelegt. Darin sind strenge Maßstäbe für Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen vorgegeben, um auch bei extremen Ereignissen jederzeit zahlungsfähig zu bleiben. Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken sind

Schwellenwerte für verschiedene Beobachtungsgrößen definiert, die bei Verletzung in Eskalationsverfahren münden, die im dreistufigen, kurzfristig aktivierbaren Liquiditätsnotfallplan konkretisiert sind.

Während die operative Liquiditätssteuerung durch den Geschäftsbereich Treasury erfolgt, wird das strukturelle Liquiditätsrisiko der Bank durch das Asset and Liability Management Committee (ALCO) im Rahmen der mit HSBC abgestimmten Limite verantwortet. Zu den Aufgaben von ALCO gehören die Überwachung der Liquiditäts- und Finanzierungskennzahlen, die regelmäßige Anpassung der Liquiditätsrisikostategie und die Festlegung von innerbetrieblichen Verrechnungspreisen für Liquidität. Der Bereich Asset Liability and Capital Management (ALCM) ist für die Erstellung aller Richtlinien im Zusammenhang mit dem Liquiditätsrisikomanagement sowie für die Übernahme von Methoden der HSBC-Gruppe und deren Qualitätssicherung zuständig. Die regelmäßige Aktualisierung des Liquiditätsnotfallplans obliegt dem Treasury.

Unsere Liquiditätsrisikostategie sieht vor, dass die Bank ohne Rückgriff auf HSBC jederzeit selbstfinanziert ist und auch im Notfall ohne Beistand von HSBC ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen kann. Notenbankliquidität soll dabei nicht als dauerhafte Finanzierungsquelle genutzt werden. Die laufende Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt bei institutionellen Investoren (Wholesale Funding) hat für unsere Liquiditätssteuerung keine nennenswerte Bedeutung. Wir verfügen daher weder über ein Medium Term Note- noch über ein Commercial Paper-Programm und begeben auch keine Certificates of Deposits. Unsere primäre Finanzierungsquelle stellen Kundeneinlagen dar.

Unsere Liquiditätssteuerung beruht auf zwei zentralen Beobachtungs- und Steuerungskennzahlen: Zum einen bestimmen wir das Verhältnis von Kundenkrediten und langfristigen Finanzierungsmitteln (Advances/Core Funding Ratio) und bewerten dadurch die strukturelle Finanzierungslage der Bank, zum anderen erstellen wir Liquiditätsprognosen, um die Widerstandsfähigkeit der Bank im Hinblick auf verschiedene Stress-Szenarien zu bewerten.

Unsere Luxemburger Tochtergesellschaft HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A. ist in die Liquiditätsrisikosteuerung auf Konzernebene nach den konzerneinheitlichen Verfahren und Kennzahlen einbezogen. Darüber hinaus steuert sie ihre Liquidität auf Einzelinstitutsebene selbstständig und erfüllt dabei alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Luxemburg.

(b) Verhältnis von Kundenkrediten zu langfristigen Finanzierungsmitteln

Die Advances/Core Funding Ratio stellt eine zentrale Finanzierungskennzahl dar. Sie bezieht sich auf einen Zeithorizont von einem Jahr und setzt das Volumen an gewährten Kundenkrediten ins Verhältnis zum Volumen langfristiger aufgenommenener Kapitalmarktfinanzierung und zu den als Bodensatz qualifizierten Kundeneinlagen. Aufgrund der Unterscheidung zwischen Bodensatz- (Core Funding) und Nichtbodensatzeinlagen (Non-Core Funding) lässt sich die Advances/Core Funding Ratio nicht unmittelbar aus der Bilanz ableiten. Diese Ratio betrug zum Jahresende 74,3 % (Vorjahr: 73,0 %).

in %	Advances / Core Funding Ratio	
	2013	2012
31.12.	74,3	73,0
Minimum	72,5	59,3
Maximum	82,2	76,3
Durchschnitt	77,0	64,8

(c) Liquiditätsprognosen und Liquiditätspuffer

Die Liquiditätsprognosen leiten sich aus sechs verschiedenen Stress-Szenarien ab, von denen fünf einheitlich in der HSBC-Gruppe verwendet werden. Die Szenarien unterscheiden sich durch unterschiedliche Annahmen für Liquiditätsabflüsse und Wertveränderungen von Wertpapieren,

die mit institutsspezifischen oder marktweiten Ereignissen in Verbindung gebracht werden können. In jedem Szenario prognostizieren wir über mehrere Laufzeitbänder die kumulierte Veränderung der Zahlungsein- und -ausgänge, wobei in den institutsspezifischen Szenarien ein vollständiger Abzug der nicht als Bodensatz qualifizierten Kunden-

einlagen innerhalb von drei Monaten und eine erhöhte Ziehung von offenen Kreditzusagen von bis zu 35 % im gleichen Zeitraum unterstellt werden. Dadurch entstehende Zahlungsmitteldefizite müssen durch die Verwertung des Liquiditätspuffers aus marktgängigen Aktiva ausgeglichen werden können. Dabei werden je nach Szenario unterschiedliche Bewertungsabschläge vorgenommen.

Die Mindesthöhe des dazu erforderlichen Puffers in einem institutskritischen Szenario stellt damit auch bei unerwarteten Zahlungsmittelabflüssen die Zahlungsfähigkeit der Bank jederzeit sicher. Das institutskritische Szenario ergibt sich aus einer jährlichen Risikobewertung in Zusammenarbeit mit HSBC auf der Basis von in- und externen Faktoren und wird durch ein bankeigenes Szenario ergänzt, das die Auswirkung einer Rating-Herabstufung von bis zu drei Rating-Stufen simuliert.

Der kumulierte Nettosaldo der liquiden Mittel nach drei Monaten und nach Verwertung des Liquiditätspuffers im institutskritischen Szenario ist die wichtigste interne Liquiditätskennzahl. Sie muss deutlich positiv sein.

Der Liquiditätspuffer besteht zu großen Teilen aus öffentlichen Anleihen, Pfandbriefen und anderen notenbankfähigen Aktiva, die nicht als Sicherheiten anderweitig eingesetzt sind. Wertpapier- oder Barsicherheiten, die für Besicherungs- oder Margin-Verpflichtungen an Dritte übertragen wurden, sind im Liquiditätspuffer nicht enthalten. Zum 31. Dezember 2013 hatten wir den Großteil dieser Aktiva mit einem Beleihungswert von 3,97 Mrd. Euro bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr: 5,28 Mrd. Euro) und damit in dieser Höhe potenziellen Zugriff auf Notenbankkredite. Wir haben 2013 mit Ausnahme eines Testgeschäfts zur Validierung unseres Liquiditätsnotfallplans an keinen neuen Hauptrefinanzierungsgeschäften der EZB teilgenommen.

Zum Jahresende beliefen sich im relevanten Szenario die prognostizierten Mittelzuflüsse zusammen mit den Erlösen aus der Verwertung des Liquiditätspuffers nach drei Monaten auf 105 % der prognostizierten Mittelabflüsse (Vorjahr: 109 %).

Mittelzuflüsse und Erlöse aus der Verwertung des Liquiditätspuffers im Verhältnis zu den Mittelabflüssen				
	Nach einem Monat		Nach drei Monaten	
in %	2013	2012	2013	2012
31.12.	108	119	105	109
Minimum	106	106	102	101
Maximum	130	129	116	112
Durchschnitt	116	119	108	106

Um die Höhe der Verluste zu bestimmen, die sich aus Notfallmaßnahmen zur Verhinderung einer Zahlungsunfähigkeit sowie aus gestiegenen Refinanzierungskosten ergeben könnten, legen wir auf dem institutskritischen Stress-Szenario aufbauend mögliche Zahlungsabflüsse zugrunde und betrachten verschiedene Handlungsalternativen und Marktsituationen. Das Ergebnis geht als Liquiditätsrisikanteil in die interne Risikotragfähigkeitsanalyse (ICAAP) ein.

Dieser beläuft sich im Going Concern-Szenario per 31. Dezember 2013 auf 26,6 Mio. Euro (Vorjahr: 75,8 Mio. Euro).

(d) Eventualverbindlichkeiten aus zugesagten Kreditlinien

Die folgende Tabelle zeigt die Höhe der fünf größten ungezogenen Barkreditlinien sowie derer, die dem größten Marktsektor zugesagt sind. Diese Größen sind im Rahmen der Liquiditätssteuerung limitiert.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Ungezogene zugesagte Barkreditlinien		
Die fünf größten	822,2	680,8
An den größten Marktsektor	1.161,6	923,8

(e) Finanzierungsstruktur und Liquiditätsablaufbilanzen

Die fristenkongruente Finanzierungsstruktur überwachen wir anhand regelmäßig erstellter Liquiditätsablaufbilanzen, bei denen die Liquiditätsbindung getrennt nach vertraglichen und erwarteten Laufzeiten betrachtet wird. Zudem wird die Abhängigkeit von einzelnen Gläubigern durch Konzentrationsquoten für die 20 größten Gläubiger gemessen. Es bestehen keine materiellen Konzentrationen bei den Vermögenswerten und Finanzierungsquellen oder in Bezug auf Fremdwährungen.

Wir begeben keine Finanzierungsinstrumente, die eine beschleunigte Rückzahlung in Abhängigkeit von einer Verschlechterung der eigenen Bonität vorsehen oder statt in bar durch Lieferung eigener Aktien beglichen werden können.

Besicherungsverpflichtungen in bar oder Wertpapieren können im Zusammenhang mit börsengehandelten Geschäften, die über zentrale Gegenparteien abgewickelt werden, einseitig entstehen oder beidseitig bei OTC-Geschäften, die unter Rahmenverträgen mit Besicherungsanhängen abgeschlossen werden. Die Einzelgeschäfte unterliegen dabei üblicherweise Netting-Vereinbarungen.

Zur Darstellung des Liquiditätsrisikos der Bank geben wir im Folgenden einen Überblick über die Restlaufzeiten der finanziellen Verbindlichkeiten. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Mittelflüsse einschließlich zukünftiger Zinszahlungen undiskontiert ausgewiesen. Derartige nichtdiskontierte Mittelflüsse können von dem Buchwert abweichen, der in der Bilanz ausgewiesen ist.

in Mio. €		31.12.2013					
		Bruttoabflüsse (undiskontiert)					
Buchwert	Σ	< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.– 4 J.	> 4 J.	
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.269,4	1.269,4	1.263,7	0,6	0,1	5,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.219,1	12.222,4	11.177,8	595,0	170,5	254,3	24,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	11,5	0,4	0,0	0,0	11,1	0,0
Handelsspassiva (ohne Derivate*)	2.167,5	2.492,5	331,2	127,1	454,6	408,4	1.171,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen	46,9	56,2	0,0	0,0	5,1	21,4	29,7
Rückstellungen**	142,7	155,9	117,4	0,0	0,0	0,0	38,5
Sonstige Passiva	229,3	230,3	57,3	7,3	44,6	107,6	13,5
Nachrangkapital	345,7	537,0	0,0	20,3	28,5	73,4	414,8
Zwischensumme	16.430,6	16.975,2	12.947,8	750,3	703,4	881,2	1.692,5
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	1.084,8	1.084,8	1.084,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	6.109,4	6.109,4	6.109,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	23.624,8	24.169,4	20.142,0	750,3	703,4	881,2	1.692,5

* Entsprechend den Änderungen des IFRS 7 vom März 2009 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate der Handelsspassiva berücksichtigt, die nicht der Absicherung von langfristigen Positionen der Bank dienen.

** Der Verpflichtungsüberhang gemäß IAS 19 ist mit seiner durchschnittlichen Laufzeit berücksichtigt.

in Mio. €	31.12.2012***						
	Buchwert	Σ	Bruttoabflüsse (undiskontiert)				
< 1 Mon.			1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.–4 J.	> 4 J.	
Finanzielle Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanz:							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.219,5	1.219,6	1.205,0	0,7	8,7	5,2	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.880,4	11.888,2	10.480,9	764,6	347,6	253,0	42,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	12,0	0,4	0,0	0,0	1,2	10,4
Handelsspassiva (ohne Derivate*)	2.236,7	2.535,2	362,1	141,7	568,7	427,5	1.035,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen	70,4	85,0	0,0	0,0	0,0	41,1	43,9
Rückstellungen**	136,6	151,3	108,5	0,0	0,0	0,0	42,8
Sonstige Passiva	275,0	276,8	57,3	13,6	146,1	52,6	7,2
Nachrangkapital	353,4	569,6	0,0	0,0	7,9	94,4	467,3
Zwischensumme	16.182,0	16.737,7	12.214,2	920,6	1.079,0	875,0	1.648,9
Finanzielle Verbindlichkeiten außerhalb der Bilanz:							
Finanzgarantien	1.805,6	1.805,6	1.805,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreditzusagen	5.253,6	5.253,6	5.253,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	23.241,2	23.796,9	19.273,4	920,6	1.079,0	875,0	1.648,9

* Entsprechend den Änderungen des IFRS 7 vom März 2009 werden in der Liquiditätsanalyse nach vertraglichen Restlaufzeiten keine Derivate der Handelsspassiva berücksichtigt, die nicht der Absicherung von langfristigen Positionen der Bank dienen.

** Der Verpflichtungsüberhang gemäß IAS 19 ist mit seiner durchschnittlichen Laufzeit berücksichtigt.

*** Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Die Analyse der Restlaufzeiten zeigt, dass der Großteil der Finanzinstrumente innerhalb der ersten drei Monate nach dem Bilanzstichtag vertraglich fällig ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die tatsächlichen Zahlungen aus bilanziellen und außerbilanziellen Verpflichtungen regelmäßig später als zum vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

IFRS 7 verlangt die Darstellung der Bruttoabflüsse nach vertraglichen Restlaufzeiten. Der Aussagegehalt einer solchen Tabelle zur Liquidität der Bank ist begrenzt, weil vor allem die erwarteten Zahlungsströme für die wirksame Steuerung verwendet werden. Die interne Liquiditätssteuerung sowie die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen geben einen wesentlich besseren Einblick in die Liquiditätsposition.

Wir stellen im Folgenden die Buchwerte der wesentlichen Aktiva und Passiva, die zu künftigen Zahlungsabflüssen oder -zuflüssen führen, einander nach Restlaufzeiten gegenüber:

in Mio. €		< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.– 4 J.	> 4 J.	ohne feste Laufzeit	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2013	1.236,2	274,9	130,2	2,5	0,0	0,0	1.643,8
	31.12.2012	1.297,2	139,2	112,4	2,4	0,0	0,0	1.551,2
Forderungen an Kunden	31.12.2013	2.569,5	1.291,9	648,7	274,2	73,4	0,0	4.857,6
	31.12.2012	2.745,0	1.132,0	405,7	260,9	10,7	0,0	4.554,3
Handelsaktiva* / **	31.12.2013	6.747,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.747,6
	31.12.2012	8.261,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	8.261,5
Finanzanlagen	31.12.2013	255,1	51,3	393,0	2.779,6	1.423,8	222,0	5.124,8
	31.12.2012	81,8	31,3	402,9	2.821,9	1.510,6	219,8	5.068,3
Sonstige Aktiva	31.12.2013	3,1	0,0	9,2	0,0	0,0	152,2	164,5
	31.12.2012	1,1	0,0	10,9	0,0	0,0	200,1	212,1
Insgesamt****	31.12.2013	10.937,7	1.618,1	1.181,1	3.056,3	1.497,2	248,0	18.538,3
	31.12.2012	12.386,6	1.302,5	931,9	3.085,2	1.521,3	419,9	19.647,4

in Mio. €		< 1 Mon.	1–3 Mon.	3–12 Mon.	12 Mon.– 4 J.	> 4 J.	ohne feste Laufzeit	Gesamt
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	31.12.2013	1.263,7	0,6	0,1	5,0	0,0	0,0	1.269,4
	31.12.2012	1.205,0	0,7	8,7	5,1	0,0	0,0	1.219,5
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	31.12.2013	11.177,6	594,7	170,2	252,3	24,3	0,0	12.219,1
	31.12.2012	10.480,5	763,8	346,6	249,0	40,5	0,0	11.880,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	31.12.2013	0,0	0,0	0,0	10,0	0,0	0,0	10,0
	31.12.2012	0,0	0,0	0,0	0,0	10,0	0,0	10,0
Handelspassiva* / **	31.12.2013	4.053,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.053,0
	31.12.2012	4.651,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.651,5
Rückstellungen***	31.12.2013	117,4	0,0	0,0	0,0	25,3	0,0	142,7
	31.12.2012	108,6	0,0	0,0	0,0	28,0	0,0	136,6
Sonstige Passiva	31.12.2013	57,3	7,3	44,5	106,8	13,4	0,0	229,3
	31.12.2012	57,3	13,6	145,6	51,7	6,7	0,1	275,0
Nachrangkapital	31.12.2013	0,0	20,0	27,5	61,2	237,0	0,0	345,7
	31.12.2012	0,0	0,0	7,7	78,7	267,0	0,0	353,4
Insgesamt****	31.12.2013	16.669,0	622,6	242,3	435,3	300,0	0,0	18.269,2
	31.12.2012	16.502,9	778,1	508,6	384,5	352,2	0,1	18.526,4

* Handelsaktiva und -passiva sind entsprechend der Halteabsicht im kürzesten Laufzeitband ausgewiesen, unabhängig von der tatsächlichen Fälligkeit. Eine Restlaufzeitgliederung für Derivate gemäß deren vertraglichen Fälligkeiten findet sich in Note 59.

** ohne Derivate, die Bestandteil einer Sicherungsbeziehung sind

*** Der Verpflichtungsüberhang gemäß IAS 19 ist mit seiner durchschnittlichen Laufzeit berücksichtigt.

**** Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Die folgende Übersicht gibt die Liquiditätskennzahl der Bank nach der Liquiditätsverordnung (LiqV) wieder, die weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht:

in %	Liquiditätskennzahl nach LiqV	
	2013	2012
31.12.	2,39	2,18
Minimum	1,91	1,69
Maximum	2,51	2,23
Durchschnitt	2,17	1,96
Soll nach § 2 LiqV	1,00	1,00

(f) Zukünftige aufsichtsrechtliche Anforderungen

Zum 1. Januar 2014 ist die Verordnung über Aufsichts-anforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) als europäisches Recht auch unmittelbar in Deutschland in Kraft getreten. Die CRR beinhaltet weite Teile der als Basel III bekannten Änderungen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Ein Schwerpunkt dieser Verordnung sind die Regelungen zur Liquidität. Dabei werden zwei neue Kennzahlen zur Überwachung der Liquiditätssituation definiert:

- Liquidity Coverage Ratio (LCR)
- Net Stable Funding Ratio (NSFR)

Die LCR ist erstmalig per Ende 31. März 2014 zu ermitteln. Während 2014 für die LCR noch keine aufsichtsrechtliche Mindestgröße gilt, steigt die vorgegebene Mindestgröße (Limit) ab Januar 2015 von 60 % bis Januar 2019 auf 100 % sukzessive an. Nach unseren letzten Proberechnungen wird die LCR für unser Haus von Anfang an signifikant über 100 % liegen.

Die NSFR ist erstmalig per 31. März 2014 zu ermitteln. Die Mindestgröße der NSFR ist von den Aufsichtsbehörden noch nicht festgelegt.

Gesamtbild der Risikolage

Das Gesamtbild der Risikolage der Bank stellt sich ausgewogen dar. Basierend auf den Einschätzungen im Februar 2014 ergeben sich folgende Aussagen, die sich jedoch aufgrund von Veränderungen im Umfeld der Bank oder der Geschäftsaktivitäten im weiteren Verlauf des Geschäftsjahrs deutlich verändern können.

Wir bewerten die Risikolage im Folgenden grundsätzlich anhand der Dimensionen Wahrscheinlichkeit des Risikoeintritts und Auswirkungen auf die Bank, falls die Risiken eintreten.

Wir gehen von einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit aus, dass das Liquiditätsrisiko schlagend wird. Falls sich unsere derzeitige Liquiditätslage wider Erwarten verschlechtern sollte, ist eine ausreichende Liquiditätsversorgung im Euro-Geldmarkt durch die EZB sichergestellt. Sollten sich Spannungen im Euro-Geldmarkt ergeben, werden die Folgen abgemildert durch die hohe Liquiditätsreserve der Bank.

Wegen der niedrigen Limitallokation und -auslastung, etablierter Verfahren und eines erfahrenen Managements auf der Markt- und der Marktfolgeseite gehen wir von einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit beim Marktrisiko aus. Aufgrund unseres Marktpreisrisiko-Managementsystems erwarten wir, dass wir rechtzeitig auf Marktverwerfungen reagieren können und größere Verluste somit unwahrscheinlich sind.

Angesichts des stabilen gesamtwirtschaftlichen Umfelds in den für unser Geschäft maßgeblichen Volkswirtschaften rechnen wir mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit für Adressenausfallrisiken. Allerdings erwarten wir infolge unserer Wachstumsstrategie steigende Ausfallrisiken, so dass wir insgesamt von erhöhten Adressenausfallrisiken im Vergleich zum Vorjahr ausgehen. Wegen der Risikokonzentrationen im Portfolio kann bereits ein einzelner Ausfall zu einer spürbaren Risikovorsorge führen.

Sowohl die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen als auch die bereits begonnenen und noch ausstehenden Projekte im Zusammenhang mit unsere Wachstumsinitiative sowie die Integration neuer Mitarbeiter sind Gründe dafür, dass wir die Eintrittswahrscheinlichkeit operationeller Risiken im Vergleich zu den Vorjahren höher einschätzen. Darüber hinaus ist der Rückzug vom Standort Luxemburg mit erhöhten operationellen Risiken verbunden. Diesen Risiken begegnen wir mit erhöhter Aufmerksamkeit im Rahmen des Projektmanagements, um Schadensfälle soweit wie möglich zu vermeiden.

Trotz unserer konsequent kundenorientierten Strategie verbunden mit unserer soliden Eigenkapitalausstattung sehen wir leicht erhöhte strategische Risiken aufgrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik am Euro-Geldmarkt sowie von uns nicht beeinflussbarer externer Einflüsse regulatorischer oder politischer Art.

In der Gesamtbewertung erachten wir derzeit die Risikoausprägung der Bank als mittel. Es ist nicht möglich, alle Umfeldparameter und Auswirkungen der Geschäftstätigkeit mit ihren konkreten Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis 2014 und die mittel- bis langfristige Ertragsentwicklung umfassend einzuschätzen. Deswegen ist ein permanenter Risikomanagement-Prozess von höchster Bedeutung für die Bank. Er erfordert eine schnelle Reaktion auf sich ändernde Rahmenbedingungen oder einen unplanmäßigen Geschäftsverlauf. Wir sehen uns dank eines funktionsfähigen Steuerungssystems und einer offenen Kommunikations- und Verantwortungskultur gut vorbereitet für Chancen und Risiken des neuen Geschäftsjahrs.

Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Allgemeines

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist integraler Bestandteil unseres Risikomanagementsystems. An dieser Stelle sollen die Anforderungen aus § 289 Abs. 5 HGB beziehungsweise § 315 Abs. 2 HGB zur Berichterstattung über die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erfüllt werden.

Das IKS im Hinblick auf die Rechnungslegung umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Einhaltung aller diesbezüglichen Vorschriften, die sich aus Gesetz oder Satzung ergeben. Es stellt sicher, dass unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt wird. Durch die implementierten Kontrollen soll mit hinreichender Sicherheit gewährleistet werden, dass ein regelungskonformer Einzel- und Konzernabschluss erstellt wird.

Durch die Einrichtung und permanente Weiterentwicklung unseres IKS kann zwar eine hinreichende, aber keine absolute Sicherheit bei der Erfüllung der Kontrollziele erreicht werden. Das bedeutet zum einen, dass die Einrichtung interner Kontrollen von deren Kosten-Nutzen-Verhältnis bestimmt ist. Zum anderen besteht bei der Umsetzung des IKS durch unsere Mitarbeiter das Risiko menschlicher Fehler bei der Ausführung von Tätigkeiten. Zudem können Irrtümer bei Schätzungen oder der Ausübung von Ermessensspielräumen auftreten. Daher können Fehlaussagen im Jahresabschluss nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden.

Organisatorischer Aufbau

Im Kapitel „Die Geschäftsbereiche“ sind der organisatorische Aufbau der Bank sowie die Zuständigkeiten innerhalb des Vorstands dargestellt. Das Rechnungswesen der Bank obliegt primär den Bereichen Accounting und Controlling als Bestandteil der Finance-Funktion.

Im Bereich Accounting liegen die Zuständigkeiten für die Bilanzierung nach HGB (Einzelabschluss der AG) und nach IFRS (Konzernabschluss der AG und Teilkonzernabschluss für die HSBC Bank plc, London). Darüber hinaus sind die

Als wesentlich definieren wir einen Sachverhalt, wenn die Beurteilung des Jahresabschlusses durch den Bilanzleser und die Qualität der Rechnungslegungsinformationen beim Wegfallen dieser Informationen beeinträchtigt beziehungsweise wenn die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft unzutreffend dargestellt würde.

Das IKS im Rechnungslegungsprozess ist im Rahmen der Anforderungen aus dem US-amerikanischen Sarbanes-Oxley Act (SOX), der durch das Listing der HSBC-Aktie in New York indirekt auch für uns Geltung hat, umfassend dokumentiert und wird jährlich überprüft und aktualisiert. HSBC Trinkaus folgt den Prinzipien einer verantwortungsvollen Unternehmensführung und Unternehmensüberwachung, wie sie im Deutschen Corporate Governance Kodex festgelegt sind. Vorstand und Aufsichtsrat erklären gemäß § 161 AktG jährlich, dass den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird beziehungsweise welche Empfehlungen mit welcher Begründung nicht angewendet wurden oder werden. Diese Erklärung ist Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB, die auf unserer Homepage (www.hsbctrinkaus.de) veröffentlicht wird.

Darüber hinaus haben wir einen Verhaltenskodex schriftlich formuliert, der unser Werteverständnis und unsere Verhaltensstandards ausdrückt. Der Vorstand und alle Mitarbeiter haben sich schriftlich zur Einhaltung des Kodex verpflichtet. Ferner gibt es ein detailliertes, schriftlich fixiertes Compliance-Konzept.

Buchhaltung der wesentlichen deutschen Tochtergesellschaften sowie das aufsichtsrechtliche Meldewesen im Bereich Accounting angesiedelt.

Der Bereich Controlling ist für das interne Management-Informationssystem (MIS) verantwortlich, das im Wesentlichen aus der Ergebnisbeitragsrechnung, der Kostenstellenrechnung, der Kundenkalkulation sowie der Planung und Budgetierung besteht.

Für die Ermittlung der Markt- und Zeitwerte von Finanzinstrumenten ist der Bereich Risk Control zuständig. Dabei werden – sofern sie vorhanden sind – öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt; ansonsten erfolgt die Ermittlung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Die so ermittelten Preise fließen in die Back-Office- und Rechnungslegungssysteme über automatisierte Schnittstellen taggleich ein. Die Auswahl der verwendeten Datenquellen sowie die Zuordnung der verwendeten Bewertungsparameter und der anzuwendenden Bewertungsverfahren erfolgen durch Risk Control unabhängig vom Handel. Wesentliche Fragen zur Bewertung werden im monatlich tagenden Valuation Committee besprochen. Den Vorsitz hält das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied. Weitere Mitglieder sind die Leiter von Risk Control und Accounting sowie der Chief Operating Officer Markets als Vertreter der Handelsbereiche.

Der Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden vom Accounting vorbereitet und vom Vorstand aufgestellt. In der Februar-Sitzung des Aufsichtsrats wird über wesentliche Eckdaten des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses beraten. In einer zweiten Sitzung werden der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht satzungsgemäß durch den Aufsichtsrat gebilligt und damit festgestellt. Die Hauptversammlung fasst auf der Grundlage des festgestellten Jahresabschlusses den Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht sowie des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht und der Zwischenabschlüsse erfolgt im Bundesanzeiger.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungs- und Risikoausschuss gebildet. Dessen Aufgaben umfassen gemäß Geschäftsordnung unter anderem die Prüfung der Unabhängigkeit des vorgesehenen Abschlussprüfers, die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und die Honorarvereinbarung mit dem Abschlussprüfer, Maßnahmen zur Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses durch den Aufsichtsrat sowie wesentliche Fragen der Rechnungslegung und Grundfragen des Risikomanagements. Weitere Aufgaben sind in den Terms of Reference fixiert und umfassen insbesondere die Dis-

kussion von Feststellungen der internen Revision, von Compliance-relevanten Sachverhalten und von sonstigen Themen mit Relevanz für das IKS. Dem Prüfungs- und Risikoausschuss stand Wolfgang Haupt, Düsseldorf, zum 31. Dezember 2013 vor. Weitere Mitglieder zu diesem Zeitpunkt waren Deniz Erkman, Krefeld, Dr. Hans Michael Gaul, Düsseldorf, und Simon Leathes, London.

Der Abschlussprüfer wird auf der Hauptversammlung für das laufende Geschäftsjahr gewählt, nachdem er seine Unabhängigkeit dem Vorsitzenden des Prüfungs- und Risikoausschusses des Aufsichtsrats angezeigt hat. Die Beauftragung des Abschlussprüfers erfolgt durch den Prüfungs- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats unter Beachtung der Vorgaben gemäß §§ 318 ff. HGB. Der Abschlussprüfer erläutert dazu in einer Sitzung des Prüfungs- und Risikoausschusses seinen Prüfungsplan mit den jeweiligen Prüfungsschwerpunkten. In einer weiteren Sitzung des Prüfungs- und Risikoausschusses erläutert der Abschlussprüfer seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse. In der Sitzung des Aufsichtsrats, in welcher der Jahresabschluss festgestellt wird, erläutert der Abschlussprüfer dem Gesamt-Aufsichtsrat seine wesentlichen Prüfungshandlungen und -ergebnisse.

Die Interne Revision prüft entsprechend den Regelungen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des IKS. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über alle Aktivitäten, Prozesse und eingesetzten EDV-Systeme.

EDV-Systeme

Der Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG nach HGB sowie das MIS beruhen maßgeblich auf der integrierten Buchhaltung. Hierbei handelt es sich um ein selbst entwickeltes Großrechner-Programmpaket, das im Wesentlichen Daten und Zwischenergebnisse für den Tages-, Monats- und Jahresabschluss einschließlich Gewinn- und Verlustrechnung sowie für die Kostenstellenrechnung und die Kundenkalkulation bereitstellt. Durch die integrierte Buchhaltung ist eine enge Verzahnung von Bilanzierung und MIS gewährleistet. In der integrierten Buchhaltung wird auch eine Bilanzierung nach IFRS für die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG durch separate Buchungskreise dargestellt.

Diverse Vorsysteme zur Abwicklung der verschiedenen Geschäftsvorfälle übergeben den zugehörigen Buchungssstoff (maschinelle Grundbücher) automatisiert an die integrierte Buchhaltung. Die Abwicklung der Geschäftsvorfälle und damit die Bedienung der Vorsysteme erfolgt dezentral in den verschiedenen spezialisierten Back-Office-Bereichen (zum Beispiel Wertpapiergeschäfte in GEOS durch die HSBC Transaction Services GmbH, börsengehandelte Derivate in ION Trading durch Treasury and Derivatives Operations). Manuelle Grundbücher sind nur noch in Ausnahmefällen erforderlich.

In Ergänzung zur integrierten Buchhaltung werden sowohl externe Standard-Software als auch selbst entwickelte Buchungserfassungsprogramme sowie individuelle Daten-

verarbeitungsprogramme (Microsoft Excel und Access) verwendet. Sie dienen der Ermittlung von Buchungsdaten, die anschließend an die integrierte Buchhaltung übergeben werden. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Systeme zur Erfassung und Buchung von Rückstellungen, Erfassung und Bezahlung von Eingangrechnungen, zum Erstellen von Ausgangsrechnungen und zum Erfassen von einfachen Buchungssätzen sowie um Anwendungen zur Kontenabstimmung, zur Anlagenbuchhaltung und zur Darstellung des Anlage- und Rückstellungsspiegels.

Die Buchhaltung der Tochtergesellschaften erfolgt jeweils in einer Standard-Software-Lösung eines externen Software-Anbieters und dient primär der Erstellung des handelsrechtlichen Einzelabschlusses der jeweiligen Tochtergesellschaft.

Die Konsolidierung basiert maßgeblich auf TuBKons, einem selbst entwickelten Access-Programmpaket mit einer Datenhaltung in DB2. Basierend auf dem Import aus der integrierten Buchhaltung, den diversen Vorsystemen mit den benötigten Geschäftsdetails sowie der Buchhaltung aller wesentlichen Tochtergesellschaften (einschließlich der konsolidierungspflichtigen Spezialfonds), erfolgen die Schulden-, Aufwands- und Ertrags- sowie die Kapitalkonsolidierung und die Zwischengewinneliminierung in TuBKons. Darin werden auch für die Tochtergesellschaften die HGB-Zahlen auf IFRS-Werte übergeleitet und alle Konzernbewertungsmaßnahmen abgebildet.

Allgemeine Ausgestaltung des IKS

Maßgebliche Grundsätze für die Ausgestaltung des IKS im Rechnungslegungsprozess sind:

(a) Funktionstrennung

Der Kundenkontakt und der Geschäftsabschluss sind funktionsmäßig bis hin zur Vorstandsebene von allen nachgelagerten Prozessen klar getrennt. Neben der Internen Revision kommt der HSBC Transaction Services GmbH eine besondere Bedeutung für den Rechnungslegungsprozess zu. Sie ist unter anderem für die Abstimmung aller Loro- und Nostro-Konten, für die Abstimmung der Front-Office mit den Back-Office-Systemen sowie für die Abstimmung aller erhaltenen Geschäftsbestätigungen mit denen der

verschiedenen Back-Office-Bereiche zuständig. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(b) Vier-Augen-Prinzip und Kompetenzregelungen

Jede Buchung muss zwingend von einer zweiten Person verifiziert werden. Die Berechtigungen dafür richten sich nach Erfahrung und Fachwissen der einzelnen Mitarbeiter und sind regelmäßig in den EDV-Systemen hinterlegt. Sie werden turnusmäßig von den jeweiligen Bereichsleitern überprüft.

(c) Fachliche Kompetenz der Mitarbeiter

Die quantitative und qualitative Personalausstattung in Accounting und Controlling ist angemessen. Die Mitarbeiter verfügen in Abhängigkeit von ihrem Aufgabengebiet über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen. Dies wird im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses überprüft und sowohl im Stellenplan als auch im Ausbildungsbudget entsprechend berücksichtigt.

(d) Zugriffsberechtigungen

Für die integrierte Buchhaltung sowie alle anderen maßgeblichen Systeme in der Rechnungslegung sind differenzierte Zugriffsberechtigungen als Schutz vor unbefugten Eingriffen systemseitig etabliert.

Spezifische Komponenten des IKS

Als Anforderungen des Rechnungslegungsprozesses wurden neben den allgemeinen Grundsätzen auch spezifische Maßnahmen und Kontrollen etabliert:

(a) Bilanzierungsrichtlinien

Die gesetzlichen Anforderungen und relevanten Rechnungslegungsstandards werden in Bilanzierungsrichtlinien und Arbeitsablaufbeschreibungen konkretisiert, die regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert werden. Dazu zählen auch detaillierte Richtlinien der HSBC-Gruppe, die in mehreren Handbüchern (Manuals) schriftlich fixiert sind und regelmäßig aktualisiert werden. Die Einhaltung der Arbeitsablaufbeschreibungen ist standardmäßig Gegenstand der Prüfung des jeweils zuständigen Fachbereichs durch die Interne Revision.

(b) Plausibilitätsprüfung für alle Grundbücher

Während der Verarbeitung eines Grundbuchs werden diverse Plausibilitätsprüfungen systemseitig vorgenommen. Die Plausibilitätsprüfungen führen entweder zu einem Abweisen der Buchung oder zu einer Buchung mit Default-Einstellungen oder zu einem Fehlerprotokoll, das am nächsten Tag bearbeitet wird.

(c) Abstimmung der Back-Office-Systeme

Es werden täglich alle Transaktionen in Derivaten und Wertpapieren sowie alle Geldhandelsgeschäfte zwischen den Front-Office- und den Back-Office-Systemen von einer gesonderten Abteilung der HSBC Transaction Services GmbH abgestimmt. Eventuelle Differenzen werden am nächsten Tag geklärt.

(d) Lagerstellenabstimmung

Für alle Wertpapierbestände erfolgt monatlich eine Abstimmung mit allen Lagerstellen. Für die Eigenbestände erfolgt darüber hinaus ein täglicher Abgleich zwischen dem Effekten-Nostro-System und den entsprechenden Hauptbüchern. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(e) Interne Konten und Depots

Alle Salden beziehungsweise Bestände auf internen Konten und Depots werden monatlich von den verantwortlichen Bereichen detailliert aufgeschlüsselt und bestätigt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Ausgleichs- und Verrechnungskonten, die zusätzlich nicht angekündigten Überprüfungen unterliegen. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden monatlich an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gemeldet.

(f) Abstimmung mit verbundenen Unternehmen

Alle Geschäfte innerhalb der HSBC Trinkaus-Gruppe werden monatlich konsolidiert. Dabei auftretende Differenzen werden protokolliert und geklärt. Geschäfte mit anderen Unternehmen aus der HSBC-Gruppe werden im Monatsbericht an HSBC separat dargestellt und von dieser automatisch konsolidiert. Dabei auftretende wesentliche Differenzen werden quartalsweise an die betroffenen Gesellschaften gemeldet und sind dort zeitnah zu klären.

(g) Saldenmitteilungen und Bestätigungen schwebender Geschäfte

Für alle Kundenkonten versendet die HSBC Transaction Services GmbH zweimal jährlich Saldenmitteilungen. Für schwebende Geschäfte, vor allem OTC-Derivate (einschließlich Devisengeschäfte), erfolgt jährlich eine geson-

derte Abstimmung aller ausstehenden Geschäfte mit einer Stichprobe von Kontrahenten durch die Interne Revision.

(h) Abstimmung zwischen Accounting und Controlling

Da die Bilanzerstellung und das MIS gemeinsam auf der integrierten Buchhaltung basieren, ist die monatliche Abstimmung zwischen Controlling und Accounting ein zentraler Bestandteil des rechnungslegungsbezogenen IKS. Damit ist sichergestellt, dass alle wesentlichen Fehler zügig erkannt und korrigiert werden.

Die Verwaltungsaufwendungen laut Gewinn- und Verlustrechnung werden im MIS im Rahmen der Kostenstellenrechnung auf die kostenverursachenden Bereiche aufgeteilt und mit den Budgetwerten verglichen. Größere Abweichungen sind von den verantwortlichen Bereichsleitern mindestens quartalsweise zu erläutern.

Ebenso erfolgt eine Abstimmung der Zins- und Provisionsergebnisse laut Gewinn- und Verlustrechnung mit der Kundenkalkulation. Diese wird den Kundenbetreuern und den Leitern der kundenbetreuenden Bereiche monatlich zur Verfügung gestellt. Sie ist das maßgebliche Steuerungsinstrument für alle kundenbetreuenden Bereiche. Unplausibilitäten und Auffälligkeiten werden zeitnah zwischen Controlling und Kundenbereich geklärt.

(i) Abstimmung zwischen Risk Control und Accounting

Risk Control ermittelt täglich die Handelsergebnisse je Handelstisch. Diese Ergebnisse werden monatlich im Accounting mit den Erlösen der Handelsbereiche gemäß Ergebnisbeitragsrechnung abgestimmt. Dabei werden alle Unterschiede bis auf Instrumentenebene analysiert. Wesentliche Unterschiede werden dadurch zeitnah entdeckt und korrigiert.

(j) Einzelanalyse besonderer Geschäftsvorfälle

Die kundenbetreuenden Bereiche melden monatlich besondere Geschäftsvorfälle an Accounting und Controlling, um deren korrekte und zeitnahe Erfassung im Rechnungswesen sicherzustellen. Darüber hinaus analysiert Accounting monatlich alle wesentlichen Posten des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses und des Ergebnisses aus Finanzanlagen.

(k) Plausibilitätsprüfungen

Durch den Vergleich mit Vorperioden sowie mit Budgetwerten werden alle Hauptbücher der Gewinn- und Verlustrechnung in einem ersten Schritt monatlich plausibilisiert. Eventuelle Auffälligkeiten und Unstimmigkeiten werden in Zusammenarbeit von Accounting und Controlling umgehend geklärt.

(l) Abstimmung der Gewinn- und Verlustrechnung insgesamt

Das vorläufige Monatsergebnis wird vor dem Abschluss der Bücher zwischen dem zuständigen Vorstandsmitglied sowie den Leitern von Accounting und Controlling besprochen. Der direkte Kontakt aller wesentlichen Entscheidungsträger ist in einem Haus unserer Größe ein wichtiges Element im IKS. Eventuelle Unplausibilitäten werden diskutiert und zeitnah geklärt. Ebenso werden alle noch offenen Punkte angesprochen und die Zuständigkeit und der Zeitrahmen für die Klärung beziehungsweise Erledigung vereinbart.

(m) Besprechung der monatlichen Ergebnisse im Vorstand

Unmittelbar nach der Fertigstellung der monatlichen Gewinn- und Verlustrechnung werden die Ergebnisse an das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied gesendet. Zur Besprechung in der nächsten Vorstandssitzung leitet es die Eckdaten des Monatsabschlusses zusammen mit seinem Kommentar an die übrigen Mitglieder des Vorstands weiter. Mit der Besprechung im Vorstand ist eine erste monatliche Plausibilisierung der Konzernzahlen durch den Gesamtvorstand gewährleistet. Zusätzlich erhalten alle Vorstandsmitglieder einen von Controlling erstellten und kommentierten ausführlichen Monatsbericht, der die Erlös- und Kostenentwicklung sowohl für den Konzern insgesamt als auch für die wesentlichen Tochtergesellschaften enthält. Die Erlöse und Kosten werden auch aufgeteilt nach Produkten und Bereichen dargestellt. Im Quartalsabschluss wird von Controlling ergänzend ein Quartalsbericht für alle Vorstandsmitglieder angefertigt, der die Erlöse und Kosten aller Niederlassungen, getrennt nach Privat- und Firmenkundengeschäft, sowie die Erlöse und Kosten aller Produktspezialisten in den einzelnen Kundengruppen transparent macht.

Übernahmerelevante Angaben

Aktionäre und Aktie

Kapital

Am 31. Dezember 2013 verfügte die Bank wie schon im Vorjahr über ein Grundkapital von 75,4 Mio. Euro, eingeteilt in 28,1 Millionen Stückaktien. 55,2 % des Aktienkapitals sind in den amtlichen Handel an den Börsen Düsseldorf und Stuttgart eingeführt.

Alle Aktien sind mit einheitlichen Rechten ausgestattet und lauten auf den Inhaber. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt. Sofern Arbeitnehmer Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG halten, üben sie ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Die HSBC Holdings plc, London, war am Bilanzstichtag indirekt mit 80,6 % am Aktienkapital beteiligt. Die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, hielt wie schon im Vorjahr direkt einen Anteil von 18,7 %.

Kurse und Kurswerte

Der Kurs unserer Aktie ist 2013 um 2,7 % auf 84,80 Euro gesunken. Der niedrigste Kurs lag im Jahresverlauf bei 76,00 Euro, der höchste bei 88,00 Euro. Bei einem Emissionspreis von 190 DM (97,20 Euro) je 50-DM-Aktie am 25. Oktober 1985 entwickelten sich Börsenkurs und Börsenwert wie folgt:

Datum	Anzahl der Aktien *	Kurs der Aktie * in €	Börsenwert in Mio. €
31.12.1985	18.000.000	17,64	317,52
31.12.1990	22.000.000	19,79	435,38
31.12.1995	23.500.000	30,58	718,63
31.12.2000	26.100.000	110,00	2.871,00
31.12.2005	26.100.000	87,50	2.283,75
31.12.2010	28.107.693	89,00	2.501,58
31.12.2011	28.107.693	90,20	2.535,31
31.12.2012	28.107.693	87,19	2.450,71
31.12.2013	28.107.693	84,80	2.383,53

* bereinigt um den Aktiensplit 10 : 1 am 27. Juli 1998

Dividenden

Für das Geschäftsjahr 2013 soll eine Dividende von 2,50 Euro je Aktie (Vorjahr: 2,50 Euro je Aktie) gezahlt werden. Mit einer Dividendensumme von 70,3 Mio. Euro (Vorjahr:

70,3 Mio. Euro) möchten wir unsere Aktionäre am Ergebnis des Jahres 2013 angemessen beteiligen.

Verfassung der Gesellschaft

Satzungsgemäß besteht der Vorstand der Bank aus mindestens zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat jedoch die Möglichkeit, eine darüber hinausgehende Anzahl von Vorstandsmitgliedern zu bestellen. Mit Ablauf der Hauptversammlung am 4. Juni 2013 schied Dr. Olaf Huth und mit Ablauf des 2. Juli 2013 Manfred Krause aus dem Vorstand aus. Am 31. Dezember 2013 bestand der Vorstand somit aus drei Personen.

Die Bestellung und Abberufung des Vorstands erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des § 84 Aktiengesetz (AktG).

Beschlüsse über Änderungen der Satzung werden von der Hauptversammlung mit zwei Dritteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst, soweit nicht gesetzlich eine höhere Mehrheit zwingend erforderlich ist. Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen.

Maßnahmen der Kapitalbeschaffung können nur entsprechend der gesetzlichen Regelung in § 119 AktG durch die Hauptversammlung beschlossen werden. Zur aktuellen

Ermächtigung des Vorstands durch die Hauptversammlung zur Ausgabe von Aktien verweisen wir auf Note 40.

Nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Juni 2010 ist die Gesellschaft ermächtigt, zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen zu kaufen und zu verkaufen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an der Börse Düsseldorf (oder, falls dieser nicht festgestellt werden kann, an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart) an den jeweils zehn vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über beziehungsweise unterschreiten. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende eines jeden Tages nicht mehr als 5 % des Grundkapitals der Gesellschaft betragen. Diese Ermächtigung gilt bis zum 7. Juni 2015.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Ebenso wenig existieren Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots.

Nachhaltige Unternehmensführung

HSBC Trinkaus bekennt sich zu einer nachhaltigen Unternehmensführung. Sie stellt das Fundament unserer Geschäftstätigkeit dar und ist seit jeher ein wesentlicher Teil unseres Selbstverständnisses. Diesem Anspruch kommen wir nicht nur in unserem Kerngeschäft nach: Für uns gilt der Grundsatz der Verantwortung auch gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt.

Unsere Verantwortung

Wir verfolgen eine integrierte Nachhaltigkeitsstrategie, nach der wir unternehmerisches Handeln mit ökonomischer, ökologischer und sozialer Verantwortung gleichsetzen. Wir sind überzeugt, dass langfristiger wirtschaftlicher Erfolg verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln voraussetzt. Seit 2008 werden unsere gesamten Nachhaltigkeits-Aktivitäten zentral vom Bereich Corporate Sustainability (CS) koordiniert, der direkt dem Sprecher des Vorstands, Andreas Schmitz, unterstellt ist.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die hohe Bedeutung von Corporate Sustainability im Kerngeschäft erneut unterstrichen. Unser auf Nachhaltigkeit angelegtes Geschäftsmodell hat sich in dieser Zeit bewährt. Es zeichnet sich durch die klare Ausrichtung auf die Zielgruppen Vermögende Privatkunden, Firmenkunden und Institutionelle Kunden aus, ergänzt durch einen risikobewussten Handel. Unser

Erfolg versetzt uns in die Lage, die Anforderungen unserer Stakeholder zu erfüllen: als zuverlässiger Geschäftspartner für unsere Kunden, als attraktiver Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb für unsere Mitarbeiter, als solide und ertragreiche Investition für unsere Aktionäre und als bedeutender und verlässlicher Steuerzahler der Stadt Düsseldorf, mit der wir seit unserer Gründung im Jahr 1785 verbunden sind.

Sustainable Finance

Unser Haus betreibt ein umfassendes Research zu Aktien börsennotierter Unternehmen aus der Solar, Wind-, Abfall- und Wasserwirtschaft (SRI/Renewables). Seit 2006 veranstalten wir jährlich die Konferenz „Responsible Growth – Investments for the Future“ in Frankfurt am Main. Ergänzend organisieren wir Nachhaltigkeits-Roadshows, auf denen SRI-Unternehmen mit internationalen Investoren ins Gespräch kommen.

Darüber hinaus bringt unser Unternehmen nachhaltig ausgerichtete Anlagezertifikate auf den Markt, die sich an private und institutionelle Investoren richten.

Die HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH kooperiert seit 2003 mit der RobecoSAM AG in Zürich, die zu den weltweit führenden Anbietern nachhaltiger Anlagen zählt. Sie ermöglicht unseren Kunden einen einfachen und

Der Corporate Sustainability-Ansatz unseres Hauses umfasst nachhaltige Verantwortung in folgenden Bereichen:

Corporate Sustainability bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG



Ökonomische Verantwortung CS im Kerngeschäft

Kreditvergabe

- Sustainability Risk Rating als zwingender Bestandteil im HSBC-Kreditvergabeprozess

Sustainable Finance

- Nachhaltige Investmentprodukte für private und institutionelle Anleger
- Umfassendes Aktien-Research im Bereich SRI/Renewables



Ökologische Verantwortung Umgang mit Ressourcen

Environment Footprint Management

- Umweltvorgaben in Einkaufsrichtlinien
- Sensibilisierung der Mitarbeiter

Beteiligung am Projekt HSBC Water Programme

Beteiligung am Projekt Climate Partnership (bis 2011)



Soziale Verantwortung Gesellschaftliches Engagement

Gesellschaftliches Engagement

- Kunst und Kultur
- Jugend und Bildung

Zusatzleistungen für Mitarbeiter

- Betriebliche Altersvorsorge
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Förderung des Mitarbeiter-Engagements

gleichzeitig professionellen Zugang zu einer nachhaltigen Vermögensanlage. Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) fließen auf Wunsch bei der Investmententscheidung systematisch mit ein.

Nachhaltigkeit bei der Kreditvergabe

Grundsätzlich überprüfen wir alle Kreditengagements und -anfragen auf Nachhaltigkeitsrisiken. Seit 2008 wird ein weltweit einheitliches Sustainability Risk Rating eingesetzt, das für bestimmte Branchen wie Bergbau, Chemie, Energiewirtschaft, Rüstung sowie Wald- und Wasserwirtschaft Regelungen vorsieht.

Ferner haben wir uns zur Beachtung der Equator Principles verpflichtet, die als internationale Standards für das Management sozialer und ökologischer Risiken in der Projektfinanzierung dienen. Die von der Weltbank-Tochter International Finance Corporation (IFC) entworfenen 15 Kriterien zur Projektfinanzierung ab 10 Mio. US-Dollar entsprechen im Wesentlichen den Öko- und Sozialstandards der Weltbank. Unsere Mitarbeiter werden intensiv und systematisch in der Risikobeurteilung aus- und weitergebildet. Spezielle Risk Manager überwachen die Einhaltung der Prozesse.

Soziale Verantwortung

Neben Wirtschaft und Umwelt ist soziale Verantwortung die dritte Säule unserer integrierten Corporate Sustainability-Strategie. So bietet HSBC Trinkaus seinen Mitarbeitern zahlreiche freiwillige Sozialleistungen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, bieten wir flexible Arbeitszeitmodelle und den Familienservice an, der zum Beispiel bei der Suche nach Betreuung für Kinder oder ältere Angehörige hilft. Unser Betriebskindergarten „TuB-Zwerge“ wird so gut angenommen, dass wir 2009 zusätzlich die „Kleine Elefanten“ eröffnet haben.

Ein Schwerpunkt unserer sozialen Verantwortung liegt in der Bildung junger Menschen. Das HSBC Trinkaus-Schulprojekt hilft, ökonomische Kenntnisse zu vermitteln, die in unserer heutigen Gesellschaft unverzichtbar sind: Mitarbeiter von HSBC Trinkaus stehen regelmäßig allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf und an den Niederlassungsstandorten als „Experten im Unterricht“ zur Verfügung.

HSBC Trinkaus engagiert sich zudem als einer der Hauptförderer für das christliche Kinder- und Jugendwerk „Die

Arche e.V.“ im Düsseldorfer Stadtteil Wersten. Die Arche Düsseldorf hat Anfang 2010 ihre Tätigkeit aufgenommen und wird von unseren Mitarbeitern unter anderem bei der Organisation von Festen oder bei Ausflügen unterstützt.

Ökologische Verantwortung

Um die Umweltauswirkungen des Geschäftsbetriebs so gering wie möglich zu halten, setzt HSBC Trinkaus auf Prozesse, die Umweltbelastungen reduzieren. Eingebunden in das Umweltmanagement der HSBC-Gruppe verringern wir stetig nach Zielvorgaben unsere Emissionen. Unsere Umweltschutzmaßnahmen verstehen wir auch als Vorbild für unsere Mitarbeiter, Kunden und andere Stakeholder. Reduktionsziele verfolgen wir bei der Abfallwirtschaft, dem Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß und Gebäudemanagement. Zudem existieren im Sinne einer umweltfreundlichen Mobilität spezielle Vorgaben: Für Geschäftsreisen ist vorzugsweise die Bahn zu nutzen, um CO₂-Emissionen und Feinstaub zu verringern. Firmentickets für die Mitarbeiter unterstützen ebenfalls eine umweltschonende Mobilität.

Der Sustainability Report von HSBC, der jährlich erscheint, bietet einen umfassenden Überblick zum Nachhaltigkeitsmanagement der Gruppe und ist an das Rahmenwerk der Global Reporting Initiative (GRI) angelehnt. Darüber hinaus hat sich HSBC Trinkaus zur Einhaltung der folgenden Initiativen freiwillig verpflichtet:

- Carbon Disclosure Project
- Charta der Vielfalt
- Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft und Grundsatzpapier zur ethischen Fundierung von Management-Vergütungen in der Kreditwirtschaft
- UN Environmental Programme Finance Initiative
- UN Global Compact
- UN Principles of Sustainable Insurance
- UN Principles of Responsible Investment

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zahl der Mitarbeiter und Pensionäre

Zum Jahresende 2013 beschäftigten wir 2.527 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; damit blieb die Anzahl unserer Beschäftigten gegenüber 2.528 am Ende des vorherigen

Jahres fast unverändert. Zudem betreute unser Personalbereich 577 Pensionäre, Witwen und Waisen gegenüber 584 am Vorjahresende.

Ausbildungsaktivitäten

Insgesamt 30 hoch motivierte Auszubildende qualifizieren sich derzeit innerhalb unseres Hauses zu Bankkaufleuten, Fachinformatikern sowie Kaufleuten für Bürokommunikation. Vier der angehenden Bankkaufleute absolvieren parallel ein ausbildungsintegriertes Studium an der Hochschule für Oekonomie & Management zum Bachelor of Arts „Business Administration“. Darüber hinaus werden bei der Internationalen Kapitalanlagegesellschaft mbH fünf Auszubildende zu Investmentfondskaufleuten ausgebildet, und weitere fünf Auszubildende finden bei der HSBC Transaction Services GmbH als angehende Kaufleute für Bürokommunikation ihren Einsatz.

Wir sind stolz darauf, dass auch in diesem Jahr insgesamt 25 Auszubildende im HSBC Trinkaus-Konzern ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, davon vier Auszubildende mit der Note „sehr gut“. Für besondere Leistungen in der Berufsausbildung erhielten wir als Arbeitgeber nunmehr zum siebten Mal in Folge eine Auszeichnung seitens der IHK Düsseldorf.

Fortbildung

Die fachliche und soziale Kompetenz sowie das besondere Engagement unserer Mitarbeiter sehen wir als entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Durch eine zielgerichtete Personalentwicklung sind wir bei der Beratung unserer Kunden in der Lage, stets eine hohe Expertise und einen qualitativ hochwertigen Service anzubieten. Die einzelnen Weiterbildungsmaßnahmen für unsere Mitarbeiter werden auf den jeweiligen konkreten Bedarf abgestimmt und im Vorfeld durch eine genaue Analyse entwickelt. Wir arbeiten mit ausgewählten Trainern zusammen, die den besonderen Anspruch unseres Hauses kennen und mit ihrer exzellenten Qualifikation eine erfolgreiche Durchführung sowie bedarfsgerechte Vor- und Nachbereitung der Maßnahmen garantieren. Eine Förderung unserer Mitarbeiter erfolgt durch individuelle Fortbildungen zu fach- und produktspezifischen Themen sowie durch unterschiedliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung überfachlicher Kompe-

tenzen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf unsere Führungskräfte, die durch individuelle Entwicklungsprogramme und Coachings in ihrer speziellen Führungsaufgabe ausgebildet, gefördert und weiterentwickelt werden.

Nach wie vor hohe Priorität haben im Rahmen der Personalentwicklung zudem die Förderung berufsbegleitender Bachelor- und Master-Studiengänge sowie ausgewählte Spezialausbildungen. Kompetente Partner für diese Maßnahmen sind seit Jahren unter anderem die Frankfurt School of Finance & Management, die Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA), das CFA Institute sowie spezialisierte Anbieter, freie Trainer und Hochschulen. Ein breit gefächertes Angebot an PC- und IT-Schulungen sowie Fremdsprachentrainings (unter anderem auch zur Vorbereitung auf Auslandseinsätze) rundet unsere Weiterbildungsaktivitäten ab.

Vergütungsbericht

Grundzüge des Vergütungssystems der Gremien

Als Kreditinstitut gelten für HSBC Trinkaus neben den aktienrechtlichen Bestimmungen und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vor allem die Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung des Bundesministeriums der Finanzen. Nach einer ausführlichen Risikoanalyse ist der Vorstand zu der Überzeugung gelangt, dass die Bank 2013 kein bedeutendes Institut im Sinne von § 1 Abs. 2 der Verordnung in der für das Geschäftsjahr 2013 maßgebenden Fassung vom 6. Oktober 2010 ist.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist in individuellen Tätigkeitsverträgen geregelt, die die Bank, vertreten durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, mit den einzelnen Vorständen abschließt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands besteht aus einer Festvergütung und einer variablen Vergütung. Daneben ist jedem Mitglied des Vorstands eine individuelle Pensionszusage erteilt worden. Die Höhe der jährlichen variablen Vergütung wird diskretionär vom Aufsichtsrat festgesetzt und kann in bar, in einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc oder in einer Kombination aus beidem erfolgen.

Der Anteil der Barkomponente, die Mindestwartefrist bis zur Zuteilung des langfristigen Vergütungsanteils sowie dessen Verteilung über die Wartefrist richten sich nach konzern einheitlichen Regelungen der HSBC-Gruppe und können von Jahr zu Jahr variieren. Die Einzelheiten hierzu werden im Geschäftsbericht des jeweiligen Jahres veröffentlicht. Für das Geschäftsjahr 2013 besteht bei allen Vorstandsmitgliedern die gesamte variable Vergütung je zur Hälfte aus einer Barauszahlung und einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Sie wird in Höhe von 40 % im Geschäftsjahr 2014 und in Höhe von 60 % zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2015 bis 2017, übertragen, wobei für die Aktien der HSBC Holdings plc jeweils eine weitere Halteperiode von sechs Monaten ab der Übertragung vorgeschrieben ist.

Kursrisiken und Kurschancen aus den gewährten Aktien im Zeitraum bis zur Übertragung liegen ausschließlich bei den jeweiligen Vorstandsmitgliedern.

Die Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält danach eine Festvergütung von 25.000 Euro sowie als varia-

ble Vergütung für je 1 Cent der für eine Aktie gezahlten Dividende eine Zusatzvergütung von 100 Euro. Der Vorsitzende erhält das Zweieinhalbfache, der Stellvertreter das Zweifache dieser Beträge. Der Vorsitzende eines Ausschusses des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, Mitglieder eines Ausschusses erhalten je das Eineinhalbfache der vorgenannten Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds, sofern der jeweilige Ausschuss mindestens einmal im Geschäftsjahr tätig geworden ist. Übt ein Mitglied des Aufsichtsrats mehrere Ämter aus, erhält es nur eine Vergütung für das am höchsten vergütete Amt. Bei einer nicht das gesamte Geschäftsjahr umfassenden Mitgliedschaft im Aufsichtsrat oder in einem Ausschuss erfolgt eine zeitanteilige Reduzierung der Vergütung.

Angaben zur Höhe und Zusammensetzung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder:

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 5. Juni 2012 mit der erforderlichen Dreiviertelmehrheit erneut beschlossen, dass eine individualisierte Offenlegung der Vorstandsvergütung (§ 314 Absatz 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 5 bis 8 HGB) nicht erfolgt.

Die Festbezüge aller Vorstandsmitglieder im Jahr 2013 lagen aufgrund der Verkleinerung des Gremiums mit 2.244,7 Tsd. Euro unter dem Vorjahr (2.772,8 Tsd. Euro). Der variable Anteil der Vergütung betrug 7.616,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 10.032,8 Tsd. Euro). In den variablen Vergütungen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013 ist ein langfristiger Vergütungsanteil in Höhe von 4.390,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 6.019,7 Tsd. Euro) enthalten.

Die sonstigen Bezüge in Höhe von 112,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 138,2 Tsd. Euro) bestehen im Wesentlichen aus Vergütungen für Dienstwagennutzung, Versicherungsbeiträgen sowie sonstigen geldwerten Vorteilen, die individuell zu versteuern sind. Sie sind erfolgsunabhängig.

Für die Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbleibende bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach IFRS in Höhe von 13,3 Mio. Euro (Vorjahr: 18,2 Mio. Euro).

Unter dem Vorbehalt der Annahme des Gewinnverwendungsvorschlags durch die Hauptversammlung am 3. Juni 2014 betragen 2013 die Bezüge des Aufsichtsrats 1.312.830,87 Euro (Vorjahr: 1.309.000,00 Euro). Darüber

hinaus sind im Geschäftsjahr an zwei (Vorjahr: zwei) Mitglieder des Aufsichtsrats Entgelte für erbrachte Beratungsleistungen bezahlt worden; diese beliefen sich insgesamt auf 177.012,50 Euro (Vorjahr: 197.837,50 Euro). Für Aufsichtsratsmitglieder bestehen keine gesonderten Pensionsverpflichtungen. Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern sowie für die ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter der Bank gelten die allgemeinen Regeln für Mitarbeiter beziehungsweise ehemalige persönlich haftende Gesellschafter.

An ehemalige persönlich haftende Gesellschafter und deren Hinterbleibende der HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA und der Trinkaus & Burkhardt KG als Rechtsvorgängerinnen der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sowie an ehemalige Vorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG wurden Bezüge in Höhe von 7,2 Mio Euro (Vorjahr: 4,1 Mio. Euro) gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach IFRS in Höhe von 39,9 Mio. Euro (Vorjahr: 35,8 Mio. Euro).

Im Verlauf des Geschäftsjahres hat kein Vorstandsmitglied Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG erworben. Bezugsrechte oder sonstige aktienbasierte Vergütungen in eigenen Aktien wurden nicht gewährt. Die Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats und die Vorstandsmitglieder haben grundsätzlich das Recht, an dem in Note 69 beschriebenen Aktienoptionsprogramm für Mitarbeiter teilzunehmen.

Den Mitgliedern des Vorstands wurden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gewährt. Zum Bilanzstichtag nahm ein Mitglied des Aufsichtsrats Kontokorrentkredite in einer Gesamthöhe von 3 Tsd. Euro in Anspruch (Vorjahr: 3 Tsd. Euro). Die Kredite werden mit 5,3 % verzinst. Haftungsverhältnisse gegenüber Dritten zugunsten von Organmitgliedern bestanden nur im Rahmen der in Note 65 dargestellten Form.

Vergütung der Mitarbeiter

Die marktgerechte, leistungsorientierte Vergütung sowohl im tariflichen als auch im außertariflichen Bereich ist für die Mitarbeitermotivation von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielen langfristig orientierte Vergütungsbestandteile, die im Einklang mit den Zielen und der Strategie der Bank stehen, vor allem im Führungskräftebereich eine wichtige Rolle.

Das Vergütungssystem für die Mitarbeiter ist für jene im Tarifbereich durch die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken geregelt und wird für die außertariflichen Mitarbeiter vom Vorstand festgelegt. Die entsprechenden Regelungen gelten einheitlich für alle Geschäftsbereiche. Neben einem Festgehalt, das jährlich überprüft wird, erhalten die außertariflichen Mitarbeiter eine variable Vergütung, die diskretionär vom Vorstand für jeden einzelnen Mitarbeiter auf der Basis von Vorschlägen der Bereichsleiter festgelegt wird. Bei der Entscheidung werden finanzielle und nicht finanzielle Parameter, wie die Nachhaltigkeit der individuellen Leistungen, die Konformität mit Compliance-Vorschriften sowie die Berücksichtigung der Werte von HSBC Trinkaus zugrunde gelegt. Unter Beachtung der Vorgaben der Instituts-Vergütungsverordnung und in Anlehnung an die Grundsätze der HSBC-Grup-

pe zur Gewährung von variablen Vergütungen kommt sie vollständig in bar oder zum Teil in bar und zum Teil in der Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc zur Auszahlung. Nach den Grundsätzen der HSBC-Gruppe ist es, bezogen auf die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2013, vorgesehen, dass diese bis zu einer Höhe von 56,7 Tsd. Euro (75 Tsd. US-Dollar) im März 2014 vollständig in bar ausbezahlt wird. Die diesen Betrag übersteigenden variablen Vergütungen werden in Abhängigkeit von ihrer Höhe zwischen 10 % und 50 % in HSBC-Aktien gewährt. Die Auszahlung der Barkomponente findet im März 2014 statt, und die Übertragung der HSBC-Aktien erfolgt zu jeweils einem Drittel in den drei nachfolgenden Jahren, mithin 2015, 2016 und 2017. Bei einzelnen Mitarbeitern besteht die gesamte variable Vergütung je zur Hälfte aus einer Barauszahlung und einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Sie wird in Höhe von 40 % im Geschäftsjahr 2014 und in Höhe von 60 % zu jeweils einem Drittel in den nächsten drei Geschäftsjahren, also von 2015 bis 2017, übertragen, wobei für die Aktien der HSBC Holdings plc eine weitere Halteperiode von sechs Monaten ab der Übertragung vorgeschrieben ist. Der Gesamtbetrag aller im HSBC Trinkaus-Konzern im Jahr 2013 gezahlten Festvergütungen einschließlich der Festvergütung für den

Vorstand betrug 166,5 Mio. Euro. Im Jahr 2014 haben 1.438 Personen variable Vergütungen für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von insgesamt 63,5 Mio. Euro zugesagt

bekommen. In diesem Betrag sind die variablen Vergütungen für den Vorstand enthalten. Der Gesamtbetrag verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

	Summe der Festvergütungen	Summe der variablen Vergütungen	Anzahl der Mitarbeiter
Global Banking & Markets und Commercial Banking	86,5	46,1	766
Private Banking und Asset Management	22,1	7,5	175
Functions und HTS	57,9	9,9	497

Dank

Der Erfolg der Bank basiert nach wie vor auf dem besonderen Engagement und der bemerkenswerten Leistungsstärke unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür sprechen wir ihnen unseren herzlichen Dank aus. Außer-

dem danken wir dem Betriebsrat und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat für ihre wiederum konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Geschäftsjahr.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internetlink:

<http://www.hsbctrinkaus.de/global/display/wirueberuns/berichteundinvestorrelations/corporategovernance>) zugänglich gemacht.

Konzernbilanz

HSBC Trinkaus & Burkhardt

Aktiva in Mio. €	(Notes)	31.12.2013	31.12.2012*	01.01.2012*	Veränderung**	
					in Mio. €	in %
Barreserve	(20)	1.133,7	265,0	672,2	868,7	> 100,0
Forderungen an Kreditinstitute	(5, 21)	1.643,8	1.551,2	2.502,7	92,6	6,0
Forderungen an Kunden	(5, 22)	4.857,6	4.554,3	3.835,7	303,3	6,7
Risikovorsorge für Forderungen	(7, 23)	-33,4	-25,2	-27,1	-8,2	32,5
Handelsaktiva	(5, 24)	6.753,6	8.261,5	9.088,7	-1.507,9	-18,3
Finanzanlagen	(5, 25)	5.124,8	5.068,3	4.164,7	56,5	1,1
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	(9, 26)	54,5	55,1	65,2	-0,6	-1,1
Sachanlagevermögen	(10, 27)	83,8	80,6	79,3	3,2	4,0
Immaterielle Vermögenswerte	(11, 27)	15,9	23,7	31,3	-7,8	-32,9
Ertragsteueransprüche	(15, 28)	10,9	1,2	9,4	9,7	> 100,0
davon laufend		5,2	1,2	8,6	4,0	> 100,0
davon latent		5,7	0,0	0,8	5,7	-
Sonstige Aktiva	(29)	164,5	212,1	213,1	-47,6	-22,4
Summe der Aktiva		19.809,7	20.047,8	20.635,2	-238,1	-1,2

Passiva in Mio. €	(Notes)	31.12.2013	31.12.2012*	01.01.2012*	Veränderung**	
					in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(5, 32)	1.269,4	1.219,5	832,8	49,9	4,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(5, 33)	12.219,1	11.880,4	12.446,6	338,7	2,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	(34)	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0
Handelsspassiva	(5, 35)	4.099,9	4.721,9	5.309,5	-622,0	-13,2
Rückstellungen	(7, 14, 23, 36)	142,7	136,6	103,0	6,1	4,5
Ertragsteuerverpflichtungen	(15, 37)	39,9	65,8	48,4	-25,9	-39,4
davon laufend		39,9	53,4	48,3	-13,5	-25,3
davon latent		0,0	12,4	0,1	-12,4	> 100,0
Sonstige Passiva	(38)	229,3	275,0	235,1	-45,7	-16,6
Nachrangkapital	(39)	345,7	353,4	353,4	-7,7	-2,2
Eigenkapital	(40)	1.453,7	1.385,2	1.296,4	68,5	4,9
Gezeichnetes Kapital		75,4	75,4	75,4	0,0	0,0
Kapitalrücklagen		365,8	354,3	363,2	11,5	3,2
Gewinnrücklagen		781,9	726,0	666,6	55,9	7,7
Bewertungsreserve für Finanzinstrumente		132,6	160,6	88,5	-28,0	-17,5
Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung		-58,6	-60,3	-30,4	1,7	-2,8
Bewertungsreserve aus Währungsumrechnung		1,3	-2,8	-2,8	4,1	-
Konzernbilanzgewinn		155,3	132,0	135,9	23,3	17,7
Summe der Passiva		19.809,7	20.047,8	20.635,2	-238,1	-1,2

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

** Veränderung vom 31. Dezember 2012 zum 31. Dezember 2013

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

HSBC Trinkaus & Burkhardt

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Erfolgsrechnung in Mio. €	(Notes)	2013	2012*	Veränderung	
				in Mio. €	in %
Zinserträge		236,1	253,7	-17,6	-6,9
Zinsaufwendungen		70,3	78,0	-7,7	-9,9
Zinsüberschuss	(17, 42)	165,8	175,7	-9,9	-5,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(7, 43)	10,9	0,9	10,0	> 100,0
Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen	(44)	0,3	-8,1	8,4	-
Provisionserträge		765,7	712,1	53,6	7,5
Provisionsaufwendungen		364,6	328,4	36,2	11,0
Provisionsüberschuss	(17, 45)	401,1	383,7	17,4	4,5
Handelsergebnis	(17, 46)	95,7	161,8	-66,1	-40,9
Verwaltungsaufwand	(47)	486,2	495,0	-8,8	-1,8
Ergebnis aus Finanzanlagen	(17, 48)	16,3	9,1	7,2	79,1
Sonstiges Ergebnis	(17, 49)	37,0	-8,4	45,4	-
Jahresüberschuss vor Steuern		219,1	217,9	1,2	0,6
Ertragsteuern	(15, 50)	63,8	85,9	-22,1	-25,7
Jahresüberschuss		155,3	132,0	23,3	17,7

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Überleitung vom Jahresüberschuss zum Gesamtergebnis

in Mio. €	2013	2012*
Jahresüberschuss	155,3	132,0
Gewinne/Verluste nach Steuern, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	-23,9	72,1
davon aus Finanzinstrumenten	-28,0	72,1
davon aus Währungsumrechnung	4,1	0,0
Gewinne/Verluste nach Steuern, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	1,7	-29,9
davon aus Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung	1,7	-29,9
Gesamtergebnis	133,1	174,2

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Die Entwicklung der unrealisierten Gewinne/Verluste aus Finanzinstrumenten ist in Note 40 erläutert.

Ergebnis je Aktie

	2013	2012*
Jahresüberschuss nach Steuern in Mio. €	155,3	132,0
Anzahl der durchschnittlich im Umlauf befindlichen Aktien in Mio. Stück	28,1	28,1
Ergebnis je Aktie in €	5,53	4,70
Unverwässertes Ergebnis je Aktie in €	5,53	4,70

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Zum Geschäftsjahresende 2013 standen – wie zum Vorjahresende – keine Bezugsrechte aus. Ein Verwässerungseffekt war somit nicht zu ermitteln.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 2,50 Euro je Aktie (Vorjahr: 2,50 Euro je Aktie) vor.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung HSBC Trinkaus & Burkhardt

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Bewertungsreserve für Finanzinstrumente	Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung	Bewertungsreserve aus Währungsumrechnung	Konzernbilanzgewinn	Eigenkapital	Anteile in Fremdbesitz	Gesamt inkl. Fremdanteilen
in Mio. €										
Stand 31.12.2011	75,4	363,2	673,0	88,5	-38,5	-2,8	137,3	1.296,1	0,1	1.296,2
Rückwirkende Anpassung*	0,0	0,0	-6,4	0,0	8,1	0,0	-1,4	0,3	0,0	0,3
Stand 01.01.2012*	75,4	363,2	666,6	88,5	-30,4	-2,8	135,9	1.296,4	0,1	1.296,5
Ausschüttung Bilanzgewinn							-70,3	-70,3		-70,3
Thesaurierung aus dem Bilanzgewinn 2011			65,6				-65,6	0,0		0,0
Zugang aus Jahresüberschuss							132,0	132,0		132,0
Anteilsbasierte Vergütung		-8,9	-6,2					-15,1		-15,1
Sonstige Veränderungen				72,1	-29,9			42,2		42,2
Stand 31.12.2012*	75,4	354,3	726,0	160,6	-60,3	-2,8	132,0	1.385,2	0,1	1.385,3
Ausschüttung Bilanzgewinn							-70,3	-70,3		-70,3
Thesaurierung aus dem Bilanzgewinn 2012			61,7				-61,7	0,0		0,0
Zugang aus Jahresüberschuss							155,3	155,3		155,3
Anteilsbasierte Vergütung		11,5	-5,8					5,7		5,7
Sonstige Veränderungen				-28,0	1,7	4,1		-22,2	-0,1	-22,3
Stand 31.12.2013	75,4	365,8	781,9	132,6	-58,6	1,3	155,3	1.453,7	0,0	1.453,7

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Konzern-Kapitalflussrechnung

HSBC Trinkaus & Burkhardt

in Mio. €	2013	2012*
Jahresüberschuss nach Steuern	155,3	132,0
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen und Veränderung der Rückstellungen	64,6	64,6
Nettoergebnis aus dem Abgang von Finanzanlagen und Sachanlagevermögen	-10,5	-5,5
Sonstige Anpassungen (per saldo)	-92,3	-198,4
Zwischensumme	117,1	-7,3
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	-92,6	951,4
Forderungen an Kunden	-303,2	-718,7
Handelsbestände	885,7	239,8
Andere Aktiva	-66,6	-787,7
Verbindlichkeiten	388,6	-179,5
Andere Passiva	-56,5	72,1
Summe der Veränderungen	755,4	-422,6
Erhaltene Zinsen	233,5	251,7
Erhaltene Dividenden	3,5	2,4
Gezahlte Zinsen	-70,3	-78,0
Ertragsteuerzahlungen	-85,2	-69,0
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	954,0	-322,8
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen mit Beteiligungscharakter	7,4	0,0
Sachanlagevermögen	1,0	1,3
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen mit Beteiligungscharakter	-0,4	-0,4
Sachanlagevermögen	-15,4	-15,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-7,4	-14,1
An die Gesellschafter von HSBC Trinkaus gezahlte Dividenden	-70,3	-70,3
An Minderheitsgesellschafter gezahlte Dividenden	0,0	0,0
Mittelveränderungen aus Nachrangkapital	-7,6	0,0
Mittelveränderungen aus der Kapitalerhöhung	0,0	0,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-77,9	-70,3
Zahlungsmittelbestand am Ende der Vorperiode	265,0	672,2
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	954,0	-322,8
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-7,4	-14,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-77,9	-70,3
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	1.133,7	265,0

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Erläuterungen (Notes) zum Konzernabschluss

Grundlagen der Rechnungslegung

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden

Konsolidierungskreis	(Note 1)
Konsolidierungsgrundsätze	(Note 2)
Währungsumrechnung.....	(Note 3)
Unternehmenszusammenschlüsse	(Note 4)
Finanzinstrumente	(Note 5)
Hedge Accounting	(Note 6)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	(Note 7)
Pensions- und Wertpapierleihe- geschäfte	(Note 8)
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen.....	(Note 9)
Sachanlagevermögen.....	(Note 10)
Immaterielle Vermögenswerte.....	(Note 11)
Leasing	(Note 12)
Eigene Schuldverschreibungen und eigene Aktien.....	(Note 13)
Rückstellungen	(Note 14)
Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	(Note 15)
Anteilsbasierte Vergütung.....	(Note 16)
Erfassung von Erträgen und Aufwendungen	(Note 17)
Anpassung der Rechnungslegungsmethoden.....	(Note 18)
Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	(Note 19)

Angaben zur Konzernbilanz

Barreserve	(Note 20)
Forderungen an Kreditinstitute	(Note 21)
Forderungen an Kunden.....	(Note 22)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	(Note 23)
Handelsaktiva.....	(Note 24)
Finanzanlagen	(Note 25)
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen.....	(Note 26)
Anlagespiegel	(Note 27)
Ertragsteueransprüche.....	(Note 28)
Sonstige Aktiva	(Note 29)
Nachrangige Vermögenswerte.....	(Note 30)
Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	(Note 31)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(Note 32)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	(Note 33)
Verbriefte Verbindlichkeiten.....	(Note 34)
Handelspassiva	(Note 35)
Rückstellungen	(Note 36)

Ertragsteuerverpflichtungen	(Note 37)
Sonstige Passiva	(Note 38)
Nachrangkapital	(Note 39)
Eigenkapital	(Note 40)
Anteile in Fremdbesitz	(Note 41)

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

Zinsüberschuss	(Note 42)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	(Note 43)
Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen	(Note 44)
Provisionsüberschuss	(Note 45)
Handelsergebnis	(Note 46)
Verwaltungsaufwand	(Note 47)
Ergebnis aus Finanzanlagen.....	(Note 48)
Sonstiges Ergebnis	(Note 49)
Ertragsteuern	(Note 50)
Gewinn- und Verlustrechnung nach Bewertungskategorien.....	(Note 51)

Sonstige Angaben

Angaben zur Kapitalflussrechnung.....	(Note 52)
Geschäftssegmente.....	(Note 53)
Bewertungsklassen	(Note 54)
Fair Value der Finanzinstrumente	(Note 55)
Day-1 Profit or Loss.....	(Note 56)
Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen	(Note 57)
Bestände in Fremdwährung.....	(Note 58)
Derivategeschäfte	(Note 59)
Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	(Note 60)
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände.....	(Note 61)
Treuhandgeschäfte.....	(Note 62)
Anteilsbesitz	(Note 63)
Befreiung von Tochtergesellschaften gemäß § 264 Abs. 3 und § 264b HGB.....	(Note 64)
Patronatserklärung.....	(Note 65)
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	(Note 66)
Honorare für den Abschlussprüfer	(Note 67)
Geschäftsbeziehungen zu nahestehen- den Unternehmen und Personen.....	(Note 68)
Anteilsbasierte Vergütungen	(Note 69)
Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG	(Note 70)
Mandate des Vorstands	(Note 71)
Mandate anderer Mitarbeiter.....	(Note 72)
Angaben zu Aufsichtsratsmitgliedern	(Note 73)
Veröffentlichung	(Note 74)

Grundlagen der Rechnungslegung

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (HSBC Trinkaus) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht mit Sitz in Düsseldorf. Gemeinsam mit den Gesellschaften, bei denen sie über beherrschenden Einfluss verfügt, betreibt HSBC Trinkaus Bankgeschäfte und erbringt Finanzdienstleistungen aller Art.

Der Konzernabschluss des Bankhauses HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr 2013 wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt, wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind. Weitere handelsrechtliche Vorschriften gemäß § 315 a Abs. 1 HGB haben wir ebenfalls berücksichtigt. Der gemäß § 315 a HGB in Verbindung mit § 315 HGB zusätzlich zu erstellende Konzernlagebericht enthält auch den Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung. Die Angaben im Risikobericht ergänzen die Darstellung zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten in den Erläuterungen (Notes).

Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgt nach den gesetzlichen Regelungen und obliegt – auf der Basis eines Vorschlags durch den Vorstand – grundsätzlich dem Aufsichtsrat. Nach erfolgter Feststellung fasst die Hauptversammlung den Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Die Darstellungswährung ist Euro. Zur besseren Übersichtlichkeit weisen wir die Beträge grundsätzlich in Mio. Euro aus. Es wird kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich im vorliegenden Konzernabschluss bei der Bildung

von Summen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Erstellung von IFRS-Abschlüssen verlangt vom Management Beurteilungen, Annahmen und Schätzungen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, sind die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, die Klassifizierung in die Fair Value Level 1-3, die Wertminderung von Finanzinstrumenten und sonstigen Vermögensgegenständen und die Bilanzierung von Rückstellungen sowie sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen.

Bilanziert und bewertet wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern).

Der Konzernabschluss umfasst die Bilanz, die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie die Erläuterungen (Notes).

Am Grundkapital der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG hielt die HSBC Holdings plc Ende 2013 über die HSBC Germany Holdings GmbH eine mittelbare Beteiligung von 80,6 % (Vorjahr: 80,6 %). Demzufolge wird der konsolidierte Abschluss der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG einbezogen in den Konzernabschluss der HSBC Holdings plc, 8 Canada Square, London E14 5HQ, Großbritannien, Registernummer 617987.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden

1 Konsolidierungskreis

In den Konsolidierungskreis beziehen wir als Tochterunternehmen alle verbundenen Unternehmen ein, an denen die AG direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte hält beziehungsweise über die ein beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann.

Wir haben wie im Vorjahr gemäß SIC 12 zwei Spezialfonds und einen geschlossenen Immobilienfonds vollkonsolidiert. Eine detaillierte Auflistung der neben diesen Fonds konsolidierten Unternehmen findet sich in Note 63.

Im laufenden Geschäftsjahr ergaben sich keine Veränderungen des Konsolidierungskreises.

2 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wird nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Um die Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung zu ermitteln, wird der jeweilige Erwerbszeitpunkt für neu einbezogene Unternehmen zugrunde gelegt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge rechnen wir gegeneinander auf; Zwischenergebnisse werden eliminiert.

3 Währungsumrechnung

Zur Währungsumrechnung unterteilen wir entsprechend IAS 39 i. V. m. IAS 21 alle Finanzinstrumente in monetäre und nichtmonetäre Finanzinstrumente. Bewertungsergebnisse aus der Währungsumrechnung monetärer Posten werden erfolgswirksam erfasst. Bei nichtmonetären Posten richtet sich die Behandlung der Währungsergebnisse nach der Art, wie die übrigen marktpreisbedingten Bewertungsergebnisse des jeweiligen Instruments behandelt werden.

Aufwendungen und Erträge, die aus der Währungsumrechnung resultieren, gehen in die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung ein, in denen die entsprechenden Aufwendungen und Erträge des jeweiligen Grundgeschäfts berücksichtigt sind.

Die Umrechnung von Devisentermingeschäften erfolgt zum jeweiligen Terminkurs des Bilanzstichtags. Devisenkassageschäfte sowie auf Fremdwährung lautende Vermögenswerte und Schulden rechnen wir zum offiziellen Referenzsatz der Europäischen Zentralbank oder zu sonstigen geeigneten Kassakursen des letzten Geschäftstags im Jahr um.

Die Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochtergesellschaften erfolgt nach der modifizierten Stichtagsmethode; demnach sind Bilanzpositionen zum jeweiligen Stichtagskurs, Aufwendungen und Erträge hingegen zum jeweiligen Durchschnittskurs umgerechnet. Das zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung vorhandene Eigenkapital ist mit dem Stichtagskurs am Erstkonsolidierungstag umzurechnen und konstant fortzuführen. Zuführungen zu den Gewinnrücklagen sind mit dem Umrechnungskurs des jeweiligen Entstehungsjahres des entsprechenden Jahresüberschusses umzurechnen. Umrechnungsergebnisse aus der Kapitalkonsolidierung werden im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Die erfolgsneutralen Umrechnungsdifferenzen belaufen sich zum Stichtag auf 1,3 Mio. Euro (Vorjahr: –2,8 Mio. Euro) und beziehen sich auf einen geschlossenen Immobilienfonds in Australien sowie auf eine Tochtergesellschaft in Hongkong.

4 Unternehmenszusammenschlüsse

Für Unternehmenszusammenschlüsse, bei denen der Erwerber die Beherrschung über das erworbene Unternehmen übernimmt, gibt IFRS 3 die Anwendung der Erwerbemethode (Acquisition Method) vor. Nachdem die Anschaffungskosten des Erwerbers ermittelt wurden, sind anschließend die im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses erworbenen Vermögenswerte und Schulden mit ihrem Fair Value im Erwerbszeitpunkt anzusetzen.

Für erworbene materielle und immaterielle Vermögenswerte sowie für Eventualverbindlichkeiten und andere Bilanzpositionen werden die umfangreichen Ansatz- und Bewertungsvorschriften des IFRS 3 angewendet. Hierzu zählen auch zuvor nicht bilanzierungsfähige Vermögenswerte.

Ist ein Goodwill zu bilanzieren, weil die Anschaffungskosten über dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen Nettovermögens liegen, so ist dieser gemäß IAS 36

mindestens einmal jährlich auf seine Werthaltigkeit zu überprüfen.

5 Finanzinstrumente

Ansatz

Finanzinstrumente setzt HSBC Trinkaus gemäß IAS 39 erstmalig in der Bilanz an, wenn der Konzern Vertragspartei der entsprechenden Vereinbarung wird. Bei Kassageschäften (Regular Way Contracts) erfolgt der Ansatz einheitlich zum Handelstag, ansonsten am Erfüllungstag.

Eine vollständige Ausbuchung wird durchgeführt, sofern der Konzern die vertraglichen Rechte am Erhalt der Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument sowie alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Finanz-

instrument verbunden sind, übertragen hat. Sofern nicht sämtliche Chancen und Risiken übertragen werden, erfolgt ein Ansatz in Höhe der verbleibenden Risikoposition, falls wir unverändert die Kontrolle über das Finanzinstrument haben (Continuing Involvement). Übertragungen, bei denen nicht sämtliche Chancen und Risiken übergegangen sind, ergaben sich nicht.

Bei den übertragenen Finanzinstrumenten, die sich nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, handelt es sich im Wesentlichen um als Sicherheiten hinterlegte verzinsliche Wertpapiere im Rahmen von Pensionsgeschäften oder um verliehene Aktien aus Wertpapierleihegeschäften. Bei echten Pensionsgeschäften bleiben aufgrund der rechtlichen Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere im Wesentlichen alle Chancen und Risiken bei dem Übertragenden zurück. Gleiches gilt für Wertpapierleihegeschäfte.

Ausweis

Der Ausweis der Finanzinstrumente sowie die zugehörigen Bewertungsklassen und -kategorien können der folgenden Übersicht entnommen werden.

Bewertungsansatz	Klassen gemäß IFRS 7/ Bilanzposten	Bewertungskategorie gemäß IAS 39
Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten	Barreserve	
	Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables
	Forderungen an Kunden	Loans and Receivables
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Other Liabilities
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Other Liabilities
	Verbriefte Verbindlichkeiten	Other Liabilities
	Nachrangkapital	Other Liabilities
Bewertung zum Fair Value	Finanzanlagen	Available for Sale
	Handelsaktiva/-passiva	Held for Trading
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Handelsaktiva/-passiva	
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen		

Angabepflichten zur Risikoberichterstattung machen wir teilweise auch innerhalb des Risikoberichts als Teil des geprüften Konzernlageberichts.

Bewertung

Alle Finanzinstrumente werden bei Zugang mit dem Fair Value bewertet. Im Zugangszeitpunkt entspricht dieser in

der Regel dem Transaktionspreis. Darüber hinaus ordnen wir beim erstmaligen Ansatz sämtliche Finanzinstrumente

den Kategorien gemäß IAS 39 zu, die maßgeblich für die Folgebewertung sind. Im HSBC Trinkaus-Konzern haben wir die Regelungen wie folgt umgesetzt:

(a) Finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als Held for Trading (HfT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als at Fair Value through Profit or Loss designiert werden (Fair Value-Option). Von der Fair Value-Option haben wir wie bereits im Vorjahr keinen Gebrauch gemacht, sodass die entsprechende Subkategorie zurzeit nicht besetzt ist.

Bei Finanzinstrumenten der Subkategorie Held for Trading handelt es sich neben sämtlichen Derivaten – einschließlich der trennungspflichtigen Embedded Derivatives – um alle Positionen, die zwecks kurzfristiger Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen eingegangen wurden.

Die Folgebewertung erfolgt grundsätzlich mit dem Fair Value. Dabei werden – sofern vorhanden – öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt zugrunde gelegt; ansonsten erfolgt die Bewertung anhand anerkannter Bewertungsmethoden. Überwiegend werden Standard-Bewertungsmodelle verwendet, wie sie in der jeweiligen Software von externen Software-Anbietern implementiert sind. Dies sind im Wesentlichen Barwertverfahren und Optionspreismodelle. Für bestimmte komplexe Produkte haben wir – in enger Zusammenarbeit mit HSBC – eigene Bewertungsroutinen entwickelt. Aufgrund des breiten Produktspektrums werden die Bewertungsparameter möglichst differenziert erhoben, zum Beispiel nach Laufzeiten und Basispreisen. Die Auswahl der verwendeten Datenquellen sowie die Zuordnung der verwendeten Bewertungsparameter und des anzuwendenden Bewertungsverfahrens zu den jeweiligen Finanzinstrumenten erfolgt handelsunabhängig. Solange für bestimmte Produkte nicht alle wesentlichen bewertungsrelevanten Parameter beobachtet werden können, werden die Bewertungsergebnisse aus Neugeschäften (Day-1 Profit or Loss) in diesen Produkten erst bei Fälligkeit oder Schließen der Position erfolgswirksam. Eine Verteilung über die Laufzeit der Transaktion findet nicht statt. Alle realisierten Gewinne und Verluste, die unrealisierten Bewertungsergebnisse sowie das handelsbezogene Zinsergebnis sind Teil des Handelsergebnisses.

(b) Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity Investments)

Der Kategorie Held to Maturity haben wir, wie bereits im Vorjahr, keine Finanzinstrumente zugeordnet.

(c) Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)

Der Kategorie Loans and Receivables sind alle nichtderivativen finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die mit festen oder bestimmbareren Zahlungen ausgestattet sind, nicht an einem aktiven Markt quotiert sind und nicht bei Vertragsabschluss als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden. Die entsprechenden Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Eine Ausnahme hiervon bilden die Finanzinstrumente, die wegen der kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht der Kategorie Held for Trading zugeordnet wurden. Zinsen aus dem Kreditgeschäft weisen wir im Zinsüberschuss aus. Agio- und Disagiobeträge erfassen wir zeitanteilig im Zinsüberschuss. Wertminderungen auf Darlehen und Forderungen werden in der Risikovorsorge für Forderungen ausgewiesen.

(d) Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale)

Die Kategorie Available for Sale umfasst einerseits alle Finanzanlagen und ist andererseits die Residualgröße der finanziellen Vermögenswerte, das heißt, sie umschließt auch die Finanzinstrumente, die keiner anderen Bewertungskategorie des IAS 39 zugeordnet wurden. Hierzu zählen Wertpapiere (einschließlich Namensschuldverschreibungen), erworbene Forderungen und Beteiligungen. Zinsen aus Available for Sale-Beständen und erhaltene Dividenden weisen wir im Zinsüberschuss aus.

Die Folgebewertung von Finanzinstrumenten dieser Kategorie erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungsmethoden sind identisch mit denen, die für die Bewertung der Held for Trading-Bestände herangezogen werden. Wertänderungen gegenüber den fortgeführten Anschaffungskosten werden erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Für Anteile an Personengesellschaften und bestimmten nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften liegen keine ausreichenden Bewertungsparameter vor. Zum einen existiert für diese Finanzinstrumente kein auf einem aktiven Markt notierter Preis. Zum anderen ist eine zuverlässige modellbasierte Ermittlung des Marktwerts nicht möglich, da die Schwankungsbreite möglicher Werte zu groß ist beziehungsweise den einzelnen Werten keine Eintritts-

wahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können. Diese Beteiligungen bilanzieren wir zu Anschaffungskosten abzüglich Impairments.

Im Falle von Wertminderungen aufgrund von Bonitäts- und Länderrisiken (Impairments) werden Abschreibungen auf den niedrigeren Fair Value vorgenommen. Der Impairment-Test erfolgt zu jedem Zwischenberichtstermin. Die Wertminderungen werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Für Fremdkapitalinstrumente erfolgt beim Vorliegen objektiver Hinweise auf eine Wertminderung eine sofortige erfolgswirksame Erfassung. Allgemeine Indikatoren für das Vorliegen einer Bonitätsverschlechterung können ein Vertragsbruch wie der Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen, ein Insolvenzverfahren oder sonstige Sanierungsmaßnahmen des Schuldners sein. Eine erfolgswirksame Zuschreibung bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten wird erfasst, sobald der Grund für die Abschreibung entfallen ist. Eigenkapitalinstrumente werden abgeschrieben, wenn der Fair Value signifikant oder dauerhaft unterhalb der ursprünglichen Anschaffungskosten liegt. Unterschreitet der Fair Value eines Wertpapiers die ursprünglichen Anschaffungskosten um mindestens 20 %, ist dieser Rückgang signifikant; liegt der Fair Value in den neun Monaten vor dem Bilanzstichtag permanent unter den ursprünglichen Anschaffungskosten, besteht eine dauerhafte Wertminderung. In beiden Fällen wird ein Impairment auf den Fair Value vorgenommen. Für Eigenkapitaltitel darf beim Wegfall der Gründe für die Abschreibung – im Gegensatz zu den Schuldtiteln – keine erfolgswirksame Wertaufholung vorgenommen werden. Vielmehr sind Zuschreibungen erfolgsneutral in der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente zu erfassen.

(e) Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities)

Die Kategorie Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten beinhaltet die finanziellen Verbindlichkeiten, die wir nicht der Kategorie at Fair Value zugeordnet haben. Sie werden damit nicht erfolgswirksam zum Fair Value, sondern mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge erfassen wir zeitanteilig im Zinsüberschuss. Unverzinsliche Verbindlichkeiten – zum Beispiel Null-Kupon-Schuldscheindarlehen – werden mit der Emissionsrendite auf den Bilanzstichtag aufgezinnt.

(f) Umwidmungen

Von der Möglichkeit einer Umwidmung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 haben wir wie schon im Vorjahr keinen Gebrauch gemacht.

(g) Finanzgarantien und Kreditzusagen

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgemäß nachkommt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ist eine Finanzgarantie zum Fair Value anzusetzen. Dieser setzt sich aus dem Barwert der erwarteten Leistungen und dem gegenläufigen Barwert der zukünftigen Prämien zusammen und beträgt regelmäßig null, wenn sich der Verpflichtungsbarwert und der Prämienbarwert entsprechen.

Kreditzusagen sind feste Verpflichtungen eines Kreditgebers zur Bereitstellung eines Kredits an einen potenziellen Kreditnehmer zu vorab vertraglich festgelegten Konditionen.

Im Rahmen der Folgebewertung werden für drohende Verluste aus Inanspruchnahmen Rückstellungen gebildet.

6 Hedge Accounting

Zur Absicherung des Marktzinsrisikos bei festverzinslichen Anleihen des Available for Sale-Bestands wendet HSBC Trinkaus die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen gemäß IAS 39 an (Hedge Accounting). Der Fair Value der festverzinslichen Anleihen hängt dabei einerseits von Änderungen des Marktzinses und andererseits von Liquiditäts- und Risikoaufschlägen für den Emittenten ab. Zur Absicherung von marktzinsinduzierten Wertschwankungen schließt HSBC Trinkaus Zinsswaps mit anderen Banken ab, die Fair Value-Schwankungen der Anleihen weitestgehend kompensieren. Bei dieser Absicherung von Fair Value-Schwankungen (sogenannte Fair Value Hedges) werden gemäß IAS 39 die zinsinduzierten Wertschwankungen festverzinslicher Anleihen erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Nicht abgesichert sind indes die spreadbedingten Fair Value-Schwankungen der Anleihen. Diese fließen entsprechend der Folgebewertung von Available for Sale-Beständen erfolgsneutral in die Bewertungsreserve für Finanzinstrumente ein.

Die Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen nach IFRS ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs und die Effektivität der Sicherungsmaßnahme. Zum Zeitpunkt der Begründung einer Hedge-Beziehung sind insbesondere zu dokumentieren: die Identifikation des Sicherungs- und des Grundgeschäfts, die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und die Vorgehensweise zur Überprüfung der Effektivität des Sicherungsgeschäfts.

Zur Beurteilung der Effektivität des Sicherungsgeschäfts greift HSBC Trinkaus auf ein lineares Regressionsmodell zurück. Das Modell untersucht den linearen Zusammenhang zwischen den kumulierten Wertveränderungen des Grundgeschäfts und den kumulierten Wertveränderungen des Sicherungsgeschäfts. Dabei geben das sogenannte Bestimmtheitsmaß (R-Quadrat) Auskunft über die Güte der Regression und die Steigung der Regressionsgeraden die Richtung des Zusammenhangs an.

Der Effektivitätsnachweis verlangt einerseits, dass für eine Sicherungsbeziehung künftig eine hohe Effektivität erwartet werden kann (prospektive Effektivität). Andererseits ist während des Bestehens der Sicherungsbeziehung regelmäßig nachzuweisen, dass diese während der Berichtsperiode hocheffektiv war (retrospektive Effektivität). Für eine ausreichende Effektivität im Rahmen des prospektiven Tests sind R-Quadrat von größer 0,9 und eine Steigung zwischen $-0,9$ und $-1,1$ notwendig. Bei den retrospektiven Effektivitätstests sind indes ein R-Quadrat von größer 0,8 und eine Steigung zwischen $-0,8$ und $-1,2$ ausreichend.

7 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

HSBC Trinkaus nimmt eine Risikovorsorge vor, sobald objektive substantielle Hinweise vorliegen, die darauf schließen lassen, dass der Wert eines finanziellen Vermögenswerts gemindert ist.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft zeigen wir zum einen als Risikovorsorge für Forderungen auf der Aktivseite und zum anderen als Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft auf der Passivseite. Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist zwischen Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Einzelgeschäftsbasis einerseits und Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Portfoliobasis andererseits zu unterscheiden.

Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Einzelgeschäftsbasis für bilanzielle Forderungen und für außerbilanzielle Geschäfte werden individuell je Kreditnehmereinheit ermittelt. Dafür werden sämtliche Kreditnehmer nach einem konzernweit einheitlichen internen Rating-Verfahren einer von 23 Bonitätsklassen zugeordnet. Aus den Bonitätsklassen lassen sich die Ausfallwahrscheinlichkeiten für den jeweiligen Kreditnehmer ableiten. Auf dieser Basis wird unter Berücksichtigung von Sicherheiten und sonstigen Absprachen der zu erwartende Verlust für das einzelne Kreditengagement geschätzt. Eine Risikovorsorge wird für Kreditengagements mit stark erhöhtem Ausfallrisiko gebildet. Dafür werden die zukünftigen Zahlungen aus dem Kredit und gegebenenfalls aus der Verwertung von Sicherheiten geschätzt. Auf diese Weise kann der Barwert dieser Zahlungen mit dem Buchwert des Kreditengagements verglichen werden. Die Risikovorsorge deckt den so ermittelten Fehlbetrag in voller Höhe ab. Das Land, in dem der Schuldner seinen Sitz hat, ist dabei ebenfalls relevant.

Darüber hinaus sind Wertberichtigungen/Rückstellungen auf Portfoliobasis zu bilden. Sofern keine objektiven substantiellen Hinweise auf eine Wertminderung einzelner Vermögenswerte oder auf einzelne Drohverluste vorliegen, werden diese zu einer Gruppe mit vergleichbaren Ausfallrisiken (Portfolio) zusammengefasst. Auf der Grundlage der jeweiligen Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie ökonomischer Indikatoren ermitteln wir die Wertberichtigung beziehungsweise Rückstellung.

Sobald eine Forderung als uneinbringlich identifiziert wird, buchen wir sie zulasten einer gegebenenfalls existierenden Einzelwertberichtigung und/oder als Direktabschreibung zulasten der Gewinn- und Verlustrechnung aus.

8 Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die bei Repogeschäften (echte Pensionsgeschäfte) in Pension gegebenen Wertpapiere werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand bilanziert und bewertet. Den Liquiditätszufluss weisen wir grundsätzlich unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus (vgl. Note 18).

Ebenso zeigen wir die bei Reverse Repos entstehenden Liquiditätsabflüsse unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden (vgl. Note 18). Ein Ansatz der in Pension genommenen Wertpapiere erfolgt nicht.

Unechte Pensionsgeschäfte werden nicht getätigt.

Die Bilanzierung von Wertpapierleihegeschäften erfolgt analog zu der Bilanzierung von echten Pensionsgeschäften. Liquiditätszuflüsse und -abflüsse aus Sicherheiten für Wertpapierleihegeschäfte werden unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen.

9 Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Als assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden alle Gesellschaften bilanziert, bei welchen die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG direkt oder indirekt über einen maßgeblichen Einfluss oder über die gemeinsame Kontrolle mit den anderen Unternehmen verfügt. Ein maßgeblicher Einfluss beziehungsweise eine gemeinsame Kontrolle wird bei Stimmrechtsanteilen zwischen 20 % und 50 % vermutet. Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures werden nach der Equity-Methode bilanziert. Der Konzern überprüft zu jedem Bilanzstichtag, ob Anhaltspunkte vorliegen, dass hinsichtlich der at equity bilanzierten Unternehmen ein Wertminderungsaufwand berücksichtigt werden muss. In diesem Fall wird der Unterschied zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag als Wertminderung erfasst und als Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

10 Sachanlagevermögen

Die Bilanzposition Sachanlagevermögen beinhaltet Grundstücke und Gebäude, Hardware und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Bewertung der Hardware und der sonstigen Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten; dabei werden planmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Bei der Bestimmung der voraussichtlichen Nutzungsdauer kommen die physische Lebensdauer, der technische Fortschritt sowie vertragliche und rechtliche Einschränkungen zum Tragen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über die jeweils geschätzte Nutzungsdauer.

Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, werden durch Impairments berücksichtig.

Ein Wertminderungsaufwand wird in der Höhe erfasst, in der der Buchwert den erzielbaren Betrag übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert des Vermögenswerts abzüglich Verkaufskosten und Nutzungswert. Für den Werthaltigkeitstest werden Vermögenswerte auf der niedrigsten Ebene zusammengefasst, für die Cashflows separat identifiziert werden können (Cash Generating Units). Für Sachanlagen, für die in der Vergangenheit eine Wertminderung gebucht wurde, wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob gegebenenfalls eine Wertaufholung zu erfolgen hat.

Konzernerheitlich liegt den planmäßigen Abschreibungen folgende Nutzungsdauer zugrunde:

	Nutzungsdauer in Jahren
Hardware	3
Kraftfahrzeuge	6
Einbauten/Betriebsvorrichtungen	10
Möbel	13
Gebäude	50

11 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den Immateriellen Vermögenswerten weisen wir zum einen Standard-Software aus. Eigene Entwicklungsarbeiten im Rahmen von Software-Projekten werden entsprechend IAS 38 aktiviert. Die Bewertung der Immateriellen Vermögenswerte erfolgt zu Anschaffungs-/ Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen. Die im Verwaltungsaufwand erfassten planmäßigen Abschreibungen werden linear über die jeweils geschätzte Nutzungsdauer von drei bis zehn Jahren verteilt. Neben den planmäßigen Abschreibungen werden analog zur Bewertung des Sachanlagevermögens Impairment-Tests durchgeführt (vgl. Note 10).

Zudem umfassen die Immateriellen Vermögenswerte den aus Unternehmenserwerben resultierenden Goodwill. Der Geschäfts- oder Firmenwert unterliegt keiner planmäßigen Abschreibung. Vielmehr wird er gemäß IAS 36 mindestens einmal jährlich einem Impairment-Test unterzogen. Dabei wird der Unternehmenswert anhand eines Discounted Cashflow-Verfahrens ermittelt, bei dem die künftigen Cashflows geschätzt und mit einem risikoadäquaten Zinssatz diskontiert werden.

12 Leasing

Konzernunternehmen treten im Leasinggeschäft ausschließlich als Leasingnehmer auf. Alle abgeschlossenen Leasingverträge sind Operating Lease-Verträge. Bei all diesen Verträgen verbleiben die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken beim Leasinggeber. Entsprechend werden die Leasingraten im Verwaltungsaufwand erfasst (IAS 17).

13 Eigene Schuldverschreibungen und eigene Aktien

Eigene Schuldverschreibungen werden nur in begrenztem Umfang gehalten und gemäß den Anforderungen von IFRS mit den Passivposten aus der Emission der Schuldverschreibungen verrechnet.

Eigene Aktien der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind zum Jahresende 2013 nicht im Bestand. Der Einfluss des Ergebnisses aus dem Handel in eigenen Aktien ist, wie im Vorjahr, unwesentlich. Der Bestand an eigenen Aktien erreichte maximal 0,00% (Vorjahr: 0,00%) des gezeichneten Kapitals.

14 Rückstellungen

Unter den Rückstellungen weisen wir Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, für Risiken aus dem Kreditgeschäft sowie für ungewisse Verbindlichkeiten aus.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten in Höhe der Defined Benefit Obligation (DBO) gebildet. Die Berechnung erfolgt nach der Projected Unit Credit Method. Im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) wurden bestimmte Vermögenswerte zur Sicherung der Pensionsverpflichtungen in eine Treuhandgesellschaft eingebracht und somit als Planvermögen im Sinne von IAS 19 qualifiziert. Die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen werden mit dem voraussichtlichen Pensionsaufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Entwicklung des Planvermögens und der Pensionen werden nach dem Abzug der latenten Steuern erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten bilden wir in Höhe des Barwerts der erwarteten Ausgaben.

15 Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

Laufende Ertragsteuern ermitteln wir nach den Steuersätzen, die für die jeweiligen Einzelunternehmen gültig sind. Laufende Ertragsteueransprüche werden mit den laufenden Ertragsteuerverpflichtungen saldiert, sofern die Saldierungsvoraussetzungen gemäß IAS 12 erfüllt sind.

Latente Ertragsteuern ermitteln wir, indem wir die bilanziellen Wertansätze der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten mit den Wertansätzen vergleichen, die für die Besteuerung des jeweiligen Konzernunternehmens maßgeblich sind. Unabhängig vom Zeitpunkt der Umkehr der Wertunterschiede sind latente Steueransprüche oder latente Steuerverpflichtungen berücksichtigt. Die latenten Steuern berechnen wir mit den Steuersätzen, die nach heutiger Kenntnis auf Basis schon beschlossener oder sicher erwarteter Steuergesetze bei der Angleichung der Wertansätze anzuwenden sein werden. Bei Änderungen von Steuersätzen werden die gebildeten Bilanzposten für latente Steueransprüche und latente Steuerverpflichtungen angepasst.

16 Anteilsbasierte Vergütung

In früheren Geschäftsjahren hatten Konzernmitarbeiter die Möglichkeit, an einem Aktienoptionsprogramm der HSBC Holdings plc teilzunehmen. Das bisherige Vergütungsprogramm ist nach unterschiedlichen Sperrfristen (ein Jahr, drei und fünf Jahre) gestaffelt und ermöglicht monatliche Sparraten bis zu einem Gegenwert von 250 Britischen Pfund. Entsprechend IFRS 2 wird dieses Optionsprogramm als anteilsbasierte Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente bilanziert. Die Aktienoptionen werden mit dem Fair Value bewertet. Den daraus abgeleiteten Personalaufwand (Service Costs) erfassen wir – verteilt auf die jeweilige Sperrfrist des Plans (Vesting Period) – in der Gewinn- und Verlustrechnung. Erfolgt eine Kündigung innerhalb der Vesting Period, sind die gesamten Service Costs unmittelbar als Aufwand zu erfassen (sogenanntes Acceleration of Vesting). Liegt eine Modifikation eines bestehenden Bonusprogramms vor, ist zu unterscheiden, ob der Fair Value der Zusage zum Zeitpunkt der Modifikation den ursprünglichen Fair Value über- oder unterschreitet. Ist der modifizierte Fair Value höher als der ursprüngliche Fair Value der Zusage, so ist der übersteigende Betrag zusätzlich zu den bisherigen Service Costs über die Vesting Period erfolgswirksam zu erfassen. Ist der Fair Value indes

niedriger, so bleiben die bisherigen Service Costs unverändert, das heißt, die Modifikation wird ignoriert.

Im Berichtsjahr bestand für Konzernmitarbeiter keine Möglichkeit, an einem neuen Aktienoptionsprogramm der HSBC Holdings plc teilzunehmen.

Darüber hinaus erfolgt die Auszahlung der leistungsbezogenen Vergütungskomponente für Mitarbeiter und Vorstand ab einer definierten Höhe teilweise in bar und teilweise in einer Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Es besteht die Möglichkeit, die leistungsbezogene Komponente entweder vollständig im Folgejahr der Berichtsperiode oder in unterschiedlichen Tranchen innerhalb oder am Ende der Vesting Period auszuzahlen. Die Auszahlung in Tranchen wird als anteilsbasierte Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente gemäß IFRS 2 bilanziert; dabei wird der Personalaufwand sofort vollständig aufwandswirksam erfasst, da nach Rechtsprechung des Bundesarbeitsgericht (BAG) Ansprüche aus derartigen Verträgen unverfallbar sind. Die dabei entstandene Übertragungsverpflichtung wird monatlich neu bewertet, wobei das Bewertungsergebnis ergebnisneutral in der Kapitalrücklage erfasst wird.

17 Erfassung von Erträgen und Aufwendungen

Zinserträge und -aufwendungen grenzen wir periodengerecht ab. Zu den Zinserträgen gehören Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise aus Finanzanlagen. Zu den Zinsaufwendungen zählen wir Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie aus verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital. Wir erfassen Dividenden zum Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung des Dividendenanspruchs erfolgswirksam.

Im Provisionsergebnis sind vor allem Erträge aus dem Kredit-, Wertpapier-, Devisen- und Derivategeschäft sowie aus speziellen Beratungsleistungen (zum Beispiel Investment Banking) erfasst. Provisionserträge und Provisionsaufwendungen werden zu dem Zeitpunkt erfolgswirksam, zu dem die Dienstleistung erbracht ist.

Im Handelsergebnis sind alle unrealisierten und realisierten Handelsergebnisse erfasst. Dazu gehören neben dem Kursergebnis auch das den Handelsaktivitäten zuzuordnende Zins- und Dividendenergebnis.

18 Anpassung der Rechnungslegungsmethoden

Bei der Aufstellung dieses Konzernabschlusses haben wir bis auf nachfolgende Ausnahmen dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Geschäftsjahr 2012 angewendet.

Die ab dem Geschäftsjahr 2013 verpflichtend retrospektiv anzuwendenden Änderungen des IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ führen unter anderem dazu, dass die erwarteten Zinserträge des Planvermögens unter Berücksichtigung der leistungsorientierten Verpflichtung zugrunde liegenden Zinssatzes geschätzt werden. Die retrospektive Anpassung der Planrendite für 2012 führt für das Geschäftsjahr 2012 zu einer Erhöhung des Personalaufwands in Höhe von rund 1,7 Mio. Euro und zu einer Verbesserung der Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung in Höhe von rund 1,2 Mio. Euro. In der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2012 beziehungsweise in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 wurde zum einen die Gewinnrücklage um 8,1 Mio. Euro beziehungsweise der Gewinnvortrag um 9,3 Mio. Euro verringert und zum anderen die Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung um 8,1 Mio. Euro beziehungsweise 9,3 Mio. Euro erhöht.

Darüber hinaus führen die Änderungen des IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ zu einer geänderten Bewertung der Aufstockungsleistungen bei Rückstellungen für Altersteilzeit-Vereinbarungen (ATZ). Die Rückstellung der Aufstockungsleistungen wird nicht mehr vollständig beim erstmaligen Ansatz der Rückstellungen gebildet, sondern ratierlich bis zum Beginn der Ruhephase aufgebaut. Die retrospektive Anpassung der Rückstellung führt für das Geschäftsjahr 2012 zu einer Erhöhung des Personalaufwands um rund 0,1 Mio. Euro. In der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2012 beziehungsweise in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 wurde zum einen die Rückstellung um 0,4 Mio. Euro beziehungsweise um 0,3 Mio. Euro verringert und zum anderen die Gewinnrücklage um 0,3 Mio. Euro beziehungsweise 0,2 Mio. Euro erhöht. Darüber hinaus wurden die latenten Ertragsteuerverpflichtungen in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2012 beziehungsweise in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 um jeweils 0,1 Mio. Euro erhöht.

Die nachfolgenden Tabellen erläutern die Anpassungsbeträge der betroffenen Konzernabschlussposten.

in Mio. €	zum 01.01.2012	zum 31.12.2012
Ertragsteuerverpflichtungen	0,1	0,1
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-0,4	-0,3
Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung	8,1	9,3
Gewinnrücklage	-6,4	-7,9
Konzernbilanzgewinn	-1,4	-1,2

in Mio. €	in 2012
Verwaltungsaufwand	1,8
Ertragsteuern	-0,6

Ohne Anpassung der Planrendite beziehungsweise der ATZ-Rückstellung wäre der Verwaltungsaufwand in 2013 um 6,0 Mio. Euro niedriger beziehungsweise 0,2 Mio. Euro höher, die Ertragsteuern um 1,9 Mio. Euro höher beziehungsweise um 0,1 Mio. Euro geringer und damit der Jahresüberschuss nach Steuern um 4,1 Mio. Euro höher beziehungsweise um 0,1 Mio. Euro niedriger ausgefallen. Die Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung wäre somit um 4,1 Mio. Euro niedriger.

Mit der Neuerung von IAS 19 wurden auch einige terminologische Änderungen vorgenommen. So wurde bisher der Begriff „Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste“ sowohl in Bezug auf die Bruttopensionsverpflichtung als auch auf das Planvermögen verwendet. Dieser Begriff bezieht sich jetzt nur noch auf die Effekte aus geänderten Annahmen und Schätzungen bei der Bewertung der Bruttopensionsverpflichtung und nicht mehr auf die Abweichung zwischen den tatsächlichen und erwarteten Erträgen aus dem Planvermögen. Daher verwenden wir im vorliegenden Bericht für die bisherige Bewertungsreserve für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste im Eigenkapital den neuen Begriff der „Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung“.

Bislang haben wir zur Schätzung der Höhe von Kulanzrückstellungen Erwartungen über künftige Kulanzleistungen gebildet, ohne dabei die aus der Vergangenheit abgeleiteten Erfahrungswerte hinsichtlich Beschwerdequoten und Vergleichsquoten einzubeziehen. Durch die systematische Erfassung von Beschwerdefällen sind wir nun in der Lage, bei der Schätzung der Höhe der Kulanzrückstellungen Beschwerde- und Vergleichsquoten einzubeziehen. Durch diese Schätzungsänderung ergeben sich in der Gewinn- und Verlustrechnung 2013 Erträge aus der Auflösung von Kulanzrückstellungen in Höhe von rund 5 Mio. Euro. Da es sich bei dieser Anpassung um eine Schätzungsänderung im Sinne des IAS 8 handelt, ist eine Anpassung der Vorjahresangaben nicht erforderlich. In künftigen Perioden erwarten wir keine vergleichbaren Auflösungen von Kulanzrückstellungen.

Ab dem Geschäftsjahr 2013 ist der neue Standard IFRS 13 „Bewertung zum beizulegenden Zeitwert“ verpflichtend anzuwenden. Dieser gibt standardübergreifend einheitliche Maßstäbe für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert vor, indem unter anderem der Begriff definiert wird und die Methoden, die für dessen Bestimmung infrage kommen, dargestellt werden. Die Anwendung des Standards bringt für HSBC Trinkaus keine wesentlichen Bewertungsänderungen mit sich. Die erforderlichen neuen Angaben befinden sich in Note 55.

Des Weiteren sind die Bewertungsreserven in der Gesamtergebnisrechnung gemäß der Neufassung von IAS 1 in zwei Kategorien aufzuteilen. Die Bewertungsreserven aus Finanzinstrumenten und der Währungsumrechnung gehören zu der Kategorie, in der die Bewertungsreserven in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden. Die Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung hingegen wird nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Wir haben den Ausweis unserer Sicherheiten im Derivategeschäft geändert, da die Sicherheiten selbst keine Handelsbestände darstellen. Bislang unter Handelsaktiva beziehungsweise -passiva ausgewiesene Sicherheiten werden jetzt unter den Forderungen an Kunden/Kreditinstitute beziehungsweise den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden/Kreditinstituten ausgewiesen. Darüber hinaus

weisen wir die Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte nicht mehr unter den Handelsaktiva beziehungsweise -passiva aus, sondern unter den Sonstigen Forderungen in den Forderungen an Kunden/Kreditinstitute beziehungsweise den Sonstigen Verbindlichkeiten in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden/Kreditinstituten. Wir haben die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Das IASB hat die Vorschriften zur Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten überarbeitet und die Ergebnisse am 16. Dezember 2011 in Form von Änderungen an IAS 32, „Finanzinstrumente: Darstellung“, anwendbar ab dem Geschäftsjahr 2014, sowie an IFRS 7, „Finanzinstrumente: Angaben“ veröffentlicht. Um den Vergleich zwischen Unternehmen, die IFRS-Abschlüsse aufstellen, und Unternehmen, deren Abschlüsse in Übereinstimmung mit US-GAAP aufgestellt werden, zu vereinfachen, wurden die beim Vorliegen von Aufrechnungsvereinbarungen erforderlichen Anhangangaben erheblich erweitert. So sehen die Änderungen an IFRS 7 umfassende Angaben auch zu solchen Aufrechnungsansprüchen vor, die nach IFRS nicht zur Saldierung führen. Die Saldierungsangaben von IFRS 7 sind rückwirkend anzuwenden und treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am beziehungsweise nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Anwendung des Standards führt für HSBC Trinkaus lediglich zu weiteren Erläuterungen (vgl. Note 57 und 31). Verträge, bei denen sich Aufrechnungsansprüche nur im Falle einer Insolvenz ergeben, führen bilanziell auch erst im Insolvenzfall zu einer Verrechnung.

IFRS 9 „Finanzinstrumente“ befasst sich mit dem Ansatz und der Bewertung von Finanzinstrumenten. Der neue Standard ändert grundlegend die bisherigen Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten. Ein EU-Endorsement vorausgesetzt, ist IFRS 9 verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Gegenwärtig prüfen wir die möglichen Auswirkungen der Umsetzung dieser neuen Vorschriften auf unseren Konzernabschluss. Die Änderungen werden voraussichtlich wesentlichen Einfluss auf unsere Bilanzierung haben.

IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ ist das Ergebnis des Konsolidierungsprojekts des IASB und ersetzt die Konsolidierungsleitlinien im bisherigen IAS 27 „Konzern- und Einzelabschlüsse“ und SIC-12 „Konsolidierung – Zweckgesellschaften“. Im Mittelpunkt von IFRS 10 steht die Einführung eines einheitlichen Konsolidierungsmodells für sämtliche

Unternehmen, das auf die Beherrschung des Tochterunternehmens durch das Mutterunternehmen abstellt. Dieses ist sowohl auf Mutter-Tochter-Verhältnisse, die auf Stimmrechten basieren, als auch auf Mutter-Tochter-Verhältnisse, die sich aus anderen vertraglichen Vereinbarungen ergeben, anzuwenden. Folglich sind hiernach auch Zweckgesellschaften zu beurteilen, deren Konsolidierung gegenwärtig nach dem Risiko-Chancen-Konzept (Risk and Reward Concept) des SIC-12 erfolgt.

Das Beherrschungskonzept gemäß IFRS 10 umfasst dabei folgende drei Elemente, die kumulativ erfüllt sein müssen:

- Verfügungsgewalt
- variable Rückflüsse
- die Möglichkeit zur Beeinflussung der variablen Rückflüsse durch Ausübung der Verfügungsgewalt

IFRS 11 ersetzt IAS 31 „Interests in Joint Ventures“ und SIC-13 „Jointly-controlled Entities – Non-monetary Contributions by Venturers“. IFRS 11 unterscheidet zwei Arten gemeinschaftlicher Vereinbarungen: gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen, und stellt auf die Rechte und Pflichten der Vereinbarung ab. Das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung bei Gemeinschaftsunternehmen, das vom Konzern nicht angewandt wurde, ist abgeschafft und die Anwendung der Equity-Methode verpflichtend vorgeschrieben.

IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ führt die Angabepflichten zu sämtlichen Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen sowie nicht konsolidierten Zweckgesellschaften in einem Standard zusammen. Gemäß dem neuen Standard müssen Unternehmen quantitative und qualitative Angaben machen, die es dem Abschlussadressaten ermöglichen, die Art, Risiken und finanziellen Auswirkungen zu erkennen, die mit dem Engagement des Unternehmens bei diesen Beteiligungsunternehmen verbunden sind.

IFRS 10, IFRS 11 sowie IFRS 12 sind in der EU erstmals im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden. Wir gehen davon aus, dass die Änderungen mit Ausnahme der erweiterten Angaben zu keinen Veränderungen in der Bilanzierung führen werden.

Alle Änderungen von weiteren Standards und Interpretationen, auf deren vorzeitige Anwendung wir verzichtet haben, haben keine oder nur eine untergeordnete Bedeutung für unseren Konzernabschluss.

19 Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zwischen dem Bilanzstichtag und dem Datum der Aufstellung nicht eingetreten.

Angaben zur Konzernbilanz

20 Barreserve

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Kassenbestand	1,4	2,1
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.132,3	262,9
Insgesamt	1.133,7	265,0

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken werden überwiegend bei der Deutschen Bundesbank unterhalten und betreffen weiterhin fast ausschließlich Salden in Euro. Im

Rahmen des Liquiditätsmanagements werden die Guthaben – unter Beachtung der Vorgaben zur Mindestreservehaltung – täglich disponiert.

21 Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Laufende Konten	519,2	400,0
Geldmarktgeschäfte	662,0	544,6
davon Tagesgelder	46,4	73,2
davon Termingelder	615,6	471,4
Sonstige Forderungen	259,4	140,4
Sicherheiten im Derivategeschäft	203,2	466,2
Insgesamt	1.643,8	1.551,2
davon an inländische Kreditinstitute	198,7	178,3
davon an ausländische Kreditinstitute	1.445,1	1.372,9

Wir haben den Ausweis unserer Sicherheiten im Derivategeschäft mit Kreditinstituten geändert. Sie wurden bislang unter den Handelsaktiva und werden jetzt unter den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen. Darüber hinaus weisen wir die Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte nicht mehr unter den Handelsaktiva, sondern unter den

sonstigen Forderungen in den Forderungen an Kreditinstitute aus. Wir haben die Vorjahreszahlen angepasst.

Die Forderungen an Kreditinstitute umfassen auch Geldanlagen innerhalb der HSBC-Gruppe.

22 Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Laufende Konten	1.229,6	1.104,8
Geldmarktgeschäfte	529,5	574,8
davon Tagesgelder	63,6	77,0
davon Termingelder	465,9	497,8
Kreditkonten	2.865,5	2.374,7
Sonstige Forderungen	163,2	138,3
Sicherheiten im Derivategeschäft	69,8	361,7
Insgesamt	4.857,6	4.554,3
davon an inländische Kunden	3.029,5	2.904,8
davon an ausländische Kunden	1.828,1	1.649,5

Wir haben den Ausweis unserer Sicherheiten im Derivategeschäft mit Kunden geändert. Sie wurden bislang unter den Handelsaktiva und werden jetzt unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Darüber hinaus weisen wir die Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte nicht mehr unter den Handelsaktiva, sondern unter den sonstigen

Forderungen in den Forderungen an Kunden aus. Wir haben die Vorjahreszahlen angepasst.

Der Zuwachs auf den Kreditkonten resultiert insbesondere aus dem Firmenkundenkreditgeschäft und spiegelt unsere eingeschlagene Wachstumsstrategie wider.

23 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Risikovorsorge für Forderungen	33,4	25,2
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	5,9	4,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39,3	29,3

Bei der Risikovorsorge für Forderungen handelt es sich ausschließlich um Wertberichtigungen für Forderungen an Kunden. Die Wertberichtigung auf Portfoliobasis wurde er-

höht, um unter anderem dem gestiegenen Kreditvolumen sowie der leicht veränderten Portfoliostruktur Rechnung zu tragen.

Die folgende Darstellung zeigt die Entwicklung der Risikovorsorge für Forderungen:

in Mio. €	Wertberichtigungen auf				Insgesamt	
	Einzelbasis		Portfoliobasis		2013	2012
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Stand 01.01.	12,9	16,6	12,3	10,5	25,2	27,1
Auflösungen	0,8	10,0	0,0	0,0	0,8	10,0
Verbrauch	0,2	2,4	0,0	0,0	0,2	2,4
Zuführungen	4,6	8,7	5,4	1,8	10,0	10,5
Direktabschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Währungsdifferenzen/Umbuchungen	-0,8	0,0	0,0	0,0	-0,8	0,0
Stand 31.12.	15,7	12,9	17,7	12,3	33,4	25,2

Die Entwicklung der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft ergibt folgendes Bild:

in Mio. €	Rückstellungen auf				Insgesamt	
	Einzelbasis		Portfoliobasis		2013	2012
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Stand 01.01.	0,0	0,0	4,1	3,2	4,1	3,2
Auflösungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbrauch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuführungen	0,0	0,0	1,8	0,9	1,8	0,9
Währungsdifferenzen/Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.	0,0	0,0	5,9	4,1	5,9	4,1

24 Handelsaktiva

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.484,0	3.853,2
davon:		
von öffentlichen Emittenten	1.668,8	2.463,7
von anderen Emittenten	815,2	1.389,5
davon:		
börsennotiert	2.454,9	3.823,1
nicht börsennotiert	29,1	30,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.393,4	807,9
davon:		
börsennotiert	1.337,4	738,8
nicht börsennotiert	56,0	69,1
Handelbare Forderungen	1.420,3	1.770,9
Positive Marktwerte Derivate	1.449,9	1.829,5
davon:		
OTC-Derivate	1.136,6	1.595,1
börsengehandelte Derivate	313,3	234,4
Derivate in Sicherungsbeziehungen	6,0	0,0
Insgesamt	6.753,6	8.261,5

Wir haben den Ausweis unserer Sicherheiten im Derivategeschäft geändert. Sie wurden bislang unter den Handelsaktiva und werden jetzt unter den Forderungen an Kunden/Kreditinstitute ausgewiesen. Darüber hinaus weisen wir die Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte nicht mehr unter den Handelsaktiva, sondern unter den Sonstigen Forderungen in den Forderungen an Kunden/Kreditinstitute aus. Wir haben die Vorjahreszahlen angepasst.

Der Rückgang der positiven Marktwerte der Derivate korrespondiert mit dem Rückgang der negativen Marktwerte der Derivate in den Handelspassiva.

Als Handelbare Forderungen werden überwiegend Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen ausgewiesen.

25 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen enthalten die strategischen Positionen der Bank und lassen sich wie folgt aufgliedern:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.693,7	4.612,9
davon:		
von öffentlichen Emittenten	2.130,2	2.072,6
von anderen Emittenten	2.563,5	2.540,3
davon:		
börsennotiert	4.635,7	4.551,9
nicht börsennotiert	58,0	61,0
Aktien	29,9	38,9
Investmentanteile	95,5	80,2
Schuldscheindarlehen	209,1	235,6
Beteiligungen	96,6	100,7
Insgesamt	5.124,8	5.068,3

Alle Finanzanlagen sind der Kategorie Available for Sale gemäß IAS 39 zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt den Differenzbetrag zwischen Fair Value und fortgeführten Anschaffungskosten:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	96,3	134,5
Aktien	3,2	8,2
Investmentanteile	14,1	9,6
Schuldscheindarlehen	21,4	27,9
Beteiligungen	35,2	31,8
Insgesamt	170,2	212,0

26 Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Die nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über die Entwicklung der Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen:

in Mio. €	2013	2012
Buchwert zum 01.01.	55,1	65,2
Zugang	0,0	0,0
Ergebnisanteil des Geschäftsjahres	0,3	0,4
Impairments	0,0	-8,5
Dividendenausschüttung	-0,9	-0,7
Abgang	0,0	-1,3
Buchwert zum 31.12.	54,5	55,1

Als at equity bilanzierte Unternehmen weisen wir die als Joint Venture mit HSBC Global Asset Management (France), Paris, geführte Gesellschaft HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG, Zürich, und die als Joint Venture mit Société Financière et Mobilière, Paris, bestehende HSBC Trinkaus Gesellschaft für Kapitalmarktinvestments oHG, Düsseldorf, aus.

Insgesamt belaufen sich die Vermögenswerte der at equity bilanzierten Unternehmen auf 549,2 Mio. Euro (Vorjahr: 552,5 Mio. Euro) und die Verbindlichkeiten auf 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) bei einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 7,8 Mio. Euro).

27 Anlagespiegel

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Sachanlagevermögen (gesamt)	Immaterielle Vermögenswerte
Anschaffungskosten 01.01.2013	80,3	91,1	171,4	108,2
Zugänge	3,6	18,3	21,9	1,4
Abgänge	0,0	8,7	8,7	0,3
Anschaffungskosten 31.12.2013	83,9	100,7	184,6	109,3
Abschreibungen 01.01.2013	33,7	57,2	90,9	84,5
Planmäßige Abschreibungen	1,1	12,1	13,2	8,3
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,0	4,2	4,2	0,6
Abgänge der Abschreibungen	0,0	7,5	7,5	0,0
Abschreibungen 31.12.2013	34,8	66,0	100,8	93,4
Bilanzwert 31.12.2013	49,1	34,7	83,8	15,9
Bilanzwert 31.12.2012	46,6	33,9	80,5	23,7

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Sachanlagevermögen (gesamt)	Immaterielle Vermögenswerte
Anschaffungskosten 01.01.2012	79,7	83,4	163,1	107,0
Zugänge	0,6	20,4	21,0	1,5
Abgänge	0,0	12,7	12,7	0,3
Anschaffungskosten 31.12.2012	80,3	91,1	171,4	108,2
Abschreibungen 01.01.2012	32,6	51,2	83,8	75,7
Planmäßige Abschreibungen	1,1	12,3	13,4	8,9
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abgänge der Abschreibungen	0,0	6,3	6,3	0,1
Abschreibungen 31.12.2012	33,7	57,2	90,9	84,5
Bilanzwert 31.12.2012	46,6	33,9	80,5	23,7
Bilanzwert 31.12.2011	47,1	32,2	79,3	31,3

In den immateriellen Vermögenswerten ist ein Goodwill in Höhe von 4,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro) enthalten. Währungseffekte haben den Anlagespiegel wie im Vorjahr nicht beeinflusst.

28 Ertragsteueransprüche

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012*
Laufende Ertragsteueransprüche	5,2	1,2
Latente Ertragsteueransprüche	5,7	0,0
Insgesamt	10,9	1,2

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Die laufenden Ertragsteueransprüche betreffen überwiegend Forderungen an deutsche Steuerbehörden.

29 Sonstige Aktiva

Unter den Sonstigen Aktiva in Höhe von 164,5 Mio. Euro (Vorjahr: 212,1 Mio. Euro) weisen wir eine Immobilie aus einem konsolidierten geschlossenen Immobilienfonds mit einem Buchwert von 124,3 Mio. Euro (Vorjahr: 147,5 Mio. Euro) aus. Der Rückgang resultiert aus einem im Vergleich zum Vorjahresende deutlich schwächeren Australischen Dollar gegenüber dem Euro und korrespon-

diert mit der niedrigen Bewertung der entsprechenden externen Finanzierung. Wie im Vorjahr wurden auch im laufenden Jahr keine Fremdkapitalzinsen aktiviert. Außerdem sind hier im Wesentlichen die Überdeckung aus unseren CTAs in Höhe von 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1,6 Mio. Euro) sowie sonstige Steuerforderungen mit 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro) enthalten.

30 Nachrangige Vermögenswerte

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der nachrangigen Vermögenswerte:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	247,9	162,3
Genussscheine	7,4	7,4
Insgesamt	255,3	169,7

31 Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Wertpapiere, die wir hingegeben haben und die nach IAS 39 nicht ausgebucht werden durften, sowie die assoziierten finanziellen Verbindlichkeiten.

Neben eigenen Wertpapieren wurden auch solche hingegeben, die wir im Rahmen von Wertpapierleihe- und Pensionsgeschäften vorher erhalten haben. Die transferierten Wertpapiere werden sämtlich unter den Handelsaktiva ausgewiesen:

in Mio. €	31.12.2013		31.12.2012	
	Marktwert der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Verbindlichkeiten	Marktwert der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten finanziellen Verbindlichkeiten
Pensionsgeschäfte	0,0	0,0	0,0	0,0
Wertpapierleihegeschäfte	52,9	8,0	44,0	2,1
Insgesamt	52,9	8,0	44,0	2,1

Für erhaltene Wertpapiere ergibt sich folgendes Bild:

in Mio. €	31.12.2013		31.12.2012	
	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten Forderung	Fair Value der transferierten finanziellen Vermögenswerte	Buchwert der assoziierten Forderung
Pensionsgeschäfte	43,4	43,7	127,9	113,5
davon veräußerbar bzw. verpfändbar	43,4	–	127,9	–
davon bereits veräußert bzw. verpfändet	0,0	–	0,0	–
Wertpapierleihegeschäfte	62,2	14,3	86,9	9,7
davon veräußerbar bzw. verpfändbar	50,0	–	50,6	–
davon bereits veräußert bzw. verpfändet	12,2	–	36,3	–
Insgesamt	105,6	58,0	214,8	123,2

Die Übersicht enthält die Finanzinstrumente, die nach IAS 39 nicht eingebucht werden durften, sowie die assoziierten Forderungen. Ein bilanzielles Netting erfolgt nicht.

Im Rahmen von Wertpapierpensions- sowie -leihegeschäften ist die Bank sowohl als Sicherungsnehmer als auch als Sicherungsgeber aktiv (vgl. Note 61). Die Transaktionen wurden zu marktüblichen Konditionen durchgeführt.

32 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Laufende Konten	648,1	561,5
Geldmarktgeschäfte	270,8	402,4
davon Tagesgelder	2,8	22,9
davon Termingelder	268,0	379,5
Sonstige Verbindlichkeiten	145,3	90,9
Sicherheiten im Derivategeschäft	205,2	164,7
Insgesamt	1.269,4	1.219,5
davon gegenüber inländischen Kreditinstituten	439,1	367,1
davon gegenüber ausländischen Kreditinstituten	830,3	852,4

Wir haben den Ausweis unserer Sicherheiten im Derivategeschäft mit Kreditinstituten geändert. Sie wurden bislang unter den Handelspassiva und werden jetzt unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Darüber hinaus weisen wir die Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte nicht mehr unter den Handelspassiva,

sondern unter den Sonstigen Verbindlichkeiten in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus. Wir haben die Vorjahreszahlen angepasst. Zum 31. Dezember 2013 betragen die durch Grundpfandrechte besicherten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 52,8 Mio. Euro (Vorjahr: 72,2 Mio. Euro).

33 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Laufende Konten	9.149,9	8.163,3
Geldmarktgeschäfte	2.642,4	3.394,9
davon Tagesgelder	396,4	750,0
davon Termingelder	2.246,0	2.644,9
Spareinlagen	57,2	53,6
Sonstige Verbindlichkeiten	369,6	268,6
Insgesamt	12.219,1	11.880,4
davon gegenüber inländischen Kunden	10.681,7	8.885,8
davon gegenüber ausländischen Kunden	1.537,4	2.994,6

Wir haben den Ausweis unserer Sicherheiten im Derivategeschäft mit Kunden geändert. Sie wurden bislang unter den Handelspassiva und werden jetzt unter den Sonstigen Verbindlichkeiten in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen. Darüber hinaus weisen wir die Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte nicht mehr unter den Handelspassiva, sondern unter den Sonstigen Verbindlichkeiten in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus. Wir haben die Vorjahreszahlen angepasst.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellen weiterhin unsere maßgebliche Refinanzierungsquelle dar. Das hohe Niveau von Kundeneinlagen werten wir als klare Wertschätzung unserer Kunden in unsere solide Geschäftspolitik.

34 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten betreffen begebene Schuldverschreibungen in Höhe von 10,0 Mio. Euro (Vorjahr: 10,0 Mio. Euro).

35 Handelspassiva

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Negative Marktwerte Derivate	1.881,3	2.408,3
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	2.114,5	2.195,2
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	53,1	41,5
Derivate in Sicherungsbeziehungen	46,9	70,4
Derivate des Bankbuchs	4,1	6,5
Insgesamt	4.099,9	4.721,9

Wir haben den Ausweis unserer Sicherheiten im Derivategeschäft geändert. Diese wurden bislang unter den Handelspassiva ausgewiesen und werden jetzt unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden/Kreditinstituten ausgewiesen. Darüber hinaus weisen wir die Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte nicht mehr unter den Handelspassiva, sondern unter den Sonstigen Verbindlichkeiten in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden/Kreditinstituten aus. Wir haben die Vorjahreszahlen angepasst.

Für die Emission und Platzierung von Zertifikaten und Optionsscheinen sowie von strukturierten Schuldscheindarlehen und Anleihen sind unmittelbar die Handelsbereiche verantwortlich. Daher werden diese Emissionen nach IAS 39 als Handelspassiva ausgewiesen und mit ihrem Fair Value bewertet. Der Rückgang der negativen Marktwerte der Derivate korrespondiert mit den gesunkenen positiven Marktwerten der Derivate (vgl. Note 24).

36 Rückstellungen

in Mio. €	Stand 31.12.2012	Retro- spektive An- passung	Stand 01.01.2013	Verbrauch	Auflösung	Zufüh- rung / Auf- zinsung	Um- buchung / Sonstiges	Versiche- rungs- math. Ergebnis	Stand 31.12.2013
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28,3	-0,3	28,0	4,0	0,0	4,9	-0,1	-3,5	25,3
Rückstellungen im Personalbereich	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0	0,2
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	4,1	0,0	4,1	0,0	0,0	1,8	0,0	0,0	5,9
Rückstellungen für sonstige Steuern	2,6	0,0	2,6	0,0	1,5	0,0	0,0	0,0	1,1
Übrige Rückstellungen	101,8	0,0	101,8	20,2	48,6	77,2	0,0	0,0	110,2
Rückstellungen	136,9	-0,3	136,6	24,2	50,2	84,1	-0,1	-3,5	142,7

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten auch die Verpflichtungen aus Altersteilzeit-, Vorruhestands- und Jubiläumsregelungen.

Darüber hinaus sind in diesem Posten die Verpflichtungen aus dem Lebensarbeitszeitkonto-Modell in Höhe von 14,3 Mio. Euro enthalten.

Die Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft umfassen Drohverlustrückstellungen in Verbindung mit Avalen, Akzepten und Kreditzusagen. Sie bilden einen Teil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft (vgl. Note 23).

Die Rückstellungen für sonstige Steuern enthalten voraussichtliche Zahlungsverpflichtungen aus der Betriebsprüfung für die Umsatzsteuer der Vorjahre.

Die übrigen Rückstellungen bestehen vor allem aus Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Rückzug vom Standort Luxemburg sowie Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus IT-Verträgen und Kundenbeschwerden.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter existieren verschiedene Ruhegeld- beziehungsweise Versorgungsordnungen in Abhängigkeit vom Eintrittsdatum des Mitarbeiters in den Konzern. Im Folgenden sind die Plancharakteristika der im Sinne von IAS 19 als Defined Benefit-Pläne einzustufenden Versorgungszusagen skizziert.

Kollektive Regelungen

(a) Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Zusagen auf betriebliche Altersversorgung wurden den Mitarbeitern als kollektive Regelungen in Form von Betriebsvereinbarungen erteilt, die als Direktzusagen ausgestaltet sind.

(b) Für Neuzugänge offene Regelungen

Im Rahmen der derzeit für Neuzugänge offenen arbeitgeberfinanzierten Regelung (VO 2013) sagt die Bank ihren Mitarbeitern Kapitalleistungen im Fall der Pensionierung, der Invalidität und des Todes als Anwärter zu. Die Zusage ist beitragsorientiert ausgestaltet, die Leistungen ergeben sich als Kapitalbausteine aus den zugesagten Beiträgen durch eine garantierte Verzinsung. Die Höhe der garantierten Verzinsung kann für zukünftige Bausteine an ein verändertes Zinsumfeld angepasst werden. Die Beitragszeit beträgt jeweils zehn Jahre nach dem Ende des Berichtsjahres. Die Bank kann jederzeit festlegen, ob und wie sich die Beitragszeit verlängert. Hat die Bank bis zum Ende eines Geschäftsjahres keine Erklärung abgegeben, gilt die Beitragszeit als um ein weiteres Jahr verlängert.

(c) Geschlossene Regelungen

Mitarbeiter mit Eintritt zwischen dem 1. Januar 2001 und dem 1. Juli 2013 erhielten eine zu der VO 2013 analoge Regelung (VO 2001), die sich von der aktuellen Regelung im Wesentlichen in der Höhe der zugesagten Garantieverzinsung unterscheidet. Aus diesem Versorgungswerk bestehen unverfallbare Anwartschaften ausgeschiedener Mitarbeiter, jedoch keine laufenden Rentenleistungen.

Für bis zum 31. Dezember 2000 eingetretene Mitarbeiter sowie die ehemaligen Mitarbeiter der Niederlassung Hamburg existieren zwei weitere Versorgungswerke, die für Neuzugänge geschlossen wurden. Begünstigte dieser Regelungen erhalten Leistungen in Form lebenslanger Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten. Es handelt

sich um dienstzeitabhängige Endgehaltspläne mit gespaltenen Leistungsformel.

Neben den heute noch aktiven Mitarbeitern gibt es aus diesen Regelungen ausgeschiedene Anwärter mit unverfallbaren Anwartschaften auf lebenslang laufende Renten und Versorgungsempfänger. Diese beziehen lebenslange Renten, für die nach § 16 Absatz 1 Betriebsrentengesetz (BetrAVG) eine Anpassungsprüfung vorzunehmen ist.

Für einen geschlossenen Personenkreis von Anwärtern besteht eine beitragsorientierte Kapitalzusage. Für diese hat die Bank Rückdeckungsversicherungen bei führenden deutschen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen, sodass der Mitarbeiter genau die Leistung erhält, die sich aus der Rückdeckungsversicherung ergibt.

(d) BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G.

Außerdem leisten einige Konzernunternehmen Beiträge an den BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. beziehungsweise an die BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V. Diese werden als Defined Contribution-Plan behandelt. Ein Teil der Beiträge resultiert aus der Entgeltumwandlung der Arbeitnehmer. Der gesamte Aufwand belief sich im Berichtsjahr auf 5,3 Mio. Euro (Vorjahr: 5,2 Mio. Euro).

Einzelzusagen

Für ehemalige und aktive Vorstände und Bereichsvorstände sowie ehemals persönlich haftende Gesellschafter existieren endgehaltsbezogene Einzelzusagen auf lebenslang laufende Leistungen. Zuletzt berufenen Vorstandsmitgliedern wurden einzelvertraglich beitragsorientierte Kapitalplanzusagen erteilt. Zusätzlich wurde einigen ehemaligen Vorständen und Bereichsvorständen sowie ehemals persönlich haftenden Gesellschaftern eine Kapitalzusage aus der Entgeltumwandlung erteilt. Die garantierte Verzinsung des eingebrachten Umwandlungsbetrags ist festgeschrieben, die Auszahlung des Kapitals erfolgt in Raten.

Die ehemaligen Vorstände, Bereichsvorstände und persönlich haftenden Gesellschafter beziehungsweise ihre Hinterbliebenen sind Versorgungsempfänger oder haben eine entsprechende unverfallbare Anwartschaft.

Finanzierung

Zur Finanzierung der Verpflichtungen wurde zweckgebundenes Vermögen gebildet und durch ein sogenanntes Contractual Trust Arrangement (CTA) separiert. Die Funktion des Treuhänders wird von HSBC Trinkaus Vermögenstreuhänder e. V. sowie HSBC Trinkaus Mitarbeitertreuhänder e. V. übernommen. Aktive Mitglieder des Treuhänders sind zwei Vorstände sowie zwei Mitarbeiter von HSBC Trinkaus.

Die Bank strebt regelmäßig eine weitgehende Ausfinanzierung der zugesagten Leistungen an. Eine Verpflichtung zur Zuwendung von Beiträgen an das CTA besteht nicht. Vermögen, das nicht zur Finanzierung der zugesagten Leistungen benötigt wird, steht der Bank zu. Mit Ausnahme der Wiederanlage der Ausschüttung ist es derzeit nicht beabsichtigt, dem Planvermögen weiteres Geld zuzuführen.

Die Erträge dürfen nur satzungsgemäß verwendet werden, zum Beispiel für Pensionszahlungen beziehungsweise zur Wiederanlage. Entnahmen dürfen ebenfalls nur satzungsgemäß erfolgen. Soweit Leistungen direkt zugesagt sind und eine Unterdeckung im CTA besteht, werden für diese Rückstellungen gebildet. Die Finanzierung der rückdeckungsakzessorischen Kapitalzusage erfolgt über Rückdeckungsversicherungen bei führenden deutschen Versicherungsgesellschaften.

Strategische Zielsetzung der Anlage ist es, im Zeitverlauf eine möglichst kontinuierliche Wertsteigerung zu erzielen. Der Fonds investiert hierzu in die gängigen Asset-Klassen wie Aktien, Staatsanleihen, Corporate Bonds, Währungen oder Rohstoffe. Investiert wird sowohl in die entwickelten Regionen als auch in Schwellenländer. Insgesamt wird auf eine hohe Diversifizierung geachtet.

Risikoaspekte

Aus den Anwartschaften auf lebenslange Renten sowie der Verpflichtung zur Zahlung laufender Leistungen aus Altzusagen trägt die Bank die Anpassungsrisiken der lebenslang laufenden Leistungen. Dies bedeutet faktisch eine Rentensteigerung gemäß der Entwicklung der Verbraucherpreise. Zudem bestehen Anpassungsrisiken aus bezügedynamischen Komponenten.

Ferner bestehen bei den lebenslang laufenden Leistungen Langlebighkeitsrisiken. Die bei der Bewertung des Barwerts der Verpflichtung verwendeten Richttafeln berücksichtigen als Generationentafeln bereits die derzeit absehbare Erhöhung der Lebenserwartung.

Die Anpassungs- und Langlebighkeitsrisiken wurden bei den seit 2001 erteilten Kapitalzusagen und vor allem in dem für Neuzugänge offenen Versorgungswerk weitgehend eliminiert.

Die bilanziellen Risiken und die Finanzierungsrisiken hat die Bank durch Zuwendungen an das CTA und die dadurch vorhandenen Deckungsmittel reduziert. Es bestehen jedoch insoweit Finanzierungsrisiken, als die Erträge der Deckungsmittel nicht der angenommenen Verzinsung des Barwerts der Verpflichtung entsprechen. Des Weiteren resultieren Bilanzrisiken aus Schwankungen des für die Ermittlung des Barwerts der Verpflichtung anzusetzenden Rechnungszinses, soweit der Veränderung des Barwerts der Verpflichtung aus einer Schwankung des Rechnungszinses keine entsprechende Veränderung des Zeitwerts der Deckungsmittel gegenübersteht.

Der Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, DBO) der geschlossenen Versorgungswerke beträgt in der Berichtsperiode 175,1 Mio. Euro (davon Leistungsempfänger 55,8 Mio. Euro); die DBO der Einzelzusagen beläuft sich auf 64,2 Mio. Euro (davon Leistungsempfänger 33,3 Mio. Euro). Die DBO der offenen Versorgungswerke beträgt 0,0 Mio. Euro, da diese Verordnung erst am 1. Juli 2013 in Kraft getreten ist. Auf Kapitalzusagen entfallen 32,6 Mio. Euro.

Die Berechnung der Pensionsverpflichtungen wird in versicherungsmathematischen Gutachten auf der Grundlage der Projected Unit Credit Method vorgenommen. Bei diesen jährlichen Bewertungen legen wir – neben aktuellen Sterbetafeln (Heubeck-Richttafeln 2005 G) – folgende Parameter zugrunde:

in %	31.12.2013	31.12.2012
Langfristiger Rechnungszinsfuß	3,47	3,39
Erwartete Gehaltsentwicklung	3,0	3,0
Voraussichtliche Rentenanpassung	2,0	2,0
Erwartete Inflationsrate	2,0	2,0
Erwarteter Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherung	2,5	2,5

Der Rechnungszinsfuß ermittelt sich anhand der durchschnittlichen Rendite langfristiger und bonitätsmäßig einwandfreier Anleihen und beträgt im Berichtsjahr bei einer Duration der Verpflichtungen von 18 Jahren 3,47 % (Vorjahr: 3,39 %). Dabei wird das vom Beratungsunternehmen

Towers Watson angebotene Zinsermittlungsverfahren „Global Rate:Link“ verwendet. Dieses bezieht Anleihen mit einem Rating von mindestens „AA“ unter Berücksichtigung von bestimmten weiteren Kriterien ein.

Sensitivitätsanalysen für die leistungsorientierten Verpflichtungen

Nach IAS 19.145 ist zu bestimmen, in welcher Höhe sich die für die DBO vorgesehenen erheblichen Bewertungsannahmen in einem Zeitraum von einem Jahr „vernünftigerweise“ verändern können.

Als erhebliche Annahmen sind regelmäßig anzusehen: der Rechnungszins, die angenommene Inflationsrate sowie die zugrunde gelegte Gehaltssteigerungsrate.

Bewertungsparameter	Ausgangswert	Sensitivität	Auswirkung auf die DBO
Rechnungszins	3,47 %	+ 1,00 Prozentpunkte	- 14,9 %
Rechnungszins	3,47 %	- 1,00 Prozentpunkte	19,4 %
Gehaltstrend	3,00 %	- 0,50 Prozentpunkte	- 3,0 %
Gehaltstrend	3,00 %	+ 0,50 Prozentpunkte	3,4 %
Rententrend	2,00 %	- 0,25 Prozentpunkte	- 2,5 %
Rententrend	2,00 %	+ 0,25 Prozentpunkte	2,6 %
BBG-Trend	2,50 %	- 0,25 Prozentpunkte	0,0 %
BBG-Trend	2,50 %	+ 0,25 Prozentpunkte	- 1,3 %
Lebenserwartung	gemäß RT 2005 G	+ 1 Jahr für eine aktuell 65-jährige Person	2,7 %

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2013	2012*
Pensionsverpflichtungen zum 31.12. (vor Anpassung)	278,1	212,8
Retrospektive Anpassung	-0,3	-0,4
Pensionsverpflichtungen zum 01.01.	277,8	212,4
Laufender Dienstzeitaufwand	11,3	9,9
Zinsaufwand	9,1	10,0
Gezahlte Pensionen	-10,8	-11,3
Transfer und Sonstiges	6,1	4,8
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste	-0,9	52,0
aus Anpassung der Verpflichtung	2,4	-0,8
aus Änderung der demografischen Annahmen	0,0	0,0
aus Änderung der finanziellen Annahmen	-3,3	52,8
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	292,6	277,8

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Im Posten Transfer und Sonstiges ist die Zuführung der Verpflichtung aus dem Lebensarbeitszeitkonto-Modell enthalten.

Aufteilung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2013	2012
Aktive	168,0	151,8
davon unverfallbar	112,2	105,4
Unverfallbar Ausgeschiedene	35,5	33,5
Leistungsempfänger	89,1	92,5
Gesamt	292,6	277,8

Aufgliederung der Pensionsverpflichtungen

in Mio. €	2013	2012	2011	2010	2009
Pensionsverpflichtungen, die nicht fondsfinanziert sind	17,1	14,8	10,5	9,9	8,1
Pensionsverpflichtungen, die fondsfinanziert sind					
Barwert der Pensionsverpflichtungen	275,5	263,0	202,3	196,1	182,7
Fair Value des Planvermögens	268,8	251,4	196,9	203,8	197,4
Saldo	6,7	11,6	5,4	-7,7	-14,7
davon Planunterdeckung	8,2	13,2	6,4	2,8	4,0
davon Planüberdeckung	1,5	1,6	1,0	10,5	18,7
Gesamte Pensionsverpflichtungen	25,3	28,0	16,9	12,8	12,1
Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung					
aus Planvermögen (vor Steuern)	-9,8	-12,5	-32,8	-16,8	-16,6
aus Pensionsverpflichtungen (vor Steuern)	-74,7	-75,6	-23,6	-26,9	-17,6

Die kumulierten erfolgsneutral im Eigenkapital erfassten Bewertungsreserven für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung belaufen sich auf einen Verlust in Höhe von 58,6 Mio. Euro nach Steuern (Vorjahresverlust: 60,3 Mio. Euro).

Die im Berichtsjahr entstandenen Gewinne aus der Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung resultieren überwiegend aus der Vermögensseite.

Auswirkungen der Verpflichtungen auf die zukünftigen Cashflows

in Mio. €	2014	2015	2016	2017	2018	2019–2023
Zukünftige Cashflows	9,2	9,3	9,7	9,5	9,7	55,2

Entwicklung des Fair Value des Planvermögens

in Mio. €	2013	2012*
Fair Value des Planvermögens zum 01.01.	251,4	196,9
Zuführungen/Entnahmen	6,3	36,0
Auflösungen	0,0	0,0
Zinserträge	8,5	9,8
Tatsächliche Erträge unter Ausschluss der Zinserträge	2,6	8,7
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	268,8	251,4

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Unter Zuführungen/Entnahmen zeigen wir die Zuführung zum Planvermögen aus dem Lebensarbeitszeitkonto-

modell, den Zukauf weiterer Fondsanteile ins Planvermögen sowie die Ausschüttung aus dem Planvermögen.

Aufgliederung des Fair Value des Planvermögens

in Mio. €	2013	2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	87,0	86,0
Aktien	20,2	17,5
Discount-/Indexzertifikate	66,0	53,4
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	18,5	17,8
Investmentfonds	54,2	43,1
Geschlossener Immobilienfonds	4,0	4,0
Sonstige	18,9	29,6
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	268,8	251,4

Mit Ausnahme der Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen und den Anteilen an geschlossenen Immobilienfonds basieren die Fair Values des Planvermögens

auf Preisen von aktiven Märkten beziehungsweise auf Bewertungsmodellen, bei denen alle Bewertungsparameter beobachtbar sind.

37 Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012*
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	39,9	53,4
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	0,0	12,4
Insgesamt	39,9	65,8

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Unter die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen fallen die Beträge für Ertragsteuern, die wir auf der Basis der Steuerbilanzen der vollkonsolidierten Konzerngesellschaften voraussichtlich zahlen werden, vermindert um die bereits geleisteten Steuervorauszahlungen. Weiterhin werden hier unsere Verpflichtungen für etwaige Ergebnisse aus laufenden und zukünftigen Betriebsprüfungen ausgewiesen.

Die latenten Steuern sind unsere zukünftigen Steuerbelastungen beziehungsweise -entlastungen, die für Differenzen zwischen den steuerlichen und den bilanziellen Wertansätzen gebildet wurden (vgl. Note 50).

Latente Steuererstattungsansprüche werden – wenn die Aufrechnungsvoraussetzungen vorliegen – wie im Vorjahr mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen saldiert.

Die latenten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen entfallen auf folgende Positionen:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012*	Veränderung
	Bilanzansatz	Bilanzansatz	
Handelsbestand**	3,8	5,2	-1,4
Anteilsbasierte Vergütungen	3,2	4,1	-0,9
Immaterielle Vermögenswerte	2,3	2,2	0,1
Verlustvortrag	0,0	0,0	0,0
Derivate des Bankbuchs	0,0	0,0	0,0
Gebäude	-0,1	-0,1	0,0
Risikovorsorge	-8,2	-2,0	-6,2
Pensionen	-8,2	-5,2	-3,0
Finanzanlagen	-1,8	-2,0	0,2
Rückstellungen	-8,8	-12,1	3,3
Erfolgswirksam	-17,8	-9,8	-8,0
Finanzinstrumente	37,6	51,4	-13,8
Währungsumrechnung	0,5	-1,3	1,8
Pensionen	-26,0	-27,8	1,8
Erfolgsneutral	12,1	22,3	-10,2
Latente Steuern	-5,7	12,5	-18,2
davon Ertragsteueransprüche	-5,7	0,0	-5,7
davon Ertragsteuerverpflichtungen	0,0	12,5	-12,5

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

** Saldo aus Bewertungsunterschieden aller Handelsaktivitäten

38 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012*
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	14,4	15,3
Rechnungsabgrenzungsposten	8,1	14,6
Zinsabgrenzungen auf		
Nachrangige Verbindlichkeiten	6,7	6,8
Genussrechtskapital	4,9	4,9
Sonstige Verbindlichkeiten	195,2	233,4
Insgesamt	229,3	275,0

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Die Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern umfassen Umsatzsteuerverbindlichkeiten sowie abzuführende Kapitalertragsteuern aus unserem Kundengeschäft.

In den sonstigen Verbindlichkeiten befinden sich in erster Linie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie aus ergebnisabhängigen Bezügen.

39 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Nachrangige Verbindlichkeiten (Schuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen)	245,7	253,4
Genussrechtskapital	100,0	100,0
Insgesamt	345,7	353,4

Durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Juni 2012 ist der Vorstand ermächtigt, mit der Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 4. Juni 2017 einmalig oder mehrfach auf den Namen und/oder auf den Inhaber lautende Genussrechte ohne Wandlungs- oder Optionsrecht im Gesamtnennbetrag von bis zu 300,0 Mio. Euro auszugeben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht.

Im Falle der Liquidation, der Insolvenz oder eines sonstigen Verfahrens zur Abwendung der Insolvenz werden die Forderungen aus den nachrangigen Mittelaufnahmen erst dann erfüllt, wenn alle anderen Forderungen an HSBC Trinkaus befriedigt worden sind. Untereinander sind alle Nachrangigen Verbindlichkeiten gleichrangig. Alle nachrangigen

Mittelaufnahmen können von den Gläubigern nicht vorzeitig gekündigt werden. Genussscheine können von HSBC Trinkaus bei einer Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen mit einer zweijährigen Kündigungsfrist vorzeitig gekündigt werden.

Das Nachrangkapital wird mit einem Betrag von 317,2 Mio. Euro (Vorjahr: 320,3 Mio. Euro) – vor Disagio- und Marktpflegeabzug – für die Ermittlung des haftenden Eigenkapitals nach § 10 Abs. 5 a KWG herangezogen.

Für das Geschäftsjahr 2013 entfällt auf nachrangige Verbindlichkeiten ein Zinsaufwand von 12,6 Mio. Euro (Vorjahr: 12,6 Mio. Euro) und auf Genussrechtskapital ein Zinsaufwand von 4,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro).

Verzinsung und Rückzahlung der nachrangigen Verbindlichkeiten

Verzinsung	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2013	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2012
Bis 5 %	100,2	100,2
Über 5 % bis 8 %	145,5	153,2
Festsätze	245,7	253,4
Variable Sätze	0,0	0,0
Insgesamt	245,7	253,4

Rückzahlung	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2013	Nominalbetrag in Mio. € 31.12.2012
Bis 1 Jahr	47,5	7,7
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	65,2	97,7
Über 5 Jahre	133,0	148,0
Insgesamt	245,7	253,4

40 Eigenkapital

Das Gezeichnete Kapital der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG zum 31. Dezember 2013 beträgt 75,4 Mio. Euro (Vorjahr: 75,4 Mio. Euro); es ist unverändert in 28.107.693 nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital um bis zu 37,7 Mio. Euro bis zum 31. Mai 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats zu erhöhen, und zwar durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Sach- oder Bareinlagen (genehmigtes Kapital).

Das Grundkapital ist außerdem um bis zu 37,7 Mio. Euro durch die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber von Wandel- oder Optionsrechten aus den bis zum 31. Mai 2016 zu begebenden Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder Genussrechten mit Wandel- oder Optionsrechten von ihren Wandel- beziehungsweise Optionsrechten Gebrauch machen (bedingtes Kapital).

Bewertungsreserve für Finanzinstrumente

Die Bewertungsreserve für Finanzinstrumente hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2013	2012
Nettobewertungsreserve zum 01.01.	160,6	88,5
Abgänge/Zugänge (brutto)	-19,2	35,1
Marktwertschwankungen (brutto)	-21,9	63,2
Impairments (brutto)	-0,7	0,0
Latente Steuern	13,8	-26,2
Nettobewertungsreserve zum 31.12.	132,6	160,6

HSBC Trinkaus erfüllt seine Pflicht zur Offenlegung gemäß Säule 3 durch die Offenlegung auf Konzernebene der HSBC Holdings plc, London (§ 319 SolvV). Wir verweisen diesbezüglich auf die Veröffentlichungen von HSBC unter der Rubrik Investor Relations auf ihrer Website (www.hsbc.com).

41 Anteile in Fremdbesitz

Bei den bislang als Anteile in Fremdbesitz ausgewiesenen Anteilen handelt es sich um einen Kommanditanteil an ei-

nem geschlossenen Immobilienfonds, der im Konzernabschluss voll konsolidiert wird. Nach einer erneuten rechtlichen Prüfung im Zusammenhang mit Überlegungen zur künftigen Nutzung der Immobilie wurde festgestellt, dass die Kontrolle und sämtliche Chancen und Risiken, die mit dem Kommanditanteil verbunden sind, nicht dem Inhaber der Kommanditanteile, sondern der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG zuzuordnen sind. Folglich weisen wir ab sofort keine Anteile im Fremdbesitz mehr aus. Wir haben die Vergleichsangaben entsprechend angepasst.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

42 Zinsüberschuss

in Mio. €	2013	2012
Zinserträge	236,1	253,7
Aus Forderungen an Kreditinstitute	17,0	24,2
Geldmarktgeschäfte	12,5	20,7
Andere verzinsliche Forderungen	4,4	3,5
Reverse Repos	0,1	0,0
Aus Forderungen an Kunden	96,3	101,0
Geldmarktgeschäfte	8,5	12,3
Andere verzinsliche Forderungen	87,8	88,7
Aus Finanzanlagen	122,8	128,5
Zinserträge	117,8	125,2
Dividendenerträge	2,6	2,0
Beteiligungserträge	2,4	1,3
Zinsaufwendungen	70,3	78,0
Aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22,3	18,1
Geldmarktgeschäfte	1,1	5,0
Andere verzinsliche Einlagen	21,2	13,1
Aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20,1	27,9
Geldmarktgeschäfte	5,2	10,4
Andere verzinsliche Einlagen	14,9	17,5
Aus Verbrieften Verbindlichkeiten	0,4	0,4
Aus Nachrangkapital	17,4	17,5
Sonstiges	10,1	14,1
Zinsüberschuss	165,8	175,7

Der Zinsüberschuss ist leicht um 9,9 Mio. Euro auf 165,8 Mio. Euro zurückgegangen. Dieser Rückgang ist unter anderem auch auf den Rückzug vom Standort Luxemburg zurückzuführen.

Das Zinsergebnis aus dem Einlagengeschäft ist weiterhin deutlich unter Druck. Bei leicht erhöhten Volumina verschlechterten sich die Margen durch die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken erheblich.

Das Zinsergebnis aus dem Kreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des gestiegenen Geschäftsvolumens im Zuge unserer Wachstumsstrategie deutlich verbessert, während die Margen leicht rückläufig waren.

Das Zinsergebnis aus unseren Finanzanlagen ist weiter gesunken. Endfällige Anleihen konnten bei vergleichbarem Risikoprofil im Marktumfeld 2013 nur durch solche mit deutlich niedrigeren Kupons ersetzt werden.

Im Berichtszeitraum wurden Zinserträge aus wertberichtigten finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro) vereinnahmt.

43 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €	2013	2012
Zuführungen	11,8	11,4
Auflösungen	0,8	10,0
Direktabschreibungen	0,0	0,0
Eingänge auf ausgebuchte Forderungen	0,1	0,5
Insgesamt	10,9	0,9

Die Wertberichtigungen betreffen nahezu vollständig Finanzinstrumente, die wir in den Forderungen an Kunden ausweisen beziehungsweise als Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen angeben.

Nach einer Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Vorjahr in Höhe von 0,9 Mio. Euro beträgt die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 10,9 Mio. Euro. Bei den Einzelwertberichtigungen

ergaben sich Neubildungen von 4,6 Mio. Euro sowie Auflösungen von 0,8 Mio. Euro. Bei den Portfoliowertberichtigungen war eine Nettozuführung von 7,2 Mio. Euro erforderlich. Die Erhöhung der Portfoliowertberichtigungen ist auf das gestiegene Kreditvolumen im Zuge unserer Wachstumsstrategie sowie die leicht veränderte Portfoliostruktur zurückzuführen.

44 Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen

Das Ergebnis aus Anteilen an at equity bilanzierten Unternehmen beträgt 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: –8,1 Mio. Euro). Das Vorjahresergebnis resultiert maßgeblich aus der Wert-

korrektur einer Beteiligung, die aufgrund der sich im regulatorischen Umfeld der Beteiligung abzeichnenden Änderungen erforderlich war.

45 Provisionsüberschuss

in Mio. €	2013	2012
Wertpapiergeschäft	216,5	213,3
Devisengeschäft und Derivate	92,6	102,6
Kreditgeschäft	23,0	14,3
Investment Banking	13,2	7,4
Zahlungsverkehr	12,9	11,7
Alternative Investments	11,9	3,4
Emissions- und Strukturierungsgeschäft	10,2	14,5
Auslandsgeschäft	9,7	9,7
Sonstiges Provisionsgeschäft	11,1	6,8
Insgesamt	401,1	383,7

Das Provisionsgeschäft bleibt mit einem Anteil von 57,0 % an den operativen Erträgen der maßgebliche Erfolgsfaktor von HSBC Trinkaus (Vorjahr: 54,4 %). Der Provisionsüberschuss in Höhe von 401,1 Mio. Euro hat sich gegenüber dem Vorjahreswert von 383,7 Mio. Euro um 4,5 % verbessert.

Im Wertpapiergeschäft haben wir die Zurückhaltung unserer Kunden an den Kapitalmärkten im Jahresdurchschnitt weiterhin gespürt.

Im Provisionsgeschäft mit Devisen und Derivaten erwirtschafteten wir mit 92,6 Mio. Euro (Vorjahr: 102,6 Mio. Euro) ein um 10,0 Mio. Euro deutlich schwächeres Ergebnis. Wir profitieren in diesem Geschäft weiterhin von der sehr engen Zusammenarbeit mit Gesellschaften der HSBC-Gruppe, die größtenteils die Risiken aus diesen Geschäften übernehmen und so zu einer sehr wettbewerbsfähigen Preisgestaltung beitragen.

Im Kreditbereich konnten wir unsere Ergebnisse erneut erheblich verbessern und damit unser Wachstum im Firmenkundenbereich auch im Provisionsbereich ertragreich fortsetzen. Das Provisionsergebnis erhöhte sich um

8,7 Mio. Euro auf 23,0 Mio. Euro. Dieser Anstieg ist nicht zuletzt auf Provisionen aus Lead Arrangements größerer Konsortialkredite zurückzuführen.

Des Weiteren steigerten wir den Provisionsüberschuss aus dem Investment Banking von 7,4 Mio. Euro im Vorjahr auf 13,2 Mio. Euro. Dies ist überwiegend auf die Begleitung von Kunden bei Kapitalerhöhungen zurückzuführen. Dagegen ist der Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Strukturierungsgeschäft um 4,3 Mio. Euro zurückgegangen.

Alternative Investments haben sich für unsere anspruchsvolle Kundschaft als eigene Asset-Klasse etabliert. Das Provisionsergebnis beträgt 11,9 Mio. Euro und erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 8,5 Mio. Euro, da wir unseren Kunden im Berichtsjahr den Zugang zu neuen Anlagemöglichkeiten verschaffen konnten.

Treuhandgeschäfte, die der Konzern im eigenen Namen, aber auf fremde Rechnung abschließt, werden bilanziell nicht erfasst. Das Provisionsergebnis umfasst, wie schon im Vorjahr, nahezu keine Aufwendungen und Erträge aus Treuhandtätigkeiten.

46 Handelsergebnis

in Mio. €	2013	2012
Aktien und Aktien-/Indexderivate	39,9	77,2
Renten und Zinsderivate	52,8	74,3
Devisen	6,2	11,3
Derivate des Bankbuchs	-3,2	-1,0
Insgesamt	95,7	161,8

Das Handelsergebnis ist deutlich um 66,1 Mio. Euro auf 95,7 Mio. Euro gesunken. Dies ist vor allem auf Sondereffekte im Vorjahr zurückzuführen: Einerseits profitierte die Bank 2012 von dem Effekt einer nachträglichen Abfindungserhöhung im Ergebnis aus Aktien und Aktien-/Indexderivaten. Andererseits waren in der Vergleichsperiode im Ergebnis aus Renten und Zinsderivaten Erträge aus der Treasury enthalten, die sich aufgrund der veränderten Zinslandschaft im Jahr 2013 erwartungsgemäß nicht wiederholen ließen. Weiterhin belastet die geringere Kundennachfrage nach tradingorientierten Retail-Produkten und Zertifikaten das Ergebnis.

Das Devisenergebnis liegt mit 6,2 Mio. Euro merklich unter dem außerordentlich hohen Niveau des Vorjahres in Höhe von 11,3 Mio. Euro.

Bei unseren Derivaten im Bankbuch erhöhten sich die Verluste von 1,0 Mio. Euro im Vorjahr auf nunmehr 3,2 Mio. Euro. Sie stehen maßgeblich im Zusammenhang mit der Zins- und Währungsabsicherung unseres Immobilienprojekts in Australien.

47 Verwaltungsaufwand

in Mio. €	2013	2012*
Personalaufwand	286,2	319,7
Löhne und Gehälter	238,7	276,1
Soziale Abgaben	29,4	27,3
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	18,1	16,3
Andere Verwaltungsaufwendungen	173,7	153,0
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen und auf Immaterielle Vermögenswerte	26,3	22,3
Insgesamt	486,2	495,0

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Der Verwaltungsaufwand im Geschäftsjahr ist verglichen mit dem angepassten Verwaltungsaufwand des Vorjahres um 8,8 Mio. Euro auf 486,2 Mio. Euro gesunken.

Der Personalaufwand ist um 33,5 Mio. Euro auf 286,2 Mio. Euro (angepasster Vorjahreswert: 319,7 Mio. Euro) erheblich zurückgegangen. Der Rückgang resultiert überwiegend aus im Vorjahr enthaltenen hohen Restrukturierungsaufwendungen sowie aus reduzierten variablen Gehaltsbestandteilen. Für erwartete Personalkosten im Zusammenhang mit dem Rückzug vom Standort Luxemburg wurden bereits im Vorjahr Rückstellungen gebildet, sodass dafür im Geschäftsjahr nur ein geringer weiterer Aufwand entstanden ist.

Die Entwicklung der sonstigen Verwaltungsaufwendungen ist ebenfalls geprägt von den Auswirkungen des Rückzugs aus Luxemburg. Nach 153,0 Mio. Euro bei den Anderen Verwaltungsaufwendungen in der Vergleichsperiode sind im Geschäftsjahr 173,7 Mio. Euro angefallen. Auch die Abschreibungen haben sich aufgrund von Sonderabschreibungen von 22,3 Mio. Euro auf 26,3 Mio. Euro erhöht. Der jeweilige Anstieg resultiert maßgeblich aus dem begonnenen Abbau der Aktivitäten in Luxemburg.

In den Anderen Verwaltungsaufwendungen sind Aufwendungen aus Miet-, Pacht- und Leasingzahlungen in Höhe von 37,6 Mio. Euro (Vorjahr: 34,1 Mio. Euro) enthalten.

Die Aufgliederung der Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	2013	2012
Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne	11,9	9,8
davon laufender Dienstzeitaufwand	11,3	9,9
davon Zinsaufwand	9,1	10,0
davon Zinserträge aus dem Planvermögen	-8,5	-10,1
Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne	5,3	5,2
Andere Aufwendungen für Altersversorgung	0,9	1,3
Insgesamt	18,1	16,3

48 Ergebnis aus Finanzanlagen

Beim Ergebnis aus Finanzanlagen ist im Berichtsjahr ein Gewinn in Höhe von 16,3 Mio. Euro (Vorjahr: 9,1 Mio. Euro) zu verzeichnen. Diese positive Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus Verkäufen in Höhe von 10,2 Mio. Euro (Vorjahr: 5,7 Mio. Euro) und in Höhe von 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 6,1 Mio. Euro) aus der Übertragung von HSBC-Aktien

im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen. Aus Abschreibungen auf Beteiligungen und Wertaufholungen bei Wertpapieren ergeben sich per saldo Erträge in Höhe von 0,2 Mio. Euro nach per saldo Aufwendungen in Höhe von 2,7 Mio. Euro im Vorjahr.

Die folgende Tabelle verdeutlicht, inwiefern das Veräußerungsergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzanlagen aus der Wertentwicklung der Vorjahre resultiert oder aus der des Berichtsjahres:

in Mio. €	2013	2012
Gewinn-/Verlustrechnung		
Veräußerungsergebnis	16,1	11,8
Ertragsteuern	-3,0	-1,9
Nettoveräußerungsergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung	13,1	9,9
Entwicklung der Bruttobewertungsreserve für Finanzinstrumente		
Veränderung durch Veräußerung (Ausbuchungen)	-16,1	-11,8
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	-3,9	-8,5
davon Wertschwankungen Vorjahre	-12,2	-3,3
Entwicklung der korrespondierenden Ertragsteuern		
Veränderung durch Veräußerung (Ausbuchungen)	3,0	1,9
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	-0,8	0,9
davon Wertschwankungen Vorjahre	3,8	1,0

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die Impairments beziehungsweise Wertaufholungen auf Finanzanlagen entwickelt haben:

in Mio. €	2013	2012
Gewinn-/Verlustrechnung		
Impairments/Wertaufholungen auf Finanzinstrumente	0,2	-2,7
Entwicklung der Bewertungsreserve für Finanzinstrumente		
Veränderung durch Impairments/Wertaufholungen	-0,2	2,7
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	-0,2	2,7
davon Wertschwankungen Vorjahre	0,0	0,0
Entwicklung der korrespondierenden Ertragsteuern		
Veränderung durch Impairments/Wertaufholungen	0,2	-0,9
davon Wertschwankungen Berichtsjahr	0,2	-0,9
davon Wertschwankungen Vorjahre	0,0	0,0

49 Sonstiges Ergebnis

in Mio. €	2013	2012
Sonstige betriebliche Erträge	53,7	33,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16,8	42,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	36,9	-8,7
Übrige Erträge	0,3	0,5
Übrige Aufwendungen	0,2	0,2
Übriges Ergebnis	0,1	0,3
Sonstiges Ergebnis	37,0	-8,4

Das Sonstige betriebliche Ergebnis beträgt 36,9 Mio. Euro (Vorjahr: -8,7 Mio. Euro). Darin enthalten sind im Wesentlichen Mieterträge, die wir vor allem mit unserem Immobilienprojekt in Australien erzielen. Des Weiteren ergaben sich Erträge aus der Nettoauflösung von Rückstellungen für belastende Verträge und schwebende Rechtsstreitigkeiten sowie aus dem Verkauf der Private Banking-Aktivitäten und des auf Private Banking bezogenen Fonds-

geschäfts in Luxemburg an die liechtensteinische VP Bank Gruppe. Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen beträgt -0,2 Mio. Euro nach -0,1 Mio. Euro im Vorjahr; wir weisen es ab dem Geschäftsjahr 2013 als Nettoergebnis aus. Die Vergleichszahlen haben wir entsprechend angepasst.

Das Übrige Ergebnis beträgt 0,1 Mio. Euro nach 0,3 Mio. Euro im Vorjahr.

50 Ertragsteuern

in Mio. €	2013	2012*
Laufende Steuern	71,8	85,4
darunter periodenfremd	1,0	0,2
Latente Steuern aus der Veränderung von zeitlich befristeten Bewertungsdifferenzen	-8,0	0,5
Latente Steuern aus Änderungen der Steuersätze	0,0	0,0
Insgesamt	63,8	85,9

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Der effektive Körperschaftsteuersatz beträgt in Deutschland wie im Vorjahr 15,8 %. Unter Berücksichtigung des Steuersatzes für Gewerbesteuer ergibt sich weiterhin ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,4 %.

Der kombinierte Ertragsteuersatz wird zur Ermittlung der latenten Steuern herangezogen.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Beziehung zwischen den aus dem Jahresüberschuss vor Steuern abgeleiteten Ertragsteuern und dem tatsächlichen Ertragsteuerausweis dar:

in Mio. €	2013	2012*
Jahresüberschuss vor Steuern	219,1	217,9
Ertragsteuersatz (%)	31,4	31,4
Abgeleitete Ertragsteuern aus dem Jahresüberschuss vor Steuern	68,8	68,4
Steuersatzdifferenz auf Ergebnisse ausländischer Gesellschaften	0,5	-0,3
Effekt aus nicht genutzten Verlustvorträgen	7,3	0,0
Steuern für Vorjahre	1,0	0,2
Körperschaftsteuerliche Modifikationen	-10,1	9,7
Gewerbesteuerliche Modifikationen	1,0	0,9
Übrige	-4,8	7,0
Ausgewiesene Ertragsteuern	63,8	85,9

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Die in dem von uns konsolidierten geschlossenen Immobilienfonds angefallenen Verluste sowie Verluste im Zusammenhang mit unserem Rückzug vom Standort Luxemburg können steuerlich nicht genutzt werden, da höchstwah-

scheinlich zukünftig keine zu versteuernden Ergebnisse vorliegen werden, mit denen diese steuerlichen Verluste verrechnet werden könnten.

51 Gewinn- und Verlustrechnung nach Bewertungskategorien

Die folgende Übersicht beinhaltet zum einen die Nettogewinne beziehungsweise Nettoverluste für jede Bewertungskategorie von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten nach IAS 39. Bei den Nettogewinnen/Nettoverlusten handelt es sich um eine saldierte Ergebnisgröße, die sich aus erfolgswirksamen Markt-

wertänderungen, Abgängen von Finanzinstrumenten, Wertminderungen sowie gegebenenfalls Fremdwährungseinflüssen zusammensetzt. Zum anderen sind ihr die Zinserträge/-aufwendungen sowie die Provisionserträge/-aufwendungen für jede Bewertungskategorie zu entnehmen.

ANHANG II

Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Sonstige Finanzinstrumente	Held for Trading	Derivate in Sicherungsbeziehungen	Available for Sale-Bestand	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Sonstiges	Summe
31.12.2013								
in Mio. €								
Zinsergebnis								
Zinserträge	109,7	3,7			122,7			236,1
Zinsaufwendungen						-69,3	-1,0	-70,3
Provisionsergebnis								
Provisionserträge	24,3		2,0				739,4	765,7
Provisionsaufwendungen	-1,3		-1,1				-362,2	-364,6
Handelsergebnis								
			95,7					95,7
Ergebnis aus Finanzanlagen								
					16,1			16,1
Sonstiges Ergebnis								
				28,7	-28,9		37,2	37,0
Impairments								
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-9,1						-1,8	-10,9
Ergebnis aus Finanzanlagen								
					0,2			0,2
Insgesamt	123,6	3,7	96,6	28,7	110,1	-69,3	411,6	705,0

Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Sonstige Finanzinstrumente	Held for Trading	Derivate in Sicherungsbeziehungen	Available for Sale-Bestand	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Sonstiges	Summe
31.12.2012								
in Mio. €								
Zinsergebnis								
Zinserträge	120,0	5,2			128,5			253,7
Zinsaufwendungen						-77,8	-0,2	-78,0
Provisionsergebnis								
Provisionserträge	15,1		2,6				694,4	712,1
Provisionsaufwendungen	-0,8		-4,3				-323,3	-328,4
Handelsergebnis								
			161,8					161,8
Ergebnis aus Finanzanlagen								
					11,8			11,8
Sonstiges Ergebnis								
				-28,1	28,0		-8,3	-8,4
Impairments								
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							-0,9	-0,9
Ergebnis aus Finanzanlagen								
					-2,7			-2,7
Insgesamt	134,3	5,2	160,1	-28,1	165,6	-77,8	361,7	721,0

Sonstige Angaben

52 Angaben zur Kapitalflussrechnung

IAS 7 fordert als branchenübergreifende Vorschrift, eine Kapitalflussrechnung zu erstellen. Ihre Bedeutung als Informationsinstrument in Jahresabschlüssen von Kreditinstituten ist jedoch relativ gering. Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung der Zahlungsmittel des Konzerns nach Zu- und Abflüssen im Verlauf des Geschäftsjahres.

Bei den Zahlungsvorgängen des Geschäftsjahres wird zwischen Zahlungsströmen aus operativer, investiver und finanzierender Tätigkeit unterschieden.

Die Sammelposition „Sonstige Anpassungen (per saldo)“ enthält als Bestandteil der Kapitalflussrechnung im Wesentlichen folgende Faktoren: die Nettoveränderung zu den latenten Steuern, die Veränderung der Steuererstattungsansprüche sowie gezahlte Ertragsteuern und erhaltene Zinsen und Dividenden abzüglich gezahlter Zinsen.

Zahlungsmittel

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand in Höhe von 1.133,7 Mio. Euro (Vorjahr: 265,0 Mio. Euro) entspricht wie im Vorjahr dem Bilanzposten Barreserve, der sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt. Die Zahlungsmittel bestehen nahezu ausschließlich in Euro. Wesentliche Bewertungseffekte aus Wechselkursänderungen waren nicht zu berücksichtigen.

Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit

Die Zahlungsströme aus dem operativen Geschäft werden für den Konzern nach der indirekten Methode dargestellt, nach der sie aus dem Jahresüberschuss abgeleitet werden.

Der Jahresüberschuss des Konzerns nach Steuern in Höhe von 155,3 Mio. Euro (Vorjahr: 132,0 Mio. Euro) bildet die Ausgangsgröße für die Kapitalflussrechnung. Der als Zwischensumme ausgewiesene Bruttocashflow von 117,1 Mio. Euro (Vorjahr: –7,3 Mio. Euro) zeigt den betrieblichen Einnahmenüberschuss vor jeglicher Kapitalbindung. Im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit sind zusätzlich die Veränderungen der operativen Mittel berücksichtigt.

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2013 wurden für den Erwerb von Sachanlagevermögen 15,4 Mio. Euro aufgewendet (Vorjahr: 15,0 Mio. Euro). Aus Verkäufen von Sachanlagen flossen dem Konzern 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,3 Mio. Euro) zu. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich aus dem Kauf und Verkauf von Finanzanlagen mit Beteiligungscharakter ein Zahlungseingang von netto 7,0 Mio. Euro.

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Als Bestandteil des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit hat HSBC Trinkaus & Burkhardt AG im Berichtsjahr 70,3 Mio. Euro Dividende für das Geschäftsjahr 2012 gezahlt (Vorjahr: 70,3 Mio. Euro). Aus endfälligem Nachrangkapital ergaben sich in diesem Jahr Abflüsse in Höhe von 7,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

53 Geschäftssegmente

Die nach IFRS 8 erstellte Segmentberichterstattung von HSBC Trinkaus liefert den Jahresabschlussadressaten Informationen über die Ertrags-, Wachstums- und Risikoquellen einzelner Segmente und soll sie in die Lage versetzen, die wirtschaftliche Leistung des Konzerns differenzierter zu beurteilen. Die Basis der Segmentberichterstattung des HSBC Trinkaus-Konzerns bilden die Ergebnisbeitragsrechnung und die LoB (Lines of Business)-Rechnung als wesentliche Bestandteile des Management-Informationssystem (MIS). Beide Controlling-Instrumente fungieren als zentrale Steuerungs- und Kontrollinstrumente der Bank und bilden die Organisationsstruktur des HSBC Trinkaus-Konzerns nach Unternehmensbereichen ab.

Der Aufbau der Segmentberichterstattung für das Gesamtjahr 2013 entspricht der neuen, an die HSBC-Gruppe angelehnten Organisationsstruktur für HSBC Trinkaus. Wir haben die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Die Bank unterscheidet vier Global Businesses – Global Private Banking (GPB), Commercial Banking (CMB), Global Banking & Markets (GB & M) und Asset Management (AM) – sowie Central.

Global Private Banking ist weitgehend deckungsgleich mit dem früheren Privatkundengeschäft und beinhaltet neben der reinen Vermögensverwaltung und Anlageberatung auch besondere Dienstleistungen wie die Vermögensstrukturberatung, die Testamentsvollstreckung, sowie Family Office-Dienstleistungen.

Commercial Banking verantwortet das Geschäft mit den Firmenkunden des Mittelstands. Außer verschiedenen Kredit- und Einlageprodukten bieten wir einen umfassenden Zahlungsverkehrsservice im In- und Ausland (Payments and Cash Management) sowie anspruchsvolle Spezialdienstleistungen wie Zins- und Währungsmanagement und das Auslandsgeschäft in Zusammenarbeit mit der HSBC Gruppe.

Neben der Betreuung der großen internationalen Firmenkunden und der institutionellen Kunden umfasst Global Banking & Markets die Capital Financing- und die Markets-Aktivitäten. Zusätzlich zum Kreditgeschäft und Investment Banking gehört zu Capital Financing hauptsächlich die Origination-Funktion am Primärmarkt, während Markets

die Vertriebs- und Handelstätigkeiten für Kapitalmarktprodukte am Sekundärmarkt beinhaltet.

Das Asset Management-Geschäft wird nunmehr separat ausgewiesen, während es in den Vorjahren in den Kundensegmenten Privatkunden, Firmenkunden und Institutionelle Kunden enthalten war.

Neben außerordentlichen Sondereffekten wie infolge des Rückzugs aus Luxemburg werden in Central im Wesentlichen nur noch regulatorische Kostenpositionen sowie die Überleitungspositionen gezeigt, die zwischen der Summe aus den vier Kernsegmentergebnissen und dem Gesamtbetrag in den jeweiligen Teilpositionen der Gewinn- und Verlustrechnung bestehen.

Die Segmentierung nach operativen Geschäftsfeldern stellt sich für die Jahre 2013 und 2012* wie folgt dar:

in Mio. €		GPB	CMB	GB&M	AM	Central/ Konsolidierung	Insgesamt
Zinsüberschuss	2013	20,1	69,6	70,7	5,6	-0,2	165,8
	2012	25,4	68,0	72,4	5,8	4,1	175,7
Risikovorsorge	2013	0,0	8,4	2,4	0,0	0,1	10,9
	2012	-0,2	0,6	0,8	0,0	-0,3	0,9
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2013	20,1	61,2	68,3	5,6	-0,3	154,9
	2012	25,6	67,4	71,6	5,8	4,4	174,8
Ergebnis aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	2013	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0	0,3
	2012	-1,1	-1,2	-5,2	-0,6	0,0	-8,1
Provisionsüberschuss	2013	68,5	44,3	246,9	41,4	0,0	401,1
	2012	70,9	38,8	231,5	42,5	0,0	383,7
Operatives Handelsergebnis	2013	4,3	7,1	87,4	2,2	-2,1	98,9
	2012	3,2	3,5	158,1	1,6	-3,6	162,8
Erträge nach Risikovorsorge	2013	92,9	112,7	402,8	49,2	-2,4	655,2
	2012	98,6	108,5	456,0	49,3	0,8	713,2
Verwaltungsaufwand	2013	65,4	64,8	291,8	28,5	35,7	486,2
	2012	72,0	62,8	299,8	29,4	31,0	495,0
davon Abschreibung und Amortisation	2013	0,8	1,2	2,3	0,2	21,8	26,3
	2012	1,1	0,7	1,7	0,2	18,6	22,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	2013	2,2	2,9	9,6	1,2	0,4	16,3
	2012	1,6	1,8	7,7	0,8	-2,8	9,1
Ergebnis aus Derivaten des Bankbuchs	2013	0,0	0,0	0,0	0,0	-3,2	-3,2
	2012	0,0	0,0	0,0	0,0	-1,0	-1,0
Sonstiges Ergebnis	2013	3,7	2,1	10,0	0,9	20,3	37,0
	2012	2,6	3,2	15,5	1,5	-31,2	-8,4
Jahresüberschuss vor Steuern	2013	33,4	52,9	130,6	22,8	-20,6	219,1
	2012	30,8	50,7	179,4	22,2	-65,2	217,9
Steueraufwand	2013	10,4	16,6	41,0	7,1	-11,3	63,8
	2012	9,5	15,9	56,3	7,0	-2,8	85,9
Jahresüberschuss nach Steuern	2013	23,0	36,3	89,6	15,7	-9,3	155,3
	2012	21,3	34,8	123,1	15,2	-62,4	132,0
Veränderung zum Vorjahr in %		8,0	4,3	-27,2	3,3	-85,1	17,7

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

HSBC Trinkaus weist ein gegenüber dem angepassten Vorjahreswert leicht erhöhtes Ergebnis vor Steuern von 219,1 Mio. Euro aus. Die Segmente Global Private Banking, Commercial Banking und Asset Management weisen verbesserte Vorsteuerergebnisse auf, während Global Banking & Markets aufgrund zweier Sondereffekte des Vorjahrs rückläufig ist, aber entsprechend unserer Planung ausgewiesen wird. Das Ergebnis 2013 wurde wie im Vorjahr beeinflusst von Sonderfaktoren wie dem Rückzug vom Standort Luxemburg sowie der Bildung beziehungsweise Auflösung von Rückstellungen für schwebende Rechtsstreitigkeiten, die vor allem das sonstige Ergebnis in Central erklären.

Das Jahr 2012 war durch sinkende Zinssätze und hohe Umsätze an den Kapitalmärkten begünstigt. Dies waren die Folgen der Eingrenzung der Euro-Krise nach der Ankündigung des Outright Monetary Transactions (OMT)-Programms der EZB zum notfalls unbegrenzten Ankauf von Anleihen europäischer Krisenstaaten und der Flutung der Geldmärkte mit zinsgünstiger Liquidität durch die beiden Long-term Refinancing Operation (LTRO)-Angebote der EZB. Dagegen wurde das Jahr 2013 geprägt durch die höhere Volatilität der Finanzmärkte nach der Ankündigung der US-Notenbank Fed im Mai 2013, die Anleihekäufe amerikanischer Staatsanleihen und Hypothekensanleihen im Fall eines sich nachhaltig bessernden Arbeitsmarkts in den USA zu reduzieren (Tapering). Die hieraus folgenden steigenden Renditen an den Anleihemärkten und der Einbruch des Goldpreises sowie die hohen Geldrückflüsse aus den Schwellenländern lösten bei vielen Marktteilnehmern Zweifel über die zukünftige weltweite Wirtschaftsentwicklung aus, verbunden mit einer gewissen Zurückhaltung bei ihren Geschäftsaktivitäten.

Die Auswirkungen dieser unterschiedlichen Rahmenbedingungen spiegeln sich in dem niedrigeren Ergebnis im Segment Global Banking & Markets wider, das zusätzlich 2012 sehr hohe einmalige Erlöse aus der nachträglichen Abfindungserhöhung im Zuge des Zusammenschlusses zweier Unternehmen enthielt. Da die anderen drei Kernsegmente trotz der Unsicherheit in diesem schwierigeren Marktumfeld ihre Vorjahresergebnisse übertreffen konnten, zeigt sich auch im Berichtsjahr erneut die Ausgewogenheit der Geschäftsstruktur und die Stabilität des kundenorientierten Geschäftsmodells der Bank.

Das Segment Global Banking & Markets erwirtschaftete dennoch den höchsten Ergebnisbeitrag. Die deutlichen Steigerungen sowohl der Provisionsergebnisse aus Kapital-

erhöhungen und aus Alternative Investment-Geschäften als auch der Zins- und Provisionserlöse im Kreditgeschäft bei gleichzeitig rückläufigem Verwaltungsaufwand reichten jedoch nicht aus, die nennenswerten Erlösrückgänge in der Treasury und im Aktienhandel aufzufangen, die auf die erläuterte Überschussliquidität und die erwähnte Abfindungserhöhung zurückzuführen sind. Einen gewichtigen Anteil an der Verbesserung der Zins- und Provisionserlöse hatten die zunehmenden Geschäftsmöglichkeiten aus der immer intensiveren Zusammenarbeit mit der HSBC-Gruppe.

Das Segment Commercial Banking agierte im Vorjahresvergleich dank der überwiegend volumensbedingten Ausweitung der Zins- und Provisionserlöse im Kredit- und Auslandsgeschäft erfolgreich. Damit konnten die hohen margenbedingten Erlösrückgänge im Einlagengeschäft aufgrund des niedrigen Marktzinsniveaus im Kurzfristbereich und die Ausweitung der Risikovorsorge überkompensiert werden.

Die höchste prozentuale Steigerungsrate des Ergebnisses gelang dem Segment Global Private Banking. Die rückläufigen Zinsergebnisse im Einlagengeschäft aufgrund des niedrigeren Marktzinsniveaus im Kurzfristbereich wurden durch höhere Erlöse aus der Vermögens- und Depotverwaltung sowie im transaktionsabhängigen Wertpapiergeschäft zwar nicht vollständig egalisiert. Die bereits im Vorjahr begonnenen Maßnahmen zur Verringerung des Personal- und Sachaufwands leisteten jedoch den entscheidenden Beitrag zur Ergebnisverbesserung.

Auch das Segment Asset Management konnte in dem widrigen Marktumfeld sein Vorjahresergebnis leicht steigern. Die geringfügigen Erlösrückgänge konnten durch die überproportionale Verringerung des Verwaltungsaufwands mehr als ausgeglichen werden.

Bis auf den im Zentrum der Wachstumsstrategie stehenden Bereich Commercial Banking weisen die anderen drei Kernsegmente Rückgänge ihres Verwaltungsaufwands aus. Diese ergeben sich unter anderem aus den im Vorjahr getroffenen Restrukturierungsmaßnahmen zur Effizienzsteigerung, die die Kosten reduzieren.

Die Segmenterträge sind in Zins-, Provisions- und Handelsergebnisse unterteilt. Der Verwaltungsaufwand wird den Bereichen soweit wie möglich verursachungsgerecht zugeordnet.

		GPB	CMB	GB & M	AM	Central / Konsoli- dierung	Ins- gesamt	Über- leitung	Stichtag
Aufwand-Ertrag-Relation in %	2013	66,2	51,4	68,7	55,6	0,0	67,9	0,0	67,9
	2012*	70,2	55,0	62,5	57,0	0,0	69,4	0,0	69,4
Vermögen** in Mio. €	2013	509,0	2.673,0	6.721,4	0,0	9.733,7	19.637,1	172,6	19.809,7
	2012*	584,0	2.406,0	7.105,1	0,0	10.598,1	20.693,2	-645,4	20.047,8
Schulden** in Mio. €	2013	2.790,0	4.326,0	7.034,3	0,0	5.186,0	19.336,3	-1.508,7	17.827,6
	2012*	3.104,0	3.710,0	6.321,1	0,0	6.993,5	20.128,6	-2.026,6	18.102,0
Anrechnungspflichtige Risikopositionen** in Mio. €	2013	432,0	3.738,0	4.388,0	123,0	1.374,2	10.055,2	1.069,8	11.125,0
	2012	607,0	2.942,0	3.467,0	126,0	2.346,0	9.487,8	-249,8	9.238,1
Zugeordnetes bilanzielles Eigenkapital** in Mio. €	2013	118,2	448,8	513,8	87,3	161,5	1.329,6	124,1	1.453,7
	2012*	135,7	369,2	421,7	87,6	273,2	1.287,4	97,8	1.385,2
Mitarbeiter	2013	389	344	1.664	130	0	2.527	0	2.527
	2012	499	332	1.577	120	0	2.528	0	2.528
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	2013	28,3	11,8	25,4	26,1	0,0	16,5	0,0	16,5
	2012*	22,7	13,7	42,5	25,3	0,0	17,1	0,0	17,1

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen werden in Note 18 erläutert.
** Jahresdurchschnitt

Die Positionen Vermögen, Schulden und anrechnungspflichtige Risikopositionen basieren auf Durchschnittswerten des Management-Informationssystems der Bank. Die Unterschiede zu den Stichtagswerten per Jahresultimo werden in der Überleitungsspalte ausgewiesen.

Die Aufwand-Ertrag-Relation (Cost-Income Ratio) ist das Maß der Kosteneffizienz der Segmente und gibt die Relation des Verwaltungsaufwands zu den Erträgen vor Risikovorsorge an. Diese Kennziffer hat sich in den Segmenten Global Private Banking, Asset Management und Commercial Banking verbessert, da das Erlöswachstum im Vergleich zum Kostenanstieg bei Commercial Banking beziehungsweise die Kostenrückgänge im Vergleich zu den Erlösverringerungen im Global Private Banking und Asset Management überproportional erfolgt sind. Dagegen hat sich die Aufwand-Ertrag-Relation im Segment Global Banking & Markets im Vorjahresvergleich trotz rückläufiger Kosten erhöht, da sich die außerordentlich hohen Vorjahreserlöse in diesem Segment in diesem Jahr nicht wiederholen ließen. Die Cost-Income Ratio im Konzern hat sich von 69,4 % im Vorjahr auf 67,9 % im Jahr 2013 weiter verbessert, obwohl die oben beschriebenen Sonderfaktoren auf der Erlös- und Kostenseite diese positive Entwicklung abgeschwächt haben.

Die Eigenkapitalausstattung der operativen Segmente setzt sich zusammen aus einem Sockelbetrag, der jedem Segment zugeordnet ist, sowie einem Zuschlag, dessen Höhe von den anrechnungspflichtigen Risikopositionen abhängt.

Die Zuordnung von Aktiva, Passiva, Risikoaktiva und bilanzielltem Eigenkapital folgt der Zuordnung der Kunden zu den Segmenten gemäß dem Management-Informationssystem der Bank.

In Übereinstimmung mit der Wachstumsstrategie verzeichneten die Segmente Commercial Banking und Global Banking & Markets Zunahmen der anrechnungspflichtigen Risikopositionen; dagegen sind diese im Asset Management nahezu konstant geblieben, während sie sich im Global Private Banking stark rückläufig entwickelt haben.

Die nach geografischen Merkmalen gegliederten Ergebnisse der Unternehmensaktivitäten sind im Folgenden dargestellt. Die Segmentzuordnung erfolgt jeweils nach dem Sitz des Konzernunternehmens:

in Mio. €		Deutschland	Luxemburg	Restliche	Insgesamt
Jahresüberschuss vor Steuern	2013	251,1	-32,1	0,1	219,1
	2012*	191,7	26,2	0,0	217,9

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Das langfristige Segmentvermögen beläuft sich im Berichtsjahr auf 223,9 Mio. Euro (Vorjahr: 251,6 Mio. Euro). Dieses ist in Höhe von 223,3 Mio. Euro (Vorjahr:

245,1 Mio. Euro) der Region Deutschland und in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 6,5 Mio. Euro) der Region Luxemburg zugeordnet.

54 Bewertungsklassen

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Bewertungsklassen, die jeder Bilanzposition zugrunde gelegt sind:

Aktiva per 31.12.2013 in Mio. €					
Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungskosten		Zum Fair Value		Summe
Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Sonstige finanzielle Vermögenswerte	Held for Trading	Available for Sale-Bestand	
Barreserve		1.133,7			1.133,7
Forderungen an Kreditinstitute	1.643,8				1.643,8
Forderungen an Kunden*	4.824,2				4.824,2
Handelsaktiva			6.753,6		6.753,6
Finanzanlagen		39,1		5.085,7	5.124,8
Sonstige Finanzinstrumente	5,6	19,0			24,6
Summe Finanzinstrumente	6.473,6	1.191,8	6.753,6	5.085,7	19.504,7

Passiva per 31.12.2013 in Mio. €				
Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungskosten		Zum Fair Value	Summe
Bewertungskategorie	Sonstige Verbindlichkeiten		Held for Trading	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.269,4		1.269,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**		12.219,1		12.219,1
Verbriefte Verbindlichkeiten		10,0		10,0
Handelspassiva			4.099,9	4.099,9
Nachrangkapital		345,7		345,7
Sonstige Finanzinstrumente		103,7		103,7
Summe Finanzinstrumente		13.947,9	4.099,9	18.047,8

* Der Ausweis der Risikovorsorge für Forderungen erfolgt durch Abzug bei den Forderungen an Kunden.

** Die Einlagen unserer Kunden dienen teilweise der internen Refinanzierung unserer Handelsbereiche.

Aktiva per 31.12.2012 in Mio. €***					
Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungskosten		Zum Fair Value		Summe
Bewertungskategorie	Loans and Receivables	Sonstige finanzielle Vermögenswerte	Held for Trading	Available for Sale-Bestand	
Barreserve		265,0			265,0
Forderungen an Kreditinstitute	1.551,2				1.551,2
Forderungen an Kunden*	4.529,1				4.529,1
Handelsaktiva			8.261,5		8.261,5
Finanzanlagen		45,6		5.022,7	5.068,3
Sonstige Finanzinstrumente	23,2	7,7			30,9
Summe Finanzinstrumente	6.103,5	318,3	8.261,5	5.022,7	19.706,0

Passiva per 31.12.2012 in Mio. €***				
Bewertungsklasse	Zu fortgeführten Anschaffungskosten		Zum Fair Value	Summe
Bewertungskategorie	Sonstige Verbindlichkeiten		Held for Trading	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.219,5		1.219,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**		11.880,4		11.880,4
Verbriefte Verbindlichkeiten		10,0		10,0
Handelspassiva			4.721,9	4.721,9
Nachrangkapital		353,4		353,4
Sonstige Finanzinstrumente		153,0		153,0
Summe Finanzinstrumente		13.616,3	4.721,9	18.338,2

* Der Ausweis der Risikovorsorge für Forderungen erfolgt durch Abzug bei den Forderungen an Kunden.

** Die Einlagen unserer Kunden dienen teilweise der internen Refinanzierung unserer Handelsbereiche.

*** Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

55 Fair Value der Finanzinstrumente

Der Fair Value gemäß IFRS ist der Preis, der bei der Veräußerung eines Vermögenswerts oder bei der Übertragung einer Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag erhalten beziehungsweise gezahlt würde. Somit basiert das Fair Value-Konzept auf einer hypothetischen Transaktion am Bewertungsstichtag. Aufgrund der Orientierung an repräsentativen Marktteilnehmern ist von unternehmensindividuellen Annahmen bei der Fair Value-Bewertung zu abstrahieren. Nach der Festlegung des Bewertungsobjekts, das regelmäßig einem einzelnen finanziellen Vermögenswert beziehungsweise einer einzelnen finanziellen Verbindlichkeit entspricht, erfolgt die

Bestimmung des Hauptmarkts. Dieser entspricht dem Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Bei der Bestimmung des Hauptmarkts sind alle Informationen berücksichtigt, die ohne unverhältnismäßigen Aufwand zugänglich sind. Bei der Auswahl geeigneter Bewertungsverfahren und -methoden sind möglichst viele relevante beobachtbare Inputfaktoren berücksichtigt. Anhand der Herkunft der verwendeten Inputfaktoren werden in der Fair Value-Hierarchie drei Level unterschieden.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die in signifikantem Umfang Managemententscheidungen erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter aus aktiven Märkten stammen.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzung durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen zumindest ein wesentlicher Eingangsparameter nicht beobachtbar ist. Die Auswahl und die Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management.

Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Prozesses zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Diese berücksichtigen vor allem die Bemessung von Bonitäts- und Modellrisiken sowie die Marktliquidität angemessen. Die Ermittlung dieser Wertanpassungen erfolgt nicht auf Einzelgeschäfts-, sondern gemäß Steuerungskreis auf Nettobasis.

Wesentliche Bewertungsfragen werden im Valuation Committee der Bank besprochen.

Der Bereich Risk Control ist unter anderem für die Fair Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten verantwortlich und berichtet in diesem Zusammenhang an den Chief Financial Officer.

Risk Control führt dabei folgende Kontrollen durch:

- Verifizierung von beobachtbaren Preisen
- Plausibilisierung von Modellbewertungen
- Überprüfung und Freigabe neuer Bewertungsmodelle und von Veränderungen bestehender Modelle
- Anpassung an veränderte Inputfaktoren und Gegenüberstellung von Modellergebnissen und beobachtbaren Markttransaktionen
- Analyse und Untersuchung wesentlicher Bewertungsschwankungen
- Verifizierung signifikanter nicht am Markt beobachtbarer Faktoren sowie Plausibilisierung wesentlicher Veränderungen in der Bewertung der als Level 3 klassifizierten Instrumente

Für von Dritten bereitgestellte Informationen, wie Preisangebote oder Pricing-Services, die zur Preisfindung herangezogen werden, wird von dem Bereich Risk Control eine Beurteilung vorgenommen, ob solche externen Informationen die qualitativen Anforderungen erfüllen.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2012 gab es keine wesentlichen Änderungen der angewandten Bewertungsverfahren.

Die Vorschriften des IFRS 13 sind im Geschäftsjahr erstmalig anzuwenden. Die sich in den letzten Monaten abzeichnenden Interpretationen bzw. Auslegungen der Vorschrift unterscheiden sich in Teilen von der bisherigen Interpretation der Abgrenzung zwischen den drei Fair Value-Levels. Aus diesem Grunde haben wir im Folgenden die Vorjahresangaben an die derzeitige Interpretation bzw. Auslegung der Vorschrift angepasst, um eine Vergleichbarkeit der dargestellten Perioden zu gewährleisten.

ANHANG II

Aus den nachfolgenden Übersichten ergibt sich die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Posten zu den Fair Value-Levels.

31.12.2013 in Mio. €	Level 1	Level 2	Level 3	Zu Anschaffungskosten bewertet	Gesamt
Handelsaktiva	1.381,9	5.318,9	52,8	0,0	6.753,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	2.484,0	0,0	0,0	2.484,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.340,6	0,0	52,8	0,0	1.393,4
Handelbare Forderungen	0,0	1.420,3	0,0	0,0	1.420,3
Positive Marktwerte Derivate	41,3	1.408,6	0,0	0,0	1.449,9
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	779,1	0,0	0,0	779,1
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	348,5	0,0	0,0	348,5
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	41,3	281,0	0,0	0,0	322,3
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	6,0	0,0	0,0	6,0
Finanzanlagen	156,0	4.910,0	19,7	39,1	5.124,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	4.693,7	0,0	0,0	4.693,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	29,9	0,0	0,0	0,0	29,9
Investmentanteile	95,5	0,0	0,0	0,0	95,5
Schuldscheindarlehen	0,0	209,1	0,0	0,0	209,1
Beteiligungen	30,6	7,2	19,7	39,1	96,6
Handelspassiva	61,6	3.942,6	95,7	0,0	4.099,9
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	0,0	2.028,8	85,7	0,0	2.114,5
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	53,1	0,0	0,0	0,0	53,1
Negative Marktwerte Derivate	8,5	1.862,8	10,0	0,0	1.881,3
davon zinsbezogene Geschäfte	0,7	863,6	0,0	0,0	864,3
davon währungsbezogene Geschäfte	0,1	348,5	0,0	0,0	348,6
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	7,7	650,7	10,0	0,0	668,4
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	46,9	0,0	0,0	46,9
Derivate des Bankbuchs	0,0	4,1	0,0	0,0	4,1

31.12.2012*	Level 1	Level 2	Level 3	Zu Anschaffungskosten bewertet	Gesamt
in Mio. €					
Handelsaktiva	763,1	7.425,1	73,3	0,0	8.261,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	3.846,8	6,4	0,0	3.853,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	741,0	0,0	66,9	0,0	807,9
Handelbare Forderungen	0,0	1.770,9	0,0	0,0	1.770,9
Positive Marktwerte Derivate	22,1	1.807,4	0,0	0,0	1.829,5
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	1.240,8	0,0	0,0	1.240,8
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	354,9	0,0	0,0	354,9
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	22,1	211,7	0,0	0,0	233,8
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	147,1	4.855,5	20,1	45,6	5.068,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.030,8	4.612,9	0,0	0,0	4.612,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	38,9	0,0	0,0	0,0	38,9
Investmentanteile	80,2	0,0	0,0	0,0	80,2
Schuldscheindarlehen	0,0	235,6	0,0	0,0	235,6
Beteiligungen	28,0	7,0	20,1	45,6	100,7
Handelspassiva	51,5	4.611,9	58,5	0,0	4.721,9
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	0,0	2.136,7	58,5	0,0	2.195,2
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	41,5	0,0	0,0	0,0	41,5
Negative Marktwerte Derivate	10,0	2.398,3	0,0	0,0	2.408,3
davon zinsbezogene Geschäfte	0,0	1.554,0	0,0	0,0	1.554,0
davon währungsbezogene Geschäfte	0,0	358,3	0,0	0,0	358,3
davon aktien-/indexbezogene Geschäfte	10,0	486,0	0,0	0,0	496,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	70,4	0,0	0,0	70,4
Derivate des Bankbuchs	0,0	6,5	0,0	0,0	6,5

* Vorjahreswerte angepasst. Die Anpassungen sind in Note 18 erläutert.

Die drei vom IFRS 13 vorgesehenen Fair Value-Levels lassen sich anhand der für die Bewertung verwendeten Inputfaktoren unterscheiden.

Sofern die Bewertung anhand von nicht angepassten quotierten Preisen auf aktiven Märkten für identische Finanzinstrumente basiert, erfolgt die Zuordnung zu Level 1.

Eine Zuordnung zu Level 2 ergibt sich, wenn direkt oder indirekt am Markt beobachtbare Inputfaktoren in die Bewertung eingehen, die nicht Level 1 zuzuordnen sind. Eine Einstufung des gesamten Fair Value in Level 2 setzt voraus, dass alle signifikanten Inputfaktoren für das Bewertungsverfahren beobachtbar sind.

Eine Klassifizierung in Level 3 wird vorgenommen, falls wesentliche nicht am Markt beobachtbare Parameter in die Bewertung eingehen.

Aus der folgenden Übersicht ergeben sich die Bewertungsmodelle und -parameter für Derivate und Zertifikate (Level 2). Die Bewertung der sonstigen Geschäfte in Level 2 erfolgt mittels der Barwertmethode.

Produktklasse	Produkt	Bewertungsmodell	Wesentliche Bewertungsparameter
Aktienprodukte	Terminkontrakte	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze
	Europ. Plain Vanilla-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
	Amerik. Plain Vanilla-Optionen	Finite Differenzen	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
	Europ. Quanto-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Amerik. Quanto-Optionen	Finite Differenzen	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Barrier-Optionen	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
	Asiatische Optionen	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
	Multi Underlying-Optionen	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Knock-Out-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Dividendenzahlungen
	Index-Zertifikate	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Dividendenzahlungen
	Discount-Zertifikate	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Bonus-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen, Korrelationen
	Express-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Dividendenzahlungen
Zinsprodukte	Plain Vanilla-Swaps	Barwertmethode	Zinssätze
	Exotische Swaps	Analytische Formel	Zinssätze, Volatilitäten
	Plain Vanilla-Swaptions	Analytische Formel	Zinssätze, Volatilitäten
	Exotische Swaptions	Analytische Formel	Zinssätze, Volatilitäten
	Plain Vanilla Caps, Floors, Collars	Black-Scholes	Zinssätze, Volatilitäten
	Terminkontrakte	Barwertmethode	Zinssätze
	Knock-Out-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze
Währungsprodukte	Plain Vanilla-Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten
	Exotische Optionen	Black-Scholes	Preis des Basiswerts, Zinssätze, Volatilitäten, Korrelationen
	FX Swaps	Barwertmethode	Preis des Basiswerts, Zinssätze
	Knock-Out-Zertifikate	Analytische Formel	Preis des Basiswerts, Zinssätze

Der Fair Value einiger Finanzinstrumente wird anhand von Bewertungsmodellen berechnet, bei denen mindestens ein signifikanter einfließender Parameter nicht am Markt beobachtet werden kann (Level 3). Zu diesen Instrumenten zählen unter anderem Equity-Zertifikate mit Optionen auf zwei oder mehrere Underlyings (Multi Underlying-Zertifikate) oder währungsgesicherte Zertifikate (Quanto-Zerti-

fikate), die mit einem analytischen Black-Scholes-Ansatz bewertet werden. In der Regel fehlen am Markt beobachtbare Parameter für die Korrelation zwischen den einzelnen Underlyings oder dem Underlying und der Fremdwährung. Darüber hinaus klassifizieren wir auch illiquide Eigenkapitalinvestments in Level 3.

	Fair Value (in Mio. €)	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne des Unsicherheits- intervalls (in Mio. €)	Bandbreiten der Schätzungen für nicht beobachtbare Inputfaktoren
31.12.2013					
Handelsaktiva					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	52,8	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–2,6 bis 2,6	–5 bis 5% Kursänderung
Finanzanlagen					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	19,7	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–0,9 bis 0,9	–5 bis 5% Kursänderung
Handelspassiva					
Asiatische Optionen	33,3	Analytischer Black- Scholes-Ansatz	Volatilität	–0,3 bis 0,3	20 bis 23 % (21 %)
Multi Underlying- Zertifikate	32,4	Analytischer Black- Scholes-Ansatz	Korrelation zwischen den Underlyings	–0,4 bis 0,4	21 bis 73 % (52 %)
Währungsgesicherte Zertifikate	30,0	Analytischer Black- Scholes-Ansatz	Korrelation zwischen den Underlyings	0,0 bis 0,0	–49 bis 1 % (–21 %)

	Fair Value (in Mio. €)	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne des Unsicherheits- intervalls (in Mio. €)	Bandbreiten der Schätzungen für nicht beobachtbare Inputfaktoren
31.12.2012					
Handelsaktiva					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	66,9	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–3,3 bis 3,3	–5 bis 5% Kursänderung
Credit Linked Notes	6,4	Discounted Cashflow-Ansatz	Credit Spread	–0,4 bis 0,4	65 bis 380 % (181 %)
Finanzanlagen					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	20,1	Modifiziertes Sub- stanzwertverfahren	–	–0,9 bis 0,9	–5 % bis 5% Kursänderung
Handelspassiva					
Asiatische Optionen	24,4	Analytischer Black- Scholes-Ansatz	Volatilität	–0,5 bis 0,5	15 bis 28 % (20 %)
Währungsgesicherte Zertifikate	34,1	Analytischer Black- Scholes-Ansatz	Korrelation zwischen den Underlyings	0,0 bis 0,0	–4 bis 39 % (15 %)

Bei korrelationsabhängigen Zertifikaten, zu deren Bewertung eine nicht am Markt beobachtbare Korrelation benötigt wird, ermittelt sich die Spanne des Unsicherheitsintervalls durch das Shiften der geschätzten Korrelationen um + 10 % beziehungsweise – 10 %. Dabei werden so-

wohl die Equity/Equity-Korrelationen als auch die Equity/FX-Korrelationen gleichermaßen geschiftet. Die Spanne bei Long-Term Volatility ergibt sich aus dem Shift der Volatilität der Underlyings. Die Auslenkung der Volatilität beträgt bis zu +/- 2 %.

Der Bestand der Level 3-Finanzinstrumente hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Handelsspassiva
01.01.2013	73,3	20,1	58,5
Buchwertänderungen			
ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst	1,7	0,1	11,4
ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst	0,0	0,3	0,0
Käufe	0,0	0,0	10,0
Emissionen	0,0	0,0	62,2
Verkäufe	0,0	0,0	10,7
Fälligkeiten	18,8	0,0	35,7
Transfers in Level 3	0,0	0,0	0,0
Transfers aus Level 3	0,0	0,0	0,0
31.12.2013	52,8	19,7	95,7

in Mio. €	Handelsaktiva	Finanzanlagen	Handelsspassiva
01.01.2012	96,9	30,2	48,9
Buchwertänderungen			
ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst	2,4	4,1	12,2
ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst	0,0	0,0	0,0
Käufe	0,0	0,0	0,0
Emissionen	0,0	0,0	36,9
Verkäufe	9,0	0,0	12,0
Fälligkeiten	12,2	6,0	31,4
Transfers in Level 3	0,0	0,0	4,9
Transfers aus Level 3	0,0	0,0	1,0
31.12.2012	73,3	20,1	58,5

Ein Transfer von Level 1 in Level 2 erfolgt, sofern quotierte Preise auf aktiven Märkten für identische Finanzinstrumente nicht mehr vorliegen. Ein solcher Transfer ist zum Beispiel erforderlich, wenn die Marktaktivität in dem jeweiligen Finanzinstrument gering ist. Sofern mindestens ein signifikanter Marktparameter bei der Bewertung in Level 2 nicht mehr beobachtbar ist, erfolgt ein Transfer von Level 2 in Level 3.

In der Berichtsperiode wurden weder Level 1-Instrumente in Level 2 umklassifiziert, noch wurden Level 2-Instrumente in Level 1 transferiert.

Transfers aus Level 3 sind darauf zurückzuführen, dass der Grund der Unsicherheit (Volatilität und Korrelation) im Berichtszeitraum objektiviert wurde. Auf die zum Ende der Berichtsperiode gehaltenen Level 3-Instrumente entfällt ein Bewertungsverlust in Höhe von 22,5 Mio. Euro (Vorjahr: 12,2 Mio. Euro).

Aufgrund der kurzen Laufzeiten für große Teile der Forderungen und Verbindlichkeiten im Geschäft mit Kunden und Kreditinstituten ist bei diesen Posten der Unterschied zwischen Fair Value und Buchwert häufig unwesentlich. Die Unterschiede zwischen Buchwerten und Fair Values ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

in Mio. €	31.12.2013		31.12.2012	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Aktiva				
Forderungen an Kreditinstitute	1.643,8	1.653,7	1.551,2	1.551,2
Forderungen an Kunden (nach Risikovorsorge)	4.824,2	4.795,8	4.529,1	4.529,1
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.269,4	1.269,6	1.219,5	1.219,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.219,1	12.243,8	11.880,4	11.926,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	9,0	10,0	8,7
Nachrangkapital	345,7	375,5	353,4	410,7

Die Ermittlung der Fair Values für diese Positionen erfolgt mittels der Barwertmethode. Da die Credit Spread-Veränderungen am Markt nicht beobachtbar sind, erfolgt eine Klassifizierung in Level 3. Die Buchwerte der Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 1.621,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1.805,6 Mio. Euro) und der unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 6.109,4 Mio. Euro (Vorjahr: 5.253,7 Mio. Euro) entsprechen wie im Vorjahr deren beizulegenden Zeitwerten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren beizulegender Zeitwert mit den marktüblichen Bewertungsmodellen nicht verlässlich ermittelt werden kann. Die Bewertung dieser Finanzinstrumente orientiert sich an den Anschaffungskosten unter Einbeziehung gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Anteile an Personengesellschaften oder nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
	Buchwert	Buchwert
Anteile an Personengesellschaften	15,3	15,7
Anteile an – nicht börsennotierten – Kapitalgesellschaften	23,8	29,9
Insgesamt	39,1	45,6

Anteile an diesen Gesellschaften wurden im Berichtsjahr in Höhe von 0,0 Mio. Euro veräußert (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro). Zum derzeitigen Zeitpunkt sind auch keine Veräußerungen vorgesehen.

56 Day-1 Profit or Loss

Ein Day-1 Profit or Loss kann für finanzielle Vermögenswerte im Handel entstehen, deren Bewertung mit einem internen Modell erfolgt, wobei aber mindestens ein wesentlicher Bewertungsparameter am Markt nicht

beobachtbar ist. Der Day-1 Profit or Loss wird als Differenz des theoretischen Preises zum tatsächlich gehandelten Preis ermittelt.

Der Day-1 Profit or Loss hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2013	2012
Stand 01.01.	0,9	2,2
Neugeschäft	2,1	0,9
Erfolgswirksam vereinnahmter Day-1 Profit or Loss	-1,2	-2,2
davon Schließen von Positionen	-0,6	-2,1
davon fällig gewordene Transaktionen	-0,6	-0,1
davon beobachtbar gewordene Marktparameter	0,0	0,0
Stand 31.12.	1,8	0,9

57 Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Die aufrechenbaren finanziellen Vermögenswerte oder solche, die einer durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung beziehungsweise einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen, ergeben sich wie folgt:

		In der Bilanz nicht aufgerechnete Beträge					
		Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	In der Bilanz ausgewiesene finanzielle Vermögenswerte (netto)	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	Nettobetrag
in Mio. €							
31.12.2013	Derivate	1.455,9	0,0	1.455,9	790,0	236,1	429,8
31.12.2012	Derivate	1.829,5	0,0	1.829,5	1.182,7	150,6	496,2

Die aufrechenbaren finanziellen Verbindlichkeiten oder solche, die einer durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung beziehungsweise einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen, ergeben sich wie folgt:

		In der Bilanz nicht aufgerechnete Beträge					
		Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	In der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verbindlichkeiten (netto)	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	Nettobetrag
in Mio. €							
31.12.2013	Derivate	1.932,3	0,0	1.932,3	790,0	223,0	869,3
31.12.2012	Derivate	2.485,2	0,0	2.485,2	1.182,7	417,9	474,6

Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit unseren Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäften haben wir nicht aufgerechnet (vgl. Note 31).

58 Bestände in Fremdwährung

Zum 31. Dezember 2013 betragen die auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände 1.773,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.552,8 Mio. Euro) und die entsprechenden Verbindlichkeiten 2.336,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3.022,6 Mio. Euro). US-Dollar-Forderungen und -Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr jeweils den gröſsten Einzelanteil.

59 Derivategeschäfte

Die derivativen Finanzinstrumente setzen wir im Wesentlichen im Kundengeschäft ein; dadurch entstehende offene Positionen versuchen wir mittels individueller Ein-

schätzung der Marktentwicklung gewinnbringend umzusetzen. Die Darstellung des Geschäfte mit Derivaten gemäß § 36 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute folgt den Empfehlungen des Ausschusses für Bilanzierung des Bundesverbands deutscher Banken e. V. Gemäß internationalem Standard stellen die angegebenen Marktwerte die auf die Handelsaktivitäten entfallenden Wiederbeschaffungskosten dar, die bei einem Ausfall aller Kontrahenten entstehen können. Durchsetzbare Nettingvereinbarungen bleiben unberücksichtigt. Da bei börsengehandelten Derivaten Adressenausfallrisiken nicht existieren, sind die hierauf entfallenden Marktwerte nicht in die Tabelle für die Marktwerte der Derivate eingegangen.

Gliederung des Derivategeschäfte nach Nominalbeträgen

in Mio. €		Nominalbeträge mit einer Restlaufzeit			Nominalbeträge	
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre	Summe 2013	Summe 2012
OTC-Produkte	Zins-Swaps	4.442	8.610	6.848	19.900	22.174
	Zinsoptionen	901	1.442	958	3.301	3.071
	Termingeschäfte	749	795	70	1.614	1.240
Brsenprodukte	Zins-Futures	2.012	1.291	0	3.303	243
	Zinsoptionen	159	376	146	681	853
Zinsbezogene Geschäfte		8.263	12.514	8.022	28.799	27.581
OTC-Produkte	Devisentermingeschäfte	22.498	2.065	0	24.563	30.866
	Cross Currency Swaps	62	71	176	308	650
	Devisenoptionen	2.233	89	0	2.322	1.818
Währungsbezogene Geschäfte		24.793	2.224	176	27.193	33.334
OTC-Produkte	Termingeschäfte	0	4	0	4	91
	Aktien-/Index-Optionen	11	30	0	41	83
	Equity Swaps	6	29	0	35	49
Brsenprodukte	Aktien-/Index-Futures	880	8	0	887	474
	Aktien-/Index-Optionen	2.646	2.406	295	5.348	4.575
Aktien-/indexbezogene Geschäfte		3.543	2.477	295	6.315	5.271
Finanzderivate insgesamt		36.599	17.215	8.493	62.307	66.187

Gliederung des Derivategeschäfts nach Marktwerten

in Mio. €		Positive Marktwerte mit einer Restlaufzeit			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre	Summe 2013	Summe 2012	Summe 2013	Summe 2012
OTC-Produkte	Zins-Swaps	6	229	479	714	1.145	813	1.493
	Zinsoptionen	14	14	11	39	75	42	123
	Termingeschäfte	13	12	6	31	1	55	8
Zinsbezogene Geschäfte		33	255	496	784	1.220	910	1.624
OTC-Produkte	Devisentermingeschäfte	204	95	0	299	320	302	328
	Cross Currency Swaps	3	8	2	13	19	13	19
	Devisenoptionen	33	3	0	36	16	37	18
Währungsbezogene Geschäfte		240	106	2	348	355	352	365
OTC-Produkte	Termingeschäfte	0	1	0	1	0	4	18
	Aktien-/Index-Optionen	1	4	0	5	16	23	14
	Equity Swaps	0	3	0	3	3	1	1
Aktien-/indexbezogene Geschäfte		1	8	0	9	20	28	33
Finanzderivate insgesamt		274	369	498	1.141	1.595	1.290	2.022

Sicherungsinstrumente

HSBC Trinkaus verwendet Derivate (Zins-Swaps) auch zur Absicherung von Marktzinsrisiken bei Finanzanlagen im Rahmen des Hedge Accountings. Aus diesen Sicherungsbeziehungen resultieren zum 31. Dezember 2013

positive Marktwerte in Höhe von 6,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) und negative Marktwerte in Höhe von 46,9 Mio. Euro (Vorjahr: 70,4 Mio. Euro).

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen wird in der folgenden Übersicht genauer spezifiziert:

Gewinne und Verluste in Mio. €	2013	2012
Aus Sicherungsinstrumenten	28,7	-28,1
Aus Grundgeschäften	-28,9	28,0

60 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.621,4	1.805,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.109,4	5.253,7
Insgesamt	7.730,8	7.059,3

Die Haftsummen aus Anteilen an Genossenschaften betragen wie im Vorjahr insgesamt 0,2 Mio. Euro.

Die Nachschusspflicht aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH beläuft sich ebenfalls unverän-

dert auf 3,7 Mio. Euro. Daneben tragen wir eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer Gesellschafter, die dem Bundesverband deutscher Banken e. V. angehören.

Die Verpflichtungen aus Leasingverträgen (inklusive Miet- und Pachtverträgen) betragen zum Bilanzstichtag 48,9 Mio. Euro (Vorjahr: 101,3 Mio. Euro). Der Rückgang resultiert vor allem aus dem Rückzug vom Standort Luxemburg.

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Bis 1 Jahr	9,9	24,0
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	23,6	43,7
Über 5 Jahre	15,4	33,6
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen insgesamt	48,9	101,3

Die Bank hat die Evidenzzentrale für Kartenzahlungen sowie den Aufbau und den Betrieb einer Kontenevidenzzentrale nach § 24 c KWG an externe Dritte ausgelagert. Die

ausgelagerten Bereiche nehmen keinen wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der Bank.

61 Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für Geschäfte an der Eurex und für Wertpapierleihegeschäfte wurden Wertpapiere im Nennwert von 611,3 Mio. Euro (Vorjahr: 233,6 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt.

Zur Besicherung von Spitzenrefinanzierungsfazilitäten standen zum Bilanzstichtag Schuldverschreibungen im Nennwert von 4.000,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4.801,1 Mio. Euro) zur Verfügung.

62 Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte dürfen nicht in die Bilanz eines Kreditinstituts eingehen. Als Indikator für das Ausmaß einer potenziellen Haftung zeigt die nachfolgende Tabelle das Volumen der treuhänderischen Geschäftstätigkeit:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Treuhandvermögen	196,6	248,2
Forderungen an Kreditinstitute	54,5	90,9
Forderungen an Kunden	0,0	5,6
Beteiligungen	142,1	151,7
Treuhandverbindlichkeiten	196,6	248,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	196,6	248,2

63 Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG kann wie folgt dargestellt werden:

Gesellschaft	Sitz	Anteil am Gesellschafts- kapital in %	Eigenkapital der Gesellschaft in Tsd. €	Jahresergebnis 2013 in Tsd. €
Banken und banknahe Gesellschaften				
HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH	Düsseldorf	100,0	117.485	0*
HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A.	Luxemburg	100,0	108.178	-22.196
HSBC Trinkaus Investment Management Ltd.	Hongkong	100,0	587	-15
Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	24.000	0*
HSBC Trinkaus Investment Managers S.A.	Luxemburg	100,0	1.945	-4.716
HSBC INKA Investment-AG TGV**	Düsseldorf	100,0	1.939	-5
HSBC Transaction Services GmbH	Düsseldorf	100,0	15.000	0*
HSBC Trinkaus Family Office GmbH	Düsseldorf	100,0	25	0*
HSBC Trinkaus Gesellschaft für Kapitalmarktinvestments OHG***	Düsseldorf	10,0	550.700	7.676
HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Düsseldorf	100,0	5.001	0*
HSBC Global Asset Management (Österreich) GmbH****	Wien	100,0	418	58
HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG***	Zürich	50,0	1.464	8
Gesellschaften mit Sonderauftrag				
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH	Düsseldorf	100,0	167	0*
HSBC Trinkaus Immobilien Beteiligungs-KG	Düsseldorf	100,0	3.010	157
Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 3 GmbH	Düsseldorf	100,0	56	4
HSBC Trinkaus Europa Immobilien-Fonds Nr. 5 GmbH	Düsseldorf	100,0	31	5
Trinkaus Canada 1 GP Ltd.****	Toronto	100,0	-32	-33
Trinkaus Australien Immobilien-Fonds Nr. 1 Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	23	2
Trinkaus Immobilien-Fonds Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf	100,0	46	17
Trinkaus Immobilien-Fonds Geschäftsführungs-GmbH	Düsseldorf	100,0	24	0
Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH	Düsseldorf	100,0	500	0*
Trinkaus Private Equity Management GmbH	Düsseldorf	100,0	1.398	1.275
HSBC Trinkaus Private Wealth GmbH	Düsseldorf	100,0	261	0*

Gesellschaft	Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital in %	Eigenkapital der Gesellschaft in Tsd. €	Jahresergebnis 2013 in Tsd. €
Grundstücksgesellschaften				
Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG	Düsseldorf	100,0	2.762	-4.135
Sonstige Gesellschaften				
HSBC Trinkaus Consult GmbH****	Düsseldorf	100,0	6.218	-284
Trinkaus Private Equity Verwaltungs GmbH	Düsseldorf	100,0	37	7

* Ergebnisabführungsvertrag

** Unternehmensaktien

*** at equity bilanziert

**** Werte per 31.12.2012

Darüber hinaus hält HSBC Trinkaus 26,6 % an der sino AG, Düsseldorf. Zum 30. September 2013 betrug das Eigenkapital der Gesellschaft 4.710 Tsd. Euro und der Jahresfehlbetrag 35 Tsd. Euro.

64 Befreiungen von Tochtergesellschaften gemäß § 264 Abs. 3 und § 264b HGB

Die folgenden Tochterunternehmen beabsichtigen, von den Möglichkeiten des § 264 Abs. 3 und § 264b HGB Gebrauch zu machen und dabei auch ihren Jahresabschluss nicht offenzulegen:

- HSBC Trinkaus & Burkhardt Gesellschaft für Bankbeteiligungen mbH, Düsseldorf
- HSBC Trinkaus Family Office GmbH, Düsseldorf
- HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
- Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
- HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf
- HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf
- HSBC Trinkaus Private Wealth GmbH, Düsseldorf
- Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf
- Trinkaus Australien Immobilien-Fonds Nr. 1 Brisbane GmbH und Co. KG, Düsseldorf

65 Patronatserklärung

Die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG trägt dafür Sorge, dass die Gesellschaften HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf, HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, sowie Gesellschaft für industrielle Beteiligungen und Finanzierungen mbH, Düsseldorf, ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können.

Darüber hinaus stellt die HSBC Trinkaus & Burkhardt AG regelmäßig die derzeitigen persönlich haftenden oder geschäftsführenden Gesellschafter der vollkonsolidierten Gesellschaften in der Rechtsform der KG sowie der Trinkaus Immobilien-Fonds-Gesellschaften und der Trinkaus Private Equity-Gesellschaften von allen Ansprüchen Dritter frei, die an diese aufgrund ihrer Rechtsstellung oder ihrer Tätigkeit in der jeweiligen Gesellschaft geltend gemacht werden, soweit es sich um natürliche Personen handelt.

66 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Jahresdurchschnitt	2013	2012
Mitarbeiter/-innen im Ausland	203	217
Mitarbeiter/-innen im Inland	2.325	2.329
Gesamt (einschließlich Auszubildende)	2.528	2.546
davon Mitarbeiterinnen	1.084	1.107
davon Mitarbeiter	1.444	1.439

67 Honorare für den Abschlussprüfer

Für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, wurden folgende Honorare einschließlich Auslagen als Aufwand erfasst.

in Mio. €	2013	2012
Abschlussprüfungen	1,2	1,0
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	0,1	0,2
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1
Sonstige Leistungen	0,5	0,1
Gesamt	1,9	1,4

68 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Wir pflegen intensive Geschäftsbeziehungen mit anderen HSBC-Unternehmen. Diese Geschäftsbeziehungen betreffen zum einen bankübliche Geschäfte, die meist unbesichert eingegangen wurden. Derivategeschäfte hingegen werden in der Regel unter Rahmenverträgen, die ein Netting erlauben, abgeschlossen und im Rahmen von Credit Support Annex (CSAs) besichert. Zum anderen bestehen mit verschiedenen Gesellschaften des HSBC-Konzerns

Kooperations- und Geschäftsbesorgungsverträge. Insgesamt sind in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 118,8 Mio. Euro Erträge (Vorjahr: 117,8 Mio. Euro) und 34,4 Mio. Euro Aufwendungen (Vorjahr: 22,3 Mio. Euro) für Transaktionen mit der HSBC Holdings plc, London, und mit ihr verbundenen Unternehmen enthalten. Im Geschäftsjahr 2013 betragen die Zinserträge mit anderen HSBC-Unternehmen 17,6 Mio. Euro (Vorjahr: 24,5 Mio. Euro), die Zinsaufwendungen beliefen sich auf 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 5,2 Mio. Euro).

In den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind folgende Beträge enthalten:

in Mio. €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	927,8	586,7	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	43,7	0,0	77,1	57,1
Insgesamt	971,5	586,7	77,1	57,1

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sind folgende Beträge enthalten:

in Mio. €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	681,8	628,1	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31,0	28,0	228,7	9,8
Insgesamt	712,8	656,1	228,7	9,8

In den Handelsaktiva und -passiva sowie in den Finanzanlagen sind folgende Geschäfte enthalten, die mit verbundenen Unternehmen abgeschlossen wurden:

in Mio. €	Wertpapiere		Derivate	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Handelsaktiva	0,0	0,0	652,2	875,6
Handelspassiva	0,0	0,0	667,7	1.735,7
Finanzanlagen	736,0	738,4	0,0	0,0

69 Anteilsbasierte Vergütungen

Aufgliederung des Aktienoptionsprogramms

Typ	Tag der Gewährung	Fair Value je Optionsrecht zum Gewährungstag in €	Ausübungspreis in €	Anzahl der Optionsrechte 31.12.2013	Anzahl der Optionsrechte 31.12.2012
SAYE 2008 (5J)	01.08.2008	2,77	7,55	–	7.841
SAYE 2009 (5J)	01.08.2009	1,50	3,64	358.440	381.399
SAYE 2010 (3J/5J)	01.08.2010	1,90/2,01	6,07	9.146	67.272
SAYE 2011 (3J/5J)	01.08.2011	1,53/1,61	5,80	76.109	82.026
SAYE 2012 (1J/3J/5J)	01.08.2012	1,30/1,29/1,30	5,35	151.911	270.705
Insgesamt				595.606	809.243

Der Fair Value der Optionen wird konzerneinheitlich durch die HSBC Holdings plc ermittelt. Am Tag der Gewährung der Optionen wird er mithilfe des „Lattice“-Modells berechnet, dem die Annahmen des Black-Scholes-Modells zugrunde liegen. Die Ausübung der Aktienoptionen durch die Mitarbeiter erfolgt generell zum 1. August eines Geschäftsjahrs. Die Optionen der Mitarbeiter, die von dem

Recht einer späteren Ausübung Gebrauch machen, sind von untergeordneter Bedeutung.

Der bei sofortiger Ausübung der Optionsrechte am 1. August 2013 herangezogene Kurs der HSBC-Aktie betrug 8,65 Euro (1. August 2012: 6,82 Euro).

Entwicklung des Aktienoptionsprogramms

	Typ	Anzahl der Optionsrechte	Gewichteter Ausübungspreis in €
Bestand zum 01.01.2013	SAYE 2008–2012	809.243	4,67
Im Jahresverlauf ausgeübt	SAYE 2008 (5J)/ SAYE 2010 (3J)/ SAYE 2012 (1J)	179.707	5,68
Im Jahresverlauf verwirkt	SAYE 2009–2012	33.930	4,29
Bestand zum 31.12.2013		595.606	4,39
davon ausstehende Optionsrechte		589.843	
davon ausübbar Optionsrechte		5.763	

Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit der zum 31. Dezember 2013 noch ausstehenden Optionsrechte beläuft sich auf 406 Tage (Vorjahr: 598 Tage). Der im Berichtsjahr zu berücksichtigende Personalaufwand beläuft sich auf 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro).

Erfolgsabhängige Vergütung für Mitarbeiter und Vorstände

Die erfolgsabhängige Vergütung für Mitarbeiter und Vorstände erfolgte wie schon im Vorjahr teilweise durch Zuteilung von Aktien der HSBC Holdings plc. Für das Geschäftsjahr 2013 wurden 13,6 Mio. Euro (Vorjahr: 13,9 Mio. Euro) in Form von Aktien zugesagt. Die Übertragungen der Aktien erfolgen anteilig in den Geschäftsjahren 2014, 2015, 2016 und 2017.

Der Gesamtwert der Kapitalrücklage für anteilsbasierte Vergütungen am Ende der Berichtsperiode beträgt

– 1,7 Mio. Euro (Vorjahr: – 7,5 Mio. Euro). Die zugehörige Verbindlichkeit für in Folgejahren noch auszuzahlende erfolgsabhängige Vergütungen beläuft sich auf 43,5 Mio. Euro (Vorjahr: 62,3 Mio. Euro).

70 Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank haben die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und der Öffentlichkeit dauerhaft auf der Homepage der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (Internetlink: <http://www.hsbctrinkaus.de/global/display/wirueberuns/berichteund-investorrelations/corporategovernance>) zugänglich gemacht.

71 Mandate des Vorstands

Die folgenden Vorstandsmitglieder und Bereichsvorstände der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG sind zum 31. Dezember 2013 in den hier aufgeführten Aufsichtsräten oder in vergleichbaren Kontrollgremien vertreten. Manfred Krause (Vorstand bis zum 2. Juli 2013), Florian Fautz und Stephen Price hatten im relevanten Zeitraum keine hier meldepflichtigen Mandate inne. Norbert Reis (Vorstand seit 1. Januar 2014) und Dr. Jan Wilmanns (Bereichsvorstand seit 1. Januar 2014) waren zum Aufstellungstermin in keinem meldepflichtigen Kontrollgremium vertreten.

Andreas Schmitz (Sprecher)	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 18. Juni 2013)	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	KfW-Bankengruppe, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	Liquiditäts-Konsortialbank, Frankfurt am Main

Paul Hagen	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	SdB-Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH, Berlin
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HFI Hansische Vermögensverwaltungs Aktiengesellschaft, Hamburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Investment Managers S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 22. April 2013)	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	RWE Supply & Trading GmbH, Essen

Dr. Olaf Huth (bis 4. Juni 2013)	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Investment Managers S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 18. Juni 2013)	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2013)	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 22. April 2013)	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

Carola Gräfin v. Schmettow	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
Vorsitzende des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
Vorsitzende des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Investment Managers S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	ThyssenKrupp AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg

Dr. Rudolf Apenbrink (Bereichsvorstand)	
Funktion	Gesellschaft
Chairman des Board of Directors	HSBC Global Asset Management (Switzerland) AG, Zürich, Schweiz
Mitglied des Board of Directors	HSBC Global Asset Management (France), Paris, Frankreich
Mitglied des Board of Directors	HSBC Global Asset Management (Turkey), Istanbul, Türkei
Mitglied des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

Dr. Christiane Lindenschmidt (Bereichsvorstand)	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Board of Directors	HSBC Securities Services S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Investment Managers S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

72 Mandate anderer Mitarbeiter

Folgende Mitarbeiter sind zum 31. Dezember 2013 in folgenden Aufsichtsräten, die nach dem Gesetz zu bilden sind, oder vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Michael Böhm	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Beirats	DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH, Frankfurt am Main

Mark Cringle	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf

Thomas Fahlenbock	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf

Gerd Goetz	
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	sino AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	tick-TS AG, Düsseldorf

Dr. Detlef Irmen

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats

HSBC Transaction Services GmbH, Düsseldorf

Dr. Manfred v. Oettingen

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats

HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

Martin Reichel

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats

HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH, Düsseldorf

Heiko Schröder

Funktion

Gesellschaft

Vorsitzender des Aufsichtsrats

HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf

Ulrich W. Schwittay

Funktion

Gesellschaft

Mitglied des Aufsichtsrats

HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf

Norbert Stabenow

Funktion

Gesellschaft

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

HSBC INKA Investment-AG TGV, Düsseldorf

73 Angaben zu Aufsichtsratsmitgliedern

Die Mitglieder unseres Aufsichtsrats besitzen weitere Mandate in folgenden Aufsichtsräten beziehungsweise vergleichbaren Kontrollgremien:

Dr. Sieghardt Rometsch (Vorsitzender)	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Management Partner GmbH, Stuttgart

Samir Assaf	
Funktion	Gesellschaft
Chairman	HSBC France, Frankreich

Peter W. Boyles (bis zum 31. August 2013)	
Funktion	Gesellschaft
Chairman	HSBC Bank A.S., Istanbul, Türkei
Deputy Chairman	HSBC France S.A., Paris, Frankreich
Mitglied des Supervisory Board	S.A. des Galeries Lafayette, Paris, Frankreich
Director	HSBC Bank plc, London, Großbritannien
Director	HSBC Bank Malta plc, Valletta, Malta

Dr. Hans Michael Gaul	
Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BDO AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats	Siemens AG, München

Wolfgang Haupt	
Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC Trinkaus Real Estate GmbH, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Trinkaus Private Equity M 3 GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Trinkaus Private Equity Pool I GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Trinkaus Secondary GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf

Harold Hörauf (bis zum 31. August 2013)

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	HSBC US Buy-Out GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Trinkaus Secondary Zweitausendsechs GmbH & Co. KGaA, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V., Berlin

Simon Leathes

Funktion	Gesellschaft
Director – non executive	HSBC Bank plc, London, Großbritannien
Director – non executive	Assured Guaranty Limited, Hamilton, Bermuda
Chairman of the Board of Directors – non executive	Assured Guaranty (Europe) Limited, London, Großbritannien
Chairman of the Board of Directors – non executive	Assured Guaranty (UK) Limited, London, Großbritannien
Director – non executive	HSB-Engineering Insurance Limited, London, Großbritannien

Friedrich Merz

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	WEPA Industrieholding SE, Arnberg
Mitglied des Aufsichtsrats	AXA Konzern AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA, Dortmund
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Börse AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	BASF Antwerpen N.V., Antwerpen, Belgien
Mitglied des Verwaltungsrats	Stadler Rail AG, Bussnang, Schweiz

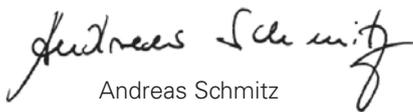
Hans-Jörg Vetter

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Herrenknecht AG, Schwanau
Vorsitzender des Aufsichtsrats	LBBW Immobilien Management GmbH, Stuttgart
Vorsitzender des Aufsichtsrats	LHI Leasing GmbH, Pullach
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Süd Beteiligungen GmbH, Stuttgart
Mitglied des Aufsichtsrats	Allgaier Werke GmbH, Uhingen
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
Mitglied des Aufsichtsrats	Wieland-Werke AG, Velbert

74 Veröffentlichung

Der Geschäftsbericht wird am 25. Februar 2014 zur Veröffentlichung freigegeben.

Düsseldorf, den 12. Februar 2014



Andreas Schmitz



Paul Hagen



Norbert Reis



Carola Gräfin v. Schmettow

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden

die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 19. Februar 2014

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Hübner
Wirtschaftsprüfer

gez. Bormann
Wirtschaftsprüfer



**Halbjahresfinanzbericht
zum 30. Juni 2014**

HSBC  Trinkaus

Kennzahlen des HSBC Trinkaus & Burkhardt-Konzerns

	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013	Veränderung in %
Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €			
Operative Erträge	347,5	366,5	-5,2
Risikovorsorge	3,5	5,2	-32,7
Verwaltungsaufwand	252,1	242,7	3,9
Jahresüberschuss vor Steuern	108,1	131,9	-18,0
Ertragsteuern	35,5	43,4	-18,2
Jahresüberschuss	72,6	88,5	-18,0
Kennzahlen			
Aufwand-Ertrag-Relation der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in %	69,3	63,9	-
Eigenkapitalrendite vor Steuern in % (auf das Jahr hochgerechnet)	15,5	20,1	-
Anteil Provisionsüberschuss an den operativen Erträgen in %	53,6	59,9	-
Mitarbeiter zum Stichtag	2.606	2.525	3,2
Angaben zur Aktie			
Durchschnittliche Stückzahl der umlaufenden Aktien in Mio.	28,1	28,1	0,0
Ergebnis je Aktie in €	2,58	3,15	-18,1
Börsenkurs der Aktie zum Stichtag in €	83,5	86,0	-2,9
Marktkapitalisierung zum Stichtag in Mio. €	2.346,4	2.416,6	-2,9

	30.06.2014	31.12.2013	Veränderung in %
Bilanzzahlen in Mio. €			
Bilanzsumme	21.646,1	19.809,7	9,3
Bilanzielles Eigenkapital	1.471,0	1.453,7	1,2
Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen*			
Kernkapital in Mio. €	1.128	1.304	-13,5
Aufsichtsrechtliches Kapital in Mio. €	1.536	1.639	-6,3
Risikoposition in Mio. €	12.884	11.125	15,8
Kernkapitalquote in %	8,8	11,7	-
Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Risikoposition in %	11,9	14,7	-

*vorläufige Zahlen (vgl. Erläuterungen im Abschnitt Finanzlage)

Brief des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,

HSBC Trinkaus erzielte in einem für die gesamte Branche herausfordernden Umfeld im ersten Halbjahr 2014 einen rückläufigen Jahresüberschuss vor Steuern von 108,1 Mio. Euro (Vorjahresvergleichsperiode: 131,9 Mio. Euro). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 72,6 Mio. Euro nach 88,5 Mio. Euro zum 30. Juni 2013. Der Rückgang erklärt sich durch den inzwischen fast abgeschlossenen Rückzug aus Luxemburg sowie die Investitionen zur Umsetzung der Wachstumsinitiative.

Bereinigt um den Rückzug aus Luxemburg sind die operativen Erträge um 0,5 % auf 347,5 Mio. Euro (bereinigt 2013: 345,8 Mio. Euro) gestiegen.

Im Rahmen der Wachstumsinitiative verbreitern wir das Geschäftsmodell von HSBC Trinkaus mit den Geschäftsfeldern Global Banking & Markets, Commercial Banking, Global Private Banking sowie Asset Management durch eine deutlich stärkere Positionierung im Firmenkundengeschäft als „Leading International Bank“ in Deutschland. Dies erfolgt durch eine Ausweitung des Produktangebots für international tätige mittelständische Unternehmen sowie internationale Großunternehmen. Die dafür erforderlichen Investitionen führen planmäßig zu einer Verschlechterung der Cost-Income-Ratio.

Zwischenlagebericht

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die im Verlauf von 2013 begonnene Konjunkturbelebung der Eurozone sollte sich in den nächsten Monaten fortsetzen, insgesamt aber wenig dynamisch ausfallen. Eine nachhaltige Besserung am Arbeitsmarkt sowie eine stärkere Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürften damit noch auf sich warten lassen und die disinflationären Tendenzen innerhalb der Eurozone verstärken. Um den nicht vernachlässigbaren Deflationsgefahren zu begegnen und die Kreditvergabe insbesondere in den Peripherieländern anzukurbeln, hat die Europäische Zentralbank nochmals expansivere Maßnahmen beschlossen. Unter anderem wurde erstmalig der Einlegesatz in den negativen Bereich gesenkt (-0,1 %). Die deutsche Konjunktur hingegen dürfte von der extrem expansiven Geldpolitik profitieren und 2014 mit 1,9 % kräftig expandieren. Wachstumsmotor dürfte die Binnenwirtschaft sein: Steigende Auslastungsgrade in der Industrie sorgen für Nachholbedarf bei den Investitionen, der robuste Arbeitsmarkt in Kombination mit spürbaren Einkommenssteigerungen festigen den privaten Konsum und der Wohnungsbau profitiert von dem historisch günstigen Zinsniveau. In den USA sollte die Wirtschaft nach einem witterungsbedingten Einbruch ab dem zweiten Quartal wieder zum Wachstum zurückkehren. Damit bleibt die US-amerikanische Notenbank (Fed) auf Autopilot – das einst 85 Mrd. US-Dollar pro Monat schwere Wertpapierkaufprogramm dürfte bis Oktober 2014 auslaufen. Mit Zinserhöhungen rechnen wir aber erst in der zweiten Jahreshälfte 2015. Abnehmende Befürchtungen vor schnellen Zinserhöhungen haben auch in den Schwellenländern für eine Stabilisierung bei den Währungen gesorgt. Die von der chinesischen Regierung und der Notenbank beschlossenen Stützungsmaßnahmen (unter anderem Exportbeihilfen und Infrastrukturprogramme) haben die Risiken einer ungewollt starken Konjunkturabkühlung deutlich reduziert. Die Wirt-

schaft im Reich der Mitte sollte 2014 mit soliden 7,4 % expandieren.

Die Herausforderungen für die Finanzbranche durch die Umsetzung der neuen regulatorischen Anforderungen bei gleichzeitig rückläufigem Erlöspotenzial und verschärftem Wettbewerb in Deutschland sind unverändert hoch. Insbesondere das extrem niedrige Zinsniveau am Geldmarkt aufgrund der durch die Europäische Zentralbank (EZB) bereitgestellten Überschussliquidität führt bei HSBC Trinkaus mit seiner soliden Einlagenbasis dazu, dass eine Zinsmarge auf der Passivseite nicht mehr erzielbar ist. Diese negative Entwicklung hat sich noch durch die Entscheidung der EZB verschärft, den Zinssatz für die Einlagenfazilität in den negativen Bereich abzusenken.

Geschäftsverlauf und Lage

Ertragslage

- Der Zinsüberschuss hat sich um 6,2 Mio. Euro von 81,4 Mio. Euro in der Vergleichsperiode auf 87,6 Mio. Euro verbessert. Dieser Anstieg resultiert vor allem aus dem verbesserten Zinsüberschuss im Kundenkreditgeschäft aufgrund höherer Volumina. Demgegenüber war der Zinsüberschuss aus Finanzanlagen signifikant rückläufig. Endfällige Anleihen konnten bei vergleichbarem Risikoprofil im aktuellen Marktumfeld nur durch solche mit deutlich niedrigerem Kupon ersetzt werden. Darüber hinaus belasten die geringeren Margen im Einlagengeschäft das Zinsergebnis.
- Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt 3,5 Mio. Euro nach 5,2 Mio. Euro in der Vergleichsperiode. Erforderlich waren Zuführungen von 4,1 Mio. Euro bei den Portfoliowertberichtigungen. Demgegenüber konnten per Saldo 0,6 Mio. Euro Einzelwertberichtigungen aufgelöst werden. Wir halten weiterhin an unserer konservativen Ausrichtung bei der Gewährung von Krediten und der Beurteilung von Ausfallrisiken fest.
- Das Provisionsergebnis ging um 33,3 Mio. Euro auf 186,1 Mio. Euro zurück (Vorjahr: 219,4 Mio. Euro). Das Ergebnis

ANHANG III

aus dem Wertpapiergeschäft wurde zum einen vom Rückzug aus Luxemburg belastet. Zum anderen liegen die Umsätze im Fixed Income-Geschäft mit institutionellen Kunden unter denen des Vorjahres, da die niedrigen Renditen den mittelfristigen Anlagezielen unserer Kunden nicht genügen. Den Provisionsüberschuss aus dem Geschäft mit Devisen und Derivaten verbesserten wir dagegen um 3,6 Mio. Euro auf 42,4 Mio. Euro (Vorjahr: 38,8 Mio. Euro). Im Anstieg des Provisionsergebnisses im Kreditgeschäft von 11,6 Mio. Euro auf 15,0 Mio. Euro sind weitere Erfolge unserer Wachstumsstrategie zu erkennen. Der Zuwachs im Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Strukturierungsgeschäft zeigt die weiterhin starke Marktposition der Bank bei Neuemissionen als Lead Manager. Die guten Ergebnisse aus dem Investment Banking und dem Geschäft mit Alternative Investments aus dem ersten Halbjahr 2013 konnten im aktuellen Geschäftsjahr bislang nicht wiederholt werden.

- Das Handelsergebnis hat sich leicht um 2,6 Mio. Euro auf 64,0 Mio. Euro erhöht (Vorjahr: 61,4 Mio. Euro). Sowohl das Ergebnis aus dem Handel mit Renten und Zinsderivaten als auch aus Aktien und Aktien-/Indexderivaten hat sich wieder verbessert. Die Kundennachfrage nach trading-orientierten Retail-Produkten und Zertifikaten lag zumindest im ersten Quartal über den Vorjahreswerten. Das Ergebnis des Devisenhandels war mit 0,5 Mio. Euro deutlich rückläufig (Vergleichsperiode: 3,8 Mio. Euro); das Ergebnis aus den Derivaten des Bankbuchs hat sich leicht auf 0,7 Mio. Euro verschlechtert (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro).
- Beim Verwaltungsaufwand ist ein Anstieg um 9,4 Mio. Euro von 242,7 Mio. Euro auf 252,1 Mio. Euro zu verzeichnen. Dies ist überwiegend zurückzuführen auf die konsequente Umsetzung unserer Wachstumsinitiative. Dagegen sind durch den Rückzug aus Luxemburg signifikante Einsparungen zu verzeichnen. Bei einem im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Personalaufwand von 150,7 Mio. Euro erhöhten sich die anderen Verwaltungsaufwendungen um 8,4 Mio. Euro und die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen und auf Immaterielle Vermögenswerte um 1,0 Mio. Euro. Der Anstieg der Mitarbeiter

ANHANG III

im ersten Halbjahr macht sich nur anteilig in einem Anstieg des Personalaufwands bemerkbar und wurde durch die weggefallenen Personalkosten in Luxemburg sowie niedrigere ergebnisabhängige Bezüge kompensiert. Der Anstieg bei den anderen Verwaltungsaufwendungen ist im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen für Werbung und Dienstleistungen Dritter zurückzuführen. Damit beträgt die Aufwand-Ertrag-Relation im ersten Halbjahr 69,3 % (Vergleichsperiode: 63,9 %).

- Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich von 12,2 Mio. Euro auf 15,4 Mio. Euro verbessert und resultiert wie in der Vergleichsperiode im Wesentlichen aus den realisierten Gewinnen aus der Veräußerung von Finanzanlagen, insbesondere von Corporate Bonds, deren Credit Spreads weiter gesunken sind.
- Im Sonstigen Ergebnis in Höhe von 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 5,2 Mio. Euro) sind vor allem Mieterlöse aus unserer Immobilie in Australien enthalten, denen Zinsaufwendungen aus der Refinanzierung gegenüberstehen. Darüber hinaus ergaben sich im ersten Halbjahr per Saldo Erträge aus der Auflösung nicht mehr erforderlicher Rückstellungen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme von HSBC Trinkaus ist im Vergleich zum Jahresende 2013 um 1,9 Mrd. Euro auf 21,7 Mrd. Euro angestiegen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 12,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 12,2 Mrd. Euro) stellen nach wie vor unsere bedeutendste Refinanzierungsquelle dar. Wir werten dies weiterhin als klares Bekenntnis unserer Kunden zu unserer soliden Geschäftspolitik und unserer hohen Bonität. HSBC Trinkaus verfügt als Teil der HSBC-Gruppe mit „AA-(Stable)“ weiterhin über das beste Fitch-Rating einer privaten Geschäftsbank in Deutschland.

Der Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute von 1,6 Mrd. Euro auf 2,2 Mrd. Euro steht im Zusammenhang mit dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von

ANHANG III

1,3 Mrd. Euro auf 2,5 Mrd. Euro und ist stichtagsbedingt. Hintergrund sind unter anderem kurzfristige Einlagen von anderen Einheiten der HSBC-Gruppe, die wir ebenso kurzfristig angelegt haben.

Die Forderungen an Kunden sind von 4,9 Mrd. Euro auf 6,9 Mrd. Euro angestiegen. Neben dem stichtagsbedingten Anstieg in Höhe von 1,0 Mrd. Euro aufgrund von Wertpapierpensionsgeschäften mit der Eurex spiegelt der deutliche darüber hinausgehende Anstieg weitere erfreuliche Erfolge unserer Wachstumsstrategie im Firmenkundengeschäft wider.

Die Handelsaktiva sind im Vergleich zum 31. Dezember 2013 um 0,6 Mrd. Euro auf 6,2 Mrd. Euro zurückgegangen. Dieser Rückgang betrifft vor allem Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen.

Die Handelspassiva sind um 0,6 Mrd. Euro auf 4,7 Mrd. Euro angestiegen. Dies ist fast vollständig auf einen Anstieg bei den Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikaten und Optionsscheinen zurückzuführen. Darin zeigt sich unter anderem die wieder erhöhte Kundennachfrage nach tradingorientierten Retailprodukten und Zertifikaten.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 1.471,0 Mio. Euro und liegt damit um 17,3 Mio. Euro über dem Wert des 31. Dezember 2013. Die Bewertungsreserve für Finanzinstrumente stieg um 23,5 Mio. Euro auf 156,1 Mio. Euro an. Demgegenüber verschlechterte sich die Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung um 12,2 Mio. Euro auf –70,8 Mio. Euro. Beides ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Marktzinsen zurückzuführen.

Darüber hinaus erfolgte im zweiten Quartal die Ausschüttung der Dividende für das Vorjahr in Höhe von 70,3 Mio. Euro.

Finanzlage

Im Zuge der weiteren Umsetzung der Wachstumsstrategie und zum Ausgleich ausgelaufener nachrangiger Verbindlichkeiten hat HSBC Trinkaus im zweiten Quartal 2014 das auf-

ANHANG III

sichtsrechtliche Kapital durch eine nachrangige Einlage der HSBC Bank plc. in Höhe von 150 Mio. Euro gestärkt.

Ab 2014 melden wir die bankaufsichtsrechtlichen Kennzahlen zum Kapital basierend auf den Vorgaben der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR). Der Rückgang des Kernkapitals von 1.304 Mio. Euro zum 31. Dezember 2013 auf aktuell 1.128 Mio. Euro und des aufsichtsrechtlichen Kapitals von 1.639 Mio. Euro zum 31. Dezember 2013 auf aktuell 1.536 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus der Anwendung der neuen Vorschriften. Der Anstieg der Risikopositionen von 11.125 Mio. Euro zum 31. Dezember 2013 auf 12.884 Mio. Euro resultiert überwiegend aus der Umsetzung der Wachstumsstrategie. Die Eigenkapitalquote beträgt zum 30. Juni 2014 11,9 % (Vorjahr: 14,7 %) und die Kernkapitalquote 8,8 % (Vorjahr: 11,7 %).

Damit erfüllen wir die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Kapital und haben Spielraum für die weitere geplante Geschäftsausweitung. Da die Meldung an die Bankaufsichtsbehörde erst nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Zwischenberichts erfolgt, handelt es sich dabei um vorläufige Zahlen.

Die Finanzlage ist durch eine nach wie vor hervorragende Liquidität gekennzeichnet. Einen wesentlichen Teil unserer Überschussliquidität investieren wir weiterhin in notenbankfähige Anleihen deutscher Bundesländer.

Nachtragsbericht

Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zwischen dem Bilanzstichtag und dem Datum der Aufstellung nicht eingetreten.

Prognose- und Chancenbericht

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld für HSBC Trinkaus sollte wegen des Geschäftsschwerpunkts auf Deutschland weiterhin solide und unterstützend sein. Allerdings belastet das anhaltend niedrige Zinsniveau die Ertragslage.

Wir konzentrieren uns auf das Geschäft mit klar umrissenen Zielkundengruppen, ergänzt um Handelsaktivitäten, die vorrangig auf Kundenbedürfnisse abzielen.

Für HSBC Trinkaus steht weiterhin die Umsetzung der Mitte 2013 beschlossenen Wachstumsinitiative an, die den Schwerpunkt auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden legt, aber auch einen Ausbau des Global Banking & Markets-Geschäfts vorsieht.

Wir erwarten weiterhin einen leichten Anstieg der Erlöse, obwohl wir zunächst einmal den Erlösrückgang wegen des Rückzugs vom Standort Luxemburg ausgleichen müssen.

Die Vorlaufkosten der Erweiterung der Geschäftsaktivitäten resultieren aus einem deutlichen Aufbau der Mitarbeiterzahlen für das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und einer entsprechenden Ausweitung der Produktangebote. Aber auch die Servicebereiche der Bank und die zentralen Funktionen werden entsprechend ausgebaut. Dazu kommt eine Vielzahl an Projekten, um die IT-Unterstützung des Geschäfts auszubauen und die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen. Gemäß Planung wird dies zu einem Anstieg der Verwaltungsaufwendungen führen. Deswegen wird sich die Aufwand-Ertrag-Relation der Bank nach der Verbesserung im letzten Jahr wieder erhöhen und könnte die Marke von 70 % übersteigen.

Eine Expansionsstrategie bedeutet höhere Risiken, aber auch größere Chancen. Dies gilt vor allem für den Ausbau des Kreditportfolios mit mittelständischen Firmenkunden. Wir erwarten, dass der Risikovorsorgebedarf im Zeitverlauf deutlich höher ausfallen wird als 2013, zumal das Kreditwachstum mit höheren Portfoliowertberichtigungen einher-

geht. Die Ausweitung der Zielratings im Firmenkundenbereich wird neben höherem Risikovorsorgebedarf auch eine erhöhte Kapitalunterlegung mit sich bringen. Damit einhergehend erwarten wir deutliche Belastungen in der Kernkapital- und Eigenkapitalquote. Die HSBC-Gruppe hat ihre Bereitschaft signalisiert, auch über die Einlage von nachrangigen Verbindlichkeiten hinaus weitere Kapitalmaßnahmen von HSBC Trinkaus zu unterstützen.

Insgesamt erwarten wir einen Rückgang des Vorsteuerergebnisses um einen einstelligen Prozentsatz.

Risikobericht

Risikomanagement bei HSBC Trinkaus

Es ist eine Kernfunktion von Banken, Risiken bewusst zu übernehmen, aktiv zu steuern und gezielt zu transformieren. Als wesentliche Risiken unseres Bankgeschäfts sehen wir Adressenausfall-, Markt- und Liquiditätsrisiken, ferner operationelle sowie strategische Risiken. Aktive Risikosteuerung bedeutet, die Risiken nach Art, Höhe und Umfang zu identifizieren und so zu gestalten, dass sie zum einen im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des Konzerns stehen und dass sich zum anderen angemessene Risikoentgelte und Erträge erwirtschaften lassen.

Wir sind bereit, im Rahmen unserer risikopolitischen Grundsätze aktiv Markt- und Adressenausfallrisiken einzugehen. Operationelle Risiken wollen wir minimieren, soweit die Kosten dafür in einem angemessenen Verhältnis zur Risikovermeidung stehen. Zusätzlich sind adäquate Versicherungen abgeschlossen. Zur geschäftspolitischen Grundeinstellung unseres Hauses gehört es, Reputationsrisiken zu vermeiden. Liquiditätsrisiken schließen wir soweit wie möglich aus und nehmen dabei auch signifikante Mindererträge in Kauf. Die Höhe der Gesamtrisiken wird von der Geschäftsleitung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat begrenzt. Die Angemessenheit von Risikoübernahmen wird insbesondere vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit des Konzerns und der

ANHANG III

besonderen Kompetenzen im Risikomanagement für die Kerngeschäftsfelder beurteilt. Diese Grundsätze gelten unverändert.

Die im letzten Konzernabschluss beschriebenen Verfahren zum Risikomanagement und -Reporting entsprechen nach wie vor den gegenwärtigen Verhältnissen.

Risikokategorien

Adressenausfallrisiken

Das maximale Ausfallrisiko zum Halbjahresabschluss gliedert sich in die unten aufgeführten Branchen:

	30.06.2014		31.12.2013	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Unternehmen/ wirtschaftlich Selbstständige	13.707,1	47,5	12.372,4	48,0
Kreditinstitute/ Finanzierungsinstitutionen	10.455,2	36,2	8.543,0	33,1
Öffentliche Haushalte	4.505,4	15,6	4.670,8	18,1
Wirtschaftlich Unselbstständige	202,9	0,7	211,1	0,8
Insgesamt	28.870,6	100,0	25.797,3	100,0

Die Qualität der Kredite und Forderungen (einschließlich Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen), die weder überfällig noch wertgemindert sind, lässt sich anhand folgender Übersicht beurteilen:

	30.06.2014		31.12.2013	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
CRR 1	1.746,1	10,1	1.391,6	9,8
CRR 2	5.136,3	29,5	3.963,3	28,0
CRR 3	7.455,0	43,0	6.360,9	44,9
CRR 4	1.884,2	10,9	1.387,9	9,8
CRR 5	845,6	4,9	835,8	5,9
CRR 6	236,4	1,4	177,1	1,2
CRR 7	19,6	0,1	49,7	0,4
CRR 8	20,1	0,1	0,0	0,0
Insgesamt	17.343,3	100,0	14.166,3	100,0

ANHANG III

Um die Kreditqualität ihrer Kunden einzuordnen, verwendet die Bank eine 23-stufige interne Rating-Skala, das sogenannte Customer Risk Rating (CRR). Das Customer Risk Rating lässt sich in zehn Stufen zusammenfassen (CRR 1 – 10), wobei überfällige und/oder wertgeminderte Forderungen den CRR 9 und 10 zugeordnet werden.

Marktrisiken

Die Summe der Marktrisiken im Handelsbuch stellt sich wie folgt dar:

Handelsbuch in Mio. €	2014			
	30.06.	Maximum	Minimum	Durchschnitt
Risikoart				
Zinsrisiko	3,9	4,8	2,6	3,6
Währungsrisiko	0,1	0,3	0,0	0,1
Aktien-/Indexrisiko	0,6	1,7	0,5	0,9
Credit Spread-Risiko	2,9	3,5	2,7	3,0
Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
Gesamtes Risiko	4,8	5,7	3,8	4,6

Handelsbuch in Mio. €	2013			
	31.12.	Maximum	Minimum	Durchschnitt
Risikoart				
Zinsrisiko	2,9	2,9	1,0	1,8
Währungsrisiko	0,1	0,7	0,0	0,1
Aktien-/Indexrisiko	0,7	4,0	0,6	1,5
Credit Spread-Risiko	3,1	3,9	2,8	3,4
Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
Gesamtes Risiko	3,6	4,7	3,2	3,9

ANHANG III

Die Summe der Marktrisiken insgesamt stellt sich wie folgt dar:

Gesamtbank	2014			
in Mio. €	30.06.	Maximum	Minimum	Durchschnitt
Risikoart				
Zinsrisiko	4,7	6,0	3,4	4,8
Währungsrisiko	0,0	0,3	0,0	0,1
Aktien-/Indexrisiko	1,4	2,9	1,2	2,0
Credit Spread-Risiko	4,2	4,6	3,6	4,1
Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
Gesamtes Risiko	5,8	7,3	5,0	6,1

Gesamtbank	2013			
in Mio. €	31.12.	Maximum	Minimum	Durchschnitt
Risikoart				
Zinsrisiko	4,9	4,9	0,8	2,7
Währungsrisiko	0,1	0,7	0,0	0,1
Aktien-/Indexrisiko	1,8	6,2	1,6	3,1
Credit Spread-Risiko	4,7	5,7	4,7	5,3
Rohwarenrisiko	0,0	0,1	0,0	0,0
Gesamtes Risiko	6,5	8,3	5,0	6,6

Die Berechnung des Marktrisikopotenzials erfolgt für alle Marktrisikokategorien mit einem einheitlichen internen Modell, das wir kontinuierlich weiterentwickeln. Zur Messung der Marktrisiken des Handelsbuchs unter normalen Marktbedingungen verwenden wir seit Jahren Value at Risk-Ansätze.

Als Value at Risk verstehen wir den potenziellen Verlustbetrag, der bei einer Haltedauer von einem Handelstag und unveränderter Position mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % im Fall einer ungünstigen Marktentwicklung nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von Korrelationen ist das gesamte Marktrisikopotenzial geringer als die Summe der Risiken je Risikokategorie.

Liquiditätsrisiken

Die Advances/Core Funding Ratio stellt eine zentrale Finanzierungskennzahl dar. Sie bezieht sich auf einen Zeit-horizont von einem Jahr und setzt das Volumen an gewähr-ten Kundenkrediten ins Verhältnis zum Volumen langfristig aufgenommenener Kapitalmarktfinanzierung und zu den als Bodensatz qualifizierten Kundeneinlagen. Aufgrund der Un-terscheidung zwischen Bodensatz- (Core Funding) und Nichtbodensatzeinlagen (Non-Core Funding) lässt sich die Advances/Core Funding Ratio nicht unmittelbar aus der Bilanz ableiten.

Advances / Core Funding Ratio		
in %	2014	2013
30.06.	67,4	72,5
Minimum	64,6	72,5
Maximum	75,8	82,2
Durchschnitt	68,8	78,0

Gesamtbild der Risikolage

Das Gesamtbild der Risikolage der Bank ist nach wie vor ausgewogen.

Bericht zu wesentlichen Geschäften mit nahestehenden Personen

HSBC Trinkaus unterhält nach wie vor wesentliche Geschäftsbeziehungen zu anderen Unternehmen der HSBC-Gruppe. Die Ergebnisse dieser Geschäftsbeziehungen spiegeln sich vor allem im Provisions- und Zinsergebnis wider. In der Bilanz bestehen bedeutende Forderungen an HSBC-Einheiten wie auch Verbindlichkeiten diesen gegenüber. Ebenfalls wird eine Vielzahl von Handelspositionen direkt mit verschiedenen Unternehmen der HSBC-Gruppe eingegangen oder abgesichert. Alle Geschäfte werden zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen.

Düsseldorf, im August 2014

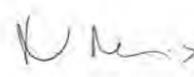
Der Vorstand



Andreas Schmitz



Paul Hagen



Norbert Reis



Carola Gräfin v. Schmettow

Konzernbilanz

Aktiva in Mio. €	Notes	30.06.2014	31.12.2013	Veränderung in %
Barreserve		357,5	1.133,7	-68,5
Forderungen an Kreditinstitute	(8)	2.152,6	1.643,8	31,0
Forderungen an Kunden	(9)	6.933,8	4.857,6	42,7
Risikovorsorge für Forderungen	(10)	-30,5	-33,4	-8,7
Handelsaktiva	(11)	6.188,8	6.753,6	-8,4
Finanzanlagen	(12)	5.618,0	5.124,8	9,6
Anteile an at equity bewerteten Unter- nehmen		53,9	54,5	-1,1
Sachanlagevermögen		87,9	83,8	4,9
Immaterielle Vermögenswerte		11,7	15,9	-26,4
Ertragsteueransprüche		13,2	10,9	21,1
laufend		5,2	5,2	0,0
latent		8,0	5,7	40,4
Sonstige Aktiva		259,2	164,5	57,6
Summe der Aktiva		21.646,1	19.809,7	9,3

ANHANG III

Passiva in Mio. €	Notes	30.06.2014	31.12.2013	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(13)	2.491,1	1.269,4	96,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(14)	12.109,7	12.219,1	-0,9
Verbriefte Verbindlichkeiten		10,0	10,0	0,0
Handelsspassiva	(15)	4.662,2	4.099,9	13,7
Rückstellungen		133,1	142,7	-6,7
Ertragsteuer- verpflichtungen		49,0	39,9	22,8
davon laufend		49,0	39,9	22,8
davon latent		0,0	0,0	-
Sonstige Passiva		259,8	229,3	13,3
Nachrangkapital		460,2	345,7	33,1
Eigenkapital		1.471,0	1.453,7	1,2
Gezeichnetes Kapital		75,4	75,4	0,0
Kapitalrücklagen		367,7	365,8	0,5
Gewinnrücklagen		868,2	781,9	11,0
Bewertungsreserve für Finanzinstrumente		156,1	132,6	17,7
Bewertungsreserve für die Neubewertung der Nettopensionsverpflichtung		-70,8	-58,6	20,8
Bewertungsreserve aus Währungs- umrechnung		1,8	1,3	38,5
Gewinn inklusive Gewinnvortrag		72,6	155,3	-53,3
Summe der Passiva		21.646,1	19.809,7	9,3

Konzern-Gesamt-^{ANHANG III} ergebnisrechnung HSBC Trinkaus & Burkhardt

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Notes	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013	Veränderung in %
Zinserträge		121,8	116,5	4,6
Zinsaufwendungen		34,2	35,1	-2,6
Zinsüberschuss	(1)	87,6	81,4	7,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(2)	3,5	5,2	-32,7
Ergebnis aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen		0,1	0,2	-50,0
Provisionserträge		355,4	394,8	-10,0
Provisionsaufwendungen		169,3	175,4	-3,5
Provisionsüberschuss	(3)	186,1	219,4	-15,2
Handelsergebnis	(4)	64,0	61,4	4,2
Verwaltungsaufwand	(5)	252,1	242,7	3,9
Ergebnis aus Finanzanlagen		15,4	12,2	26,2
Sonstiges Ergebnis	(6)	10,5	5,2	>100
Jahresüberschuss vor Steuern		108,1	131,9	-18,0
Ertragsteuern		35,5	43,4	-18,2
Jahresüberschuss		72,6	88,5	-18,0

Überleitung vom Jahresüberschuss zum Gesamtergebnis

in Mio. €	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013
Jahresüberschuss	72,6	88,5
Gewinne/Verluste nach Steuern, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	24,0	-27,5
davon aus Finanzinstrumenten	23,5	-28,5
davon aus Währungsumrechnung	0,5	1,0
Gewinne/Verluste nach Steuern, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	-12,2	1,6
davon aus Neubewertung der Nettopensions- verpflichtung	-12,2	1,6
Insgesamt	84,4	62,6

Ergebnis je Aktie

in €	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013	Veränderung in %
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	2,58	3,15	-18,1
Verwässertes Ergebnis je Aktie	2,58	3,15	-18,1

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. €	2014	2013
Eigenkapital des Konzerns zum 01.01.	1.453,7	1.385,3
Ausschüttung	-70,3	-70,3
Gewinn	72,6	88,5
Gewinne/Verluste, die nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst worden sind	11,8	-25,9
Sonstige Veränderungen	3,2	-0,7
Eigenkapital des Konzerns zum 30.06.	1.471,0	1.376,9

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2014	2013
Zahlungsmittelbestand zum 01.01.	1.133,7	265,0
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-796,9	2.726,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-23,5	-23,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	44,2	-70,3
Zahlungsmittelbestand zum 30.06.	357,5	2.897,6

Die nach der indirekten Methode ermittelte Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung und den Stand der Zahlungsmittel des HSBC Trinkaus-Konzerns. Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht dem Bilanzposten Barreserve, der sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung: Quartalsergebnisse

in Mio. €	Q2 2014	Q1 2014	Q2 2013	Q1 2013
Zinserträge	64,0	57,8	59,3	57,2
Zinsaufwendungen	18,3	15,9	17,2	17,9
Zinsüberschuss	45,7	41,9	42,1	39,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4,3	-0,8	5,3	-0,1
Ergebnis aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	0,0	0,1	0,1	0,1
Provisionserträge	180,3	175,1	211,2	183,6
Provisionsaufwendungen	87,4	81,9	93,6	81,8
Provisionsüberschuss	92,9	93,2	117,6	101,8
Handelsergebnis	28,8	35,2	35,1	26,3
Verwaltungsaufwand	125,5	126,6	125,6	117,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	7,1	8,3	5,9	6,3
Sonstiges Ergebnis	6,4	4,1	3,2	2,0
Jahresüberschuss vor Steuern	51,1	57,0	73,1	58,8
Ertragsteuern	16,8	18,7	24,0	19,4
Jahresüberschuss	34,3	38,3	49,1	39,4

Ergebnis je Aktie

in Mio. €	Q2 2014	Q1 2014	Q2 2013	Q1 2013
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	1,22	1,36	1,75	1,40
Verwässertes Ergebnis je Aktie	1,22	1,36	1,75	1,40

Erläuterungen (Notes) zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz des Konzerns

Der vorliegende Halbjahresfinanzbericht für den HSBC Trinkaus-Konzern zum 30. Juni 2014 wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt. Insbesondere werden die in IAS 34 genannten Anforderungen an einen Zwischenbericht erfüllt. Darüber hinaus genügt der Zwischenbericht den Anforderungen an einen Halbjahresfinanzbericht nach § 37 w WpHG. Auf eine prüferische Durchsicht des Berichts wurde verzichtet.

Bei der Aufstellung dieses Halbjahresfinanzberichts einschließlich der Vergleichszahlen für die Vorjahreszeiträume haben wir bis auf folgende Ausnahmen dieselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Konzernabschluss 2013 angewendet.

IFRS 10, IFRS 11 sowie IFRS 12 als Ergebnis des Konsolidierungsprojekts des International Accounting Standards Board (IASB) sind in der EU erstmals im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden. Aus der Erstanwendung ergaben sich für HSBC Trinkaus keine Änderungen im Konsolidierungskreis beziehungsweise in der Bilanzierung.

Im Mittelpunkt von IFRS 10 steht die Einführung eines einheitlichen Konsolidierungsmodells für sämtliche Unternehmen, das auf die Beherrschung des Tochterunternehmens durch das Mutterunternehmen abstellt. Dieses ist sowohl auf Mutter-Tochter-Verhältnisse, die auf Stimmrechten basieren, als auch auf Mutter-Tochter-Verhältnisse, die sich aus anderen vertraglichen Vereinbarungen ergeben, anzuwenden. Folglich sind hiernach auch Zweckgesellschaften zu beurteilen, deren Konsolidierung bisher nach dem Risiko-Chancen-Konzept des SIC-12 erfolgte. Das Beherrschungskonzept gemäß IFRS 10 umfasst dabei folgende drei Elemente, die kumulativ erfüllt sein müssen:

- Verfügungsgewalt
- variable Rückflüsse
- die Möglichkeit zur Beeinflussung der variablen Rückflüsse durch Ausübung der Verfügungsgewalt

Alle Änderungen von weiteren Standards und Interpretationen, auf deren vorzeitige Anwendung wir verzichtet haben, sind – mit Ausnahme des IFRS 9 „Finanzinstrumente“ – für unseren Konzernabschluss von keiner oder nur untergeordneter Bedeutung.

Ein EU-Endorsement vorausgesetzt, ist IFRS 9 verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Gegenwärtig prüfen wir die möglichen Auswirkungen der Umsetzung auf unseren Konzernabschluss. Die Änderungen werden voraussichtlich wesentlichen Einfluss auf unsere Bilanzierung haben.

Im Rahmen der Wachstumsinitiative haben wir das Modell zur Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft überprüft. Durch die Ausweitung der Zielratings im Firmenkundengeschäft und die damit verbundene veränderte Struktur des Kreditportfolios erlauben die Ausfallraten der Vergangenheit nicht mehr in jedem Falle eine sachgerechte Einschätzung der aktuellen Ausfallrisiken. Im Zuge dessen hat sich die Aufteilung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Risikovorsorge für Forderungen und Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft ohne eine materielle Veränderung der Gesamthöhe verschoben.

Die Erstellung von IFRS-Abschlüssen verlangt vom Management Beurteilungen, Annahmen und Schätzungen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, sind zum Beispiel die Bestimmungen des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, die Klassifizierung in die Level 1–3, die Wertminderung von Finanzinstrumenten und sonstigen Vermögenswerten und die Bilanzierung von Rückstellungen sowie sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurtei-

ANHANG III

lungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen.

Zur besseren Übersichtlichkeit weisen wir die Beträge grundsätzlich in Mio. Euro aus. Es wird kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich im vorliegenden Zwischenbericht bei der Bildung von Summen und der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

1 Zinsüberschuss

in Mio. €	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013
Zinserträge	121,8	116,5
aus Forderungen an Kreditinstitute	7,6	8,3
Geldmarktgeschäfte	5,0	6,3
Andere verzinsliche Forderungen	2,6	2,0
aus Forderungen an Kunden	56,8	47,0
Geldmarktgeschäfte	4,4	4,4
Andere verzinsliche Forderungen	52,4	42,6
aus Finanzanlagen	57,4	61,2
Zinserträge	53,8	58,0
Dividendenerträge	2,3	2,1
Beteiligungserträge	1,3	1,1
Zinsaufwendungen	34,2	35,1
aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11,8	10,9
Geldmarktgeschäfte	0,2	0,7
Andere verzinsliche Einlagen	11,6	10,2
aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11,2	10,5
Geldmarktgeschäfte	1,8	3,2
Andere verzinsliche Einlagen	9,4	7,3
aus Verbrieften Verbindlichkeiten	0,2	0,2
aus Nachrangkapital	8,1	8,7
Sonstiges	2,9	4,8
Zinsüberschuss	87,6	81,4

2 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013
Zuführungen	4,3	5,8
Auflösungen	0,8	0,5
Direktabschreibungen	0,0	0,0
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	0,0	0,1
Insgesamt	3,5	5,2

3 Provisionsüberschuss

in Mio. €	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013
Wertpapiergeschäft	100,0	124,3
Devisengeschäft und Derivate	42,4	38,8
Kreditgeschäft	15,0	11,6
Emissions- und Strukturierungsgeschäft	7,8	7,0
Zahlungsverkehr	5,7	6,6
Auslandsgeschäft	4,4	4,7
Investment Banking	4,2	12,5
Alternative Investments	1,5	9,2
Sonstiges Provisionsgeschäft	5,1	4,7
Insgesamt	186,1	219,4

4 Handelsergebnis

in Mio. €	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013
Aktien und Aktien-/Indexderivate	26,4	22,9
Renten und Zinsderivate	36,4	33,6
Devisen	0,5	3,8
Derivate des Bankbuchs	0,7	1,1
Insgesamt	64,0	61,4

Das den Handelsaktivitäten zuzuordnende Zins- und Dividendergebnis ist Bestandteil des Handelsergebnisses.

5 Verwaltungsaufwand

in Mio. €	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013
Personalaufwand	150,7	150,7
Löhne und Gehälter	126,0	127,2
Soziale Abgaben	15,7	14,6
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	9,0	8,9
Andere Verwaltungsaufwendungen	88,6	80,2
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen und auf Immaterielle Vermögenswerte	12,8	11,8
Insgesamt	252,1	242,7

6 Sonstiges Ergebnis

in Mio. €	01.01. bis 30.06.2014	01.01. bis 30.06.2013
Sonstige betriebliche Erträge	13,6	12,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3,2	6,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	10,4	5,2
Übrige Erträge	0,2	0,1
Übrige Aufwendungen	0,1	0,1
Übriges Ergebnis	0,1	0,0
Sonstiges Ergebnis	10,5	5,2

7 Geschäftssegmente

	GPB	CMB	GB & M	AM	Central/ Konsoli- dierung	Ins- gesamt
in Mio. €						
Zinsüberschuss						
30.06.2014	8,2	40,6	36,7	2,4	-0,3	87,6
30.06.2013	9,7	32,4	33,7	2,6	3,0	81,4
Risikovorsorge						
30.06.2014	0,0	2,9	1,4	0,0	-0,8	3,5
30.06.2013	0,0	5,0	0,5	0,0	-0,3	5,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge						
30.06.2014	8,2	37,7	35,3	2,4	0,5	84,1
30.06.2013	9,7	27,4	33,2	2,6	3,3	76,2
Ergebnis aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen						
30.06.2014	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
30.06.2013	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2
Provisionsüberschuss						
30.06.2014	26,0	26,6	115,1	18,4	0,0	186,1
30.06.2013	35,5	24,0	137,8	22,1	0,0	219,4
Operatives Handelsergebnis						
30.06.2014	2,4	5,4	54,7	1,4	-0,6	63,3
30.06.2013	2,5	3,0	53,4	1,3	0,1	60,3
Erträge nach Risikovorsorge						
30.06.2014	36,6	69,7	205,2	22,2	-0,1	333,6
30.06.2013	47,7	54,4	224,6	26,0	3,4	356,1
Verwaltungsaufwand						
30.06.2014	26,8	45,9	155,3	13,1	11,0	252,1
30.06.2013	35,3	33,1	152,9	15,6	5,8	242,7
davon Abschreibung und Amortisation						
30.06.2014	0,5	0,9	1,4	0,1	10,0	12,9
30.06.2013	0,5	0,6	1,2	0,1	9,4	11,8
Ergebnis aus Finanzanlagen						
30.06.2014	1,7	3,3	9,4	1,0	0,0	15,4
30.06.2013	2,1	2,5	9,4	1,1	-2,9	12,2
Ergebnis aus Derivaten des Bankbuchs						
30.06.2014	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7	0,7
30.06.2013	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,1
Sonstiges Ergebnis						
30.06.2014	0,8	1,0	3,5	0,3	4,9	10,5
30.06.2013	2,4	0,4	2,3	0,2	-0,1	5,2
Jahresüberschuss vor Steuern						
30.06.2014	12,3	28,1	62,8	10,4	-5,5	108,1
30.06.2013	16,9	24,2	83,4	11,7	-4,3	131,9
Steueraufwand						
30.06.2014	3,8	8,8	19,7	3,3	-0,1	35,5
30.06.2013	5,2	7,6	26,2	3,6	0,8	43,4
Jahresüberschuss						
30.06.2014	8,5	19,3	43,1	7,1	-5,4	72,6
30.06.2013	11,7	16,6	57,2	8,1	-5,1	88,5

ANHANG III

Die Verschärfung der Ukraine-Krise und das schwache Wirtschaftswachstum bei wichtigen Handelspartnern im Süden der EU bremsen im zweiten Quartal die noch im ersten Quartal dieses Jahres erreichte Konjunkturverbesserung in Deutschland deutlich ab, gleichwohl bleiben die Aussichten für Deutschland positiver als für die gesamte Eurozone. Das extrem niedrige Zinsniveau und die niedrigen Umsätze an den Finanzmärkten wirkten sich insbesondere im Fixed Income-Geschäft und Investment Banking nachteilig auf die Ergebnisentwicklung aus – im Gegensatz zum zweiten Quartal des Vorjahres, in dem diese Teilsegmente noch sehr hohe Ergebnisbeiträge abgeliefert hatten. Innerhalb der Bank führte die verstärkte Umsetzung der Wachstumsstrategie weiterhin zu hohen Vorlaufkosten in vielen Bereichen. Unter diesen schwierigen in- und externen Rahmenbedingungen ließ sich das gute Vorjahresergebnis in diesem Jahr nicht erneut realisieren. Die dennoch der Planung entsprechende Ergebnisentwicklung unterstreicht die ausgewogene Geschäftsstruktur und Stabilität des kundenorientierten Geschäftsmodells der Bank. Während die Segmente Global Banking and Markets, Global Private Banking und Asset Management ihre Vorjahresergebnisse nicht wiederholen konnten, dokumentiert das verbesserte Ergebnis des Bereichs Commercial Banking die ersten Erfolge der Wachstumsinitiative im Firmenkundengeschäft. In der Position Central werden im Wesentlichen nur noch regulatorische Kosten und die Erfolge ausgewiesen, die sich in diesem Jahr noch aus der nahezu abgeschlossenen Beendigung aller Geschäftsaktivitäten in Luxemburg ergeben.

Die überwiegend volumensbedingte Ausweitung der Zins Erlöse im Kreditgeschäft des Commercial Bankings im Vergleich zum Vorjahr resultieren aus einer Ausweitung des Kreditgeschäfts. Dagegen verursachten die mit dem Rückzug aus Luxemburg entfallenen Geschäftsmöglichkeiten hauptsächlich die rückläufigen Erlöse und Kosten im Segment Global Private Banking in diesem Jahr. Das Segment Global Banking and Markets konnte den im letzten Quartal noch verstärkten Rückgang des Provisionsergebnisses im Fixed Income- und Investment Banking-Geschäft nach dem sehr erfolgreichen zweiten Quartal des Vorjahres als Vergleichsbasis nicht ausgleichen. Positive Einmaleffekte am Anfang

ANHANG III

des letzten Jahres sowie der Wegfall der Erlöse im Publikumsfondsgeschäft infolge des Verkaufs des Luxemburger Fondsgeschäfts bewirkten die Erlösrückgänge im Bereich Asset Management.

Der weitgehend vollendete Rückzug aus Luxemburg brachte zwar hohe Kosteneinsparungen in diesem Jahr mit sich. Diese reichten jedoch nicht aus, die Steigerungen in diesem Jahr aufzufangen, die sich bei den regulatorischen Kosten sowie den Maßnahmen zur Umsetzung der Wachstumsinitiative im Firmenkundengeschäft bereits ergeben haben und im weiteren Jahresverlauf noch anhalten werden. Hierzu gehören insbesondere Investitionen sowohl in zusätzliche Mitarbeiter als auch in die räumliche und technische Infrastruktur zum Aufbau von vier neuen Niederlassungen sowie in den Ausbau der Middle- und Back-Office-Bereiche der Bank zur Sicherstellung einer unveränderten Qualität in der Geschäftsabwicklung.

8 Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
Laufende Konten	986,5	519,2
Geldmarktgeschäfte	791,4	662,0
davon Tagesgelder	340,3	46,4
davon Termingelder	451,1	615,6
Sonstige Forderungen	206,2	259,4
Sicherheiten im Derivategeschäft	168,5	203,2
Insgesamt	2.152,6	1.643,8
davon an inländische Kreditinstitute	625,2	198,7
davon an ausländische Kreditinstitute	1.527,4	1.445,1

9 Forderungen an Kunden

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
Laufende Konten	1.696,4	1.229,6
Geldmarktgeschäfte	760,0	529,5
davon Tagesgelder	39,5	63,6
davon Termingelder	720,5	465,9
Kreditkonten	3.333,2	2.865,5
Sonstige Forderungen	1.139,6	163,2
Sicherheiten im Derivategeschäft	4,6	69,8
Insgesamt	6.933,8	4.857,6
davon an inländische Kunden	4.856,3	3.029,5
davon an ausländische Kunden	2.077,5	1.828,1

10 Risikovorsorge

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
Risikovorsorge für Forderungen	30,5	33,4
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	12,2	5,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	42,7	39,3

ANHANG III

in Mio. €	Wertberichtigungen / Rückstellungen auf					
	Einzelbasis		Portfoliobasis		Insgesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand 01.01.	15,7	12,9	23,6	16,4	39,3	29,3
Auflösungen	0,8	0,5	0,0	0,0	0,8	0,5
Verbrauch	0,9	0,0	0,0	0,0	0,9	0,0
Zuführungen	0,2	4,6	4,1	1,2	4,3	5,8
Währungsdifferenzen/ Umbuchungen	0,8	0,0	0,0	0,0	0,8	0,0
Stand 30.06.	15,0	17,0	27,7	17,6	42,7	34,6

11 Handelsaktiva

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.069,9	2.484,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.453,4	1.393,4
Handelbare Forderungen	1.076,3	1.420,3
Positive Marktwerte Derivate	1.589,2	1.449,9
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	6,0
Insgesamt	6.188,8	6.753,6

12 Finanzanlagen

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.176,0	4.693,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	24,2	29,9
Investmentanteile	81,7	95,5
Schuldscheindarlehen	237,6	209,1
Beteiligungen	98,5	96,6
Insgesamt	5.618,0	5.124,8

13 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
Laufende Konten	1.619,5	648,1
Geldmarktgeschäfte	563,6	270,8
davon Tagesgelder	439,7	2,8
davon Termingelder	123,9	268,0
Sonstige Verbindlichkeiten	224,4	145,3
Sicherheiten im Derivategeschäft	83,6	205,2
Insgesamt	2.491,1	1.269,4
davon gegenüber inländischen Kreditinstituten	1.331,1	439,1
davon gegenüber ausländischen Kreditinstituten	1.160,0	830,3

14 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
Laufende Konten	8.831,5	9.149,9
Geldmarktgeschäfte	2.793,6	2.642,4
davon Tagesgelder	502,8	396,4
davon Termingelder	2.290,8	2.246,0
Spareinlagen	56,8	57,2
Sonstige Verbindlichkeiten	427,8	369,6
Insgesamt	12.109,7	12.219,1
davon gegenüber inländischen Kunden	10.973,0	10.681,7
davon gegenüber ausländischen Kunden	1.136,7	1.537,4

15 Handelspassiva

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
Negative Marktwerte Derivate	1.935,5	1.881,3
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Optionsscheine	2.637,8	2.114,5
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	9,2	53,1
Derivate in Sicherungsbeziehungen	74,8	46,9
Derivate des Bankbuchs	4,9	4,1
Insgesamt	4.662,2	4.099,9

Sonstige Angaben

16 Fair Value der Finanzinstrumente

Der Fair Value gemäß IFRS ist der Preis, der bei der Veräußerung eines Vermögenswerts oder bei der Übertragung einer Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag erhalten beziehungsweise gezahlt würde. Somit basiert das Fair Value-Konzept auf einer hypothetischen Transaktion am Bewertungsstichtag. Aufgrund der Orientierung an repräsentativen Marktteilnehmern ist von unternehmensindividuellen Annahmen bei der Fair Value-Bewertung zu abstrahieren. Nach der Festlegung des Bewertungsobjekts, das regelmäßig einem einzelnen finanziellen Vermögenswert beziehungsweise einer einzelnen finanziellen Verbindlichkeit entspricht, erfolgt die Bestimmung des Hauptmarkts. Dieser entspricht dem Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Bei der Bestimmung des Hauptmarkts sind alle Informationen berücksichtigt, die ohne unverhältnismäßigen Aufwand zugänglich sind. Bei der Auswahl geeigneter Bewertungsverfahren und -methoden sind möglichst viele relevante beobachtbare Inputfaktoren berücksichtigt. Anhand der Herkunft der verwendeten Inputfaktoren werden in der Fair Value-Hierarchie drei Level unterschieden.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die in signifikantem Umfang Managemententscheidungen erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger

ANHANG III

subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter aus aktiven Märkten stammen.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzung durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen zumindest ein wesentlicher Eingangsparameter nicht beobachtbar ist. Die Auswahl und die Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management.

Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Prozesses zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Diese berücksichtigen vor allem die Bemessung von Bonitäts- und Modellrisiken sowie die Marktliquidität angemessen. Die Ermittlung dieser Wertanpassungen erfolgt nicht auf Einzelgeschäfts-, sondern gemäß Steuerungskreis auf Nettobasis.

Wesentliche Bewertungsfragen werden im Valuation Committee der Bank besprochen.

Der Bereich Risk Control ist unter anderem für die Fair Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten verantwortlich und berichtet in diesem Zusammenhang an den Chief Financial Officer.

ANHANG III

Risk Control führt dabei folgende Kontrollen durch:

- Verifizierung von beobachtbaren Preisen
- Plausibilisierung von Modellbewertungen
- Überprüfung und Freigabe neuer Bewertungsmodelle und von Veränderungen bestehender Modelle
- Anpassung an veränderte Inputfaktoren und Gegenüberstellung von Modellergebnissen und beobachtbaren Markttransaktionen
- Analyse und Untersuchung wesentlicher Bewertungsschwankungen
- Verifizierung signifikanter nicht am Markt beobachtbarer Faktoren sowie Plausibilisierung wesentlicher Veränderungen in der Bewertung der als Level 3 klassifizierten Instrumente

Für von Dritten bereitgestellte Informationen, wie Preisangebote oder Pricing-Services, die zur Preisfindung herangezogen werden, wird von dem Bereich Risk Control eine Beurteilung vorgenommen, ob solche externen Informationen die qualitativen Anforderungen erfüllen.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2013 gab es keine wesentlichen Änderungen der angewandten Bewertungsverfahren.

ANHANG III

Aus den nachfolgenden Übersichten ergibt sich die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Posten zu den Fair Value-Levels.

30.06.2014 in Mio. €	Level 1	Level 2	Level 3	Zu An- schaf- fungs- kosten bewertet	Gesamt
Handelsaktiva	1.457,7	4.693,8	37,3	0,0	6.188,8
Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	0,0	2.069,9	0,0	0,0	2.069,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wert- papiere	1.416,2	0,0	37,2	0,0	1.453,4
Handelbare Forderungen	0,0	1.076,3	0,0	0,0	1.076,3
Positive Marktwerte Derivate	41,5	1.547,6	0,1	0,0	1.589,2
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	137,6	5.422,0	19,7	38,7	5.618,0
Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	0,0	5.176,0	0,0	0,0	5.176,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wert- papiere	24,2	0,0	0,0	0,0	24,2
Investmentanteile	81,7	0,0	0,0	0,0	81,7
Schuldscheindarlehen	0,0	237,6	0,0	0,0	237,6
Beteiligungen	31,7	8,4	19,7	38,7	98,5
Handelsspassiva	18,7	4.587,8	55,7	0,0	4.662,2
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Options- scheine	0,0	2.593,8	44,0	0,0	2.637,8
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	6,8	2,4	0,0	0,0	9,2
Negative Marktwerte Derivate	11,9	1.911,9	11,7	0,0	1.935,5
Derivate in Sicherungs- beziehungen	0,0	74,8	0,0	0,0	74,8
Derivate des Bankbuchs	0,0	4,9	0,0	0,0	4,9

ANHANG III

31.12.2013 in Mio. €	Level 1	Level 2	Level 3	Zu An- schaf- fungs- kosten bewertet	Gesamt
Handelsaktiva	1.381,9	5.318,9	52,8	0,0	6.753,6
Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	0,0	2.484,0	0,0	0,0	2.484,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wert- papiere	1.340,6	0,0	52,8	0,0	1.393,4
Handelbare Forderungen	0,0	1.420,3	0,0	0,0	1.420,3
Positive Marktwerte Derivate	41,3	1.408,6	0,0	0,0	1.449,9
Derivate in Sicherungsbeziehungen	0,0	6,0	0,0	0,0	6,0
Finanzanlagen	156,0	4.910,0	19,7	39,1	5.124,8
Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	0,0	4.693,7	0,0	0,0	4.693,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wert- papiere	29,9	0,0	0,0	0,0	29,9
Investmentanteile	95,5	0,0	0,0	0,0	95,5
Schuldscheindarlehen	0,0	209,1	0,0	0,0	209,1
Beteiligungen	30,6	7,2	19,7	39,1	96,6
Handelsspassiva	61,6	3.942,6	95,7	0,0	4.099,9
Schuldscheindarlehen, Schuldverschreibungen, Zertifikate und Options- scheine	0,0	2.028,8	85,7	0,0	2.114,5
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	53,1	0,0	0,0	0,0	53,1
Negative Marktwerte Derivate	8,5	1.862,8	10,0	0,0	1.881,3
Derivate in Sicherungs- beziehungen	0,0	46,9	0,0	0,0	46,9
Derivate des Bankbuchs	0,0	4,1	0,0	0,0	4,1

ANHANG III

Die drei vom IFRS 13 vorgesehenen Fair Value-Levels lassen sich anhand der für die Bewertung verwendeten Inputfaktoren unterscheiden.

Sofern die Bewertung anhand von nicht angepassten quotierten Preisen auf aktiven Märkten für identische Finanzinstrumente basiert, erfolgt die Zuordnung zu Level 1.

Eine Zuordnung zu Level 2 ergibt sich, wenn direkt oder indirekt am Markt beobachtbare Inputfaktoren in die Bewertung eingehen, die nicht Level 1 zuzuordnen sind. Eine Einstufung des gesamten Fair Value in Level 2 setzt voraus, dass alle signifikanten Inputfaktoren für das Bewertungsverfahren beobachtbar sind.

Eine Klassifizierung in Level 3 wird vorgenommen, falls wesentliche nicht am Markt beobachtbare Parameter in die Bewertung eingehen.

Die Bewertungsmodelle und -parameter für Derivate und Zertifikate sowie der sonstigen Geschäfte in Level 2 und Level 3 sind im Vergleich zum 31. Dezember 2013 unverändert.

Der Fair Value einiger Finanzinstrumente wird anhand von Bewertungsmodellen berechnet, bei denen mindestens ein signifikanter einfließender Parameter nicht am Markt beobachtet werden kann (Level 3). Zu diesen Instrumenten zählen unter anderem Equity-Zertifikate mit Optionen auf zwei oder mehrere Underlyings (Multi Underlying-Zertifikate) oder währungsgesicherte Zertifikate (Quanto-Zertifikate), die mit einem analytischen Black-Scholes-Ansatz bewertet werden. In der Regel fehlen am Markt beobachtbare Parameter für die Korrelation zwischen den einzelnen Underlyings oder dem Underlying und der Fremdwährung. Darüber hinaus klassifizieren wir auch illiquide Eigenkapitalinvestments in Level 3.

ANHANG III

30.06.2014	Fair Value (in Mio. €)	Bewertungs- verfahren	Signifi- kante nicht beob- achtbare Parameter (Level 3)	Spanne des Unsicher- heits- intervalls (in Mio. €)	Band- breiten der Schätz- ungen für nicht beobacht- bare Input- faktoren
Handelsaktiva					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	37,3	Modi- fiziertes Substanz- wertver- fahren	–	–1,9 bis 1,9	–5 bis 5 % Kurs- änderung
Finanzanlagen					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	19,7	Modi- fiziertes Substanz- wertver- fahren	–	–1,0 bis 1,0	–5 bis 5 % Kurs- änderung
Handels- passiva					
Asiatische Optionen	37,6	Analy- tischer Black- Scholes- Ansatz	Korrelation zwischen Währung und Underlying Volatilität	–0,1 bis 0,1	19 bis 23 % (22 %)
Währungs- gesicherte Zertifikate	18,1	Analy- tischer Black- Scholes- Ansatz	Korrelation zwischen Währung und Underlying	0,0 bis 0,0	–58 bis 23 % (–16 %)

ANHANG III

31.12.2013	Fair Value (in Mio. €)	Bewer- tungs- verfahren	Signifi- kante nicht beob- achtbare Parameter (Level 3)	Spanne des Unsicher- heits- intervalls (in Mio. €)	Band- breiten der Schät- zungen für nicht beobacht- bare Input- faktoren
Handelsaktiva					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	52,8	Modi- fiziertes Substanz- wertver- fahren	–	–2,6 bis 2,6	–5 bis 5 % Kurs- änderung
Finanzanlagen					
Illiquide Eigenkapital- instrumente	19,7	Modi- fiziertes Substanz- wertver- fahren	–	–0,9 bis 0,9	–5 bis 5 % Kurs- änderung
Handels- passiva					
Asiatische Optionen	33,3	Analy- tischer Black- Scholes- Ansatz	Volatilität	–0,3 bis 0,3	20 bis 23 % (21 %)
Multi Underlying- Zertifikate	32,4	Analy- tischer Black- Scholes- Ansatz	Korrelation zwischen den Underlyings	–0,4 bis 0,4	21 bis 73 % (52 %)
Währungs- gesicherte Zertifikate	30,0	Analy- tischer Black- Scholes- Ansatz	Korrelation zwischen den Underlyings	0,0 bis 0,0	–49 bis 1 % (–21 %)

Bei korrelationsabhängigen Zertifikaten, zu deren Bewertung eine nicht am Markt beobachtbare Korrelation benötigt wird, ermittelt sich die Spanne des Unsicherheitsintervalls durch das Shiften der geschätzten Korrelationen um + 10 % beziehungsweise – 10 %. Dabei werden die Equity/FX-Korrelationen geshiftet. Die Spanne bei Long-Term Volatility ergibt sich aus dem Shift der Volatilität der Underlyings. Die Auslenkung der Volatilität beträgt bis zu +/- 1 beziehungsweise 2 %.

ANHANG III

Der Bestand der Level 3-Finanzinstrumente hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Handels- aktiva	Finanz- anlagen	Handels- passiva
01.01.2014	52,8	19,7	95,7
Buchwertänderungen	-1,6	-0,2	-1,4
ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst	-1,6	-0,2	-1,4
ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst	0,0	0,0	0,0
Käufe/Emissionen	0,0	0,2	2,2
Verkäufe/Fälligkeiten	-13,9	0,0	-40,8
Transfers in Level 3	0,0	0,0	0,0
Transfers aus Level 3	0,0	0,0	0,0
30.06.2014	37,3	19,7	55,7

in Mio. €	Handels- aktiva	Finanz- anlagen	Handels- passiva
01.01.2013	73,3	20,1	58,5
Buchwertänderungen	2,5	0,0	1,9
ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst	2,5	0,0	1,9
ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst	0,0	0,0	0,0
Käufe/Emissionen	0,0	0,0	60,8
Verkäufe/Fälligkeiten	-9,4	0,0	-34,0
Transfers in Level 3	0,0	0,0	0,0
Transfers aus Level 3	0,0	0,0	0,0
30.06.2013	66,4	20,1	87,2

ANHANG III

Ein Transfer von Level 1 in Level 2 erfolgt, sofern quotierte Preise auf aktiven Märkten für identische Finanzinstrumente nicht mehr vorliegen. Ein solcher Transfer ist zum Beispiel erforderlich, wenn die Marktaktivität in dem jeweiligen Finanzinstrument gering ist. Sofern mindestens ein signifikanter Marktparameter bei der Bewertung in Level 2 nicht mehr beobachtbar ist, erfolgt ein Transfer von Level 2 in Level 3.

In der Berichtsperiode wurden weder Level 1-Instrumente in Level 2 umklassifiziert, noch wurden Level 2-Instrumente in Level 1 transferiert.

Aufgrund der kurzen Laufzeiten für große Teile der Forderungen und Verbindlichkeiten im Geschäft mit Kunden und Kreditinstituten ist bei diesen Posten der Unterschied zwischen Fair Value und Buchwert häufig unwesentlich. Die Unterschiede zwischen Buchwerten und Fair Values ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

in Mio. €	30.06.2014		31.12.2013	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Aktiva				
Forderungen an Kreditinstitute	2.152,6	2.159,4	1.643,8	1.653,7
Forderungen an Kunden (nach Risikovorsorge)	6.903,3	6.907,9	4.824,2	4.795,8
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.491,1	2.491,2	1.269,4	1.269,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12.109,7	12.107,5	12.219,1	12.243,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,0	9,1	10,0	9,0
Nachrangkapital	460,2	500,5	345,7	375,5

ANHANG III

Die Ermittlung der Fair Values für diese Positionen erfolgt mittels der Barwertmethode. Da die Credit Spread-Veränderungen am Markt nicht beobachtbar sind, erfolgt eine Klassifizierung in Level 3. Die Buchwerte der Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 1.690,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1.621,4 Mio. Euro) und der unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 6.587,1 Mio. Euro (Vorjahr: 6.109,4 Mio. Euro) entsprechen wie im Vorjahr deren beizulegenden Zeitwerten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren beizulegender Zeitwert mit den marktüblichen Bewertungsmodellen nicht verlässlich ermittelt werden kann. Die Bewertung dieser Finanzinstrumente orientiert sich an den Anschaffungskosten unter Einbeziehung gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Anteile an Personengesellschaften oder nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften.

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
	Buchwert	Buchwert
Anteile an Personengesellschaften	14,4	15,3
Anteile an – nicht börsennotierten – Kapitalgesellschaften	24,3	23,8
Insgesamt	38,7	39,1

17 Day-1 Profit or Loss

Ein Day-1 Profit or Loss kann für finanzielle Vermögenswerte im Handel entstehen, deren Bewertung mit einem internen Modell erfolgt, wobei aber mindestens ein wesentlicher Bewertungsparameter am Markt nicht beobachtbar ist. Der Day-1 Profit or Loss wird als Differenz des theoretischen Preises zum tatsächlich gehandelten Preis ermittelt.

Der Day-1 Profit or Loss hat sich in der Berichtsperiode wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2014	2013
Stand 01.01.	1,8	0,9
Neugeschäft	0,0	1,5
Erfolgswirksam vereinnahmter Day-1 Profit or Loss	-1,5	-0,8
davon Schließen von Positionen	-1,4	-0,2
davon fällig gewordene Transaktionen	-0,1	-0,6
davon beobachtbar gewordene Marktparameter	0,0	0,0
Stand 30.06.	0,3	1,6

18 Derivategeschäft

in Mio. €	Nominalbeträge nach Restlaufzeit				Positive Marktwerte
	Bis 1 Jahr	1–5 Jahre	Über 5 Jahre	Summe	
Zinsbezogene Geschäfte					
30.06.2014	9.495	10.523	8.152	28.170	994
31.12.2013	8.263	12.514	8.022	28.799	784
Währungsbezogene Geschäfte					
30.06.2014	33.227	2.924	347	36.498	292
31.12.2013	24.793	2.224	176	27.193	348
Aktien-/indexbezogene Geschäfte					
30.06.2014	3.042	2.618	233	5.893	3
31.12.2013	3.543	2.477	295	6.315	9
Insgesamt					
30.06.2014	45.764	16.065	8.732	70.561	1.289
31.12.2013	36.599	17.215	8.493	62.307	1.141

ANHANG III

Bei der Ermittlung der Nominalbeträge werden sowohl Geschäfte mit positiven Marktwerten als auch Geschäfte mit negativen Marktwerten berücksichtigt. Die angegebenen positiven Marktwerte stellen die auf die Handelsaktivitäten entfallenden Wiederbeschaffungskosten dar, die bei einem Ausfall aller OTC-Kontrahenten ungeachtet deren individueller Bonität entstehen können. Die Werte bestehen aus laufenden zins-, fremdwährungs- und aktien-/indexbezogenen Geschäften, die ein Erfüllungsrisiko sowie entsprechende Marktpreisrisiken beinhalten. Netting-Vereinbarungen bleiben unberücksichtigt. Börsengehandelte Produkte und Stillhalterpositionen sind nicht aufgeführt, da sie keine Adressenausfallrisiken beinhalten. Wegen der intensiven Zusammenarbeit im Bereich Global Markets liegt unser Schwerpunkt im Derivategeschäft auf Geschäften mit anderen HSBC-Einheiten.

19 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

in Mio. €	30.06.2014	31.12.2013
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.690,1	1.621,4
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.587,1	6.109,4
Insgesamt	8.277,2	7.730,8

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Konzernzwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernzwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Düsseldorf, im August 2014

Der Vorstand



Andreas Schmitz



Paul Hagen



Norbert Reis



Carola Gräfin v. Schmettow

Unterschriften

Düsseldorf, 8. Oktober 2014

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

gez. Bernd Wiedemuth

gez. Marina Eibl